



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Den Weg in eine gute Zukunft wieder aufnehmen...“

Demokratisierung der ArbeiterInnensubjekte und deren
Gewerkschaft im mexikanischen Bergbau- und Stahlwesen
durch Bildung im Arbeitsrecht im Sinne der
Befreiungspädagogik und -philosophie

Untersuchung anhand des Fallbeispiels der Sektion 147 in
Monclova

Verfasserin

Mag.Mag.phil. Christine Esterbauer

angestrebter akademischer Grad

Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Doz Dr. Gernot Stimmer

Danksagung

Auf diesem Wege möchte ich folgenden Personen für Ihre Unterstützung danken:

Univ.-Doz Dr. Gernot Stimmer für die jahrelange Betreuung dieser Arbeit. Besonders aber dafür, dass er mir die Freiheit und das Vertrauen gegeben hat, ein hierzulande wenig behandeltes und manchen vielleicht zu „exotisches“ Thema zu erforschen. Trotz dem zeitweiligen Abtauchen in Mexiko und den vielen Unsicherheiten während des Forschungs- und Schreibprozess, hat er mir die Möglichkeit gegeben, an dieser Arbeit zu wachsen. Ebenfalls danke möchte ich ihm für die vielen hilfreichen Anmerkungen, um aus der vorliegenden Dissertation eine koherente Arbeit zu machen.

Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll für die Zweitbetreuung dieser Disseration, die er ohne Zögern übernommen hat. Ebenfalls danken möchte ich ihm für die Geduld, mit der er die Fertigstellung dieser Dissertation erwartet hat.

Dem Centro de Reflexión y Acción Laboral (CEREAL) für die Möglichkeit meine Dissertation über sein inspirierendes Bildungsprojekt schreiben zu dürfen, mich über Arbeitsrechte und ihre Durchsetzung aufgeklärt zu haben, und schließlich dafür, mich den ArbeiterInnen der Sektion 147 vorgestellt zu haben.

Der Familie Sifuentes für ihre Gastfreundschaft, die zahlreichen informativen Gespräche, ihre Unterstützung bei der Suche nach InformatInnen und dafür, immer eine große Inspiration für den Glauben an soziale Transformation gewesen zu sein.

Judith Welz, Annika Lems, Theresia Langgartner, Peter Reschenhofer, Heidemarie Straka, Doris Bammer, Anna Engstler, Verena Dudde und Thomas Öhlböck für die Korrektur dieser Dissertation und die vielen Reflexionsgespräche.

Allen übrigen InterviewpartnerInnen, die sich Zeit genommen haben, um mir ihre Ideen und Erfahrungen mitzuteilen, und all jenen Personen, die mich in den letzten Jahren in Mexiko und Österreich begleitet haben.

Inhaltsangabe

DANKSAGUNG	2
INHALTSANGABE	3
1. EINLEITUNG	6
2. BEFREIUNG IN DER THEORIE	32
2.1. Soziale Ordnungen und deren Aufbrechen in der soziologischen Phänomenologie	37
2.1.1. Menschen und ihre Lebenswelt	37
2.1.2. Die Schaffung sozialer Strukturen	38
2.1.3. Die Etablierung einer sozialen Ordnung	42
2.1.4. Das Aufbrechen sozialer Ordnungen	45
2.2. Denkansätze der Moderne	50
2.2.1. Die Protomoderne	50
2.2.2. Die Moderne	55
2.3. Unterdrückung und Befreiung in Lateinamerika	70
2.3.1. Wirtschaftliche und politische Veränderungen in Lateinamerika des 19. und 20. Jahrhunderts	70
2.3.2. Die Philosophie und die Theologie der Befreiung	77
2.3.3. Die Pädagogik der Unterdrückten von Paulo Freire	98
2.4. Analytische Konzepte zur Demokratisierung der ArbeiterInnensubjekte und deren Gewerkschaft	109
3. DIE STAHLINDUSTRIE UND DIE BERGBAU- UND METALLERGEWERKSCHAFT IN MEXIKO	113
3.1. Die Anfänge der Stahlindustrie, des Bergbaus und die Entstehung der ArbeiterInnenbewegung	116
3.1.1. Die Anfänge der Stahlindustrie in Mexiko	116
3.1.2. Der Bergbau und die ArbeiterInnenbewegung unter dem Porfiriat	118
3.2. Die BergarbeiterInnen und die Mexikanischen Revolution	125
3.2.1. Die Beteiligten an der Mexikanischen Revolution	125
3.2.2. Die Arbeitspolitik Francisco I. Maderos	127
3.2.3. Die Arbeitspolitik Victoriano Huertas	128
3.2.4. Die Arbeitspolitik Venustiano Carranzas	128
3.3. Verfestigung des postrevolutionären Systems	130
3.3.1. Die Unión Minera Mexicana	130
3.3.2. Die Arbeitspolitik der Gruppe Sonora	131
3.3.3. Die Arbeitspolitik des Maximats	133

3.3.4. Die Gründung der Industriegewerkschaft der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus, der Metallurgie und Ähnliches der Republik Mexiko	139
3.3.5. Die Arbeitspolitik Lázaro Cárdenas	141
3.4. Die Antwort des Unternehmenssektors und die Arbeitspolitik Miguel Alemans	152
3.4.1. Die Bergbaupolitik Ávila Camachos	153
3.4.2. Die Arbeitspolitik Miguel Alemans	154
3.4.3. Die Karawane des Hungers	157
3.4.4. Die Eigenschaften des Charrismus	161
3.5. Aufschwung der Stahlindustrie und gewerkschaftlicher Widerstand	168
3.5.1. Die Rolle der Stahlindustrie in der Politik der Importsubstitution	168
3.5.2. Die mexikanischen Stahlunternehmen	172
3.5.3. Die Arbeitspolitik im Importsubstitutionsmodell	177
3.5.4. Der gewerkschaftliche Widerstand in der Stahlindustrie	177
3.5.5. Die Gewerkschaftsproteste in den einzelnen Stahlsektionen	184
3.6. Der neoliberale Strukturwandel	187
3.6.1. Die Veränderungen zu einer neoliberalen Arbeitspolitik	187
3.6.2. Die Auswirkungen der neoliberalen Politik auf die Stahlproduktion	191
3.6.3. Die aktuelle Situation der mexikanischen Stahlindustrie	194
3.6.4. Der Abbau der Arbeitsbeziehungen in der Stahlindustrie	197
3.7. Die Ereignisse von 2006 bis jetzt	200
3.7.1. Die Arbeitspolitik der „Regierung des Wechsels“	200
3.7.2. Die Rückkehr der PRI	205
3.7.3. Die Internationale Unternehmens- und Rohstoffpolitik	207
3.7.4. Die Zersetzung der Bergbaugewerkschaft ab 2006	212
4. DIE STADT MONCLOVA UND IHRE GESCHICHTE	223
4.1. Die Merkmale Monclovas	223
4.1.1. Geografische Lage und allgemeine Daten zu Monclova	223
4.1.2. Monclova und die Beziehung zu Altos Hornos de México	225
4.2. Die Stadtgeschichte Monclovas	229
4.2.1. Die Ursprünge Monclovas	229
4.2.2. Monclova als Hauptstadt von Coahuila-Texas	230
4.2.3. Monclova unter der Mexikanischen Revolution und die Anfänge der Industrialisierung	230
4.3. Die Geschichte Altos Hornos de México (AHMSA)	231
4.3.1. Die Gründung AHMSAs	231
4.3.2. Integration, Konsolidierung und Krise	234
4.3.3. Die Privatisierung AHMSAs	238
4.3.4. AHMSA in privaten Händen	241
4.3.5. AHMSA in der Aktualität	248
4.4. Die Geschichte der Sektion 147	253
4.4.1. Die ersten Jahre der Sektion 147	253

4.4.2. Das Auftauchen der Línea Proletaria	258
4.4.3. Der Fall der Línea Proletaria und der Weg zur Privatisierung	271
4.4.4. Die Situation der ArbeiterInnen nach der Privatisierung	287
4.4.5. Die Situation der ArbeiterInnen der Sektion 147 heute	290
5. BILDUNG IM ARBEITSRECHT UND IHRE MÖGLICHKEIT ZUR DEMOKRATISIERUNG DER ARBEITERINNENSUBJEKTE UND DER SEKTION 147	327
5.1. Das Centro de Reflexión y Acción Laboral (CEREAL)	328
5.1.1. Das philosophische Selbstverständnis des CEREALs	329
5.1.2. Das Arbeitsrechtsverständnis des CEREAL	332
5.2. Die Workshops zum Arbeitsrecht	338
5.2.1. Zielsetzung, Aufbau und Kontext der Workshops	338
5.2.2. Die Workshops zum Arbeitsrecht in der Sektion 147	341
5.3. Demokratisierung der ArbeiterInnensubjekte und der Sektion 147	347
5.3.1. Die Bewusstseinsbildung	352
5.3.2. Die interne Demokratisierung	365
5.3.3. Gewerkschaftliche Emanzipation	378
6. CONCLUSIO	399
EPILOG	414
GLOSSAR	415
BIBLIOGRAFIE	418
INTERVIEWS	444
ABSTRACT (DEUTSCH)	445
ABSTRACT (ENGLISCH)	446
LEBENS LAUF	447

1. Einleitung

1.1. Zum Thema der Arbeit

Um eine Arbeit über Entwicklungen in den Reihen der Gewerkschaft zu schreiben, ist es unumgänglich, die Branche, zu der diese zählt, genauer zu untersuchen, denn jede Veränderung in dieser hat unmittelbare Auswirkungen auf die ArbeiterInnenschaft¹. Gleichzeitig beschreibt die Umgestaltung der Bergbau- und Stahlgewerkschaft in Mexiko, die seit 2006 extrem forciert wurde, kein Einzelereignis, sondern ist Teil der Internationalisierung der entsprechenden Industrien, die sowohl Auswirkungen im Globalen Norden, wie im Süden zeigen.

So befindet sich die Stahlindustrie und mit ihr der Bergbau (Kohle, Eisenerz) in den letzten Jahrzehnten in einem extremen Umbruch. Gleichzeitig ist sie als Grundstoffindustrie, die viele andere Wirtschaftssektoren (Automobil, Eisenbahn, Bauwesen, Haushaltsgeräte usw.) mit Stahl versorgt, besonders anfällig für Krisen, denn wenn der allgemeine Konsum zurückgeht, bricht unweigerlich auch die Nachfrage nach Stahl ein. Aus diesem Grund hat der Staat immer ein besonderes Auge auf diese Industrie geworfen, was sich jahrzehntelang in der Verstaatlichung der Unternehmen äußerte, aber selbst nach der Privatisierungswelle, die in den 80er Jahren ihren Ausgang nahm, versuchen die Staaten diesen Wirtschaftszweig, der letztendlich ein zentraler Motor für die gesamte nationale Ökonomie ist, besonders zu schützen und zu fördern (CEPAL 2009: 22).

Ende der 70er Jahre kam es in den europäischen und nordamerikanischen Ländern zu einer schweren Stahlkrise, die sich über ein Jahrzehnt hielt und sich in den 90er Jahren nochmals vertiefte. Als Folge davon brachen viele Stahlgiganten in den USA und Europa zusammen, und nur einigen wenigen Unternehmen gelang es, sich mittels Fusionierungen und Spezialisierungen zu halten. Die Ursachen der Krise sind vielseitig. So zügelte das geringe Wirtschaftswachstum, bedingt durch die Stagnation des Schiffbaus und des Bauwesens,

¹ [®] Ich bemühe mich in dieser Arbeit eine geschlechterneutrale Schreibweise anzuwenden, wenn es sich jedoch allein um eindeutig männliche Akteure handelt, so führe ich nur die männliche Schreibweise an.

aber auch durch das Ersetzen des Stahls durch andere Materialien allen voran Plastik, in diesen Ländern die Stahlnachfrage. Zudem kam es zu einer gesteigerten Konkurrenz mit den billigeren Produkten aus den Ländern des Südens. Die Modernisierung der Technologie führte darüber hinaus zu einer Überproduktion (Kutscher 1985: 3-4). Somit hat die kapitalistische Wachstumslogik, die der Branche inhärent ist, sie zynischer Weise totgelaufen. Erst mit der Abwanderung der Industrien nach Asien und v.a. nach China und dem damit verbundenen Wirtschaftsaufschwung, gelang es auch der Stahlindustrie und mit ihr dem Bergbau sich ab 2000 wieder zu erholen (CEPAL 2009: 167). Es kam zu einer Internationalisierung dieser Wirtschaftssektoren, wobei sich eine klare internationale Arbeitsteilung herauskristallisierte, die darin besteht, dass sich die nördlichen und vormals tonangebenden Stahlunternehmen auf die Produktion von Spezialstählen und auf die Forschung fokussieren, während in den südlichen Ländern die Rohstoffe abgebaut werden und vorwiegend konventionelle Produkte erzeugt werden bzw. billigere Endfertigungen vorgenommen werden. Im Rahmen dieser Internationalisierung und des in Asien angeregten Wirtschaftswachstums rückte auch Lateinamerika als Abbau- und Produktionsregion weiter in den Fokus, wo in den 80er und 90er Jahren die Branche größtenteils privatisiert worden war und das Wirtschaftsmodell der Importsubstitution zu Gunsten der Exportorientierung aufgegeben worden war. Da es sich bei der Stahl- und Bergbauindustrie um besonders kapitalintensive Branchen handelt, sind die Investoren daran interessiert, ihre hohen Ausgaben geschützt zu wissen, wobei dem Staat diesbezüglich eine wichtige Rolle zufällt. So gilt ein Investitionsland als besonders attraktiv, wenn eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, die Investitionen geschützt werden, gesetzliche Sicherheiten bestehen, das Besteuerungssystem milde und die Umweltauflagen gering sind (Sánchez-Albavera, Lardé 2006: 74). Der Staat, der Kapital für das nationale Wirtschaftswachstum anlocken will, hat eben für diese Sicherheiten zu sorgen. Eine der klassischen Risikofaktoren in diesen Berechnungen, ist die gewerkschaftliche Aktivität und die ArbeitnehmerInnenrechte in besagten Ländern, die es, wie alle übrigen Faktoren, zu reduzieren gilt.

Genau an diesem Punkt treffen die globalen Tendenzen auf lokale politische Praktiken und den daraus erwachsenden Gegenreaktionen, denn die Implementierung einer unternehmerInnenfreundlichen Politik über historisch gewachsene Organisationen und erkämpfte Rechte hinweg, gehen in den seltensten Fällen rein institutionelle Wege, sondern

werden meist von repressiven Mitteln begleitet. Die Stahlindustrie betreffend, ist weiters festzustellen, dass sie sich aufgrund ihres kapitalintensiven und ressourcenabhängigen Charakters nur in wenigen Ländern des Kontinents herausbilden konnte, allen voran in Mexiko und Brasilien, die drei Viertel der Produktion Lateinamerikas abdecken (CEPAL 2009: 168). Somit erklärt sich auch das besonders harte Vorgehen gegen die mexikanische Bergbau- und Stahlgewerkschaft.

Den Gewerkschaften an sich kommt in der Geschichte Mexikos eine sehr wichtige Rolle zu, nichtsdestotrotz wird ihnen seit dem neoliberalen Wandel vorgeworfen, ein Fortschrittshindernis zu sein. Im Zuge dieser Argumentation und der bereits erwähnten politischen Absichten werden die Gewerkschaften in Relikte der Vergangenheit verwandelt, welche es nicht geschafft haben, mit dem Schritt der Zeit mitzuhalten. Es handelt sich dabei um eine hegemoniale Position, die sich keinesfalls auf Mexiko alleine beschränkt, sondern auch in anderen Ländern anzutreffen ist. Auch wenn die traditionellen Gewerkschaften intern sehr wohl komplexe Macht- und Kontrollpraktiken auf Kosten der eigenen Mitglieder entwickelt haben, so handelt es sich dabei nicht um ein Charakteristikum der ArbeiterInnenvertretung an sich, sondern ist vielmehr Produkt einer langen Geschichte und spezieller Arbeitspolitiken, welche sich somit in ein idiosynkratisches Phänomen verwandelt haben. Das Konzept des „Staatskorporatismus“ zu dem das mexikanische System der Interessensvertretungen gemeinhin gezählt wird, verweist zwar sehr klar auf die starke Hierarchie und absolute Unterordnung unter die Interessen des Staates (Schmitter 1992: 98), vernachlässigt aber die großen Einflussmöglichkeiten von Institutionen und Gesetzen durch die unmittelbar zuständigen Autoritäten, denen ein großer Spielraum zufällt. Mexiko ist ein Land, in dem der Rechtsstaat mit einer Quote von 90 Prozent Straflosigkeit (Human Rights Watch 2011: 34) praktisch nicht existent ist. Dies heißt aber nicht, dass es nicht alternative Logiken geben würde, gemäß denen Politik betrieben wird. Ob vorhandene Gesetze gelten bzw. nicht gelten unterliegt oft dem Gutdünken der zuständigen Autoritäten. Diesen wiederum fehlt es zumeist an Legitimität und sie werden in einem konstanten Prozess von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen herausgefordert. Den populären Ansuchen werden jedoch selten Artikulationsmöglichkeiten eingeräumt, sondern meist mit Repression beantwortet.

Somit darf in Bezug auf die ArbeitnehmerInneninteressen niemals vergessen werden, dass es auch immer kämpferische Strömungen innerhalb der mexikanischen Gewerkschaften gegeben hat, die gegen den autoritären Korporatismus und die von oben diktierte Politik auftraten, und die auf die ersten Auseinandersetzungen mit dem porfiristischen System zurückgehen. Diese Strömungen koexistierten mit der regierungskonformen ArbeiterInnenvertretung, sie konnten lediglich keinen hegemonialen Charakter vorweisen. Diese Stimmen gilt es zu hören, um den prozesshaften Charakter von Institutionen und Gesetzen, die trotz ihrer augenscheinlichen Solidität immer wieder zur Diskussion stehen, herauszustreichen. Daher ist auch das soziale und historische Umfeld dieser Organisationen mitzudenken, wenn man ihre politischen Implikationen verstehen will.

In der Diskussion über die ArbeitnehmerInnenvertretungen ist es deshalb äußerst bedenkenswert, wenn die Gewerkschaftsbewegungen nur auf ein Herrschaftsinstrument reduziert werden, die den autoritären Regierungen über Jahrzehnten dazu dienten, sich ihre Legitimität zu sichern und ihre Politik zu implementieren, denn in ihrer Umkehrung verwandeln sie sich genau in besagtes Fortschrittshindernis. Innerhalb dieser Logik bedeutet Demokratisierung, sich dieser Hindernisse zu entledigen oder die Gewerkschaften den UnternehmerInneninteressen gefügig zu machen, die im Neoliberalismus vorrangig sind, was aber in politischer Hinsicht dem Entzug der Existenzgrundlage der Gewerkschaften gleichkommt. Innerhalb dieser Perspektive geraten die rechtlichen Errungenschaften, die von den ArbeiterInnen erkämpft wurden und sogar Eingang in die Verfassung gefunden haben, vollkommen in Vergessenheit bzw. wird aus derselben hegemonialen Logik heraus versucht, sie zu eliminieren.

Folglich darf es bei der Demokratisierung eines Landes nicht darum gehen, dass diese auf Kosten eines ganzen gesellschaftlichen Sektors geht, indem ihm grundlegende Rechte entzogen werden, wie das Streikrecht oder das Recht auf einen Kollektivvertrag. Gleichzeitig bedeutet es aber auch nicht die autoritären und anti-demokratischen Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften zu ignorieren.

Es geht vielmehr darum, eine Form der Demokratisierung von unten zu finden, die ebenso wenig jene ArbeiterInnenschicht ausschließt, die nicht im Genuss des gewerkschaftlichen

Schutzes ist. Es bedeutet, von den Bedürfnissen und alltäglichen Sinnstrukturen der ArbeiterInnen auszugehen, weil letztendlich sie Subjekt und Objekt der entsprechenden Rechte, Praktiken und Politiken sind. Um dies zu verstehen, ist es notwendig, in die Lebenswelt der ArbeiterInnen einzutauchen und so ihre Ideen, Perspektiven und Probleme kennenzulernen. Auch wenn die so konstruierten Bedeutungen auf nationaler Ebene keinen hegemonialen Charakter erlangen, gibt es sie dennoch und es gilt hinzuhören, um so auch unser eigenes westliches Verständnis von Institutionen, Gesetze und Gerechtigkeit aufzubrechen. Sie sind politische AkteurInnen, die den existierenden Machtstrukturen eigene Bedeutungen und Handlungsstrategien zumessen, die wiederum historisch und kulturell gewachsen sind. Entgegen dem häufig in westlichen Medien anzutreffenden Diskurs von ArbeiterInnen im globalen Süden als Opfer oder Fortschrittshindernisse der internationalen wirtschaftlichen Veränderungen, soll gezeigt werden, wie sie sich selbst als politische AkteurInnen verstehen und präsentieren. In diesem Sinne ist Demokratisierung als eine Emanzipations- und Befreiungsprozess von eben diesen hegemonialen Strukturen und Denkweisen zu verstehen, der lokal im unmittelbaren Lebensumfeld von staten geht. Im Wesentlichen beschreibt genau dieser Zugang das Bemühen, auf das die Bildung im Arbeitsrecht seitens mexikanischer NGOs abzielt.

Wenn wir unseren Blick nun direkt auf die Bergbaugewerkschaft² richten, so stoßen wir auf eine sehr vielfältige Geschichte, welche sowohl kämpferische, als auch gemäßigte Phasen aufweist. Gleichfalls sollte diese Gewerkschaft nicht unabhängig von den nationalen Entwicklungen der zugehörigen Branchen des Bergbaus, der Metallurgie und des Stahlwesens gesehen werden. Während die erste eine sehr lange Tradition aufweist, die bis ins Kolonialreich zurückgeht, gewannen die anderen beiden Sektoren erst Anfang des 20. Jahrhunderts wirklich an Bedeutung. Die Tatsache, dass die meisten Bergbausektionen in Enklaven organisiert sind, die sich weit ab von den industriellen Zentren herausgebildet haben, hat zu einer ganz spezifischen lokalen Entwicklung beigetragen.

² Die offizielle Gewerkschaft schließt die ArbeiterInnen des Bergbaus, der Metall- und der Stahlindustrie ein. Für die bessere Lesbarkeit werde ich im Folgenden die abgekürzte Version „Bergbaugewerkschaft“ verwenden.

Derzeit gewinnt die Bergbaugewerkschaft wieder an Bedeutung, weil sie seit dem Jahr 2006 sehr stark von einer Einmischungspolitik seitens der Regierung betroffen ist. Diese versuchte zunächst, den Generalsekretär, Napoleón Gómez Urrutia, abzusetzen, um im Folgenden die interne Spaltung und Schwächung dieser ArbeiterInnenvertretung herbeizuführen. Obwohl sich diese Gewerkschaft intern durch eine strenge Hierarchie auszeichnet, ist es dennoch bedenklich, dass die Regierung dies als ihre eigene Angelegenheit wertet, weil es sich sehr eindeutig um eine Frage handelt, derer sich die Mitglieder selbst annehmen sollten. Trotzdem sollte man den Blick nicht alleine auf dieser Problematik ruhen lassen, ohne den breiteren Kontext mitzudenken, was konkret meint, die UnternehmerInneninteressen, die hinter dieser Politik stehen und auf die ich bereits zu Beginn des Kapitels eingegangen bin, in die Analyse mit einzubeziehen. So war in Mexiko laut dem Wirtschaftszensus von 2008 der Bergbau die wirtschaftliche Branche, die nach dem verarbeitenden Sektor die höchsten Investitionen aufwies, mit 84.813,5 Millionen Pesos im Vergleich zu 118.290,7 Millionen Pesos, wobei von letzteren 12.504,8 Millionen Pesos (10,6%) auf die Stahlindustrie entfielen (INEGI: 30.07.2013). Zudem waren die ArbeiterInnen nicht die einzigen Betroffenen, sondern es wurden viele Proteste rund um die Umweltzerstörung laut, welche die Bergbaufirmen in kulturell geschützten Gebieten anrichteten, wie die Beispiele der Firma Minera San Xavier Cerro de San Pedro im gleichnamigen Ort oder der First Majestic Silver Corp. in Real de Catorce beweisen. Dabei handelt es sich aber keinesfalls um ein Phänomen, das auf Mexiko beschränkt bleibt, sondern es lassen sich in vielen lateinamerikanischen Ländern ähnliche Proteste antreffen. Es ist also nicht verwunderlich, dass hinter der neuen Investitionswelle auch eine klare Haltung zur Bergbaugewerkschaft steht, die in diesem Sinne als höchst hinderlich gedeutet wird, während umgekehrt dieselbe Situation für die ArbeiterInnen sehr fatale Auswirkungen hat. Zudem, dass es sich um die als am gefährlichsten eingestufte wirtschaftliche Tätigkeit handelt, resultiert die schrittweise Rücknahme ihrer Recht in einer für sie ökonomisch sehr prekären Situation, und mit der Abwesenheit eines legalen Schutzes wird der extremen Ausbeutung freier Lauf gelassen.

Ich hatte die Möglichkeit, die direkten Auswirkungen dieser Politik auf eine Bergbaugemeinde kennenzulernen, als ich mich 2006 zu Zwecken der Feldforschung für meine Diplomarbeit in der Sektion 298 in Nacozari de García aufhielt, wo der lokale Streik

mit der totalen Eliminierung des Kollektivvertrages und der Massenkündigung von 1200 Arbeitern endete. Obwohl die lokale Sektion einige strategische Fehler begangen hatte, stand die Massenentlassung in keinem Verhältnis dazu, v.a. weil nicht nur alle Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verloren, sondern weil aufgrund des Enklavencharakters des Dorfes die Mehrheit zudem migrieren musste. Ausgehend von meinen Beobachtungen und den Inhalten der Interviews, die ich vor Ort geführt hatte, fragte ich mich, welche Widerstandsformen es geben kann, um die Interessen der ArbeiterInnen zu wahren, abgesehen von den klassischen institutionellen Instrumenten der Gewerkschaft, welche oft von einer internen Elite in Anspruch genommen werden und dabei meist die Bedürfnisse der Mehrheit außen vor lassen. Im Zuge dessen stieß ich auf die Workshops zum Arbeitsrecht, welche vom Centro de Reflexión y Acción Laboral (CEREAL), jener NGO, die mir zuvor bei der Kontaktsuche für mögliche InterviewpartnerInnen geholfen hatte. Über das CEREAL kam ich schließlich auch zu den ArbeiterInnen der Sektion 147 in Monclova, mit denen die NGO zum Teil zusammenarbeitet und deren Geschichte für einen bestimmten Zeitraum von nationaler Brisanz war.

Im Zuge einer zusätzlichen Maestría in Politische und Soziale Studien an der mexikanischen UNAM konnte ich bereits die empirische Forschung über die Bergbaugewerkschaft und über Bildung im Arbeitsrecht beginnen (Esterbauer 2012). Dabei lernte ich v.a. sensibler auf die Geschichte der nationalen ArbeiterInnenbewegung einzugehen und deren Facetten- und Bedeutungsreichtum für einen möglichen Transformations- und Emanzipationsprozess zu erkennen.

In der Dissertation baue ich nun diese Erkenntnisse weiter aus, wobei mein Hauptanliegen darin besteht, die behandelte Thematik in einen größeren theoretischen und globalen Reflexionsprozess einzubinden, der in der Befreiungsphilosophie verankert ist.

1.2. Forschungsziele und –fragen

In der vorliegenden Arbeit stelle ich den Anspruch, die kritischen Überlegungen gegenüber den vielseitigen Unterdrückungsmechanismen und deren mögliche Überwindung, die der Befreiungsphilosophie inhärent sind, mit Hilfe der soziologischen Phänomenologie und der

Befreiungspädagogik Paulo Freires auf eine empirisch greifbare Ebene herunterzubrechen. Dies soll keinesfalls bedeuten, den theoretischen Zugang zu verkürzen. Stattdessen soll am Beispiel der ArbeiterInnen der Bergbaugewerkschaft der Prozess von Befreiung nachgezeichnet werden, der umso näher am Subjekt selbst und an dessen Gemeinschaft liegt. Dies meint, ausgehend von der Negation des eigenen Seins, bedingt durch unterdrückerische Strukturen, über die Bildung im Arbeitsrecht diesen Umstand schrittweise aufzuheben. Da in der neueren Literatur zu besagter Befreiungsphilosophie vermehrt auf die indigene Emanzipation verwiesen wird, bleibt die Frage nach der ArbeiterInnenbewegung, die zuvor als zentraler Motor für die politische Transformation gesehen wurde und nun meist in Vergessenheit geraten ist, bestehen. Freilich hat sich der ArbeiterInnensektor diversifiziert und nur mehr wenige Betriebe oder Institutionen können auf eine eigene Gewerkschaft verweisen, aber heißt dies auch, dass die ArbeiterInnen aufgehört haben, politisch zu sein und nach Veränderungen zu lechzen? Im Zuge der Diskussionen um den historischen Materialismus wurde die ArbeiterInnenbewegung oft auf ihre ökonomischen und politischen Facetten festgenagelt, deren kulturelle und soziale Komponenten wurden dabei meist außer Acht gelassen. Diese gilt es mit aufzuspüren und ihr Transformationspotential zu Tage zu fördern.

Die Veränderungsmöglichkeiten über die Workshops im Arbeitsrecht, auf die ich mich in dieser Arbeit fokussiert habe, sind Teil dieses Transformationspotentials. Dabei soll es darum gehen zu erforschen, welche Auswirkungen diese Arbeitsrechtswshops zu Gunsten der ArbeitnehmerInnen haben können. Es wird untersucht, ob Verbesserungen für die ArbeiterInnen herbeigeführt werden können, sei es in Form einer kollektivvertraglich vorteilhaften Modifikation, einer Lohnerhöhung oder einer Schärfung des politischen Bewusstseins der Betroffenen hinsichtlich ihrer eigenen Rechte. Dabei geht das Rechtsverständnis angesichts des schwachen Rechtsstaates in Mexiko weit über positivistische und westliche Vorstellungen hinaus und bedarf einer Redefinition davon, was gesetzlich und was gerecht ist. Diese Auseinandersetzung, die beim Subjekt selbst beginnt, wurde in die Forschung mit einbezogen und findet ihre Entsprechung wiederum im theoretischen und methodischen Zugang.

Somit habe ich mich auf folgende Forschungsfragen konzentriert:

- Wie kann die Befreiungsphilosophie empirisch weitergeführt werden?
- Können die politischen Anstrengungen der ArbeiterInnenbewegung der mexikanischen Bergbau- und Stahlgewerkschaft im Sinne der Befreiungsphilosophie als ein Ausbrechen von diversen unterdrückerischen Strukturen gedeutet werden?
- Auf welche Weise können die Workshops zum Arbeitsrecht, welche von katholischen NGOs im Sinne der politischen Bildung von unten³ abgehalten werden, zur Demokratisierung der ArbeiterInnen und ihres gewerkschaftlichen Lebens beitragen?

Die erste Frage werde ich v.a. im theoretischen Teil behandeln, wobei mir die Ergebnisse für die empirische Weiterführung der Befreiungsphilosophie als Grundlage für die zusätzlichen Kapitel der Dissertation dienen.

Die zweite Frage ist allgemeineren Charakters und wird mit den Beobachtungen der Kapitel 3-5 beantwortet, wobei der Schwerpunkt auf den sozialen, kulturellen und historischen Komponenten der ArbeiterInnenbewegung liegt, die den hegemonialen Strukturen trotzen und zu einer eigenen Wirklichkeitsdeutung beigetragen haben.

Letztere Frage konkretisiert die Förderung der politischen Transformationsansprüche der ArbeiterInnenbewegung durch das Konzept der Befreiungspädagogik, die als solches ein Bestandteil der Befreiungsphilosophie ist. Sie wird mit Hilfe der Erkenntnisse aus Kapitel 4 im letzten Kapitel analysiert.

Weil gerade in der dritten Frage zwei Konzepte auftauchen, die diverse Interpretationen zulassen, werde ich versuchen hier nochmals meinen Zugang zu Bildung und Demokratisierung abzuklären, der wiederum auf meine theoretische Position rückschließt.

So verstehe ich Bildung weniger im Sinne der Wissensvermittlung, d.h. als Übernahme von Wissen durch den/die SchülerIn, sondern als eine kritische Analyse der Inhalte und ihrer Kontexte durch die sich Bildenden selbst. Die Volksbildung Paulo Freires, das Konzept mit dem ich die dritte Forschungsfrage analysieren werde, zielt auf eine Bewusstseinsbildung bei

³ Im Folgenden verwende ich politische Bildung von unten synonym mit den Begriffen der Befreiungspädagogik, der Pädagogik der Unterdrückten und der Volksbildung. Alle diese Konzepte sind dem pädagogischen Zugang Paulo Freires zuzuschreiben.

den SchülerInnen ab, die über die Kodifikation und Dekodifikation von Widersprüchen, die Teil der Realität der Studierenden sind, angeregt wird. Freire nennt dies ein problemorientiertes Vorgehen, weil es auf eine kritische Auseinandersetzung nicht nur mit den Lerninhalten, sondern auch mit der eigenen Lebenssituation abzielt. Dabei werden die Strukturen, innerhalb derer die SchülerInnen agieren und die in alltäglichen Abläufen reproduziert werden, aufgebrochen und hinterfragt, so dass als sicher geglaubte Wahrheiten ans Licht geführt werden. Erich Fromm bezeichnete diese Methode als „eine Art historische soziokulturelle und politische Psychoanalyse“ (Fromm in Winckler, Fornari 2007: 13).

Trotzdem, um dieses problemorientierte Vorgehen möglich zu machen, muss zunächst eine vorgelagerte Erziehung stattgefunden haben, die den Personen Bedeutungsstrukturen überhaupt zugänglich gemacht hat, welche schließlich in Frage gestellt werden. Diese Erziehung entspricht dem, was wir von Kinderbeinen an von unseren Eltern oder anderen nahestehenden Personen erlernen, und was später in der Schule fortgeführt wird, also anders ausgedrückt, meint es die Sozialisation an sich.

Im Wechselspiel zwischen Reproduktion und Infragestellung von Bedeutungsstrukturen scheint auch der Machtaspekt hervor, denn hinter jeder Sinnkonstruktion stehen sozial tief verankerte Gegebenheiten, die klare Auswirkungen auf die Subjekte haben. In diesem Sinne ist Erziehung immer ein kultureller und politischer Akt, weil das Wissen an sich, sowie die Art der Bildung niemals neutral sein können, d.h. entweder wird der Status Quo in Frage gestellt oder er wird reproduziert.

Die Demokratisierung, auf die ich mich in eine der Forschungsfragen und im Titel der Dissertation beziehe, übernimmt einige Elemente der Volksbildung Paulo Freires und ist v.a. als politischer Transformations- und Befreiungsprozess zu verstehen. Allgemein gilt, dass es sich bei der Demokratisierung um ein viel zitiertes und oft angewandtes Konzept handelt, weshalb ihre Bedeutung sehr unterschiedlich gewertet werden kann. Die Art der Demokratisierung, auf die ich mich in diesem Kontext beziehe, zielt weniger auf institutionelle Umgestaltungen ab, wobei diese natürlich genauso wünschenswert sind, sondern bezieht sich zunächst auf Veränderungen in der Person als handelndes und denkendes Subjekt und seinen Gepflogenheiten. Es beschreibt den Transformationsprozess von einem Subjekt in ein demokratisierendes Subjekt, das lernt unterdrückerische

Gegebenheiten in seiner vollen Ausprägung zu hinterfragen, Forderungen zu stellen, sich mit anderen zu organisieren und Impulse für Veränderungen zu setzen. Demokratisieren meint aber auch, mit anderen über einen respektvollen Dialog in Beziehung zu treten, indem Toleranz gegenüber den verschiedenen Meinungen geübt wird. Obwohl von einer Veränderung im Subjekt ausgegangen wird, handelt es sich keinesfalls um einen individualistischen Ansatz, vielmehr das Gegenteil ist der Fall: Demokratisierung wird als soziale Interaktion gesehen, die immer egalitärer wird. Aber genau dieser Wandel geht zunächst von einer Veränderung in der Person aus, weil diejenigen, die dem Handeln und den Erlebnissen Bedeutungen zumessen, sind die Menschen selbst, aber besagte persönliche Veränderung geschieht im Sinne der soziologischen Phänomenologie erneut auf intersubjektivem Wege, d.h. als Sozialisations- und Resozialisationsprozess. Diese Demokratisierung zielt letztendlich auf eine strukturelle Veränderung in den antidemokratischen Praktiken und Gepflogenheiten ab, d.h. die handelnden Subjekte versuchen, sich von diesen zu befreien.

Mit dem Ziel, diesen Zugang zur Demokratisierung verständlicher zu machen, habe ich drei analytische Konzepte entwickelt, die ich aus der Theorie Paulo Freires zur Volksbildung abgeleitet habe. Diese drei sind die Bewusstseinsbildung, als ein Wandel, der sich im Subjekt selbst vollzieht, die interne Demokratisierung, als die Beziehung zwischen Gleichen, und die Emanzipation als politisch fordernder Akt.

1.3. Methode und Datenanalyse

Da die erste Forschungsfrage rein theoretische Überlegungen beinhaltet, die in der dritten Frage ihre Konkretisierung erfährt, wobei letztere in ihrer Konzeption und Formulierung erst mit Hilfe von Daten aus der empirischen Forschung zu beantworten ist, sind beide für eine vorab Hypothesenbildung ungeeignet. Weiters stütze ich die empirische Weiterführung der Befreiungsphilosophie auf die soziologische Phänomenologie, die in ihrem methodischen Zugang, der eidetischen Reduktion, alle theoretischen Vorannahmen ausschaltet. Eine Hypothesenbildung ist somit mit diesem theoretischen Zugang nicht vereinbar, daher

können erst aufbauend auf die Beobachtungen aus dem Feld weitere Rückschlüsse gezogen werden.

Zusätzlich ist gerade der Zugang über die Befreiungsphilosophie darum bemüht, sich emanzipierenden Subjekten als solchen Raum zu geben, und eine versuchte Vorabklärung mittels Hypothesenbildung wie diese zu handeln haben, widerspräche auch in dieser Hinsicht der Theorie an sich. Methodologisch lehne ich mich dabei an die Position Uwe Flicks über die Prozesshaftigkeit der gegenstandsbegründeten Theorienbildung an:

Demgegenüber wird im Ansatz der gegenstandsbegründeten Theoriebildung den Daten und dem untersuchten Feld Priorität gegenüber theoretischen Annahmen eingeräumt. Diese sollen nicht an den untersuchten Gegenstand herangetragen, sondern in der Auseinandersetzung mit dem Feld und darin vorfindlicher Empirie „entdeckt“ und als Ergebnis formuliert werden. (...) Es geht nicht um die Reduktion von Komplexität durch Zerlegung in Variablen, sondern um die Verdichtung von Komplexität durch Einbeziehung von Kontext. (Flick 2002: 69)

Für die empirische Untersuchung kamen verschiedene Methoden, meist qualitativen Charakters, zur Anwendung, die wichtigsten jedoch bildeten die semi-strukturierten Interviews. Insgesamt handelt es sich um elf Interviews mit zehn verschiedenen Personen, wobei die Zusammensetzung sehr durchmischt war, d.h. ich befragte Arbeiter, die an den Workshops teilnahmen, sowie die Ehefrau eines Arbeiter, die ebenfalls teilnahm, ein NGO-Mitglied und Workshopleiter. Außerhalb der Workshopstrukturen befragte ich Arbeiter der oppositionellen und der hegemonialen Gruppierungen der lokalen Gewerkschaftssektion und zwei frühere Anführer der Línea Proletaria (Proletarische Linie). Diese Interviews führte ich zu verschiedenen Zeitpunkten während des Untersuchungszeitraums (2009-2011) und zu unterschiedlichen in den Workshops erarbeiteten Themen durch. Des Weiteren machte ich gemeinsam mit einem Kollegen der NGO eine Umfrage unter 40 ArbeiterInnen der Sektion 147, deren Inhalt in erster Linie in einem Workshop zur Revision des Kollektivvertrags verwendet wurde. Die Ergebnisse waren vor allem als argumentative Stütze für die Ausformulierung gewerkschaftlicher Forderungen gedacht, wobei mir aber einige allgemeine Daten auch für die vorliegende Arbeit von Nutzen waren. Zudem führte ich ein Feldtagebuch, in dem ich alle Beobachtungen und Kommentare notierte. Außerdem machte ich eine online Zeitungsanalyse lokaler Periodika über die Geschehnisse in der Sektion 147

über den Zeitraum von zwei Jahren (08/2009-08/2011), eine Literaturrecherche über Arbeiten zur Stadtgeschichte und eine statistische Revision von Daten zu Produktion, Investitionen, Bevölkerungszahlen, etc. Schließlich ermöglichte mir die NGO ein Volontariat, welches mir erlaubte, wichtige Einblicke in die Zielsetzungen der Organisation und deren theoretischen Zugang zu Arbeitsrechtsfragen zu erlangen.

Die wichtigsten Daten entnahm ich den Interviews und den Aufzeichnungen des Feldtagebuchs, alle übrigen Daten ordnete ich den Analyseergebnissen der ersten beiden zu. Für die Interviewanalyse folgte ich im Groben den Prinzipien der Grounded Theory (gegenstandsbegründeten Theoriebildung), welche sich zunächst auf die Kodifizierung der Dateninhalte konzentriert. Diese Arbeit führte ich mit Hilfe des Softwareprogramms MAXQA durch, welche besagte Textkodifizierung und den Vergleich der Codes untereinander ermöglicht. Da es sich um eine große Fülle an Codes handelte, d.h. sehr viel Information vorhanden war, die für mein Forschungsziel wenig Bedeutung hatte, war es notwendig, eine Auswahl zu treffen. Diese Auswahl traf ich in Anlehnung an die Analyseergebnisse der Daten aus dem Feldtagebuch und entsprechend der drei zuvor erwähnten analytischen Konzepte (Bewusstseinsbildung, interne Demokratisierung, gewerkschaftliche Emanzipation).

Im Feldtagebuch zeichnete ich Beobachtungen auf, sowie die Grundideen alltäglicher Gespräche und die Konzepte der ArbeiterInnen über bestimmte Aspekte ihrer beruflichen Tätigkeit oder der Gewerkschaft. Letztgenanntes war insofern wichtig, als dass sich die Menschen im Allgemeinen in alltäglichen und vertrauten Situationen viel freier ausdrücken als in einem Interview. Auf diese Weise sind die Dinge, welche für die Personen von Wichtigkeit sind, viel sichtbarer, auch weil die alltäglichen Gespräche den Logiken der Menschen folgen, während ein Interview bis zu einem gewissen Punkt eine vom/von der InterviewerIn aufgesetzter Akt ist, weil er oder sie auf eine bestimmte Art das Gesprächsthema vorgibt, selbst wenn es sich nur um ein semi-strukturiertes Interview handelt. Gleichzeitig mit der Aufzeichnung der Beobachtungen fing ich an, Memos zu entwickeln, d.h. Ideen über die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Konzepten und Rechtfertigungen, welche die ArbeiterInnen in ihren Gesprächen verlauten ließen. Dinge, die mir unverständlich blieben, oder etwaige Zweifel konnte ich so erneut in meine Interviews einbauen.

Die Analyse der Daten, die ich im Feldtagbuch aufgezeichnet hatte, führte ich mit Hilfe der Konstruktion von Codes, welche ich auf verschiedenfarbige Karteikärtchen notierte, durch, wobei jedem Akteur bzw. seiner politischen Position eine andere Farbe zukam. Auf denselben Kärtchen hielt ich die Grundgedanken zu jedem Code fest und teilweise damit in Verbindung stehende Memos. Danach legte ich die Kärtchen gemäß den logischen Verkettungen, die es zwischen den Codes gab bzw. die von den Interviewten als solche hergestellt wurden, auf. Somit war es mir möglich, ein Mapping zu den wichtigsten gewerkschaftlichen Themen und zur Konstellation der lokalen Akteure zueinander zu machen. Das Ergebnis dieser Analyse diente mir als Vorlage für die Struktur des letzten Teils des Kapitels über Monclova („Die ArbeiterInnen der Sektion 147 in der Aktualität“), dessen Inhalt ich mit Daten aus den Interviews, der Umfrage und der Zeitungsanalyse ergänzte.

Die Logik, nach der ich mein Datenmaterial nach Kapiteln systematisierte, orientierte sich an den Forschungsfragen und dem theoretischen Zugang über die Befreiungsphilosophie, wobei sich an diesem Punkt mein Vorgehen von der Grounded Theory unterscheidet, welche eine Systematisierung ausgehend vom Datenmaterial alleine vorschlägt. Mein Vorgehen stützte ich auf die Idee Hugo Zemelmans, von einer konkreten Problemstellung auszugehen, um einen historischen Zeitraum zu untersuchen, der sich in diesem Fall auf die, in der Aktualität stattfindende, Befreiung von geschichtlich gewachsenen Unterdrückungsstrukturen bezieht. So schreibt er:

In diesem Sinne ist es von Interesse, darauf zu verweisen, dass das Studium eines historischen Zeitraums am meisten ausgeschöpft wird, wenn seine Beobachtung von einem konkret zu lösenden Problem ausgeht. Dem ist so, weil sich das Problem von einer bestimmten Politik ableiten lässt, die sich als solches von einem konkreten Blickwinkel, von dem aus das Wie der Transformation angeregt wird, auf die gesamte dahinterliegende Realität bezieht, d.h. auf die von sozialen Gruppen in Beziehung und Konflikt ausgehandelten Wirklichkeit. (Zemelman 2001: 100)

Da Befreiung als Prozess zu verstehen ist, der sich beispielsweise in den Auswirkungen der Workshops zeigt, ist es wichtig, auch die zeitliche Dimension zu erfassen und in die Analyse mit einzubeziehen. Zemelman berücksichtigt auch diesen Aspekt und interpretiert Geschichte eben nicht als eine Kette abgeschlossener Tatsachen und als lineare Entwicklung,

sondern als eine soziale Konstruktion von Wirklichkeiten, geschaffen von konkreten Subjekten mit der Intention der Generierung einer bestimmten Zukunft. Eine geschichtliche Revision sollte also genau diese historischen Möglichkeiten herausarbeiten, was er als die „Betonung des Werdenden über das Gewordene der dominanten Wirklichkeit“ bezeichnet (ebd. 36):

Die Idee des Fortschritts (als Grundannahme dieses Gedankengangs) zu hinterfragen, bedeutet sich daran zu machen, die lineare Konzeption der Geschichte zu kritisieren, so dass die Wirklichkeit als ein von sozialen Subjekten in seiner konkreten Ausprägung geformtes Feld wiederentdeckt wird. Es geht nicht um eine Verherrlichung der Praxis, noch darum die Geschichte auf diese zu reduzieren, sondern die Idee von der Geschichte als Konstruktion wiederzufinden (ebd. 43f).

Die Rekonstruktion historischer Situationen sollte sich auf Konzepte stützen, die fähig sind die Elemente der Realität zu artikulieren, so dass sie Objekt einer Vision sein kann, in der, außerdem, dass sie die Gesamtheit erfasst, die Vielfalt ihrer alternativen Möglichkeiten nicht verloren geht. Wir befinden uns in Gegenwart einer Dialektik, die einerseits gestaltet ist von den sozialen Subjekten, ihren Projekten und Praktiken, und andererseits, von der Wirklichkeit als einem Feld sozialer Strukturen, Institutionen und Beziehungen zwischen aufsteigenden Kräften, die danach streben ihre Utopien Realität werden zu lassen (ebd. 34).

Diese Geschichtsperspektive erlaubt es mir, „Demokratisierung“ im Sinne von Befreiung als eine dieser Möglichkeiten zu interpretieren. Gleichzeitig verlangt sie nach einer geschichtlichen Revision der betroffenen AkteurInnen (ArbeiterInnen, Gewerkschaft, Stahlindustrie, Staat) und deren Aktionen, um letztendlich die Dimensionen zu verstehen, die die Workshops und die rechtlich und strategisch Unterstützung seitens der NGO als historische Veränderungsmöglichkeit birgt, aber auch wie Strukturen und Denkmuster zu Stande gekommen sind. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die lokale Geschichte der Sektion 147, die zu einem bestimmten Zeitpunkt besonders hervorstach und mit den tieferen nationalen Politikmechanismen verwoben war, zu kennen, um die möglichen Auswirkungen von Bildung im Arbeitsrecht im Sinne Freires zu begreifen.

Sowohl der Zugang Freires zu Ermächtigung der Unterdrückten mit Hilfe der problemformulierenden Bildung und der Befreiungsphilosophie Enrique Dussels, sowie die Theorie Zemelmans über die historischen Möglichkeiten (*potencialidades*) beziehen sich auf die Konstruktion von Wirklichkeit. Obwohl Dussel und Freire mehr von der Phänomenologie Edmund Husserls inspiriert waren, füge ich deren theoretische Überlegungen die Ideen Alfred Schütz, Thomas Luckmanns und Peter Bergers bei. Als Schüler von Husserl bemühte sich Schütz die Überlegungen der Phänomenologie auf eine soziologische Ebene zu übertragen, die wiederum von dessen Schülern Luckmann und Berger weiterentwickelt wurden. Die soziologische Phänomenologie geht davon aus, dass die AkteurInnen sich ihre sozialen Welten in all ihren Ausgestaltungen und Auswirkungen in der Interaktion selbst schaffen, aber traditionsbedingt viele Bedeutungen im Sozialisationsprozess zunächst übernehmen. Wahrheiten werden über konstruierte Legitimationsprozesse sozial verankert und zu symbolischen Sinnwelten, als spezifische Visionen über die Welt an sich, ausgeweitet. Ich übernehme diese Idee und beschreibe ihre essentiellsten Aussagen, um sie in einem weiteren Schritt auf die Auswüchse der Moderne als eben eine dieser Sinnwelten anzuwenden, aus deren Strukturen die Befreiungsphilosophie ausbrechen will. Die vielschichtigen Ebenen der Unterdrückung, die im modernen Denken ihren Ursprung haben, nehmen in der Realität der ArbeiterInnen konkrete Gestalt an und werden von diesen am eigenen Leib erfahren. Die Demokratisierung im Sinne Freires als das dynamischste Element dieser Überlegungen regt in den Subjekten einen Umdenkprozess an und sprengt bzw. hinterfragt bestimmte Bedeutungsstrukturen dieser symbolischen Sinnwelt.

Mit Hilfe dieses Zugangs ist es mir möglich, sowohl die Solidität der Strukturen und Bedeutungen innerhalb derer sich die Personen bewegen und die als natürlich und gegeben wahrgenommen werden, als auch ihre Brüchigkeit, die besonders in kritischen Situationen ans Licht kommt, wiederzugeben. Diese symbolischen Sinnwelten haben theoretische, historische, politische, soziale und kulturelle Dimensionen, die ihre primäre Ausdrucksform in den alltäglichen intersubjektiven Handlungen findet, d.h. die Interaktion zwischen den Personen passiert immer mit Verweise auf die Bedeutungshorizonte jedes einzelnen, in denen sie sozialisiert wurden und die sich im Laufe ihres Leben verändern. Gleichzeitig sind

die soziologische Phänomenologie und die Befreiungsphilosophie sehr realitäts- und subjektnahe Zugänge, die eine empirische Weiterführung durchaus ermöglichen.

Diese Verstrickung zwischen dem Alltäglichen, dem Lokalen, dem Nationalen und Historischen, wie dem Theoretischen, bestimmt auch die thematische Systematisierung dieser Arbeit. Daher soll die Anordnung der Kapitel als ein Modell konzentrischer Kreise gelesen werden: vom Zustandekommen sozialer Strukturen und symbolischer Sinnwelten allgemein, später über ihre speziellen Ausformungen in der Moderne und der daran geübten Kritik in der Befreiungsphilosophie, die vom lateinamerikanischen Kontext ausgeht (Kapitel 2), über die Geschichte der mexikanischen Stahlindustrie und der Bergbau- und Metallergewerkschaft (Kapitel 3), über die lokale Geschichte Monclovas (Kapitel 4) und schließlich über die Workshops zum Arbeitsrecht und den daraus resultierenden Veränderungen in den Subjekten und ihrem Handeln (Kapitel 5). Somit erhalten die Workshops und die Veränderungen in den Subjekten und ihrem Handeln nur dann Sinn, wenn der theoretische, kulturelle, historische und lokale Kontext mitgedacht wird. Bildung im Arbeitsrecht als solches mag vielleicht einen interessanten Input liefern, würde aber keine weitreichenderen Auswirkungen haben, wenn der Workshop an und für sich nicht eben jener Kondensations- und Implosionspunkt wäre, an dem vorherige Erfahrungen, die bereits mit vielen essentiellen Zweifeln aufgeladen wurden, zur Sprache kämen um sie eben zu reflektieren und neue Handlungen zu beschließen. In diesem Punkt verknüpft sich die Intention des Workshops mit dem breiteren Kontext. Ich habe versucht diese Multidimensionalität in den Aufbau der Dissertation einzuarbeiten, daher die Wichtigkeit, die Anordnung der Kapitel als konzentrische Kreise zu verstehen. Ihre Analyse folgt dem Schema einer Spirale, die vom theoretischen Kontext, über den nationalen, zum lokalen geht, und die sich schließlich den alltäglichen Erfahrungen der ArbeiterInnen widmet.

Eine der zentralen Thesen der soziologischen Phänomenologie ist die Möglichkeit der Veränderung eben dieser sozial konstruierten Sinnstrukturen. Dies kann partiell oder in sehr reduzierter Form vonstattengehen oder es kann bis zur direkten Infragestellung der symbolischen Sinnwelt reichen, d.h. zum Zusammenbruch der Bedeutungsdimensionen der primären Sozialisation, was einen epistemologische Bruch im Subjekt zur Folge hat.

Sowohl Berger und Luckmann, als auch Zelmanowitsch schreiben über den Zusammenbruch symbolischer Sinnwelten. Letzterer bezeichnet sie als „Globalität der Wirklichkeit“, die dann zu brechen droht, sobald Alternativen auftauchen:

In diesem Sinne beginnt die Globalität der Wirklichkeit in Situationen zu bröckeln, in denen verschiedene Alternativkonstruktionen zu Tage treten. Dies stellt uns vor die Notwendigkeit, die Realität nicht als an Regelmäßigkeiten festgemacht zu begreifen, sondern als von sozialen Subjekten permanent gestaltete Konstruktion von Utopien, die von mikrostrukturellen Situationen ausgeht, die weder an Regelmäßigkeiten, noch an Tendenzen gebunden sind, aber innerhalb der es möglich ist, nach verschiedenen Optionen vorzurücken. Basierend auf dieser Vielfalt an Situationen, findet die Reproduktion der globalen Strukturen statt, aber ebenso die Anstrengungen die Realitätskonstruktion anzuregen (ebd. 38).

Die hegemoniale Macht hat großes Interesse daran, die alternativen Konstruktionen (einer symbolischen Sinnwelt) zu verleugnen, um sich die Reproduktion der eigenen Position in der Geschichte zu garantieren, jedoch eröffnet uns das Konzept der Veränderungsmöglichkeiten (*potencialidades*), die eben in den historischen Realitäten schlummern, die Relativität dieser Macht.

Um den Gedanken dieser Veränderungsmöglichkeiten aufzunehmen, habe ich versucht, die verschiedenen AkteurInnen (ArbeiterInnen, Gewerkschaft, Stahlunternehmen, Staat) und ihre Positionen, die mit der Geschichte der Bergbau- und Metallergewerkschaft, und im Besonderen mit den StahlarbeiterInnen, in Verbindung stehen, in die Analyse einzubeziehen. Wann immer es mir möglich war, zitierte ich Primärquellen, weil ihnen eine ganze besondere Qualität zukommt, da in diesen Äußerungen die Hoffnungen, die Verbitterung, Verzweiflung etc. der AkteurInnen, die eine ganz bestimmte Zukunft erwarten (die nun Vergangenheit ist), mitschwingt. Sie stellen ein Medium dar, das besonders gut das Konzept der (Veränderungs)Möglichkeiten wiederzugeben vermag, und gleichzeitig streichen sie den multidimensionalen Charakter der politischen ArbeiterInnenbewegung heraus.

Schließlich möchte ich die Idee des Zusammenbruchs der symbolischen Sinnwelt (Globalität der Wirklichkeit), herbeigeführt durch das Auftauchen alternativer Zukunftsvisionen,

verwenden und dieses mit dem Konzept Paulo Freires über die Dekodifizierung mit Hilfe der Betonung auf die der Macht inhärenten Widersprüche kombinieren (siehe 2.3.3. die Pädagogik des Unterdrückten nach Paulo Freire – Bruch der existenziellen Müdigkeit), mit dem Ziel, die Mythen über die Geschichte der Gewerkschaft, und insbesondere der Bergleute und der Stahlindustrie zu dekonstruieren. Handle es sich um das angebliche „mexikanische Wunder“, bestimmte Aspekte des mexikanischen Nationalismus oder neoliberale Wachstumsideen. Diesen Teil führe ich im Kapitel 3 und im historischen Teil des Kapitels 4 an. So stoßen wir im Lauf der Geschichten der mexikanischen Bergbaugewerkschaft immer wieder auf Widersprüche, die laut Zemelman Veränderungsmöglichkeiten (sowohl zu Gunsten der ArbeiterInnen, als auch der UnternehmerInnen) darstellen, beispielsweise wenn wir sehen, dass die Bergbauenkla ven fest in der Hand ausbeuterischer US-amerikanischer Unternehmer waren, aber der Mangel an Arbeitskräfte sie dazu zwang, Leute aus dem eigenen Land anzuheuern, die bereits Mitglieder der Western Federation of Miners waren und die mexikanischen Mineros in gewerkschaftlichen Fragen unterrichteten. Dabei geht es keinesfalls um eine Kleinigkeit, wenn man bedenkt, dass genau in Cananea, einer dieser Bergbauenkla ven, die erste große Rebellion gegen das porfiristische System aufkam, welche die Mexikanische Revolution einläuten sollte. Aber wir können genauso den umgekehrten Fall antreffen, als aufgrund der Revolution der Ressourcenabbau an Wert verlor, was aber vermehrt ausländische Investoren ins Land lockte. Einen anderer Widerspruch eher jüngeren Datums stellt die Geschichte des Stahlwerkes Siderúrgica Lázaro Cárdenas Las Truchas (SICARTSA) dar, ein vom sozialistisch angehauchten Ex-Präsidenten Lázaro Cárdenas gefördertes Projekt, der versuchte, den technischen Fortschritt in seiner Heimatregion (Michoacán) und den wirtschaftlichen Aufstieg Mexikos zu fördern, wobei diese Intention mit dem totalen Verkauf des Werkes vor einigen Jahren an einen indischen Multimilliardär ins absolute Gegenteil verkehrt wurde. Entlang der Geschichte der Bergbaugewerkschaft treffen wir auf eine Vielzahl solcher Widersprüche, die uns vor Augen führen dass die Vergangenheit eben nicht einer bestimmten Logik oder Zielrichtung folgte. Die Dekonstruktion solcher Mythen und ihrer scheinbar glorreichen Entwicklungen eröffnet uns ein eindrucksvolles Panorama dieser Möglichkeiten (*potencialidades*) zur Befreiung und Emanzipation, die sich in jedem historischen Akt verbergen.

Dennoch, die vorliegende Arbeit verweilt nicht alleine auf diesem Aspekt, sondern stellt dem/der LeserIn einen ganz spezifischen historischen Akteur und seine Anstrengungen, eine für ihn gerechtere Realität zu schaffen, vor. Auch wenn es sich nur um eine spezifische Wirklichkeit unter vielen handelt, so ist es doch jene, welche die ArbeiterInnen selbst rekonstruiert haben und immer noch tun. Der/die LeserIn ist somit eingeladen, sich in die sich bildenden ArbeiterInnen hineinzusetzen, die über ihre konkrete Situation und die Hintergründe der erfahrenen Ungerechtigkeiten nachdenken. Reflexion läuft ebenso im Sinne Freires im Rahmen des Aufdeckens von Widersprüchen ab, die eine Dekonstruktion der anerzogenen Wahrheiten herbeiführt. Somit soll die Lektüre der Kapiteln 3 und 4, die eben die Vielfalt der historischen Brüche und Widersprüche der Bergbau- und Metallergewerkschaft beschreiben, für den/die LeserIn als eine Art Simulation des reflexiven Teils des ArbeiterInnenworkshops sein.

Der/die LeserIn ist eingeladen, in einen ähnlichen reflexiven Prozess einzutreten, wobei er/sie nicht über das Arbeitsrecht als solches angehalten ist zu sinnieren, sondern zur Rekonstruktion seines/ihrer eigenen Bildes über die ArbeiterInnen. Was für die sich bildenden ArbeiterInnen die Rekonstruktion der symbolischen Sinnwelt ist, die sich letztendlich in den Handlungen äußert, welche auf einem vorhergehenden Reflexionsprozess basiert, und auf die Schaffung einer neuer Praxis abzielt (so wie es Paulo Freire beschreibt), ist für den/die LeserIn das Überdenken der eigenen kulturell geprägten Ideen zu bestimmen Facetten der Gewerkschaft, und der Rechts- und Staatlichkeitskonzepte, sowie politischer Praktiken in Mexiko, die letztendlich auch das persönliche Urteilen beeinflussen.

Obwohl die Simulation eines solchen Workshops, welche ich hier in Form der Lektüre dieser Arbeit vorschlage, nur unvollständig sein kann, allein schon aufgrund der Tatsache, dass das Buch an sich ein anachronistisches Medium darstellt, das keinen direkten Dialog zwischen AutorIn und LeserIn erlaubt, soll es dennoch ein Bemühen sein, das Konzept der problemformulierenden Bildung Freires greifbarer zu machen. So wie die Hintergrundanalyse als eine Spirale gelesen werden soll, die vom allgemeinen Kontext bis zur unmittelbar persönlichen Lebenssituation der ArbeiterInnen vordringt, so ist das Überdenken der Realität, das im Fall der ArbeiterInnen in direkte Aktionen mündet, eine Spirale, die von der konkreten Situation ausgehend, sich zu allgemeinen Fragen vorarbeitet. Kurz gesagt, der

Reflexionsprozess der ArbeiterInnen geht von der persönlichen Lebenssituation aus, während dieser für die LeserInnen den umgekehrten Weg geht, von der allgemeinen Problematik zum Selbstverständnis der ArbeiterInnen. Ich möchte erneut darauf verweisen, dass dies für die ArbeiterInnen, die an den Workshops teilnehmen, ein politischer Prozess ist, weil versucht wird, Historizität zu erlangen, d.h. sie die Transformation ihrer Wirklichkeit anstreben.

1.4. Allgemeine Inhaltsübersicht

Im vorherigen Teil habe ich sehr allgemein den inhaltlichen und systematischen Aufbau der vorliegenden Arbeit geschildert, jedoch bedarf es noch einer konkreteren Inhaltsübersicht, um die LeserInnen besser in die Thematik einzuführen.

Im Theorieteil stelle ich zunächst allgemeine Überlegungen über die Grundlagen und die Essenz der Befreiungsphilosophie an, die es mir ermöglichen, diese Ideen mit Hilfe der soziologischen Phänomenologie auf einer empirischen Ebene weiterzuführen.

Im Anschluss präsentiere ich die Schlüsselkonzepte der soziologischen Phänomenologie von Schütz, Berger und Luckmann, die davon ausgehen, dass die Welt in der menschlichen Interaktion geschaffen wird. Soziale Strukturen sind dabei zwar relativ rigide Gebilde, sind aber dennoch Konstrukte, die zum Machterhalt gewisser Ideen und Gruppen dienen. Als solches sind sie aber auch überwind- und hinterfragbar. Die Einbettung dieser Strukturen in eine Gesamtheit theoretischer und kultureller Rechtfertigungen, beschreibt die Konstituierung von symbolischen Sinnwelten, die sich als solches besonders hartnäckig halten.

Die Ideen der Moderne, denen eine absolut eurozentristische Sichtweise inhärent ist, beschreiben jene symbolische Sinnwelt, die bis heute hegemonialen Charakter hat und die die globalen Ausbeutungsmechanismen verteidigt. Die Befreiungsphilosophie beabsichtigt genau diese zu überwinden. Da die weitreichenden Dimensionen der Befreiungsphilosophie eben nur in Beziehung zur Moderne zu verstehen sind, werde ich diese zunächst vorstellen, um im Anschluss die Kernidee des Entkolonialisierungs- bzw. Befreiungsdiskurses

aufzuführen. Dabei unterscheide ich die Protomodern von der Moderne, wobei erstere das Gedankengut der Zeit der Renaissance bis zur Entdeckung Amerikas beschreibt und zweitere die Ideen der Aufklärung und ihre weiteren Auswirkungen.

Die Protomodern mag zwar auf den ersten Blick kaum etwas mit der Situation der BergarbeiterInnen in Mexiko zu tun haben, beinhaltet aber zwei Aspekte die von großer Wichtigkeit sind: einerseits der Gedanke der Wiedergeburt des Subjekts als philosophische Einheit, welcher sich im Laufe der Zeit in die Vorstellung der Überlegenheit des westlichen Mannes verwandelte, die in der brutalen Eroberung der Neuen Welt eine sehr konkrete Gestalt annahm. Gleichzeitig spiegelt sich diese Sichtweise im Erfinder- und Emanzipationsgeist wieder, der in weiterer Folge zum Auftauchen des Liberalismus und des Kapitalismus beitrug; andererseits ist im Gedankengut der Renaissance auch das humanistische Element zu finden, das die Ethik und die Moral des Menschen betont, welche noch in Beziehung zu Gott gedacht werden. In letzterem Falle handelt es sich um ein Konzept, das die Befreiungstheologie wiederaufgegriffen hat und das einen konkreteren Ausdruck in der epistemologischen Rechtfertigung der Menschenrechte findet.

Aufbauend auf diese Grundelemente der Moderne werde ich die Dimensionen der Aufklärung, die im Liberalismus und im Kapitalismus politische und ökonomische Gestalt annehmen, diskutieren. In ihnen tauchen die Ideen zum modernen Nationalstaat und der liberalen Demokratie auf, wobei in deren ursprünglichen Konzeption dem Privateigentum bereits eine wichtige Rolle zufällt, welche ihre volle Ausprägung im modernen Kapitalismus erfährt und damit einhergehend, im modernen Proletariat und der ArbeiterInnenbewegung. Schließlich werde ich die symbolische Sinnwelt vorstellen, die die wesentlichen Ereignissen in Lateinamerika im 20. Jahrhundert und der Befreiungsphilosophie, -theologie und -pädagogik aufgreift. Genau in diesem Kontext bildete sich eben auch der lateinamerikanische Kapitalismus heraus, mit den entsprechenden Gewerkschaftsbewegungen. Dabei handelt es sich um eine Epoche, in der Überlegungen zu eigenen wirtschaftlichen und sozialen Modellen lateinamerikanischer Ausprägungen angestellt wurden, wie beispielsweise im ökonomischen Strukturalismus, der eine kapitalistische Entwicklung lateinamerikanischen Stils vorschlug, und in der Dependenztheorie mit einer marxistischen Argumentationslinie. Gleichzeitig kristallisierte sich in dieser Zeit aber auch eine starke US-amerikanische Einmischungspolitik, die

wesentlich zur Entstehung der Diktaturen beitrug, heraus. Vor dem Hintergrund einer erneut aufkeimenden Unterdrückung tauchten schließlich auch die Befreiungstheorie und – pädagogik auf, wobei letztere neben der Bezeichnung „Pädagogik der Unterdrückten“ als Synonym für das Modell der Volksbildung Paulo Freires gilt. Im Fall der Entwicklung der mexikanischen Stahlindustrie stoßen wir auf die Charakteristika des wirtschaftlichen Strukturalismus und des Neoliberalismus, wobei letzterer zunächst als neues Wirtschaftsmodell in den lateinamerikanischen Diktaturen auftauchte. Die Pädagogik Freires hat gleichzeitig auch das Bildungsverständnis der hier untersuchten NGO (Centro de Reflexión y Acción Laboral) in ihrer Umsetzung der Workshops zum Arbeitsrecht inspiriert, genauso wie es sich um die Theorie handelt, auf die sich eine meiner Forschungsfragen stützt.

Im letzten Teil dieses Kapitels definiere ich die analytischen Konzepte, welche ich aus der Theorie Freires ableite und mit denen ich die Frage der Demokratisierung im empirischen Teil aufgreifen werde.

In dem darauffolgenden Kapitel stelle ich die Geschichte der mexikanischen Stahlindustrie und der dazugehörigen Bergbau- und Stahlgewerkschaft vor. Ich gehe auf die Ursprünge der Bergbaugewerkschaft zu Zeiten des Porfiriats zurück, um deren Rolle in der Mexikanischen Revolution und danach deren Anstrengungen, sich an der Ausgestaltung der aufkeimenden Nation zu beteiligen, aufzuzeigen. Die sukzessive Marginalisierung des Großteils der ArbeiterInneninteressen in der postrevolutionären Epoche wurde während des Cardenismus wieder rückgängig gemacht, der sich durch ein arbeiterInnenfreundliches Klima auszeichnete. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Mehrheit der großen nationalen Gewerkschaften gegründet und es wurden wichtige Errungenschaften der ArbeitnehmerInnenseite gesetzlich festgeschrieben. Gleichzeitig war es der Ausgangspunkt des Aufschwungs der mexikanischen Stahlindustrie. In der Ausgestaltung der nationalen Industrie, welche der zentrale Drehpunkt des Importsubstitutionsmodells darstellte, kam der Stahlindustrie eine sehr entscheidende Rolle zu. Jedoch vollzog sich diese Entwicklung im Laufe der Zeit auf Kosten des ArbeiterInnensektors, die in der Folge in ein höchst hierarchisch organisiertes korporatistisches System eingegliedert wurde. Aufgrund der von oben diktierten Kontrolle, wurden ab diesem Zeitpunkt die Forderungen der

ArbeitnehmerInnen ausschließlich auf eine bestimmte Weise kanalisiert. In den siebziger Jahren keimte erneuter Widerstand gegen die staatliche und gewerkschaftliche Diktionspolitik auf. Die größte und wichtigste Oppositionsbewegung stellte dabei die Línea Proletaria dar, welche ihren Ausgang in Monclova, dem Ort meiner Feldforschung, nahm, und die zu entscheidenden Verbesserungen der ArbeiterInnen beitrug. Jedoch wurde sie mit der erneut angestregten Einmischungspolitik der Regierung extrem geschwächt und verschwand kurz vor der Privatisierung der nationalen Stahlunternehmen. Diese Privatisierung fällt mit dem neoliberalen Wandel zusammen und der Öffnung der nationalen Grenzen für den freien Markt. Seither sah sich der ArbeitnehmerInnensektor von schwerwiegenden Einschnitten betroffen, weil er einen massiven Stellenabbau, den Fall des Reallohns, eine Intensivierung des Arbeitsrhythmus und die Beschneidung seiner Rechte hinnehmen musste. Seit 2006 kam die Bergbaugewerkschaft besonders massiv unter Beschuss, nachdem die Regierung versuchte deren Generalsekretär Napoleón Gómez Urrutia abzusetzen, u.a. über die Förderung des internen Divisionismus. Vor diesem Hintergrund versuchen nun die StahlarbeiterInnen der Sektion 147 in Monclova ihre politische Selbstbestimmung und die Bilateralität gegenüber dem Arbeitgeber wiederzuerlangen.

Im Kapitel über Monclova stelle ich die Beschaffenheit des Ortes vor, seine extreme Abhängigkeit vom Unternehmen Altos Hornos de México (Mexikanische Hochöfen), die Geschichte der Stadt, sowie die des Betriebs, von dessen Anfängen über die Privatisierung bis hin zu den aktuellen Entwicklungen. Ebenso zeichne ich in diesem Kapitel die Entstehung der Sektion 147 nach. Wie erwähnt, stach die Línea Proletaria während der Unruhen der siebziger Jahre besonders hervor, weshalb ich es für wichtig erachte, ihr in dieser Arbeit genügend Raum zu geben und sie im Detail vorzustellen. Heute jedoch ist sehr wenig von dieser kämpferischen Zeit geblieben, was wiederum im Zusammenhang steht mit der Einmischungspolitik der Regierung, dem Verhalten des ihr unterstehenden vormaligen Generalsekretärs, Napoleón Gómez Sada, dem Interesse des Arbeitgebers, ebenso wie mit dem Weitertragen traditioneller Machtkonzepte, und schließlich mit den einschneidenden Veränderungen, welche die Privatisierung mit sich brachte, die sich in einer massiven Kündigungswelle und einer modifizierten Arbeitsorganisation äußerten. In der Aktualität spielt diese kämpferische Vergangenheit für die lokalen ArbeiterInnen keine wichtige Rolle

mehr, das Gedächtnis an die Massenkündigung hingegen schon, weil die Angst vor einem erneuten Stellenabbau immerwährend präsent ist. Seit dem Ende der Línea Proletaria wurde die gewerkschaftliche Aktivität zusehends schwieriger, vor allem deshalb, weil sich der Arbeitgeber meist in die internen Angelegenheiten einmischt und sich eine ihm genehme Vertretung schaffen will. Zurzeit gibt es eine hegemoniale Gruppe, die vom Unternehmen unterstützt wird, und die alle offiziellen Posten im lokalen Exekutivausschuss (Comité Ejecutivo Local = Betriebsrat) innehat, während sich die nicht konformen ArbeiterInnen in der Opposition zusammengeschlossen haben. Die NGO versucht nun in dieser Konstellation einige Mitglieder der Opposition weiterzubilden, damit diese für die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen eintreten können.

Im letzten Kapitel stelle ich zunächst die NGO, das Centro de Reflexión y Acción Laboral (Zentrum der Arbeitsreflexion und –aktion), vor und ihr Verständnis vom Arbeitsrecht. Anschließend beschreibe ich den Aufbau und den Inhalt der Workshops. Schließlich werde ich die Auswirkungen dieser Bildungsinitiative entsprechend der drei analytischen Konzepte (Bewusstseinsbildung, interne Demokratisierung und gewerkschaftliche Emanzipation), die ich von der Theorie Paulo Freires abgeleitet habe, untersuchen.

In der Conclusio lasse ich die Zielsetzungen dieser Arbeit nochmals Revue passieren, um sie auf ihre Ausführung hin zu überprüfen. Es ging dabei um die empirische Weiterführung der Befreiungsphilosophie mit den Konzepten der soziologischen Phänomenologie und der Pädagogik Paulo Freires, der ArbeiterInnenbewegung als adäquates Untersuchungsobjekt bzw. –subjekt für den Befreiungsdiskurs und die Demokratisierungsbestrebungen, die über Bildung im Arbeitsrecht herbeigeführt werden. Die theoretische Konzipierung der gesamten Arbeit und die anschließende Zusammenführung von Theorie und Empirie beantworten den ersten Teil, die verschlungene Geschichte der Bewegung der mexikanischen Berg- und StahlarbeiterInnengewerkschaft zeigt ihre politischen Absichten auf, die auch eine tiefergehende symbolische Bedeutungsebene haben und die trotz hierarchischer Einbettung ins System teilweise strukturelle Veränderungen erstreben. Trotz dieser Voraussetzungen ist der letzte Teil, die Demokratisierung der Gewerkschaft über Bildung im Arbeitsrecht, die anhand eines konkreten Beispiels untersucht wird, aufgrund der lokalen

Machtkonstellationen und der permanenten Einmischung des Arbeitgebers, kein leichtes Unterfangen,. Dennoch führt diese Art von Bildung zu einer grundlegenden Infragestellung der Wirklichkeit, in der sich die ArbeiterInnen bewegen. Sie fangen an, die eigene Realität zu dekonstruieren, um sie später mit neuen Sinnstrukturen aufzuladen. Dieser Prozess offenbart sich im Denken der ArbeiterInnen, ebenso wie in ihrem Handeln. Abgesehen von den vielen Hindernissen, haben es die sich bildenden ArbeiterInnen geschafft, zu Verbesserungen in ihrem Kollektivvertrag beizutragen, ebenso wie es sich zu höchst kritischen und reflektierten Personen entwickelt haben. Trotzdem, wirklich entscheidende Verbesserungen und die Wiederherstellung der Bilateralität zwischen Gewerkschaft und Unternehmen bedürfen einer viel größeren internen Mobilisierung, die angesichts der erdrückenden politischen und ökonomischen Interessenslage derzeit nicht möglich ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es sich beim Eintreten für die eigenen Rechte in einer unterdrückerischen Realität, wie dies beispielsweise die Ausbeutung der Arbeitskraft darstellt, immer um einen politischen Akt handelt, der weit über die Fragen der Arbeitspolitik hinausgeht oder anders formuliert, ist es notwendig als historisches Subjekt zu handeln. Der rein institutionelle Weg funktioniert in einem System, in dem die Gesetze Gefangene der Autoritäten und politisch einflussreicher AkteurInnen sind, nicht, weil er den Personen, die sich diesen ungleichen Machtlogiken nicht unterwerfen wollen, unzugänglich bleibt. Es geht somit nicht darum, die Institutionen an sich zu verwerfen, sondern sie über eine politische Mobilisierung zu einer gleichberechtigenden Behandlung zu verpflichten.

2. Befreiung in der Theorie

Der Befreiungsphilosophie ist der Anspruch inhärent, die viel gelobte Moderne neu zu denken und setzt dabei deren Beginn nicht mit der Aufklärung, sondern mit der Eroberung Amerikas gleich. „Befreiung“ wird in diesem Zusammenhang als ein Ausbrechen aus den epistemologischen Fesseln der abendländischen Denktradition verstanden, die zwar zunächst philosophischen Charakter hat, deren Bestrebungen als Legitimationsbasis aber über Jahrhunderte in alle gesellschaftliche Sektoren hineinragten und in den grausamen Unterdrückungsmechanismen gegenüber Menschen anderer Kulturen konkrete Gestalt annahm. Dies ist auch der Ausgangspunkt der Überlegungen zur Befreiung, der geschundene und nicht zum-Sein-berechtigte Leib, der Mensch, dem das Menschsein verweigert wird. Enrique Dussel, der wohl wichtigste Vertreter der Befreiungsphilosophie, lehnt sich deshalb an einige Überlegungen der Kritischen Theorie an, die in der Unterwerfung jeglichen Seins unter das Diktat der Vernunft - das sich dabei selbst verliert - jene Fratze der Moderne ausmacht, die zu den Auswüchsen der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts beitrugen (Horkheimer, Adorno 2011). Die grausamen Erfahrungen der Shoa und der Vernichtungen des Krieges waren es auch, die der Gruppe einiger Denker Lateinamerikas, denen während der Zeit der Diktaturen in ihren Ländern Ähnliches widerfahren war, diese Überlegungen der Frankfurter Schule näherbrachten. Der Ausgangspunkt ist dabei immer die Leiblichkeit, der vom Schmerz verzehrte Mensch, der nach einem Umdenken schreit, die sie anthropologische Materialität nennen:

Diese anthropologische Materialität fern des dialektischen Materialismus sowjetischer Prägung war uns in einem leidenden, verarmten und hungernden Lateinamerika auf sehr spürbare Weise nahe. Auf der Südkugel schrien vielfältige Demonstrationen der Menge nach „¡Pan, paz, trabajo! – Brot, Frieden, Arbeit!“ – drei Forderungen, die fest mit dem Leben verbunden sind, mit der Reproduktion des Inhalts der Leiblichkeit. (Dussel 2013: 102)

Entgegen der Ideen der alles einschließenden Totalität in der Kritischen Theorie, geht Dussel jedoch davon aus, dass dem negierten Sein, das Teil des unterdrückerischen Systems ist,

dennoch eine gewisse Äußerlichkeit eigen ist, von der aus ein Umdenken stattfinden kann. Um jedoch aus dieser Negation auszubrechen, müssen die Philosophie und die Geschichte der Moderne, die eben diese Negation hervorgebracht haben, neu gedacht werden und die eigene Perspektive in der Historie, die es zwar immer gab, jedoch vergessen wurde, neu entdeckt werden (Dittrich 2013: 14).

Dussel verweist sodann auf verschiedene Momente der Moderne, wobei die Eroberung Amerikas den Ausgangspunkt der Moderne bildet, jener Moment in der Europa, das selbst Peripherie war, zum Zentrum wird und in Kontakt mit dem „Anderen“ kommt. Allein im Disput von Valladolid 1550/1 zwischen den beiden Dominikanern Ginés de Sepúlveda und Bartolomé de las Casas wurde der ontologische Status der Indigenen Amerikas, der Anderen, diskutiert. Während ersterer die Unzivilisiertheit und das Heidentum der Indigenen zur Rechtfertigungsgrundlage für deren gewaltsame Unterwerfung vorführte, pochte de las Casas darauf, diese als freie Menschen zu behandeln. Danach sollte über die europäischen Expansionsbestrebungen und den Umgang mit den Anderen keine philosophischen Diskurse mehr geführt werden, sondern man drängte sie in die Negation ab (Dussel 2013: 59).

Dussel widmet sich weiter den Positionen René Descartes, der als Begründer des Rationalismus zu den wichtigsten Denkern der Aufklärung zählt. Dussel zeigt zum einen, dass Descartes Idee des *ego cogito* teilweise der Theorie Augustinus von Hippo und teilweise der, unter den Jesuiten tagtäglich praktizierten Gewissensprüfung entlehnt ist, zum anderen in seiner *ratio mathematica* den Körper als „qualitätslose Maschine“ (ebd. 39) von der Seele unabhängig denkt, und somit jegliche Andersartigkeit ausschaltet:

Weder zeichnet Descartes den kolonialen Körper eines amerikanischen Ureinwohners, eines afrikanischen Sklaven oder eines Asiaten, noch bezieht er sich auf sie. Die quantitative Unbestimmtheit jeder Qualität wird so auch zum Beginn aller illusorischer Abstraktionen eines „Nullpunkts“ der modernen philosophischen Subjektivität und der Verfassung des Körpers als Ware, die durch einen Preis quantifiziert werden kann, so wie es im System der Sklaverei oder der kapitalistischen Lohnarbeit geschieht. (ebd. 39f)

Die Verbannung des Anderen aus dem modernen Denken, wird erst wieder mit der Phänomenologie Husserls aufgehoben, der in den Cartesianischen Meditationen die Ideen jenes Philosophen erneut untersucht. Zuvor brachte Hegel in Form der Wiederentdeckung der Dialektik, das Anderssein erneut zum Vorschein. In dem sich das Ich erst im Anderen erkennen kann, daraufhin jedoch wieder zu sich zurückkehrt. Hegel knüpft diese Ideen an eine Weiter- und Höherentwicklung des Subjekts und der Gemeinschaft, an deren Ende, als Absolutes, der christlich-europäische Geist steht. Diese extremst eurozentristische Position lehnt Dussel entschieden ab und kritisiert sie auch als eines jener Übel, die zur Legitimierung dieser westlichen Weltsicht beigetragen haben (Dussel 1998: 51). Dennoch sind die Spuren des dialektischen Denkens Hegels, zwar über Umwege, sehr wohl in der Befreiungsphilosophie und v.a. in der Befreiungspädagogik zu finden, aber bewusst von diesem eurozentristischen Gedanken enthoben.

Dussel stützt seine Theorie nun auf das Konzept der Exteriorität, das er von Emmanuel Lévinas im Anschluss an die Überlegungen Husserls übernimmt und im Sinne der im System Negierten, aber diesem in bestimmten Grade äußerlich interpretiert (Lévinas 2002), was zugleich der Ausgangspunkt für den Gegen-Diskurs der Befreiung darstellt. Für die metaphysische Perzeption des Anderen ist dies eine durchaus verständliche Position, für dessen weltliche Situiertheit bedarf es aber einer anderen theoretischen Begründung. An dieser Stelle zeige ich nun meinen Versuch auf, die phänomenologische Wiedereinführung des Konzepts des Anderen auf eine empirisch greifbarere Ebene herunterzubrechen. Dies meint keinesfalls eine Ablehnung der Ideen der Befreiungsphilosophie, in die ich meine Arbeit einschreibe, sondern das Unternehmen, diese Überlegungen auch sozialwissenschaftlich erfassbar zu machen.

Theoretisch bewege ich mich jedoch nicht vollkommen auf einer anderen Ebene, denn ich möchte diese Weiterführung auf die soziologische Phänomenologie von Alfred Schütz, Thomas Luckmann und Peter Berger stützen.

Husserl erwehrt sich in der V. Cartesianischen Meditation des Vorwurfs, zu solipsistisch, also zu subjektbezogen zu argumentieren, indem er die transzendente Intersubjektivität einführt. Obwohl sich Husserl der Existenz des Anderen als Fremden gewahr ist, bleibt seine

Argumentation laut Schütz, einem seiner wichtigsten Schüler, zu subjektbezogen, denn das transzendente Ego kann zwar „alle anderen Subjekte und auch mich, ihrem Sein und Sinn nach für sich konstituieren, aber eben für sich und nicht auch für alle anderen transzendentalen Egos“ (Schütz 2009: 249). Eine transzendente Vergemeinschaftung wird somit noch nicht geschaffen. Auch in weiterer Folge erweist sich das Konzept des transzendentalen Egos für zu ungeeignet, um Gemeinschaft überhaupt als glaubwürdige Kategorie zu etablieren. Schütz schließt seine Analyse mit folgenden Worten:

Die Ergebnisse der vorstehenden Analyse nötigen die Einsicht auf, dass Husserls Versuch, die Konstitution der transzendentalen Intersubjektivität aus den Bewusstseinsleistungen des transzendentalen Ego zu begründen, nicht gelungen ist. Es steht zu vermuten, dass Intersubjektivität nicht ein innerhalb der transzendentalen Sphäre lösbares Problem der Konstitution, sondern eine Gegebenheit der Lebenswelt ist. Sie ist die ontologische Grundkategorie des menschlichen Seins in der Welt und somit aller philosophischen Anthropologien. Solange Menschen von Müttern geboren werden, fundiert Intersubjektivität und Wir-Beziehung alle anderen Kategorien des Menschseins. Die Möglichkeit der Reflexion auf das Selbst, die Entdeckung des Ich, die Fähigkeit zum Vollzug jeglicher Epoché, aber auch die Möglichkeit aller Kommunikation und der Etablierung einer kommunikativen Umwelt ist auf der Urfahrung der Wir-Beziehung fundiert. (ebd. 254)

Die Grundeinheit von Gesellschaft ist somit die Lebenswelt, in ihr konstituiert sich das Subjekt erst als solches und die Begegnung mit dem Anderen ist darin ein alltäglicher Akt. In ihr werden Bedeutungen intersubjektiv geschaffen und als soziale Strukturen, innerhalb derer die Menschen denken und handeln, verfestigt.

Dieser Ansatz der soziologischen Phänomenologie ermöglicht es, intersubjektives Handeln (zwischen Gleichen, aber auch zwischen Fremden) zu beschreiben, mittels dem Bedeutungen und soziale Strukturen, die sich institutionalisieren, geschaffen werden, und die sich als symbolische Sinnwelt bis zu Denktraditionen auswachsen können. Gleichzeitig ist es aber auch möglich diese Strukturen, die zwar durchaus verfahren sein können, wieder aufzubrechen und neu zu denken.

Daher möchte ich im Folgenden diesen theoretischen Zugang genauer beschreiben, der mir letztendlich helfen soll, die Positionen der Befreiungsphilosophie auf ein konkretes

thematisches Feld umzulegen. Die daran anschließenden Theorieansätze der Moderne und der Befreiungsphilosophie können in diesem Sinne bis zu einem gewissen Grad bereits als symbolische Sinnwelten interpretiert werden. Die geschichtliche Ausführung über die Bergbaugewerkschaft beschreibt die Herausbildung der sozialen Strukturen und Bedeutungen innerhalb der die heutigen ArbeiterInnen agieren, ist jedoch auch im Sinne der Befreiungsphilosophie als ein Gegendiskurs zu lesen. Schließlich wird im letzten Teil der Arbeit - in der Analyse der Workshops zum Arbeitsrecht - gezeigt, wie mittels der Bildung im Sinne Paulo Freires diese Strukturen schrittweise hinterfragt und von den Subjekten aufgebrochen werden.

2.1. Soziale Ordnungen und deren Aufbrechen in der soziologischen Phänomenologie

Die Phänomenologie ist mittlerweile eine breit gefächerte philosophische Strömung, die sich aber in ihrer Essenz mit dem „erkenntnistheoretischen Problemfeld des Verhältnisses von Bewusstsein und Gegenstand“ (Sebald 2009: 10) beschäftigt. Nur über das Bewusstsein ist es möglich, Zugang zur Realität zu erlangen. Die vom Bewusstsein erfassten Gegebenheiten werden dabei als „Phänomene“ gesehen, wobei in der entsprechenden Methode der eidetischen Reduktion, alle theoretischen Vorannahmen absichtlich ausgeschaltet werden. Schon Hegel schrieb über diese Beziehung zwischen Bewusstsein und Gegenstand in seiner „Phänomenologie des Geistes“:

Das eine als das Einfache bestimmt, der Gegenstand, ist das Wesen, gleichgültig dagegen, ob er wahrgenommen wird oder nicht; das Wahrnehmen aber als die Bewegung ist das Unbeständige, das sein kann oder auch nicht, und das Unwesentliche. (Hegel 1986: 93)

Während sich Hegel in diesem Werk dem Bewusstsein selbst widmet, das eben diese Gegenstände in sich aufnimmt, setzt sich die soziologische Phänomenologie mit den sozialen Subjekten auseinander, die sich in der Interaktion mit anderen Personen ihre eigene Realität schaffen.

2.1.1. Menschen und ihre Lebenswelt

Der Mensch ist von Geburt an in eine Lebenswelt eingebunden und die Interaktion mit Mitmenschen ist Teil seines Wesens. Andere Personen werden zwar zunächst in ihrer Körperlichkeit wahrgenommen, jedoch sind sie für mich keine Gegenstände, sondern wie ich, mit Bewusstsein ausgestattet (Schütz, Luckmann 2003: 30). So wie die Anderen über einen Leib verfügen, konstatiere auch ich mich im Hier und Jetzt meiner Körperlichkeit als Teil der Lebenswelt (Berger, Luckmann 1969: 25). Anders ausgedrückt: Unsere körperliche, geistige und emotionale Gegenwart ist der kleinste Bestandteil der Gesellschaft und über unsere Existenz werden wir, interagierend mit anderen Personen, Teil der sozialen Welt.

Die Lebenswelt, an der viele Menschen teilhaben, ist nun der Raum, in den die Menschen eingreifen können und dies auch tagtäglich tun. In ihr handeln wir und schaffen Bedeutungen, die wir auch wieder verändern können. Sie beschreibt also die Wirklichkeit, die von uns gestaltet wird und nur in ihr können wir uns mit den Mitmenschen verständigen. Gleichzeitig wird sie aber auch fraglos hingenommen (Schütz, Luckmann 2003: 29). Da diese Lebenswelt intersubjektiv ist, wirken wir gegenseitig aufeinander ein, was aber gleichzeitig heißt, dass ich nur einen geringen Teil selbst geschaffen habe (ebd. 31).

Damit diese Interaktion überhaupt möglich ist, muss ich dafür den Anderen bewusst wahrnehmen und umgekehrt. Dies nennt Schütz „wechselseitige Du-Einstellung“ und nur über sie schaffen wir soziale Beziehungen, sogenannte „Wir-Beziehungen“ (ebd. 102). Die Verständigung zwischen den Subjekten läuft meist über Kommunikation, aber auch über soziale Rollen und Handlungen. Soll diese Kommunikation nun auch von jedem Beteiligten verstanden werden, muss zusätzlich davon ausgegangen werden, dass die Dinge der Außenwelt für alle die gleiche Bedeutung haben und dass „eine gegliederte Sozial- und Kulturwelt als Bezugsrahmen für mich und meine Mitmenschen historisch vorgegeben ist“ (ebd. 31).

2.1.2. Die Schaffung sozialer Strukturen

Die Bedeutungen, die innerhalb dieser Lebenswelt von den Beteiligten meist mit großer Selbstverständlichkeit hingenommen werden, nennen Alfred Schütz und Thomas Luckmann in Anlehnung an das Konzept Max Schelers eine „relativ natürliche Weltanschauung“ (ebd. 35). Diese wird als eine gesetzelte Gruppenerfahrung definiert, die nicht in Frage gestellt wird. Wie schon im vorherigen Kapitel erwähnt, gibt es unterschiedliche Visionen über Gesellschaft, die von Kultur und Epoche abhängen.

Obwohl die Lebenswelt und mit ihr die Gesellschaft konstruiert ist, ist das Wissen, das es uns ermöglicht, uns als menschliche Wesen zu formen und in einer sozialen Umwelt zu agieren a priori (Berger, Luckmann 1969: 9), d.h. zuerst erlernen wir die Grundelemente, welche uns erlauben, die Welt, in der wir uns bewegen und die von vorhergehenden Generationen geschaffen wurde, zu verstehen. Die Erziehung wird somit zum Fundament unseres sozialen Lebens. Diese bezieht sich in einem ersten Schritt auf die primäre Sozialisation, in der wir die

geltenden Bedeutungen und Begrifflichkeiten lernen, aber auch wie wir zu handeln und uns als Menschen in Gesellschaft zu bewegen haben und welche wir über unsere Eltern oder andere nahe stehende Personen vermittelt bekommen (ebd. 139f). Auf sie folgt die sekundäre Sozialisation, welche in einem institutionalisierteren Kontext abläuft, auf ersterer aufbaut und in der Interaktion mit weniger bekannten Individuen geschieht (ebd. 148f).

Dabei findet dieses in der Sozialisation inbegriffene Lernen ebenfalls über soziale Beziehungen statt, oder anders ausgedrückt, erfahren wir in der intersubjektiven Welt die Bedeutung des Sozialen. Das soll heißen, dass uns die Interaktion mit dem Anderen erlaubt, uns selbst als soziale Wesen wertzuschätzen und eben über diese Beziehung werden wir in die Bedeutungen, welche wir unserer Realität beimessen, initiiert, aber ebenso verändern wir später deren Inhalte mittels Neukonstruktionen und Rekonstruktionen. Somit ist die intersubjektive Welt das Band, welches das individuelle Lernen mit der Gesellschaft verbindet:

So erfährt das Kind die historische Sozialstruktur, die eine auferlegte Komponente seiner biographischen Situation ist, zunächst in der Form von unmittelbaren Wir-Beziehungen. In Vorgängen der intersubjektiven Spiegelung „erlernt“ es relevante Aspekte der Sozialstruktur und „internalisiert“ die relativ-natürliche Weltanschauung. (Schütz, Luckmann 2003: 335)

Dieses intersubjektive Erlernen des Sozialen über die Wir-Beziehung, ebenso wie das Wissen, um unsere eigene Begrenztheit in der Welt, die bereits vor uns bestand und unsere Existenz transzendieren wird, definiert Schütz als „Grundstrukturen der Erfahrungen der Lebenswelt“, die ähnlich wie Routinewissen, das sich beispielweise auf körperliche Abläufe bezieht, als selbstverständlich hingenommen wird und in ersterem Fall als universell und unveränderlich gilt (ebd. 154f).

Besagtes Wissen unterscheidet er vom Wissensvorrat im engeren Sinne, der je nach Epoche, Gesellschaft und sozialer Schicht verschieden sein kann (ebd. 160). Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn er erklärt, dass Wissen das „Resultat vorangegangener Situationen“ (ebd. 163) ist. Der größte Teil des Wissens ist somit (kulturell, sozial, historisch) vorinterpretiert und nur zu einem minimalen Bestandteil von mir mit beeinflusst.

Die Formierung von Wissen findet laut Schütz über Typen statt, d.h. es handelt sich um mehr oder weniger anonymisierte Wissensbestände, die jedoch helfen, unbekannte Situationen zu bestimmen (ebd. 207).

Gerade in Fällen, in denen Personen besonders unterschiedlicher Sozialisationen aufeinander treffen, werden zwar von allen Beteiligten diese Typen auf den/die jeweiligen AndereN projiziert, aber die unmittelbare Interaktion von Angesicht zu Angesicht führt zum Anhäufen neuer Erfahrungen, die eben bewirken, dass die vorherigen Typen modifiziert werden (Berger, Luckmann 1969: 33f).

Nichts desto trotz wird die Realität schon als gegeben, mit meist allgemein akzeptierten Bedeutungen, wahrgenommen. Diese werden „Objektivationen“ genannt und sind - unabhängig von ihrer angeblichen Vergegenständlichung - soziale Konstruktionen, die allgemeine Gültigkeit erlangt haben, also institutionalisiert wurden. Wie die Herausbildung von einer scheinbar unveränderbaren Gegebenheit von statten geht, beschreiben Berger und Luckmann anhand von drei Momenten, der „Externalisierung, Objektivation und Internalisierung“ (ebd. 139). Mit der Externalisierung beziehen sie sich auf die ursprüngliche Konstruktion der sozialen Welt, die sich in den intersubjektiven Beziehungen äußert. Die Interaktion schafft einen gemeinsamen Raum, in den jede Person ihre Ideen einbringen kann, welche gleichzeitig objektiviert werden, sobald diesen ein allgemeiner gegenseitiger Akzeptanzgrad zukommt. Somit beschreibt die Objektivation die Verdinglichung eines Gedanken, d.h. die Transformation eines abstrakten Konstrukts in ein konkretes Element, das als natürlich und gegeben betrachtet wird und welches Teil unserer Realität ist:

Der Vorgang, durch den die Produkte tätiger menschlicher Selbstentäußerung objektiven Charakter gewinnen, ist Objektivation, das heißt Vergegenständlichung. Die institutionalisierte Welt ist vergegenständlichte menschliche Tätigkeit, und jede einzelne Institution ist dies ebenso. Mit anderen Worten: trotz ihrer Gegenständlichkeit für unsere Erfahrungen gewinnt die gesellschaftliche Welt dadurch keinen ontologischen Status, der von jenem menschlichen Tun, aus dem sie hervorgegangen ist, unabhängig wäre. (Berger, Luckmann 1969: 64f)

Die Objektivation ist unmittelbar verbunden mit der natürlichen Übernahme einer Idee durch eine andere Person, so dass sie Teil dessen Wirklichkeit und Weltbildes wird. Somit

kann die Objektivation eines Konzepts nur eine solche sein, wenn diese im Anschluss von einer Person verinnerlicht wird. Die Wahrnehmung eines zuvor intersubjektiv geschaffenen Gedankens welche eine Metamorphose zu einer objektivierten Wahrheit durchlaufen hat, beschreibt den Prozess der Internalisierung. Bei der Verinnerlichung wird ein geäußelter und später verdinglichter Gedankengang erneut mit persönlichen Bedeutungen aufgeladen. Auf diese Weise wird die Welt des anderen zu meiner Welt:

Wir leben nicht nur in derselben Welt, wir haben beide teil an unser beider Sein (ebd. 140).

Laut Luckmann und Berger kann eine Person nur dann als Mitglied einer Gesellschaft gelten, wenn es eben alle diese Bedeutungen in sich aufgenommen hat (ebd.), also in anderen Worten sozialisiert ist. Nun ist dieser Prozess nie ganz abgeschlossen, jedoch sind klar zwei Momente auszumachen, die ich bereits erwähnt habe, die primäre und die sekundäre Sozialisation. In ersterer nimmt das Kind mehr oder weniger die Welt seiner Eltern in sich auf und diese ist viel verfestigter als zweite (ebd. 152). Mit der sekundären Sozialisation tritt das Kind nun in einen größeren gesellschaftlichen Rahmen ein, der meist mit der allgemeinen Arbeitsteilung in Verbindung steht (ebd. 148). Anders ausgedrückt, lernt das Kind darin seine Position in der Gesellschaft. Die entsprechenden Institutionen, über die diese vermittelt werden, haben in ihrer Wissensverteilung und –weitergabe eine klare Intention, die Objektivationen, die eine bestimmte soziale Ordnung begründen, weiterzureichen. An dieser Stelle wird nun auch die Verbindung zwischen Macht und Erziehung deutlich, im Sinne der Vermittlung des Status Quo und der Akzeptanz der gegebenen sozialen Ordnung, die aber auch ins Gegenteil verkehrt werden kann. Der österreichische Pädagoge Sigfried Bernfeld ist einer jener zahlreichen DenkerInnen, die sich zu dieser Korrelation sehr klar und kritisch geäußert haben:

Die Institution Schule ist nicht aus dem Zweck des Unterrichts gedacht und nicht als Verwirklichung solcher Gedanken entstanden, sondern ist da, vor der Didaktik und gegen sie. Sie entsteht aus dem wirtschaftlichen – ökonomischen, finanziellen – Zustand, aus den politischen Tendenzen der Gesellschaft; aus den ideologischen und kulturellen Forderungen und Wertungen, die dem ökonomischen Zustand und seinen politischen Tendenzen entsprangen; aus den (zweck)irrationalen Anschauungen und Wertungen, die die psychische Beziehung alt – jung, die

Bürgerschaft in einer bestimmten Gesellschaft, in einer bestimmten ihrer Klasse, unbewusst und unkorrigiert erzeugt. (Bernfeld 1925: 23)

2.1.3. Die Etablierung einer sozialen Ordnung

Da die Menschen nun die Fähigkeit haben, erlernte Bedeutungen zu hinterfragen und neu zu interpretieren, befinden sich die geschaffenen sozialen Strukturen in einem ständigen Umdeutungsprozess. Die Institutionalisierung, die über die Objektivation geschaffen wurde, dient demgegenüber dem Zweck, in der Interaktion als allgemein anerkannten Sinn- und Handlungsstrukturen auch als solche über die Zeit hinweg zu etablieren. Weil die soziale Ordnung ein menschliches Produkt ist und als solches in einem fortführenden Prozess weiterentwickelt und umgedeutet wird, wobei Berger und Luckmann diesen Prozess sogar als eine „anthropologische Notwendigkeit“ (Berger, Luckmann 1969: 56) bezeichnen, steht sie in einem konstanten Widerspruch zu den vorhandenen Institutionen. Diese bedürfen somit einer Legitimation, die ihre Existenz bis in die ferne Zukunft garantiert. Macht meint somit die Erhaltung bestimmter Bedeutungen über die Zeit hinweg, wobei nicht vergessen werden darf, dass dies konkrete Auswirkungen auf die Subjekte und deren Lebenswelt hat.

Die Legitimation der verschiedenen Sinnstrukturen ist gerade für Nachfolgenerationen wichtig, denn während die Generation, die an der ursprünglichen Bedeutungskonstruktion teilnahm, sich auf ihr Gedächtnis berufen kann, haben die späteren Generationen dieses Instrumentarium nicht mehr zur Verfügung („die Einheit von Lebenslauf und Geschichte zerbricht“ ebd. 100). Ein Grundelement der Legitimierung ist die Schaffung von Wissen, das einem Bewertungsprozess unterworfen wird. Es handelt sich also um einen kognitiven und normativen Ablauf. Berger und Luckmann zählen vier Legitimationsebenen auf, die erste beschreibt ein „System sprachlicher Objektivationen“ (ebd. 100), d.h. die Namensgebung beinhaltet bereits die Schaffung eines neuen, wenn auch rudimentären Konzeptes. Danach folgen „verschiedene Schemata, die objektive Sinngefüge miteinander verknüpfen“ und welche bereits Auswirkungen auf konkrete Handlungen haben (ebd.). Auf der dritten Ebene befinden sich „explizite Legitimationstheorien, die einen institutionellen Ausschnitt anhand eines differenzierten Wissensbestandes rechtfertigt“ (ebd.) und welche bereits Spezialisten schafft, die sich komplexerer Aspekte annehmen. Schließlich werden all diese Elemente in

eine symbolische Sinnwelt eingegliedert, die „die synoptische Traditionsgesamtheiten, die verschiedene Sinnprovinzen integriert und die institutionale Ordnung als symbolische Totalität überhöhen“ (ebd. 102) und die weit über die alltäglichen Erfahrungen hinausreicht:

Die symbolische Sinnwelt ist als die Matrix aller gesellschaftlich objektivierten und subjektiv wirklichen Sinnhaftigkeit zu verstehen. Die ganze Geschichte der Gesellschaft und das ganze Leben des Einzelnen sind Ereignisse innerhalb dieser Sinnwelt. (Berger; Luckmann 1969: 103).

An einer anderen Stelle verdeutlichen Berger und Luckmann den ontologischen Charakter dieser symbolischen Sinnwelt, die unsere Existenz transzendiert und klare Auswirkungen auf unser tägliches Leben hat:

Auch in die Geschichte bringt die symbolische Sinnwelt System. Sie weist allen allgemeinen Ereignissen in einer zusammenhängenden Einheit, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umschließt, ihren Platz zu. Für die Vergangenheit hält sie „Erinnerungen“ bereit, deren alle teilhaftig sein können, die zu der betreffenden Gesellschaft gehören. Für die Zukunft garantiert sie ein gemeinsames Bezugssystem, einen Projektionsrahmen für individuelle Handlungen. So verbindet die symbolische Sinnwelt die Menschen mit ihren Vorfahren und Nachfahren zu einer sinnhaften Totalität, in der die Endlichkeit der individuellen Existenz transzendiert und dem Tode des Individuums Sinn verliehen wird. (ebd. 110)

Ein entscheidender Aspekt, der als Rechtfertigungsgrund für eine spezielle Wissenslage fungiert, ist die Reflexion über eben dieses Wissen, wobei aber bedacht werden muss, dass dieses Infrage-Stellen innerhalb einer symbolischen Sinnwelt stattfindet, also wiederum eine konkrete Weltsicht einschließt. In diese werden also nur neue Gewissheiten eingeführt (ebd. 113). Wissen und symbolische Sinnwelt bestärken sich somit gegenseitig.

Symbolische Sinnwelten können z.B. die Mythologie, die Theologie, die Philosophie, oder in der heutigen Zeit die Wissenschaft, sein (ebd. 118).

Der hier beschriebene Legitimationsprozess mit all seinen vier Ebenen ergibt sich nicht automatisch, sondern bedarf neben Zeit auch gewisser Strategien, um sich durchzusetzen. Berger und Luckmann weisen darauf hin, dass Institutionen Autorität gewinnen müssen, um sich als solche über einen längeren Zeitraum etablieren zu können. Dies wird über die

Androhung von Sanktionen erreicht. Wobei die Autoren betonen, dass „je mehr Verhaltensweisen institutionalisiert sind, desto mehr Verhalten wird voraussagbar und kontrollierbar“ (ebd. 67). Daraus erklärt sich nun erneut die Rolle der sekundären Sozialisation, als Anpassung der jungen Individuen an die gegebenen Strukturen.

Des Weiteren sollte darauf verwiesen werden, dass Macht, so anonym sie uns auch manchmal erscheinen mag, einigen Gruppen mehr nützt als anderen, es sich somit um ein Konzept handelt, in das immer persönliche Interessen hineinspielen. Gemeint sind dabei jene Gruppen, die an der Etablierung einer bestimmten Ordnung Teil haben, weil sie ihnen zu einem besonderen Vorteil gereicht und meist sind diejenigen, die sich durchsetzen, die, denen mehr Mittel (Geld, Zeit, Einfluss usw.) zur Verfügung stehen.

Schließlich meint die Verfestigung einer bestimmten Ordnung auch die gleichzeitige Ausschaltung alternativer Bedeutungen, wobei hier wiederum die symbolische Sinnwelt ins Spiel kommt. Symbolische Sinnwelten versuchen alle Aspekte des Lebens und der Gesellschaft zu erfassen und die Ordnung aus sich selbst heraus zu erklären.

Der Postdevelopment-Autor Arturo Escobar führt ein Beispiel an, wie sich eine bestimmte symbolische Sinnwelt sozial und politisch ausgestaltet. Konkret widmet er sich der Beziehung zwischen Wissenschaft und der Rechtfertigung einer bestimmten Weltordnung, die negative Auswirkungen auf gewisse Personengruppen hat, die in diesen Anschauungen marginalisiert werden. Letztere hingegen interpretieren ihre Situation auf eine ganz andere Weise. Etwas genauer gesagt, untersucht er die westliche Sicht über die „Dritte Welt“, die von der Wissenschaft geschaffen und weitergegeben wird und soziale Sektoren außen vor lässt, welche die Prämissen des Entwicklungsdiskurses nicht akzeptieren wollen:

The discourse of development portrayed Third World societies as imperfect, abnormal, or diseased entities in relation to the 'developed' societies; the cure for this condition would be, of course the development prescriptions handed down by Western experts and very often willingly adopted by Third World elites. The development discourse brought about new hegemonic formation that has since significantly defined what can be thought and done - or even imagined - when dealing with the economies and societies of Asia, Africa, and Latin America. This hegemonic discourse transformed the system through which identities were defined. What we now have is a vast landscape of identities - the 'illiterate', the 'landless peasants', 'women bypassed by

development', the 'hungry and malnourished', 'those belonging to the informal sector', 'urban marginals', and so forth – all of them created by the development discourse and catalogued among the many abnormalities that development would treat and reform through appropriate 'interventions'. (Escobar 1992: 65f)

In diesem Beispiel ist die Wissenschaft die symbolische Sinnwelt und dient gleichzeitig als Legitimationsgrundlage für jede Art von Politik, die basierend auf diesen Annahmen handelt. In demselben Artikel kritisiert der Autor das Vorgehen der internationalen Organisationen wie der UNO, des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank, die sich genau auf diese Weltsicht stützend, Richtlinien für die nationalen Regierungen herausgeben, welche zum Teil auch erfüllt werden (Escobar 1992). Obwohl es sich nur um ein Beispiel handelt, beweist es dennoch, dass eine symbolische Sinnwelt zum einen von Menschen mit bestimmten Interessen geschaffen wird und zum anderen, konkrete Auswirkungen auf die Menschen, die von dieser Weltsicht negativ betroffen sind, hat.

2.1.4. Das Aufbrechen sozialer Ordnungen

Wie schon im vorherigen Unterkapitel angeklungen, befindet sich die soziale Ordnung immer in einem Dilemma zwischen ihrer Basis, eine menschliche Konstruktion zu sein, und ihrem Anspruch, über die Zeit hinfort zu dauern. Gerade interne Widersprüche und alternative Weltsichten fordern die gegebene Ordnung besonders heraus. In ersterem Fall versucht die symbolische Sinnwelt Widersprüche zu integrieren und zusätzliche Erklärungsmuster dafür zu finden:

Diese Integration der Wirklichkeit von Grenzsituationen in die oberste Wirklichkeit des Alltagslebens ist von größter Bedeutung, weil derartige Situationen die stärkste Bedrohung des als gewiss angesehenen, routinierten Daseins in der Gesellschaft sind. (ebd. 105)

Weit komplizierter gestaltet sich die Aufrechterhaltung einer bestimmten symbolischen Sinnwelt, wenn sie in bedrohliche Berührung mit anderen theoretischen Deutungsmustern kommt. Im Verständnis Bergers und Luckmanns gibt es nur zwei Möglichkeiten, wie dieses Aufeinandertreffen für die dominante Sinnwelt weitergeführt werden kann, zum einen über

die Nihilierung oder Negation der andersartigen Perspektiven und zum anderen über die Inkorporierung bestimmter Konzepte, die die alternative Weltsicht in ihrem eigenständigen ontologischen Status ausschalten sollen. In erstem Fall heißt Negation, die anderen Deutungsmuster als minderwertig abzutun, ihnen wird also nur ein unterlegener ontologischer Status eingeräumt (ebd. 123). Bei der Inkorporierung wird nun die andere Sinnwelt liquidiert, die dominante Perspektive macht aber viel größere Zugeständnisse hinsichtlich ihrer eigenen Deutungsmuster. Daher meinen die Autoren auch, dass die „Nihilierung der bedrohten Sinnwelt auf diese Weise listig in eine Bestätigung umgemünzt [wird]“ (ebd. 124).

In diesem Kontext meint „Macht“ die Interpretation über die Welt zu dominieren, was aber nicht die Koexistenz anderer symbolischer Sinnwelten ausschließt, obwohl dies natürlich von ersterer bezweckt wird. Andere symbolische Sinnwelten existieren auch weiterhin, haben aber weniger Einfluss. Die hegemoniale Position wird über den Traditionalismus erreicht, denn wir ändern nur in den seltensten Fällen die Gepflogenheiten und Bedeutungen, die uns selbst beigebracht wurden. Dies soll aber keinesfalls heißen, dass keine Modifikationen vorgenommen werden, sondern meist bewegen sich diese innerhalb derselben symbolischen Sinnwelt. Schließlich übermitteln wir unsere Weltsicht an die nächste Generation, ebenso wie wir sie übernommen haben, eben nur mit einigen Veränderungen. Dieser Traditionalismus der Macht meint also die Schaffung von Historizität. Aus diesem Grund kann die Geschichte selbst als objektiviertes Gedächtnis nichts anderes sein als die Repräsentation einer speziellen symbolischen Sinnwelt.

Auf diese Logik gestützt, beansprucht jede Interpretation für sich selbst die Objektivität seines weitergegebenen Wissens weil dieses, angeblich von subjektiven und wertenden Urteilen befreit, in eine unangefochtene Wahrheit verwandelt wird:

Weil die Welt-Spezialisten auf einer von den Wechselfällen des Alltagslebens beträchtlich abgesonderten Ebene operieren, schließen sie selbst und andere wohl daraus, ihre Theorie habe keine Verbindung zu dem, was im Leben der Gesellschaft so vor sich geht, und sie lebten in einer Art Platonischem Himmel ahistorischer und außergesellschaftlicher Schau der Ideen. Das ist

natürlich Täuschung. Aber kraft der Verknüpfung von wirklichkeitsbestimmenden und wirklichkeitshervorbringenden Prozessen kann sie großen Einfluss ausüben. (ebd. 125f)

Daraus lässt sich schließen, dass ein Aufbrechen der gegebenen Sinnstrukturen und der sozialen Ordnung nicht von der theoretischen Ebene ausgehen kann, die zu sehr in sich gefangen ist, sondern alleine von der Lebenswelt.

Berger und Luckmann sprechen dabei von Krisensituationen, die sich entweder nur auf ein Individuum beziehen oder auf ein Kollektiv. Obwohl auch in diesen Fällen versucht wird, die zutiefst in Frage gestellte soziale Ordnung wieder mit schon bekannten Bedeutungen auszulegen, gelingt dies nicht immer. Die Personen, die von dieser Krise betroffen sind, haben so wie alle Menschen die Fähigkeit, ihre subjektive Realität zu modifizieren, manchmal passiert dies jedoch auf sehr radikale Weise. Die Autoren nennen diese grundlegende Transformation „Verwandlungen“ (ebd. 168), die einen Prozess der Re-Sozialisation anregen, der auch Sinnstrukturen, die in der primären Sozialisation erlernt wurden, auf die Waagschale legt:

Resozialisation heißt: Man durchschneidet den gordischen Knoten des Zusammenhangsproblems, indem man die Suche nach Zusammenhängen aufgibt und die Wirklichkeit neu schafft (Berger, Luckmann 1969: 173).

Als Menschen verfügen wir jedoch über Plausibilitätsstrukturen (ebd.168), die von signifikant Anderen übermittelt werden und uns helfen, diese Transformation weiterzuführen und uns von der alten Ordnung zu verabschieden. Da diese Einschnitte meist derart radikal sind, dass selbst der Alltag in unserer gewohnten sozialen Umgebung nicht mehr auf dieselbe Weise ablaufen kann, kommt es oft zur Suche nach einem anderen Umfeld (ebd. 170). Dies meint nichts anderes, als dass die Lebenswelt an sich umgestaltet wird. In dieser werden neue Bedeutungsstrukturen gesucht, die entweder absolut neu geschaffen werden, oder sich in eine andere symbolische Sinnwelt einfügen.

Genau an dieser Stelle möchte ich wieder auf die Rechtfertigungsgrundlage der Befreiungsphilosophie zurückgehen, die eben versucht, aus genau der zuvor erwähnten Negation, in welche die theoretischen Deutungsmuster aus Lateinamerika abgedrängt

wurden, auszubrechen, denn ihr Ausgangspunkt ist nicht die Theorie, sondern der geschundene Körper des Menschen, also die kleinste Einheit von Gesellschaft und jene, die sinnstiftend ist; Einem Menschen, dem in den tagtäglich widerfahrenen Schikanen sein Mensch-Sein abgesprochen wird, der aber auch die Fähigkeit besitzt, neue Bedeutungen zu schaffen und alte zu hinterfragen. Gewissermaßen in einem Prozess der „Resozialisation“ können sich diese Subjekte eine neue Lebenswelt konstruieren, die sich idealerweise in ihrem Sinne institutionalisiert und die erlebten Unterdrückungsmechanismen mit der dazugehörigen sozialen Ordnung delegitimiert.

Die Befreiungsphilosophie erklärt auf diese Weise den Bruch mit der Moderne und ihren theoretischen und philosophischen Überlegungen. Die Pädagogik Paulo Freires ist dabei nichts anderes als ein begleiteter Resozialisationsprozess, der in einem bestimmten Kontext stattfindet. Zusätzliches Wissen kann dabei im Sinne der soziologischen Phänomenologie entweder den Status Quo bestärken, oder eben auch einen Transformationsprozess anregen (ebd. 92).

Bevor ich nun die Moderne und eine ihrer schärfsten Kritikerin, die Befreiungsphilosophie im Detail vorstelle, möchte ich nochmals einen Schritt zurücktreten und auch die hier angestrebte Abhandlung kritisch verorten. Ich verstehe die vorliegende Arbeit als Teil eines Dilemmas, der Sozialisation, die ich selbst erfahren habe und von der aus ich Gegebenheiten interpretiere - also westlicher Prägung ist - und dem behandelten Thema, die mexikanische Bergbaugewerkschaft und ihre politischen Emanzipationsbestrebungen, die von alternativen lateinamerikanischen Denkansätzen angeleitet werden. Dieser Arbeit liegt der Versuch zu Grunde, sich über vorgefertigte Sinnstrukturen hinwegzusetzen und auch das eigene Denken und Handeln in einem konstanten Austausch mit der Lebenswelt der Mineros, der Arbeit der Arbeitsrechts-NGO und lateinamerikanischen Denktraditionen auf universitärer Ebene neu zu interpretieren. Das Dilemma bleibt in einem gewissen Maße immer bestehen, aber die Interaktion und der Dialog mit all den Personen, die ich auf diesem Weg kennengelernt und teilweise über Jahre begleiten durfte, bildet die Basis dieser Arbeit.

Im Folgenden werde ich nun versuchen zwei symbolische Sinnwelten vorzustellen, die auf den ersten Blick relativ wenig mit der mexikanischen Berg- und Stahlarbeitergewerkschaft zu tun haben, aber den theoretischen Horizont abstecken, von dem aus Politiken, die diese Akteurin sehr wohl betreffen, beschlossen werden. Zunächst wende ich mich der Moderne zu, deren VordenkerInnen ein neues Menschenbild entwarfen, das wiederum Grundlage für verschiedenste Vorgänge und Konzepte war, die sich sowohl im Eroberungswillen der Neuen Welt, als auch in der Ausformung der Menschenrechte und in dem Erfindergeist, der ganz Europa erfasste, zeigte. Erst mit der Zeit wuchsen sich diese zu einer neuen Denktradition aus, die den alten Kontinent und seine TheoretikerInnen in den Mittelpunkt rückte, während große Teile der restlichen Welt kolonialisiert und versklavt wurden, die aber auch zur charakteristischen Herausbildung des Kapitalismus und moderner Staatsformen führte. Die Visionen, die ihr entspringen, wie beispielsweise der Neoliberalismus, haben bis heute Bestand und haben kaum etwas an ihrer hegemonialen Position eingebüßt.

In einem weiteren Schritt stelle ich nun den geschichtlichen und politischen Kontext in Lateinamerika vor, der zur Herausgestaltung der Befreiungsphilosophie führte. Diese, die eben die Ideen der Moderne, die Lateinamerika über ihre wirtschaftlichen und politischen Ausformungen bis heute gefangen halten, tiefgreifend kritisiert, werden ich ebenfalls im Detail präsentieren. Sie holt die vielen Bevölkerungsgruppen, die über Armut, Arbeitslosigkeit, Rassismus usw. in die Negation abgedrängt wurden, aus dieser hervor und sieht in den zahlreichen politischen Protesten, die in vielen dieser Sektoren aufkeimen, die Möglichkeit zu einem Transformationsprozess. Im selben Kapitel stelle ich schließlich auch die Pädagogik Paulo Freires vor, die als ein dynamisches Element diesen Umdenkprozess begleitet und aufzeigt, wie konventionelle Ideen überdacht und neue geschaffen werden, die gleichzeitig eine Handlungsanleitung zu einer Verbesserung der unterdrückten Realität beinhalten. Schließlich führe ich noch die Konzepte aus, mit Hilfe derer ich auf die Theorie Freire gestützt, die Analyse im empirischen Teil durchführen werde.

2.2. Denkansätze der Moderne

2.2.1. Die Protomoderne

2.2.1.1. Von der Renaissance bis zur Reformation

Die Moderne bildete sich im Konflikt mit dem mittelalterlichen Weltbild heraus, das bereits über Jahrhunderte von christlichen Laienbewegungen und der osmanischen Welt herausgefordert worden war. Über die Inquisition versuchte die Kirche, die für sich das Monopol der Glaubensauslegung beanspruchte und die Allmacht Gottes predigte, andere Glaubensinterpretationen auszuschalten, während die Kreuzzüge die Stärke des Abendlandes gegenüber den arabischen Staaten und ihren Visionen von der Welt demonstrieren sollte.

Obwohl sich viele der mittelalterlichen Ideen lange hielten, kam es im 15. Jahrhundert zum Bruch mit diesen, als griechische Intellektuelle nach der Besetzung Konstantinopels durch die Osmanen nach Norditalien flohen und die Werke und das Wissen der Antike mitnahmen. Diese bis dahin in Europa unbekannte oder in Vergessenheit geratenen Schriften eröffneten eine vollkommen neue Perspektive über den Menschen und sein Handeln in der Welt, ebenso bedeutete es eine Wiederbegegnung mit der eigenen Vergangenheit und den Ursprüngen des Okzident. Die Welt, die sich der damaligen Zeit über diese Bücher erschloss, forderte die mittelalterliche Doktrin heraus. Die gräkoromanische Literatur beschrieb ein anderes Menschenbild, das eines rationellen und moralischen Wesens. Der Humanismus schuf die Vorstellung vom Menschen als Ebenbild Gottes, mit der Fähigkeit, moralisch und bewusst zu handeln. Auf diese Weise wurde der Mensch als Subjekt „wiedergeboren“, aber er wurde noch immer in seiner Beziehung zur Göttlichkeit gedacht, das soll heißen, dass das göttliche Prinzip nach wie vor die ultima ratio beschrieb und den Menschen als Abkömmling dieser. Die Rezeption der klassischen Werke fand jedoch meist über kirchliche Intellektuelle statt, die in der Scholastik bereits einige bekannte griechische Denker analysiert hatten. Auf diese Weise wurde die Vorstellung über den allmächtigen Gott, dem sich der Mensch in allem zu unterwerfen hat, von Kirchenvätern selbst widerlegt.

So logisch dies erscheinen mag, handelt es sich dennoch um einen Bruch mit einer hegemonialen Sichtweise, mit der wichtige Herrschaftsansprüche, in diesem Fall der Kirche, verbunden waren. Der wohl größte Einschnitt ergab sich mit dem Aufkeimen des Protestantismus, der die politische Macht der Kirche und deren Ablasshandel kritisierte, ebenso wie die damalige soziale Situation, die gekennzeichnet war von extremer Armut. Des Weiteren wurde die Monopolisierung der Bibelinterpretation, in der ein strafender Gott vorherrschte, infrage gestellt. Mit der Kritik an der Kirche und der einseitigen Bibelinterpretation gründete Martin Luther nicht nur eine neue religiöse Bewegung, sondern trug wesentlich zu einer allgemeinen Demokratisierung des Wissens bei, weil er sich darum bemühte, die Bibel allen Gläubigen zugänglich zu machen, welche ihrerseits dazu angehalten wurden, sie lesen und interpretieren zu lernen. Die Erfindung des Buchdrucks spielte eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung, nicht nur der Bibel, sondern auch der klassischen Schriften. Zudem gab Luthers Übersetzung des Testaments ins Deutsche einen wichtigen Impuls zur Verkündigung der Frohbotschaft.

2.2.1.2. Europäische Glaubenskriege

Die frühe Verfolgung der ersten ProtestantInnen beweist sehr klar, dass diese Abspaltung von gewaltsamen Mitteln begleitet wurde, die sich im 16. und 17. Jahrhundert zu großen Glaubenskriegen auswuchsen, die ganz Europa in Gefangenschaft hielten. Die reale Macht ging dabei von der Kirche Stück für Stück an Staatsmänner über, die sich zunächst ebenfalls über Gott legitimieren mussten. Der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) beschreibt dabei den wohl größten und längsten Konflikt, der weniger aufgrund seiner kämpferischen Auseinandersetzungen von Interesse ist, sondern wegen seines philosophischen und politischen Legats. Die Gewalt hatte sich zu einer untragbaren Alltäglichkeit entwickelt, die in eine Kriegsmüdigkeit mündete und die, zusätzlich zum wirtschaftlichen Bankrott vieler beteiligter Länder, den Wunsch nach Frieden aufkommen ließ. Der Mensch hatte die grausamste Seite seines Wesens gezeigt, eine Erfahrung, die Ideen über seine „Domestizierung“ und ein mögliches friedliches Zusammenleben auftauchen ließen.

Der wohl bekannteste Denker, der sich dieser Frage widmete, war Thomas Hobbes, dessen Werk von den Erfahrungen des englischen Bürgerkrieges geprägt ist. Auch wenn dieser Krieg traditionellerweise separat von den Auseinandersetzungen auf dem europäischen Kontinent betrachtet wird, war er dennoch Teil derselben Epoche und derselben Machtbestrebungen,

die hinter den Konfessionen zu Tage traten. Schließlich schuf der Westfälische Frieden von 1648 das Fundament für jene politische Ordnung in Europa, die ein Jahrhundert später dem Aufkommen des Nationalgedankens Geburtshilfe leistete.

Diese Auseinandersetzungen brachten für die Kirche nicht nur einen Machtverlust, sondern zwangen sie auch zu einem Umdenken. Die Gegenreformation, die letztendlich auch als eine Kriegserklärung an den Protestantismus zu lesen war und in der der erst 1534 gegründeten Orden der Jesuiten eine wesentliche Rolle spielte, sah sich gezwungen, um den katholischen Glauben verteidigen zu können, nicht nur die kirchlichen Institutionen zu modernisieren, sondern auch die eigenen Gottesvorstellungen zu liberalisieren. So wurde die Schöpfung Gottes zu einem Werk, das sich in einem konstanten Prozess befindet und nie abgeschlossen ist, und das sich immer wieder im Kampf zwischen Gut und Böse herausbildet. Der Mensch wird als Wesen mit einem freien Willen verstanden und unterliegt nicht mehr der Allmacht Gottes. Schließlich wird der Blick vom Jenseits zurück ins Diesseits gewandt, und die Welt wird wieder zu einem Ort mit Bedeutungen (Echeverría 2011: 66f).

2.2.1.3. Die Eroberung Amerikas und die Rolle der Kirche

Auf der anderen Seite hatten die Expansionsbestrebungen der europäischen Mächte, die besonders mit den ersten großen Seefahrern zu Ende des 15. Jahrhunderts eine globale Dimension annahmen, die politische Lage zwischen den europäischen Staaten zugespitzt. In einem noch nie da gewesenen Wettlauf entdeckten zunächst Portugiesen und Spanier, später Engländer, Franzosen, Holländer, Italiener und Deutsche Weltteile, die dem Okzident bis dahin unbekannt gewesen waren. Das portugiesische und spanische Bürgertum, das sich nicht wie in den übrigen europäischen Ländern um die Handwerkskunst etablierte, sondern in Hafenstädten konzentriert und auf den Handel spezialisiert war, gab wesentliche Impulse für die Seefahrt (Dussel 1983: 210). Sowohl ökonomische Gründe, wie die hohen Zölle, die das Osmanische Reich auf Gewürze und Edelmetalle aus Indien erhob, wie das allmähliche Überwinden einer Weltsicht, die die Natur als düstere und unbezwingbare göttliche Kraft verstand, gaben den Ausschlag für jene Entdeckungsreise, die die Welt für immer verändern sollte. Ein nicht unwesentlicher Faktor, der die Grausamkeit, mit der die Eroberung Amerikas in Folge durchgeführt wurde, genauer verorten lässt, ist in der Tatsache zu sehen, dass 1492, als Christoph Kolumbus in der Karibik zum ersten Mal seinen Fuß auf amerikanischen Boden

setzte, ebenfalls erst die Rückeroberung Spaniens, das über Jahrhunderte von den Mauren besetzt gewesen war, beendet worden war. Die erste Begegnung des westlichen Mannes mit dem „Anderen“ fand also auch unter diesem Standpunkt statt, zudem glaubte Kolumbus in Indien gelandet zu sein. Anders ausgedrückt gab es in der Vorstellung der Eroberer, die kurz zuvor erst selbst aus der europäischen Peripherie ausgebrochen waren, bereits ein Bild vom „Anderen“, jedoch vom „arabischen Anderen“. Wobei ich hierbei auf die Position Edward Saids verweisen möchte, der den Orientalismus als Bild des Westens über den Orient, beinahe als Notwendigkeit Europas beschreibt, um sich selbst zu definieren (Said 1979: 2). Das unbekannte, gefürchtete Gegenüber, war also immer Bestandteil des eigenen Selbstverständnisses. Die Eroberer gingen daher mit derselben Radikalität gegen die Indigenen Amerikas vor, wie bei der Reconquista gegen die Mauren, jedoch konnte das neue Gegenüber nicht mit der gleichen Kriegstechnologie aufwarten und der Eroberungsfeldzug wurde zu einem Massaker sondergleichen.

Diese Eroberung hatte aber nicht nur eine militärische und politische Dimension, sondern auch eine kulturelle, die in entscheidender Weise von der Kirche mitgetragen wurde. Auch sie hatte bereits während der Reconquista Erfahrungen mit der Missionierung gesammelt und setzte nun ihr Werk auf dem neuen Kontinent fort (Dussel 1983: 213). In dieser Verbindung rechtfertigte das Königtum die grausame Eroberung mit religiösen Motiven, also der Überbringung der wahren Religion (ebd. 257). Die Kirche war zwar der spanischen Krone untergeordnet, konnte jedoch auch ihre in Europa schwindende Macht in der Neuen Welt ausbauen. Sie kümmerte sich um die Ausbildung von Seminaristen, die letztendlich die Indigenen missionieren sollten, die sich aber auch geschickt in das koloniale System der Encomienda einfügten. Diese Latifundien, auf denen die Indigenen in Sklaverei arbeiten mussten, unterstanden direkt dem spanischen König und wurden von Kolonialbeamten verwaltet, während sich die Kirche um die Missionierung der ArbeiterInnen kümmerte.

Die Grausamkeiten, die den Indigenen in diesem Encomienda-System zugefügt wurden, brachten jedoch bei den dort beschäftigten Kirchenvätern ein Umdenken hervor, das zu einer Spaltung der Kirche in Lateinamerika führte. Der in der Einführung dieses Kapitels erwähnte Disput von Valladolid konzentriert seitens Bartolomé de las Casas genau diese Bedenken gegenüber dem kolonialen Unterdrückungssystem, das die Indigenen wie Tiere

behandelt. Die Inhalte der christlichen Lehre waren nicht mit dem Herrschaftssystem, dem die Padres zuarbeiteten, vereinbar. Eine durchaus zahlreiche Gruppe an Bischöfen stellte sich gegen diese Form der Unterdrückung, jedoch wurden sie über Gefängnis, Expatriierung, Vertreibung und Ermordung mundtot gemacht (ebd. 259). Diese Spaltung der katholischen Kirche in Lateinamerika hat sich aber bis heute gehalten. Verbindet sich die Kirche mit den MachthaberInnen, gehorcht sie der hegemonialen Logik und agiert ausschließend, indem sie alles, was anders ist, als barbarisch und Gottes nicht würdig, oder anders ausgedrückt, tötbar hinstellt (ebd. 283). Auch die Exotisierung funktioniert unter derselben kolonialen Logik: Der „edle Wilde“ ist wiederum nur Spiegelbild der eigenen Vorstellung vom Anderen und reduziert die Indigenen zu einem Objekt, das des eigenen Denkens und Handelns unfähig ist und dem gesagt werden muss, wie es über Arbeit zu einem wahren Menschen wird (ebd. 289).

Dussel beschreibt die unterschiedliche Zugangsweise über das Verständnis vom Glauben so: Wird er wie eine Doktrin verstanden, unterdrückt er, wird er jedoch als Liebe (oder *ágape*) verstanden, erkennt er den Anderen in einer Begegnung von Angesicht zu Angesicht in seiner Exteriorität, seiner Andersartigkeit, an. Glauben bedeutet in dieser Interpretation, dem Anderen zuhören und ihm gestatten, Mensch zu sein. Im unterdrückten Anderen offenbart sich Gott und ihm ist zu dienen, seine Befreiung wird zu einer Mission (ebd. 294).

Mit der hegemonialen Interpretation des Anderen, als entweder Barbar oder edler Wilder wurde, wie zuvor erwähnt, jene Legitimationsbasis geschaffen, die den Anderen als versklavbar und tötbar darstellte, während sein reiches und fruchtbares Land als unberührtes Territorium wahrgenommen wurde, an dem sich die Eroberer und die Königshäuser nach Lust und Laune laben konnten, während abertausende Indigene ermordet wurden. Auf diese äußerst grausame Weise zwang der Westen der Neuen Welt seine Herrschaft auf, deren Spuren bis heute zu finden sind:

Mit dem Beginn der Kolonialisierung in Amerika begann nicht nur die koloniale Weltordnung, sondern – gleichzeitig – die koloniale Konstituierung des Wissens, der Sprachen, des Gedächtnisses und der Imagination. Es wurde ein langer Prozess in die Wege geleitet, der im 18. und 19. Jahrhundert zu seinem Höhepunkt fand, zum ersten Mal wurde der Raum und die Zeit in seiner Ganzheit – alle Kulturen, Völker, Territorien des Planeten, ob vergangen oder gegenwärtig

– in einer großen universalen Narration organisiert. In dieser Narration ist und war Europa immer gleichzeitig geografisches Zentrum und Kulminationspunkt der zeitlichen Entwicklungen (Lander: 18.10.2011).

2.2.2. Die Moderne

2.2.2.1. Das Menschenbild der Aufklärung und des Liberalismus

Auf den europäischen Kontinent zurückkehrend, war es die Renaissance, die den Weg zur Aufklärung ebnete. Das wiedererstandene und auf die profanen Dinge gerichtete Subjekt begann sich immer mehr als ein vernünftiges Wesen zu begreifen, mit der Fähigkeit ausgerüstet, die Wirklichkeit nach seinen Wünschen zu gestalten. Die Bezeichnung „Aufklärung“ verweist schon auf die zentrale Idee, welche die Denkweisen und Wahrnehmungen der Menschen jener Zeit inspirierte: Das rationale Erhellen des menschlichen Geistes (*cogito, ergo sum*). Wie in der Einleitung zum Theoriekapitel bereits erwähnt, ist diese Idee unweigerlich mit den Positionen René Descartes verbunden. Gemäß seinen Vorstellungen erklärt der Mensch die Dinge, die eben nur Objekte sind, aus seiner Vernunft, also sich selbst heraus. Die in den Personen verankerte Vernunft ist nun die oberste Maxime. Mit diesem neuen Paradigma wurde allmählich die Religion und Gott von der vordersten Front verdrängt, um sie beinahe verschwinden zu lassen. Die Konzentration auf den Menschen, als Ausdruck von Vernunft und Logik war bereits ein Gedankenkonstrukt des Humanismus, jedoch stand dieses noch unter moralischen Vorzeichen. In der Zeit der aufkeimenden Industrialisierung wurde diese Fokussierung auf den Menschen mit rationalistischen Ideen aufgeladen: Der Mensch im Sinne eines Erfinders und Schöpfers. Der technologische Fortschritt stützte ebenso diesen Gedanken, der sich bis heute als sein standhafter Begleiter hält.

Wesentlich für diese Positionen ist auch das veränderte Verhältnis des Menschen zur Natur, denn seine Ratio wird als jenes Mittel verstanden, mit dem er die Natur beherrschen kann (Horkheimer; Adorno 2011: 10). Das sinngebende Subjekt steht somit dem sinnlosen Gegenstand gegenüber (ebd.17), oder anders ausgedrückt, entspringt die Bedeutung des Objekts der menschlichen Vernunft, ohne sie ist es nicht.

Das Ziel der Aufklärung ging jedoch über das Individuum hinaus, denn von ihm angeleitet, sollte eine rationelle Gesellschaft geschaffen werden. Dieses Ideal beinhaltete nicht nur das Ersetzen Gottes durch den Menschen, sondern auch dazu in Verbindung stehende Politiken, in dem Sinne, dass sich kein Regent mehr über eine angebliche Beziehung zu Gott legitimieren konnte, so wie es unter den mittelalterlichen Monarchen noch üblich war. Da jeder Mensch als rationelles und eigenständiges Wesen gedacht wurde, bedurfte es auch keiner politischen Institution, welche für ihn Entscheidungen trafe oder sich über ihn stellte. Daher ist die Aufklärung auch die Wiege der bürgerlichen Grundfreiheiten. So etwa schrieb John Locke über die Freiheiten des Menschen:

Und da sie alle mit den gleichen Fähigkeiten ausgestattet sind, alle an einem einzigen gemeinschaftlichen Besitz der Natur teilhaben, so kann auch unter uns keine Unterordnung angenommen werden, die uns ermächtigte, einander zu vernichten, als ob, wie die niederen Klassen von Geschöpfen zu unserem Gebrauch geschaffen sind, wir auch untereinander für den gegenseitigen Gebrauch geschaffen wären. Wie ein jeder verpflichtet ist, sich selbst zu erhalten und seinen Posten nicht vorsätzlich zu verlassen, so sollte er aus demselben Grund, und wenn seine Selbsterhaltung nicht in Frage kommt, auch die übrige Menschheit erhalten, soweit er kann, und nicht — es sei denn, dass an einem Verbrecher Gerechtigkeit geübt werden soll, — eines anderen Leben oder, was zur Erhaltung des Lebens dient, Freiheit, Gesundheit, Glieder oder Güter nehmen oder schädigen. (Locke 1906: 123)

Obwohl sich Locke auf derselben Seite noch auf einen Schöpfergott bezieht, beweist er in diesem Zitat dennoch sehr klar die neuen Implikationen für die Menschen als gleiche und freie Wesen. Aufbauend auf dieses Menschenkonzept entstand auch der Liberalismus, der gleichfalls die Basis für die nationalistischen und republikanischen Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts schuf. Die Entstehung der liberalen Demokratie ist ebenfalls in diesem Umfeld anzusiedeln. Ihr liegt die Idee zugrunde, dass der Wille des Staatsvolks, das aus gleichen und eben mit obigen Rechten ausgestatteten Individuen besteht, über den Parlamentarismus repräsentiert werden kann. Jedoch machen die frühen Denker dieser Demokratieform in ihren Schriften deutlich, dass die Macht nicht beim Volk als solches liegt, sondern beim Bürgertum, dem die politischen Aufgaben zufallen sollen. So verweist Emmanuel Joseph Sieyès, Hauptdenker der französischen Revolution, sehr klar darauf, dass die Aristokratie, ob ihrer Privilegien und die BäuerInnenschaft als PächterInnen der

Landgüter ersterer, wegen ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, Frauen, Fremde, Verwaltungsbeamten und Landstreicher für die politischen Aktivitäten nicht geschaffen sind (Sieyès 2010: 122ff). Mit anderen Worten liegt dieser Demokratieform der Ausschluss verschiedener Bevölkerungsschichten bereits zu Grunde, darauf werden wir aber im nächsten Teilkapitel noch genauer eingehen.

Zu Locke zurückkehrend, ist weiters zu betonen, dass der Genuss der eben im Menschen angelegten Freiheiten nicht unabhängig von der Beziehung dieser zur Natur ist. Wie schon angeführt, macht er sich die Natur Untertan. So darf es nicht verwundern, dass einer der zentralen Fragen, mit denen Locke vordergründig in Verbindung gebracht wird, seine Haltung gegenüber dem Privateigentum ist, welches er für ein typisches Attribut des Menschen hält, sobald dieser aus dem Naturzustand austritt. Die Arbeit ist dabei das zentrale Element, das die Aneignung der Natur durch den Menschen rechtfertigt:

Obwohl die Erde und alle niedrigeren Geschöpfe den Menschen gemeinschaftlich gehören, so hat doch jeder Mensch ein Eigentum an seiner eigenen Person; auf diese hat niemand ein Recht als er selbst. Die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände, können wir sagen, sind im eigentlichen Sinn sein Eigentum. (ebd. 132)

Obwohl Locke in demselben Kapitel die Idee des Privateigentums noch auf den unmittelbaren Konsum des sich angeeigneten Gutes begrenzt (ebd. 134), welchen er mit der Tatsache in Verbindung setzt, dass sich die Produkte der Natur nicht lange halten, wendet er dieselbe Idee nicht mehr auf die Anhäufung von Geld an. Da es sich um Metall handelt, kann das Gut auch nicht verderben, somit ist es legitim, dass der Mensch mehr davon anhäufen, ohne es sofort auszugeben (ebd. 141).

In diesen Argumentationsschritten wird nicht nur die Natur dem Willen des Menschen unterworfen, sondern, wie Horkheimer und Adorno sagen würden, „entzaubert“ (Horkheimer; Adorno 2011: 9). Der Dringlichkeit des rationellen Erfassens jeglichen Gegenstandes ist die Angst vor dem Unbekannten inhärent. Das Sich-Aneignen der Natur durch die Arbeit meint dabei eben jene Einverleibung in das menschliche rationelle Universum. Die Natur wird ihrer Aura, ihrer mythischen Umhüllung, entrissen und in einem unweigerlichen Zwang zu einem bloßen Objekt degradiert (ebd. 22ff). Diese zwanghafte

Reduzierung der Natur und ihr rationelles Abtasten, verkehren sich jedoch wiederum zu einem Fetisch. Somit verwandelt sich der, dem Mythos entfliehende, rationelle Geist wieder zu einem Mythos. Das rationelle Denken, kennt nur die Unmittelbarkeit, keinen Kontext, keine Negation, es ist gleichermaßen selbst vergegenständlicht (ebd. 33). „Mit der Versachlichung des Geistes wurden die Beziehungen des Menschen selber verhext“ (ebd. 34), der Mensch entäußert sich selbst und unterwirft sich den Dingen.

Für die Überlegungen Lockes bedeutete dies, dass der Begriff der „Freiheit“ seiner metaphysischen Bedeutung entrissen wird und zum Synonym für Eigentumsfreiheit wird. Die Ansätze Lockes sind dabei im Kontext der politischen Geschehnisse in England zu denken, welches von einem Bürgerkrieg geschüttelt wurde, aus dem letztendlich die Anhänger des Parlamentarismus siegreich hervorgingen. Dennoch ist dieser Triumph sehr partiell, denn er sprach nur jenen Personen politische Rechte zu, die auch Eigentum besaßen, was in eine erneute Ausgrenzung für die Handwerker und BäuerInnen mündete:

Das größte Verbrechen gegen das Besitztum war es keinen Besitz zu haben. (Thompson 1977: 79)

Mit der „Glorreichen Revolution“ wurden diese Gruppen ebenso wenig in Betracht gezogen, vielmehr das Gegenteil war der Fall, sie wurden von ihren Ländereien vertrieben. Die Ideen John Lockes wiederum, obwohl sie gerade den Aspekt des Privateigentums besonders betonten, beeinflusste sowohl konservative Politiker wie Edmund Burke, als auch radikale, wie Thomas Paine (ebd. 123).

Der liberale Radikalismus ist besonders stark mit dem Namen Paine verbunden, der wesentlich zur Unabhängigkeit der USA, zur Französischen Revolution und zur radikalen Bewegung in England beisteuerte. Sein Werk „The Rights of Man“, welches die Kritik Edmund Burkes an der Französischen Revolution konterkariert, beschreibt seine Vorstellung von Freiheiten und Rechten, die er als angeboren und unabhängig vom sozialen Status definiert. Diese bahnbrechende Haltung machte sein Werk besonders bei den unteren Klassen beliebt und repräsentiert ein bis heute gültiges Konzept der Menschenrechte, als angeborene und somit von Besitzverhältnissen unabhängige Rechte. Für jene Epoche war es

jedoch ein sehr provokanter Zugang, was die Verfolgung Paines beweist (ebd. 116). Die chartistische Bewegung, die für das universale Wahlrecht eintrat, trug wesentlich zur Verbreitung seiner Ideen bei. Dieser radikale Liberalismus verlor jedoch angesichts der sich zuspitzenden sozialen Ungerechtigkeiten und des aufkeimenden Marxismus zusehends an Durchschlagskraft.

Die Aufklärung führte nicht nur ein neues Konzept über den Menschen und seine Rechte ein, sondern redefinierte auch seine kognitiven Fähigkeiten und mit ihr die individuelle Verantwortung von Personen. In der bekannten Definition Immanuel Kants zur Aufklärung kommt dieses neue Verständnis besonders zum Tragen:

Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines andern zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung. (Kant 1784: 481)

Der Mensch als vernünftiges Wesen, die Ideen über die Grundfreiheiten, vor allem jene des Eigentumsrechts, die persönliche Verantwortung über das eigene Schicksal und andererseits die extremen Ungerechtigkeiten, die die unteren Klassen zu erdulden hatten, beschreiben den Kontext in dem sich auch der moderne Kapitalismus zu entwickeln begann.

2.2.2.2. Die Entstehung des Kapitalismus

Der aufklärerische Liberalismus, der die Menschen zwar mit fundamentalen Rechten ausstattete, ist dennoch nicht kritiklos, denn bei besagten Rechten handelt es sich eben nur um Teilrechte, die letztendlich wiederum nur für einen gewissen Personenkreis in Frage kamen. Jene Menschen, die nichts besaßen und dem westlichen Ideal nicht entsprachen, galten als dieser Rechte nicht würdig. Anders ausgedrückt impliziert in diese Vorstellung von Recht und „Rechte haben“ auch sein Gegenteil, nämlich „keine Rechte haben“. Diese Tatsache zeigte sich in der Behandlung von TagelöhnerInnen, BäuerInnen und ArbeiterInnen jener Zeit, sowie VertreterInnen anderer Kulturen:

Die Negation des Rechts des Kolonialisierten beginnt mit der Affirmation des Rechts des Kolonialherrens; - wie des kollektiven Rechts mit dem individuellen Recht. Locke begreift in seinen Zwei Abhandlungen über die Regierung dieses Recht etwas konkreter als Recht auf Eigentum, als Recht auf privates Eigentum, aus einem sehr eindeutigen Grund. Für ihn bedeutet Eigentum vor allem das Recht des Individuums auf sich selbst (...).

Somit war es notwendig, eine Ordnung universaler Rechte aller Menschen zu schaffen, als genau jenen Schritt, um der Mehrheit das Recht zu verweigern. Mit dem Resultat, nicht der Universalisierung der Rechte, sondern der Thronerhebung des eigenen juridischen Universums bedingt durch die radikale Vertreibung eines jedes anderen. Somit befinden sich die Indigenen nicht einfach nur in einer untergeordneten Position. Jetzt stellt sich heraus, dass es für sie überhaupt keinen Platz gibt, wenn sie nicht bereit sind, vollkommen ihre Gebräuche abzulegen und ihre Gemeinschaft als Ganzes über Bord zu werfen, um sich in die einzig verfassungsrechtlich denkbare Welt des Rechts zu integrieren. (Lander: 18.10.2011)

Das Paradoxon liegt in der Universalisierung der Rechte, die angeblich alle Menschen einschließt, aber somit eben alle parallelen Rechtsvorstellungen ausschaltet, egal ob es sich dabei um andere Verfassungen oder rechtliche Gepflogenheiten handle. Wer diesen (liberalen) Rechten nicht zustimmt, stellt sich also gegen die Idee, dass alle Menschen Rechte haben sollen, oder anders gesagt, gegen die Universalität, die ja angeblich das Gleichheitskonzept der Menschen mitträgt. Von diesem argumentativen Kunstgriff abgesehen, lässt sich die Universalität noch auf andere Weise instrumentalisieren, nämlich dann, wenn in ihrem Namen nur einige wenige über das Erlassen und das Ausüben der Gesetze entscheiden. Obwohl theoretisch alle an der Politik teilhaben können, sieht die Realität anders aus, weil die Mehrheit eben nicht die Zeit hat, sich der Politik zu widmen, wenn sie sich gleichzeitig ihren Lebensunterhalt verdienen muss. Hannah Arendt schrieb über genau diesen Widerspruch, der bereits charakteristisch war für das alte Griechenland:

Für die Freiheit musste der Mensch erst befreit sein oder sich selbst befreien, und dieses Befreitsein von Gezwungenwerden durch die Lebensnotwendigkeit war eigentliche Sinn der griechischen „scholē“ oder des römischen „otium“, der Muße, wie wir heute sagen. Diese Befreiung, im Unterschied zu der Freiheit, war ein Zweck, der durch bestimmte Mittel erreicht werden konnte und musste. Das entscheidende Mittel war die Sklavenwirtschaft, die Gewalt, mit der man Andere zwang, einem die Sorge um das tägliche Leben abzunehmen. (Arendt 1993: 38f)

Obwohl in der Moderne die Repräsentativität in der Politik zu einem durchwegs gängigem Konzept wurde, bedeutete dies keinesfalls, dass die PolitikerInnen tatsächlich die Interessen ihre WählerInnenschaft vertreten, gerade wenn sie aus einem anderen sozialen Kontext stammen. Heutzutage haben sich diese Probleme freilich abgeschwächt, zur Zeit des aufkeimenden Liberalismus war dies jedoch noch nicht der Fall. Gerade die Instrumentalisierung dieser angeblich universellen Rechte durch GroßgrundbesitzerInnen oder Personen mit einem beträchtlichen Kapital, stellte eine übliche Praxis dar. Von den guten Absichten der Universalität blieb dabei wenig übrig, besonders wenn sie von einer Gruppe von Menschen verwendet wurde, um partikulare Interessen durchzusetzen. In der Umkehrung des Konzepts der Universalität, werden ihre KritikerInnen jedoch in ein Dilemma manövriert, denn sie zu hinterfragen, würde eine Kritik an der Gleichheit aller Menschen bedeuten. Der Liberalismus verstrickt beide Grundannahmen (Universalität und Gleichheit) in höchstem Maße, und jeglicher Einspruch kann sich dem Ruf der Inhumanität nicht entziehen:

Gleich im Beginn des Revolutionssturms wagte die französische Bourgeoisie das eben erst eroberte Assoziationsrecht den Arbeitern wieder zu entziehen. Durch Dekret vom 14. Juni 1791 erklärte sie alle Arbeiterkoalition für ein "Attentat auf die Freiheit und die Erklärung der Menschenrechte", strafbar mit 500 Livres nebst einjähriger Entziehung der aktiven Bürgerrechte. (Marx 1962: 840)

Um nun die Entstehung des Kapitalismus zu verstehen, ist es notwendig, den Gebrauch des Rechts nicht aus den Augen zu verlieren. Laut Marx gehörten zu den Faktoren, welche die ursprüngliche Akkumulation erst möglich machten, die letztendlich auch das Fundament für die soziale Ungleichheit zwischen KapitalbesitzerInnen und ArbeiterInnen legte, der Kolonialismus und die Vertreibung der BäuerInnen von ihren Ländereien mittels Gesetzen zur Einhegung des Gemeindelandes. Der Kolonialismus befähigte die Imperialmächte in ihren Kolonien jene Rohstoffe zu fördern, welche sie in ihren Heimatländern nicht vorfanden, um sie anschließend für die Endverarbeitung einzuschiffen und zu verkaufen. Für die Ressourcen als solches zahlten sie nicht, ebenso wenig für die Arbeit, die mit der Rohstoffförderung und der Ernte verbunden war, da sie ja den SklavInnen aufgebürdet wurde. Eine gesetzliche

Rechtfertigung für derartige Brutalität war dabei nicht einmal notwendig, da die indigene und afrodezendente Bevölkerung für den westlichen Mann nicht als Rechtssubjekte zählten:

Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. (ebd. 851)

Auf der anderen Seite der Welt, wo die importierten Rohstoffe verarbeitet wurden, entstand eine neue soziale Klasse, das Proletariat, welches zum Großteil aus der, ihrer Ländereien beraubten, BäuerInnenschaft bestand. Viele von ihnen waren zunächst Leibeigene gewesen, die zu Beginn des 15. Jahrhunderts zu freien BäuerInnen wurden und als solche kleine Ackerflächen auf dem Gut der GroßgrundbesitzerInnen pachteten. Außerdem bewirtschafteten sie mit den LandwirtInnen Kommunalland. Obwohl sie wenig verdienten, reichte es für ihre Subsistenz (ebd. 814). Laut Marx begann man in ganz Westeuropa ab dem 15. Jahrhundert mit der Verabschiedung von Gesetzen, welche zur Vertreibung der BäuerInnen von deren Ländereien führten, im Fall Englands vollzog sich dieser Prozess jedoch verstärkt mit der „Glorreichen Revolution“ von 1688 und der Restauration der Stuarts (ebd. 821). Die verdrängten KleinbäuerInnen siedelten sich in den Städten auf der Suche nach Arbeit an. Ihres Grundbesitzes beraubt, wurden sie in die Abhängigkeit jener Personen gedrängt, die mehr Kapital besaßen und für die sie Arbeiten verrichteten. Vor dem Aufkommen der Großindustrie wurden sie von den ManufakturbesitzerInnen, also den Vorboten des kapitalistischen Produktionsschemas, angeheuert.

Die ManufakturbesitzerInnen hatten den Staat auf ihrer Seite. Marx erinnert in diesem Zuge an die Mechanismen, die den wirtschaftlichen Aufstieg besagter Gruppe ermöglichten: „Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, moderne[s] Steuersystem und Protektionssystem“ (ebd. 851). Der Staat selbst war es, der eine ungleiche Verteilung möglich machte, indem er den Unternehmen, die im Überseehandel ihr Glück versuchten, öffentliche Kredite verschaffte, gleichzeitig die Staatsschulden anwachsen lies, die letztendlich von den BürgerInnen der mittleren und unteren Schichten bezahlt wurden. In diesem Zusammenhang sind ebenfalls das internationale Kreditsystem und der Protektionismus zu

erwähnen, beides Instrumente, die auf Kosten anderer Länder und besonders der Kolonien zum Tragen kamen.

Der Theorie Marx folgend war die Akkumulation von Reichtum nur aufgrund der Ausbeutung der ArbeiterInnenschaft möglich, weil der Mehrwert, der eben zur Geldanhäufung führte, alleinig durch die Nichtentlohnung der Mehrstunden bedingt war. Vereinfacht gesagt, den ArbeiterInnen wurde nicht das bezahlt, was ihnen entsprechend dem Wert des produzierten Gutes zustand. Auf diese Weise wurde der Mehrwert geschaffen, der letztendlich die Anhäufung von Geld bedingt, welches zu Kapital wird, sobald es zum Selbstzweck der Produktion wird (ebd. 155ff). Über diesen Mechanismus wird der Mensch definitiv dem Kapital unterworfen, von dessen Logik er nun bestimmt wird.

Ohne den technischen Fortschritt der Frühmoderne und zum Teil noch aus dem Mittelalter wären diese Entwicklungen gar nicht möglich gewesen. Die Technologie als der Ausdruck für die Überwindung der Natur mit Hilfe des menschlichen Verstandes, wurde in Kombination mit der Mehrwertproduktion und der Ausbeutung der Kolonien in eine bestimmte Richtung gedreht. Anders ausgedrückt, unterwarf sich die Technologie dem Diktat des Kapitals und über diese Subsumtion wurde ein alternativer und kreativer Gebrauch dieser Erfindungen ausgeschaltet (Echeverría: 24.10.2013), denn sie diene alleinig der Mehrwertproduktion. Der Mensch unterlag dabei aber nicht nur dem Kapital, sondern auch der Technologie.

Die Fabrik gilt als Verkörperung des Kapitalismus schlechthin. Sie entstand aus der Manufaktur, welche zunächst die Form eines handwerklichen Betriebes hatte, wo alle dasselbe produzierten oder die Arbeit in mehrere Schritte aufgeteilt wurde, welche von unterschiedlichen HandwerkerInnen ausgeführt wurden (ebd. 364). Im Laufe der Zeit wurden diese Schritte immer mehr zergliedert und einE einzelneR ArbeiterIn beschränkte sich nur mehr auf einen sehr kleinen Produktionsschritt, den er/sie jedoch mit zunehmender Häufigkeit vollzog. Genau in dieser Arbeitsorganisation liegt der Schlüssel des Kapitalismus, d.h. in der Arbeitsteilung und gleichzeitigen Kooperation zwischen den ArbeiterInnen. Einerseits wird so mehr produziert und andererseits sind die ArbeiterInnen gezwungen, sich in extremster Weise zu spezialisieren, so dass sie nicht mehr fähig sind, ein Objekt in seiner

Gesamtheit herzustellen. Die Fabrikation eines Gutes wurde derart zergliedert, dass eine immense Zahl an Personen zur Fertigung nötig war und die KapitalistInnen keine HandwerksmeisterInnen mehr waren, sondern sich ausschließlich der Überwachung des Produktionsprozesses widmeten. Das beeindruckende Bild von Menschen, die in einem großen Raum zusammengepfercht, immer und immer wieder dieselben Bewegungen vollführen, wurde von Michel Foucault als „Disziplinarraum“ beschrieben:

In den Fabriken, die am Ende des 18. Jahrhunderts entstehen, ist das Prinzip der Parzellierung noch komplexer. Dort müssen nicht nur die Individuen in einem Raum verteilt werden, wo man sie isolieren und festhalten kann, sondern diese Verteilung muss noch an einen Produktionsapparat angeschlossen werden, der seine eigenen Erfordernisse hat. In der Verteilung der „Posten“ sind also die Aufteilung der Körper, die räumliche Organisation des Produktionsapparates und die verschiedenen Tätigkeitsformen miteinander in Einklang zu bringen. (...) Die Produktion teilt sich und der Arbeitsprozess gliedert sich einerseits nach den Tätigkeiten und Phasen, andererseits nach den arbeitenden Individuen, nach den tätigen Einzelkörpern. Jede Variable der Arbeitskraft – Stärke, Schnelligkeit, Geschicklichkeit, Ausdauer – kann beobachtet, charakterisiert, eingeschätzt, verrechnet und dem dafür Zuständigen berichtet werden. Die Arbeitskraft wird übersichtlich auf die aneinandergereihten Einzelkörper aufgeteilt und damit in individuellen Einheiten analysierbar. Gleichzeitig mit der Teilung des Produktionsprozesses stößt man bei der Geburt der Großindustrie auf die individualisierende Zerlegung der Arbeitskraft; beides wurde durch die Gliederung des Disziplinarraumes ermöglicht. (Foucault: 1977: 185ff)

Mit der Fließbandproduktion und dem Taylorismus, der jede Körperbewegung maß, wurde die extremste Form der Disziplinierung eingeführt, indem jede Teilbewegung dem Produktionsprozess angepasst wurde, so dass keine einzige Muskelkontraktion verloren ging. Somit verwandelten sich die ArbeiterInnen in einen Teil der Maschine und wurde von den KapitalistInnen auch als solcher behandelt. Die extreme Arbeitsteilung trennt die ArbeiterInnen vom gefertigten Produkt, welches sie in seiner Gesamtheit nicht mehr herzustellen vermögen. Mit dieser Spezialisierung entfremden sie sich aber nicht nur vom Produkt, sondern werden in eine zunehmende Abhängigkeit zu den KapitalistInnen gedrängt. Dies meint also, dass ihnen zum Überleben nichts anderes übrig bleibt, als ihre Arbeitskraft an die KapitalistInnen zu verkaufen, denn in diesem Stadium sind sie nicht mehr fähig als

HandwerkerInnen zu leben, noch verfügen sie über Land, das sie als BäuerInnen bestellen könnten. Die Zergliederung ihres Werkens und die extreme Abhängigkeit von den KapitalistInnen kommen einer Enthumanisierung der ArbeiterInnen gleich, gemeinsam mit der Arbeitslosigkeit, der sie sich mit einer gewissen Häufigkeit ausgesetzt sehen.

Die Idee der Aufklärung vom Genius, der angeblich im menschlichen Geist schlummert, kommt bei den ArbeiterInnen in der Fabrikhalle keinesfalls mehr zum Tragen. Marx erwähnt in diesem Zusammenhang ein Zitat von David Urquart, das, obwohl er die Implikationen der Arbeitsteilung zu übertreiben scheint, doch die gravierende soziale Tragweite dieser Produktionsorganisation aufwirft:

Einen Menschen unterabteilen, heißt ihn hinrichten, wenn er das Todesurteil verdient, ihn meuchelmorden, wenn er es nicht verdient. Die Unterabteilung der Arbeit ist der Meuchelmord eines Volkes. (Urquard in Marx 1962: 397)

Die Abhängigkeit der ArbeiterInnen von den KapitalistInnen hat zur Herrschaft letzterer über erstere geführt, dennoch gilt zu betonen, dass dieses Ungleichgewicht nicht einer totalen Macht der UnternehmerInnen gleichkommt, weil die ArbeiterInnen immer auch Möglichkeiten finden, ihren Protest auszudrücken oder sich auf andere Weise zu denken. Nichtsdestotrotz haben die KapitalistInnen in einer derart ungleichen Situation einen bedeutenden Vorteil.

Die eben dargelegten Ideen Marx über die Entfremdete Arbeit geht auf einen Aspekt des Konzepts des Selbstbewusstseins bei Hegel zurück. Laut Hegel bildet sich das Selbstbewusstsein, als „die Wahrheit der Gewissheit seiner selbst“ (Hegel 1986: 137) erst im dialektischen Prozess über ein Anderes heraus. Das Andere ist dabei sowohl Objekt, das vom Selbst in einem Entäußerungsprozess geformt wird, und sein Wesen somit im bearbeiteten Gegenstand anschauen kann, als auch ein anderes Selbstbewusstsein. Letzteres gelangt erst dadurch, dass es ein anderes Selbstbewusstsein erkennt, dieses aufhebt, darin aufgeht und auf sich selbst rückblickt, um wieder in sich selbst zurückzukehren, zur Vollendung. Wobei das andere Selbstbewusstsein den gegenläufigen Prozess vollzieht. Beide „erkennen“ so gegenseitig ihr Selbstbewusstsein „an“ (ebd 145f). Jedoch ist diese gegenseitige

Anerkennung keineswegs friedvollen Charakters, sondern zielt auf die Existenz des anderen Seins:

Das Verhältnis beider Selbstbewusstseine ist also so bestimmt, dass sie sich selbst und einander durch den Kampf auf Leben und Tod bewähren. – Sie müssen in diesen Kampf gehen, denn sie müssen die Gewissheit ihrer selbst, für sich zu sein, zur Wahrheit an dem Anderen und an ihnen selbst erheben. (ebd. 149)

Wenn beide ungleich aus diesem Kampf herausgehen, entstehen „zwei entgegengesetzte Gestalten des Bewusstseins“ (ebd. 150), der Herr und der Knecht. Der Knecht bezieht sein Selbstbewusstsein nur auf das Ding, das er bearbeitet, aber der Herr ist für ihn „das selbständig für sich seiende Bewusstsein“ (ebd. 153), dem er sich, weil er die Gewalt über sein Leben hat, unterwirft. Der Herr aber genießt nur die Früchte der Arbeit des Knechts, den er aber braucht, um sich eben die Dingwelt anzueignen. Zu diesem Zweck kontrolliert er das Bewusstsein des Knechts über die Furcht. Auf diese Weise erkennt zwar der Knecht den Herren an, aber der Herr den Knecht nicht, womit die Reziprozität wiederum gebrochen ist.

Dieses Herrschaftsverhältnis wird laut Hegel erst aufgehoben, sobald der Knecht sich selbst, also sein Selbstbewusstsein im Ding, das er bearbeitet, erkennt, oder wie Claus Daniel es formuliert:

Wahres Selbstbewusstsein gibt es nicht ohne Widerstand gegen den Herren. (Daniel 1983: 138)

Dieser kurze Hegel-Exkurs liefert uns einige Erklärungsmuster für nachfolgende Theorien, die für diese Dissertation von Wichtigkeit sind. So übernahm beispielsweise Marx die zuvor schon angekündigte Idee, dass sich der Mensch selbst im bearbeiteten Objekt anschauen kann, für sein Konzept der Entfremdeten Arbeit. Die Entfremdete Arbeit beschreibt aber den Moment, in dem der Identifizierungsprozess des/r Arbeiters/in mit seinem/ihren Werk durchbrochen ist, weil sich der/die KapitalistIn (Herr) dieses sofort aneignet, aber auch weil durch die extreme Zersplitterung in kleinste Arbeitsschritte, die eigene Signatur im Werk nicht mehr zu erkennen ist. Die Entfremdete Arbeit ist also ein absolutes Extrem in der

Beziehung Knecht-Herr (Arbeiter-Kapitalist) und wird im Kapitalismus auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene ausgedehnt.

Auch in der Theorie Paulo Freires, die ich im letzten Teil des Theoriekapitel vorstellen werde, sind Ansätze von Hegel zu erkennen, allen voran das Herrschaftsverhältnis Knecht-Herr, das er in Unterdrückter-Unterdrücker umwandelt. Die Furcht vor dem Herren, bewegt den Knecht dazu, sein Schicksal hinzunehmen, aber auch die Internalisierung des Unterdrückers, d.h. der Knecht erkennt nur den Herren als Selbstbewusstsein an und nicht sich selbst, verhindert das Ausbrechen aus dem unterdrückerischen System. Freire betitelt dies als „Furcht vor der Freiheit“ (Freire 1973: 34). Eines der wichtigsten Konzepte seiner „Pädagogik der Unterdrückten“, ist der Dialog als eine Kommunikation in der sich die GesprächspartnerInnen in einer reziproken Weise als gleichwertig anerkennen. Dieser dialektische Prozess, des Sich-im-Anderen-Erkennens, findet sich eben schon bei Hegels Theorie über das Selbstbewusstsein wieder. Anders als bei Hegel ist der Wendepunkt, der den Ausbruch aus dem unterdrückerischen System beschreibt (bei Freire „Bewusstseinsbildung“), nicht unbedingt das Sich-selbst-Erkennen in der eigenen Arbeit (Beziehung Mensch-Objekt)⁴, sondern viel mehr die Reflexion im Kollektiv in Form des Dialogs (Beziehung Mensch-Mensch).

Eine große Frage, die Hegel als idealistischer Denker beinahe immer ausklammert, ist der Körper als Gegenstand seiner Reflexionen (Butler 2013: 38), obwohl sich an ihm auf entscheidende Weise ein Herrschaftsverhältnis äußert. Der Befreiungsphilosoph Enrique Dussel, der sich selbst nie direkt mit dem Zugang Hegels identifizieren würde, auch wenn er viele dialektische Elemente in seiner Theorie aufgreift, schließt diese Lücke mit dem Konzept der „anthropologischen Materialität“, also dem menschlichen Körper und die in ihm angelegte Notwendigkeiten sich als Mensch zu reproduzieren. Bevor ich diese Überlegungen genauer ausführe, möchte ich noch die Wissenschaftsentwicklung der Moderne an sich, in

⁴ Gänzlich unwesentlich ist diese Mensch-Objekt-Beziehung bei Freire nicht u.a. kommt sie bei der Einführung in seine Pädagogik bei der Diskussion des Unterschieds Natur-Kultur zum Tragen (Freire 2009a), der Schwerpunkt liegt aber auf der Mensch-Mensch-Beziehung.

ihrer hegemonialen Ausgestaltung darlegen, den in ihr manifestierte sich die Rechtfertigungsgrundlage für einen ausgeprägten Eurozentrismus, der sich bis heute hält.

2.2.2.3. Die Rolle der Wissenschaft in der Moderne

Sprechen wir nun im Sinne Berger und Luckmanns von einer symbolischen Sinnwelt der Moderne, so sollte auf jene Ideen besagter Epoche verwiesen werden, die ihr Legitimität verliehen haben. Die zentrale Rechtfertigungsgrundlage für die Überhöhung des westlichen Denkens und Handelns über den Rest der Welt ist in der europäischen Philosophie, allen voran im deutschen Idealismus zu finden, welcher von einer geschichtlichen Höherentwicklung entlang des gesellschaftlichen Fortschritts ausging. Auch hier spielt Hegel eine zentrale Rolle, aber in einer Weise, die entschieden von Befreiungsphilosophischer Seite abgelehnt wird. Laut ihm sind diese Entwicklungen von einem Streben zum „allgemeinen Geist“ (in der Kunst, der Religion und der Philosophie), als Weltgeist geprägt (Hegel 1979: § 341). Wobei die Weltgeschichte der Abfolge der vier welthistorischen Reiche folgt: Vom orientalischen, über das griechische und das römische hin zum germanischen (ebd. § 354).

In dieser Vorstellung existierten die Kulturen außerhalb des Orient und des Okzident quasi nicht, weil sie nicht den Status einer „zivilisierten Nation“ erreicht hatten:

Aus derselben Bestimmung geschieht, daß zivilisierte Nationen andere, welche ihnen in den substantiellen Momenten des Staats zurückstehen (Viehzüchtende die Jägervölker, die Ackerbauenden beide usf.), als Barbaren mit dem Bewußtsein eines ungleichen Rechts und deren Selbständigkeit als etwas Formelles betrachten und behandeln. (ebd. § 351)

Der Übergang von einem Entwicklungsstadium ins nächste, wird immer als Höherentwicklung verstanden, selbst wenn die Gewalt das vorherrschende Element einer Epoche sein sollte, gliedert sie sich in diese Stufenlogik ein. Gleichzeitig ist dies auch jene Strömung, die Geschichte erstmals als Universalgeschichte schreibt (Daniel 1983: 102), d.h. alle vergangenen Ereignisse reihen sich in den Fortgang hin zu einem bestimmten Ziel ein, also dem Streben zum absoluten Geist, der einer bestimmten kulturellen Prägung folgt. Etwas verkürzt gesagt, ist es letztendlich der germanische Geist, dem sich die Weltgeschichte

zu unterwerfen hat. Grausame Kriege oder Eroberungen sind somit Teil dieser Entwicklung, auch gibt es keine Ereignisse, die letztendlich nicht einem bestimmten Plan folgen würden. Dieses Geschichtsdenken, das sich in Zügen bis heute gehalten hat, wurde immer wieder sehr polemisiert diskutiert und auch die Befreiungsphilosophie sieht darin ein Grundübel für den nach wie vor stark verankerten Eurozentrismus (Dussel 1998: 51).

Eine zusätzliche Zementierung des modernen Denkens ist in der Ausdifferenzierung der wissenschaftlichen Disziplinen auszumachen, die auf theoretischer Ebene verschiedene Teilaspekte der Moderne, ebenfalls im Sinne der Verfestigung einer symbolischen Sinnwelt, rechtfertigten. So ist die Wirtschaftswissenschaft eine akademische Fachrichtung, die letztendlich mit dem Aufkommen des modernen kapitalistischen Systems seinen Ausgang nahm und mit den Namen Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill und Karl Marx aufs engste verbunden ist. Die Naturwissenschaften entstanden im 16. Jahrhundert rund um Denker wie Johannes Kepler, Galileo Galilei, René Descartes und Isaac Newton. Auch die Sozialwissenschaften, wie beispielsweise die Soziologie, sind ein Produkt der Moderne. Sie sollten sich v.a. den gesellschaftlichen Phänomenen, die mit dem aufkeimenden Kapitalismus in Verbindung standen, widmen.

Die zunehmende Wichtigkeit und Ausdifferenzierung der Wissenschaft findet ihre vorrangige Rechtfertigung im Wandel einer theozentrischen zu einer anthropozentrischen Gesellschaft, oder anders ausgedrückt, die erneute Hinwendung zum Menschen als Zentrum des Universums. Der Mensch als Schöpfer erfindet nicht nur Neues, sondern reflektiert auch über seine Errungenschaften und dies auf alle nur vorstellbaren Arten und Weisen. Gleichzeitig dient die Wissenschaft, wie zuvor schon erwähnt, als Legitimationsgrundlage für die etablierte Ordnung und konstruiert jene „Wahrheit“, die die vorhandenen Gegebenheiten erklärt und nur schwer anfechtbar macht. Wie wir bereits im Kapitel 2.1.3. gesehen haben, ist auch sie bloß Ausdruck eines bestimmten Zeitgeistes, jenem der Moderne, und einer spezifischen Gesellschaft, welche hegemonialen Charakter erlangte:

Der wohl stärkste Ausdruck der Effizienz des modernen wissenschaftlichen Denkens – im Speziellen in seinen technokratischen und heutzutage hegemonialen neoliberalen Ausdrücken –

ist der, der sprichwörtlich beschrieben werden kann als die Naturalisierung sozialer Beziehungen; der Begriff, demgemäß die Eigenschaften der sogenannten modernen Welt Ausdruck spontaner, der historischen Entwicklung der Gesellschaft natürlicher, Tendenzen sind. Die liberale industrielle Gesellschaft entsteht aus dieser Perspektive nicht nur in der erwünschten sozialen Ordnung, sondern in der einzig möglichen. Entsprechend dieses Konzepts befinden wir uns nun am Endpunkt: Gesellschaft ohne Ideologien, einzigartiges, globalisiertes, universelles, zivilisatorisches Modell, welches Politik überflüssig macht, demgemäß es keine möglichen Alternativen zu dieser Lebensweise gibt.

Diese hegemoniale Kraft des neoliberalen Denkens, seine Fähigkeit seine eigene historische Narration als objektives, wissenschaftliches und universelles Wissen zu präsentieren, ebenso wie seine Vision einer modernen Gesellschaft als die fortgeschrittenste, aber ebenso normale, Form der menschlichen Erfahrung, basiert auf geschichtlichen, kulturell spezifischen Bedingungen (Lander: 18.10.2011).

Besagte Narration habe ich nun versucht, in diesem Kapitel vorzustellen und werde im Folgenden auf philosophische Gegentraditionen, die der Befreiungsphilosophie und -theologie, eingehen, welche im lateinamerikanischen Kontext entstanden und neue Konzepte enthalten, wenn sie sich auch größtenteils aus den klassischen Disziplinen heraus entwickelt haben.

2.3. Unterdrückung und Befreiung in Lateinamerika

2.3.1. Wirtschaftliche und politische Veränderungen in Lateinamerika des 19. und 20. Jahrhunderts

Anders als in Nordamerika, wo sich mit der gleichzeitigen Ermordung eines Großteils der indigenen Bevölkerung eine Siedlerkolonie entwickelt hatte, gehorchten die ökonomischen Strukturen in Lateinamerika einer feudalen Logik, dergemäßig die überlebenden Indigenen im Encomienda-System, das direkt der spanischen Krone unterstellt war, als Sklaven zu arbeiten hatten. Somit waren die Entwicklungen sowohl in ökonomischer, wie kultureller Hinsicht in den beiden Amerikas bereits mit Beginn der Kolonialisierung sehr unterschiedlich. Die politischen Unabhängigkeitsbestrebungen in den lateinamerikanischen Kolonien wurden von den Umwälzungen in den USA, Frankreich und den Ideen der Aufklärung inspiriert.

Gleichzeitig strebten die Criollos, also jener auf dem amerikanischen Kontinent geborenen Nachfahren der Eroberer, nach politischen und ökonomischen Mitspracherecht, das ihnen aufgrund der Kolonialstruktur verweigert wurde. Neben dem sowohl in Europa, wie den USA aufkeimenden Nationalgedanken, entzündeten sich die lateinamerikanische Unabhängigkeitsbewegungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch an dem Bestreben, in wirtschaftlicher Hinsicht von dem industriellen Aufschwung in Europa profitieren zu können. Die industrielle Entwicklung in der westlichen Welt, die Hand in Hand mit dem Kapitalismus ging, war nicht ein Prozess, der sich alleinig auf Europa oder Nordamerika konzentrierte, wo sie zu einem enormen wirtschaftlichen Wachstum beigetragen hatte, sondern schloss auch die übrige Welt mit ein, jedoch auf eine ganz andere Art und Weise. In den Kolonien und Ex-Kolonien kam es nämlich nicht zum selben wirtschaftlichen Aufschwung, aber es waren ihre Ressourcen gewesen, die essentiell zur sogenannten Industriellen Revolution beigetragen hatten. Dank der Rohstoffe, die in der Neuen Welt reichlich vorhanden waren und die nach Europa transportiert wurden, war die moderne Massenproduktion erst möglich und rentabel geworden. Für Lateinamerika war dieser Reichtum jedoch mit einem Fluch belegt, weil er über eine lange Zeit hinweg verhinderte, dass sich auch nach der politischen Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine eigne Industrie herausgebildet hätte. Dieser Umstand, der zudem die Dependenz von den Industrieländern steigerte, war gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krisen besonders offensichtlich. In den nach den Unabhängigkeitskämpfen neu etablierten lateinamerikanischen Nationen, ging die politische Emanzipation nicht einher mit einer ökonomischen. Das Feudalsystem und Kastrakontum blieb größtenteils erhalten und das Bürgertum als treibende politische Kraft konnte sich nur in geringem Maße in einigen Städten etablieren. Die neuen Eliten bemühten sich nicht um einen grundlegenden wirtschaftlichen Wandel, sondern versuchten lediglich über den Verkauf und Export der Rohstoffe einen Teil der Gewinne, die in der westlichen Welt angehäuft wurden, abzuschöpfen. Zwar wurde die wirtschaftliche Rückständigkeit aufgrund des geerbten Feudalsystems mit der Zeit erkannt, jedoch brachte auch die Umorientierung hin zum amerikanischen und englischen Fortschrittsmodell, kapitalistischer Prägung, keine sozialen Verbesserungen für die Bevölkerungsmehrheit. Nun waren es große amerikanische und englische Konzerne, die die Mestizen, Indigenen und afrodezedente Bevölkerung als billige

Arbeitskräfte rekrutierten und auf dem lateinamerikanischen Kontinent jene Rohstoffe fördern ließen, die sie für die Industrien in ihren eigenen Ländern benötigten. Die Gewinne wurden wiederum außer Landes gebracht und verhinderten weiterhin das Entstehen eigenständiger Industrien in Lateinamerika.

Die Wirtschaftskrise von 1929 ist ein Beispiel für die globale Ausweitung dieses ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisses, brachte aber auch eine Trendwende mit sich. Ihre negativen Auswirkungen waren auf der ganzen Welt zu spüren und nicht nur in der sogenannten Dritten Welt. Dennoch handelt es sich um ein äußerst wichtiges Geschehen in Bezug auf die Redefinition der Rolle der noch relativ jungen Staaten, die bis dahin immer im Schatten der USA und Europas gestanden hatten. Die Krise war der Stein des Anstoßes, der in einigen lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko unter Präsident Lázaro Cárdenas, Argentinien unter Juan Domingo Perón und Brasilien unter Getúlio Vargas zu einer beeindruckenden Aufbau einer nationalen Industrie führte. Diese Wirtschaftspolitik, die in manchen Fällen auch unter diktatorischen Vorzeichen eingeführt worden war, förderte in den lateinamerikanischen Ländern das Bewusstsein, vermehrt in die interne Entwicklung investieren zu müssen.

Jahre später offenbarten die Unabhängigkeitsbewegungen in den französischen und englischen Kolonien in Afrika und Asien, ebenso wie der Ausgang des Zweiten Weltkrieges, das Ende der Vorherrschaft Europas. Der Fortschritt wurde nun nicht mehr als ein Privileg des Westens erachtet, sondern als ein Ziel für alle Nationen. Die Unterentwicklung war somit kein unabwendbares Schicksal mehr, sondern die erste Stufe auf dem Weg zur Modernisierung eines jeden Staates, die selbstredend dem nordamerikanischen Modell folgte. Dies war die zentrale Haltung des Westens, der die Modernisierung der „Dritten Welt“ propagierte:

Der Modernität sollte im Wesentlichen als ein universelles Phänomen begegnet werden, als ein soziales Stadium, welches alle Nationen erreichen sollten, denn ihr entspricht die umfassende Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, die ein Teil der siegreichen Länder mit dem nordamerikanischen und englischen Liberalismus identifizierte, ein anderer mit dem russischen Sozialismus. (Dos Santos: 16.10.2011)

Mit dem Überwinden der Krise von 1929 hatten diese Ideen in Lateinamerika kaum mehr Erfolg, da die Tendenz, die interne Wirtschaft vom Weltmarkt zu entkoppeln, Wirkung zeigte, wie das „mexikanische Wunder“ beweist. Das US-amerikanische Fortschrittskonzept hatte ausgedient. Die Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL), die 1948 gegründet wurde, nahm diese Erfahrungen auf und gab ihnen einen theoretischen Rahmen, um anschließend Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik der lateinamerikanischen Länder zu formulieren. Diese Ideen wurden unter dem Namen „Strukturalismus“ bekannt. Hinsichtlich seiner Zielsetzungen schloss er sich nach wie vor den klassischen Paradigmen des Kapitalismus an, wie „maximale Produktion, Gewinnerzeugung und Schaffung von Investitionen, die zur dauerhafter Akkumulation von Reichtum durch die Individuen führen sollten und letzten Endes jeder nationalen Gemeinschaft“ (ebd.). Trotzdem betonte er die Notwendigkeit eines eigenen lateinamerikanischen Weges, um die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsräume voranzutreiben, weil eben für diese Länder typische Hindernisse überwunden werden mussten, die nicht verallgemeinerbar waren und einer spezifischen Lösung bedurften. Außerdem wurde ein anfänglicher Protektionismus propagiert, um die Außenabhängigkeit und die daraus resultierende Unterentwicklung der lateinamerikanischen Nationen auszugleichen. Ein Teil dieser Politik betraf die Importsubstitution, die bereits Jahre zuvor eingeführt worden war, um die Förderung einer eigenen nationalen Industrie zu ermöglichen. Besagte Industrialisierung wurde in Etappen aufgeteilt, welche mit dem Aufbau jener Sektoren begann, die wenig Kapital und Technologie bedurften, um sich schließlich den komplexeren Industriezweigen zuzuwenden. Sobald die Länder einen gewissen Industrialisierungsgrad erreicht hätten, sollten die produzierten Güter exportiert werden. Ein anderer Aspekt, dem sich die CEPAL widmete, waren die internen Faktoren der lateinamerikanischen Staaten, welche sich durch eine „strukturelle Heterogenität“ auszeichneten. So wurde die niedrige Produktionsrate, die außer im Exportsektor in den meisten Wirtschaftszweigen vorherrschte, als großes Hindernis gesehen, ebenso die fehlenden Ersparnisse, die weder über den Staat abgedeckt werden konnten, noch über den privaten Sektor, dessen UnternehmerInnen aufgrund ihres Konsumverhaltens nicht bestrebt waren, das Geld in die nationale Ökonomie zu investieren. Schließlich kam innerhalb dieses Modells dem Staat eine Schlüsselrolle zu, strukturelle Veränderungen anzuregen (Bielschowksy: 16.10.2011).

Die Dependenztheorie, die in den sechziger Jahren entstand, übernahm einige Ideen dieses ökonomischen Strukturalismus, obwohl sie ihm in anderen Aspekten diametral entgegenstand. Beispielsweise ging die Dependenztheorie ebenfalls von der Notwendigkeit einer für die Region autonomen Entwicklung aus, unabhängig von den nördlichen Industrieländern, die über eine konstante politische und wirtschaftliche Einmischungspolitik ein eigenständiges ökonomisches Fortkommen Lateinamerikas unterbanden. Des Weiteren wurden auch in den internen Strukturen Hindernisse identifiziert, welche eine eigene Entwicklung erschwerten, jedoch wurden im Vergleich zum Strukturalismus andere Lösungen vorgeschlagen. Allgemein orientierte sich die Dependenztheorie am Marxismus und erklärte die „Unterentwicklung“ als Teil des kapitalistischen Systems, d.h. das Zentrum erlangte nur deshalb seine Wichtigkeit und ein überlegenes wirtschaftliches System, weil es über Jahrhunderte hinweg die Reichtümer der Kolonien geplündert hatte. Anders ausgedrückt konnte es „Entwicklung“ nur an der Seite der „Unterentwicklung“ geben. Marini erklärt dies damit, dass die Länder der Peripherie die Nahrungsmittelproduktion für die ArbeiterInnen des Zentrums übernahmen, was sich in geringere Lohnkosten in den Ländern des Zentrums umschlug und somit in einen Anstieg des relativen Mehrwerts, also des Gewinnes. Anders ausgedrückt, wurde die gleiche Arbeit ausgeführt, jedoch war die Reproduktion des Proletariats dank der billigen Einfuhr von Lebensmitteln aus der Peripherie mit geringeren Kosten verbunden und die Mehrarbeit⁵ war im Anstieg begriffen (Marini 1973: 116f). Ein anderer Aspekt, der von der Dependenztheorie aufgenommen wurde, ist der ungleiche Handel zwischen Peripherie und Zentrum. Aufgrund der fehlenden Fertigwaren in den benachteiligten Ländern, konnte das Zentrum, seine Monopolstellung ausnutzend, der Peripherie besagte Güter über dem Wert des europäischen Marktes verkaufen. Die Regierungen der benachteiligten Länder hingegen versuchten nicht, diesen ungerechten Handel auszugleichen, sondern bevorzugten die Überausbeutung der Arbeitskraft, um ebenfalls Gewinne zu erzielen:

Was sehr klar erscheint ist, dass die vom ungleichen Austausch benachteiligten Nationen nicht versuchten, das Ungleichgewicht zwischen Preis und Wert der exportierten Waren zu korrigieren

⁵ laut Marx, ist dies der Indikator für den Mehrwert, der aus der Ausbeutung der Arbeitskraft resultiert

(was eine doppelte Anstrengung beinhalten würde, um die Arbeitskraft zu erhöhen), sondern den Verlust der erwirtschafteten Einkünfte aus dem internationalen Handel vielmehr damit auszugleichen, indem die Arbeiter zusätzlich ausgebeutet wurden (ebd. 123).

Auch wurde die Ausbeutung der Arbeitskraft zu einer Überausbeutung, da die ArbeiterInnen nicht als vorrangige KonsumentInnen gesehen wurden, sondern die Produktion in der Peripherie orientierte sich am Konsum des Zentrums, sich also „die Warenzirkulation von der Produktion abkoppelte“ (ebd. 134).

In Bezug auf die nationalen Eliten ist die Dependenztheorie viel kritischer als der Strukturalismus, weil sie diese in Beziehung setzt mit den Interessen des internationalen Handels und mit fehlenden nationalistischen und demokratischen Absichten (Dos Santos: 16.10.2011). Ähnlich wie der Strukturalismus schlägt die Dependenztheorie für die benachteiligten Nationen eine Abschottung vom Weltmarkt vor, um die Abhängigkeit von den Interessen des Zentrums zu durchbrechen, jedoch sollte dieses Vorgehen dauerhaft sein. Weiters tritt sie für größere interne Transformationen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Charakters ein, um die interne Ungleichheit aufzubrechen.

Es handelt sich bei der Dependenztheorie um eine Ausrichtung, die zum Beispiel in Chile unter der Regierung Allendes ansatzweise umgesetzt wurde. Das Projekt wurde jedoch bedingt durch die Diktatur frühzeitig abgebrochen.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Überlegungen ist es von entscheidender Wichtigkeit, die internationale politische Situation mitzudenken, die zu dieser Zeit vom Kalten Krieg geprägt war. Die Welt war in zwei große Blöcke aufgeteilt worden und jedes Land der Peripherie war zum Spielball dieses Mächteziehens geworden. Mit großem Argwohn beobachteten die beiden Großmächte USA und die Sowjetunion die Regimewechsel in diesen Nationen. Dabei hatte die USA besonders Lateinamerika im Fokus. Jede Bewegung und politischer Wandel hin zu einer neuen Selbstbestimmung und einem internen wirtschaftlichen Aufschwung, der nicht von ihr diktiert war, erweckte den Verdacht kommunistisch inspiriert und von der Sowjetunion gesteuert zu sein. Obwohl es in den lateinamerikanischen Ländern natürlich diese kommunistischen Bewegungen gab, wurden von Seiten der USA auch jegliche internen politischen Veränderungen, die nicht mit ihren

Ideen konform ging, verschmäht. Das Resultat dieser Haltung war die aktive Unterstützung der aufkeimenden Diktaturen durch die USA.

Die Außenpolitik der USA war von der sogenannten Dominotheorie beeinflusst, dergemäß der Regimewechsel von einem liberalen Staat, Monarchie oder Kolonie zu einem kommunistischen System automatisch die Nachbarländer durch diese „Gefahr“ ansteckte. Die Folge wäre eine flächendeckende Ausbreitung des Kommunismus in der Region gewesen, welche die globale Vormachtstellung der USA in Frage stellen hätte können. Als Beispiel wurde die Entstehung der Sowjetunion mit ihren Satellitenstaaten angeführt, ebenso wie China und das südliche Asien, wo der Kalte Krieg in eine „heiße“ Phase überging. Die Kubanische Revolution von 1959 wurde als Omen für ein ähnliches Schicksal Lateinamerikas gedeutet, welches die USA mit aller Kraft zu vermeiden versuchte. Aus dieser Sicht verwundert die US-amerikanische Einmischung in die internen politischen Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder wenig, ebenso wie ihre aktive Unterstützung inhumaner und grausamer Diktaturen. Dies rechtfertigt freilich keineswegs ein derart brutales Vorgehen, gibt aber eine Vorstellung von der Funktionsweise hegemonialen Denkens und von dem Kontext, in dem die Befreiungstheorien entstanden.

Die bezeichnendste Unterstützung, welche die USA den Diktaturen in Lateinamerika leistete, war über das Trainingscamp „School of the Americas“, wo viele der dortigen Streitkräfte auf einen Staatsstreich vorbereitet wurden. Sie wurden im Gebrauch von Folter, Erpressung und Hinrichtung politischer Feinde ausgebildet. Zahlreiche Abgänger dieser Camps hinterließen ihre Spuren in der lateinamerikanischen Geschichte, ob als Regierungschefs, Putschisten oder als rechte Hand von Diktatoren, die tausende von Personen, denen Regimefeindlichkeit vorgeworfen wurde, folterten, verschwinden ließen oder umbrachten. Außerdem gewährleistete die USA den konservativen Kräften mediale und wirtschaftliche Unterstützung, mit der sie ihnen die Machtübernahme erleichterten. Auf diesem Wege wurde beispielsweise auch das neoliberale Modell zuerst in Chile eingeführt, das als Experimentierwiese für die Chicago Boys, einer Gruppe chilenischer Wirtschaftswissenschaftler, die in den USA ausgebildet worden waren, galt.

Dies beschreibt in groben Zügen die zeitlichen Umstände, in denen die Befreiungstheorie und -theologie entstanden, ebenso wie die Befreiungspädagogik von Paulo Freire. Einerseits waren diese Theorien beeinflusst vom internen wirtschaftlichen Aufschwung der dreißiger und vierziger Jahre, der zu einem neuen Selbstbewusstsein der jungen Nationen in Lateinamerika beitrug und gleichzeitig auch das intellektuelle Leben anregte, andererseits bewirkten die einschneidenden Erlebnisse der Diktaturen, dass sich eine Vielzahl von sozialen Gruppen von diesem Albtraum zu befreien versuchte. Die Befreiungstheorien sind somit als eine intellektuelle Anstrengung zu verstehen, um die Unterdrückung zu delegitimieren und um Wege hin zu einer alternativen Politik zu finden.

Heutzutage, nach dem Verschwinden der Diktaturen und dem Wegfall der Sowjetunion, hat die Dependenztheorie in ihrer klassischen Ausformung an Zustimmung verloren, ebenso wie einige Aspekte der Befreiungstheorie. Die politische Unterdrückung hat sich vor allem in eine ökonomische Dominanz verwandelt, die nunmehr in Form des neoliberalen Paradigmas zu Tage tritt. Der aus ihr resultierenden Armut und Ausgrenzung macht es verschiedenen sozialen Gruppen unmöglich, ein würdiges Leben zu führen. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen wurde die Dependenztheorie zu einer Forschung über das Weltsystem und die Befreiungsphilosophie zu einer Ethik der Befreiung. Die Befreiungspädagogik hat unter den marginalisierten Gruppen, die sich heute (weniger als AnalphabetInnen denn) als vom politischen und ökonomischen Leben Ausgeschlossene definieren, kaum an Wichtigkeit eingebüßt.

2.3.2. Die Philosophie und die Theologie der Befreiung

2.3.2.1. Die Ursprünge der Befreiungsphilosophie

Die philosophische Entwicklung in Lateinamerika ging zeitversetzt auch mit den historischen Veränderungen, die ich im vorherigen Kapitel beschrieben habe, einher. Leopoldo Zea, der wohl wichtigste Vorreiter der Befreiungsphilosophie zeichnet u.a. in seinem 1953 erschienenen Werk „America como conciencia“ den Weg nach, den die verschiedenen lateinamerikanischen TheoretikerInnen beschritten hatten, um eine eigenständige

Philosophieentwicklung zu ermöglichen. Er vertrat die These, dass Philosophie einen universalen Charakter haben muss und nicht regional beschränkt sein darf, aber auch, dass die Entstehung neuer Paradigmen in der Realität verankert ist. Konkret bezieht er sich dabei auf das Auftauchen neuer Probleme, die politischer und theoretischer Lösungen bedürfen (Zea 1972: 5). Seiner Meinung nach, ist der europäische Universalismus absolut ausgrenzend und bringt keine Lösungsvorschläge für die lateinamerikanische Wirklichkeit vor, die sich auf ganz andere Weise herausgebildet hat (ebd. 8). Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Emanzipation bedarf notgedrungen auch einer epistemologischen, denn nur in der Reflexion über die westliche Theoriebildung, die gleichzeitig Rechtfertigungsgrundlage für unterdrückerische Praktiken war, kann auch dieses einseitige Herrschaftsverhältnis an sich aufgebrochen werden und ins Bewusstsein rücken, um so eine Philosophie zu entwickeln, die diese Realität berücksichtigt (ebd. 11). Dafür ist es notwendig, dass Amerika sich selbst kennt, um sich eben jener von außen aufoktroierten Vorstellungen zu entledigen, was aber nicht bedeutet, sich einer abgeschirmten folkloristischen Perspektive hinzugeben, sondern von der eigenen Kultur aus weltoffen zu denken (ebd. 25).

Zea verweist darauf, dass Amerika zwar nicht Europa ist, sehr wohl aber europäische Wurzeln hat. Amerika war immer eine Projektion des westlichen Denkens, das als „Land der Zukunft“ verstanden wurde, vielversprechend, aber immer unter der Obhut Europas (ebd. 27). Amerika wurde als jungfräuliches Terrain interpretiert, als ein Land ohne Vergangenheit, in dem sich jene Wünsche erfüllen ließen, denen sich Europa verschlossen hatte. Für Nordamerika bedeutete dies, die Heimat für jene neuen Ideen, zu werden, die in England keinen Platz gefunden hatten und die den Ursprung des nordamerikanischen Liberalismus des self-made-man beschreiben, der sich gerade in wirtschaftliche Hinsicht zu einer extremen Form des Kapitalismus auswuchs (ebd. 59). Lateinamerika aber war der Ort, wo die sterbenden Konzepte des iberischen Katholizismus zur Blüte gelangten. Die nicht von den Eroberungszügen der Spanier und Portugiesen hingerafften Indigenen wurden in die mittelalterlichen Lehren des katholischen Glaubens eingeführt und dienten dem neu etablierten Feudalsystem als Sklaven (ebd. 60). Somit entstanden zwei Amerikas. In Lateinamerika wurde die indigene Kultur nicht integriert, aber auch nicht ausgelöscht, ihr wurde die europäische Kultur übergestülpt, während die autochthone bis heute in vielerlei Facetten durchscheint. In dieser Konstellation ist es nun die Aufgabe der

lateinamerikanischen Philosophie, diese Degradierung, Auswuchs einer europäischen Fantasie mit sehr realen Auswirkungen, zu erkennen und aufzuheben. In einem dialektischen Prozess zwischen der gelebten lateinamerikanischen Realität und den europäischen Vorstellungen über diesen Kontinent bricht das Bewusstsein über diese Wirklichkeit hervor (ebd. 46).

Zea zeigt nun, wie die Philosophie Lateinamerikas, aufgrund dieses Unbehagens, zwischen diesen Widersprüchen gefangen zu sein, immer wieder versucht hat, sich ihren Weg zu bahnen.

Auch die aufkeimenden Ideen der Aufklärung, die im Norden Amerikas mit Wohlwollen in die Praxis umgesetzt wurden, verbannten die lateinamerikanische Realität in jene hoffnungslose Sphäre der Unterentwicklung. Der fehlende technologische Fortschritt und das Feudalsystem entsprachen nicht dem Ideal des neuen Menschen, der Kraft seines Geistes die Welt zu verändern wusste. Der Kontinent begann sich jedoch zu emanzipieren, wobei der Widerstand gegen die antiquierte katholische Lehre und der daran gekoppelten sozialen Ordnung ausgerechnet von den Kirchenvätern selbst ausging, die sich nun den neuen aufklärerischen Ideen stellten (ebd. 63). So war es zunächst die Verherrlichung des Bodens und der Fauna und Flora, auf die sich auch das neue intellektuelle Selbstbewusstsein stützte, aber es fehlte die Geschichte, die dieser Landstrich nicht zu haben schien und den nationalen Stolz unterstreichen hätte können. So kam es schließlich zu einer Auseinandersetzung mit der indigenen Geschichte des Kontinents, und mit ihr entstand auch eine neue Identität und Bewusstsein in den vormaligen Kolonien. Zea verweist dabei besonders auf die Werke des Mexikaners Francisco Xavier Clavijero, der sich bereits im 18. Jahrhundert mit der Geschichte der Indigenen Mexikos auseinandersetzte und diese in über zehn Bänden festhielt (ebd. 67). Die Unabhängigkeitsbewegung in Lateinamerika richtete sich so zwar am selben Fortschrittsglauben aus, wie jene Nordamerikas, stützte das eigene Selbstverständnis aber auf die indigene Vorgeschichte und versuchte auf diese Weise das koloniale Joch abzulegen. Die prophezeite Zukunft Amerikas sollte nun anbrechen.

Dennoch war diese Euphorie verfrüht, trotz der Unabhängigkeit stellte sich keine neue Freiheit ein, die alten sozialen Strukturen der Kaziquentümer hatten sich mit Hartnäckigkeit

gehalten. Die politische Emanzipation, brachte ohne einen Wandel auch in den kulturellen und geistigen Gepflogenheiten keine Veränderungen mit sich, weshalb eine totale Reformierung des Bildungswesens angestrebt wurde (ebd. 72). Die Ideale der Aufklärung waren zu abgehoben von der Realität, und die Emanzipationsbestrebungen ließen sich nun vom nordamerikanischen Pragmatismus inspirieren. In jenem Teil des Kontinents war die prophezeite Zukunft schon angebrochen, während Europa, Wiege der Aufklärung, mit einer Vielzahl sozialer und wirtschaftlicher Probleme zu kämpfen hatte. Iberoamerika aber war in seiner Geschichte und sozialen Struktur vollkommen verschieden vom nördlichen Nachbarn. Diese Kluft versuchte man, mit der Übernahme des Positivismus in die Philosophie und das gesamte Bildungswesen zu überwinden. So war zu Ende des 19. Jahrhunderts eine neue Generation geschaffen worden, die entsprechend diesem Ideal erzogen worden war (ebd. 80). In diese Zeit fällt auch der enorme Industrialisierungsschub der in vielen lateinamerikanischen Ländern eingesetzt hatte. Besonders Mexiko bekam diese Auswirkungen zu spüren. Die USA wurden gefürchtet und gehasst, nachdem diesen 1847 die Hälfte des Territoriums abgetreten werden musste, aber man schaute auch zu ihr auf. Gleichzeitig stützte sie die Diktatur Porfirio Díaz, die erst mit der Mexikanischen Revolution gebrochen wurde.

Die massive Industrialisierungswelle war v.a. mit Investitionen der ausländischen und allen voran nordamerikanischen Hand getätigt worden, die jedoch die abgeschöpften Gewinne wieder außer Landes brachten. Es machte sich Ernüchterung breit und das Unbehagen stieg. Die soziale Ungleichheit war nicht abgeschafft worden, sondern hatte sich verschärft, der alte Kolonialismus war durch einen neuen Kolonialismus ersetzt worden.

Einer jener Autoren, der die überhebliche Art dieser nordamerikanischen Demokratie, die v.a. nach utilitaristischen Prinzipien funktioniert und darin nur die Interessen des wirtschaftlichen Wachstum auf Kosten anderer Freiheiten und der Menschenwürde vertritt, ist der uruguayische Autor José Enrique Rodó. In seinem Werk „Ariel“ von 1900 stellt er die Folgen dieser positivistischen und utilitaristischen Lehren an den Pranger. Er appelliert an die Jugend Lateinamerikas, in Anlehnung an die Figur Ariels aus Shakespeares „Der Sturm“, sich nicht von der Mittelmäßigkeit der nordamerikanischen Demokratie überwältigen zu lassen (verkörpert durch die Figur Calibans eben besagten Werks), sondern sich gemäß den eigenen

Wurzeln eine neue Zukunft zu schaffen. Allerdings sieht er die Grundlagen dafür auch in der europäischen Philosophie verankert, konkret in der antiken Muse und der christlichen Lehre (Rodó 1920: 28). Aufbauend auf dieses moralische und geistige Ideal, und eben nicht über die erzwungene Adaption eines instrumentalisierenden Denkens auf die eigene Realität, kann Lateinamerika den Weg in eine neue und bessere Gesellschaft finden. Seinen Vorschlag konkretisiert er in der Gestaltung einer öffentlichen Bildung, die allen zu Teil wird und die Fähigkeiten, die jedem Menschen innewohnen, zu Tage befördert (ebd. 45). Damit stellt er sich gegen das utilitaristische Bildungsprinzip, das seiner Meinung nach die geistigen Fähigkeiten der Jugend nur bedingt fördert und nur auf den wirtschaftlichen Gebrauch auslegt, die Muse aber und der freie Geist verkümmern in ihr. Die Ungleichheiten zwischen den Begabungen, dergemäß manche Person besonders hervorstechen, sind laut Rodó aber als solche zu akzeptieren (ebd.).

Auch der kubanische Schriftsteller José Martí schloss sich dem Ruf Rodós nach einer, der eigenen Realität entsprechenden Bildung an. Wobei er zunächst auf die Notwendigkeit einer Regierung, die das eigene Land hervorbringt und nicht fremdbestimmt ist, einging (Martí 1891: 134). Seiner Meinung nach kann eine solche Regierung aber nur entstehen, wenn das Land auch über ein eigenständiges Bildungs- und Universitätssystem verfügt, in dem die Kunst des Regierens und Wissen über die gelebte Realität gelehrt wird (ebd. 135). Auf diese Weise sollte Lateinamerika in geschlossener Reihe seine tatsächliche Emanzipation erwirken.

Die Realität aber holte das Bestreben, eine eigene lateinamerikanische Philosophie zu konstituieren, ein. Die Mexikanische Revolution, Folge eben dieser wirtschaftlichen Modernisierungspolitik unter diktatorischen Vorzeichen, gefördert von den USA, brachte die Dringlichkeit einer sozialen Veränderung in der jungen Nation zum Vorschein. Die Brüder Flores Magon nahmen in ihren schriftlichen Abhandlungen Bezug auf die Probleme jener Zeit in Mexiko und verlangten nach radikalen politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen. Des Landes verwiesen, suchten die Brüder Flores Magon Zuflucht in den USA, wo sie auch die Liberale Mexikanische Partei (Partido Liberal Mexicano – PLM) gründeten. Sie initiierten einerseits die Revolution von den USA aus mit, andererseits schufen sie in ihren Schriften, allen voran in der Zeitschrift „Regeneración“, auch die

theoretische Grundlage für diese sozialen Umwälzungen. Ihre intellektuelle Schlagrichtung, war einerseits vom indigenen Gemeinschaftsverständnis, das sie während ihrer Kindheit in Oaxaca aus nächster Nähe miterlebt hatten, andererseits von den liberalen Ideen der mexikanischen Unabhängigkeitsbewegung und anarchistischen europäischen Denktraditionen inspiriert. Ihre Schriften sind weniger philosophischen Charakters, sondern Kampfschriften, die den Status Quo anprangern und nach der politischen, auch die ökonomische Emanzipation fordern:

Die politische Freiheit braucht die Unterstützung einer anderen Freiheit, um wirksam zu sein: Diese Freiheit ist die wirtschaftliche: Die Reichen genießen ökonomische Freiheit und daher sind sie die einzigen, die einen Nutzen aus der politischen Freiheit ziehen. (Flores Magon 1910: 29).

Die Mexikanische Revolution, deren Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung entscheidend ist, ist einer jener zentralen Wendepunkte, die entsprechend den Forderungen Leopoldo Zeas, von den Dringlichkeiten der Realität aus zu gehen, das Fundament für die Entwicklung einer lateinamerikanischen Philosophie darstellt. Ihr politisches Erbe wirkte in den folgenden Regierungen stark nach, wobei die in ihr verankerten Positionen erst während des Cardenismus (1934-1940) zur vollen Blüte gelangten.

Einer jener Intellektueller, der es sich zur Aufgabe setzte, die Ideale der Mexikanischen Revolution für das Bildungssystem und allen voran der Universität fruchtbar zu machen, war José Vasconcelos. Er vertrat die moderateren Positionen des Maderismus⁶ und versuchte im kulturellen Bereich das lateinamerikanische Selbstverständnis zu stärken. Eines seiner wichtigsten Werke ist „La raza cósmica“, in dem er von einer fünften Menschenrasse als „kosmische Rasse“ und somit übergeordneten Menschengeschlecht spricht. Entgegen chauvinistischer Konzepte, ist dieses neue Menschengeschlecht eine Mischung aus allen Rassen, und vereint auf sich einen positiven Universalismus. Vasconcelos spricht sich sehr klar gegen die zersplitterten Nationalismen und Kaziquentümer, die nach der politischen Unabhängigkeit in Lateinamerika entstanden waren, aus und appelliert an eine transzendente Mission, die er eben in der Vermischung aller Menschenrassen

⁶ Francisco Madero war der erste Präsident nach der Mexikanischen Revolution. Genaueres zu seinen politischen Positionen finden sich im Kapitel 3.2.2.

(„mestizaje“) sieht und deren Ursprung er in Lateinamerika verortet (Vasconcelos 1925). Vasconcelos setzte seine Ideen als mexikanischer Bildungsminister in der Etablierung eines öffentlichen, säkularen und für alle zugänglichen Erziehungssystems, und im Besonderen der Förderung der Universitäten, um. Bis heute geht der Leitspruch der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko, deren Rektor er von 1920 bis 1921 war, „Por mi raza hablará el espíritu“ (Für meine Art wird der Geist sprechen) auf ihn zurück und spiegelt den Gedanken dieser kosmischen Rasse wieder. Die Nachwirkungen seiner Ideen waren vielseitig, zum einen trug er zu einem erstarkenden kulturellen Selbstbewusstsein bei, besonders in Mexiko, wo dieses dank seines politischen Engagements auch institutionalisiert wurde, zum anderen förderten seine Ideen auch einen Indigenismus, der von vielen Indigenen kritisiert wird. Seinen Positionen zu Folge, sollte die kosmische Rasse, aus der Vermischung aller Menschengeschlechter resultieren und damit einhergehend, forderte er auch eine Anpassung der Indigenen an die Mehrheitskultur, was als Akkulturation bezeichnet wird. Gleichzeitig verlangte er damit von den Indigenen, die während der Kolonialisierung ohnehin viele Traditionen ablegen mussten, auch die Aufgaben aller eigenständigen kulturellen Elemente.

José Carlos Mariátegui schließlich verknüpften den Aspekt der Indigenen mit jenem der sozialen Klassen. Ein marxistischer Zugang, von dem sich auch Enrique Dussel, der die Befreiungsphilosophie ins Leben rief, inspirieren ließ. Viele seiner Gedanken wurden später von der Dependenztheorie wieder aufgegriffen. Er beschäftigte sich v.a. mit der rückständigen Entwicklung eines eigenständigen Bürgertums in Peru, das er den kolonialen Strukturen zuschrieb, die einerseits den indigenen kollektiven Landbesitz zerstört, und mit der gleichzeitigen Fokussierung auf den Gold- und Silberexport nichts dazu beigetragen hatten, um die lokale Wirtschaft zu fördern. Die Indigenen hingegen mussten in Sklavenarbeit im feudalen System der Kolonie arbeiten. Laut Mariátegui änderte sich auch nach der Unabhängigkeit wenig an dieser Sozialstruktur in Peru, die von einer extremen Ungleichheit geprägt war, denn das Land stand nun in wirtschaftlicher Abhängigkeit von England, das dort den Abbau von Guano und Salpeter forcierte, das für die westliche Industrieproduktion gebraucht wurde. Für ihn ist das „Indigenenproblem“, also die Ausgrenzung und Unterwerfung der Indigenen, nur mit der kollektiven Landverteilung, die

eigentlich auf das Inkareich zurückgeht, lösbar (Mariátegui 2007: 34). Er weigerte sich die Marginalisierung der Indigenen an der Ethnie festzumachen, denn darin sieht er das Grundübel des Imperialismus, kulturelle Verschiedenheit als Vorwand für politische Überlegenheit zu definieren (Mariátegui 2007: 30). Sein Zugang ist stark marxistisch geprägt, bezieht aber die kulturelle Komponente der Indigenen sehr wohl mitein, die es so bei Marx nicht gab. Er hält aber am historischen Materialismus fest und der Notwendigkeit der Proletarisierung der Indigenen, um deren Ausgrenzung aufzuheben.

Leopoldo Zea fasst diesen theoretischen Exkurs zusammen indem er darauf verweist, dass in Lateinamerika eigentlich zwei Kämpfe ausgefochten werden: Ein kolonialer und ein klassenbedingter.

Wir finden uns in zwei Arten von Kämpfen wieder: Einen, den wir vertikal nennen können, der sich in allen industrialisierten Ländern entwickelt, unseres mit eingeschlossen: Der Klassenkampf; Ein anderen, den wir horizontal nennen können, der sich mehr oder weniger intensiv zwischen den kolonialen Völkern und den imperialistischen Ländern entwickelt. Letzterer ist typisch für Hispanoamerika und Brasilien. Es handelt sich um keinen Klassenkampf mehr, obwohl in ihm das Proletariat noch starke Interessen vertritt. Weil sich neben seinen Interessen und Stärken auch anderen Kräfte und Interessen, wie jener des kolonialen Bürgertums befinden. Die Probleme, die sich in diesem Kampf ergeben, haben ihren Ursprung in Situationen, die es seit dem Kolonialreich gibt. (Zea 1972: 95)

Somit wird die marxistische Komponente der Befreiungsphilosophie sehr klar, aber auch die Tatsache, dass der historische Materialismus bei der Analyse der politischen und sozialen Situation in den ehemaligen Kolonialgebieten zu kurz greift. Die kulturelle Vereinnahmung, die sich in den westlichen Denktraditionen über die Anderen wiederfindet, ist ein ebenso wichtiges Element in der Erkenntnis, wie Befreiung erwirkt werden kann. Laut Zea kann nur in dem zuvor schon erwähnten dialektischen Prozess zwischen gelebter Realität und den westlichen Vorstellungen über Lateinamerika ein neues Selbstverständnis von diesem Kontinent ausgehend, aufbrechen. Er spricht daher vom Bewusstsein als „einem gemeinsamen Wissen, Wissen über die Anderen mit den Anderen“ (Zea 1972: 46). Denn nur auf diese Weise wird die gegenseitige Verdinglichung und Degradierung, die tiefe Wunden

schlägt und in der Praxis sehr klare Auswirkungen haben kann, kenntlich. Mithilfe dieser epistemologischen Emanzipation, deren Ursprünge ich hier dargelegt habe, kann auch eine Theorie geschaffen werden, die sich der dringenden Fragestellungen der Realität annimmt.

Enrique Dussel, der eigentliche Begründer der Befreiungsphilosophie, führt nun diese philosophischen Überlegungen mit Hilfe einer anderen Geschichtsschreibung wieder zur Realität zurück und gibt den drängenden Problemen einen historischen und philosophischen Kontext, aus dem heraus sich auch mögliche Lösungen erklären.

Er begann nach mehrjährigen Studienaufenthalten in Europa, zu einer Zeit als diese philosophischen Fragestellungen erstmals diskutiert wurden in Argentinien an der Universität zu lehren. Dort waren bis dato nur Werke, europäischen Ursprungs behandelt worden, ein Beweis dafür, wie weit die westliche Hegemonie und das Denken der Moderne in die Wissensproduktion vorgedrungen war. Diese neuen kritischen Tendenzen in den Sozialwissenschaften und die studentischen Bewegungen der sechziger Jahre inspirierten auch sein Denken (Dussel 2013: 144). Die Befreiungsphilosophie war aufbauend auf die zuvor zitierten Autoren zunächst ein kulturphilosophisches Projekt, basierend auf dem Versuch, Lateinamerika eine neue Identität zu geben und Philosophie zu verorten:

Die lateinamerikanische Philosophie als *Philosophie der Befreiung* entdeckte ihre kulturelle Bedingtheit – man dachte *von* einer bestimmten Kultur *aus*. Zudem dachte man explizit oder implizit aber auch in der Perspektive bestimmter Klassen, Gruppierungen, Geschlechter etc. Die *location* war entdeckt worden und war das erste zu behandelnde philosophische Thema. (ebd. 145)

Darauf aufbauend schuf Dussel nun einen Gegendiskurs, der die lateinamerikanische Geschichte und DenkerInnen, die in Vergessenheit geraten waren, wiederentdeckte. Damit fordert er die hegemoniale Position der Moderne an sich heraus und verbindet nun die Ansprüche der Befreiungsphilosophie auch mit den Gegendiskursen anderer Kulturen, um so eine Transmoderne zu schaffen (ebd. 164ff). Dies meint nicht, dass die Moderne an sich verdammt wird, sondern sie wird mit anderen Diskursen in Verbindung gesetzt. Die Befreiungstheologie machte eine ähnliche Entwicklung durch, wobei sie sich besonders an

der Rolle der Kirche in Lateinamerika orientierte und sie eigentlich die Grundlage für die Befreiungsphilosophie war, die sich aus ihr heraus entwickelte.

Tatsächlich unterscheiden sich die beiden nicht sehr voneinander, da sie ja dieselbe Problemstellung behandeln: Die Unterdrückung in Lateinamerika, zunächst zu Zeiten der Kolonie, der Diktatur und später in Form des Neoliberalismus. Während erstere einen philosophischen Fokus hat, zeichnet sich zweite durch einen theologischen aus. Beiden gemein ist jedoch die Idee von der Befreiung im Sinne einer politischen, sozialen und kulturellen Emanzipation. Auch beziehen sich beide auf die politische Bildung von unten gemäß Paulo Freire, welche einmal als „Bewusstseinsbildung“⁷ (Dussel 1998: 434) und ein andermal als „Pädagogik der Unterdrückten“⁸ (Boff 1992: 98) in die jeweiligen Befreiungskonzepte integriert wird. Somit bilden die Befreiungstheorie/-theologie und die Befreiungspädagogik ein zusammengehöriges Konzept, nicht zuletzt kam Dussel über die Befreiungstheologie auch zu seinen philosophischen Betrachtungen. In diesem Unterkapitel widme ich mich im Weiteren nur der Befreiungstheorie/-theologie mit ihren entsprechenden Verweisen auf die politische Bildung von unten, während ich im darauffolgenden Teil den pädagogischen Zugang Paulo Freires erklären werde. Dennoch werden sich bestimmte Überschneidungen aufgrund ihres Näheverhältnisses nicht vermeiden lassen.

Die entscheidende Ausgangsbasis der Befreiungsphilosophie ist die Redefinition der Geschichte an sich ab der Entdeckung Amerikas. Aus demselben Grund habe ich versucht, in diesem Theoriekapitel die Umwälzungen in Zusammenhang mit diesem Ereignis und seinen Auswirkungen auf den verschiedenen Kontinenten sowie die entsprechenden Interpretationen und Weiterentwicklungen aufzugreifen. Dies soll es ermöglichen, die dialektische Beziehung, die letztendlich zwischen diesen Veränderungen besteht, zu verdeutlichen. Gleichzeitig handelte es sich nicht einfach nur um gesellschaftliche, politische und philosophische Modifizierungen, sondern sind in ihrer hegemonialen Logik zu verstehen, d.h. dem Anspruch, das Andere, das Unbekannte auszuschließen.

⁷ Schlüsselkonzept Paulo Freires

⁸ Bekanntestes Werk Paulo Freires

2.3.2.2. Die dunkle Seite der modernen Geschichtsschreibung

Wie bereits angekungen, handelt es sich bei der Befreiungsphilosophie um eine intellektuelle Bewegung, die den hegemonialen Blickwinkel der westlichen Geschichtsschreibung herausfordert. So betont Enrique Dussel zwei wesentliche Umstände: Erstens, den deutschen Geist der Aufklärung, der für sich die absolute Wahrheit in Anspruch nimmt, sich als Idee, in ganz Europa ausbreitete und bis heute den Kern der eurozentristischen Perspektive beschreibt (Dussel 1998: 51); und zweitens, die Interpretation der Entdeckung Amerikas als Ursprung der Moderne und des Weltsystems, das bis dahin in den Köpfen der Eroberer nicht existiert hatte (ebd. 52). Bis zu jenem Zeitpunkt gab es nur Vorstellungen über interregionale Systeme, an welchen Christoph Kolumbus bis zu seinem Tod festhielt, da er ja bis zum Schluss daran glaubte, eine alternative Handelsrute nach Indien gefunden zu haben (ebd. 56). In beiden Fällen, dem Weltsystem und dem interregionalen System herrscht der Gedanke einer Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie vor. Das interregionale System unterscheidet sich jedoch vom Weltsystem aufgrund der Tatsache, dass es sich um einen Zugang handelt, den verschiedene Völker immer wieder gewählt haben, indem sie mit benachbarten Ethnien in Beziehung getreten sind. Die Vorstellung der Griechen über benachbarte Nationen, welche als Barbaren ohne Tugenden und Kultur abgetan wurden, oder auch Konflikte zwischen den präkolumbianischen Völkern nahmen diese Sichtweise ein. Im Weltsystem hingegen dehnt sich die Beziehung Zentrum-Peripherie auf den gesamten Globus aus und wurde als solche bis heute nicht revidiert. Zudem verfestigte sich die westliche Hegemonie über eben diese Definition von Zentrum-Peripherie, die als absolute Wahrheit gehandhabt wird.

Wie schon in Kapitel 2.2.1.3. („Die Eroberung Amerikas und die Rolle der Kirche“) erwähnt, bildeten Spanien und Portugal zum Zeitpunkt der Entdeckung Amerikas die Peripherie innerhalb der westlichen Welt. Dies änderte sich jedoch grundlegend mit der Eroberung der Neuen Welt, welche Spanien und Portugal zum Zentrum machte und Amerika zur Peripherie. Aufbauend auf diese Wechselbeziehung beschreibt Dussel die unumgängliche Abhängigkeit des Zentrums von einer Peripherie, um sich selbst als Zentrum definieren zu können, oder anders ausgedrückt, besteht eine dialektische Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie. Es handelt sich dabei um einen Gedanken, den er daraufhin etwas abstrakter formuliert,

wenn er vom „Sein“ spricht, dass eines „Nicht-Seins“ bedarf, um existieren zu können. Somit wurde Lateinamerika zur Verkörperung der westlichen Vorstellung über den „Anderen“, d.h. es wurde zur Projektionsfläche der europäischen Fantasien. Lateinamerika war exotisch, Paradies, Hölle und das Land der Wilden. Genau diese Bilder, die das Zentrum von der Peripherie als Ort der „Barbaren“ hatte, traten in die Geschichte ein und haben sich größtenteils bis heute gehalten. Die präkolumbianische Historie der Azteken, Maya, Inka usw. hingegen verschwand angesichts der Ereignisse der Eroberung, die der Geschichte eben jener Völker eine radikale Wendung verlieh. Ab diesem Zeitpunkt war Lateinamerika lediglich ein Spiegel der europäischen Welt und hörte auf, ein Kontinent mit eigenständigen Völkern zu sein. Es war jenes „Nicht-Sein“, das dem „Sein“ zu seiner Existenzberechtigung verhalf.

Um sich nun dieses Geschichtszugangs zu entledigen, ist es von entscheidender Wichtigkeit seinen Entstehungskontext mitzudenken, um ihn letztendlich aushebeln zu können:

Lateinamerika war bis jetzt die Vermittlung des Projekts jener Personen, die uns in ihrer Welt von Grund auf als Einheiten oder Dinge interiorisiert oder entfremdet haben. Für uns ist es von großer Wichtigkeit das Fundament jenes Menschen zu klären, der uns als eben jene Einheiten oder Dinge konstituiert hat, um uns selbst als Lateinamerikaner zu verstehen und um uns die Möglichkeit einer Befreiung zu erdenken, um uns den Weg zur Exteriorität zu eröffnen. (Dussel 1974: 19)

Eduardo Galeano schmückte diese Idee in seinem bekannten Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ beispielhaft aus. Für ihn war der Ressourcenreichtum dieses Kontinents der Grund für die Miesere seiner Völker, eine Tatsache, die sich bis heute nicht geändert hat. Die Habgier der Eroberer nach Gold und Silber, welches in Lateinamerika im Übermaß vorhanden war, war der stärkste Impuls für den Eroberungsfeldzug gewesen. Die Spanische Krone konnte ihre Macht dank der wertvollen Schätze, die es vom neuen Kontinent importieren ließ, ausbauen. Jahre später erwachte auch das wirtschaftliche Interesse des englischen Imperiums an den natürlichen Reichtümern, die zur Herstellung von Konsumgütern benötigt wurden, wie Textilien, aber auch Kaffee und Kakao. In der jüngsten Zeit waren es vermehrt die USA, die auf die Ressourcen in Lateinamerika schielten, an

oberster Stelle auf das Erdöl, aber ebenso auf Metalle und Agrarprodukte. Galeano lässt klar durchblicken, dass der Aufschwung Europas und allen voran die Industrielle Revolution, die Ausdehnung des Kapitalismus und somit die Verfestigung der westlichen Hegemonie, Produkte der Plünderung der Reichtümer Lateinamerikas sind:

Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren: Den der Imperien und ihrer einheimischen Aufseher. Durch die koloniale und neokoloniale Alchimie verwandelt sich das Gold in Alteisen und die Nahrungsmittel in Gift.
(Galeano 1991: 11)

Die Befreiungstheologie andererseits kritisiert die Rolle des Christentums während der Kolonialisierung. Während die Eroberer die Indigenen ermordeten oder sie versklavten, „ermordeten“ die Missionare deren Kultur, da die Christianisierung eine Indoktrinierung mit den religiösen Werten des Katholizismus, der spanischen Lebensführung und die Austreibung der Wildheit anstrebte:

Um es kurz zu fassen, die Evangelisierung war Teil eines gesamten Prozesses, der auf Gewalt fußte. Es kam zu keinerlei Aufeinandertreffen von christlichem Glauben und autochthoner Kultur. Es kam jedoch zu einem Kulturschock, der die Kulturen und ihre Religionen grundlegend umstrukturierte und sogar zerstörte. Das Christentum wurde mit harter Waffengewalt und Unterwerfung auferlegt (...) oder mittels der etwas abgeschwächten Gewalt der Entwurzelung, der „Reduzierungen“, der Schulen für die von ihren Familien getrennten Kindern oder Katechesen, die ebenfalls dazu dienten, die Sprache, die Gewohnheiten und die Rationalität der europäischen Kolonialherren zu erlernen. (Boff 1992: 21)

Leonardo Boff merkt aber auch die Wichtigkeit des indirekten Widerstandes an, der sich in Form der Inkorporierung indigener und afrikanischer Religionen in das Christentum und den daraus resultierenden Synkretismus zeigt, den er „populären Katholizismus“ nennt (ebd. 24).

2.3.2.3. Der negierte Körper als Ausgangspunkt der Befreiung

Bislang erscheint die Befreiung noch ein sehr abstraktes Projekt zu sein, jedoch ändert sich dies radikal, wenn sie auf ein alltägliches Niveau der Unterdrückten und ihres sie beherrschenden Umfeldes transferiert wird. Es ist wichtig hervorzuheben, dass die

Unterdrückung kein vages Konzept ist, sondern dass sie sehr konkret in den alltäglichen ablaufenden intersubjektiven Beziehungen erfahren wird. Das Ungleichgewicht, das ein solches Machtgefüge mit sich bringt, wird am Körper und der Psyche jedes verneinten Subjekts sichtbar und spürbar. Die Unterdrückten, ihr Schmerz und ihr misshandelter Körper bezeugen die Negation ihres Seins als menschliches Sein. Es handelt sich dabei um jene anthropologische Materialität, die auch den Ausgangspunkt des Umdenkens in der Frankfurter Schule bildete. Dieser Schmerz ist jedoch auch der Beginn der Befreiung, sobald er untragbar wird und das Subjekt mit seinem Lebenswille eine Überwindung dieser Situation fordert. Jedoch ergibt sich dieser Schritt keineswegs automatisch, denn selbst ein starker Schmerz kann instrumentalisiert und als heroisch interpretiert werden, beispielsweise in der Vorstellung, dass das Leid den Weg zu Gott bereitet. In diesem Fall handelt es sich um eine mittelalterliche Vision, bei der das Leiden als etwas Gutes und Kathartisches gerechtfertigt wurde. Gemäß diesem Denken ist der Körper vom Geist und der Seele getrennt. Während der Körper eine Maschine ist, die zur Arbeit bestimmt ist, wird die Seele errettet.

Die Befreiungsphilosophie/ –theologie versucht, mit der modernen Vision vom negierten Subjekt zu brechen, indem sie von der Einheit des Menschen ausgeht, als ein biologisches, intellektuelles, soziales und metaphysisches Wesen, das sich innerhalb eines konkreten Umfeldes bewegt, in dem es auch handelt. Gerade die soziale Umgebung ist von entscheidender Wichtigkeit, um als Subjekt angenommen oder verneint zu werden. Dussel gibt uns eine sehr klare Idee davon, wie sich die eben beschriebene Vorstellung, in welcher der Körper von der Seele getrennt ist, als Prozess der Negation in einer kapitalistischen Gesellschaft äußert, wenn über den menschliche Körper als „lebendige Arbeit“ verfügt wird. Dabei wird der Körper vollkommen von einem utilitaristischen Verständnis instrumentalisiert, das jegliche soziale Dimensionen und deren Implikationen, wie zum Beispiel die Arbeitslosigkeit, beiseite lässt:

Die „lebendige Arbeit“ ist die andere essentielle Mediation des Kapitals schlechthin; das menschliche Subjekt ist das einzige, das neuen Wert (Mehrwert, Gewinn) schaffen kann. Das Kapital, das alle Schranken überschreitet, schafft immer mehr absolute Arbeitszeit; Wenn es diese Grenze nicht überschreiten kann, steigert es die Produktivität mittels Technologie; aber

besagte Steigerung vermindert die Proportion der menschlichen Arbeit; somit existiert *überschüssige* (wegwerfbare, arbeitslose, ausgeschlossene) *Menschheit*. Der Arbeitslose verdient keinen Lohn, Geld; und das Geld ist die einzige Vermittlung auf dem Markt, die es ermöglicht, Waren zu erwerben, um Bedürfnisse abzudecken. Die vom Kapital nicht angestellte Arbeit steigt sowieso (es steigt die Arbeitslosigkeit). Somit steigt die Proportion der bedürftigen und nicht zahlungsfähigen Subjekte- sowohl in der Peripherie, als auch im Zentrum. Es ist die Armut, die Armut als absolute Grenze des Kapitals. (Dussel 1998: 66)

Selbst wenn ein Subjekt noch Arbeit hat, muss es doch ständig mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit leben, besonders dann, wenn jegliche legale Absicherung fehlt. Diese Angst bewirkt in den Menschen, dass sie immer schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren und die Ausbeutung hinnehmen. Dennoch sollte man auch an die Kreisläufe des kapitalistischen Systems denken, die Zeiten des Wachstums und Zeiten der Rezession einschließen. Im letzten Fall ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit unvermeidbar. Die Arbeitslosigkeit führt schließlich zur Armut. Somit verwandelt sich die Ausbeutung in Exklusion, welche als die Unmöglichkeit am Konsum teilzuhaben, definiert wird. Der Konsum wiederum ist der kapitalistische Ausdruck für die Garantie der Reproduktion, somit ist der „Arme derjenige, der sein Leben nicht reproduzieren kann“ (ebd. 422). Alejandro Moreno beschreibt dieses Phänomen des Kapitalismus folgendermaßen:

Es scheint, als ob der Markt nicht leben und gleichzeitig leben lassen kann. Um zu leben, muss er ausschließen. (Moreno: 18.10.2011)

Derselbe Autor weist uns darauf hin, dass es verschiedene marginalisierte Gruppen gibt und dass die Realität einer jeden einzelnen von diesen unterschiedlich verstanden wird (ebd.). Außerdem ist zu bedenken, dass die Exklusion nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen, juridischen und sozialen Charakters ist. Einen Aspekt habe ich bereits im Kapitel 2.2.2.2. („Die Entstehung des Kapitalismus“) erwähnt, bezüglich der den bürgerlichen Rechten inhärenten Problematik der Universalität, die letztendlich als Katalysator fungiert, um eben die Anwendung dieser Rechte auf bestimmte Personen zu limitieren oder gegen andere soziale Gruppen zu verwenden. Anders ausgedrückt dienen diese Rechte nur partikularen Interessen, meistens derjenigen Personen, die Eigentum besitzen, und

beinhalten gleichzeitig eine Intoleranz gegenüber anderen juristischen Konzepten und Traditionen. Es handelt sich also um einen Ausschluss oder um ein Verlassensein vom Gesetz.

Die Exklusion lässt die Bedürfnisse der Menschen jedoch keineswegs verschwinden. Was aber machen nun die, vom Gesetz *verlassenen* Personen? Dieses Verlassensein meint nicht den Verstoß gegen ein Gesetz, sondern Teil eines Staates zu sein, ohne darin sein Recht geltend machen zu können, d.h. sich in einem extra-legalen Raum zu bewegen, der aber offiziell juristisch abgedeckt ist. In dieser Situation ist die Forderung nach Gerechtigkeit keine Frage der Gesetze, sondern der Gefühle, der Werte und Überzeugungen. Genau in diesen Forderungen offenbart sich aber auch die Sozialisation eines jeden einzelnen. Die am Bildungsprojekt teilnehmenden ArbeiterInnen finden sich in einer sehr ähnlichen Situation wieder: Entweder existiert ein arbeitsrechtlicher Rahmen aus dem sie ausgeschlossen sind oder der nicht eingehalten wird und von dem sie die Beachtung ihrer Rechte fordern, oder sie bestreben die direkte Transformation dieser Ordnung, kurz gesagt, sie kämpfen für ihre Inklusion.

Bevor ich diesen Aspekt vertiefe, möchte ich noch darauf hinweisen, dass die vom Gesetz verlassenen Subjekte, dieses Verlassensein nicht notwendigerweise als solches wahrnehmen. Um mit den Worten Dussels zu sprechen, das „Nicht-Sein“ hat sich noch nicht als solches begriffen oder das Opfer versteht sich noch nicht als Opfer, wodurch es sich noch in einem Stadium der Negation befindet.

Damit das Opfer aus diesem Stadium der Negation austreten kann, muss sein Umfeld, in dem es auch sozialisiert wurde, betrachtet werden. Dussel erwähnt in diesem Zusammenhang Rigoberta Menchú, die als Indigene, als Frau und als Arme in vielfacher Weise unterdrückt wurde. In ihrer Biografie, geschrieben von Elisabeth Burgos, betont sie die Wichtigkeit ihrer indigenen und geringgeschätzten Kultur, um letztendlich ein Verständnis von sich selbst zu erlangen. Im spanischen Originaltitel kommt diese Wertschätzung auch direkt zum Ausdruck: „Me llamo Rigoberta Menchú y así me nació la conciencia“ (Ich heiße Rigoberta Menchú und so entstand ein Bewusstsein in mir) (Burgos 1984). Somit kann das ausgeschlossene Subjekt nicht einfach über seine Exklusion definiert

werden, sondern es ist als Person in einem bestimmten Umfeld, das zwar von außen geringgeschätzt wird, aufgewachsen und sozialisiert worden, aber:

Das Opfer, der Andere unterdrückte und ausgeschlossene, ist kein formelles, leeres Objekt: es ist ein lebendiges Subjekt, das sich in einer Welt voller Bedeutungen bewegt, mit einem Gedächtnis über seine Heldentaten, mit einer Kultur, einer Gemeinschaft, ein „Wir-sind“ als eine „widerständige“ Realität. (Dussel 1998: 422)

Diese Sozialisation ist von großer Wichtigkeit, gerade wenn sich das Subjekt in einer anderen Wirklichkeit wiederfindet, in der es unterdrückt wird, selbst wenn der Grund dafür sein sozialer Ursprung selbst sein sollte. Die Negation, die Exklusion und die tagtäglich erfahrene Unterwerfung und Verunmöglichung eines würdigen Lebens, welche im Hunger, der Armut, der Zensur oder der Folter konkrete Gestalt annimmt und am eigenen Körper spürbar wird, können eine Reflexion über eben diese Situation vom Zaun brechen. Das Subjekt, das zu einem bestimmten Zeitpunkt als Teil seiner Sozialisierungsgemeinschaft nicht ausgeschlossen war, erlangt in Situationen der totalen Unterwerfung das Gedächtnis über diese Erfahrungen zurück. Aus diesem Grund ist gerade eine alternative Geschichtsschreibung im Sinne eines Gegendiskurses oft wesentlich, um die Historizität dieses Standpunktes, der meist ins Abseits gedrängt wurde, zu untermauern. Dussel beruft sich in diesem Zusammenhang auf die intellektuellen Auseinandersetzungen mit dem Kolonialsystem, die es seit Beginn der Eroberung immer gegeben hat, denen jedoch wenig Beachtung geschenkt wurde. So spannt er einen Bogen vom Disput von Valladolid zu Felipe Guamán Poma de Ayala, jenem peruanischen Chronisten, der die Eroberung aus Sicht der Unterworfenen schilderte (Dussel 2013). Er beweist somit, dass auch die Wissensproduktion immer Teil von hegemonialer Herrschaft ist und ruft zur Entkolonialisierung des Wissens auf.

Jedoch gibt es auch den entgegengesetzten Fall. Wenn die eigene Unterdrückung immer schon Teil des Selbstbildes war und es für die Unterdrückten keine alternative Historie gibt, mit der sie sich identifizieren würden. Erst wenn es zu Krisensituationen, wie sie Berger und Luckmann beschrieben haben, kommt, können diese Vorstellung aufgebrochen werden (Berger; Luckmann 1969: 168). Die Aneignung einer anderen Geschichte erfolgt bei diesem Ereignis erst danach. In beiden Fällen erlangt das Subjekt ein Bewusstsein darüber, dass die

erfahrene Realität nicht zwangsweise so sein muss, wie sie ist, d.h. die Unterdrückung kein natürlicher, gegebener und unüberwindbarer Zustand ist. Rigoberta Menchú beweist dies in Form der Benennung ihres Namens, wodurch sie auf ihre Wurzeln referiert, das Fundament ihres Bewusstseins („Ich heiße Rigoberta Menchú und so entstand ein Bewusstsein in mir“) (Burgos 1984).

Im Fall der Bergbau- und StahlarbeiterInnen meint dies, sich auf die nonkonformistischen Traditionen innerhalb der Gewerkschaft oder auf zur Politik und Gewerkschaft alternative Autoritäten zu berufen. Letzteres können zum Beispiel die Familie oder die Kirche sein, die im zur-Sprache-Bringen von Ungerechtigkeiten an Wichtigkeit gewinnen, offenbaren sie doch auch die Werte der ArbeiterInnen.

2.3.2.4. Das zur-Sprache-Bringen der Unterdrückung

Die von einer ausgeschlossenen Person erlebten und reflektierten Widersprüche können ein viel kritischeres und konkreteres Bewusstsein schaffen, gerade wenn diese Person auf Menschen mit ähnlichen Erfahrungen stößt. Die Kommunikation mit anderen Personen von Angesicht zu Angesicht, die zu einer gegenseitigen Akzeptanz führt und die auf der Anerkennung des anderen als gleichwertig basiert, enthüllt dem/der Unterdrückten die Welt eines anderen ausgeschlossenen Subjekts. Dieser Prozess findet über Worte und Dialog statt. Sobald die Marginalisierung von beiden als solche erkannt wird, wird sie auch benannt, zunächst in Form des Erzählens über die erlebten Erfahrungen, danach über deren Kontextualisierung und schließlich als direkte Anklage der Unterdrückung an sich. Die Begegnung und der Dialog ermöglichen die Benennung der Unterwerfung und geben ein Verständnis von ihrer Konstruiertheit. Dieser Akt beschreibt, was Berger und Luckmann als Externalisierung eines Standpunktes bezeichnen, der mittels der Akzeptanz durch sein Gegenüber objektiviert wird. Somit wird eine neue Wahrheit geschaffen. Paulo Freires Pädagogik der Unterdrückten bezieht sich genau auf diesen Aspekt des zur-Sprache-Bringens der Ausgrenzung im Dialog, indem sich die Subjekte gegenseitig als Ausgeschlossene erkennen. Freire nennt diesen Prozess „Bewusstseinsbildung“, weil sie den Unterdrückten die „Aneignung der eigenen Realität“ (Dussel 1998: 440) ermöglicht. Somit verliert die Unterdrückung ihren natürlichen und unveränderbaren Charakter, sie ist jetzt keine

festgeschriebene und mystifizierte Wirklichkeit mehr, sondern ein grausamer und ungerechter Akt. Dies meint gleichzeitig auch die Delegitimierung der Beherrschung.

Dennoch sollte diese Bewusstseinsbildung nicht mit einer *Viktimisierung*, die eine Instrumentalisierung des Opfers zu politischen Zwecken meint, verwechselt werden, da dass das Opfer genau in dem Moment, in dem es sich als solches erkennt und dies im Dialog mit anderen ausspricht, aufhört Opfer zu sein. Aber nicht nur das, auch befreit es die UnterdrückterInnen von ihrem inhumanen Handeln in Form der eigenen Emanzipation, denn somit wird die unterdrückerische Realität diskreditiert:

Die Pädagogik der ersten Stufe muss sich mit dem Problem des Unterdrückten-Bewusstseins und des Unterdrücker-Bewusstseins beschäftigen, mit dem Problem der Menschen, die unterdrücken, und derer, die die Unterdrückung erleiden. Sie muss ihr Verhalten, ihre Weltanschauung und ihre Ethik in Rechnung stellen. Dabei ist die Gespaltenheit der Unterdrückten ein besonderes Problem: Sie sind widersprüchliche, gespaltene Wesen, geformt durch eine konkrete Situation der Unterdrückung und Gewalt und darin existierend.

Jede Situation, in der „A“ „B“ objektiv ausbeutet oder ihn daran hindert, seine Selbstbehauptung als verantwortliche Person zu verfolgen, ist eine solche der Unterdrückung. Eine derartige Situation schafft durch sich selbst Gewalt, auch dort, wo sie durch falschen Großmut versüßt wird, weil sie des Menschen ontologischer und historischer Berufung, noch vollkommener Mensch zu sein, im Wege steht. (...) Während die Gewalt der Unterdrücker die Unterdrückten daran hindert, voll Mensch zu sein, ist die Antwort der letzteren auf diese Gewalt in dem Wunsch begründet, das Recht auf Menschsein zu verwirklichen. Indem die Unterdrücker andere enthumanisieren und ihre Rechte verletzen, werden sie selbst nicht weniger enthumanisiert. Bei ihrem Kampf darum, Mensch zu sein, die Macht des Unterdrückers, zu herrschen und zu unterdrücken, zu beseitigen, stellen die Unterdrückten die Humanität der Unterdrücker wieder her, die sie in der Ausübung der Unterdrückung verloren haben. (Freire 1973: 41ff)

Das Aufzeigen dieser unterdrückerischen Realität delegitimiert sie nicht nur, sondern ruft auch zu einer Neuinterpretation dieser angeblich gegebenen Welt auf. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Ursprung der Menschenrechte und ihre Bedeutungen zu diskutieren, ebenso wie die westliche Geschichtsvorstellung, im Besonderen die Rolle Lateinamerikas und seiner Nationen in ihrer Wechselbeziehung mit der hegemonialen Weltpolitik und schließlich auch

die westlichen Denktraditionen. Aus dieser Neuinterpretation entspringt auch das Bestreben zu einem tatsächlichen Wandel.

2.3.2.5. Die Transformation des unterdrückerischen Systems

Der Wandel, den Dussel als „Transformation“ bezeichnet, hat die Modifizierung des unterdrückerischen Systems zum Ziel und geht von einer verantwortungsbewussten Diskursivität der Subjekte, die auf dem Dialog fußt, aus (Dussel 1998: 540). In diesem intersubjektiven Prozess wird das alte System dekonstruiert und ein neues konstruiert, das sich seine Legitimität nicht in Form eines der weberianischen Herrschaftsmodelle schafft, sondern über die Anerkennung der Diversität und der verschiedenen im Dialog erfahrenen Positionen (ebd. 552). Die Anerkennung der Diversität ebnet den Weg zu einer besseren Gesellschaft. In diesem Zusammenhang betont Dussel die Notwendigkeit einer Ethik, weil es kein „absolut Gutes“ geben kann, sondern nur ein historisches, denn es können immer wieder Opfer auftauchen. Die Ethik sollte auf die Anforderungen der Gesellschaft, die sich in einem konstanten Wandel befindet, reagieren und eben die erneut Marginalisierten wiederaufnehmen (ebd. 571). Diese Transformation des unterdrückerischen Systems ist aber nicht nur rein diskursiv, sondern verlangt sehr klar nach kritischen Handlungen, um die ausschließenden Strukturen aufzubrechen und um eine neue Praxis zu schaffen (ebd. 542).

Obwohl gerade der letzte Teil dieses Konzepts sehr idealisiert erscheint, versucht es doch faktische Möglichkeiten mittels eines kritischen Urteilens zu denken. Es geht darum, ein Umfeld zu schaffen, in dem alle, auch die Opfer ihr Leben reproduzieren können, um eben aufzuhören Opfer zu sein (ebd. 564). Die Utopie ist somit weder ein Ort, noch ein spezielles Politikmodell, sondern die Hoffnung der Ausgeschlossenen, Teil einer offenen Gesellschaft zu werden.

Im Fall der Befreiungstheologie wird ebenso die Konstruktion einer neuen Utopie bestrebt, die „pluriethnische, plurikulturelle und plurireligiöse Gesellschaften“ (Boff 1992: 66). Wie vorhin schon einmal erwähnt, kritisierte diese Strömung die kolonialen Eroberungszüge und insbesondere die Rolle der Kirche, die zur Zerstörung der indigenen Kultur beitrug. Jedoch handelt es sich dabei nicht allein um einen kulturellen Zugang, sondern auch um einen

politischen, weil die Missionierung nicht als rein religiöser Prozess interpretiert werden kann.

Der Entstehungskontext der Befreiungstheologie gibt ebenfalls Aufschluss über die Verbindung von der Kirche zum politischen Handeln. Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) und der Bischofskonferenz in Medellín (1968) öffnete sich ein Teil der Kirche den Anforderungen des sozio-historischen Kontextes, der sich durch starke politische Spannungen auszeichnete, die in Lateinamerika zum Aufblühen der Diktaturen geführt hatten. Die zunehmenden Ungerechtigkeiten wurden als Sünde interpretiert, wobei diese ihren individualistischen Charakter verloren hatte und als soziale und historische Tatsachen verstanden wurden. In ihnen, also den Diktaturen und ihren Folgeerscheinungen, offenbarte sich die Ablehnung Gottes schlechthin (Gutiérrez Merino 1975: 236). Die Botschaft des Evangeliums wird gemäß dieser Interpretation unwiderruflich zu einer politischen Frage, da sie eine sozialere und menschlichere Praxis anstrebte (ebd. 32), welche einer Abkehr vom Sündenfall gleichkommt. Die Umsetzung dieser politischen Anstrengung wird als Befreiung und Schaffung eines neuen Menschen verstanden (ebd. 64). Der/die TheologIn ist in diesem Szenario einE organischeR IntellektuelleR im Sinne Antonio Gramscis (ebd. 37), weil er sich den Marginalisierten anschließt und mit ihnen die Exklusion lebt. Basierend auf dem Evangelium predigt er/sie auch die Befreiung aus der Unterdrückung und die Transformation der Welt (ebd. 32). Die Solidarisierung mit den Armen ist dabei entscheidend:

Dieser abrahamitische Prozess des aus sich Herausgehens, um das Herz des Anderen zu berühren, gibt dem Armen seine Menschlichkeit zurück. Denn was die Unterdrückung des Armen im Kern ausmacht, ist nicht das Fehlen von Brot und einem Dach über dem Kopf, für das man auf irgendeine Weise meist doch eine Lösung findet. Was die Enthumanisierung, die durch die Armut hervorgerufen wird, ausmacht, ist das Fehlen von Solidarität und die Erkennung des Menschlichen in der Person, die arm ist. Die Marginalisierung des Armen, meint ihn vom menschlichen Bankett auszuschließen. (Boff 1992: 85)

Die Befreiung ist keine Geste, die der/die TheologIn für die Armen macht, sondern die Unterdrückten selbst sind zum Handeln angehalten, er/sie fügt sich lediglich in ihre Gemeinschaft ein und identifiziert sich mit ihnen, das heißt, er/sie erlebt an ihrer Seite Armut und Exklusion. An diesem Punkt verbindet sich die Befreiungstheologie und die

Pädagogik Paulo Freires. Laut Boff konstituiert das traditionelle Christentum in Lateinamerika nur eine „Kirche als Spiegel“, weil es den Armen keine reale Option bietet und nur hegemonialen Ideen verbreitet, also in den christlichen Gemeinden dieses Verständnis wieder-„spiegelt“. In Folge ruft er zu einer „Kirche als Quelle“ (ebd. 77) auf, einer Religion, die von der Situation der Armen und der Indigenen ausgeht, und die als solche von diesen artikuliert und konstruiert wird. Dieser Gedanke bezeichnet den Ursprung der Befreiungstheologie ab den sechziger und siebziger Jahren und der kirchlichen Basisgemeinden. In Letzteren „benennen [die Mitglieder] ihre Welt vom Wort Gottes ausgehend“ oder anders ausgedrückt, sie interpretieren auf die Bibellektüre aufbauend, die im Alltag widerfahrenen Probleme als soziale Ungerechtigkeiten (ebd. 80). Dieser Prozess findet ebenfalls in Form des Dialoges und im Sinne der Befreiungspädagogik Paulo Freires statt (ebd. 98). Somit knüpft die Befreiungstheologie an eine kritische Kirchentradition in Lateinamerika an, die mit den Positionen Bartolomé de las Casas ihren Ausgang nahm und der viele heute kaum mehr bekannte Kirchenväter folgten.

Auch wenn es sich zunächst um einen theologischen Zugang handelt, hat die Befreiungstheologie bis heute sehr starke Implikationen für das politische Leben in einigen lateinamerikanischen Ländern. Besonders dann, wenn der Staat durch seine Abwesenheit glänzt oder durch die Verletzung von Menschenrechten, ist sie und ihr Legat eine tatsächliche Alternative für die Betroffenen. Wie im Kapitel 2.2.1.3. („Die Eroberung Amerikas und die Rolle der Kirche“) angeführt, beruft sich diese Glaubensinterpretation auf die Liebe zum/zur Nächsten, der/die in seiner/ihrer Andersartigkeit anerkannt wird (nicht alleinig in der Referenz zu Gott, deren Auslegung wiederum nur dem Gutdünken des Priesters obliegt). Wie entscheidend die Rolle der Kirche für die politische Emanzipation von ausgeschlossenen Gruppen sein kann, werden wir im empirischen Teil noch genauer untersuchen.

2.3.3. Die Pädagogik der Unterdrückten von Paulo Freire

Die vorgeschobenen Erklärungen über die Befreiungstheorie/-theologie sind nicht zu verstehen, ohne die zentrale Rolle der politischen Bildung von unten nach Freire miteinzubeziehen. Seine Pädagogik schafft es, einen Perspektivenwechsel in den Subjekten

selbst, in Form eines Überdenkens der eigenen Person und des eigenen Handels, herbeizuführen. Somit ist seine Bildungsmethode eine direkte Verbindung zwischen den Marginalisierten/Ausgeschlossenen/Unterdrückten und der Befreiungstheorie/-theologie, die in eine konkret gelebte Realität eingebettet ist und die von den AkteurInnen beabsichtigt wird zu verändern.

Allein die Tatsache, dass Paulo Freire nach dem Militärputsch 1964 in Brasilien als „Subversiver“ verhaftet wurde, beweist, wie politisch tiefgreifend sein Bildungsansatz war. Er war kein Mitglied einer Guerillabewegung, sondern brachte den Landlosen und ArbeiterInnen der Zuckerrohrplantagen Lesen und Schreiben bei mittels einer Methode bei, die zunächst von der Reflexion über die eigene Lebenssituation ausging. Das Militärregime fühlte sich von den Armen, die ein politisches Bewusstsein über ihre eigene soziale Situation erlangt hatten, bedroht. Nach einigen Gefängnismonaten verbrachte Freire die nächsten sechzehn Jahre im Exil, zunächst in Chile, wo er für die Regierung Salvador Allendes am Institut für Agrarreform tätig war und nach dem Militärputsch in den USA und der Schweiz. 1980 kehrte er nach Brasilien zurück und arbeitete an Bildungsreformen unter anderem als Bildungsminister der Stadt São Paulo mit.

Seine Methode entwickelte er im Zusammenhang mit Alphabetisierungskampagnen unter den ärmsten Bevölkerungsschichten, den Landlosen und PlantagenarbeiterInnen, denen er innerhalb von 45 Tagen Lesen und Schreiben beibrachte. Dennoch beschränkt sich sein Bildungskonzept nicht auf die Alphabetisierung alleine. Seiner Pädagogik sind besonders starke Ermächtigungs- und Demokratisierungskonzepte, gerade für marginalisierte Gruppen, inhärent. Aus diesem Grund handelt es sich um eine Methode, die auch abseits von Alphabetisierungskampagnen angewandt wird. Beispielsweise beruft sich die Universidad Popular de las Madres de Plaza de Mayo auf sie, um die Geschichte des *Schmutzigen Krieges* aufzuarbeiten (Basile: 18.10.2011), oder das Red de Apoyo por la Justicia y la Paz, die die Opfer von Polizei- und Militärgewalt in Venezuela und deren Angehörige begleitet (El Achkar: 18.10.2011).

Allgemein gesprochen, unterscheidet sich der Zugang Freires von anderen traditionellen Bildungsideen, die vorwiegend von der Wissensvermittlung ausgehen und die er Bankiers-Konzept nennt, weil Wissen in die SchülerInnen „eingelagert“ wird. Er dagegen versucht, ein kritisches Bewusstsein in den Menschen zu schaffen. Das Wissen wird nicht passiv von den SchülerInnen aufgesogen, sondern von ihnen erzeugt und in Frage gestellt. „Bewusstsein schaffen“ heißt somit, die eigene Wahrnehmung von der Welt zu problematisieren. Scheinbar gegebene Annahmen über die Wirklichkeit werden grundlegend hinterfragt, mit der Absicht, ihren natürlichen Charakter aufzuweichen. Da es sich um eine „Befreiungs“-pädagogik handelt, ist sie auch immer in einen repressiven politischen Kontext eingebettet. Die SchülerInnen befinden sich in einer unterdrückerischen oder marginalisierten Situation, die zunächst als normal empfunden wird und die Schritt für Schritt in Frage gestellt wird. Das Begreifen der Relativität dieser Realität eröffnet ihnen die Möglichkeit, ihre Wirklichkeit neu zu konstruieren, sich ihrer zu bemächtigen und sie zu transformieren, um die Unterdrückung aufzubrechen und sich dabei selbst in ein transformierendes Subjekt zu verwandeln:

Während die Bankiers-Methode direkt oder indirekt eine fatalistische Auffassung des Menschen von seiner Situation erzwingt, stellt die problemformulierende Methode eben diese Situation als Problem dar. Indem aber die Situation zum Gegenstand der Erkenntnis wird, weicht die naive oder magische Auffassung, die den Fatalismus schuf, einer Auffassung, die sich selbst begreifen kann, wie sie auch die Wirklichkeit begreift. So kann sie gegenüber dieser Wirklichkeit kritisch objektiv sein. Ein vertieftes Bewusstsein seiner Situation führt den Menschen dazu, die Situation als eine historische Wirklichkeit zu begreifen, die der Verwandlung zugänglich ist. (Freire 1973: 69)

Diesen gesamten Bildungsprozess, der eine Verwandlung der unterdrückerischen Wirklichkeit bestrebt, fasst Freire in den beiden Konzepten der *Reflexion* und der *Aktion* zusammen, die gemeinsam eine neue *Praxis* schaffen. Besagte Konzepte werde ich zu einem späteren Zeitpunkt noch genauer ausführen.

2.3.3.1. Der Bruch mit der existentiellen Müdigkeit

Laut Paulo Freire ist es entscheidend, die Welt der sich Bildenden zu begreifen, denn nur von ihrem Verständnishorizont ausgehend, können die alltäglichen Erlebnisse mit allgemeineren und abstrakteren Themen verbunden werden. Die Lehre über allgemeine Problemfelder ist

in diesem Zusammenhang nutzlos, wenn sie nicht auf eine für die SchülerInnen bekannte Ebene heruntergebrochen werden kann. Jedoch ist die problemformulierende Bildung keinesfalls ein leichtes Unterfangen, weil die SchülerInnen einerseits nicht daran gewöhnt sind, dass sie es sind, die sprechen und Meinungen austauschen, andererseits haben viele von ihnen eine sehr pessimistische Weltauffassung. Aus diesem Grund mag ihnen der Anspruch dieser Pädagogik sehr übertrieben erscheinen, denn es wird nichts geringeres als der Bruch mit der Entfremdung des Menschen von sich selbst beabsichtigt, die Freire manchmal als die „Kultur des Schweigens“ bezeichnet oder als „intransitives Bewusstsein“, das sich schließlich zu einer „existentiellen Müdigkeit“ ausweitet. In diesen Fällen ist der/die Unterdrückte gekennzeichnet von der „Undurchdringlichkeit für Herausforderungen, die ihren Ursprung außerhalb der vegetativen Umlaufbahn haben“ (Freire 2009a: 53). Dies mag als ein sehr hartes Urteil erscheinen, weißt aber auf das Desinteresse der Personen gegenüber ihrer eigenen Existenz und den Konformismus gegenüber der tagtäglichen Erniedrigung hin, die auf der Idee der Unabänderlichkeit der Welt als fester Einheit fußt, was Freire auch als „Mystifizierung“ der Macht bezeichnet (ebd.). Die „existentielle Müdigkeit“ beschreibt also die Apathie des Menschen gegenüber jeglichen historischen Ansprüchen:

Manchmal ist die Gewalt der Unterdrücker und ihrer Beherrschung derart tief gehen, dass sie in breiten Sektoren der ihr unterworfenen populären Klassen eine Art existentielle Müdigkeit hervorruft, die mit dem was ich als *historische Anästhesie* bezeichne, bei der die Idee des Morgens als Projekt verlorengeht, assoziiert oder erweitert werden kann. Das Morgen wird zum sich wiederholenden Heute, des immerwährenden perversen und gewaltsamen Heute. Das Heute des Gestern, der Urgroßeltern, der Großeltern, der Eltern, der Kinder und deren Kinder, die danach folgen. (Freire 2001: 55)

Die „historische Anästhesie“ des Menschen entspricht dem Konzept der Negation des Subjekts bei Dussel, also dem „Nicht-Sein“. Das Sein, das lediglich seine existentielle Verpflichtung auf sich nimmt und das den Glauben an seine historischen Fähigkeiten im Sinne eines wahren Subjekts verloren hat. Genau an diesem Punkt hackt die Befreiungspädagogik ein, sie versucht, die Gleichgültigkeit der Unterdrückten gegenüber ihrer eigenen Situation zu überwinden und sie in Subjekte ihrer eigenen Geschichte zu transformieren.

In anderen Fällen haben die SchülerInnen ein „transitives oder naives Bewusstsein“, was zwar bedeutet, dass sie die Probleme, die sie umgeben, erkannt haben, jedoch werden sie vorwiegend emotional begründet; sich somit eine sehr polemische oder mystifizierte Wahrnehmung ergibt (Freire 2009a: 54).

Es versteht sich daher beinahe von selbst, dass es sich um ein sehr schwieriges Unterfangen handelt, das vieler Vorbereitungen bedarf, um diesen negativen Zustand zu durchdringen. Die Methode, die Freire vorschlägt, setzt sich das Aufbrechen dieses intransitiven Bewusstseins zum Ziel, um letztlich zu einem kritischen Bewusstsein vorzudringen, was eine Infragestellung der eigenen Realität durch die SchülerInnen selbst beinhaltet.

Zu diesem Zweck schlägt Freire vor, dass die Lehrenden Nachforschung über das „thematische Universum“ der Gemeinschaft, der die SchülerInnen angehören, betreiben sollen, bevor das Bildungsprojekt startet (Freire 1973: 79). Das heißt, es ist unbedingt notwendig, die Probleme und lokalen Diskurse im Vorhinein zu kennen, um zu verstehen, wie die Menschen ihre Welt wahrnehmen. Basierend auf diesen Problematiken sollen die dahinterliegenden Widersprüche aufgedeckt werden, denn in ihnen schlummert ein diskursiv höchst explosives Potential. Über diese Widersprüche formulieren die Lehrenden Kodierungen, die von den SchülerInnen später entziffert werden sollen. Diese Kodierungen sollen so ausgewählt werden, dass sie verschiedene Themen, die SchülerInnen von großem Interesse sind, aufgreifen, damit sich die Diskussion später nicht über einen bestimmten Teilaspekt erschöpft. Das Sprechen über ein Thema, das in dieser Kodierung impliziert ist, sollte zu einer automatischen Öffnung der Diskussion hin zu anderen verwandten Fragestellungen führen. Daher spricht Freire von einem „thematischen Fächer“:

Um mehrere Möglichkeiten der Analyse beim Dekodierungsprozess anzubieten, sollten die Kodierungen als „thematische Fächer“ angeordnet werden. Während die „Decoder“ über die Kodierungen nachdenken, sollten sich die Kodierungen in Richtung anderer Themen öffnen.
(Freire 1973: 96)

Die Kodierungen können auf unterschiedlichste Weise präsentiert werden, zum Beispiel in Form von Fotos, Aufnahmen oder schlicht als Diskussionsthema. Im Unterricht werden die

Themen schließlich dekodiert, um sich schrittweise den dahinterliegenden Widersprüchen anzunähern. Man beginnt mit der Beschreibung der Kodierung vom Allgemeinen hin zum Konkreten, d.h. von einer allgemeinen Diskussion hin zu einer Reflexion über die Rolle, die besagte Thematik im persönlichen Leben spielt. Die Übertragung der allgemeinen Diskussion auf die persönliche Lebenssituation und mit ihr eine Infragestellung derselben schließt eine mögliche „Aufspaltung“ bzw. „Trennung“ ein:

Wo das Individuum mit einer existentiellen Situation in verschlüsselter Form konfrontiert wird (...), tendiert es dazu, diese kodierte Situation „aufzuspalten“. Diese Trennung entspricht im Prozess der Dekodierung jener Stufe, die wir „die Beschreibung der Situation“ nennen, und erleichtert die Entdeckung der Interaktion unter den Teilen des aufgelösten Ganzen. Dieses Ganze (die kodierte Situation), ursprünglich nur diffus begriffen, beginnt Sinn anzunehmen, wo das Denken aus den verschiedenen Dimensionen zu ihm zurückfließt. Da jedoch die Kodierung in der Darstellung einer existentiellen Situation besteht, vollzieht der „Dekoder“ leicht den Schritt von der Darstellung zur konkreten Situation, in der und mit der er sich selbst vorfindet. (ebd. 88)

Diese Aufspaltung führt die SchülerInnen dazu, ihre eigene Welt zu hinterfragen. Dies darf nicht unterschätzt werden, denn es ist ein sehr einschneidender Akt, aber in ihm befreien sie sich von der fatalistischen Idee über ihre eigene Existenz.

2.3.3.2. Reflexion und Dialog über die Exklusion

Die Lehre, die diesem pädagogischen Zugang zu Grunde liegt, ergibt sich nicht aus der einseitigen Übermittlung von Wissen, so wie dies andere Erziehungsmodelle beabsichtigen, sondern aus der Konstruktion und Rekonstruktion von Ideen, die im Dialog entstehen (Freire 2006: 28f). Der Dialog als die zentrale Methode dieses Bildungskonzepts, ermöglicht den SchülerInnen die Welt zu entdecken, die bis dahin in autoritären Modellen mystifiziert und derart abstrahiert wurde, dass sie als eine unabänderliche, dominierende und unterdrückerische Wirklichkeit wahrgenommen wurde (Freire 1973: 144).

Der Dialog beinhaltet zunächst das „Lesen der Welt“, d.h. die Reflexion über die unterdrückerische Realität, die tagtäglich erfahren wird. Freire betont in diesem Zusammenhang, dass es verschiedene „Lesearten der Welt“ gibt, von denen keine für sich genommen die absolute Wahrheit beanspruchen kann (Freire 2009b: 107). Im vorherigen

Abschnitt haben wir gesehen, wie der Lerninhalt entsteht und wie dieser zu einer Infragestellung der eigenen unterdrückerischen Situation führt. Anders formuliert, beschreibt dieser Prozess einen reflexiven Akt, also eine bestimmte Art, „die Welt zu lesen“. Im Wesentlichen meint Reflexion, die eigene Situation zu objektivieren, also eine Distanz zu schaffen zwischen dieser Situation und dem eigenen Urteilen, um so einen Blick von außen zu erlangen (Freire 1973: 39) und sich so das Zustandekommen von bestimmten Sinnstrukturen ins Bewusstsein zu rufen. Dies beschreibt einen schon bei Hegel vorkommenden dialektischen Prozess, des von sich aus ins Andere/den Anderen gehen, um von dort aus auf sich zurückzublicken und schließlich in sich zurückzukehren. Gleichzeitig ist die Reflexion als ein Nachdenken über die Beziehung der Menschen zur Welt zu verstehen, nicht allein über die Welt oder über die Menschen:

Echte Reflexion denkt weder über einen abstrakten Menschen nach noch über eine Welt ohne Menschen, sondern über Menschen in ihren Beziehungen mit der Welt. In diesen Beziehungen sind Bewusstsein und Welt simultan. (ebd. 66)

Auch wenn sich Freire hier nicht direkt auf die soziologische Phänomenologie stützt, bezieht er sich dennoch auf Konzepte, die auch in der Theorie Berger's und Luckmann's auftauchen, beispielsweise in der intersubjektiven Konstruktion von Bedeutungen, sowie deren Überdenken (reflektieren) und im Handeln in einer konkreten Lebenswelt.

In diesem Sinne bringt die Reflexion die Aktion direkt mit sich, denn sie stellt das Sein und Handeln der Menschen in der Welt in Frage. Der Mensch ist nicht einfach nur ein kontemplatives Wesen, sondern existiert weil er interagiert oder wie Freire schreibt: „Menschen *sind*, weil sie in einer Situation *sind* (ebd. 91)“ und „sie sind nicht einfach nur *in* der Welt, sondern *mit* der Welt“ (Freire 2009a: 28).

Die Reflexion ist auch aktiv, weil sie im Dialog stattfindet, für den der Respekt gegenüber anderen Ideen essentiell ist. Es handelt sich um eine Begegnung, bei der die Welt gemeinsam interpretiert wird, und die „Nicht-Seienden“ aus dem Stadium der Negation heraustreten und sich im dialogischen Akt als andere, aber gleiche Wesen erkennen. Anders

formuliert, schaffen sie untereinander eine dialogische Beziehung, um sich selbst und die Welt zu begreifen:

Das dialogische *Ich* jedoch weiß, dass es eben das *Du* (das „Nicht-Ich“) ist, das seine eigene Existenz ins Leben gerufen hat. Es weiß auch, dass das *Du*, das seine eigene Existenz ins Leben ruft, seinerseits ein *Ich* bildet, das in seinem *Ich* das *Du* hat. Das *Ich* und das *Du* werden in der Dialektik dieser Beziehung zwei „*Du*“, die zwei „*Ich*“ werden. (Freire 1973: 143)

Der hier beschriebene Prozess gleich dem schon zuvor erwähnten Zyklus der Externalisierung, der Objektivation und der Internalisierung bei Berger und Luckmann, den sie damit kommentieren, dass „wir nicht nur in derselben Welt [leben], wir haben teil an unser beider Sein“ (Berger; Luckmann 1969: 140).

Der Dialog verlangt also auch nach Toleranz gegenüber anderen Positionen, welche die Notwendigkeit des Zuhörens, aber auch des Wiedererlangens der eigenen Stimme impliziert, um so eine echte Demokratie erfahrbar zu machen. Jedoch verharnt sie nicht allein dort, sondern schließt auch die Pflicht, dieses Recht einzufordern und zuzulassen, mit ein. Sobald eine bewusste Auseinandersetzung mit diesem wechselseitigen Prozess stattgefunden hat, der ja als solcher schon eine gemeinsam erlebte Handlung beschreibt, wird es unumgänglich, in diesem Sinne weiter zu agieren (Freire 2009c: 98). Somit ist der Dialog die Basis für die Demokratisierung der menschlichen Beziehungen, die sich über intersubjektive Aktionen konstituieren und mehrheitlich kommunikativer Art sind.

Die Tatsache, dass es eineN LehrerIn gibt, kann natürlich zu einem Ungleichgewicht beitragen. Jedoch ist für Freire sehr klar, dass es dennoch einen „AnführerIn“ braucht, welcher in seinem Spätwerk zum/zur „LehrerIn“ wird, gleichzeitig betont er aber auch, dass die Beziehung zwischen diesen Menschen und den sich Bildenden niemals hierarchisch sein darf. Ebenso wie die SchülerInnen in einen Dialog miteinander eintreten, tut dies auch der/die LehrerIn in seiner/ihrer Beziehung zu den SchülerInnen. Freire verurteilt Indoktrinationsversuche oder Manipulationen, denn sie können nicht befreien, sondern wären gleich autoritär wie die unterdrückerischen Diskurse, von denen sich zu befreien sie

vorgeben, anzustreben. Freire bezeichnet solche LehrerInnen als „PseudorevolutionärInnen“ und „SektiererInnen“:

Der Sektarismus hat einen vorwiegend emotionalen und unkritischen Beigeschmack, er ist arrogant, antidialogisch und daher unkommunikativ. Er ist reaktionär, ob von rechts, der für uns gleichermaßen „von Geburt an“ ein Sektierer ist, oder von links. Der Sektierer erschafft nichts, weil er nicht im Stande ist, zu lieben. Er versteht es nicht, die Option der Anderen zu respektieren. Er versucht, allen anderen seine Sicht überzustülpen, was in sich keine Option ist, sondern purer Fanatismus. (Freire 2009a: 42)

An einer anderen Stelle verweist Freire darauf, dass diese „SektiererInnen“ niemals die Unterdrückten befreien können, weil dies im Widerspruch zur Befreiung selbst stehen würde:

Sie haben auch kein Recht, das Volk blind in die Rettung zu steuern. Eine solche Rettung wäre ein reines Geschenk der Führer ans Volk – ein Bruch des dialogischen Bandes zwischen ihnen und eine Reduzierung des Volkes von Mitverantwortlichen der befreienden Aktion auf Objekte dieser Aktion. (Freire 1973: 143)

Die angeblich befreiende Handlung, die auf diesen Vorannahmen beruht, befreit nicht, sondern „[behandelt] das Volk als ein Ding“ (ebd. 152). In der Meinung Freires muss sich der/die LehrerIn den Unterdrückten annähern, mit ihnen in einen Dialog eintreten und sich in ihre Reihen eingliedern, jedoch nicht auf unkritische Weise, weil dies einem Eintauchen in denselben Fatalismus der Ausgeschlossenen gleichkommen würde. Er nennt dies „basismo“⁹ (Freire 2009b: 81). Nur mittels der Annäherung an die SchülerInnen und der Reflexion über die Bildungssituation und den ihr inhärenten solidarischen Akt, schafft es der/die LehrerIn, den Unterdrückten auf ihrem Weg zur Befreiung zu begleiten:

Die Lösung liegt in der Synthese: die Führer müssen sich einerseits mit der Forderung des Volkes (...) identifizieren, während sie auf der anderen Seite den Sinn eben dieser Forderung als Problem formulieren müssen. (Freire 1973: 157)

⁹

Freire meint damit die Mystifizierung des Volkswissens

2.3.3.3. Auf dem Weg zu einer neuen Praxis

Die Reflexion bereitet den Weg zu einem Wandel. Die identifizierten Probleme müssen behoben oder vermindert werden und das schließt Handeln mit ein. Daher beinhaltet die befreiende Praxis im Sinne Paulo Freires Reflexion und Aktion. Das Nicht-Sein beginnt seine Welt, ebenso wie die erfahrene Unterdrückung, zu analysieren und zu verstehen, somit befreit es sich aus der Unterwerfung und emanzipiert sich gegenüber den herrschenden Kräften. Anders formuliert, tritt es aus seiner Negation heraus, um sich zu einem vollen Subjekt zu entwickeln, das fähig ist, seine Spuren in der Geschichte zu hinterlassen. Freire verweist darauf, dass jedes Weltverständnis früher oder später zu einer bestimmten Aktion führt, die eben jener Vorstellung entspricht, sei sie nun kritisch oder mystifizierender Art (Freire 2009a: 102).

Er führt unter anderem die ArbeiterInnen als Beispiel an und beschreibt, wie sich diese ausgehend von ihrer ungerechten Arbeitssituation als BürgerInnen neu erschaffen können. Dieser Reflexionsprozess zielt nicht auf eine Steigerung der technischen Effizienz ab, sondern auf das Verhindern der Reproduktion der ungerechten Gesellschaft, die sich in diesem Fall in den Arbeitsbeziehungen konkretisiert (Freire 2006: 98). Anders formuliert, wird die soziale Ungerechtigkeit zunächst über die Arbeitsbeziehungen am eigenen Körper spürbar.

Eine der wichtigsten Aspekte, um eine neue Praxis zu schaffen, beschreibt die Veränderung in den Subjekten selbst von einem „intransitiven Bewusstsein“ oder manchmal von einem „transitiven oder naiven Bewusstsein“ hin zu einer „kritischen Transitivity“:

Die kritische Transitivity, die wir mittels einer dialogischen und aktiven Bildung erlangen, orientiert sich an der sozialen und politischen Verantwortung. Sie charakterisiert sich über die Tiefe der Interpretation von Problemen. Durch das Ersetzen magischer Erklärungen durch Kausalzusammenhänge. Durch den Versuch die „Entdeckungen“ zu beweisen und die immerwährende Bereitschaft deren Überarbeitung in Kauf zu nehmen. Durch das bestmögliche Abstreifen von Vorannahmen in der Analyse und dem Verständnis von Problemen, in der Anstrengung Deformationen zu vermeiden. Durch die Ablehnung, Verantwortung abzuschieben. Durch die Negation quietistischer Positionen. Durch die Sicherheit in der Argumentation. (...) Diese transitive kritische Position bedeutet die Rückkehr zum wahren Stamm der Demokratie. (Freire 2009a: 55)

Es bleibt zu betonen, dass der angestrebte Wandel, nicht gleichzusetzen ist mit der Eliminierung aller sozial stabilen Strukturen, sondern mit der Transformation jener, die es den Ausgeschlossenen unmöglich macht, Teil der Gesellschaft zu sein. Die Geschichte ist keine fixe Einheit, aber ebenso wenig eine undefinierte und ständig formbare Masse. Aus diesem Grund bedeutet, sich zu einem historischen Subjekt zu entwickeln, die ausschließenden Strukturen in ihrem Kontext zu verstehen und die Veränderung dieser als einen dialektischen Prozess in Bezug auf die ursprüngliche Unterdrückungssituation zu begreifen. Die Transformation respektiert sowohl die Fortdauer, wie den Wandel der Strukturen. Wie wir im Kapitel 2.1.2. („Die Schaffung sozialer Strukturen“) gesehen haben, brauchen wir diese, um überhaupt als Menschen in der Gesellschaft agieren zu können, sie sind also nur partiell veränderbar:

Kulturelle Aktion dient entweder (bewusst oder unbewusst) der Beherrschung oder der Befreiung des Menschen. (...) Dialogische kulturelle Aktion hat zum Ziel nicht das Verschwinden der Dauer-Veränderung-Dialektik (ein unmögliches Ziel, das das Verschwinden dieser Dialektik das Verschwinden der Sozialstruktur selbst und damit der Menschen erforderlich machen würde), sie zielt vielmehr darauf ab, die antagonistischen Widersprüche der Sozialstruktur zu überwinden und dadurch die Befreiung der Menschen herbeizuführen. Antidialogische kulturelle Aktion zielt andererseits auf die Mythifizierung solcher Widersprüche und hofft dabei, die radikale Veränderung der Wirklichkeit zu vermeiden (oder so weit wie möglich zu verhindern). Antidialogische Aktion zielt ausdrücklich oder implizit darauf ab, innerhalb der Sozialstruktur Situationen zu bewahren, die ihre eigenen Erzeuger begünstigen. (Freire 1973: 153f)

Schließlich bleibt die Wichtigkeit zu betonen, von einer besseren und würdigeren Welt zu träumen, denn nur so kann Geschichte zu Geschichte werden, in dem man Spuren hinterlässt. Die Utopie ist keine naive Idee, sondern der Glaube an die Veränderbarkeit von sozialen Strukturen:

Es ist ein Leben ohne Träume möglich, jedoch nicht die menschliche Existenz und die Geschichte.
(Freire 2001: 34)

Zusammenfassend unterstreicht Paulo Freire in seiner Theorie der Volksbildung, die Veränderung im Bewusstsein der SchülerInnen von Unterdrückten zu vollen historischen Subjekten, die Erfahrung des Dialoges als Fundament der Demokratisierung und schließlich die historische Emanzipation gegenüber den Herrschenden und den ausbeuterischen Strukturen.

Ich werde diese drei Komponenten, die für sich genommen keine fixen Begrifflichkeiten beschreiben, im Folgenden als analytische Konzepte verwenden, um so die Theorie der Empirie anzunähern.

2.4. Analytische Konzepte zur Demokratisierung der ArbeiterInnensubjekte und deren Gewerkschaft

In den letzten Jahren war die Demokratisierung des Gewerkschaftssektors in Mexiko immer wieder Teil der internen politischen Diskussionen, jedoch wurde diese, je nachdem, wer sie proklamierte, ganz unterschiedlich beschrieben. Die Bergbaugewerkschaft selbst fordert beispielsweise noch immer ihre gewerkschaftliche Autonomie und bezieht sich dabei auf die illegitime Einmischung der Regierung in ihre Organisation, eine Politik, die eine lange Tradition hat und bis heute andauert. Dennoch gibt es innerhalb dieser Interpretation keine Selbstreflexion, was dazu führt, dass genau jene Mechanismen, die nach außen hin kritisiert werden intern reproduziert werden. Genauer gesagt, charakterisiert sich die Gewerkschaft über eine sehr starke interne Hierarchie und einen Autoritarismus.

Ein anderer Zugang, der dem vorherigen gleicht, waren die Demokratisierungsversuche in den siebziger Jahren, als sich marxistische Strömungen gegen die vorherrschende Politik, sowohl in der Regierung, wie an der Gewerkschaftsspitze formierten. Obwohl sie den internen Autoritarismus in der Gewerkschaft kritisierten, erlagen sie oft selbst der Versuchung, dieses Muster intern nachzuahmen, jedoch mit einer revolutionären Rhetorik. In den meisten Fällen handelte es sich eher um eine Indoktrinierung, denn um ein wahres Interesse, verschiedene Positionen zuzulassen und frei zu diskutieren. Jedoch haben einige dieser oppositionellen Strömungen die Jahre überdauert und haben tatsächlich, wie

beispielsweise in Monclova, zu einem kritischen Bewusstsein auch gegenüber der eigenen Gewerkschaftspolitik geführt.

Eine weitere Variante, gewerkschaftliche Demokratisierung zu definieren, die bis heute Bestand hat, bezieht sich auf die Modifikationen innerhalb der Statuten, etwa wenn es um den Ablauf des Wahlprozesses geht. Die große Schwäche dieser Interpretation ist die alleinige Konzentration auf rechtliche Aspekte, weil selbst sehr demokratische Statuten nicht automatisch bedeuten, dass die interne politische Kultur der Mitglieder dieser Logik folgt. Somit kann eine Gewerkschaft in rechtlicher Hinsicht sehr demokratisch, realiter jedoch sehr autoritär sein.

Die Demokratisierung, die die Unternehmen fordern und die in den letzten Jahren mit der Arbeitspolitik der mexikanischen Regierung konform ging, konzentriert sich auf die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen. Das Credo dieser Ausrichtung ist die Abschaffung traditioneller Gewerkschaften und Gründung neuer repräsentativer Organisationen, die den Anforderungen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft genügen. Das zentrale Problem dabei ist eine Argumentation, die von den ArbeiterInnen eine totale Unterwerfung unter die Unternehmenspolitik fordert, die letztendlich den Gewerkschaftsinteressen diametral entgegensteht. Beispielsweise dient eine geringe Wettbewerbsfähigkeit dazu, gewerkschaftliche VertreterInnen von der Notwendigkeit zu überzeugen, wichtige Sozialleistungen zu eliminieren oder die Arbeitsbeziehungen zu flexibilisieren.

Das Konzept der Demokratisierung, das ich in dieser Arbeit verteidigen möchte, basiert auf den Ideen der Befreiungspädagogik von Paulo Freire. Die folgenden Begrifflichkeiten dienen gleichzeitig der Operationalisierung der Theorie, um somit eine Verbindung zwischen ihr und der Empirie zu schaffen. Im Wesentlichen handelt es sich um die drei Konzepte, die ich im vorherigen Unterkapitel bereits vorgestellt habe. Die Anordnung als solche kommt nicht von Paulo Freire, sondern ich habe jene zentralen Aspekte der Theorie herausgefiltert, die meines Erachtens auch für die Idee der Demokratisierung von Wichtigkeit sind und welche ich schließlich im letzten Kapitel in der praktischen Anwendung detailliert erklären werde. Gemäß dieser Perspektive beginnt die Demokratisierung mit der Bewusstseinsbildung des Subjekts, das sowohl die Arbeitspolitik des Unternehmens, als auch die internen

Machtmechanismen der Gewerkschaft zu hinterfragen lernt. Das Ziel dieser Bewusstseinsbildung ist die Transformation der SchülerInnen in kritische und demokratisierende Subjekte, die beginnen, sich zu organisieren und zu informieren, um einen Wandel von der Basis aus möglich zu machen.

Die Lernenden bringen ihr neues Wissen in das soziale Umfeld, in dem sie sich für gewöhnlich bewegen und das in irgendeiner Weise mit ihrer Arbeitswelt zu tun hat (Gewerkschaft, Arbeitsabteilung), ein. Dort werden die Ideen auf interaktive und dialogische Weise neu durchdacht und diskutiert, um letztendlich Strategien zu entwickeln, um ihre politische Position zu verteidigen, aber auch, um neue Handlungsmöglichkeiten zu überlegen.

Aufbauend auf diesen Debatten und Entscheidungen, die ebenfalls die Haltung als kollektive AkteurIn festigen, treten die Subjekte mit anderen Gruppen in Verhandlung oder es werden alternative Schritte zur Interessensverteidigung gesetzt. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es sich um eine Demokratisierungsmethode handelt, die darauf abzielt, Gewohnheiten zu verändern, wobei zunächst beim Subjekt selbst angesetzt wird und langfristig strukturelle Modifikationen ins Auge gefasst werden, was Paulo Freire als „Kulturelle Aktion“ bezeichnet. Es beschreibt ein Konzept, das die Widersprüche zwischen idealer und realer Ordnung mitdenkt. Daher wird nicht die Anpassung der Personen an Gesetze oder übergestülpte und präexistente Logiken erwartet, sondern dieser Zugang bezieht sich auf die Subjekte als handelnde und denkende Wesen, die über ihre Rechte entscheiden und lernen, ihre eigenen Bedürfnisse auszudrücken und einzufordern.

In diesem Sinne sind die analytischen Konzepte, die von dieser Theorie abgeleitet werden, folgende:

- Die *Bewusstseinsbildung* bezieht sich vor allem darauf, wie die problemformulierende Erziehung im Sinne Freires die SchülerInnen beeinflusst und wie diese lernen, ihre Welt neu zu begreifen. Es geht darum, wie Bildung im Arbeitsrecht das Denken und Handeln, der Workshop TeilnehmerInnen verändert, etwas genauer gesagt, wie sie sich selbst wahrnehmen, ihre Rechte und ihre Rolle in der Gewerkschaft und am Arbeitsplatz, sowie die Schlussfolgerungen, die sie aus diesen Erfahrungen ziehen, die

letztendlich Einfluss auf ihr gesamtes Leben haben. Dieses Konzept schließt auch die modifizierten Verhaltensweisen der Subjekte in ihrem sozialen Umfeld ein, die eben aus diesem Umdenken resultieren.

- Die *interne Demokratisierung* beschreibt die Beziehung der sich bildenden ArbeiterInnen zueinander, sowie dieser zum Rest der Gewerkschaftsmitglieder und KollegInnen. Das Konzept Freires über den Dialog gilt dabei als Basis für die Demokratisierung. In ihr wird vor allem die Gleichberechtigung der TeilnehmerInnen, die der Idee des Dialogs innewohnt, hervorgehoben und mit ihr der Respekt vor anderen Meinungen und die Fähigkeit diese besonnen zu diskutieren.
- Die *Emanzipation* widmet sich der Haltung der ArbeiterInnen gegenüber anderen AkteurInnen und den verschiedenen Möglichkeiten, ihr Recht einzufordern und geltend zu machen. Sie beschreibt die Situation, in der die SchülerInnen zu transformierenden Subjekten werden, das heißt, sobald sie entscheiden, in die Geschichte ihrer Gewerkschaft zu intervenieren. Zudem ist dies der Moment, in dem die transformierenden Subjekte auch nach außen hin in ihrem Handeln sichtbar werden.

3. Die Stahlindustrie und die Bergbau- und Metallergewerkschaft in Mexiko

Die Stahlindustrie entwickelte sich in Mexiko sehr spät und entstand erst im Laufe der letzten Jahre des großen Industrialisierungsschubs unter der Diktatur Porfirio Díaz. Während der Bergbau, der größtenteils in ausländischer Hand war, in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu einem wichtigen Wirtschaftszweig aufstieg, nahm die Stahlproduktion erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Gründung der Fundidora Monterrey eine nennenswerte Stellung ein. Trotz der spät einsetzenden Entwicklung darf ihre Rolle jedoch nicht unterschätzt werden, denn sie wurde zu einem Symbol für den wirtschaftlichen Aufstieg Mexikos schlechthin. Die Stahlindustrie wuchs Seite an Seite mit dem aufkeimenden Nationalbewusstsein. Jeder politische Umschwung hinterließ auch seine Spuren in der Verwaltung dieses Wirtschaftszweiges.

Der Stahl ist Grundbestandteil für eine Vielzahl anderer Industriezweige, wie beispielsweise für das Bauwesen, den Schienenverkehr, die Automobil- und Haushaltswarenindustrie. Tauchen nun Probleme in der Stahlproduktion auf, so wirkt sich dies negativ auf den Großteil anderer Industriezweige aus. Obwohl der Ex-Präsident Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) in seinen Reden der Stahlindustrie ihren strategischen Charakter für das Land absprach, benutzte er diese durchaus anzweifelbare Rhetorik v.a. als Argument für deren Privatisierung. Obwohl sich der internationale Stahlmarkt in den letzten Jahren sehr verändert hat, ist und bleibt es einer jener Industrien, die bis heute unter starkem staatlichen Schutz stehen. Dies stellt ihre Wichtigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Nationen unter Beweis. Mit der wirtschaftlichen Öffnung Mexikos, die sich in Zusammenhang mit dem GATT- und später dem NAFTA-Abkommen vollzog, versuchte die mexikanische Stahlindustrie, ihre Produkte auf dem internationalen Markt abzusetzen, ebenso wie sie auf nationaler Ebene mit den importierten Gütern zu konkurrieren hatte. Nichtsdestotrotz wird der Löwenanteil des in Mexiko produzierten Stahls im Land verkauft,

beispielweise waren 2013 67,03%¹⁰ des nationalen Stahls für den internen Markt. Kurz gesagt, die Stahlproduktion bleibt für das Land eine strategische Industrie.

Der gesellschaftliche Sektor, der wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung dieser Industrie beigetragen hat und dessen Rolle oftmals außer Acht gelassen wird, sind die ArbeiterInnen selbst. Jedoch muss der Ursprung ihrer politischen Aktivität zunächst im Bergbau gesucht werden, als die moderne Ausbeutung unter dem Porfiriat (1876-1880; 1884-1911) ein erschreckendes Niveau erreicht hatte, die gleichzeitig zu einem der wichtigsten Motoren der Mexikanischen Revolution wurde. Nicht zuletzt gilt der viel zitierte Bergarbeiterstreik in Cananea 1906 als Vorwehe der späteren politischen Ereignisse. In dieser Zeit formierten sich die Mineros, mit denen die StahlarbeiterInnen bis heute in einer Gewerkschaft zusammengeschlossen sind, als wichtige politische Gruppe, die auch noch Jahre nach der Revolution ihre Position im neuen Staat einforderten. Gleichzeitig versuchten die postrevolutionären Regierungen ein neues Regime zu etablieren, in der sie den radikalen Gewerkschaftsflügel, der politische Gleichberechtigung forderte, sukzessive zurückdrängten und der gemäßigten ArbeitnehmerInnenvertretung Posten in der neuen bürokratischen Hierarchie zuschachtelten. Auf diese Weise wurden die IndustriearbeiterInnen zwar zu SchlüsselakteurInnen des wirtschaftlichen Aufschwungs, standen jedoch unter einer starken staatlichen Kontrolle, die auch innerhalb der Gewerkschaft reproduziert wurde.

Die neoliberale Wende in den 80er Jahren wirkte sich verheerend auf die ArbeiterInnen aus, ein Großteil wurde gekündigt und jene, die blieben, mussten sich einer gesteigerten Ausbeutung stellen, die sich im intensivierten Arbeitsrhythmus, in routinemäßigen Überstunden, im Abbau legaler Grundlagen und der Zurückdrängung ihrer politischen Vertretung äußerten. Heute blicken sie einer gesteigerten Prekarisierung in Form von ausgelagerten Arbeitsstellen ohne legale und soziale Absicherung, und der Rücknahme von Sicherheitsmaßnahmen ins Auge, und es scheint, als ob wenig geblieben wäre von jenen kämpferischen Jahren. Die Gewerkschaft wird in der hegemonialen Rhetorik zu einem Ungetüm aus vergangenen Zeiten degradiert, unfähig sich an die Anforderungen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft anzupassen und wenn nicht direkt deren Auflösung

¹⁰ 2013 wurden 18,2 Mio. Tonnen Stahl in Mexiko produziert, von denen 6,0 Mio. exportiert wurden. CANCERO: Indicadores de la Industria Siderúrgica Mexicana 2003-2013.

gefordert wird, so wird von der gewerkschaftlichen Demokratisierung wie von einem Synonym für Arbeitsflexibilisierung gesprochen, wie das Konzept der „Industriellen Demokratie“ vom Ex-Präsidenten Carlos Salinas de Gortari beweist (siehe Pérez Pérez 2002: 7).

Dennoch sind der mexikanische Gewerkschaftssektor und die Bergbaugewerkschaft im Speziellen viel komplexere Institutionen, wenn der Blick eben auf jene AkteurInnen, die dieser Organisation Legitimität verleihen, nämlich die ArbeiterInnen selbst, ausgeweitet wird. Die Entwicklung der Bergbaugewerkschaft ist eine idiosynkratische Konstruktion, die auf sich auch sehr widersprüchliche Elemente vereint. Beispiele hierfür sind der ausgeprägte Nationalstolz, ein starkes Klassenbewusstsein und Wohlfahrtsideen, aber auch ein interner Autoritarismus, die in ihrer Gesamtheit auf neue Ausbeutungs- und Prekarisierungskonzepte stoßen. Demokratisierung kann somit nicht nur auf die Modifizierung der institutionellen Strukturen und Statuten bezogen werden, oder in einer beinahe absurden Interpretation, auf die Kolaboration mit dem/der ArbeitgeberIn (im Sinne gelber Gewerkschaften), sondern meint auch eine Neuordnung der bestehenden Werte innerhalb eines/r jeden Arbeiters/in. Es handelt sich, wie schon im Theoriekapitel angeklungen, um eine Demokratisierung, die von den tagtäglich erlebten Arbeitsbeziehungen ihren Ausgang nimmt.

Bevor ich jedoch diesen Aspekt vertiefe, werde ich im folgenden Kapitel die Entstehung der BergarbeiterInnengewerkschaft als politische Akteurin präsentieren. Dabei werde ich zunächst die Eigenheiten der Bergbau- und Stahlindustrie erklären, da sie auf Grund ihres strategischen Charakters immer auch mit den Interessen des Staates verbunden war, was letztendlich das Gewerkschaftsleben an sich beeinflusst hat.

3.1. Die Anfänge der Stahlindustrie, des Bergbaus und die Entstehung der ArbeiterInnenbewegung

3.1.1. Die Anfänge der Stahlindustrie in Mexiko

Im Unterschied zum Edelmetallbergbau, der v.a. die Förderung von Gold und Silber einschließt, ist die Geschichte des Metallbergbaus auf dem amerikanischen Kontinent relativ jung. Die Legenden über das El Dorado bewegten die Eroberer dazu, auch die gefährlichsten Strapazen auf sich zu nehmen und den Ozean auf ihrer Reise ins Ungewisse zu überqueren, um auf der anderen Seite der Welt jene sagenumwobenen Goldreichtümer aufzuspüren. Der indigenen Bevölkerung war damals das Eisen noch unbekannt und der erste Kontakt, war über die Waffen der Eroberer. Mit dem Aufbau der Kolonien wurde das Eisen auch in nicht kriegerischen Bereichen zusehends wichtiger, etwa als Grundelement für die Herstellung von Werkzeugen (Toledo; Zapata 1999 I: 37f). Damals wurde das Eisen aus Europa importiert, woran sich bis Anfang des 19. Jahrhunderts nichts änderte. Erst als das Bergbaugericht über den Bau der ersten Eisenhöfen in Neuspanien entschied, kam der Umschwung. Weil die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem europäischen Kontinent die Eisenproduktion zusehends erschwerten, wurde schließlich 1805 die erste Eisenhütte in Coalcomán, Michoacán, gegründet (ebd. 54). Die Technik, die in den ersten Eisenwerkstätten verwendet wurde, entsprach jedoch nicht dem technologischen Standard in Europa. Obwohl das Produktionsverfahren ab Mitte des 19. Jahrhunderts erneuert wurde, konnten diese Eisenwerke, die sich zum Großteil in ausländischer Hand befanden, bei Weitem nicht die nötige Nachfrage nach Eisen decken, um den von Porfirio Díaz proklamierten Industrialisierungsprozess in die Wege zu leiten (ebd. 89).

Wie bereits erwähnt, begann mit dem Bau der Fundidora de Fierro y Acero de Monterrey (kurz Fundidora Monterrey) schließlich auch das Kapitel der modernen Stahlproduktion in Mexiko. Sie wurde 1900 von vier Geschäftsmännern ausländischer Herkunft (Antonio Basagoiti, Eugenio Kelly, León Signorete, Vicente Ferrara) gegründet und nahm 1903 die Produktion auf. Die bekanntesten mexikanischen Aufsichtsratsmitglieder waren Isaac Garza, Unternehmer der Gruppe Cuauhtémoc, Ernesto Madero, Bruder des späteren mexikanischen Präsidenten Francisco I. Madero und Adolfo Zambrano (Vellinga 1989: 94). Die

Fundidora zählte zu den wichtigsten Firmen von Monterrey, um die herum sich die einflussreichsten UnternehmerInnenfamilien gruppierten. Gemeinsam mit der Brauerei Cuauhtémoc wurde sie zur Machtbasis dieser Familien, die untereinander ihre Bande sowohl über Eigentumsbeteiligung, als auch über Heiratsbeziehungen stärkten (ebd. 97). Trotz der Ansiedlung einer Vielzahl von Fabriken in Monterrey, bildeten diese beiden Unternehmen auch die Basis der politischen Macht der lokalen UnternehmerInnenfamilien, die bis heute Bestand hat, ebenso wie deren Dominanz auf dem nationalen Markt. Es verwundert also nicht, dass auch an demselben Ort, der Widerstand gegen die aufkeimende Macht des ArbeiterInnensektors in den 30er Jahren unter dem späteren Präsidenten Lázaro Cárdenas am größten war. Als Reaktion darauf wurden die ersten Unternehmensgewerkschaften bzw. gelbe Gewerkschaften gegründet. Die ideologische Position dieser UnternehmerInnengruppen wurde von zwei zentralen Idealen geleitet, zum einen von der sozialen Doktrin der Kirche, welche die gelbe Gewerkschaft mit paternalistischen Ideen ausstattete, zum anderen vom nordamerikanischen Pragmatismus, der sich sowohl durch eine Begeisterung für die Technik auszeichnet, wie für das unternehmerische Denken. Der letzte Punkt verweist auch auf die enge Beziehung dieser sozialen Klasse zu den USA, wo die Kinder dieser Familien ihre Ausbildung absolvierten (Puga 1993: 101).

Weil die Nachfrage nach Stahl weit höher war, als die Produktionskapazität der Fundidora Monterrey, die nur 12% des nationalen Konsums abdeckte (Toledo; Zapata 1999 I: 130), erwies sich der nationale Markt als besonders geeignet für eine zweite Stahlanlage. Der US-Amerikaner Harry Wright nutzte die Konjunktur aus und gründete 1907 La Consolidada (Consolidated Rollings Mills & Founderies Co.). Er expandierte und integrierte sie sehr rasch, so dass er innerhalb weniger Jahre Erz- und Kohlebergwerke zukaufte und weitere Fabriken in Piedras Negras und in Mexiko Stadt (La Lechería) gründete.

Harry Wright war nach den Revolutionsjahren um enge Beziehung zu staatlichen Unternehmen bemüht, allen voran zur nationalen Eisenbahngesellschaft und den mexikanischen Elektrizitätswerken, die gleichzeitig seine wichtigsten Kunden waren (ebd. 132; 141). Er war auch der erste Unternehmer, der während der Krisenzeit, als sein Betrieb mit der Konkurrenz von Importgütern zu kämpfen hatte, dezidiert den staatlichen Schutz des

nationalen Stahlmarktes forderte. Wright beschwerte sich mehrmals beim Präsidenten Álvaro Obregon (1920-1924) über die Praktiken der Bergbauunternehmen, die bevorzugten die Stahlprodukte, die zur Rohstoffförderung notwendig waren, zu importieren:

Die Stahlindustrie ist grundlegend für die industrielle Entwicklung eines jeden Landes, da ihr Funktionieren nicht nur für den Bergbau wichtig ist, sondern auch für jeden anderen Industriezweig; auf diese Weise wird sich ein Land, wenn es innerhalb seiner Grenzen auf eine entwickelte Stahlindustrie setzen kann, vom Ausland unabhängig machen und eine wahre industrielle Souveränität erreichen. Die Entwicklung dieser Industrie hat unweigerlich die Entwicklung anderer Industrien zur Folge und damit die Beschäftigung einer großen Zahl von Arbeitern. Somit ist es notwendig die nationale Stahlindustrie zu unterstützen. Der Bergbau andererseits ist ein Sektor ausländischer Interessen und reicher Leute, die das Land nicht fördern.
(Wright in: Toledo; Zapata 1999 I: 134)

Diese Argumentation klingt doch etwas seltsam, wenn man bedenkt, dass sie aus dem Munde eines ausländischen Unternehmers kommt, aber verweist dennoch auf die wachsende Verbindung zwischen Stahlproduktion und Staat.

Die 40er und 50er Jahre stellten die goldene Epoche der Consolidada dar, bis Wright sie 1958 an Mike Friedman verkaufte. Danach erholte sich die Firma nicht mehr und wurde schließlich 1962 von Altos Hornos de México (AHMSA), das gerade einen großen Aufschwung erlebte, übernommen.

3.1.2. Der Bergbau und die ArbeiterInnenbewegung unter dem Porfiriat

Um die Anfänge der BergarbeiterInnenbewegung kennenzulernen, muss man den Blick weg von der Stahlindustrie, die damals noch in den Kinderschuhen steckte, hin zum Bergbau wenden. Wie bereits erwähnt, hat der Rohstoffabbau in Mexiko eine sehr lange Tradition, der industriell geförderte Abbau begann jedoch erst unter dem Porfiriat. Die Bergbaugesetze von 1884 und 1892 ließen ausländische Investitionen und den freien Export der Waren ohne staatliche Auflagen zu. Einerseits hatten die politischen Unruhen im Land während des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung verzögert, andererseits gab es ein sehr klares Interesse seitens Porfirio Díaz, die wirtschaftliche Modernisierung in dem bis dahin ökonomisch rückständigen Mexiko voranzutreiben. Jedoch gab es in Mexiko weder die zur modernen

Rohstoffförderung notwendige Technologie, noch genügend Kapital, um diese anzuschaffen und die dazugehörige Infrastruktur aufzubauen (Sariego; Reygadas 1988a: 12). Großunternehmen, allen voran US-amerikanischer Herkunft, waren wegen des enormen Kostenaufwands klar begünstigt. Eine der wohl bekanntesten Firmen war die American Smelting and Refining Company (ASARCO) der Familie Guggenheim, die sich bis 1901 zum größten Bergbaukonsortium in Mexiko entwickelt hatte (Sariego 1988b: 66).

Die US-amerikanische Vorherrschaft im Bergbau lässt sich sowohl über die geographische Nähe erklären, wie über die starken imperialistischen Tendenzen der Politik jener Epoche, die kurze Zeit später zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges führen sollten. Die USA ließen mit ihrer bekannten Monroe-Doktrin sehr früh ihr politisches Interesse durchblicken, welche sie für den gesamten amerikanischen Kontinent hegten. Somit versteht sich auch, warum jegliche europäische Investitionen in den lateinamerikanischen Ländern von den USA besonders beargwöhnt wurden. Die Ausdehnung der nordamerikanischen Investitionen in Mexiko und allen voran im Bergbau war mit der Anbahnung des Ersten Weltkrieges klarer Bestandteil einer politischen Strategie, garantierten doch diese Bodenschätze im Fall kriegserischer Auseinandersetzungen die notwendigen Ressourcen zur Waffenproduktion, ebenso wie sich die US-Regierung auf diesem Weg die politische Rückendeckung durch die herrschende Klasse Mexikos sichern konnte (Sariego; Reygadas 1988a: 44).

Diese starke ausländische Konkurrenz blieb nicht folgenlos für die kleinen Bergbauunternehmen, welche sich zumeist in nationaler Hand befanden (ebd.). In Krisenzeiten hielten sie dem starken Druck nicht stand und wurden von den großen Konzernen aufgekauft. Diese Tatsache ist insofern wichtig, weil die Mexikanische Revolution nicht nur von den ArbeiterInnen und BäuerInnen in Gang gebracht wurde, die das Gros der konstitutionalistischen Truppen ausmachten, sondern auch von den nationalen UnternehmerInnen, die ihre Macht im eigenen Land beschnitten sahen, wie im Fall von Francisco I. Maderos, dessen Familie die einzige nationale Besitzerin mehrerer Berg- und Stahlwerke im Bundesstaat Coahuila war.

Um jedoch auf die Frage der für den Bergbau notwendigen Großinvestitionen zurückzukommen, müssen zwei weitere Aspekte mitbedacht werden, die sich unweigerlich

daraus ergeben. Zum einen das Konzept der Bergbauenklave in ihrer politischen und wirtschaftlichen Ausprägung und in ihrer Beziehung zum Staat, und zum anderen die Herausbildung einer spezifischen sozialen Klasse, den Mineros, die in den abgeschiedenen Bergbauregionen in der ariden Gegend im Norden Mexikos ihren eigenen politischen Kampf entwickelten. Um beide Punkte genauer ausführen zu können, ist es zunächst notwendig, die Eigenheiten einer Bergbauenklave im Detail zu erklären.

Die ausländischen Unternehmen gründeten innerhalb kürzester Zeit wahrhafte Bergbauimperien rund um diese Enklaven, weil sie nicht nur über die Abbaukonzessionen verfügten, sondern realiter alle wirtschaftlichen und sozialen Sektoren in diesem Gebiet kontrollierten. Einer der gefürchtetsten Unternehmer war der US-Amerikaner William Cornell Greene, Besitzer der Cananean Consolidated Copper Co. (CCCCo.). Er herrschte über den gleichnamigen Ort mit eiserner Hand. Neben den Kupferminen und den dazugehörigen Schmelzhütten war er auch Mehrheitseigentümer der Rinderfarm Cananea Cattle Co., deren Ländereien von Cananea bis nach Arizona reichten. Die Agrarreform¹¹, die mit der Mexikanischen Revolution 1910 losgetreten worden war, wurde dort bis 1958 nicht umgesetzt (Sariago 1988b: 73f). Greene kontrollierte auf diesem Wege auch den Zugang zum lokalen Lebensmittelmarkt, weil die Produkte von seinen Ländereien kamen oder er sie mit seiner eigenen Eisenbahn aus den USA importierte (ebd. 97). Dieser Umstand erlaubte es ihm auch, die Preise zu kontrollieren, mit denen die lokalen Geschäftsleute nicht konkurrieren konnten (ebd. 95). Außerdem war es üblich, die ArbeiterInnen in Lebensmittelmarken zu bezahlen, die sich so gezwungen sahen, genau das zu konsumieren, was das Unternehmen anbot. Der Chronist Cuauthémoc L. Terán aus Nacozari de García, einer Bergbaugemeinde in der es ein der CCCCCo. ähnliches Unternehmen gab, die Moctezuma Copper Company, beschreibt die Kontrolle der Firma über die gesamte Gemeinschaft wie folgt:

¹¹ Sie wurde im Verfassungsartikel 27 verankert und sah die Landumverteilung von Großgrundbesitzern zu Kleinbauern vor, wobei die Ländereien kollektiv verwaltet wurden. Dieser kollektive Landbesitz wird auch als „ejido“ bezeichnet.

In einem Wort gesagt, die Moctezuma Copper Company deckte die Forderungen der Arbeiter von der Wiege bis zur Bahre ab: beim Kramer konnte man angeschrieben einen Sarg erwerben und im Krankheitsfalle gab es ein modernes Krankenhaus mit exzellenten nordamerikanischen Ärzten, die in den ersten Tagen des Unternehmens dort eintrafen. (Terán 1991: 23).

Die Vorherrschaft über die lokalen Ländereien hatte noch eine zusätzliche Auswirkung, jene der Beseitigung einer alternativen Einkommensquelle für die BergarbeiterInnen, die zum Großteil BäuerInnen gewesen waren und die in Krisenzeiten weiterhin ihre Felder bestellt hatten. Im Fall der Kohleregion in Coahuila verunmöglichte die Habgier der Unternehmen und GroßgrundbesitzerInnen den Mineros nicht nur den agrarischen Zuverdienst, sondern es waren bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Folgewirkungen der Kohleförderung auf die Umwelt zu spüren, als beispielsweise Wälder abgeholzt wurden, weil man das „Holz [benötigte], um die Stollen und Gallerien der Bergwerke zu stützen“ oder wenn das Wasser des Flusses verseucht wurde, weil es für die Waschanlage benötigt wurde (Sariego 1988b: 86). 1928 wurden bereits die ersten Beschwerden der örtlichen BäuerInnen über den Zinkrauch der ASARCO (American Smelting and Refining Company) dokumentiert, der ihre Felder in Mitleidenschaft gezogen hatte (ebd. 87).

Schließlich äußerte sich die Kontrolle des Unternehmens über die ArbeiterInnen auch in der Tatsache, dass dieses die gesamte Infrastruktur der Bergbaugemeinden zur Verfügung stellte. Die Architektur der ArbeiterInnenhäuser und die Anordnung ihrer Siedlungen folgten einer klar strukturierten Logik, welche die soziale, ethnische und berufliche Segregation zum Ziel hatte (ebd. 91). Die Firma stellte auch die Sportplätze, die Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, die örtlichen Verwaltungsgebäude und alle städtischen Dienstleistungen, wie Wasser und Strom bereit (ebd. 93). Es kann also durchaus gesagt werden, dass die ArbeitgeberInnen jeden Lebensbereich der ArbeiterInnen kontrollierte. Gleichzeitig bedeutete dies aber auch, dass wenn sich das Unternehmen in einer Krise befand, die Bergleute ohne Entschädigungen gekündigt wurden und sie plötzlich auf diese Dienstleistungen verzichten mussten. Die Situation der ArbeiterInnen pendelte somit zwischen einer Situation der Ausbeutung und der Prekarität.

Der Raum der Enklave, wie eben beschrieben, war in politischer Hinsicht vom Staat autonom, weil die ArbeitgeberInnen über die Gemeinde in allen Lebensbereichen verfügte und die mexikanische Regierung somit keine faktische Gewalt in der Region hatte. Tatsächlich gab es eine größere Nähe zur US-Regierung als zur mexikanischen, womit die Enklave realiter mit der Souveränität des Staates brach. Dieser Aspekt wurde besonders deutlich als William Cornell Greene die Unterstützung des Gouverneurs von Sonora, Rafael Izabal, zur Zerschlagung des Streiks von 1906 in Cananea erbat und dieser um die Hilfe der *Rangers*¹² in Arizona ansuchte. Obwohl der Gouverneur auch mexikanische Soldaten in das Gebiet schickte, beweist dies doch, dass er die Bergbaugemeinde als eine politische Einheit betrachtete, die eine größere Nähe zu den USA pflegte, als zum eigenen mexikanischen Staat. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht hinterließen die Bergbauenklaiven dem Staat keinen Nutzen, weil die gesamten Rohstoffe ins Nachbarland exportiert wurden, wofür nicht einmal Steuern eingehoben wurden.

Diese sozio-ökonomische Struktur spiegelte sich auch in den ersten Protestformen der ArbeiterInnen dieser Gemeinden wieder, die sehr radikal und direkt waren.

Weil es sich in den meisten Fällen um künstlich errichtete Städte handelte, gab es keine Ursprungsbevölkerung (die Indigenen jener Gegenden waren bereits Jahrzehnte zuvor vertrieben worden) und die Arbeitskräfte mussten aus anderen Staaten zuwandern. Diese setzten sich zu einer eher geringen Zahl aus ausgebildeten IndustriearbeiterInnen, wie TischlerInnen, MechanikerInnen oder SchmiedInnen zusammen und zum Großteil aus BäuerInnen, HilfsarbeiterInnen und TagelöhnerInnen, die von der vergleichsweise guten Bezahlung angelockt worden waren (ebd. 110). Eine letzte Gruppe bildeten die ausländischen Arbeitskräfte, die über Mittelsmänner angeheuert wurden. Sie kamen aus China, Japan, Italien und den USA. Die ArbeitgeberInnen nutzen die Herkunft der Belegschaft aus, um eine Hierarchie zu schaffen, die auf einer Rassenlogik fußte und an deren untersten Ende die mexikanischen Mineros standen. Die US-amerikanischen Bergleute, waren zumeist AufseherInnen, aber es befanden sich auch einfache ArbeiterInnen unter ihnen. Ihre Anwesenheit war in Cananea insofern wichtig, als dass sie als Mitglieder der Western

¹² Spezielle Polizeieinheit in Arizona

Federation of Miners¹³ (Sariego 1988b: 126) die einzig politisch erfahren ArbeiterInnen waren, von denen die mexikanischen Mineros lernten:

In den ersten Jahren nach der Öffnung der Bergwerke in Cananea waren diese Arbeiter [der Western Federation of Miners] in Realität der einzig proletarisch organisierte Kern der Bevölkerung und (...) sie waren auch die Urheber der ersten Arbeiterkämpfe, die es in Cananea gab. (ebd)

Auch die von den Brüdern Flores Magón¹⁴ angeregte Agitation hatte Cananea zum Zentrum, aber die meiste Zeit arbeiteten sie von ihrem Exil in den USA aus. Ihre Liberale Mexikanische Partei (Partido Liberal Mexicano - PLM) war eine Plattform für jegliche Form der Kritik an der in Mexiko erlebten Ausbeutung, die trotz ihres liberalen Ursprungs zusehends zum Sozialismus und zum Anarchismus tendierte. Ironischerweise ermöglichte die Vereinnahmung der Enklave durch US-amerikanische Interessen auch den intellektuellen und politischen Austausch zwischen den ArbeiterInnen beider Nationen. Die politische Mobilisierung passierte jedoch im Untergrund und wurde nur zum Zeitpunkt des Streikausbruchs sichtbar, weshalb der Anarchosyndikalismus fälschlicherweise als spontaner Protest bezeichnet wird, der er aber niemals war. Es handelt sich dabei um jene Protestform, die der ArbeiterInnenkampf in den Enklaven gegen die erdrückende Übermacht der Unternehmen annahm:

Der Anarchismus hatte tatsächlich einen bemerkenswerten Erfolg unter den nördlichen Bergleuten, nicht nur weil er organisatorisch eine der wenigen Alternativen – wenn nicht sogar die einzige – zur Diktatur von Díaz war, sondern vor allem weil er ein Programm mit Forderungen und Kampfstrategien vorsah, das auf die Bedingungen der ethnischen und beruflichen Segregation, auf die Zwangsproletarisierung, die Abschottung und die Abhängigkeit der Mineros von den ausländischen Unternehmern antwortete. Für diese Arbeiterklasse, ausgehebelt von der paternalistischen Anwesenheit des Kapitals in all ihren Lebensbereichen – innerhalb und außerhalb der Produktionsstätte –, der jegliche autonome Ausdrucksform und Mobilisierung verweigert war, wurde der Anarchismus, wegen der Verteidigung des Nationalismus und wegen

¹³ eine Gewerkschaft, die im Süden der USA operierte

¹⁴ Ricardo und Enrique Flores Magón waren zwei der größten Gegner der Diktatur Porfirio Díaz und wichtige Intellektuelle der Mexikanischen Revolution von 1910.

seiner Kampfstrategien - der Untergrund und die direkte Aktion – zur effektivsten Emanzipations- und Verteidigungsmethode eines ganzen Klassenzustands. (ebd. 129)

Der bekannte Streik von Cananea an dem sich alle ArbeiterInnencamps, Schmelzwerke und Arbeitsabteilungen der CCCCo beteiligten, brach am 1. Juni 1906 aus. Seine wichtigsten Forderungen waren ein Arbeitstag von 8 Stunden und ein Gehalt von 5 Pesos, ebenso wie die Abschaffung der Rassendiskriminierung. Aufgrund des negativen Ausgangs der Verhandlungen zwischen der ArbeitnehmerInnenvertretung und Greene kam es zu einer Demonstration, die zu einem Zusammenstoß zwischen den Mineros und den Aufsehern eines Holzlagers des Unternehmens führte. Mit der Ankunft des Gouverneurs von Sonora, Rafael Izabal, und den Rangern kam es zu erneuten Auseinandersetzungen. Das Resultat dieses Streiks waren einige Tote und die Verhaftung von 20 Bergarbeitern, während keine einzige Forderung erfüllt worden war. Der Streik von Cananea hatte somit lediglich einen symbolischen Charakter, weil es der erste Aufstand gegen die Diktatur Porfirio Díaz war und den Unmut, der bereits in der Bevölkerung schlummerte und wenige Jahre später zum Ausbruch der Mexikanischen Revolution führen sollte, zu Tage beförderte (ebd. 135f).

Im Vergleich zu den ArbeiterInnen in Cananea, erreichten die Mineros im Bundesstaat Coahuila sehr früh die Anerkennung ihrer gewerkschaftliche Organisation, der Unión Minera Mexicana, die 1911 gegründet worden war und verschiedene lokale Gewerkschaften zusammenschloss. Auch dort war der Einfluss der PLM sehr stark und mit ihr die Kampfstrategie des Anarchosyndikalismus. In weiterer Folge kam es jedoch zu einer internen Spaltung, als ein Teil die Truppen Maderos gegen die Orozquista-Revolution unterstützen wollte, während eine radikalere Gruppe jegliche politische Kollaboration ablehnte, da sie den Intentionen Maderos, aufgrund seiner unternehmerischen Herkunft, misstrauten (ebd. 151f).

3.2. Die BergarbeiterInnen und die Mexikanischen Revolution

3.2.1. Die Beteiligten an der Mexikanischen Revolution

Um die folgenden politischen Schachzüge zwischen den revolutionären Regierungen und den ArbeiterInnen zu verstehen, ist es zunächst notwendig, die Zusammensetzung der AkteurInnen der Mexikanischen Revolution genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die revolutionären Truppen im Norden Mexikos waren sehr heterogen, weil sich darin sowohl traditionelle BäuerInnen, ein neues agrarisches und industrielles Proletariat, lokale Caudillos und VertreterInnen der Mittelklasse wiederfanden. Den Großteil stellte das agrarische Proletariat, das zwar mehr verdiente als die traditionelle BäuerInnenschaft, jedoch sah es sich mit einer konstant prekären Arbeitssituation konfrontiert, die häufige Migrationsbewegungen zur Folge hatte:

In La Laguna¹⁵ verweilten einige Arbeiter (so genannte „Zeitarbeiter“) in der Nähe der Baumwollfarmen und versuchten Gelegenheitsjobs zu finden, manchmal in der Industrie oder dem Bergbau, manchmal auf den Farmen, die andere Produkte ernteten. Andere wiederum wurden zu permanenten Migranten. (Katz 2012: 32)

In diesem Sinne darf das Bergbauproletariat keinesfalls als eine klar definierte soziale Gruppe gedacht werden. Wie im Fall der Baumwollplantagen der La Laguna, war die Arbeitssituation in den Bergwerken sehr instabil. Wenn es einen negativen Zyklus gab, kündigte das Unternehmen seine Belegschaft und legte die gesamte Anlage still (*lock-out*), um sie wenige Monate später, sobald sich der Rohstoffmarkt wieder erholt hatte, erneut zu öffnen. Bei der Belegschaft handelte es sich um eine soziale Gruppe, die von Gelegenheitstätigkeiten sowohl in der Landwirtschaft, wie der Industrie lebte. Gleichzeitig wirkte sich die konstante Migration als eine Überlebensform auf die familiären Beziehungen aus, d.h. diese Gruppe hatten nicht den sozialen Rückhalt der Großfamilie, die für gewöhnlich in Krisenzeiten die Bedürfnisse abfederte (ebd.). In Folge war es ein Leichtes, sie

¹⁵ Städtisch-industrieller Ballungsraum rund um die Stadt Torreón im Bundesstaat Coahuila.

für das revolutionäre Heer zu rekrutieren, zumal ihnen die Anliegen der Revolution auch entgegenkamen.

Der wirtschaftliche Aufschwung der ausländischen Unternehmen, bedingt durch die Ausbeutung mexikanischer Bodenschätze, rief nicht nur den Unmut der schlecht bezahlten ArbeiterInnenschaft hervor, sondern auch jenen der traditionellen GroßgrundbesitzerInnen in Coahuila und Sonora, die sich in ihrer Macht beschnitten sahen. Ihre VertreterInnen führten die revolutionären Truppen an:

In Coahuila war die Bewegung stark von der Opposition der alten Großgrundbesitzer kontrolliert, deren Hauptbestrebung, die Erlangung der Macht auf nationaler Ebene, kurz vor der Vollendung stand. Die Anführer, Madero und alliierte Ex-Reyistas, ebenso wie Venustiano Carranza und Felicitas Villareal beabsichtigten die Revolution ausschließlich über politische Kanäle zu lenken und im Vorhinein weitreichende Sozialreformen zu verhindern. Ihre Anhänger umfasste eine sehr heterogene Gruppe, bestehend aus Gutsbesitzern, Vertreter der Mittelschicht, arbeitslosen Arbeitern, von ihren Ländereien vertriebene Bauern und Tagelöhner. (ebd. 56)

Der Nationalismus diente als ein von allen geteilter Wert, darüber hinaus gab es jedoch kaum Gemeinsamkeiten zwischen den Interessen der Mittelschicht, der GutsbesitzerInnen, die das neue nationale und politische BürgerInnentum stellten, und den Zielen der ArbeiterInnen und BäuerInnen. Im Fall der Bundesstaaten Chihuahua und Morelos war diese Trennung von Anfang an sehr klar, denn dort beteiligten sich die GroßgrundbesitzerInnen nicht an der revolutionären Bewegung und die Revolte nahm einen anderen Kurs. Unter den drauffolgenden Regierungen bis zu jener von Lázaro Cárdenas wurde diese Kluft immer sichtbarer und sie versuchten diese über institutionelle Wege zu überbrücken, welche den VertreterInnen der populären Klassen theoretisch einen Raum zur Mitsprache gaben, jedoch in der Realität kaum Einflussmöglichkeiten auf einer größeren politischen Ebene zuließen. Somit versuchten die revolutionären AnführerInnen bürgerlicher Herkunft sich die Unterstützung der ArbeiterInnen und BäuerInnen zu sichern, ohne ihnen große politische Macht abtreten zu müssen.

3.2.2. Die Arbeitspolitik Francisco I. Maderos

Der mexikanische Präsident Francisco I. Madero (1911-1913) war hinsichtlich der Frage des politischen Mitspracherechts der ArbeiterInnenschaft eine moderate Figure. Auch er war ein Großgrundbesitzer, jedoch folgte er philanthropischen Idealen, die er auf seinem Landgut umgesetzt hatte, wo die BäuerInnen einen weit höheren Lebensstandard genossen. Dies äußerte sich u.a. in einer besseren Bezahlung, der medizinischen Versorgung und der Bildung, die ihnen zukam. Seine sozialen Vorstellungen waren jedoch von einem Paternalismus geprägt, der als solches niemals das System in Frage stellte. So war die Agrarreform, die das Recht auf Land für alle BürgerInnen vorsah, kein Teil seines politischen Programms (ebd. 52f).

Seine Regierung war für die BergarbeiterInnen insofern wichtig, weil sie ihnen politische Rückendeckung gewährte, um eine Streikserie in die Wege zu leiten, welche eine Verbesserung der Sicherheitsbedingungen in den Minen forderte. So ereignete sich eine der tragischsten Grubenunglücke in Mexiko im September 1910 im Bergwerk Las Esperanzas, bei dem 300 Bergleute verschüttet wurden (González Cortes 1987: 138). Nur mit der politischen Rückendeckung Maderos kann die Anerkennung der Unión Minera Mexicana von 1911 erklärt werden, ebenso wie die Schaffung des Arbeitsministeriums unter seiner Amtszeit (Sariego; Reygadas 1988a: 131). Auch die Casa del Obrero Mundial¹⁶, die v.a. Handwerksgewerkschaften zusammenschloss, wurde unter seiner Regierung gegründet. Obwohl Francisco I. Madero die Verbesserung der Arbeitersituation anstrebte, hatte seine Regierung nicht genügend Unterstützung, um dieses Vorhaben umzusetzen. Im Fall der Bergwerke gelang es ihm nicht, den von den Unternehmen eifersüchtigst überwachten Raum der Enklaven politisch zu durchdringen. Aus diesem Grund erklärt sich auch das Fortbestehen des Anarchosyndikalismus.

¹⁶ Haus des Weltarbeiters. Ideologisch anarchistisch orientierter Gewerkschaftsbund.

3.2.3. Die Arbeitspolitik Victoriano Huertas

Es braucht wohl weniger Erklärungen, um zu begreifen, dass sich die Situation der ArbeiterInnen unter der Regierung des von den USA unterstützten Kontrarevolutionärs Victoriano Huerta (1913-1914) nicht verbesserte. Jedoch wirkten sich auch die revolutionären Bewegungen negative auf ihre eigenen Anliegen aus, denn die Rohstoffförderung und die Güterproduktion kamen landesweit ins Stocken, was sich auch am Arbeitsmarkt abzeichnete. Die beiden Stahlwerke, die Fundidora Monterrey und die Consolidada, standen zwischen 1914 und 1915 aufgrund von Zulieferproblemen still, weil die Eisenbahn, deren Schienennetz von den RevolutionärInnen bewusst zerstört worden war, kaum funktionierte. In weiterer Folge mussten auch die Kohlebergwerke, die die Stahlunternehmen belieferten, aus demselben Grund die Förderung einstellen (ebd. 82). Ironischerweise brachte diese Situation gerade den Unternehmen wieder besondere Vorteile, da dieser Umstand den Preis der Minen drosselte und diese somit billiger zu erwerben waren. Friedrich Katz zitiert in diesem Zusammenhang in seinem bekannten Buch „Der geheime Krieg in Mexiko“ den Verwalter einer US-amerikanischen Bergbaugesellschaft:

Das Chaos nützt uns somit; Die Grubenfelder sind billig und die Konkurrenz gering (Katz 2010: 561).

3.2.4. Die Arbeitspolitik Venustiano Carranzas

Der Präsident Venustiano Carranza (1914-1920) etablierte schließlich ein Muster in der Arbeitspolitik, das sich unter den postrevolutionären Regierungen oft wiederholen sollte, es handelt sich um die strategische Allianz mit dem ArbeiterInnensektor zur Erreichung konkreter politischer Ziele, die jedoch zumeist auf dessen Kosten ging. Sobald letztere die Erfüllung der gemachten Versprechen einforderten, wandte sich der Präsident mit legalen und gewaltsamen Mitteln gegen seine vormaligen Verbündeten.

In Anbetracht der schwierigen Situation, die 1915 in Mexiko herrschte (die Revolution hatte einen anderen Kurs eingeschlagen, Francisco Villa und Emiliano Zapata verfolgten eigene Pläne), musste sich Carranza nach neuen Alliierten umsehen, die er in den ArbeiterInnen der Casa del Obrero Mundial fand. Mit dem Versprechen, Gesetze zu Gunsten der ArbeiterInnenschaft durchzubringen, gelang Carranza die Aufstellung Roter Bataillons, die er

gegen die BäuerInnenschaft in den Kampf schickte (ebd. 312). Als jedoch die Arbeitslosigkeit und die Armut zunahmen und die ArbeiterInnen seitens der Regierung keine Bemühungen zur Verbesserung ihrer Lage sahen, organisierten sie in verschiedenen Städten Streiks. Die Reaktion Carranzas war brutal, er befahl dem Heer die Gewerkschaftsgebäude zu besetzen, erklärte die Casa del Obrero Mundial illegal, erließ Gesetze, die die Organisation von Streiks mit der Todesstrafe ahndeten und warf die AnführerInnen der Proteste ins Gefängnis (ebd. 335).

Der jedoch wichtigste politische Schritt Carranzas war die Ausarbeitung der nach wie vor gültigen Verfassung. Hinsichtlich der Arbeitspolitik ist dabei besonders der Artikel 123 zu erwähnen, der bis heute Bestand hat. Dieser sah viele Verbesserungen für die ArbeiterInnen vor, wie den 8 Stunden-Arbeitstag, einen gerechten Mindestlohn, die Reglementierung der Arbeitsbedingungen, Arbeitspausen usw., die bei den Bergbauunternehmen auf großen Widerstand stießen. Gleichzeitig beinhaltet dieser Verfassungsartikel einen speziellen Absatz, der die gesetzesprechende Gewalt des Staates in Arbeitsrechtsangelegenheiten verankert (Sariego, Reygadas 1988a: 134f). Mit der Errichtung des staatlichen Schiedsgerichtes für Fragen des Arbeitsrechts, Junta de Conciliación y Arbitraje, war ein Instrument geschaffen worden, welches es dem Staat in Zukunft erlauben sollte, den geschlossenen Raum der Bergbauenklaven zu durchdringen und mit der absoluten Macht der Unternehmen in diesen Gemeinden zu brechen. Dieses Instrument sollte je nach politischer Konjunktur und der daran gekoppelten Interessenslage des Staates mal die ArbeiterInnenschaft, mal die UnternehmerInnenschaft begünstigen. Gleichzeitig wurden so die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen in Rechtsstreitigkeiten verwandelt (Sariego 1988b: 165).

Der Verfassungsartikel 27 hatte ebenfalls große Auswirkungen auf den Bergbau, weil darin die Kontrolle des Staates über den Boden, welche die Konzessionsvergabe miteinschließt, geregelt ist. Außerdem versuchte Carranza den Gold- und Silberexport mit Steuern zu belegen, um so den Bergbau nicht ausschließlich der Willkür der großen Konzerne zu überlassen (Sariego; Reygadas 1988a: 60f).

Obwohl eine Vielzahl von gesetzlichen Initiativen zur Stärkung der Rolle des Staates im Bergbau initiiert worden waren, verstrichen dennoch einige Jahre bis zu deren Umsetzung:

Es kann geschlussfolgert werden, dass die Mexikanische Revolution einen Wendepunkt für die den Bergbau betreffende Gesetzgebung darstellt. Sie repräsentiert einen Bruch mit den Gesetzen liberalen Charakters, die in der Praxis die Entstehung eines vom ausländischen Kapital dominierten Bergbaus gefördert hatten. Mit der Mexikanischen Revolution entstehen juristische und soziale Konzepte, die versuchen, die Bodenschätze für die Nation wiederzugewinnen. Dennoch muss zugegeben werden, dass dieser Versuch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts keine konkrete Gestalt annahm. Es wurden unterschiedlichste Anstrengungen unternommen, um die verfassungsrechtlichen Konzepte genauer zu erläutern und anzuwenden, jedoch folgte der Bergbau seiner eigenen Dynamik, die vom Weltmarkt und den in den Bergbauklaven geschaffenen sozialen Beziehungen bestimmt war. Die ersten revolutionären Regierungen beschränkten sich darauf, steuerliche Maßnahmen auszuarbeiten, ohne die Struktur des Industriezweiges wesentlich zu verändern. (ebd. 62f)

3.3. Verfestigung des postrevolutionären Systems

3.3.1. Die Unión Minera Mexicana

Eine der ersten institutionalisierten Annäherungsversuche zwischen ArbeiterInnen und Regierung war die Gründung der Regionalen Mexikanischen Arbeitsföderation (Confederación Regional Obrera Mexicana - CROM) 1918 in Saltillo, welche direkte Unterstützung vom Gouverneur von Coahuila erfuhr. Die Unión Minera Mexicana (UMM) war eine der wichtigsten Mitgliedsorganisationen und stellte 21 der 120 Delegierten (ebd. 139). Dennoch blieb die Beziehung zwischen der UMM und der CROM immer problematisch, v.a. wegen der engen Verbindung des Repräsentanten der CROM, Luis Morones, zur Regierung, die u.a. dazu führte, dass 1923 der von der UMM organisierte Streik im Kohlerevier verboten wurde. Kurze Zeit später sollte es zum Bruch zwischen beiden Vereinigungen kommen.

Auch die Tatsache, dass der EisenbahnerInnenstreik von 1926 und 1927 für illegal erklärt wurde, ist auf den Einfluss der CROM zurückzuführen. Dieser Aspekt ist insofern wichtig, weil

viele der dabei arbeitslos gewordenen EisenbahnerInnen Arbeit in den Minen des Kohleabbaugebiets fanden. Die dort gegründeten Sektionen zeichneten sich durch einen kämpferischen Charakter aus und trugen zur Gründung der nationalen Bergbaugewerkschaft bei (Sariego 1988b: 179).

Obwohl die Beziehung zwischen der CROM und der UMM konfliktreich war, schwächte deren Vereinigung den Anarchosyndikalismus, der in den folgenden Jahren durch einen anwachsenden Institutionalismus ersetzt wurde.

Parallel zur CROM wurden auch die ersten UnternehmerInnenverbände gegründet, 1917 die Handelskammer (Confederación Nacional de Cámaras de Comercio – CONCANACO) und 1918 die Industriellenkammer (Confederación de Cámaras Industriales de los Estados Unidos Mexicanos – CONCAMIN). Beide Vereinigungen wurden ebenfalls auf Betreiben des Präsidenten Carranzas ins Leben gerufen, um so der Ablehnung des Unternehmenssektors gegenüber der Revolution und der neuen Verfassung einen institutionellen Mantel umzuhängen (Puga 1993: 124).

3.3.2. Die Arbeitspolitik der Gruppe Sonora¹⁷

In den darauffolgenden Jahren der Präsidentschaft Álvaro Obregons (1920-1924) kam die Arbeitspolitik der Gruppe Sonora, welche Plutarco Elías Calles schon während seiner Amtszeit als Gouverneur besagten Bundesstaats angewandt hatte, zum Tragen. Sie beschreibt eine „Strategie gegenüber Arbeitsproblemen, die gleichzeitig darauf gerichtet ist, die Willkür der ausländischen Unternehmen in Zaum zu halten und einen Pakt mit den Gewerkschaftsorganisationen einzugehen, um den Anarchosyndikalismus auszumerzen“ (Sariego 1988a: 133). Bereits Carranza hatte diese Taktik zur Anwendung gebracht und sie blieb in der Gewerkschaftspolitik bis Mitte des 20. Jahrhunderts eine gängige Praxis. Sie zeichnete sich zeitweise durch einen aggressiven, zeitweise durch einen moderaten Charakter aus. Sie integrierte den ArbeiterInnensektor in das neue postrevolutionäre System, aber mit der Absicht den Anarchosyndikalismus zu eliminieren, der als Gefahr für

¹⁷ Zu dieser zählen Álvaro Obregón, Plutarco Elías Calles und Adolfo de la Huerta. Allesamt Caudillos der Mexikanischen Revolution, die später das Präsidentenamt übernehmen sollten und aus dem Bundesstaat Sonora kamen.

den neuen Staat gewertet wurde, weil er die Fundamente der neuen politischen Klasse in Frage stellte und teils gewaltsame Formen annahm. Der spätere Präsident Plutarco Elias Calles prägte diese Strategie am meisten. Als 1917 die neue Verfassung in Kraft trat, begann Calles – noch Gouverneur von Sonora – die Hexenjagd auf die Mitglieder der International Workers of the World (IWW) und befahl die Hinrichtung Lázaro Gutiérrez de Lara, einer der Anführer des Streiks von Cananea 1906 (ebd. 138). Während seiner Präsidentschaft bemühte er sich um die Kooperation mit der CROM und ernannte deren Repräsentant, Luis Morones, zum Minister für Industrie, Handel und Arbeit. In arbeitsrechtlichen Fragen trieb er eine Zentralisierung einerseits mit der Gründung des nationalen Schlichtungs- und Schiedsgericht (Junta Federal de Conciliación y Arbitraje) voran, das es zuvor nur auf bundesstaatlicher Ebene gegeben hatte, und andererseits durch das Bergbaugesetz, das nun die Kompetenz des Staates in besagtem Industriezweig festschrieb (ebd. 141).

Der Bruch des Pakts mit der CROM kam 1928, als der wiedergewählte Präsident Álvaro Obregon ermordet wurde. Die Repräsentanten der damaligen mexikanischen ArbeiterInnenpartei (Partido Laborista Mexicano – PLM), politischer Arm der CROM, waren zuvor gezwungen worden für die Reform der Verfassungsartikel 82 und 83 zu stimmen, welche die Wiederwahl Obregons zum Präsidenten ermöglichen sollte. Morones war mit diesem politischen Schachzug nicht einverstanden gewesen und suchte Obregon persönlich auf, um ihn zur Einlösung seine Versprechungen gegenüber den ArbeiterInnen, die ihn zuvor unterstützt hatten, aufzufordern:

Obregon wurde eine totale Unterstützungserklärung für die Arbeiterbewegung abverlangt, mit der Erinnerung an Calles Versprechen von 1924, dass er eher in die „rot-schwarze Fahne“¹⁸ gehüllt fallen würde“, als die Arbeitermassen zu verraten und Obregon antwortete frei: „Meine Kandidatur als Präsident der Republik stützt sich nicht auf die Versprechen, die zuvor ausgesprochen wurden, um den Sehnsüchten der Arbeiterklassen aus Stadt und Land zu schmeicheln... Keine Versprechen mehr: Die Nation kennt nun unsere Ansichten.“ Am 30. April erklärte Morones dem Caudillo von Sonora den Krieg. (Córdova 1992: 14)

¹⁸

In Mexiko ist die rot-schwarze Fahne der symbolische Ausdruck des Arbeiterstreiks

Der Vorwurf Morones zeigt, dass die Macht Obregons noch nicht konsolidiert war, obwohl sich dieser nach besagten Reformen in seiner politischen Position sicher glaubte.

Die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten diente im Zuge des politisch bereits aufgeheizten Klimas zwischen der ArbeiterInnenfraktion und den Anhängern Obregons als Vorwand, um die Mitglieder der PLM aus der Regierung zu werfen. Es gab keine Beweise, die die Involvierung Morones und der Mitglieder der ArbeiterInnenpartei in das Verbrechen bestätigt hätten, aber da sie der Regierung ungemütlich geworden waren, nützte man sie als Sündenböcke:

Calles musste seine politische Verbindung zur Arbeiterpartei opfern, indem er sie aus der Regierung ausschloss und öffentlich mit ihr brach. Ihn selbst betreffend, offenbart Portes Gil¹⁹ in seinen Memoiren, dass er niemals glaubte, dass Morones verantwortlich für den Tod Obregons gewesen wäre, jedoch war er ein ideales Opfer, um die Gemüter zu beruhigen. (ebd 19f)

3.3.3. Die Arbeitspolitik des Maximats²⁰

Die darauffolgenden Jahre des Maximats zeichneten sich durch ein zunehmendes Auseinanderdriften der Interessen der politischen Herrschungsklasse von jenen der Bevölkerungsmehrheit aus. Plutarco Elías Calles versuchte mit der Gründung einer neuen nationalen Einheitspartei, der Nationalen Partei der Revolution (Partido Nacional de la Revolución – PNR), der Zersetzung der revolutionären Kräfte Vorschub zu leisten und erklärte zeitgleich das Ende der Epoche der Revolutionscaudillos und den Beginn des Institutionalismus. Man ließ dennoch die gesellschaftlichen Sektoren außen vor, die den Großteil der revolutionären Truppen gestellt hatten, und in der Partei wurden nur jene RevolutionärInnen eingegliedert, die bereits bestimmten politischen Gruppen oder Parteien angehörten. Aus diesem Grund wurde die PNR oft auch als „Nachfolgerin der Caudillos“ bezeichnet (ebd. 34). Erst mit dem Cardenismus und der Eingliederung aller populären Sektoren in die Einheitspartei sollte sich diese politische Konstellation ändern.

¹⁹ Portes Gil wurde nach der Ermordung Obregons Präsident von Mexiko.

²⁰ Das Maximat beschreibt die historische Periode von der Ermordung Álvaro Obregons bis zum Amtsantritt Lázaro Cárdenas (1928-1934). Innerhalb dieser sechs Jahre folgten drei verschiedene Präsidenten in kurzen Abständen aufeinander, während die eigentliche Macht auf den Ex-Präsidenten Plutarco Elías Calles konzentriert blieb, der als Parteivorstand der neu gegründeten PNR die eigentliche Politik diktierte.

Zwischenzeitlich war es Calles mit der Gründung der PNR gelungen, ein politisches Instrument zu schaffen, das es ihm erlauben sollte, als „Oberster Befehlshaber der Revolution“²¹ auf alle politischen Geschäfte Einfluss zu nehmen. Als solcher hatte er mehr symbolische Macht, als faktische Gewalt, trat er doch „nur“ im Namen der Partei als Sprecher der RevolutionärInnen für ihre Anliegen ein (ebd. 35). Diese Taktik, die auch als eine wichtige metakonstitutionelle Macht gilt, sollte es den späteren Präsidenten der PRI (Partido de la Revolución Institucional²²) erlauben, ihre politische Macht über einen einfachen Präsidialismus hinaus zu konsolidieren, denn die verpflichtende Parteimitgliedschaft der später gegründeten korporatistischen Organisationen, erlaubte eine zusätzliche Einflussnahme über die Instrumentalisierung der parteiinternen Machtstrategien. In der Arbeitsfrage kann das Maximat v.a. als eine Epoche beschrieben werden, die dem ArbeiterInnensektor auf sehr autoritäre Weise begegnete, während sich dieser, bedingt durch die Wirtschaftskrise von 1929, schweren Zeiten stellen musste. Als das wichtigste Ereignis in diesem Zusammenhang gilt die Erlassung des Nationalen Arbeitsgesetzes (Ley Federal del Trabajo).

Die Krise von 1929 beschreibt die wichtigste politische Zäsur dieser Jahre. Im Bergbau waren die Konsequenzen nicht unmittelbar spürbar und machte sich erst im Folgejahr bemerkbar, als die Rohstoffpreise²³ in den Keller sanken und mit ihnen die Produktion. Die Rohstoffförderung fiel in Mexiko zwischen 1930 und 1932 durchschnittlich um 16,6% pro Jahr. Die Auswirkungen der Krise auf den mexikanischen Bergbau stellte die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland klar unter Beweis, wenn man zudem bedenkt, dass 85% der Minen in ausländischem Besitz waren und 75% davon dem US-amerikanischen Kapital zufließen (Sariego; Reygadas 1988a: 148). Es bedarf wohl weniger Erklärungen, um zu verstehen, dass diese Krise verheerende Auswirkungen auf die Bergbauklaven und das

²¹ „Jefe Máximo de la Revolución“

²² Die PNR wurde später in PRI umbenannt.

²³ **Prozentualer Rückgang der Metallpreise 1930-1932**

JahrSilberZinkBlei Kupfer1929-1930-28%-30.03%-19.25%-28.30%1930-1931-17.84%-20.10%-23.09%-37.48%1931-1932-2.81%-20.98%-25.05%-31.55%**Durchschnitt**1930-1932-16.21%-20.68%-22.46%-32.44%Quelle: Sariego; Reygadas (1988a): El Estado y la Minería en México. Política, Trabajo y Sociedad durante el Siglo XX. México, D.F., Fondo de Cultura Económica. 148.

Leben der ArbeiterInnen dort hatte. Die Reaktion der Unternehmen zeichnete sich schon wie unter dem Porfiriat durch einen massiven Stellenabbau oder die direkte Stilllegung der Zechen aus. Trotz legaler Reglementierungen durch das Bergbaugesetz konnten die Folgen der Krise kaum abgefedert werden und die Arbeitslosenquote unter den Bergleuten, die 1931 26% erreichte, blieb hoch (ebd. 149). Es kam zu einer Reihe von Streiks, die sich auch auf andere Wirtschaftssektoren ausdehnten. Für die ArbeiterInnen bedeutete die Arbeitslosigkeit, der totalen Armut ausgeliefert zu sein, weil es aufgrund der Krise auch keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten gab und die ArbeitgeberInnen für gewöhnlich keine Abfindungen zahlten. Die zahlreichen Streiks stießen auf ein absolutes Unverständnis seitens der Regierung, die davon überzeugt war, dass Mexiko die Krise nur dann überwinden könnte, wenn das Land für Investitionen attraktiv genug gemacht würde.

Es ist von entscheidender Wichtigkeit, die Bedeutung der Wirtschaftskrise von 1929 für die ArbeiterInnen und den neuen mexikanischen Staat zu verstehen, zumal sie auch weltweit zur Radikalisierung in der Bevölkerung beitrug. Sie stellte unter Beweis, dass der Kapitalismus nicht den Wohlstand aller garantieren konnte, gleichzeitig hatte die massive Industrialisierungswelle der letzten Jahrzehnte zu einem exponentiellen Wachstum des Proletariats beigetragen, welches seither nach politischer Mitbestimmung strebte. Schließlich hatte die Russische Revolution von 1917 gezeigt, dass es auch möglich war, den Kommunismus, der bereits auf der ganzen Welt, einschließlich Mexiko, an AnhängerInnenschaft gewann, als politische Ideologie zu implementieren. In Mexiko waren die kommunistischen Kräfte im Aufwind und teilweise waren sie bewaffnet, was Grund genug für die Regierung war, sie zu verbieten und zu verfolgen (Córdova 1992: 72). Während der Präsidentschaft Ortiz Rubios (1930-1932) hatte die anti-kommunistische Politik weiterhin Bestand, während sich die wirtschaftliche Situation nicht entspannte. Obwohl die Bevölkerungsmehrheit den Kommunismus nicht direkt unterstützte, war ihr Unmut sehr deutlich spürbar, wie die zahlreichen Streikbewegungen beweisen, und da sich außerdem die ökonomische Lage nicht verbesserte, stand die Legitimität des noch jungen politischen Systems auf dem Spiel, während sich am politischen Horizont die Alternative des Kommunismus abzeichnete.

Im Rahmen dieser Ereignisse wurden zwei wichtige Maßnahmen beschlossen, einerseits die aktive Beteiligung der Massen an der Produktion und andererseits die Verkündung des Nationalen Arbeitsgesetzes.

Erster Punkt war nie Bestandteil der politischen Stoßrichtung Elías Calles und der Regierungen des Maximats gewesen, sondern wurden von den Gouverneuren von Michoacán, Hidalgo und Veracruz initiiert, die nach einer Strategie suchten, um die Arbeitslosigkeit und die Armut einzudämmen. Sie trieben eine Politik der Enteignung von hoch verschuldeten Unternehmen voran, um deren Anlagen den ArbeiterInnen zu übergeben, die sie als Kooperativen weiterführen sollten. Der wohl bekannteste Fall ist die Zementfabrik Cruz Azul²⁴ (ebd. 89f).

Die Regierung Ortiz Rubios widmete sich schließlich dem Erlass des nationalen Arbeitsgesetzes (Ley Federal del Trabajo - LFT). Das Projekt wurde schnellst möglich von der Regierung, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat durchgebracht, und erst nach seiner Verabschiedung am 27. August 1931 publik gemacht (ebd. 92).

Sowohl die Form, in der das Gesetz beschlossen wurde, wie die Überbetonung des Staates, welcher seither als Vermittler die zentrale Rolle in der Arbeitspolitik einnimmt, wurden von UnternehmerInnen wie ArbeiterInnen gleichfalls kritisiert. In der Folge begannen die Bergbauunternehmen, die wegen der Zentralisierung der Rechtsprechung ihre Vormachtstellung in den Enklaven verloren hatten und den ArbeiterInnen trotzdem keine Rechte zugestehen wollten, eigene gelben Gewerkschaften zu gründen, wie die Gewerkschaft der Angestellten und Arbeiter von Cananea (Sindicato de Empleados y Obreros de Cananea) der CCCCo. oder die Industriegewerkschaft Manuel Altamirano (Sindicato Industrial Manuel Altamirano) der ASARCO (ebd. 206).

Für die ArbeiterInnen bedeutete das neue Gesetz ein herben Rückschlag, weil die Existenz einer Gewerkschaft ab diesem Zeitpunkt zu einem Willensakt der staatlichen Bürokratie wurde, denn mit der verpflichtenden Registrierung beim Arbeitsministerium (Art. 256), hatte der Staat Entscheidungsfreiheit über die Legalität der ArbeitnehmerInnenvertretungen.

²⁴ Neben CEMEX ist Cruz Azul der größte Zementproduzent in Mexiko mit einem gleichnamigen Fußballklub.

Sollte die Registrierung nicht bewilligt werden, war die beantragende Gewerkschaft keine legale Vertretung und verfügte somit auch über keine politischen Befugnisse. Sollte sie dennoch politisch aktiv werden, hatte der Staat alle Möglichkeiten, um gewaltsam gegen sie vorzugehen.

Ein anderer kritischer Punkt bezieht sich auf die Stimmenauszählung (recuento) (Art. 931), die eine Abstimmung unter den ArbeiterInnen eines Unternehmens über die Gewerkschaft, der sie sich anschließen möchten, festschreibt. Dieser Artikel gilt insofern als problematisch, weil er unternehmenseigenen Gewerkschaften (gelben Gewerkschaften) Tür und Tor öffnete und interne Spaltungen, welche von den ArbeitgeberInnen ausgenützt werden, vorprogrammiert sind.

Der wohl umstrittenste Teil des Arbeitsgesetzes bezieht sich auf die Definition legitimer Streikgründe (Art. 444-450). Alle nicht dezidiert angeführten Gründe gelten als illegal und wird mit polizeilicher Intervention geahndet. In diesem Sinne hat das staatliche Schlichtungs- und Schiedsgericht die Hoheit darüber, einen Streik zu einem subversiven Akt zu erklären oder eben auch nicht. Entscheidet es sich für ersteren Fall, gilt eine repressive Antwort als durchaus rechtskonform. Oberflächlich betrachtet, handelt es sich um ein rein juridisches Prozedere, jedoch war besagtes Gericht immer Andockungspunkt vieler Partikularinteressen und gilt heute als eine der korruptionsanfälligsten Institutionen überhaupt.

Aus diesem Grund verwundert die Reaktion der ArbeiterInnen auf besagtes Gesetz nicht. Die Aussagen des berühmten ArbeitnehmerInnenvertreter Rosendo Salazar, erscheinen wie ein Menetekel der mexikanischen Gewerkschaftsbewegung:

(...) alleinig die Stimmenauszählung (recuento) unter den Arbeitern wird deren wichtigste Eroberung, die Integrität des sozialen Zusammenhalts des Proletariats, zerstören, denn das Bürgertum wird versuchen, ihre eigene Gewerkschaftsbewegung zu organisieren, um so die revolutionären Arbeiter in einem fort, bis zur Ermordung der authentischen Arbeitsorganisation, aus ihren Geschäften zu beseitigen, und die Verteidigung der vertraglichen Bedingungen wird denjenigen, die sie ausführen, gleich hoch zu stehen kommen. Die Anführer werden manipulierend eingreifen. Die Streiks werden auf Gewinnstreben gerichtet sein. Der Gegenstreik wird einen Wert erhalten, den die professionellen Anführer in ersichtlicher Weise abschöpfen werden. Diese Korruption wird alle Sektoren durchwachsen, selbst jene, die bis dahin als mehr oder minder sauber galten. Die Gewerkschaft wird zu einem Tyrannen werden, wenn die

Ausschließungsklausel in vollem Maße zur Anwendung kommen wird, denn der Arbeiter wird seine Stimme nicht gegen seine Anführer erheben können. Alles wird auf bürokratischem Wege geregelt werden, sei es per Weisung, Korruption, Einschüchterung oder Unterwerfung. Damit die Arbeiterbewegung in diesem Sumpf der Desillusionen nicht erstickt, wird sie nach einem Rettungsanker greifen und dieser wird die bürgerliche Politik sein, welche im Namen der Revolution agiert. (Salazar in Córdova 1992: 114)

Gleichzeitig wurden die Spannungen innerhalb der CROM immer spürbarer. Die Marginalisierung des ArbeiterInnensektors, die seit 1928 mit dem Ausschluss aus der Regierung schrittweise von statten gegangen war, trug zu einer steigenden Animosität zwischen der Gruppe um Morones, die eine politische Zusammenarbeit anstrebte, und jener die den „Weg nach links“ ausriefen, bei. Aus den Reihen letzterer entstammte Vicente Lombardo Toledano²⁵. 1933 kam es zum Bruch mit der Gruppe um Morones und es entstand die „bereinigte“ (depurada) CROM, die eine „radikale Trennung zwischen gewerkschaftlichem und politischem Kampf“ (ebd. 155) proklamierte. Im selben Jahr wurde die Allgemeine Konföderation der Arbeiter und Bauern Mexikos (Confederación General de Obreros y Campesinos de México – CGOCM) gegründet mit einer zahlreichen Beteiligung wichtiger ArbeiterInnenkontingente. Sie war die Vorgängerorganisation der Arbeiterkonföderation Mexikos (Confederación de Trabajadores de México - CTM), jenem ArbeiterInnen Dachverband, der für die nächsten Jahrzehnte das korporatistische System Mexikos dominieren sollte (ebd. 164).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Elías Calles mit der Zentralisierung der Arbeitsfrage auch zu einer gesteigerten überregionalen Organisation des Gewerkschaftssektors beitrug, auch wenn er mit seinen politischen Manövern die ArbeiterInnen in vielerlei Hinsicht ausgenutzt hatte. Wie ich zuvor erklärt habe, fielen diese Überlegungen nicht vom Himmel, sondern begründeten sich in der Notwendigkeit des Systems selbst, die sozialen Problemen, die sich mit der Wirtschaftskrise von 1929 zunehmend verschärft hatten, in Angriff zu nehmen. In dieser Zeit entstand nicht nur der große ArbeiterInnen Dachverband (CTM), der bis heute Bestand hat, sondern auch das Gros

²⁵ Eine der wichtigsten marxistischen Arbeiterführer Mexikos des 20. Jahrhunderts

der Industriegewerkschaften. Lázaro Cárdenas regte noch als Gouverneur von Michoacán die Gründung zahlreicher Gewerkschaften an, die später zu seinen Verbündeten gegen Calles und gegen die UnternehmerInnen von Monterrey werden sollten und die ihm schließlich bei der Verstaatlichung des Erdöls treuen Beistand leisteten.

3.3.4. Die Gründung der Industriegewerkschaft der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus, der Metallurgie und Ähnliches der Republik Mexiko²⁶

Mitte der 30er Jahre wurde schließlich mit der Unterstützung des Gouverneurs von Coahuila, dem General Treviño, die nationale Bergbaugewerkschaft gegründet. Diese politische Figur strebte, ebenso wie Lázaro Cárdenas, die Präsidentschaft der Republik an und suchte gleichfalls politischen Rückhalt unter den ArbeiterInnen. Zu diesem Zweck koordinierte er sich mit dem Gouverneur von Hidalgo, da der Gründungsakt der neuen Gewerkschaft in Pachuca²⁷ stattfinden sollte. Es wurde eine ArbeiterInnenkommission des Unternehmens Real del Monte gegründet, die alle Bergbaugemeinden besuchen sollte, um Werbung für die neue Gewerkschaft zu machen.

Vor dem Hintergrund der internen Spaltung und Schwächung der CROM, hatten die Repräsentanten der BergarbeiterInnen bereits im Jänner 1934 einen „Ehrenpakt“ geschlossen. Dieselben Vertreter beriefen schließlich auch im April desselben Jahres die Konvention von Pachuca ein. Zu dieser kamen 27 verschiedene Gewerkschaften, die sich vorwiegend unter gremialistischen²⁸ Kriterien organisiert hatten, und gründeten die Industriegewerkschaft der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus, der Metallurgie und Ähnliches der Republik Mexiko. Zwei Monate später, am 11. Juni 1934 erhielt sie das offizielle Register (Sariego 1988b: 207f). Im Fall der Bergbaugewerkschaft, die sich durch eine Vielzahl kleinerer gremialistischer Organisationen, die traditionellerweise die Autonomie des Handwerks betonen und so die Zusammenarbeit mit ähnlichen Syndikaten

²⁶ Sindicato Industrial de Obreros y Empleados Mineros, Metalúrgicos y Similares de la República Mexicana (SITMMSRM). Dies war der offizielle Name der Bergbaugewerkschaft bis ihn Napoleón Gómez Sada 1974 in Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros, Metalúrgicos y Similares de la República Mexicana (SNTMMSRM), dem heutigen Namen, umwandelte.

²⁷ Hauptstadt des Bundesstaats Hidalgo

²⁸ Das ausschlaggebende Zusammenschlusskriterium dieser Gewerkschaften ist das erlernte Handwerk.

erschwerten, wurde diese Spaltung dank der Hervorhebung der gemeinsamen Ziele überwunden.

In ihren Statuten ist der Klassenkampf ein erklärtes Ziel:

Die Bergbaugewerkschaft erklärt, dass die Befreiung ihrer Mitglieder nur als Folgewirkung der Anerkennung der Klassenkampftheorie möglich ist, in Form der totalen Befreiung der ausgebeuteten Klasse Mexikos, und all jene Anstrengungen, die sie mittels eines vereinzelt und partikularen Kampfes, abgekapselt von der Gesamtheit der Handwerker und Intellektuellen, die für dieselben Prinzipien und Ziele kämpfen, umsetzen wollen, werden vergebens sein. (Statuten SNTMMSRM 2010: 2)

In der Einleitung finden sich außerdem Hinweise auf das Streben nach einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und die Positionierung als eine politische Akteurin mit einem klaren nationalistischen Geist, bereit für die Entwicklung des Landes zu kämpfen und die Ideale der Revolution weiterzutragen:

(...) unser Land gehört aufgrund seines wirtschaftlichen Regimes zu jener Gruppe, die als semikolonial bezeichnet wird und folglich besteht die gegenwärtige Etappe unseres sozialen Lebens aus einer nationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die darauf ausgerichtet ist, für Mexiko die Kategorie, einer in jeglicher Hinsicht freien Nation zu erreichen. (ebd. 3)

Von Beginn an hatte die Bergbaugewerkschaft eine sehr vertikale Struktur, die es ihrem nationalen Generalsekretär ermöglichte, seine Politik den einzelnen Sektionen zu diktieren. Diese Tatsache gewann an Brisanz, sobald die Regierung anfang besagte Anführer von oben zu bestimmten. Zusätzlich zur Eingliederung in die Einheitspartei, waren dies die entscheidenden Schwachpunkte, die die ArbeiterInnenvertretung zu einem politisch kontrollierbaren Organ der Regierung machte, mit dem Generalsekretär als Mittelsmann. Ursprüngliche Erfolge, wie die Verbesserung des Lebensstandards der ArbeiterInnen und die Verhandlungsmacht der SITMMSRM wurden zu Kontrollwerkzeuge, sobald die Gewerkschaft in das autoritäre System des Staates integriert worden war (Besserer et al. 1983: 36). Ab diesem Zeitpunkt wurden die Statuten von den Regierungen und den nationalen Generalsekretären benutzt, um ihre Politik zu diktieren. Die Sprache der Macht war in dieser

Konstellation sehr eindeutig, wer die Anordnungen von oben akzeptierte, wurde mit einem guten Lohn und attraktiven Zusatzleistungen, bis hin zu politischen Posten honoriert (San Juan Victoria 1987: 231), wer sie jedoch nicht befolgte, musste mit sehr harten Sanktionen rechnen, die bei lokalen Konflikten bis zum Ausschluss aus der Gewerkschaft und dem Verlust des Arbeitsplatzes reichten, bei nationalen Konflikten, bei denen die Interessen des Staates auf dem Spiel standen, mit der Repression durch Spezialeinheiten. Obwohl sich heute einige Aspekte dieses Modells verändert haben, gilt diese grundlegende Machtlogik nach wie vor.

3.3.5. Die Arbeitspolitik Lázaro Cárdenas

Um die Entwicklung der mexikanischen Bergbaugewerkschaft des postrevolutionären Regimes zu verstehen, ist eine tiefergehende Analyse des Sexeniums Lázaro Cárdenas von entscheidender Wichtigkeit, denn unter seiner Präsidentschaft wurde das korporatistische System gegründet, das von da an die Beziehung der Gewerkschaften zum Staat bestimmen sollte. Obwohl die Bergbaugewerkschaft gegenüber der korporatistischen Politik zunächst noch eine gewisse Autonomie aufrechterhalten konnte, war sie als Vertreterin eines wichtigen Teils der IndustriearbeiterInnen ein Grundpfeiler des neuen Staates.

Wie bereits erwähnt, war es die BäuerInnen- und ArbeiterInnenschaft, die die Präsidentschaftskandidatur Lázaro Cárdenas unterstützte. Cárdenas vertrat den Standpunkt, dass der revolutionäre Staat noch immer nicht konstituiert war, denn jene sozialen Schichten, die in ihrer Mehrheit die Revolution vorangetrieben hatten, die ArbeiterInnen und BäuerInnen, hatten sich noch nicht als politische Macht etabliert (Córdova 1992: 231). Seine Politik war von dem Bestreben geleitet, Mexiko in eine wahre Nation zu verwandeln und dafür war es notwendig, eine sich selbstgenügende Wirtschaft zu errichten, unabhängig von ausländischen Interessen, die bis dahin die Ökonomie und die Politik des Land diktierten. Da die nationale Wirtschaft unterentwickelt war, bemühte sich Cárdenas besonders um den Aufbau einer eigenen Industrie und um die Verstaatlichung von Schlüsselsektoren. Den Industriegewerkschaften kam dabei eine Schlüsselrolle zu, denn sie sollten diese patriotische Anstrengung Realität werden lassen.

Bevor Cárdenas gewählt wurde, näherte er sich der CGOCM, der wichtigsten ArbeiterInnenvereinigung jener Jahre, und ihrem Anführer, Lombardo Toledano, an. Letzterer, der sich nach dem Bruch mit der CROM von der Instrumentalisierung der Gewerkschaftsbewegung durch die Politik distanziert hatte, zeigte Sympathien für die Ideen Cárdenas. Er glaubte darin jene sozialistischen Ideale, denen er anhing, auszumachen und ließ schließlich den zuvor proklamierten Apolitismus bei Seite, um sich mit der CGOCM dem zukünftigen Präsidenten anzuschließen (ebd. 233).

Mit dieser Rückendeckung und jener der Mexikanischen Bauernkonföderation (Confederación Campesina Mexicana) gelang es Cárdenas, eine wichtige politische Stütze gegen Elías Calles aufzubauen. Der „Oberste Befehlshaber“ hatte Cárdenas zu seinem Nachfolger ernannt, weil er glaubte, in ihm einen treuen Gefolgen gefunden zu haben, dem er gleichsam wie seinen Vorgängern die Politik diktieren konnte. Der neue Präsident sollte diese Hoffnungen jedoch nicht erfüllen, sondern veranlasste eine Politik der Landverteilung und der Stärkung des ArbeiterInnensektors. Calles und sein ihm getreues Regierungskabinett erklärten sich offiziell gegen die Politik Cárdenas, während dieser zusätzlichen Rückhalt durch wichtige Generäle bekam (Meyer 2008: 854). So gelang es diesem schließlich, Calles ins Exil zu schicken und das Kabinett mit seinen eigenen Leuten zu besetzen, um sich eine politische Basis zu schaffen, die ihm bei der Auseinandersetzung mit der internationalen und der aus Monterrey stammenden UnternehmerInnenschaft Unterstützung leisten sollte.

Die mächtigen UnternehmerInnen Monterrey's sahen ihre Interessen von der stets wachsenden Macht des Proletariats an der Seite des neuen Präsidenten bedroht. Sie forderten den Rücktritt ihres Gouverneurs, Morales Sánchez, weil dieser das Arbeiterschiedsgericht (JCA) mit einem den roten Gewerkschaften wohlgesonnenen Personal besetzt hatte. Es kam zu einem offenen Konflikt, nachdem das JCA zu Gunsten der ArbeiterInnen der Vidriera²⁹, die einen neuen Kollektivvertrag forderten, entschieden hatte (León; Marván 1985: 74f). Es ist nicht verwunderlich, dass die ArbeiterInnen des besagten Unternehmens die politische Konjunktur nutzen, um einen besseren legalen Schutz zu

²⁹ Wichtigster Glashersteller Mexikos

fordern, aber aus Sicht der Unternehmen, die es gewohnt waren für „friedliche Arbeitsbeziehungen“ mit Hilfe des Paternalismus und gelber Gewerkschaften zu sorgen, klopfte der Kommunismus bereits an die Tür.

Cárdenas gab den Drohgebärden der UnternehmerInnenschaft aus Monterrey jedoch nicht nach, seine Absicht war es, ihnen seine tatsächliche Macht vor Augen zu führen und sie einer nationalistischen Politik, die der Wirtschaft keine Privilegien einräumte, zu unterwerfen. Wie wichtig ihm dieses Vorhaben war, beweisen die „vierzehn Punkte“, mit denen er seine Arbeitspolitik festmachte, in der er die weitreichende Rolle des Staates, die Zentralisierung der ArbeiterInneninteressen und die Beschränkung der Macht der Industriellen verankerte. Aufgrund der scharfen Sprache, die Cárdenas gegenüber den UnternehmerInnen verwendete, lohnt es sich einen Blick auf die Punkte 13 und 14 zu werfen:

13) Die Unternehmerklasse muss sich sehr in Acht nehmen, dass sich ihre Agitationen nicht in eine politische Banderilla verwandelt, denn dies würde uns zu einem bewaffneten Konflikt führen.

14) Die Unternehmer, die des sozialen Kampfes müde sind, können ihre Industrien den Arbeitern oder der Regierung übergeben. Dies wäre ein patriotischer Akt; die Stilllegung jedoch nicht.
(Cárdenas in: León, Marván 1985: 82)

Die Rückendeckung durch die CGOCCM beweist, dass die Drohung eines Generalstreiks durchaus greifbar war. Mit dieser Unterstützung sollte 1936 die Arbeiterkonföderation Mexikos (Confederación de Trabajadores de México – CTM) gegründet werden, während die CGOCCM aufgelöst wurde.

Nachdem Cárdenas seine Macht auf diese Weise konsolidiert hatte, machte er sich an den eigentlichen Plan, die wirtschaftliche Entwicklung Mexikos voranzutreiben, die v.a. in der Förderung der nationalen Industrie bestand. Diese beinhaltete zwei Aspekte, erstens die Schaffung eines Ejidalssystem, das als kollektiv verwaltete Landwirtschaft im Sinne eines Massenanbaus für den internen Agrarmarkt gedacht war und zweitens, die Förderung der nationalen Industrie, sowohl in den strategischen Branchen, als auch im verarbeiteten Sektor (Schuler 1998: 22f). Die Entwicklung der Landwirtschaft als zentraler Eckpfeiler der nationalen Ökonomie resultierte nach einigen schlecht ausgefallenen Ernten zusehends

schwieriger, womit die Förderung der nationalen Industrie an Wichtigkeit gewann. Cárdenas veranlasste einige Infrastrukturprogramme, die Verstaatlichung von Schlüsselsektoren und die Gründung eines Stahlwerks in Coahuila, Altos Hornos de México (AHMSA). Seine Politik brachte jedoch auch einen immensen wirtschaftlichen Aufschwung für die beiden schon bestehenden Stahlwerke (Fundidora Monterrey, La Consolidada), welche zu diesem Zeitpunkt die Nachfrage nicht mehr im Geringsten abdecken konnten.

Für die ArbeiterInnen waren dies die Jahre des Wohlstands und der politischen Emanzipation. Im Fall der Bergleute, die zu einem jener Industriesektoren gehörten, die noch für weitere Jahre in ausländischer Hand blieben, war der Wechsel dennoch spürbar, v.a. in Form der sie favorisierenden Intervention staatlicher Institutionen bei Arbeitskonflikten. Auf diese Weise wurde das Machtmonopol der Bergbaukonzerne in den Enklaven gebrochen und das Arbeitsgericht fällte zum ersten Mal in seiner Geschichte, Urteile zu Gunsten des Proletariats. Die zwei Schlüsselfaktoren, die dies möglich gemacht hatten, waren die überregionale Organisation der Bergleute mit Hilfe der neu gegründeten Gewerkschaft und das politische Momentum des Cardenismus.

Im Vergleich zu den nachfolgenden Regierungen, stützte sich die Allianz zwischen ArbeiterInnen und Staat auf ein gegenseitiges Interesse, welches jedoch in den nächsten Jahren zu einem Unilateralismus, mit einer klaren Beherrschungsstruktur, gerann. Das positive politische Klima des Cardenismus war auch in den Bergbauenklaven unmittelbar greifbar geworden. Im ganzen Land begannen sich die ArbeiterInnen zu organisieren, um Kollektivvertragsverhandlungen zu fordern. In vielen Fällen weigerten sich die Bergbauunternehmen, die neue ArbeiterInnenorganisation anzuerkennen, wie im Fall der Fundidora Monterrey und der Sektion 67 oder der CCCCo. in Cananea und der Sektion 65, welche erst 1936 einen legalen Status erhielten. In Folge brachen viele dieser Vereinigungen in Streiks aus, um ihre formelle Anerkennung einzufordern. So gab es 1935 beispielsweise 36 Streiks, an denen insgesamt 18.329 BergarbeiterInnen beteiligt waren (Sariego; Reygadas 1988a: 221).

Der Ausgang der Kollektivverhandlungen war zumeist sehr positiv für die Anliegen des Proletariats, weshalb nicht umsonst die vertraglichen Erfolge zwischen 1934 und 1938 als

„zentraler Kern der Arbeitererrungenschaften“ (ebd. 222) gewertet werden. In diesem Zusammenhang ist es durchaus erwähnenswert, die Ausschlussklausel, welche die Anstellung neuer ArbeiterInnen durch das Unternehmen kontrollieren sollte, zu nennen. Mit ihr sollte das Einschleusen feindlich gesinnte Personen in die Belegschaft durch die ArbeitgeberInnen vermieden werden. Auf diese Weise sollte der interne Zusammenhalt geschützt werden. Heute kommt dieser Klausel eine andere Bedeutung zu, denn die Gewerkschaften vertreten weit nicht immer die Interessen der ArbeiterInnen, sondern stehen ebenso unter dem Einfluss der Politik und der Wirtschaft. Dennoch ist es wichtig, sich die ursprüngliche Intention ins Gedächtnis zu rufen, also den Zusammenhalt unter den ArbeiterInnen zu wahren. Außerdem bietet diese Klausel einen rechtlichen Schutz des Arbeitsplatzes, der es den ArbeitgeberInnen erschwerte, seine Belegschaft zu kündigen, sollte dies dennoch geschehen, war eine Abfindung verpflichtend.

Andere Errungenschaften dieser Jahre beziehen sich auf die Beseitigung von Mittelsmännern/frauen, die Festschreibung der Beförderungskriterien nach Dienstjahren und nicht nach Kompetenzen, die Verpflichtung der ArbeitgeberInnen, Sicherheitsstandards zu gewährleisten, Arbeitsschichten von 8 Stunden und beträchtliche Lohnerhöhungen (ebd. 223). So wurde beispielsweise der Lohn der Bergleute zwischen 1934 und 1935 um 40% angehoben (ebd. 224).

Es ist zu beobachten, dass sich in der Veränderung dieser zentralen Vertragsklauseln auch ein Wechsel in den Arbeitsbeziehungen widerspiegelt: Die ArbeitgeberInnen konnten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr auf unilaterale Weise über ihre Belegschaft bestimmen und die Methode des Paternalismus war kein adäquates Instrument mehr, um die Umsetzung der Arbeiterrechte weiter hinauszuzögern.

Eine der wichtigsten Projekte der Bergbaugewerkschaft dieser Jahre war der Versuch, einen national einheitlichen Kollektivvertrag auszuhandeln, wie bei allen anderen nationalen Gewerkschaften bereits üblich. Aufgrund der Vielschichtigkeit der involvierten Unternehmen sollte sich dies als ein äußerst schwieriges Vorhaben entpuppen. Es gab zwar Verhandlungen mit den Unternehmen Peñoles und ASARCO, die jedoch wegen deren Unnachgiebigkeit scheiterten (ebd. 227). Der Versuch musste dem Plan der Regierung, das Erdöl zu verstaatlichen, weichen. Da der Großteil der Bergbaukonzerne US-amerikanischen Ursprungs

war, versuchte Cárdenas nun eine gemeinsame Front zwischen diesen und den Erdölunternehmen, die sich gegen seine Politik gerichtet hätte, zu unterbinden. In der Folge veränderte sich die Rhetorik des Arbeitsministeriums grundlegend, denn von nun an wurden die Streiks, die einen einheitlichen Kollektivvertrag forderten, für illegal erklärt (ebd. 228).

Obwohl 1944 mit Hilfe eines Generalstreiks das Projekt des einheitlichen Kollektivvertrags wieder aufgerollt wurde, war die interne Struktur der Bergbaugewerkschaft bereits etabliert, die einerseits aus einer großen Autonomie der lokalen Sektionen bestand, und andererseits aus einer viel strengeren internen Kontrolle durch den Nationalen Exekutivausschuss (Comité Ejecutvio Nacional – CEN), um diese Autonomie wieder einzudämmen (Bizberg 1983: 347). Diese Eigenschaften beschreiben sowohl die Stärke, wie die Schwäche der Bergbaugewerkschaft, da die Sektionen auf lokaler Ebene viel mehr Freiheiten haben, weil in jedem Kollektivvertrag die kommunalen Logiken und Bedürfnisse eingearbeitet werden können und dies erfordert gleichzeitig ein profunderes Wissen des Vertragsinhaltes seitens der lokalen GewerkschafterInnen. Die Kollektivverhandlungen dazu wurden jedoch immer in Mexiko Stadt geführt, wo sich das CEN, das Arbeitsministerium und die VertreterInnen der entsprechenden Unternehmen befinden. Der Lokale Exekutivausschuss (Comité Ejecutivo Local – CEL) der Gewerkschaft ist in seinem Umfeld stark, aber schwach, wenn er für Verhandlungen in die Hauptstadt fahren muss, weil er dort nicht den Rückhalt der Gemeinschaft hat und zudem dem Willen des nationalen Komitees ausgeliefert ist. Für das CEN, die VertreterInnen des Ministeriums und des Unternehmens sind diese Verhandlungen Routine, dabei ist das Paktieren allgemein üblich Praxis, jedoch nicht für das CEL. Die juristische Sprache und die Schnelligkeit mit der die Verhandlungen über den Tisch gehen, ist für die lokalen RepräsentantInnen nicht so einfach nachvollziehbar und wenn es darum geht, in einem bestimmten Punkt Druck auszuüben, sind sie ein leichtes Ziel für die Korruption, weil die geographische Distanz zu einem Schutzschild gegen den Zorn der eigenen Leute umgedeutet wird. Die Beschreibung solcher Verhandlungen von Eligio Espinza Ojeda, Sohn eines bekannten Gewerkschaftsführers in Cananea, in seinem Buch „Minero!“ verdeutlicht diese Problematik:

Die Gewerkschaftsführer mussten jedes Mal, wenn das Arbeitsministerium, deren Funktionäre in einer offenen Verschwörung mit den US-Amerikanern standen, darauf pochte, bis nach Mexiko Stadt reisen; in den meisten Fällen handelte es sich nur um Nichtigkeiten, nachdem sie die Angereisenten mehrere Tage lang haben warten lassen (...) Wenn sie (lokale Gewerkschaftler) zurückkamen waren sie müde, schmutzig, hungrig, entmutigt, mit einem Drei-Tage-Bart... und hatten nichts in den Händen. Alles, nur keine guten Nachrichten. Wieder nur das Übliche: Es konnte nichts geregelt werden... der Herr Anwalt war nicht da...der Arbeitsminister wollte uns nicht empfangen...wir wussten nicht, was wir sagen sollten ... sie erlaubten uns nicht einmal, zu sprechen. (Espinoza Ojeda 2006: 151f)

Einerseits ist die Kluft, die sich aus der internen Hierarchie der Bergbaugewerkschaft ergibt ihr großer Schwachpunkt, weil sie der Korruption und einer autoritären Politik Tür und Tor öffnet, andererseits, wenn Verhandlungen auf lokaler Eben stattfinden, liegt das CEL eindeutig im Vorteil und es kann so die Wahrscheinlichkeit eines für die ArbeiterInnen positiven Ergebnisses gesteigert werden.

Die Tatsache, dass es bis heute keinen nationalen Kollektivvertrag gibt, offenbart auch eine andere strukturelle Schwäche, nämlich den fehlenden Zusammenhalt zwischen den Sektionen. Obwohl die Solidarität an sich ein in der Gewerkschaft sehr betonter Wert ist, bleibt die Überarbeitung des Kollektivvertrags Angelegenheit der einzelnen Sektionen. Somit ist schnell klar, dass in der Verhandlungssituation die reale Macht der ArbeitnehmerInnen im Vergleich zu den Gewerkschaften mit einem nationalen Kollektivvertrag, jener der Unternehmen um Vieles nachsteht.

Während der ersten Jahre des Cardenismus waren die Schwächen der internen Struktur der SITMMRM noch nicht wirklich sichtbar, jedoch sollte sich dies schnell ändern, als mit der Nationalisierung des Erdöls ein politischer Wandel eingeschlagen wurde und die Regierung die ArbeiterInneninteressen zu beschneiden begann, indem sie die interne Hierarchie nun für ihre eigenen Angelegenheiten ausnutzte.

Die Enteignung der Erdölkonzerne war wohl die sensibelste Angelegenheit der Regierung Cárdenas, denn es stand das Kapital und die strategischen Interessen der wichtigsten

ausländischen Mächte jener Zeit auf dem Spiel. Der Präsident wusste die Vorwehen des Zweiten Weltkrieges, die alle Aufmerksamkeiten auf sich zogen, auszunutzen. So fand die Verstaatlichung der Erdölfelder am 18. März 1938, nur fünf Tage nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland (13. März) statt, als alle Augen auf Europa gerichtet waren.

Da der Präsident Sanktionen, besonders von Seiten der USA fürchtete, appellierte er an die nationale Einheit, eine Tatsache, die für den ArbeiterInnensektor weitreichende Folgen haben sollte. Kurze Zeit später, am 30. März benannte Cárdenas die Nationale Partei der Revolution (PNR) in Partei der Mexikanischen Revolution (Partido de la Revolución Mexicana - PRM) um und integrierte ArbeiterInnen-, BäuerInnen- und populäre Sektoren in Form eines korporatistischen Systems in das Regime. Ab diesem Zeitpunkt nahm auch der Nationale Exekutivausschuss der SITMMRM eine viel autoritärere Haltung ein. Dies zeigte sich beispielsweise als der erste Generalsekretär, Agustín Guzmán, 1936 auf unilateralem Wege die Einbindung der Bergbaugewerkschaft in die CTM (Sariego 1988b: 245), aus der sie kurze Zeit später wieder austrat, beschloss. Die Entscheidung, die jedoch von weit größerem Gewicht sein sollte, war die Integration in die Einheitspartei PRM, ein Umstand, der sich bis heute in den Statuten wiederfindet. Mit der Mitgliedschaft bei der Einheitspartei unterzeichnete die Bergbaugewerkschaft gleichsam das Ende ihrer Autonomie und die Unterwerfung unter den Willen der Regierung. Die Aufstiegsmöglichkeiten über die Partei sollten zu einem politischen Manipulationsinstrument werden und standen nur jenen ArbeiterInnen offen, die dem Regime zuarbeiteten:

Die Einbindung der Gewerkschaft in die offizielle Partei hatte unheilvolle Auswirkungen. Was nach Agustín Guzmán eine Möglichkeit zur Verteidigung der Arbeiterrechte sein sollte, verwandelte sich in eine Kriegsbeute, um die sich verschiedene Gruppen innerhalb der Gewerkschaft streiten sollten: in den meisten Fällen, oblag es diesen nicht, ihren Favoriten als Kandidat der Partei aufzustellen, sondern es blieb ein Privileg der Parteiführung der PRM jene mit einem Abgeordnetensitz zu prämiieren, die der Partei oder einem Regierungssektor dienlich sein sollten. Mit der Integration in die PRM wurde die Bergbaugewerkschaft in eine leicht kontrollierbare Organisation transformiert. (Besserer; Novelo 1983: 39)

Viele lokale Sektionen der Gewerkschaft waren mit der Einbindung in die PRM nicht einverstanden und hatten auch nicht die Intention, diesem Diktat Folge zu leisten, was sich

u.a. darin zeigte, dass sie die Kandidatur des offiziellen Präsidentschaftskandidaten Ávila Camacho nicht unterstützten.

Man darf nicht aus den Augen verlieren, dass Lázaro Cárdenas v. a. an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im nationalistischen Sinne interessiert war, wofür er die Unterstützung der ArbeiterInnen brauchte, was aber nicht bedeutete, ihnen Entscheidungsmacht zu übertragen. Von diesem Gesichtspunkt aus war es sehr wichtig, den Sektor zu kontrollieren, denn mit der Industrialisierung, deren Überwachung er in Händen der Regierung wissen wollte, wuchs auch die ArbeiterInnenschaft in exponentiellem Maße. Als Cárdenas die Verstaatlichung des Erdöls beschloss, steckte Mexiko bereits in einer Krise. Allein die Tatsache, dass er als links gerichteter Kandidat die Wahlen gewonnen hatte, verursachte eine beträchtliche Kapitalflucht. Die Enteignung sollte dazu dienen, das Land aus der Krise zu holen und gleichzeitig zu einer größeren Selbstbestimmung der nationalen Wirtschaft beitragen. Es handelte sich dabei um einen politischen Schachzug, der besonders bei den ausländischen Mächten Missfallen hervorrief. Obwohl der Zweite Weltkrieg eine direkte Aggression verhinderte, musste die Regierung dennoch eine einheitliche Front gegen die Reaktion der ausländischen Regierungen, die sehr offensichtlich das Vorgehen Mexikos missbilligten, bilden. Die effektivste Methode dafür war der Appell an den Nationalismus, der durch alle gesellschaftlichen Sektoren ging. Die Transformation der PNR in PRM und die Eingliederung aller gesellschaftlichen Sektoren in das korporatistische System sollten diese Unterstützung auch auf institutioneller Ebene gewährleisten. Für die ArbeiterInnen war dies unmittelbar spürbar, als der Verfassungsartikel 123 modifiziert wurde, um die Definition der „legalen“ Streikgründe exakter abzustecken, der von da an nur die Wiederherstellung des Machtgleichgewichts zwischen Kapital und Arbeit als legitim erachtet sollte (Sariego; Reygadas 1988a: 229).

Das Ausland reagierte unmittelbar auf die Verstaatlichung des Erdöls: Die Niederlande und die USA bestraften Mexiko mit einem Handelsembargo und die großen Erdölkonzerne, die eigentlich den ganzen internationalen Markt dominierten, boykottierten den Ankauf des mexikanischen Erdöls. Für Mexiko war dieser Schlagabtausch eine große Zerreißprobe bis die

enteigneten Unternehmen schließlich die Verstaatlichung anerkannten und zu Verhandlungen über Entschädigungszahlungen bereit waren (vgl. Schuler 1998).

Diese Ereignisse wirkten sich auf die Stahlindustrie und die Bergbaugewerkschaft in zweierlei Weise aus. Einerseits wurde die Industrialisierung des Landes immer wichtiger, denn das Handelsembargo, die Stahlknappheit und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges machten die Notwendigkeit des Aufbaus einer eigenen Stahlindustrie immer evidenter. Andererseits war es nicht möglich, eine derart weitreichende Politik ohne die Rückendeckung der Bevölkerung durchzuführen. Aus diesem Grund wurden die Streiks nun umgedeutet, denn jetzt sollten sie keinen gerechten ArbeiterInnenkampf mehr repräsentieren, sondern wurden zu antipatriotischen Unruhen, die Redefinition der Beziehung Staat-ArbeiterInnen gipfelte in der Verfestigung einer hierarchischen Struktur und in einem Unilateralismus.

Die wirtschaftlich schwierige Situation machte die Notwendigkeit, die nationale Industrie zu fördern, offensichtlich. Teil dieser Pläne war auch der Aufbau einer eigenen nationalen Stahlindustrie, der gleichzeitig der Beginn Altos Hornos de Mexico (AHMSA) beschreibt. Die Entscheidung über den Ort, an dem das Werk entstehen sollte, war noch nicht gefällt worden und die finanzielle Situation des Landes war zudem höchst prekär. Trotz dieser Umstände gab Cárdenas eine Untersuchung über die Durchführbarkeit eines solchen Projekts in Auftrag (Toledo; Zapata 1999 I: 176). Das Projekt verzögerte sich bis nach der Anerkennung der Erdölverstaatlichung, denn in Mexiko fehlte es sowohl an der Ausstattung, um eine solche Anlage aufzustellen, als auch an kompetenten IngenieurInnen, womit die Unterstützung durch US-amerikanische Unternehmen unumgänglich war. Der Zweite Weltkrieg war ausschlaggebend, dass dieses Projekt in die Praxis umgesetzt werden sollte, denn zum einen kam es aufgrund der gesteigerten Waffenproduktion in den USA zu einer Stahlknappheit in Mexiko, zum anderen bedeutete der Krieg auch ein idealer Absatzmarkt für den in Mexiko produzierten Stahl (ebd. 174). Somit wurde die Stahlindustrie zu einem zentralen Motor der nationalen Industrialisierung und des „Mexikanischen Wunders“. 1941 wurde Altos Hornos de México (AHMSA) formell gegründet und als Antwort des Privatsektors folgte 1942 die Erbauung einer weiteren Stahlanlage, Hojalata y Láminas (HYLSA). Beide Anlagen wurden zunächst mit alten Maschinen, die aus den USA importiert

worden waren, und mit dem Einsatz ausländischer IngenieurInnen in Betrieb genommen. Im Fall AHMSAs war die Unterstützung durch die American Rolling Mill Company (ARMCO) aus Ohio und dem Ingenieur Harold Pape von wesentlicher Bedeutung. Außerdem entschied man, sich auf die Produktion von Blech und flachgewalzte Erzeugnissen, die bis dahin importiert worden waren, zu spezialisieren (ebd. 176). AHMSA war mit einer staatlichen Beteiligung von 64% das erste halbstaatliche Stahlwerk (ebd. 181). HYLSA hingegen war zunächst ein Kleinprojekt der Gruppe Cuauhtémoc, die 1920 das Unternehmen Fábrica Monterrey (FAMOSa) gegründet hatte, welches Kronkorken für Bierflaschen aus importiertem Blech herstellte. Aufgrund der Stahlknappheit wurde Hojalata y Lámina (HYLSA) gegründet, das das entsprechende Produkt für die Weiterverarbeitung herstellen sollte. Obwohl zunächst nur 24 ArbeiterInnen angestellt wurden, existierte von Anfang an der Plan, das Projekt größer zu gestalten. Die Unternehmer, die das Vorhaben in die Wege geleitet hatten, waren „Eugenio und Roberto Garza Sada, Söhne von Isaac Garza, einem der Gründer der Brauerei Cuauhtémoc“ (ebd. 207). HYLSA wusste, ebenso wie AHMSA, den Protektionismus, der über den nationalen Stahlmarkt verhängt worden war, und die wirtschaftliche Konjunktur des Zweiten Weltkrieges für sich zu nutzen. Abgesehen von einigen schwierigen Momenten, konstituierte HYLSA eines der wichtigsten Standbeine der Gruppe Monterrey, die ihre Position am nationalen Markt bis heute nicht eingebüßt hat. Wie für die Region typisch, folgten die Arbeitsbeziehungen der Logik des Paternalismus und dem Einsatz von gelben Gewerkschaften.

Allgemein kann gesagt werden, dass die vierziger Jahre von einem enormen industriellen Wachstum gekennzeichnet waren, so „nahm die Zahl der Industrien im Land zwischen 1940 und 1945 um mehr als das Doppelte zu“ (Puga 1993: 138). Die protektionistische Politik und der Zweite Weltkrieg begünstigten alle Industriesektoren und ließen auch ein neues nationales UnternehmerInnentum, das eng mit dem Staat verbunden war - mit dem ausländische Kapital als gemeinsamen Feind – heranwachsen (ebd. 140).

Die Gewerkschaften waren zunächst noch sehr verständnisvoll den Forderungen der Regierung gegenüber. Die Ausbeutung durch die ausländischen Unternehmen hatte in den ArbeiterInnen einen echten Patriotismus heranwachsen lassen, somit ist es nicht verwunderlich, dass die Feierlichkeiten im Rahmen der Erdölverstaatlichung von einem

authentischen Nationalstolz begleitet wurden. Der darauffolgende Akt der Eingliederung der Bergbaugewerkschaft in die PRM, wurde zwar von der Basis nicht unterstützt, die direkte Opposition war aber noch sehr klein. Dennoch etablierte sich in diesen Jahren jenes System, das während des Alemanismus offen gegen die ArbeiterInneninteressen ausgenutzt werden sollte. Der Cardenismus teilte den ArbeiterInnen jene Position im politischen System Mexikos zu, in der sie für die nächsten 62 Jahre verweilen sollten. Obwohl sie einen wichtigen gesellschaftlichen Sektor des Staates bildeten und diesem Legitimität verliehen, gab es keinen Raum für ein autonomes gewerkschaftliches Agieren, die Regierung und die Partei regelten alles. Jene, die für mehr Demokratie eintraten, wurden automatisch zu Verrätern der Nation und des Systems. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit wurde zu einem verbotenen Kampf:

Mexican workers and peasants had to postpone their struggle for social and economic improvement once again for the greater good of the nation. The increasingly important role of federal bureaucracies in developmental policy making, the events surrounding the oil expropriation, and the arrival of the Second World War had redirected the path of Mexican national development toward technocratic bureaucratic visions that were full of conservative political assumptions. (Schuler 1998: 31f)

Before the expropriation, official rhetoric had granted Mexican lives a subjective, political, and social quality that was tied to sectorial interests. After the expropriation, however, official rhetoric elevated individual lives into an emotional, but politically vague, nationalist realm that, purposely, deflected class struggles. In addition, Mexican planners reinvented the Mexican as a politically neutral, statistical economic unit becoming part of the nation's developmental process. From above, a political and social conservatism decreed a depoliticized and more unified workforce, ready to exploit the expected economic stimulus of World War II. (ebd. 173)

3.4. Die Antwort des Unternehmenssektors und die Arbeitspolitik Miguel Alemans

3.4.1. Die Bergbaupolitik Ávila Camachos

Es ist wohl nicht verwunderlich, dass der Unternehmenssektor die Verbesserungen, die der Cardenismus für die ArbeiterInnen mit sich gebracht hatte, und die zunehmende gewerkschaftliche Organisierung nicht akzeptieren wollte, denn für diesen bedeuteten sie schlichtweg Profiteinbußen. Er ging noch davon aus, dass diese Politik reversibel sei und die vormaligen Privilegien zurückgefordert werden könnten, gerade weil der Staat eine zusehends stärkere Rolle einzunehmen begann. Somit versuchten die Industriellen, Druck auf die neue Regierung Ávila Camachos auszuüben. Dieser nahm bewusst eine vermittelnde Position ein und suchte einen Kompromiss zwischen dem ArbeiterInnensektor, dessen Unterstützung er nicht verlieren wollte, und den Bergbaukonzernen, die über ihre Steuerabgaben, einen wichtigen Beitrag zum nationalen Fiskus leisteten. Aufgrund dieses Konflikts war der neue Präsident bemüht, eine Trilaterale Kommission zwischen Gewerkschaften, Staat und Unternehmen einzurichten, jedoch scheiterte dieser Versuch an der Unnachgiebigkeit des ArbeitgeberInnensektors (Sariego; Reygadas 1988a: 232f).

Gleichzeitig hatte der Zweite Weltkrieg nicht nur zu einer höheren Stahlnachfrage beigetragen, sondern führt auch zu einem Anstieg der Metallpreise, der den Bergbaukonzernen beträchtliche Gewinne einbrachte, die sie nicht mit den ArbeiterInnen teilen wollen, denn deren Löhne³⁰ stagnierten. In der Folge vereinbarte die Bergbaugewerkschaft 1942 einen Streik, um eine Lohnerhöhung von 25% zu fordern. Ávila Camacho kam diesem jedoch zuvor und schloss mit der Gewerkschaft eine Vereinbarung ab, die eine Erhöhung um 10% festsetzte (ebd. 234).

Da sich aber bis 1944 nichts an der Lage der BergarbeiterInnen verändert hatte, bereitete man sich auf einen Generalstreik vor. In einer Außerordentlichen Konvention wurde beschlossen, dass alle 105 Sektionen in Streik treten sollten, um eine Lohnerhöhung von 50% zu fordern. Die Bergbaukammer (Cámara Minera) gab einen negativen Bescheid und die Regierung versuchte erneut, zu vermitteln, indem sie eine ArbeitnehmerInnen-ArbeitgeberInnen-Konvention einberief. Gleichzeitig schlug Ávila Camacho vor, zum

³⁰ Das Jahreseinkommen in der verarbeitenden Industrie, basierend auf den Preisen von 1940, fiel 1940 von 1.272 Pesos auf 891 Pesos in 1945 (Durand Ponte in Sariego; Reygadas 1988a: 234).

wiederholten Male einen einheitlichen Kollektivvertrag auszuverhandeln. Die Unternehmen traten diesmal zwar in Verhandlungen mit den ArbeiterInnen, jedoch wurden für letztere sehr ungünstige Vertragsbedingungen gestellt, die für die Mineros inakzeptabel waren, und zum ersten Mal in der Geschichte der Bergbaugewerkschaft kam es zu einem Generalstreik mit 60.000 Beteiligten. Die politischen und wirtschaftlichen Umstände kamen ihnen jedoch nicht entgegen, die Regierung versuchte die guten Weltmarktpreise auszunutzen und erklärte den Streik kurzerhand für illegal. Die Sektionen waren gezwungen, in Einzelverhandlungen ihre Lohnforderungen durchzubringen, die sich lediglich zwischen 10 und 12,5% bewegten (ebd. 235f). Dies war gleichzeitig der letzte Versuch gewesen, einen Kollektivvertrag auf nationaler Ebene zu verhandeln.

Allgemein kann gesagt werden, dass sich Ávila Camacho noch um eine gute Beziehung zu den ArbeiterInnen bemüht hatte, aber aufgrund der wirtschaftlichen Umstände, machte er dem Unternehmersektor größere Zugeständnisse.

Zwei noch zu erwähnende Aspekt dieser Regierungsperiode, war einerseits der Versuch ArbeiterInnenkooperativen zu errichten, und andererseits die Gründung des Mexikanischen Instituts der Sozialversicherung (Instituto Mexicano de Seguro Social – IMSS). Die Kooperativen sollten den Arbeitsmarkt regulieren und dabei v.a. eine Einkommensquelle für arbeitslos gewordene Mineros sein, jedoch scheiterte dieses Projekt an der Kreditbeschaffung, am Zugang zum internationalen Markt und an der Unrentabilität der Bergwerke, die als bereits aufgelassene Stollen im Zuge dieser Politik erneut in Betrieb genommen werden sollten. Hinzu kam, dass die meisten ArbeiterInnen im administrativen Bereich keine Erfahrung hatten. Es überlebten nur die Lebensmittelkooperativen in denen Produkte für die grundlegenden Bedürfnisse verkauft wurden (ebd. 238).

3.4.2. Die Arbeitspolitik Miguel Alemans

Als die Regierung Miguel Alemans (1946-1952) antrat, befand sich Mexiko erneut in der Krise, denn die wirtschaftliche Situation hatte sich wegen des Kriegsendes gewendet und es war schwieriger geworden, die erzeugten Produkte am internationalen Markt, der sich durch eine wachsende Konkurrenz auszeichnete, abzusetzen. Der Aufschwung der Vorjahre hatte

sich v.a. im Bergbau und der Konsummittelindustrie bemerkbar gemacht, aber die Krise brachte auch die Notwendigkeit, der Weiterentwicklung aller übrigen Sektoren an die Oberfläche. Somit war die politische Schlagrichtung der Regierung Alemans zu Gunsten der Industriellen sehr klar. Diese Haltung machte sich einerseits in der Freiheit bemerkbar, welche die ausländischen Investoren genossen, und andererseits, in der Entstehung nationaler Industrialisierungsprojekte, die auf die Entwicklung des internen Marktes abzielten (ebd. 240). Auch betonte er die Notwendigkeit einer gesteigerten Rohstoffförderung, ein Umstand, der selbstredend nicht spurlos an den Gewerkschaften vorbeiging.

Zeitgleich wurde ein weiteres Stahlwerk gegründet, Tubos de Acero de México (TAMSA). Dieses Unternehmen, das bis heute in Betrieb ist, produziert nahtlose Rohre, ein Produkt, das v.a. in der Erdölförderung zum Einsatz kommt. Der Absatzmarkt dieser Erzeugnisse war somit garantiert, denn sie „deckten die ganze Produktionsanlage von PEMEX ab“ (Toledo; Zapata 1999 I: 233). Daraus erklärt sich auch, warum diese Firma selbst in Krisenzeiten leicht überlebte. TAMSA wurde 1952 vom italienischen Unternehmer Bruno Pagliai gegründet. Die Wirtschaftspolitik Alemans begünstigte dessen Vorhaben und auch die Tatsache, dass er ein enger Freund des Präsidenten war.

Diese Verbindung äußerte sich u.a. auch darin, dass Miguel Alemán und die Witwe von Ávila Camacho, Soledad Orozco, AktionärInnen von TAMSA waren (ebd. 230). Zudem kümmerte sich der Präsident darum, dass das Unternehmen keine Abgaben für den Import von Rohstoffen zahlen musste und reduzierte die Steuern um 40% (ebd. 232). Hinsichtlich der Arbeitsbeziehungen war die Einmischung der Geschäftsführung in die ArbeiterInnenangelegenheiten von Anfang an ersichtlich, denn Bruno Pagliai bestellte kurzerhand einen Bekannten als Generalsekretär der Gewerkschaft „Unidad y Progreso“, die gleichzeitig mit dem Unternehmen gegründet worden war. Besagten Posten hielt dieser für die folgenden 12 Jahre, ohne jemals in der Fabrik gearbeitet zu haben (ebd.).

Parallel zur Förderung neuer Industrien, behielt Alemán die Bergbaugewerkschaft genau im Auge, weil sich diese gegen die Verschlechterung des Lebensstandards und gegen die fehlenden Sicherheitsstandards zu organisieren begannen:

Die Abwertung des mexikanischen Pesos 1948 war ein harter Schlag für die Lebensbedingungen der Arbeiter, die ein Industrialisierungsmodell hervorrief, das mit der Inflationspolitik versuchte, die Investition auf Kosten des Konsums der Arbeiter zu fördern; Die Preise waren von 1939 bis 1956 um 500 Prozent gestiegen, und verdreifachten sich seit 1945. Somit bekamen die Urheber dessen, was man als „Mexikanisches Wunder“ kennt, am eigenen Körper eine Industrialisierungsbewegung zu spüren, die von ihnen eine totale Unterwerfung sowohl unter die Arbeitsbedingungen, wie unter die Konditionen eines Sozialvertrages, der angeblich alle Unterzeichner gleich prämiieren sollte, forderte. (Besserer; Novelo 1983: 42)

Vor diesem Hintergrund und um an politischer Stärke zu gewinnen, unterzeichnete die Bergbaugewerkschaft 1948 mit den EisenbahnerInnen und den ErdölarbeiterInnen einen Solidaritätspakt, dem noch weitere ArbeiterInnen- und BäuerInnenvereinigungen beitraten. Gemeinsam gründeten sie die Allgemeine Union der Arbeiter und Bauern Mexikos (Unión General de Obreros y Campesinos de México – UGOCM). Diese Organisation, die bis heute existiert, entstand als eine Alternative zur CTM und der konstanten Einmischung des Staates in Gewerkschaftsangelegenheiten. Ihre ideologische Ausrichtung stützt sich auf lombardistische³¹ und kommunistische Ideen (Sariego; Reygadas 1988a: 241f).

Aus Sicht des Präsidenten stand diese Organisation den Interessen des Staates im Wege, der seinen Schwerpunkt auf die Stärkung des Wirtschaftswachstums gelegt hatte, wofür er die Kollaboration des ArbeiterInnensektors über die Verbände des korporatistischen Systems verlangte, aber gleichzeitig den Unternehmenssektor frei Hand gewährte. Es folgte eine „Säuberung“ des Gewerkschaftssektors, wobei die EisenbahnerInnen als erstes den Druck zu spüren bekamen. Ihr regierungstreuer Generalsekretär, Jesús Díaz de León, der auch unter dem Namen „El Charro“³² bekannt war, verklagte die lokalen Gewerkschaftsführer, die von der Basis ernannt worden waren, wegen Betrugs und ebnete so der Einmischung der Regierung den Weg. Diese Anführer wurden eingesperrt und das Heer besetzte die

³¹ Des mexikanischen Gewerkschaftsführers Lombardo Toledano.

³² „Charro“ bedeutet Cowboy. Jesús Díaz de León erhielt diesen Spitznamen weil er sich als solcher zu kleiden pflegte (Aziz Nassif 1989: 102). Dieser Begriff sollte in der Folgezeit zum Synonym für regierungstreue und autoritäre Gewerkschaftsführer werden.

Gewerkschaftsgebäude der lokalen Sektionen. Die gleiche Strategie sollte wenig später in der Erdölgewerkschaft angewandt werden (Reygadas 1988: 93f).

Im Fall der Bergbaugewerkschaft kam es 1950 bei der Sechsten Ordentlichen Konventionen, bei der ein neues Exekutivgremium gewählt werden sollte, zu den ersten Auseinandersetzungen. Schon im Vorfeld waren die Mitgliederausweise der Gesandten jener Sektionen, die mit der Politik Alemáns nicht einverstanden waren, manipuliert worden, so dass ihnen der Zutritt verwehrt wurde, während gleichzeitig gewerkschaftsfremde Personen dem Ereignis beiwohnen und wählen konnten. Auf dieser Konvention wurde Jesús Carrasco als Generalsekretär nominiert, während die ausgeschlossenen Sektionen ihren eigenen Vertreter wählten, Antonio García Moreno. Zur letzten Gruppe zählten auch die mitgliederstärksten und kämpferischsten Sektionen³³, deren Einfluss die Regierung beschränkt wissen wollte. In Folge wurde das Gremium um Jesús Carrasco vom Arbeitsministerium anerkannt und mit diesem legalen Akt war gleichzeitig der Vorwand geschaffen worden, um die Opposition zu zerschlagen und den garciamorenistischen Anführern ihre Posten abzuerkennen (ebd. 98f).

Diese Strategie hatte unmittelbare Auswirkungen auf das Gewerkschaftsleben in den Sektionen, in denen das Arbeitsministerium nur jene Anführer anerkannte, die der Regierung offen gegenüberstanden. Auf diesem Wege wurde auf höchst repressive Weise eine unternehmensfreundliche Politik durchgepeitscht, und dabei die industrielle Entwicklung des Landes sichergestellt.

3.4.3. Die Karawane des Hungers

Obwohl es im Anschluss an das Vorgehen Alemáns in mehreren Sektionen Konflikte gab, wie in Cananea (65), in der Fundidora Monterrey (66 und 67) und in der Consolidada (97), konzentrierten sich die größten Auseinandersetzungen auf die Sektionen in der Kohleregion in Coahuila. Es waren v.a. die Sektion 28 in Palaú und die Sektion 14 in Nueva Rosita, die sich

³³ Diese Sektionen waren: 14 (Nueva Rosita), 28 (Palaú), 31 (Agujita), 147 (Monclova), 65 (Cananea), 66 und 67 (Monterrey), 97 und 123 (La Consolidada), 15, 138, 139 (Oaxaca), 163 (Lechería), 152 (Xichú), und 5, 6, 9, 11, 19, 20, 50, 64, 74, 75, 81, 101, 102, 167 (Reygadas 1988: 99f).

in ein Symbol für die Verteidigung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung verwandelten. Seit mehreren Jahren gab es in dieser Region größere Probleme, weshalb sie mit einer sehr fordernden Haltung in die Kollektivverhandlungen, die im Februar 1950 begannen, traten.

Eine der zentralen Punkte der Agenda war die Modernisierung der Kohleförderung mit Hilfe von Teilschnittmaschinen und pneumatische Bohrhämmern, die eine vollkommene Umstellung der Arbeitsorganisation erforderlich gemacht hatten. Man benötigte weniger Bergleute, aber die Gefahren unter Tage nahmen aufgrund der speziellen Bedingungen in den Kohlebergwerken zu. Diese Maschinen steigerten zwar den Abbau, aber auch die Gefahrenquellen diversifizierten sich, denn es kam zu einer gesteigerten Produktion des hochentflammaren Kohlestaubs. Gemeinsam mit den in diesen Schichten abgelagerten Methangas und dem Einsatz von strombetriebenen Maschinen, die oft Kurzschlüsse erzeugten, waren dies die Hauptursachen für die Explosionsgefahr, die wiederum Grubenunglücke herbeiführten. Zu diesen Gefahren kamen weitere Berufskrankheiten hinzu, wie die Gehörlosigkeit und die Silikose (Staublung) (ebd. 103f).

Zusätzlich zur Verschlechterung des Lebensstandards, waren dies die Gründe für die Kampfbereitschaft, durch die sich Sektionen 14 (Nueva Rosita) auszeichneten. Das Unternehmen ASARCO wollte die Vertretung, die die Belegschaft für die Kollektivverhandlungen bestellt hatte, nicht anerkennen und kündigte kurzerhand deren Anführer. Die Sektion trat am 17. Mai 1950 in Streik, jedoch wurden kurze Zeit später die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber wieder aufgenommen (ebd 108).

Gleichzeitig ereigneten sich auf der Sechsten Konvention der SITMMSRM die bereits beschriebenen Ordnungswidrigkeiten, als die Regierung „ihren“ Generalsekretär einsetzte. Alle anschließenden Handlungen fanden unter dieser Einmischungs politik der Regierung statt, die die rechtlichen Grauzonen ausnutzend, mit der Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens argumentierte, um sich der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung zu entledigen.

Die Kündigung des Generalsekretärs der Sektion 14 trug dabei natürlich nicht zu einem besseren Verhandlungsklima bei und die ArbeiterInnen traten erneut in Streik. Das Unternehmen forderte die Abspaltung von der UGOCM und die Anerkennung Jesús Carrascos als nationalen Generalsekretär. Auch in diesem Fall ging nicht nur der Arbeitgeber

weit über seine Zuständigkeiten hinaus, sondern auch die Regierung, die von der Sektion 14 die aktive Unterstützung des nationalen Exekutivausschusses der SITMMSRM verlangte und gleichzeitig den lokalen Streik für illegal erklärte. Es folgte die Suspendierung der gewerkschaftlichen Rechte der ArbeiterInnen der Sektion 14 durch den neuen Generalsekretär Carrasco (ebd. 109f). Diese wiederum antwortete im Oktober erneut mit Streik.

Auch die Sektion 28 aus Palaú befand sich in Kollektivverhandlungen. Das dortige Unternehmen, Compañía Carbonífera de Palaú, forderte ebenfalls die Anerkennung Carrascos. Da sich die Belegschaft dagegen wehrte und einen Streik plante, kam ihr das Arbeitsgericht zuvor und erklärte diesen ebenfalls für illegal, obwohl er noch gar nicht ausgebrochen war. Diese Tatsache, so absurd sie auch erscheinen mag, verweist aber auch auf die Instrumentalisierung der Institutionen und der Gesetze durch die Regierung, um diese Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln als subversiv und verfassungswidrig zu deklarieren (ebd. 112). In dieser Sektion kam es im Vergleich zu Nueva Rosita jedoch zu einer Einigung mit dem Arbeitsministerium.

Durch die Geschehnisse in Palaú vorgewarnt, schickte die Regierung kurzerhand das Heer nach Nueva Rosita, um dort den Streik zu unterbinden (ebd.). Als dieser am 16. Oktober 1950 mit einer Beteiligung von 6.000 ArbeiterInnen ausbrach, war die Stimmung im Dorf besonders aufgeheizt. Die Regierung versuchte gemeinsam mit dem Unternehmen, die Bewegung über die Verknappung der Lebensmittelzufuhr, Einschüchterung und Repression, zu unterdrücken:

Die Regierung und das Unternehmen versuchten mit allen Mittel die Weiterführung des Streiks zu verhindern; sie entrissen den Streikenden ihre rechtliche Macht, versuchte sie mit dem Hunger, der Einfrierung des Streikfonds zu unterwerfen, sie sperrten die Lebensmittelkooperativen und das Krankenhaus zu, obwohl diese Dienstleistungen vom Geld der Bergarbeiter finanziert worden waren; den lokalen Geschäften wurde der Verkauf von Waren an die Streikenden verboten.

Die Bewegung leistete tapfer Widerstand und der Staat griff auf seinen starken Arm zurück: Das Heer. Nueva Rosita erwachte im Belagerungszustand und die individuellen Rechte waren suspendiert worden; die Bürger wurden auf der Straße angehalten, registriert und verhört, größere Gruppen, die mehr als drei Personen umfassten, wurden mit Gewehrschlägen aufgelöst;

die bewaffneten Patrouillen zogen mit Maschinengewehren Tag und Nacht durch die Straßen.
(Besserer; Novelo 1983: 55)

Zu diesen Einschüchterungsversuchen kam die Kündigung der Anführer der Bewegung hinzu (Reygadas 1988: 114). Als sich die Lage zuspitzte, entschieden die ArbeiterInnen, nach Mexiko Stadt zu marschieren. So brachen sie am 20. Jänner 1951 in der berühmten „Karawane des Hungers“ Richtung Hauptstadt auf, wo sie 50 Tage später um eine Audienz beim Präsidenten ansuchen sollten. Dieser nahm sie jedoch nicht in Empfang und schickte lediglich eine Kommission. Die Forderungen wurden erneut zurückgewiesen und die Streikenden wurden auf einem Sportplatz im Norden der Stadt abgeschoben (ebd. 117f).

Obwohl die Streikenden, die Sympathien der Bevölkerung genoss, fehlte der Bewegung auf nationaler Ebene die politische Rückendeckung³⁴. Auch wenn der Protest mittels eines Hungerstreiks und Demonstrationen vor dem Höchsten Gerichtshof weitergeführt wurde, das erneut gegen die Bewegung entschied, war die „Machtverteilung absolut unvorteilhaft. In Wahrheit wurden die Karawanisten gezwungen das Urteil der Regierungskommission zu akzeptieren (ebd. 124).“

Das finale Urteil sah die Wiederaanstellung, ohne Rücksichtnahme auf die Dienstjahre, von 800 Streikenden vor, während alle übrigen gekündigt wurden und sich eine neue Beschäftigung in der Region suchen mussten, mit der Erschwernis, der sogenannten „schwarzen Listen“, auf denen die Namen der Streikenden festgehalten wurden und die zu zirkulieren begannen. Aus Sicht der Unternehmen sollte somit verhindert werden,

³⁴ Reygadas schreibt dazu: „Die Bewegung von Nueva Rosita, obwohl höchst stabil, fand keine nationale Perspektive, die ihnen nur die nationalen Verbände der Linken hätten geben können. Aber diese waren den Ereignissen nicht gewachsen. Für Lombardo Toledano und die Populistische Partei war es notwendig, der Regierung und vor allem dem „Herren Präsidenten“ Vertrauen zu schenken. Sie glaubten, dass der Widerstand gegen die Bewegung nur von einem bestimmten Regierungssektor, konkreter von Manuel Ramírez Vázquez, dem Arbeitsminister und einigen weniger wichtigen Funktionären ausging; Für Lombardo war der mexikanische Staat noch immer grundlegend progressiv und somit verfolgte er eine Taktik, die den Sieg auf den guten Glauben an Miguel Alemán konzentrierte. Auf der anderen Seite, wandte sich die Kommunistische Partei Mexikos, die großen Einfluss im „Nationalen Komitee der Verteidigung und Solidarität mit dem Bergarbeiterstreiks“ hatte, gegen diese Taktik und schlug einen viel entschlosseneren Kampf vor, der sich auf die Massenaktionen stützte. Trotzdem übernahm sie ebenfalls keine wirklich eindeutig Haltung und hatte auch unter der Arbeiterschaft nicht genügend Präsenz, um vom Streik von Nueva Rosita ausgehend, eine Mobilisierung der Arbeiterklasse auf nationaler Ebene loszutreten, die fähig gewesen wäre, den antidemokratischen Aufstieg des Regimes einzudämmen.“ (Reygadas 1988: 116).

streikwillige Personen in die eigene Belegschaft aufzunehmen. Andere ArbeiterInnen wiederum emigrierten in die USA (Besserer; Novelo 1983: 56).

Der Streik von Nueva Rosita war das letzte Aufbäumen einer kämpferischen Gewerkschaftsbewegung, die ihren Ursprung im Konsolidierungsprozess der neuen Nation hatte und deren Forderungen einen höchst politischen Charakter hatte. In den darauffolgenden Jahren des „Gewerkschaftsfriedens“ wurde durch eine äußerst autoritäre Politik jeder Versuch, sich von den Vorgaben des CEN zu befreien, im Keim erstickt:

Indem die Regierung die Karawanisten angriff, griff sie die kämpferische Gewerkschaftsbewegung an, die sich konstant den Bergbauunternehmen entgegenstellte und die, obwohl sie ideologisch dem Staat untergeordnet war, versuchte sich eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren. (Reygadas 1988: 126)

3.4.4. Die Eigenschaften des Charrismus

Der Charrismus beschreibt die autoritäre Einflussnahme des/der nationalen Generalsekretärs/in auf den Gewerkschaftssektors, wobei dieseR AnführerIn in Mexiko klassischerweise als „Charro“ bezeichnet wird. An diesem Punkt sei noch einmal daran erinnert, dass die charristische Politik nicht mit derselben Mühelosigkeit umgesetzt hätte werden können, wäre nicht in den vorhergehenden Jahren jene korporatistische und ideologisch der Regierung zuarbeitende Struktur geschaffen worden. Auch wenn Lázaro Cárdenas andere Absichten hatte und an die Durchführbarkeit eines sozialistischen Projektes geglaubt hatte, trug er dennoch zur Implementierung eines leicht durch die Regierung manipulierbaren Systems bei, in dem die ideologische Ausrichtung keine Rolle mehr spielen sollte. Aber es war nicht allein Cárdenas, sondern ebenso die ihm vorangegangenen Präsidenten, jene politische Führungspersönlichkeiten der Mexikanischen Revolution, die zu dieser spezifischen Ausformung des politischen Systems beigesteuert hatten. Bereits Carranza führte eine autoritärer Politik ein, wobei er die Unterstützung und die Legitimität unter der ArbeiterInnenschaft suchte, um ihnen anschließend, entgegen ihren Willen und mit Hilfe von neu geschaffenen Gesetzen und Institutionen, eine Position im neuen System zuzuweisen. Diejenigen, die diesem Diktat nicht Folge leisten wollten, wurde mit der

Repression dazu gezwungen, die zwar verschieden Formen annahm (Erschießungen, Verhaftungen, Kündigungen, Einschüchterungen usw.), aber die sehr eindeutig die Grenzen des Systems aufzeigte. Somit wird aber auch deutlich, dass das System mit all seinen Regeln und Gesetzen keine tatsächlich legitime Basis hatte, sondern es handelte sich lediglich um ein Gebilde einer politischen Elite, die aus den Caudillos der Revolution und der nationalen und internationalen UnternehmerInnenschaft bestand. Die Gesetze und die angebliche Legitimität der politischen Handlungen stützen sich wiederum nur auf den Willen derselben Caudillos, sie waren jedoch nie Ausdruck eines unabhängigen Wertes, der von der Bevölkerung geteilt worden wäre.

Elías Calles hatte das „Ende der Caudillos“ angekündigt, um eine Einheitspartei zu gründen, an deren Spitze er sich als „Oberster Befehlshaber“ - diskursiv als *primus inter pares* - stellte, um von dort aus den Präsidenten seine Politik zu diktieren. Anders ausgedrückt, wurde mit der Gründung der Einheitspartei und deren Vorsitzenden, der Caudillismus mittels eines revolutionären Diskurses in eine institutionelle Struktur eingebettet.

Um zum Charrismus zurückzukehren, ist es wichtig, die traditionelle Figur des Caudillos im Hinterkopf zu behalten, weil die GewerkschaftsvertreterInnen innerhalb ihres Handlungsraums unter derselben politischen Logik agieren. Somit verwundet es nicht, dass Enrique Dussel Peters die Figur des „Charro“ als eine „Weiterführung der Caudillos, unter korporatistischen Vorzeichen“ definiert (Dussel Peters 2000: 40).

Der Caudillo als Ausdruck der politischen Kultur, findet sein Gegengewicht im ausgeprägten Glauben der Bevölkerung an politische Führungspersönlichkeiten. Die Macht des/der nationalen GewerkschaftssekretärIn geht weit über die, in den Statuten festgeschriebenen Befugnisse hinaus, denn er/sie wird in seiner/ihrer Rolle als HoffnungsträgerIn auch mystifiziert. Dieses kulturelle Selbstverständnis kann leicht gegen den Willen der Basis instrumentalisiert werden. Die Bewunderung basiert auf einer Hierarchie, die auf der anderen Seite die totale Unterwerfung unter die AnführerInnen verlangt. Diese natürliche Wahrnehmung von Hierarchien hinterfragt die Vertikalität nicht, womit sich eine gute Politik durch gute AnführerInnen erklären lässt und umgekehrt. Die politische Verantwortung liegt

dabei ausschließlich bei der Führungspersönlichkeit. Aufgrund dieser Machtkonzentrierung an der Spitze, ist die Basis sehr leicht regierbar, denn es muss lediglich die oberste Person ausgewechselt werden. Es gibt natürlich die Vorstellung, dass sich GewerkschaftssekretärInnen legitimieren müssen, aber dies muss nur bedingt auf demokratische Weise geschehen, es geht vielmehr um die Erfüllung von Erwartungen. Dieses kulturelle Konstrukt wird meist dann am sichtbarsten, wenn sich die entsprechende Person nicht gemäß den Erwartungen verhält. Im gewerkschaftlichen Umfeld ist es eher unüblich GeneralsekretärInnen wegen Veruntreuung von Mitgliederbeiträgen³⁵ oder dergleichen anzuklagen, einerseits weil die Erwartungen an diese nicht unbedingt rechtlich begründet sind, andererseits weil im Konfliktfall die Austragung dieses einen direkten und physischen Charakter hat. Die Anzeige ist eine Strategie, die von den Behörden angewandt wird, nicht jedoch von der Mehrheit der Belegschaft. Die physische Aggression, wie sie sich im gewerkschaftlichen Umfeld zwischen Führungsriege und Basis ergeben kann, ist der Ausdruck eines verratenen Wertes und beschreibt den Verlust des Glaubens an eine mystifizierte Person.

Die Etablierung dieses politischen Konstrukts des Caudillismus in der Bürokratie garantierte einerseits eine Ausweitung der politischen Kontrolle, andererseits die ideologische Kontrolle mit der Mystifizierung der Mexikanischen Revolution und der PRI als ihrem ureigensten Symbol:

Bevor der „Charrismus“ in Mexiko geboren wurde, gab es bereits eine ideologische und politische Kontrolle der Arbeiterbewegung; diese entstand mit der Bildung der nationalen Industriegewerkschaften und der CTM in der zweiten Hälfte der 30er Jahre. Natürlich hatte es bereits zuvor Kontrollmechanismen gegeben, zum Beispiel, als die CROM das Sagen hatte, aber noch ohne jene Festigkeit und Ideologie, wie sie unter dem Cardenismus geschmiedet wurde. In diesem Sinne wird der „Charrismus“ zu einer Form direkter organischer Kontrolle des Staates über die Gewerkschaften, als Kompliment zur ideologischen und politischen Macht, die bereits existierte. (Reygadas 1988: 95f)

³⁵

Es handelt sich um das häufigste Delikt in den Führungsriegen der Gewerkschaft.

Außerdem hat der Charrismus keine originäre Legitimität, denn es handelt sich um ein aufgesetztes Machtschema, dem dank der Bereitstellung einiger wirtschaftlicher und politischer Abgeltungen – natürlich innerhalb der Logik des Systems – eine gewisse Akzeptanz wiederfuhr. Die angebliche Legitimität ist eine mittels des revolutionären und nationalistischen Diskurses angeeignete Legitimität. Die PRI als institutioneller Ausdruck der Mexikanischen Revolution stellte den entsprechenden symbolischen Rahmen dar. Obwohl der ArbeiterInnensektor ein wichtiger Teil der Revolution war und des Versuchs, eine unabhängige und seinen Anliegen offene Nation zu schaffen, traten diese Absichten, sobald er eine Allianz mit den revolutionären Caudillos eintrat, in den Hintergrund. Den Führungspersonlichkeiten diente er nur zur politischen Rückendeckung, ohne ihm jenen Raum in der politischen Arena zuzugestehen, der ihm gemäß seines Mitwirkens an der Verteidigung des neuen nationalen Projekts zugestanden hätte. Der Allianz zunächst über die CROM und später über das korporatistische System lag die Idee der Emanzipation des ArbeiterInnensektor zu Grunde, jedoch wurde diese institutionelle Unterstützung von einer neuen nationalen Elite ausgenutzt, die sich so eine Legitimität schuf, die sie in Wirklichkeit nicht besaß. Anders ausgedrückt, sollte dieses Bündnis ein politisches Mitspracherecht beinhalten, das sich, sobald es eingefordert wurde, als Farce entpuppte und somit die Allianz, ebenso wie die Legitimität des Systems in Frage stellte:

Selbstverständlich kam die Legitimität des neuen Staates nicht von den einflussreichen Sektoren (lokale Caudillos der Revolution, agrarische Oligarchie, kapitalistische Gruppen), sondern von den Bauern und der Arbeiterklasse, denen der Cardenismus eine Allianz anbot, um sich auf institutioneller Ebene zu organisieren und so die bereits vor der Revolution aufkeimenden sozialen Ansprüche gegenüber dem Staat zu kanalisieren. Somit wurde die „Politik der Massen“ des Cardenismus ins Leben gerufen und von ihr ausgehend, musste die Arbeiterklasse zusehen, wie die Möglichkeiten einer ideologischen Ausdrucksweise und einer politischen Autonomie verschwammen. (Sariego 1988b: 281).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine unabhängige und demokratische Gewerkschaftsbewegung, um eine solche sein zu können, genau mit diesen beiden Konzepten der politischen und ideologischen Kontrollen brechen muss. Bezüglich ersterer, meint der Bruch mit dem Charrismus, sowohl der Kampf gegen das Diktat des Staates,

ebenso wie die Auseinandersetzung mit dem eigenen Führungskonzept. Dies heißt den Glauben an Führungspersönlichkeiten, im Sinne eines Erretters des eigenen Schicksals, zu hinterfragen und sich politisch zu emanzipieren. Allerdings muss dies nicht unbedingt die Verwerfung des Konzepts von AnführerInnen im Sinne von RepräsentantInnen bedeuten, wohl aber der mystifizierenden Ideen über diese, weil somit der Prozess der eigenen Emanzipation verhindert wird.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Legitimierung eines unterdrückerischen Systems mit Hilfe des Nationalismus. Der mexikanische Patriotismus ist der authentische Ausdruck der Erfahrungen von Ausbeutung durch ausländische Kräfte, aber er wurde von einem autoritären System instrumentalisiert. Somit handelt es sich um eine umgeleitete Vaterlandsliebe. Der Bruch mit dieser ideologischen Kontrolle muss zur Infragestellung des Systems führen, um so die angeeignete Legitimität an die Oberfläche zu bringen. Gleichzeitig bleibt der Nationalismus als Wert bestehen, es geht vielmehr darum, ihn neu zu definieren und darauf gestützt, die politische Emanzipation und Partizipation zu fordern.

Die gewerkschaftlichen Bewegungen, die vermehrt in der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden, richteten sich eben gegen dieses Machtkonzept, das manchmal mehr, manchmal weniger streng bekämpft wurde. Sie setzten sich jedoch immer sehr eindeutig gegen die autoritäre Politik, die von den Charros ausging, zur Wehr. Eine der wohl einflussreichsten Aufstände dieser Zeit war die Línea Proletaria, die besonders stark in den Gewerkschaftssektionen der halbstaatlichen Stahlanlagen hervortrat und deren erklärtes Ziel der Bruch mit dem Charrismus war. Die von ihnen aufgezeigte Alternative der Abteilungsversammlungen beabsichtigte eine Emanzipation von unten.

Trotz der extremen Kontrolle, wiederfuhr dem Charrismus dennoch eine bestimmte Akzeptanz seitens der ArbeiterInnen, was dieses politische Konzept verkompliziert. Wie im Fall der Caudillos, ermöglichte auch der Charro als VermittlerIn zwischen Staat, Unternehmen und gewerkschaftlicher Basis, wirtschaftliche Zuwendungen. So war die Überarbeitung der Kollektivverträge vielmehr Routine als tatsächliche Verhandlung, aber es wurde immer auf die Aufrechterhaltung des Lebensstandards der ArbeiterInnen geschaut. Dies zeigte sich in der Ausverhandlung ökonomischer Zuwendungen, wie

Lebensmittelgutscheine oder Stipendien für die ArbeiterInnenkinder. Solche Forderungen wurde schnell in die Kollektivverträge aufgenommen und mit einer paternalistischen Haltung seitens der Unternehmen gegenüber der Belegschaft vermischt.

Ein anderer Vorteil des Charrismus für die gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, der nicht offiziell in den Statuten aufscheint, war der Weg der Partei. Sehr häufig wurden vormalige nationale GewerkschaftsfunktionärInnen Abgeordnete oder SenatorInnen, lokale FunktionärInnen, BürgermeisterIn oder StadträtIn. Die Einheitspartei war das ideale Instrument, um diese politischen Aufsteigsmöglichkeiten problemlos umzusetzen (Reygadas 1988: 141).

Hinsichtlich des erstens Punkts, die ökonomischen Zuwendungen, bleibt noch ein zusätzlicher Aspekt zu erwähnen, der sich von dieser Politik ableiten lässt: Die zunehmende Kluft zwischen gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen und ZeitarbeiterInnen, wobei letztere nur einen sehr geringen oder überhaupt keinen legalen Schutz hatten und weniger Lohn bekamen. Diese Trennung zerstörte die Einheit zwischen den ArbeiterInnen und trug zum Bild der GewerkschaftlerInnen als Privilegierte bei. In der Folge kam es zu einer Distanzierung zwischen beiden Gruppen, die den ArbeiterInnensektor entscheidend geschwächt hat. Diese ausgehöhlte Solidarität zwischen den ArbeiterInnen wurde später vom Neoliberalismus ausgenutzt, indem er die Gewerkschaften, die zusehends den Kontakt zu den nicht organisierten ArbeiterInnen verloren hatte, als eine Gruppe von Privilegierten darstellte.

Zudem ist die wirtschaftliche Situation der ArbeiterInnen auch in politischer Hinsicht relevant, denn sie kann Auslöserin einer gewerkschaftlichen Gegenbewegung sein. Allgemein machte der relativ hohe Lebensstandard der organisierten ArbeiterInnen, diese besonders empfindlich gegenüber bereits geringen Lohneinbußen, womit sich die Charros verpflichtet sahen, diesen „Wohlstand“ aufrechtzuhalten, um eine größere Streikbewegung zu verhindern. Schließlich war der Verlust des Reallohns immer wieder Ursache größerer Proteste gewesen:

Unabhängig davon, ob sie (die Arbeiter) die Gewerkschaftsspitze in Frage stellen oder nicht, stellen ihre Forderungen einen konstanten Druck dar, der zur Suche nach einigen minimalen Lösungen verpflichtet, um die Unzufriedenheit einzudämmen. Normalerweise werden diese in Form von Verhandlungen getroffen, aber in einigen kritischen Momenten, sobald der Reallohn auf eine empfindliche Höhe abfällt, bricht die Bergbaugewerkschaft in einen Streik aus, der sich auf alle Sektionen erstreckt. Dies geschah 1954 als die Abwertung des Pesos die Basis dazu brachte, eine Lohnerhöhung zu fordern. Dasselbe passiert 1973 und 1974 aufgrund der hohen Inflationsraten und 1976 wegen einer weiteren Abwertung des Pesos. (ebd. 140)

Die bereits wackelnde Legitimität des Charrismus wurde in diesen Situationen noch angreifbarer. Dabei ist zu bedenken, dass es immer eine Opposition gegen dieses gewerkschaftsinterne Herrschaftssystem gegeben hat, die je nach politischem Moment, manchmal stärker, manchmal schwächer war. In Zeiten der allgemeinen Unzufriedenheit stieg der Widerstand und in einigen Fällen wandelten sich die ökonomischen Forderungen in politische um, und an diesem Punkt stand der Charrismus als solches auf der Kippe. Wenn der Widerstand dieses Niveau erreicht hatte, beantwortete sie die Regierung und das CEN mit Repression. So war beispielsweise der „Pistolerismo“³⁶ ein relativ übliches Phänomen während interner Krisenzeit, der mit dem Charrismus Hand in Hand ging.

³⁶ Der Pistolerismo meint den Einsatz von speziellen Auftragsmördern im Namen der Regierung und des CEN, um so mit radikalen Mittel heikle politische Situation zu lösen.

3.5. Aufschwung der Stahlindustrie und gewerkschaftlicher Widerstand

3.5.1. Die Rolle der Stahlindustrie in der Politik der Importsubstitution

Anfang der 50er bis zu den 70er Jahre erreichte das Importsubstitutionsmodell, mit der Stahlindustrie an ihrer Seite, den Höhepunkt. Die Entwicklung der Stahlindustrie war ein sehr wichtiger Prozess für die wirtschaftliche Abnabelung Mexikos vom Ausland. Der Schwerpunkt wurde dabei von der Landwirtschaft und dem Bergbau auf die verarbeitende Industrie verlagert. Der Bergbau blieb aufgrund der Rohstoffe (Eisenerz, Kohle), die er für die Stahlproduktion lieferte, von Wichtigkeit, jedoch wurden beide Industriezweige im Fall der großen mexikanischen Stahlwerke in vertikal integrierte Unternehmen zusammengeführt. Auch wenn es einige kleinere Stahlanlagen gab, die sich ausschließlich der Umwandlung von Basisprodukte in Enderzeugnisse verschrieben hatten, entwickelte sich die Geschichte des immensen Wirtschaftswachstums rund um die fünf großen vertikal integrierten Stahlwerke: Fundidora Monterrey (FUMOSA), Altos Hornos de México (AHMSA), Hojalata y Lámina (HYLSA), Tubos de Acero de México (TAMSA) und Siderúrgica Lázaro Cárdenas las Truchas (SICARTSA).

So wuchs die mexikanische Stahlproduktion von 1950 bis 1980 um 1734%, wobei die wohl bemerkenswerteste Steigerung in den ersten beiden Jahrzehnten passierte. Zwischen 1950 und 1960 wuchs die Produktion um 283%, zwischen 1960 und 1970 um 160% und zwischen 1970 und 1980 um 84%. Obwohl es immer wieder Krisen³⁷ gab, die sich sehr wohl auf die Produktion und v.a. den nationalen Verbrauch auswirkten, blieb dieses Wachstum beeindruckend. Dieser Zuwachs war mit der „stabilisierenden Entwicklung“ verbunden, also jener strukturalistischen Wirtschaftspolitik, die von der CEPAL ausging. In Mexiko beschreibt dies die Periode von 1952 bis 1970. Der Großteil der Stahlanlagen (AHMSA, HYLSA, TAMSA) wurde in den ersten drei Jahrzehnten der Importsubstitution (1930-1950) gegründet, ein Entwicklungszeitraum, der auch als „época fácil“ (einfache Epoche) bezeichnet wird, nur

³⁷ 1947 und 1948 erlebte die Stahlnachfrage aufgrund des Endes des Zweiten Weltkriegs einen Einbruch, was sich 1953 mit dem Ende des Koreakrieges wiederholte. 1971 und 1976/1977 kam es zu einer Rezession und 1982 war das Importsubstitutionsmodell wegen der extremen Verschuldung definitiv in die Krise gekommen.

SICARTSA folgte später. Die Stahlproduktion prosperierte auch in den darauffolgenden Jahren der Importsubstitution, in dem die Anlagen ausgeweitet, Produktionsschritte integriert und weiter modernisiert wurden. Trotz des beträchtlichen Produktionszuwachses, sind auch die Ursachen der externen Verschuldung, die sich schwerwiegend auf die mexikanische Wirtschaft auswirken sollte, in dieser Periode zu suchen, weil eben die Expansion der Industrie mit Krediten internationaler Banken finanziert wurde (Toledo; Zapata 1999 I: 276).

Die letzten zwei großen Projekte der mexikanischen Stahlindustrie, SICARTSA und die Anlage 2 von AHMSA, nahmen ihren Betrieb in den 70er Jahren auf, als das Wachstum bereits zurückgegangen war.

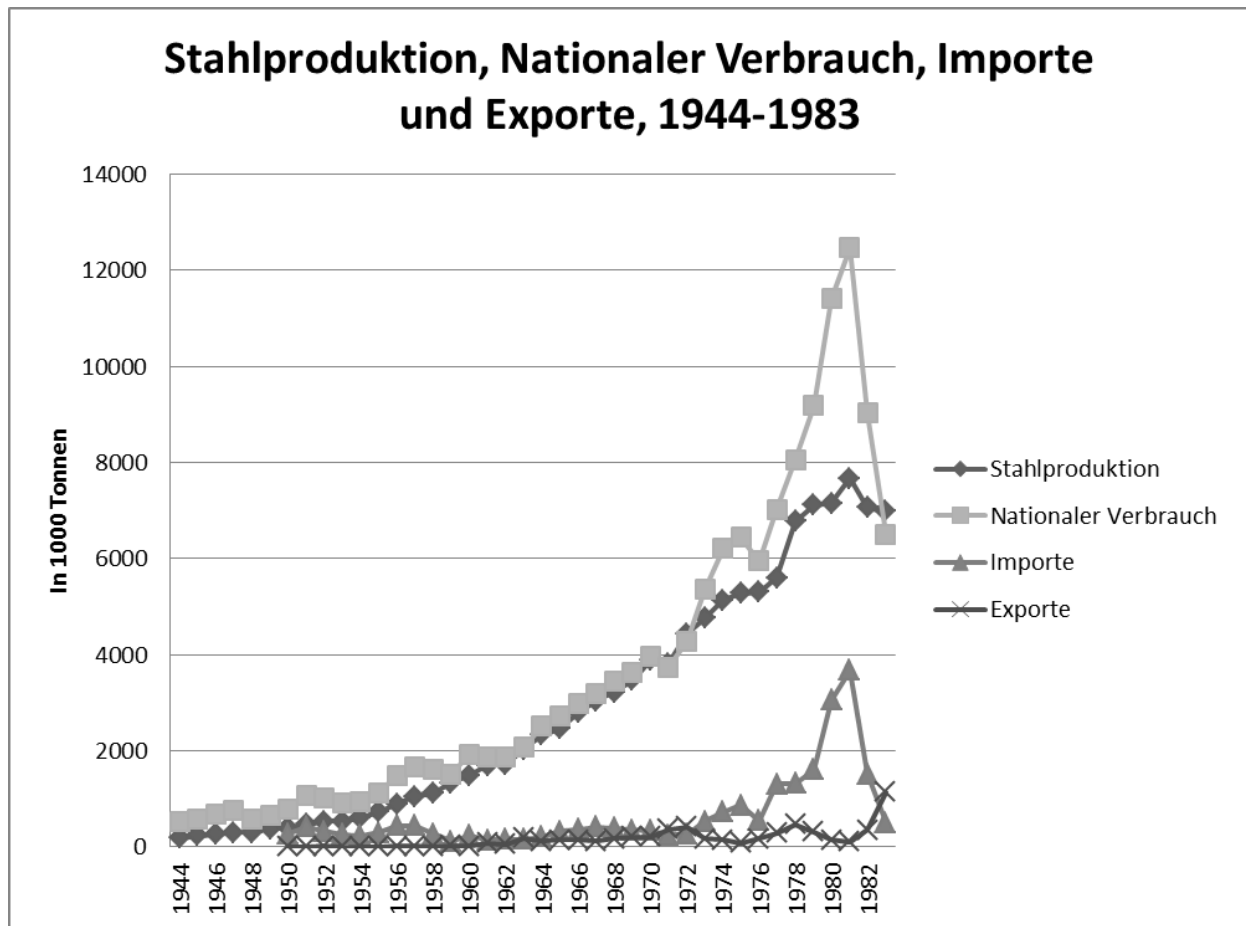
Wie man der Tabelle 3.1. und der dazugehörigen Grafik entnehmen kann, war der Stahlboom eng mit der Politik der Importsubstitution verbunden, denn die Erzeugnisse (mit Ausnahme einer kleinen Menge exportierter Güter) waren vorwiegend für den nationalen Markt bestimmt, auf dem fast immer die Nachfrage das vorhandene Angebot überstieg.

Tabelle 3.1. Stahlproduktion, Nationaler Verbrauch, Import und Export, 1944-1983
(In 1000 Tonnen)

	Stahlproduktion	Nationaler Verbrauch	Importe	Exporte
1944	175	536		
1945	230	580		
1946	258	680		
1947	291	749		
1948	291	577		
1949	371	654		
1950	390	788	272	3
1951	467	1070	408	2
1952	533	1012	327	11
1953	525	906	261	1
1954	609	930	226	2
1955	725	1119	291	5
1956	888	1490	438	12
1957	1049	1659	434	13
1958	1115	1622	265	5
1959	1328	1519	117	21
1960	1492	1921	226	19
1961	1693	1869	140	77

1962	1711	1879	152	55
1963	2026	2063	159	176
1964	2326	2506	209	111
1965	2455	2733	323	143
1966	2787	2986	356	145
1967	3039	3196	409	110
1968	3225	3438	385	169
1969	3466	3629	347	208
1970	3879	3965	331	208
1971	3820	3735	251	362
1972	4430	4276	259	418
1973	4760	5351	535	166
1974	5138	6205	722	143
1975	5272	6444	868	78
1976	5298	5951	539	162
1977	5601	7018	1309	287
1978	6775	8053	1320	466
1979	7117	9175	1602	309
1980	7156	11412	3053	142
1981	7663	12469	3672	103
1982	7056	9030	1518	352
1983	6978	6507	499	1143

Quelle: Chávez Quezada, Servando (1994) In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.): Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI, 60-102;



Die entsprechende Finanzpolitik war fundamental, um diesen Aufschwung überhaupt zu ermöglichen, dazu zählte u.a. der Zollschutz, wobei die Tarife für den Import von Rohstoffen niedrig gehalten wurden, von Enderzeugnissen jedoch hoch. Gleichzeitig gab es Steuererleichterungen für die neuen Unternehmen (Toledo; Zapata 1999 II: 101f).

Die Abwertung des Pesos 1954 und die Festlegung der Kursparität, als eine der Kernstrategien der „stabilisierenden Entwicklung“, trugen zu einer niedrigen Inflationsrate bei, die jährlich 3,9% ausmachte (Rueda Peiro 1994a: 41). Mitte der 70er Jahre wurde diese festgelegte Parität aufgehoben, damit der Pesos seine „passende Relation“ (Toledo; Zapata 1999 II: 95) zum Dollar fände. Das Resultat der neuen Parität war ein Kursverlust, der aufgrund der ausländischen Kredite, die so gut wie alle Unternehmen bekamen, zu roten Zahlen in der Bilanz führte. Kurz gesagt, verursachte sie die externe Verschuldung mit (ebd.). Eine weitere Triebfeder der Importsubstitution war die vom Industrie- und Handelsministerium beschlossene Stahlpreiskontrolle, die seit 1956 nicht verändert worden

war. Zudem schrieb das Ministerium Mitte der 70er Jahre, als die Inflation bereits zunahm, einen Anstieg der Eisen- und Stahlproduktion zwischen 14 und 26% vor (ebd. 109).

Wie wir später sehen werden, half diese Politik zwar der jungen Industrie auf die Beine, hatte jedoch nicht denselben positiven Effekt für die ArbeiterInnen, die im Laufe der Jahre den Verlust des Reallohns hinnehmen mussten.

3.5.2. Die mexikanischen Stahlunternehmen

Um zu den fünf voll integrierten Stahlunternehmen zurückzukehren, muss erwähnt werden, dass zwei von ihnen sich in privater Hand befanden (HYLSA und TAMSA), eine Tatsache, die sich auf deren Marktpositionierung auswirkte, ebenso wie auf die Konstituierung des Produktionsprozesses und die Arbeitsbeziehungen, die sich entscheidend von der administrativen Politik der drei halbstaatlichen Firmen (FUMOSA, AHMSA, SICARTSA) unterschied. Die Fundidora Monterrey, die die meiste Zeit Unternehmen geführt wurde, zeichnete sich, abgesehen von den Spannungen die es zwischen Lázaro Cárdenas und der UnternehmerInnenschaft Monterreys gegeben hatte, durch ein traditionelles Nahverhältnis zu den PRI-Regierungen aus. Dies war u.a. auch daran abzulesen, dass ihre Belegschaft als Sektionen 66, 67 und 68 in der SNTMMSRM vertreten waren.

Das Unternehmen mit den schwersten finanziellen Problemen war HYLSA. Der Mangel an Alteisen, der sich zunächst mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und später mit dem Koreakrieg erklären ließ, hatte bereits die Gründer von AHMSA zur Überzeugung gebracht, dass es notwendig war, das Unternehmen vertikal zu integrieren und mit einem eigenen Hochofen auszustatten. HYLSA sah sich mit demselben Problem konfrontiert, und verfügte ebenfalls nur über eine alte und ungeeignete Anlage. Obwohl es möglich gewesen wäre, das Alteisen für die Stahlproduktion aus den USA zu importieren, hatte der Krieg die Preise exponentiell in die Höhe getrieben und die Produktion mittels eines eigenen Hochofens wäre zu teuer gekommen. Aus diesem Grund versuchten die Direktoren von HYLSA eine Alternative zur Eisenherstellung, mittels des Systems der Direktreduktion zu entwickeln. Es bestand die Idee ein Mittelprodukt zu schaffen, das dem Roheisen ähnlich ist, also jenem Produkt das während des Schmelzvorgangs im Hochofen entsteht. Dies sollte über die Desoxidierung des Erzes, also der Herstellung von Eisenschwamm, geschehen (Toledano;

Zapata 1999 I: 313f). HYLSA brachte einen bereits patentierten Prozess zur Anwendung (Prozess Höganäs), aber das Resultat war wenig zufriedenstellend, weshalb das Unternehmen selbst alternative Herstellungsmethoden zu entwickeln begann. Nach zwei Jahren intensiver Forschungen entwickelten sie ein Prozedere, das es ihnen erlauben sollte, Eisenschwamm zu produzieren. In den darauffolgenden Jahren wurde dieser Prozess noch verbessert und 1957 als HYL Prozess patentiert (ebd. 314f). Weitere Perfektionierungen folgten als HYL II und HYL III. Diese Erfindungen waren es, die es HYLSA ermöglichte, sich auf dem nationalen und internationalen Stahlmarkt zu behaupten.

Wie alle übrigen Unternehmen, expandierte auch HYLSA in den folgenden Jahrzehnten, kaufte neue Anlagen, diversifizierte die Produktion und machte eine neue Fabrik in Puebla auf. Es überholte die Produktion der Fundidora Monterrey um hinter AHMSA den zweiten Platz in der nationalen Stahlerzeugung einzunehmen.

Das erste externe Unternehmen, das mit dem HYL Prozess Stahl produzierte, war TAMSA, das sein Herstellungsverfahren ebenso auf das Einschmelzen von Alteisen stützte, aber gleich wie HYLSA mit der Stahlknappheit und den angehobenen Preisen zu kämpfen hatte. Obwohl die auf Alteisen basierende Produktion ein großes Hindernis bedeutete, musste TAMSA nie um seine Existenz fürchten, denn aufgrund seiner einzigartigen Marktposition hatte es keine Konkurrenten. Auch konnte es auf die Finanzpolitik der Importsubstitution zählen, die den nationalen Markt vor ausländischen Importen schützte. Die Nähe TAMSA zu PEMEX garantierte dem Unternehmen nicht nur den Absatz der erzeugten Produkte, sondern trug auch zu einer größeren Unabhängigkeit der Erdölförderung vom Ausland bei und erhielt somit einen strategischen Charakter für den mexikanischen Staat, auch wenn der prozentuelle Anteil TAMSA an der nationalen Stahlproduktion eher gering war³⁸. In den drei Dekaden des wirtschaftlichen Aufschwungs expandierte TAMSA und schuf weitere Subunternehmen. Obwohl es zumeist die installierte Leistung ausschöpfte, befand sich seine Produktion immer unterhalb der nationalen Nachfrage. Aus diesem Grund waren seine Aktien auch besonders begehrt und wurden sogar an der New Yorker Börse gehandelt (ebd. 338).

³⁸ „Der Anteil TAMSA an der akkumulierten Gesamtproduktion von 1976 bis 1982 betrug durchschnittlich 5,88% (Toledo; Zapata 1999 II: 106).“

Dieselbe Abhängigkeit von PEMEX garantierte ihm einen Wohlstand, der sich besonders zu Zeiten des Erdölbooms zwischen 1978 und 1981 bemerkbar machte, aber ebenso negativ rückwirkte, als sich die Krise abzeichnete. Ab diesem Zeitpunkt suchte das Unternehmen vermehrt AbnehmerInnen außerhalb der nationalen Grenzen, vorwiegend in den lateinamerikanischen Ländern und den USA (Toledo; Zapata 1999 II: 107).

Die Fundidora Monterrey war aufgrund ihrer langen Tradition das am meisten gefestigte Stahlwerk, aber der Konkurrenzdruck machte sich auch bei ihm bemerkbar und zwang es dazu, sich ebenso zu modernisieren und zu expandieren. Der Investitionsplan war auf drei Etappen aufgeteilt worden (1950-1961, 1964-1969, 1970-1977), jedoch sah sich die Firma in den siebziger Jahren mit einer schweren Krise konfrontiert. Das zuvor hochgelobte Unternehmen und Fortschrittssymbol des 20. Jahrhunderts hatte ab den 70er Jahren mit massiven Problemen zu kämpfen, u.a. wegen Versorgungsengpässen, der Rezession des Stahlmarktes zwischen 1970 und 1971, und der Einfrierung der Stahlpreise, was zu mageren Gewinnen und der Unabwendbarkeit größerer Schuldenanhäufungen führten (ebd. 120). Mit der Abwertung des Pesos 1976 stand das Unternehmen schließlich vor dem Bankrott und der Staat musste intervenieren. Dieser kaufte den Großteil der Schulden auf und sah eine Schuldenumstrukturierung vor, die u.a. die Schließung mehrerer Abteilungen und Filialen, sowie einen Stellenabbau zur Folge hatten (González Chávez 2008: 238). Dabei kam es vermehrt zu Problemen mit der Belegschaft. Die Krise und die gewerkschaftlichen Aktivitäten wurden als Grund für die definitive Schließung des Unternehmens 1986 angeführt, während alle anderen Stahlanlagen privatisiert wurden.

AHMSA war die Fabrik, die zu diesem Zeitpunkt die nationale Stahlerzeugung dominierte und sich Ende der 60er Jahre sogar an die Spitze der lateinamerikanischen Produktion stellte. Das Werk wurde mit alten Installationen, die sukzessive modernisiert und verbessert wurden, in Betrieb genommen, während es gleichzeitig zu einem vertikal integrierten Unternehmen ausgebaut wurde. Die Übernahme der Consolidada 1958 bedeutete dabei einen großen Sprung nach vorne. Der strategische Standort in der nördlichen Bergbauregion und der Arbeitsethos, der von Anfang an das breit technische Wissen seiner ArbeiterInnen

betonte, trugen dazu bei, dass das Unternehmen zum Marktführer wurde. 1971 wurde der Bau des Werkes 2 begonnen, welches fünf Jahre später mit der neuesten Technologie ausgestattet, fertig gestellt werden sollte. Obwohl es ebenso von der Rezession von 1976 betroffen war, konnte es sich schnell wieder erholen.

Aus diesen Gründen ist es kein reiner Zufall, dass gerade die wichtigste oppositionelle Gewerkschaftsbewegung dieser Zeit in besagtem Unternehmen entstehen sollte. AHMSA war eine der größten und strategisch wichtigsten Firmen Mexikos und mit ihrem Ausbau, wuchs auch die Belegschaft, die den größten Beitrag zu diesem Fortschritt geleistet hatte. Die administrative Struktur AHMSAs wurde Ende der 70er Jahre mit der Gründung des staatlichen Zentralorgans SIDERMEX (Siderúrgica Mexicana) modifiziert, das alle staatlichen oder teilstaatlichen Stahlproduzenten vereinte (AHMSA, FUMOSA, SICARTSA und 77 kleinere Stahlbetriebe) (González Chávez 2008: 239). Zuvor hatte AHMSA über eine große administrative Unabhängigkeit verfügt, die obwohl teilstaatlich, der Logik eines Privatunternehmens folgte. Aus Sicht der Führungsebene war eben diese staatliche Zentralisierungspolitik Schuld an der nachfolgenden geringen Produktion und dem aufkeimenden gewerkschaftlichen Widerstand. Obwohl der Wechsel von einer privaten zu einer staatlichen Administrationslogik sehr wohl feststellbar war, waren die großen Schwankungen in der Produktion und der zunehmende Widerstand in der Belegschaft kein Phänomen, das auf dieses Unternehmen und die Stahlproduktion alleine beschränkt gewesen wäre, sondern spiegelten vielmehr die wirtschaftlichen und politischen Turbulenzen der Dekade als solches wieder.

SICARTSA (Siderúrgica Lázaro Cárdenas Las Truchas) war das mexikanische Stahlwerk, das zuletzt gegründet wurde. Dieses Projekt ist unmittelbar mit dem Namen des Ex-Präsidenten Lázaro Cárdenas verbunden, der große Anstrengungen darauf verwendete, die natürlichen Ressourcen seiner Heimatregion Michoacán zu nutzen, um die lokale Wirtschaft zu fördern.

Es gab jedoch viele kritische Stimmen, die an der Durchführbarkeit des Projektes zweifelten. Aus diesem Grund bemühte sich Lázaro Cárdenas um neue Infrastrukturmaßnahmen, wie den Bau eines Wasserkraftwerks, welches das Stahlwerk mit Strom versorgen sollte. Die Stadt Melchor Ocampo, die später zu Ehren dieses Ex-Präsidenten in „Lázaro Cárdenas“

umbenannt wurde, war zu diesem Zeitpunkt eine sehr kleine Gemeinde, die nicht über die nötigen Einrichtungen verfügte, wie sie für ein Projekt dieser Größendimension erforderlich gewesen wären. Aus diesem Grund sprach sich der private Sektor für den Standort der Hafenstadt Manzanillo aus, während der öffentliche Sektor den Plan Cárdenas unterstützte (Toledo; Zapata 1999 I: 378). Wie sehr dieses Projekt dem vormaligen Präsidenten am Herzen lag, lässt sich auch an der Tatsache ablesen, dass die Erzvorkommen der Region, die seit 1905 im Besitz der US-amerikanischen Firma Bethlehem Steel Corporation gewesen waren, 1941 verstaatlicht wurden, mit dem Argument, dass besagtes Unternehmen diese nur als strategische Ressourcen verwendete, ohne sie tatsächlich auszubeuten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass dies die Jahre des Zweiten Weltkrieges waren und die Wirtschaft der USA auf die Waffenproduktion ausgerichtete war, die Enteignung dieser Vorkommen also sehr provokativ dem nördlichen Nachbarn gegenüber war (ebd. 365f.).

Die USA war aber nicht der einzige Gegner dieses Projektes, es gab ebenso von Seiten der Geschäftsführung AHMSAs großen Widerstand, da sie um die strategische Position ihres Unternehmens fürchtete. Mit dem Ziel, den Aufbau SICARTSAs zu kontrollieren, boten sie ihre Hilfe an. Cárdenas jedoch misstraute diesem Ansuchen und allen voran, Harold Pape, Geschäftsführer von AHMSA und US-amerikanischen Herkunft, und übertrug die Durchführbarkeitsstudien des Projekts der deutschen Firma Krupp und dem britischen Unternehmen John Miles and Partners. In der Folge boykottierte AHMSA das Vorhaben, indem es den verantwortlichen Ingenieuren von Krupp falsche Informationen zuschickte (ebd. 383).

Trotz der Vielzahl der Hindernisse wurde dem Projekt 1971 stattgegeben und 1972 der Bau des Werkes, der 1976 beendet werden sollte, initiiert. Die Anlage wurde mit der modernsten Technologie jener Zeit ausgestattet. Die zuvor in Auftrag gegebenen Studien schlugen außerdem eine Stahlproduktion über das Hochofenverfahren und die Spezialisierung auf Rundstahl und nicht flachen Erzeugnissen vor, wie Stangen, Stäbe, Leichtprofilen und Gießwalzdraht (Toledo; Zapata 1999 II: 144). Auf diese Weise wurde SICARTSA zum wichtigsten Stahlunternehmen Mexikos, das ab 1985 den ersten Platz in der nationalen Produktion einnahm, den es bis heute hält.

3.5.3. Die Arbeitspolitik im Importsubstitutionsmodell

Der Aufschwung der Stahlindustrie, so wie im vorherigen Kapitel beschrieben, war eindeutig nur dank der Kollaboration der ArbeiterInnenschaft möglich gewesen, aber er hatte auch seinen Preis, den besonders die Gewerkschaft zu spüren bekam. TAMSA und HYLSA hatten ihre eigenen Gewerkschaften gegründet, die nicht Mitglieder der SNTMMSRM waren und stellten somit die Kontrolle über die politischen Aktivitäten der ArbeiterInnen sicher. Allgemein ist ein enormer Zuwachs der Belegschaften im Stahlwesen in der Zeit der Importsubstitution zu verzeichnen.

Der gleichzeitige „Arbeitsfrieden“ dieser Zeit lässt sich durch die Institutionalisierung, die Bürokratisierung und die autoritäre Politik des nationalen Generalsekretärs der Bergbaugewerkschaft erklären. Die zentrale Figur ab den 60er Jahren war der Generalsekretär Napoleón Gómez Sada, der diesen Posten bis zu seinem Tod 2001 innehatte. Seine politische Macht fußte zudem auf seiner Funktion als Generalsekretärs des Arbeitskongress (Congreso de Trabajo), dem nationalen Dachverband der Gewerkschaften, der 1966 gegründet wurde.

Die einschneidenden Erfahrungen von 1950/51 hatten außerdem bestätigt, dass sich die politische Elite schon sehr gut etabliert hatte und dem ArbeiterInnensektor nur einen begrenzten und institutionalisierten Spielraum für seine Ansuchen gewährte. Somit war die kämpferische ArbeiterInnenbewegung kaum mehr existent.

In den 50er Jahren kam es zu einem bedenklichen Reallohnverlust, den die Unternehmen mit der Anheben der Sozialleistungen auszugleichen versuchten, um einer erneuten Mobilisierung entgegenzuwirken. Im Zusammenhang mit dieser paternalistischen Arbeitspolitik ist die Förderung von Gemeinwohlaktivitäten, wie des Sports, dem Aufbau von Gesundheitseinrichtungen und ArbeiterInnenhäusern, hervorzuheben (Toledo; Zapata 1999 I: 389).

3.5.4. Der gewerkschaftliche Widerstand in der Stahlindustrie

In den 70er Jahren veränderte sich das gewerkschaftliche Panorama erneut, als sowohl das politische, wie wirtschaftliche Klima (Rezession von 1970/71) zu einem Aufflammen der ArbeiterInnenbewegung beitrug. Eine der Hauptgründe für diesen Aufstand, der in Mexiko als die Zeit der „insurgencia sindical“ bekannt wurde, war der Reallohnverlust, als Folge der

Rezession zu Beginn der 70er Jahre. Der Pakt den die Gewerkschaft mit dem Staat geschlossen hatte, basierte auf der Garantie eines bestimmten Wohlstandes im Tausch gegen die Arbeitskraft. Mit der Krise begann diese Legitimität zu wackeln. Zudem hatte sich der Arbeitsrhythmus mit der Mechanisierung der Abläufe intensiviert, was zu einer vermehrten körperlichen Abnutzung führte und zu einer gesteigerten Unfallgefahr. Die Politik betreffend muss bedacht werden, dass die ArbeiterInnen, im Vergleich zur Studierendenbewegung, die freie Meinungsäußerung und politische Partizipation forderte, noch institutionelle Kanäle zur Verfügung hatte, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

Obwohl es nach wie vor gewerkschaftliche Strömungen gab, die die Erfüllung des national-revolutionären Versprechens forderten (also die Umsetzung der Ideen der Mexikanischen Revolution), wie die Gewerkschaft der Elektriker (SUTERM) mit der ideologischen Ausrichtung der Proletarischen Demokratie (Democracia proletaria), die ebenso Anhänger in der Sektion 271 (SICARTSA) der Bergbaugewerkschaft hatte, vollzog sich der ArbeiterInnenkampf der Mineros innerhalb ihrer Gewerkschaft. Nur die 20. Konvention bedeutete eine direkte Zerreißprobe für diese Organisation:

Im Grunde basierte die ganze politische Wahrnehmung dieses Dokuments (Erklärung von Guadalajara³⁹) auf dem Verständnis des mexikanischen Staates als national-revolutionär, „entstanden aus dem Kampf um Boden und der Rettung der natürlichen Ressourcen“, und auf der Aufrechterhaltung der Hoffnungen, dass innerhalb der Regierung noch nationalistische Sektoren vorhanden seien, die angesichts des Volksdrucks, den Forderungen der Arbeiterschaft Gehör verschaffen würden. (Molino 1987: 263)

Diese Sichtweise hatte sich in der Bergbaugewerkschaft fast zur Gänze verflüchtigt, besonders aber unter den StahlarbeiterInnen, denn die Tatsache, Teil eines strategischen Industriesektors zu sein, der zur wirtschaftlichen und nationalen Unabhängigkeit des Landes beigetragen hatte, wirkte sich auch auf deren Selbstbild aus, entsprechend dem ihre Arbeitskraft eine solche Souveränität erst ermöglicht hatte (ebd. 265). Die Politisierung der StahlarbeiterInnen ergab sich aus ökonomischen Gründen und der Arbeitsorganisation, d.h.

³⁹ Die Erklärung von Guadalajara ist das politische Programm der Elektrikergewerkschaft (SUTERM).

sie entstand aus den alltäglichen Erfahrungen heraus, welche mit intellektuellen und ideologischen Gedanken angereichert wurden. Die interne Struktur der Gewerkschaft und allen voran der „Charrismus“ wurde sehr wohl hinterfragt, aber die politische Auseinandersetzung wurde innerhalb der Organisation ausgetragen, weil die Opposition somit einen weniger elitären Charakter annahm und auf eine größere Basis setzen konnte. Auch hätte sie in der direkten Konfrontation mit den nationalen Führungskräften selten Erfolg gehabt und hätte unweigerlich mit Repressionen rechnen müssen (Bizberg 1989: 96). Die Alternativen mit denen die oppositionelle Strömung der Bergbaugewerkschaft aufwarteten, waren wenig bekannte Kampfstrategien und eine politische Kreativität. Ihre Umsetzung fand in einem Umfeld statt, in dem sie auf den starken Rückhalt seitens der ArbeiterInnenbasis zählen konnte.

Es sticht besonders die politische Aktivität in den Stahlsektionen im Vergleich zu den Bergbausektionen hervor, wo es zwar auch Proteste gab wie in Nazocari de García oder in Pachuca, jedoch erreichte die Politisierung der fünf Stahlsektionen (67- Fundidora Monterrey, 68 –Fundidora Monterrey, 147 – AHMSA 1, 271 – SICARTSA, 288 – AHMSA 2) ein nationales Niveau. Luis Reygadas listet in diesem Zusammenhang die politischen Proteste besagter Sektionen zwischen 1971 und 1981 auf.

Tabelle 3.2. Konflikte und Bewegungen der StahlarbeiterInnen der SNTMMSRM, 1971-1981

Jahr	Art des Konflikts und Bewegung
1971	Bewegung in der Fundidora Monterrey zur Wiedereinstellung entlassener ArbeiterInnen
1972	Absetzung des lokalen Exekutivkomitees und Besetzung des Gewerkschaftsgebäudes der Sektion 67
1973	3 Tage Streik in der Fundidora Monterrey
1975	4 Tage Streik in der Fundidora Monterrey
1975-1976	Über ein Monat Streik in der Fundidora Monterrey
1976	Abteilungsorganisation in der Fundidora Monterrey
1976	Abteilungsorganisation und Besetzung des Gewerkschaftsgebäudes bei AHMSA 1
1977	Abteilungsorganisation bei AHMSA 2
1977	Streik in AHMSA 1
1977	Streik in der Fundidora Monterrey
1977	Streik in SICARTSA
1977	Streik in AHMSA-Santa Clara
1978	52 Tage Streik in der Fundidora Monterrey
1978	Während der 20. Konvention des SNTMMSRM werden die Vertreter der Sektionen

147, 271, 68 und weiterer Bergbausektionen ausgeschlossen aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit dem nationalen Generalsekretär Napoleón Gómez Sada.

1979	Arbeitsniederlegung in Abteilungen der Fundidora Monterrey
1979	3 Monate Streik bei AHMSA 2 aufgrund der Forderung nach Funktionsspezifizierungen, Lohnangleichung und Posten für ZeitarbeiterInnen
1979	3 Monate Streik bei SICARTSA
1980-1981	Partizipativer Prozess bei den Kollektivverhandlungen bei AHMSA 1
1981	Abteilungsorganisation, Arbeitsstillegung und Entlassungen in der Fundidora Monterrey

Quelle: Reygadas, Luis (1989). Corporativismo y reconversión industrial, trabajo, cultura política y dominación en la minería mexicana (Masterarbeit). UNAM. 160/161

Im Fall des Stahlwesens ist die politische Organisation der Beschäftigten von der Arbeitsorganisation an sich beeinflusst, denn im Vergleich zum Bergbau sind mehr ArbeiterInnen für die Stahlerzeugung notwendig. Dabei folgt die Arbeitsorganisation der Logik des Produktionsprozesses, und somit der Gliederung in Fabrikabteilungen (Instandhaltung, Hochöfen, Schwerprofile, Heißwalze, Kaltwalze, Verstählung usw.). Carlos San Juan Victoria betont den Alltag am Arbeitsplatz, an dem es nach der Einführung neuer Technologien zu einer Intensivierung des Produktionsprozesses und zu einer Änderung in der Arbeitsorganisation kam. Aufgrund dieser Veränderungen kam es kontinuierlich zu neuen Konflikten bzgl. Fragen der Gehaltsstufen, Produktionsgrenzen, Vergütungsstufen usw., während gleichzeitig eine institutionelle und unmittelbar gewerkschaftliche Vermittlung fehlte. Die politische Mobilisierung der 70er Jahre in den Stahlwerken entwickelte sich in diesem institutionellen Vakuum. In einigen Fällen (AHMSA, SICARTSA) fand die Politisierung zunächst außerhalb der Fabrik, in den ArbeiterInnenvierteln aufgrund fehlender Intrastruktur und kommunaler Dienstleistungen statt, welche erst später in die Produktionsstätten hineingetragen wurde. Dies hatte auch damit zu tun, dass es in den städtischen Räumen weniger direkte Überwachung gab. Die positiven Erfahrungen dieser Mobilisierungsphase motivierten die ArbeiterInnen auch dazu, den Raum in der Stahlanlage zu politisieren. Darüber hinaus dürfen die Stadtgemeinde und die Fabrik nicht als zwei komplett voneinander getrennte Räume gedacht werden, weil das Gemeinwesen in all seinen Ausformungen in den Industriestädten, die sich rund um eine große Betriebsstätte entwickelt haben, wie eben in Monclova und Lázaro Cárdenas, zum Großteil von der lokalen Gewerkschaft getragen wird.

Die Verhandlungen, die in diesem Rahmen geführt werden, müssen nicht notwendigerweise ideologisch ausgerichtet sein, auch wenn das Umfeld absolut kapitalistischen Regeln folgt. Dennoch, „die Intensivierung der Konflikte, bedingt durch die Modernisierung und die instabilen Lage der globalen Wirtschaft (Kampf um das direkte und indirekte Gehalt) hat den Einfluss oppositioneller Strömungen in der Gewerkschaft begünstigt“ (San Juan Victoria 187: 241).

Aus diesem Grund eröffnet die Fabrik neue Räume und Kampfformen und ermöglicht zudem das in-Beziehungen-Treten zwischen den ArbeiterInnen. In den Abteilungen ist es üblich, dass die „unterschiedlichste Qualifikationen und Berufsarten in der Abwicklung eines Produktionsschrittes zusammengefasst werden, und somit allgemeine Probleme der Produktion geteilt werden“ (ebd. 242f). Von diesen Räumen und Organisationsformen ausgehend ist es nur noch ein kleiner Schritt zu einer problemkonzentrierten Diskussion und schließlich zu einer Politisierung. Das Produktionsumfeld als solches bietet darüber hinaus Kampfstrategien wie die Produktionssabotage und den Bummelstreik geradewegs an. Somit kann die Gewerkschaftsbewegung, die aus diesen alltäglichen Produktionsräumen entsteht, große Durchschlagskraft erringen, weil eben alle ArbeiterInnen in ihrem Einflussbereich stehen und auf sehr konkrete Situationen angespielt wird:

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wird komplexer. Verwurzelt in den Produktionsabteilungen der Fabrik, ist es möglich die Probleme, die sich aus dem Arbeitsprozess ergeben (Sicherheit, Arbeitsrhythmus, Autoritarismus), besser zu kennen und verpflichtet zum Funktionieren einer dauerhaften Organisation, weil sie an alltägliche Probleme geknüpft sind und eben nicht nur an die Momente der Zuspitzung des Klassenkampfes (Streik, Verhandlungen, Repression) (ebd. 244).

Zu dieser speziellen Arbeitssituation kam das Absinken des Lebensstandards hinzu. Obwohl es in anderen Sektionen weniger Streikbewegungen gab, waren auch sie von der Wirtschaftskrise und der Abwertung des Pesos betroffen, ihre Protestformen nahmen lediglich individuelleren Charakter an. Die Arbeitspolitik und der Korporatismus als solches begannen auf dem Spiel zu stehen, weil die Legitimität des politischen Systems auf dem Wirtschaftsmodell und der Aufrechterhaltung des Wohlstandes basierte. Während der Amtszeit des Präsidenten Luis Echeverría (1970-1976) wurde der tripartistische Pakt noch

erneuert, aber unter José López Portillo (1976-1982) wurden die offizielle Rhetorik und die Arbeitspolitik verändert. Eine der zentralen Fragen war dabei die Gehaltsobergrenze, die 1977 eingeführt wurde. In der Folge wurden die Verhandlungen über das indirekte Gehalt, also über die Sozialleistungen, umso wichtiger.

Auch von Seiten der UnternehmerInnenschaft wurde das korporatistische System immer mehr angezweifelt, da es den erhoffte „Arbeitsfrieden“ nicht mehr garantieren konnte (Reygadas 1989: 170).

Trotz der Gehaltsobergrenze genossen die Gewerkschaften noch genügend Freiheiten, die erst mit dem Präsidenten Miguel de la Madrid (1982-1988) eingeschränkt werden sollten, denn der Widerstand der ArbeiterInnen war noch sehr stark und ein direktes Vorgehen gegen sie wäre noch nicht möglich gewesen.

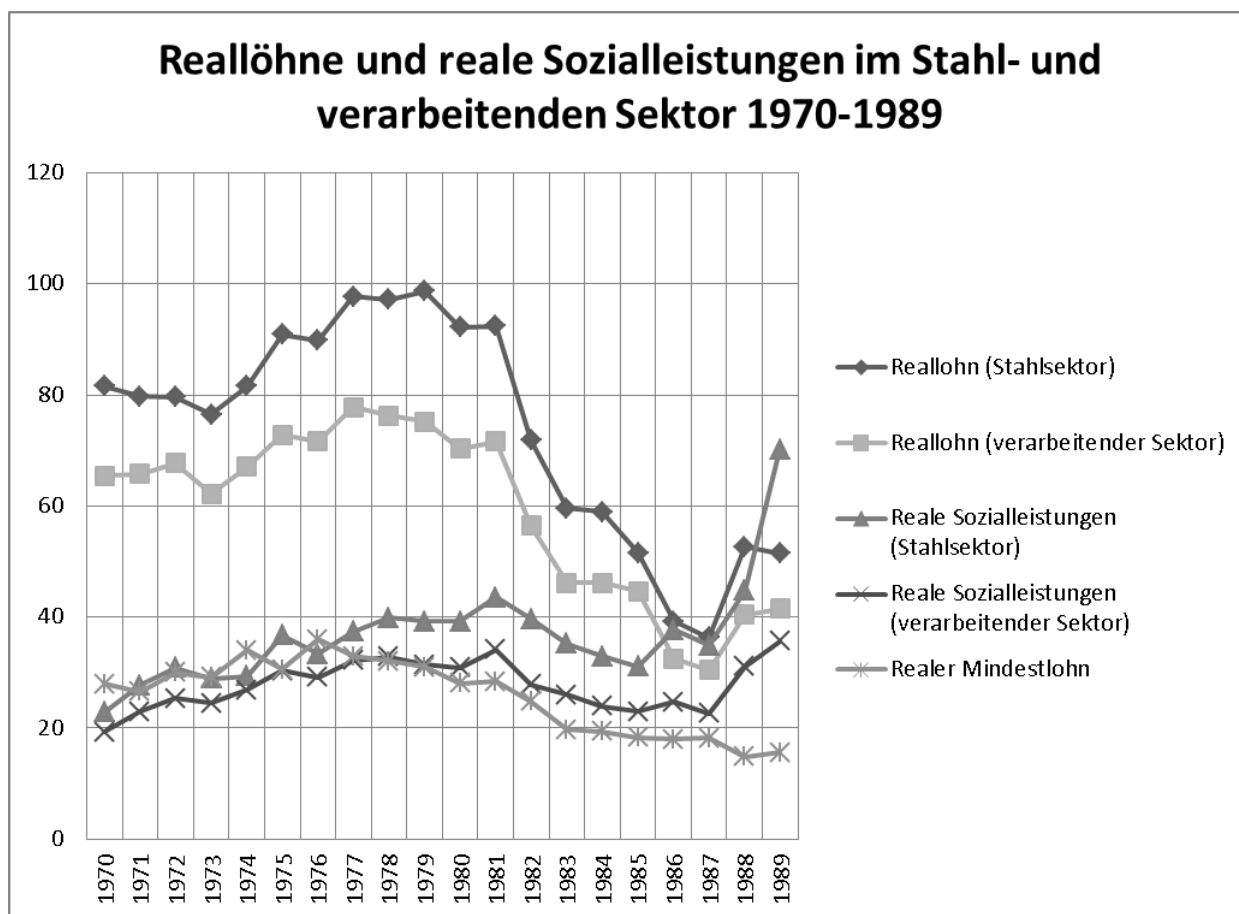
In der folgenden Tabelle und der angeschlossenen Grafik ist zu sehen, dass obwohl der reale Mindestlohn 1976 am höchsten war, dies im Stahlsektor und im verarbeitenden Sektor erst 1977 bzw. 1979 seine Auswirkungen zeigte. Der definitive Absturz des Reallohn kam 1982, welchen man noch mit einem Anheben der Sozialleistungen auszugleichen versuchte. Außerdem springt der relativ hohe Lohn der StahlarbeiterInnen im Vergleich zum verarbeitenden Sektor ins Auge. Daher sind diese ArbeiterInnen auch besonders empfindlich auf ein Absinken des Lebensstandards, da sie einen gewissen Wohlstand gewohnt sind.

Tabelle 3.3. Reallöhne und reale Sozialleistungen im Stahl- und verarbeitenden Sektor pro Kopf und Arbeitseinheit (Basisjahr 1970)

	Reallohn (Stahlsektor)	Reallohn (verarbeitender Sektor)	Reale Sozialleistungen (Stahlsektor)	Reale Sozialleistungen (verarbeitender Sektor)	Realer Mindestlohn
1970	81,62	65,40	22,88	19,23	27,93
1971	79,78	65,81	27,74	22,93	26,55
1972	79,65	67,69	30,90	25,30	29,96
1973	76,44	62,14	28,88	24,50	29,12
1974	81,62	67,04	29,35	26,89	34,01
1975	90,90	72,76	36,77	30,38	30,59
1976	89,82	71,60	33,40	29,14	36,01
1977	97,75	77,78	37,40	32,18	32,88
1978	97,21	76,25	39,82	32,80	32,11

1979	98,73	75,16	39,27	31,46	30,97
1980	92,19	70,36	39,23	30,92	28,02
1981	92,45	71,66	43,51	34,09	28,33
1982	71,82	56,40	39,68	27,89	24,76
1983	59,56	46,20	35,19	26,02	19,75
1984	58,94	46,19	32,98	23,99	19,44
1985	51,52	44,62	31,04	23,02	18,29
1986	39,24	32,53	37,70	24,69	18,01
1987	36,31	30,41	34,90	22,61	18,17
1988	52,63	40,40	44,79	31,08	14,81
1989	51,43	41,49	70,17	35,63	15,59

Eigene Aufbereitung mit Daten des INEGI. La industria siderúrgica en México 1983, 1986, 1991 und González Chávez, Gerardo (1994). Los salarios y la contratación colectiva. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI.141-178.



3.5.5. Die Gewerkschaftsproteste in den einzelnen Stahlsektionen

Obwohl ich zuvor schon den generellen Kontext, in dem die ArbeiterInnen in der Stahlindustrie in den 70er Jahren ihren Kampf entwickelt hatten, erklärt habe, musste sich jede einzelne Sektion auch eigenen Problemen stellen. Die Gruppierung, welche die Protestwelle lostrat war die Sektion 67 der Fundidora Monterrey, wo nach schweren finanziellen Problemen 500 Arbeiter gekündigt wurden. Hinzu kam ein tragischer Unfall, bei dem 17 Arbeiter ihr Leben verloren. Der Generalsekretär Napoleón Gómez Sada versuchte für gewöhnlich, nur akzeptable Entschädigungszahlungen für die Beschäftigten im Falle von Stellenkürzungen auszuhandeln, jedoch stelle er die Entscheidung der ArbeitgeberInnen nie in Frage. Aus diesem Grund büßte er unter den ArbeiterInnen auch an Legitimität ein, die 1972 eine der Kommunistischen Partei nahestehende Repräsentation wählte, das Zentrum zur gewerkschaftlichen Orientierung 5. Februar (Centro de Orientación Sindical 5 de Febrero) (Toledo; Zapata 1999 II: 188f). Diese Sektion trat in den 70er Jahren bei fast allen Kollektivverhandlungen in Streik. Die Forderungen hinsichtlich des Arbeitsverhältnis waren sehr politisch, so wurde versucht, das Outsourcing und die Anhebung der Zahl freier DienstnehmerInnen zu limitieren, um gleichzeitig Festanstellungen für ZeitarbeiterInnen zu schaffen und die Gehaltsobergrenze zu bekämpfen. Aus diesem Grund waren politische Kündigungen durch den Arbeitgeber keine Seltenheit. Die Mobilisierung ging mit der staatlichen Übernahme des Unternehmens, bedingt durch die finanziellen Schwierigkeiten 1977, und mit der Eingliederung in SIDERMEX keineswegs zurück. Die RepräsentantInnen dieser Sektion wurden 1978, gleichsam wie ihre KollegInnen der anderen halbstaatlichen Stahlunternehmen (AHMSA, SICARTSA), aus der 20. Konvention der nationalen Gewerkschaft ausgeschlossen.

Die politische Mobilisierung in der Sektion 147 in Monclova begann zunächst in den ArbeiterInnenvierteln, in denen die städtischen Dienstleistungen nicht den Bedürfnissen der BewohnerInnen entsprachen. Wie im Fall der Fundidora Monterrey stellte auch diese Gewerkschaft die Vertragspolitik des Arbeitgebers in Frage und versuchte seine Belegschaft mittels Verhandlungen über zentralen Kollektivvertragsklauseln auszuweiten⁴⁰.

⁴⁰

Detailliertere Information dazu findet sich im Kapitel 4 (Monclova und seine Geschichte)

Die Sektion 271 von SICARTSA ist bis heute eine der kämpferischsten Gruppierungen innerhalb der Gewerkschaft geblieben. Sie entstand während einer sehr politisierten Epoche und war von Beginn an starken ideologischen Einflüssen ausgesetzt. Zunächst gab es kaum Konflikte zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen, und das Unternehmen war schnell bereit, Lösungen zu finden, weil es unter einem großen Druck stand, da die Fertigstellung der Stahlanlage termingerecht zu erfolgen hatte. Wie in Monclova fanden auch in dieser Sektion die ersten politischen Aktivitäten außerhalb der Fabrik in den Stadtvierteln statt, wo die Infrastruktur noch höchst unzureichend war. Vor diesem Hintergrund muss auch bedacht werden, dass Lázaro Cárdenas ursprünglich eine sehr kleine Gemeinde gewesen war, als die Erbauung des Stahlwerks begonnen wurde, die sich innerhalb dieses Zeitraums in eine der wichtigsten Industriestädte des Landes verwandeln sollte (ebd. 202).

Außerdem sticht die Sektion wegen ihrer verschiedenen internen ideologischen Strömungen hervor, wie die Linie der Massen (Línea de Masas), die Proletarische Demokratie (Democracia Proletaria) und die Anhänger der statuarischen Demokratie (Estatuarios). Die Forderungen der Mobilisierung der 70er und 80er Jahre waren ebenfalls sehr politisch, wie beispielsweise die Einforderung einer 40-Stunden-Woche⁴¹. Mit der Integration der Firma in den unternehmerischen Dachverband SIDERMEX häuften sich die Zusammenstöße mit der Belegschaft, weil sie nun unter größerem Druck die Produktion zu steigern hatten, und es im Zuge dessen zu einem größeren Unfallrisiko kam. In der Sektion 271 war es für die lokalen GewerkschaftsvertreterInnen nie leicht gewesen, mit dem Arbeitgeber zu verhandeln, weil der Druck von der politisierten Basis besonders hoch war, weshalb sie bis heute als die demokratischste Vereinigung innerhalb der Bergbaugewerkschaft gilt.

Im Allgemeinen fand die Konfliktaustragung innerhalb der lokalen Gewerkschaft und mit dem Arbeitgeber direkt statt, was nicht heißt, dass die SNTMMSRM nicht auch ihre Männer zur Einschüchterung⁴² in die jeweiligen Gebiete geschickt hätte. Zur direkten Konfrontation

⁴¹ Die Arbeitswoche umfasst in Mexiko für gewöhnlich 48 Stunden. Laut Verfassung ist der Arbeitstag auf 8 Stunden begrenzt (Art. 123 I) und es besteht das Recht auf mindestens einen freien Tag pro Woche (Art 123 IV).

⁴² In Mexiko heißen diese „halcones“ (Falken).

mit Napoleón Gómez Sada kam es erst bei der 20. Konvention 1978. In dieser wurden die Repräsentanten aller nichtkonformen Sektionen ausgeschlossen, zu denen alle lokalen Stahlsektionen gehörten. Die angeblichen Statutenwidrigkeiten, mit denen der Ausschluss gerechtfertigt wurde, waren besonders im Fall der Sektion 271 unverständlich, weil argumentiert wurde, dass die Gesandten noch nicht die dafür notwendigen 5 Dienstjahre vollendet hatten, und die Fabrik erst 2 Jahre zuvor gegründet worden war (ebd. 210).

Im Fall der beiden privaten Stahlunternehmen erreichte die gewerkschaftliche Aktivität niemals dieses Ausmaß. Es kam nur in der Gewerkschaft TAMSAs, Sindicato Nacional Unidad y Progreso (SNUP), die zunächst Mitglieder der Revolutionären Konföderation der Arbeiter und Bauern (Confederación Nacional de Obreros y Campesinos - CROC) war und danach der CTM, zu Beginn der 80er Jahre aufgrund von Wahlmanipulation zu internen Konflikten (ebd. 222). Dahingegen hatten die bei HYLSA Beschäftigten bis 1972 überhaupt keine Gewerkschaft, die dann der Union der Arbeiter von Cuauhtémoc und Famosa (Unión de Trabajadores Cuauhtémoc y Famosa – UTCyF) angegliedert wurden. 1975 gründeten sie ihre eigene Gewerkschaft, die Industriegewerkschaft der Arbeiter von HYLSA (Sindicato Industrial de Trabajadores de HYLSA – SITHYLSA) mit 3.313 Mitgliedern. Diese wurde in die gewerkschaftlichen Vereinigung Alfa integriert. Bis heute gab es in dieser Belegschaft keinen Konflikt, was mit der Unternehmensideologie der Gruppe Monterrey, zu der auch HYLSA zählt, zusammenhängt, denn die SITHYLSA ist eine gelbe Gewerkschaft (ebd. 224).

3.6. Der neoliberale Strukturwandel

3.6.1. Die Veränderungen zu einer neoliberalen Arbeitspolitik

Der Wandel zu einer Arbeitspolitik neoliberalen Stils zeichnete sich ab 1982 ab, als der Präsident López Portillo eine Absichtserklärung des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterzeichnete, um nach einer schweren Wirtschaftskrise die für die mexikanische Wirtschaft notwendigen Darlehen zu bekommen. Damit unterwarf er das Land dem Diktat des IWF. Die Auflagen richteten sich auf die Privatisierung der halbstaatlichen Unternehmen, die ökonomische Umorientierung hin zu einer exportierenden Wirtschaft und die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben (Rueda Peiro 2006: 2).

Die Marktöffnung vollzog sich definitiv 1986 mit dem Inkrafttreten des GATT. Seither müssen die mexikanischen Unternehmen sowohl am nationalen, wie am internationalen Markt ohne staatliche Subventionen mit dem ausländischen Kapital Schritt halten. Für die meisten Wirtschaftssektoren kam dieser Wechsel sehr abrupt und sie waren entsprechend wenig auf die starke Konkurrenz vorbereitet. Das Importsubstitutionsmodell hatte eine ökonomische Vision geschaffen, die den Unternehmen im Notfall immer die Rückendeckung des Staates garantierte. Die 180-Grad-Wendung der Regierung hin zu einer radikalen Marktkonomie ließ diese Verantwortung fast gänzlich verschwinden, um sie den Unternehmen zu überlassen, die sich schnellst möglichst an die Konkurrenz anzupassen hatten. Nur wenige konnten tatsächlich Vorteile aus dieser Politik ziehen, allen voran ausländische und nationale GroßunternehmerInnen. Eine beträchtliche Anzahl der Klein- und Mittelbetriebe hielt diesem Druck nicht Stand und ging Bankrott, während die großen Firmen diese Kosten auf die ArbeiterInnenschaft abwälzten. Obwohl die technische Modernisierung ein sehr wichtiger Aspekt dieses Wirtschaftsumschwungs war, waren es dennoch die Einsparungen in Form der Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen, die in der Bilanz am meisten aufwogen. Im Detail beinhaltete dieser Wandel eine zunehmende Ausgliederung des MitarbeiterInnenstocks, und somit eine gleichzeitige Einsparungen in Form von Sozialleistungen und Löhnen, ein Anheben der Arbeitszeit, Personalkürzungen und der Abbau gesetzlicher Schutzmaßnahmen mittels der Neuverhandlung von Kollektivverträgen.

Letztere schlossen die Rücknahme der Bilateralität, Lohn- und Sozialkürzungen und Einsparungen von Sicherheitsmaßnahmen ein.

Dabei ging es aber nicht nur um die Verringerung von Ausgaben, sondern auch darum, eine Akzeptanz seitens der ArbeiterInnenschaft hinsichtlich der wirtschaftlichen und legalen Einschränkungen zu schaffen. Die Beschäftigten sollten sich vermehrt mit den ArbeitgeberInnen identifizieren, wobei der gemeinsamen Feind in den konkurrierenden Unternehmen verortete wurde. Diese Identifizierung stand im Gegensatz zu jener der großen Industriegewerkschaften, die basierend auf dem korporatistischen System zwar eine vermittelnde Haltung einnahmen, denen jedoch noch immer ein Klassenverständnis zu Grunde lag:

Der unternehmerische Diskurs über die Notwendigkeit des Teamworks, mit einer größeren Partizipationsmöglichkeit der Arbeiter, indem sie der Firma ihr explizites und implizites Können zur Verfügung stellen, und über eine neue Arbeitskultur mit der Identifizierung des Arbeiters mit seinem Werk und mit dem Unternehmen, also jener Ideologie, die den Feind nicht mehr in der Geschäftsführung, sondern im Markt unter den anderen mitstreitenden Konzernen verortet, breitete sich viel weiter aus, als die neuen Technologien. (de la Garza 2006: 10)

Als Alternative blieben die Arbeitslosigkeit, die Armut, die Migration und die informelle Arbeit. Anders gesagt, wurden die GegnerInnen dieser Neuerungen aus dem System verbannt und mussten sich auf individuelle Weise ihr Leben sichern.

Obwohl es 1983, kurz nach der Implementierung der neoliberalen Maßnahmen, zu einer Vielzahl von Streiks kam, gelang es den Gewerkschaften nicht, die neue Wirtschaftspolitik und deren negative Auswirkungen für die ArbeiterInnen einzubremsen. Obwohl sogar innerhalb der Reihen der CTM kritische Stimmen laut wurden, ging diese dennoch den üblichen Weg der Partei. „Die Abwesenheit eines passenden Vorschlags zu den von der Regierung etablierten neuen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen“ hatte fatale Auswirkungen (Pérez Pérez 2002: 4), denn die wirklichen Auseinandersetzungen mit den jeweiligen ArbeitgeberInnen passierten innerhalb der gewerkschaftlichen Sektionen, die zu diesem Zeitpunkt keine nationale Rückendeckung mehr hatten.

In diesem Zusammenhang ist besonders die Amtszeit Carlos Salinas de Gortari (1988-1994) hervorzuheben, der unter Miguel de la Madrid als Finanzminister der Hauptinitiator des neuen Wirtschaftsmodells war. In seinen Diskursen rechtfertigte er die Rücknahme des Staates und die erweiterte Freiheit des Kapitals mit dem Übergewicht und der Ineffizienz des öffentlichen Sektors. Die „Staatsreform“ beinhaltete nicht nur die Privatisierung halbstaatlicher Unternehmen und die Änderung des Wirtschaftsmodells, sondern eben auch eine „neue Gewerkschaftsbewegung“. Diese sollte – entsprechend der acht Punkte über die neue Gewerkschaftsbewegung, die Salinas de Gortari am 1. Mai 1990 proklamierte – gekennzeichnet sein von der Kooperation zwischen den Produktionsfaktoren und der Bereitschaft der ArbeiterInnen, an der Produktionssteigerung teilzunehmen (ebd. 5f). Diese Kooperation nannte er auf höchst ironische Weise „industrielle Demokratie“:

Sowohl der Vorschlag zur „neuen Gewerkschaftsbewegung“, als auch der einer „industriellen Demokratie“ legen die Konformität mittels einer neuen Arbeitskultur nahe, sofern eine Zukunft der Einigkeit konsolidiert werde, um so den antagonistischen Kampf zwischen Kapital und Arbeitern zu eliminieren, mit der Überzeugung, dass beiden, basierend auf einer gemeinsamen Idee der Kooperation und auf der Suche nach höheren Produktivitätsniveaus, begünstigt werden würden. (Pérez Pérez 2000: 7)

Dass diese „Demokratie“ letzten Endes überhaupt nichts mit der Beteiligung der ArbeiterInnen zu tun hatte, sollte sich kurze Zeit später herausstellen, als die Generalsekretäre der Erdöl- und der LehrerInnengewerkschaft abgesetzt wurden. Die Telefongewerkschaft akzeptierte die Kooperation, die v.a. darin bestand, sich den Interessen des Unternehmens zu unterwerfen und der Ausdünnung der im Kollektivvertrag verankerten Bilateralität zuzustimmen (ebd.). Die verwendete Rhetorik retuschierte lediglich die Kombination einer autoritären Politik alten korporatistischen Stils mit neoliberalen Elementen. Im Wesentlichen strebte sie jedoch eine Schwächung des Gewerkschaftssektors an und dessen Unterordnung unter neokonservative Strategien, die den ArbeiterInneninteressen diametral entgegenstanden. Obwohl es zu einer Annäherung zwischen der Regierung und der Föderation der Gewerkschaften der Güter- und Dienstleistungsunternehmen (Federación de Sindicatos de Empresas de Bienes y Servicios – FESEBS), ein unabhängiger gewerkschaftlicher Zusammenschluss, kam, entschied sich Salinas

de Gortari erneut für die Kooperation mit der CTM, als die Legitimität seiner Herrschaft 1994 zu bröckeln begann und die Wahlen näher rückten. In diesem Zusammenhang sei an den Anstieg der politischen Morde, die während seiner Amtszeit passierten, erinnert und an das Auftauchen der EZLN zu Beginn des Jahres 1994, als das NAFTA-Abkommen in Kraft trat. Obwohl die Zapatistenbewegung politisch einen alternativen Weg zu mehr Selbstbestimmung einschlug, ist die Wahl besagten Datums, um mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten, als ein symbolischer Akt gegen dieses Wirtschaftsmodell und den daraus resultierenden negativen sozialen Folgen zu deuten. Die Finanzkrise Ende 1994 stelle das Versagen der Wirtschaftspolitik Salinas de Gortaris unter Beweis, der geglaubt hatte, die Finanzen mittels einer Neuverhandlung der Schulden, der Privatisierung und der Marktöffnung für ausländisches Kapital zu sanieren. Mit der Herausgabe der so genannten Tesobonos⁴³ wurden nur ausländische InvestorInnen angezogen, aber diese milderten die Schulden nicht, sondern vielmehr das Gegenteil war der Fall, sie stiegen und machten „die Abwertung des Pesos am 19. Dezember [unumgänglich] und ab diesem Moment wurde die tiefste Krise, die das Land in den letzten 50 Jahren erlebt hatte, ausgelöst“ (Rueda Peiro 2006: 8). Der Sprung aus der Krise implizierte die Verstärkung des neoliberalen Modells:

Obwohl die Wirtschaftskrise Ende 1994 durch die Anwendung neoliberaler Politiken verschuldet worden war, bestanden die Ideologen des freien Marktes darauf, sie mittels der Steigerung der Dosis zu überwinden, das heißt, sie verstärkten die Maßnahmen der Marktliberalisierung, die sie bereits seit einigen Jahren in die Praxis umsetzten. (González Chávez 2008: 113)

Während der Amtszeit Ernesto Zedillos änderte sich wenig an diesem Politikstil. Er koordinierte mit der Arbeitgeberkonföderation der Mexikanischen Republik (Confederación Patronal de la República Mexicana – COPARMEX) und der CTM die Unterzeichnung des Dokuments mit dem Namen „Neue Arbeitskultur“, das auf dem Projekt Salinas de Gortaris der „Industriellen Demokratie“ fußte. Während derselben Regierung entstand auch die Nationale Union der Arbeiter (Unión Nacional de Trabajadores – UNT), als ein vom korporatistischen System unabhängiger Gewerkschaftszusammenschluss und als eine

⁴³ Bonos de la Tesorería de la Federación, sind Schuldscheine des mexikanischen Staates, die in der nationalen Währung ausgestellt wurden, jedoch an den Dollar gebunden waren.

Alternative zum CT und zur CTM, obwohl er sich in seinen internen politischen Praktiken nur wenig von diesen unterschied.

3.6.2. Die Auswirkungen der neoliberalen Politik auf die Stahlproduktion

Für die Stahlindustrie hat der neoliberale Wandel v.a. negative Auswirkungen, besonders was die abrupte Aufhebung des staatlichen Protektionismus betraf. Salinas de Gortari hatte die Privatisierung der Stahlunternehmen damit rechtfertigt, dass sie „aufgehört hatten, prioritär für die nationale Entwicklung zu sein, da der Stahl ein Produkt war, das reichlich vorhanden war und zu konkurrenzfähigen Preisen auf der ganzen Welt zur Verfügung stand“ (González Chávez 2008: 256). Der Sektor sah sich zu einer technologischen Rundumerneuerung, zu einer Diversifizierung des Angebots und zur Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen genötigt, um auf dem internationalen Markt überleben zu können. Auch das interne Management der Firmen wurde von einem fordistischen Modell hin zu einem toyotistischen geändert. Dazu zählte sowohl die Flexibilisierung der Arbeit im Sinne der Auslagerung von Arbeitsschritten, der Reduzierung von Löhnen und Sozialleistungen, dem Stellenabbau, der Verpflichtung zur konstanten Fortbildung usw., als auch in der Arbeitsorganisation selbst, in Form von Qualitätszirkeln, der Reduktion der Ausfallszeiten und der Just-In-Time Lieferung.

Trotz dieser Modifizierungen und der angeblich effizienteren Produktion, sah sich die globale Stahlindustrie einer niedrigen Nachfrage ausgesetzt. Dies erklärte sich einerseits daraus, dass der Stahl durch weniger schwere, aber genauso resistente Produkte ersetzt wurde. Andererseits wurde mit der Verpflichtung zur konstanten Produktionssteigerung, basierend auf dem Wettbewerbsdiktat, ein Niveau erreicht auf dem das Angebot die Nachfrage überschritt. Die 90er Jahre zeichneten sich so durch eine Stahlüberproduktion aus, die sich wiederum negativ auf den Preis auswirkte. Auf höchst ironische Weise hatten somit der neoliberale Leitspruch von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Produktionssteigerung zu einer internationalen Stahlkrise geführt. Allgemeine Wirtschaftskrisen lassen sich wiederum am Stahlverbrauch ablesen, weil der Stahl Grundprodukt für die Herstellung einer Vielzahl industrieller Güter ist und deren Produktion

in Krisenzeiten zurückgeht. In der folgenden Tabelle können diese Schwankungen sehr gut nachvollzogen werden.

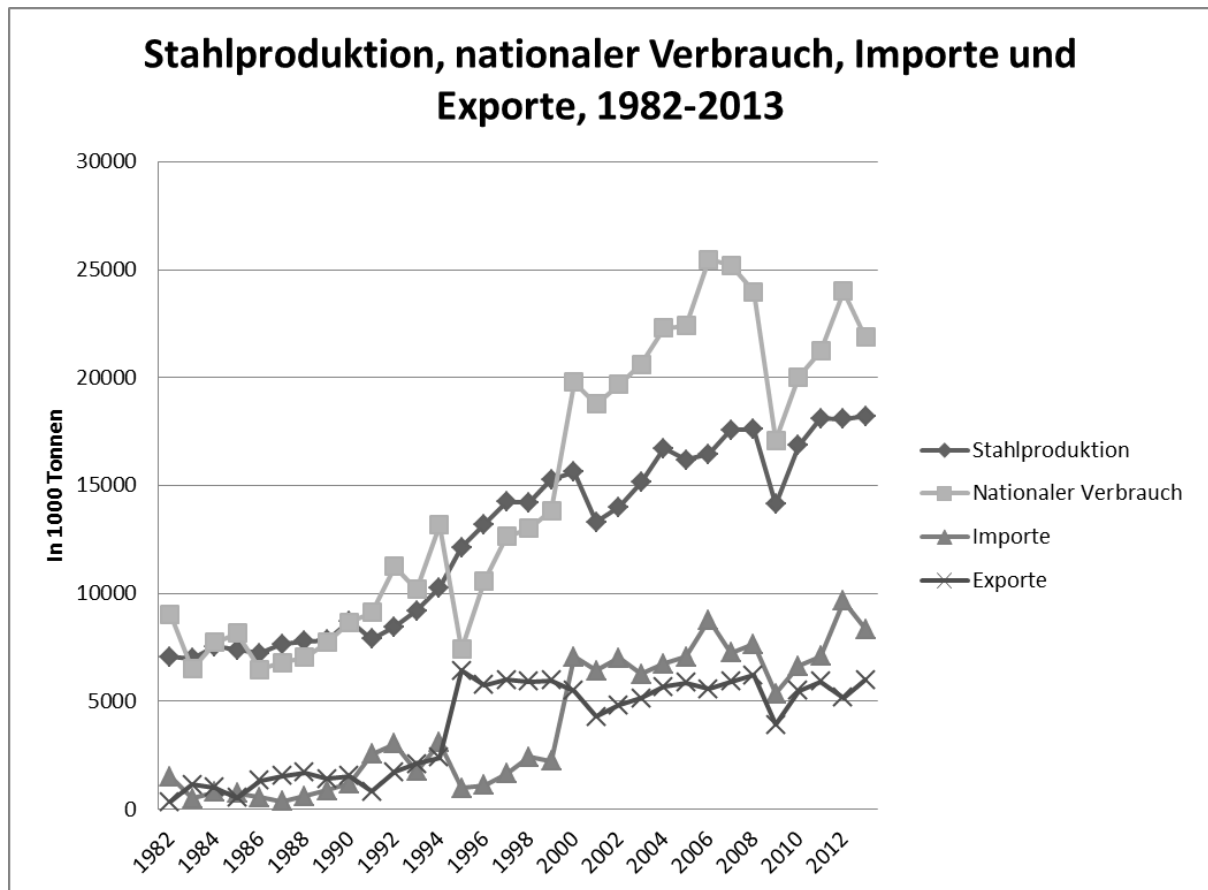
Tabelle 3.4. Produktion, Nationaler Verbrauch, Stahlimport und –export, 1982-2012
(In 1000 Tonnen)

	Stahlproduktion	Nationaler Verbrauch	Importe	Exporte
1982	7056	9030	1518	352
1983	6978	6507	499	1143
1984	7560	7725	809	1001
1985	7399	8159	751	519
1986	7225	6487	567	1324
1987	7642	6801	379	1556
1988	7779	7043	614	1697
1989	7851	7746	885	1419
1990	8726	8663	1207	1555
1991	7883	9127	2563	823
1992	8459	11246	3038	1731
1993	9199	10201	1768	2104
1994	10260	13166	3103	2400
1995	12147	7403	972	6415
1996	13196	10587	1111	5758
1997	14246	12645	1658	5995
1998	14218	13029	2429	5915
1999	15274	13832	2241	5978
2000	15631	19800	7079	5482
2001	13300	18788	6419	4298
2002	14010	19673	7012	4831
2003	15159	20608	6256	5142
2004	16737	22296	6739	5674
2005	16195	22403	7067	5864
2006	16447	25476	8787	5578
2007	17573	25204	7251	5912
2008	17615	23984	7645	6207
2009	14132	17098	5370	3930
2010	16870	20034	6651	5497
2011	18110	21229	7100	5920
2012	18073	24000	9643	5164
2013	18208	21874	8348	6006

Quelle: Chávez Quezada, Servando (1994) In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.): Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI, 60-102

INEGI: La industria siderúrgica en México; 1994, 1996, 1998, 2000, 2002

CANACERO: Indicadores de la Industria Siderúrgica Mexicana 2002-2011, 2003-2013



Wie man der Grafik entnehmen kann, ging der nationale Verbrauch zwischen 1986 und 1989 zurück, um sich für einige Jahre zu erholen und um 1995, als Folgewirkung der Wirtschaftskrise von 1994, erneut zu fallen. Der Markt erholte sich erst 2000 wieder um erneut, bedingt durch die Krise von 2008 und 2009, abzustürzen. Gleichzeitig kann mit Ausnahme der Krisenjahre 2008/09 beobachtet werden, dass versucht wurde, der intern zurückgehenden Nachfrage mit einem verstärkten Export des nationalen Stahls entgegenzuwirken.

In den westlichen Ländern versuchte man die Folgen der Überproduktion mit Hilfe des Schutzes der eigenen Industrie in Form von Antidumping-Gesetzen und Subventionen abzuwehren. So sanktioniert das Handelsministerium der USA nur 40 Tage nach Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens 53 Stahlunternehmen aus 19 Ländern. Unter den angeführten Firmen befanden sich Industrias Monterrey (IMSA) und Altos Hornos de México (AHMSA) (González Chávez 2008: 160). Mexiko reagierte auf diese Krise nur mit einem zusätzlichen Druck auf die Arbeitsbeziehungen, die Kollektivverträge und sogar der

Schließung von Werken, alles, um dem Anspruch der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gerecht zu werden (ebd. 157).

In diesen Jahren zeichnete sich auch die internationale Arbeitsteilung in der Stahlindustrie ab, die im Grunde genommen darin bestand, dass sich jedes Land oder Region auf die Herstellung bestimmter Stahlprodukte spezialisierten sollte. In den fortschrittlicheren Ländern begann man sich auf die Herstellung von Spezial-, Leicht- und rostfreien Stahl zu fokussieren. Das traditionelle Verfahren der Stahlproduktion über Hochöfen wurde durch jenes über Elektroöfen ersetzt, die weniger Rohstoffe benötigten. In den weniger fortschrittlichen Ländern, wo sich gleichzeitig die meisten Rohstoffvorkommen befinden und wo die Arbeitskraft billiger ist, wurde die Produktion des herkömmlichen Stahls beibehalten. Dieser Stahl wurde in die „entwickelten“ Länder exportiert, für den gleichzeitig internationale Qualitätsstandards garantiert werden musste. Unternehmen, die es nicht schafften, sich dieser internationalen Dynamik anzupassen, gingen Bankrott, wie einige traditionelle Stahlgiganten in den USA und Deutschland (ebd. 159).

3.6.3. Die aktuelle Situation der mexikanischen Stahlindustrie

Wie zuvor schon erwähnt, hielt die Fundidora Monterrey dem neoliberalen Wandel nicht stand. Die externe Verschuldung zu Beginn der 70er Jahre führt 1977 zur Verstaatlichung des Unternehmens. Obwohl Teile der Fabrik modernisiert worden waren, wurde sie 1986 definitiv mit dem Argument der zu geringen Rentabilität geschlossen.

Die anderen beiden halbstaatlichen Stahlunternehmen, AHMSA und SICARTSA, wurden 1991 privatisiert. In beide wurde vor dem Verkauf viel Geld für eine Restrukturierung und Modernisierung investiert. Angesichts des realen Werts der Anlagen war der Verkaufspreis jedoch äußerst niedrig, so wurde SICARTSA I an die Gruppe Villacero für 195,5 Millionen US Dollar verkauft, obwohl ihr realer Wert auf ungefähr 2,5 Milliarden US Dollar geschätzt worden war. Sie wurde also für weniger als 8% des Wertes verkauft (Fernández-Vega: 02.04.2013). Im Fall von AHMSA wurde das Werk um 10,7% des realen Werts an Grupo Acerero del Norte (GAN) verkauft (González Chávez 2008: 293).

SICARTSA, dessen Bau ursprünglich in vier Etappen geplant gewesen war, hatte gerade erst die zweite Etappe abgeschlossen, als sein Verkauf angekündigt wurde. Für die Privatisierung wurde das Unternehmen in vier Paketen feilgeboten, von denen Grupo Villacero zwei kaufte (SICARTSA I) und zwei das indische Unternehmen Caribbean Ispat Mexicana (SICARTSA II) (ebd. 261). Letzteres schaffte es ab 1999 die Produktion AHMSAs zu überholen. 2007 verkaufte Grupo Villacero seinen Teil an Ispat Mexicana, das zu diesem Zeitpunkt seinen Namen in AcelorMittal geändert hatte, ein Stahl-Konsortium, das laut dem worldsteel-Index 2013 den ersten Platz der weltweit wichtigsten Stahlkonzerne einnahm (worldsteel: 08.09.2014) und das über Tochterunternehmen in 20 verschiedenen Ländern der Welt vertreten ist (AcelorMittal: 02.04.2013). Die Übernahme SICARTSAs durch ein internationales Konsortium wurde sehr kritisiert, wenn man bedenkt, dass der ursprüngliche Plan zur Gründung dieses Unternehmens darin bestand, die regionale Entwicklung dieser noch ruralen Gegend Michoacans und so der Nation zu fördern. Dieser wurde somit in sein absolutes Gegenteil verkehrt, denn der Großteil der Gewinne wandert seither ins Ausland.

Im Vergleich zu SICARTSA blieb AHMSA in nationalen Händen und wurde von Grupo Acerero del Norte (GAN) aufgekauft. Die Privatisierung AHMSAs war jedoch von vielen Unregelmäßigkeiten begleitet, so war GAN nur wenige Tage vor der Ausschreibung des Verkaufs gegründet worden, ihre Geschäftsführer hatten weder genügend Erfahrungen im Stahlgeschäft, noch genügend Kapital zum Ankauf des Unternehmens, waren aber mit dem damaligen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari verwandt.

Aus demselben Grund waren die neuen Besitzer den Auswirkungen der Stahlkrise der 90er Jahre, die AHMSA beinahe in den Konkurs getrieben hätte, auch nicht gewachsen und mussten 1999 eine Zahlungseinstellung beantragen, die erst 2008 wieder aufgehoben wurde. Heute ist GAN, ebenso wie ihre Konkurrenz, ein internationales Konsortium mit Tochterunternehmen in Israel und den USA.

Auch im Fall der privaten Stahlunternehmen wirkte sich die Krise der 80er und 90er Jahre negativ aus, und sie wurden ebenfalls von ausländischen Konsortien aufgekauft. HYLSA war Teil der Gruppe Alfa zu der auch die mexikanische Kartonfirma Empaques de Cartón Titán und 25% der Aktien von Televisa, der größten nationalen Fernsehstation, gehörten (Toledo;

Zapata 1999 II: 304). Aufgrund der krisenhaften Situation beschloss die Gruppe Alfa, das Risiko zu diversifizieren, indem es in andere Sektoren investierte. So führte die Gruppe Alfa 1982 „ihre Aktivitäten in 143 Tochtergesellschaften“ (ebd. 308) aus. Die zweite Strategie, auf die das Unternehmen setzte, die technologische Forschung und das HYL-Verfahren, das es in verschiedene Länder exportierte, erlaubte ihm eine gute Position auf dem nationalen und internationalen Markt zu halten. Dennoch war es ebenfalls hoch verschuldet, als nach Abgleiten der Kursparität des Pesos gegenüber dem Dollar Mitte der 70er Jahre auch seine Schulden nach oben schnellen, so dass es Anfang der 80er Jahre kurz vor dem Konkurs stand. In der Folge musste der Staat in Form der Nationalen Bank für Bau und Dienstleistungen (Banco Nacional de Obras y Servicios – Banobras) mittels Kredite und Aktienankauf zu Hilfe eilen. Diese Teilverstaatlichung wurde über Kredite finanziert, um die Banobras selbst im Ausland ansuchte, wofür es viel Kritik hagelte, zudem das Unternehmen noch weitere staatliche Subventionen erhielt (ebd. 340). Obwohl es HYLSA so möglich war, einige Jahre weiter zu überleben und sogar Anlagen von AHMSA zuzukaufen und 1994 ein neues Werk baute (Gonzalez Chávez 2008: 265), wurde es 2005 von der argentinischen Gruppe Techint aufgekauft (La Nación: 02.04.2013). Heute heißt dieses Tochterunternehmen Ternium.

TAMSA wiederum sah sich vor allem durch die Erdölkrise schwer betroffen, da PEMEX sein Hauptkunde war. Dieses Unternehmen hatte ebenfalls Mitte der 70er Jahre um Kredite im Ausland angesucht, die sich in besorgniserregende Schulden verwandelten (Toledo; Zapata 1999 II: 260). 1986 musste es 1.200 Arbeiter entlassen und suchte sich im Ausland neue Absatzmärkte, wo es auch Erfolg hatte (ebd. 258). Die Kündigungen und die niedrigen Löhne führten zum ersten Streik in der Geschichte des Unternehmens. Um aus der Krise zu kommen, schloss es schließlich das Werk 1 und kündigte 2.500 weitere Arbeiter, um danach mit der Tochterfirma der Gruppe Techint, Sidercar Tenaris, zu fusionieren. Heute repräsentiert dieses Konsortium „das größte Herstellungsunternehmen von nahtlosen Rohren weltweit und deckt praktisch ein Drittel der Gesamtnachfrage ab“ (Gonzalez Chávez 2008: 265).

Die Anlage, die ursprünglich der Fundidora Monterrey gehört hatte, wurde zu einem Joint Venture zwischen GAN und Industrial Monterrey (IMSA) (ebd. 270). Letzteres Unternehmen

existiert heute ebenfalls nicht mehr und wurde ebenfalls von Ternium aufgekauft (CNN Expansión: 02.04.2013).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die vormals großen Stahlkomplexe und der Stolz der Nation, aufgrund ihres Beitrags zum Wirtschaftswachstum des Landes, alle in transnationale Konzerne verwandelt haben. Das einzige Unternehmen, das noch in mexikanischer Hand geblieben ist, ist GAN mit AHMSA. Alle diese Firmen haben bezüglich ihrer Rolle für den nationalen Stahlverbrauch nichts von ihrem strategischen Charakter eingebüßt, jedoch ist ihr Wert für die Nation und die Umverteilung der Gewinne für die Bevölkerung in Form von Steuern so gut wie nicht mehr existent. Sie folgen der globalen Logik des extremen Wettbewerbs um Märkte, der von den ArbeiterInnen die totale Unterwerfung unter die Maxime der Produktionssteigerung fordert. Für letztere hingegen bedeutet es einen Abfall des Lebensstandards und der Verlust des gewerkschaftlichen Schutzes. Der Staat hat sich in diesem Zusammenhang als oberster Verteidiger der Geschäftsinteressen hervorgetan und, wie wir später noch sehen werden, unterstützt er die Unternehmen auch bei der Zersetzung der Bergbaugewerkschaft. Gleichzeitig musste er den Firmen unter die Arme greifen, sobald diesen der Konkurs drohte. Das neoliberale Ideal des reduzierten Staates wird also nur während wirtschaftlicher Höhenflüge angestrebt, während es zu Krisenzeiten keineswegs Gültigkeit besitzt.

3.6.4. Der Abbau der Arbeitsbeziehungen in der Stahlindustrie

Angesichts der langen Gewerkschaftstradition der SNTMMSRM und deren nationalistischen Ideale überrascht es dennoch, dass die Stahlunternehmen ihre Macht über den Willen ihrer ArbeiterInnen hinweg auf die zuvor beschriebene Art und Weise ausbauen konnten. Da die Unternehmen mit der totalen Unterstützung der Regierung rechnen konnten, war gleichzeitig der Einfluss der Gewerkschaft im Laufe der letzten drei Jahrzehnte sukzessive zurückgegangen. Eine der Hauptprobleme der ArbeiterInnenschaft war der kaum vorhandene Widerstand seitens der großen ArbeiterInnenverbände gegen die neoliberale Umstrukturierung dieses Wirtschaftszweigs. Auch der jahrzehntelange Generalsekretär der Bergbaugewerkschaft, Napoleón Gómez Sada, unternahm kaum etwas gegen die schrittweise Auflösung der Strukturen seiner Organisation. In den meisten Fällen versuchte

er lediglich, annehmbare Entschädigungszahlungen für die gekündigten ArbeiterInnen auszuhandeln, ohne den ArbeitgeberInnen weitere Kompromisse abzuverlangen. Lediglich im Fall der Schließung der Fundidora Monterrey befand er diese als „eine Respektlosigkeit gegenüber den Arbeitern, die die Regierung immer unterstützt hatten“ (Reygadas 1989: 191). Angesichts des hohen Politisierungsgrads der Belegschaft war das Argument der technologischen Rückständigkeit der Fundidora wenig glaubwürdig:

Die Liquidierung der Fundidora Monterrey war die erste Aktion größeren Ausmaßes innerhalb der industriellen Umstrukturierung dieser Branche. Am 9. Mai 1986, als sich die Belegschaft in Streik befand, wurde ihr Konkurs angemeldet, eine Handlung, die das nationale Arbeitsgesetz verletzte. Die Argumente, die für den Bankrott angeführt wurden, waren nie sehr klar: man sagte, dass es unmöglich gewesen wäre, dass die Fundidora Monterrey ihre Schulden bezahlen hätte könnten und dass ihre Technologie veraltet gewesen sei. Ihre finanzielle Situation war nicht erfolgreich, aber viele andere Unternehmen befanden sich in einer schlechteren Lage (...). In den 70er Jahren schloss die Fundidora ein Expansions- und Modernisierungsprogramm ab und die Flachstahlabteilung war nicht nur rentabel, sondern modern und notwendig. Der Konkurs folgte nicht nur technischen Kriterien oder einer rein wirtschaftlichen Rationalisierungslogik, sondern man wollte sich eines Arbeiterkerns entledigen und eines Kollektivvertrags, die als Hindernis für die Modernisierung der Stahlindustrie erachtet wurden. (Reygadas 1989: 190f)

In Cananea wurde versucht nach demselben Schema vorzugehen, man meldete den Konkurs an, als sich die lokale Gewerkschaft im Streik befand. Auch dieser Schritt war wenig glaubwürdig angesichts der Tatsache, dass das Unternehmen ein Jahr zuvor noch einen Produktionsrekord verkündet hatte. In diese Stadt wurden 4.000 Soldaten geschickt, welche die Installationen besetzen sollten. Mit dem Konkurs sollte der Kollektivvertrag der traditionell äußerst kämpferischen Sektion 65 eliminiert werden. Diese Strategie ging zwar nicht auf, dennoch konnte sich besagte Sektion, trotz zahlreicher Proteste und Solidaritätserklärung, nicht vor der Entlassung eines Viertels ihrer Belegschaft (719 Arbeiter) retten (ebd. 197f).

Im Fall AHMSAs und SICARTSAs wurde ebenfalls ein großer Teil der Belegschaft entlassen, um die Unternehmen so attraktiver für den Verkauf zu gestalten.

In anderen Fällen, wie der Sektion 28 in Palaú, die in den 50er Jahren aufgrund ihrer Kampfbereitschaft Berühmtheit erlangt hatte, verschwanden die Körperschaft, um dasselbe Bergwerk kurze Zeit später erneut zu öffnen, jedoch mit einem für die Belegschaft schlechteren Kollektivvertrag (ebd. 207).

Die Bergbaugewerkschaft verlor zwischen 1982 und 1988 14 Sektionen und es wurden 40.000 Mitglieder entlassen (Reygadas 1989: 206).

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, reduzierte sich die Zahl der StahlarbeiterInnen zwischen 1988 und 2004⁴⁴ um 63% von 59.312 auf 22.084.

Tabelle 3.4. Beschäftigtes Personal in der Stahlindustrie, 1988-2004

	beschäftigtes Personal gesamt (Stahlindustrie)	ArbeiterInnen (Stahlindustrie)
1988	81731	59312
1989	74732	53627
1990	63909	45817
1991	55546	40016
1992	45265	31835
1993	35921	25803
1994	34103	24442
1995	32799	23434
1996	34128	24394
1997	35488	25366
1998	36104	25639
1999	33993	23897
2000	34335	24294
2001	32817	23234
2002	30857	22008
2003	30802	21994
2004	30947	22084

Quelle: INEGI. La industria siderúrgica. 1996, 2000, 2004

Bezüglich dieser Kündigungswelle müssen die ArbeiterInnenschaft betreffend zwei Aspekte hervorgehoben werden, zum einen die extreme Schwächung der Gewerkschaft durch den hohen Mitgliederschwund, zum anderen die Angst vor der Arbeitslosigkeit seitens der noch

⁴⁴ Die Daten des INEGI vor 1988 und nach 2004 stützen sich auf andere Zählungen und sind somit nicht miteinander vergleichbar.

aktiven ArbeiterInnen. Die Furcht, sich einer Situation der totalen Prekarisierung stellen zu müssen, die im Fall der Bergbauenklaven aus Mangel an Alternativen meist zur Migration zwingt, erklärt auch die Bereitschaft der Belegschaft, schlechtere Arbeitsbedingungen, die Schwächung ihrer politischen Vertretung und die Eliminierung Teile ihrer Rechte im Kollektivvertrag, zu akzeptieren.

Natürlich gab es auch Sektionen, wie im Fall der Fundidora Monterrey (67 und 68) und Cananeas (65), die diese Bedingungen nicht annehmen wollten. Erstere mussten letztendlich ihre Entlassung hinnehmen, zweitens gelang es zumindest, die Konsequenzen dieser neoliberalen Politik abzufedern, jedoch schafften auch sie es nicht, einen Teil ihrer Belegschaft vor der Kündigung zu retten.

Bedingt durch diese Schwächung, war es für die Regierung und die Unternehmen ab 2006 leichter, die Bergbaugewerkschaft weiter zu zersetzen.

3.7. Die Ereignisse von 2006 bis jetzt

3.7.1. Die Arbeitspolitik der „Regierung des Wechsels“

Im Jahr 2000 gewann Vicente Fox Quesada mit seiner Partei der Nationalen Aktion (Partido de la Acción Nacional – PAN), ideologisch der Unternehmerschicht nahestehend, die Präsidentschaft Mexikos. Somit war nach 71 Jahren PRI-Regierung die Macht des Einparteiensystems gebrochen worden. Die Hoffnungen auf Veränderungen und einen Demokratisierungsschub des Landes waren entsprechend hoch. Sein Kabinett ging als „Regierung des Wechsels“ in die Geschichte ein, ohne jedoch die politischen Strukturen grundlegend zu verändern. Auch in Fragen der Arbeitspolitik folgte er zunächst dem Weg seiner Vorgänger. Obwohl es aus ideologischen Gründen nicht mehr notwendig gewesen wäre, sich die Legitimität über die ArbeiterInnenorganisationen zuzusichern, initiierte Fox seine Arbeitspolitik mit einem typisch korporatistischen Pakt. Im Fall der Bergbaugewerkschaft folgte er dem üblichen Muster und erkannte Napoleón Gómez Urrutia, Sohn Napoleón Gómez Sadas, der 2001 nach dessen Tod die Führung übernehmen sollte, als

neuen Generalsekretär an. Dies geschah in Form der sogenannten „toma de nota“, also die offizielle Anerkennung des neuen Gewerkschaftschefs seitens des Arbeitsministeriums, nach dessen Wahl durch die Basis. Napoleón Gómez Urrutia, der nie als Bergmann gearbeitet hatte, hätte gemäß den Statuten dieses Amt überhaupt nicht bekleiden dürfen, für welches mindesten 5 Dienstjahre vorzuweisen sind. Der damalige Arbeitsminister Carlos Abascal bestätigte Napoleón Gómez Urrutia dennoch offiziell als nationalen Generalsekretär, um sich in der Gewerkschaft so eine Rückendeckung für seine Politik zu sichern (Riva Palacio: 03.04.2013).

Noch im selben Jahr unterzeichnete Vicente Fox mit der UNT und der Nationalen Föderation Unabhängiger Gewerkschaften (Federación Nacional de Sindicatos Independientes – FNSI), einem Bund gelber Gewerkschaften, ein Dokument mit dem Titel „Rat für den Dialog mit den Produktionssektoren“ (Pérez Pérez 2002: 14).

Das wahre Interesse der PAN-Regierung zeigte sich in den darauffolgenden Jahren. Die PAN hat ihren Ursprung vor allem im mexikanischen UnternehmerInnentum, das in seiner ideologischen Ausrichtung selbstredend andere Interessen verfolgte. Der Rückhalt in der WählerInnenschaft war groß genug, um nicht auf die traditionellen korporatistischen Organisationen angewiesen zu sein. Davon abgesehen waren diese Institutionen nie Verbündete der PAN gewesen, denn die meisten von ihnen sind sogar über die Statuten namentlich mit der PRI verbunden. Nur für bestimmte Zwecke griff man auf diese Basis zurück, meist dann, wenn es ohnehin auf parteilicher Ebene eine Allianz zwischen PRI und PAN gab, wie etwa im Fall der Arbeitsreform, die im November 2012 beschlossen wurde. Mit der PAN-Regierung wurden die Grenzen zwischen Wirtschaft und Politik zusehends aufgehoben. So war Vicente Foxs beispielsweise zuvor Geschäftsführer von Coca Cola Lateinamerika gewesen war. Aus diesem Grund darf es nicht verwundern, dass die Politik der PAN starke gewerkschaftsfeindliche Tendenzen aufzeigte, denn der Staat, vertreten von parteinahen BürokratInnen, legte seine Mediationsrolle zwischen den Produktionsfaktoren vollends nieder, und die Regierung vertrat sehr offen die Interessen des Unternehmenssektors. Diese Haltung hatte sich freilich schon unter den PRI-Regierungen ab den 80er Jahren abgezeichnet, dennoch war es ihnen nicht möglich gewesen, sich vollends von der ArbeiterInnenbasis zu lösen.

Die beiden Tatsachen, die am meisten die Stoßrichtung der PAN in der ArbeiterInnenfrage unter Beweis stellen, sind einerseits die Reformierung des Nationalen Arbeitsgesetzes (Ley Federal del Trabajo – LFT) und andererseits die Energiereform, die letztendlich auf die Privatisierung des Erdöls abzielte. In letzterem Fall ging es nicht allein darum, die Arbeitsbeziehungen zu verändern, sondern auch einem 70 Jahre langen Erbe, welches ein Symbol für die Souveränität Mexikos schlechthin war, den Garaus zu machen. Das Hauptargument, der schließlich 2013 durchgeführten Reform, war die extreme Abhängigkeit des Fiskus von den Einnahmen aus dem Erdöl, die diesen besonders anfällig macht für Krisen und kein nachhaltiges Wirtschaften des staatlichen Haushaltsbudgets ermöglichte. Die Sachlage war nicht falsch, dennoch konnte das klare Interesse zur Privatisierung dieses Sektors damit nicht verdeckt werden. Es gelang den beiden PAN Präsidenten (Vicente Fox, Felipe Calderón) nicht diese Reform durchzubringen, weil sie im Parlament keine Mehrheit dafür fanden. Dennoch wurden angehängte Sektoren, wie beispielsweise die Erkundungsbohrungen, ausgegliedert und somit privatisiert.

Ebenso heikel gestaltete sich die Reformierung des nationalen Arbeitsgesetzes, wie der erste gescheiterte Versuch des „Projekts Abascal“ von 2002 beweist. Erst im Herbst 2012, kurz vor Beendigung der Regierungsperiode Felipe Calderons, wurden besagte Reformen schließlich durchgebracht.

In diesem Zusammenhang wuchs auch der Widerstand seitens der Gewerkschaften gegen die arbeiterInnenfeindliche Politik. Dabei stechen v.a. die Aktivitäten der Mexikanischen Elektrikergewerkschaft (Sindicato Mexicano de Electricistas – SME) und der Bergbaugewerkschaft hervor, die sich klar gegen die Reformen stellten. Aus diesem Grund war es auch kein Zufall, dass die Regierung versuchte diese ArbeitnehmerInnenvertretungen sukzessive zu schwächen. Im Fall der SME entledigte sich die Regierung des staatlichen Stromversorgungsunternehmens LyFC (Luz y Fuerza del Centro), das die gesamte Hauptstadt versorgte, und entließ im Zuge dessen 16.000 ArbeiterInnen. Trotz zahlreicher Proteste deklarierte der Oberste Gerichtshof Mexikos im Jänner 2013 diesen Schritt als rechtskräftig (PRO-GE: 04.04.2013). Auch die Bergbaugewerkschaft wurde, nachdem deren Generalsekretär, Napoleón Gomez Urrutia, entgegen aller Erwartungen tatsächlich die

ArbeiterInneninteressen vertrat und dabei die Arbeitsreform nicht unterstützte, schrittweise mit einer Vielzahl rechtlicher Manipulationsakte geschwächt, die ich im folgenden Unterkapitel noch im Detail ausführen werde.

Die großen traditionellen ArbeitnehmerInnenverbände wie der CT und die CTM legten hingegen kaum Widerspruch gegen die Reformen der Regierung ein. Im Großen und Ganzen war ihr Verhalten wie zu Zeiten des PRI-Regimes von einem starken Konformismus geprägt.

Um auf die Reformierung des LFT zurückzukehren, ist dabei herauszustreichen, dass diese dank einer Mehrheit in beiden Parlamentskammern mit PAN, PRI, PVEM (der mexikanischen Grünenpartei) und der Panal (Neue Allianz) letztendlich doch durchgebracht werden konnte (La Jornada: 04.04.2013). Zum einen ist an Hand dieser Tatsache die ideologische Annäherung zwischen PRI und PAN abzulesen und gibt eine Vorstellung davon, in welche Richtung die Politik der 2012 neu gewählten PRI-Regierung geht, zum anderen offenbart das langwierige Hickhack bis zur letztendlichen Beschließung der Reform, die in großen Teilen dem ursprünglichen Konzept gleicht, dass der Weg dorthin vor allem von politischem Kalkül gepflastert war. Ursprünglich waren die Reformvorschläge von der PAN eingebracht worden, die im Parlament jedoch abgelehnt wurden, und die 2010 in neu aufgelegter Form dasselbe Schicksal ereilte. Ein Jahr später brachte die PRI bis auf kaum merkbare Änderungen dieselben Entwürfe ein, um selbst 2012 kurz vor der Präsidentschaftswahl, bei der sie auf ihre traditionelle ArbeiterInnenbasis setzte, nochmals die Bremse zu ziehen. Nachdem das mexikanische Wahlgericht die Präsidentschaftswahl Ende August für gültig befunden hatte und der PRI-Kandidat Enrique Peña Nieto als Wahlsieger bestätigt wurde, wurde Anfang September derselbe Vorschlag erneut verhandelt und diesmal angenommen (Frecuencialaboral: 04.04.2013). Der höchst symbolische Abschluss dieses Kapitels bildete schließlich die Unterzeichnung des entsprechenden Dekrets durch Felipe Calderón (2006-2012) an dessen letzten Amtstag, dem 30. November 2012 (Román: 04.04.2013).

Der Inhalt der Reform konzentriert sich stark auf die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen. Dazu wurden besonders Artikel geändert, die es den ArbeitgeberInnen einerseits ermöglicht ArbeiterInnen über einen längeren Zeitraum nur auf Probe anzustellen, andererseits Kündigungen folgenlos lässt, diese also nicht an Entschädigungszahlungen gekoppelt sind.

Die Bilateralität wurde somit außer Kraft gesetzt und die Beschäftigungsstabilität ausgehebelt.

Ein weiterer Punkt der Reform betrifft die zwar seit Jahren praktizierte Ausgliederung von Beschäftigungen mittels Outsourcing, die nunmehr aber gesetzlich verankert wurde (CENCOS: 04.04.2013).

Ein mindestens genauso heikler Aspekt ist der Mindestlohn, der sich im Jänner 2014 je nach Region zwischen 64 und 67 Pesos täglich belief, also auf umgerechnet 3,54 bzw. 3,71 EUR⁴⁵ (CONASAMI: 08.09.2014). Dieser deckt laut einer Studie der UNAM von 2012 weit nicht die täglichen Bedürfnisse ab. Um einen angemessenen Lebensstil führen zu können, wäre dafür ein 15-mal höheres Einkommen notwendig, über das in Mexiko nur rund 1,8% der Bevölkerung verfügen (CAM-UNAM 2012: 7). Dieser Mindestlohn kann dank der Reform nun noch weiter nach unten gedrückt werden, indem der Lohn nur proportional zur abgeleiteten Arbeitszeit gezahlt werden muss. Sollte nur wenig Arbeit zu erledigen sein, kann sich dieser auf weniger als 8 Pesos (0,44 EUR) pro Tag belaufen. Gleichzeitig wurde auch in dieser rechtlichen Materie das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften abgeschafft und behält den ArbeitgeberInnen das alleinige Recht vor, über die Löhne zu verfügen (CENCOS: 04.04.2013).

Neben weiteren negativen Veränderungen, sind es v.a. die sekundären Folgen der Reform, die die Lage der ArbeiterInnen verschlechtern wird, wie die zusätzliche Schwächung bzw. Abschaffung der Gewerkschaften, bedingt durch die zusätzliche Ausgliederung von Arbeitsschritten oder das Hinauszögern von Verfahren des Arbeitsgerichts, was die ArbeiterInnen davon abhalten soll, Klagen überhaupt einzureichen (ebd.).

Die Arbeitsreform bedeutete nicht einfach nur ein Konglomerat von Gesetzesänderungen, sondern enthält wesentliche Instrumente, die es Regierung und Unternehmen ermöglichen soll, das rechtliche Erbe der ArbeiterInnenbewegung auszumerzen. Obwohl das LFT zu Beginn (1931) sehr kritisiert wurde, denn es verschloss den ArbeiterInnen jener Zeit die Perspektive auf eine weitreichendere politische Mitbestimmung, weil es ihnen eine Position

⁴⁵ Wechselkursstand 1.1.2014

im System zuteilte, und beseitigte somit die Umsetzbarkeit des Ideals eines sozialistischen Staates, so legte es doch wesentliche Arbeitsrechte schriftlich fest, natürlich nicht in der Reichweite wie es die Mehrheit der Gewerkschaften gewünscht hätte.

Die aktuelle Arbeitsreform begrenzt aber nicht nur die Macht der Gewerkschaften, sondern zielt über lang oder kurz auf deren Beseitigung ab, denn die Freiheiten der ArbeiterInnen werden auf entscheidende Weise beschnitten, während jene der ArbeitgeberInnen ausgeweitet werden. In Zukunft wird es für die ArbeiterInnen zunehmen schwieriger werden eine Protestform oder ein legales Argument zu finden, um ihre Anliegen in einem System zu verteidigen, das der Ausbeutung Tür und Tor öffnet. Die Mehrzahl dieser Proteste werden als illegal abqualifiziert werden, womit gleichzeitig ein polizeiliches Einschreiten rechtfertigt werden kann.

3.7.2. Die Rückkehr der PRI

Obwohl die PAN-Regierung mit Ende Dezember 2012 abdankte und die PRI zurück an die Macht gelangt ist, sind auch in Zukunft das Arbeitsrecht betreffend kaum Verbesserungen zu erwarten. Dies hat u.a. damit zu tun, dass der Ex-Präsident Carlos Salinas de Gortari, der als „Mastermind“ des neoliberalen Wandels in Mexiko gilt, auch der politischer Ziehvater des aktuellen Präsidenten Enrique Peña Nietos ist. Beweis dafür ist die Zusammensetzung seines Kabinetts aus Personen, die in die politische Schule Carlos Salinas de Gortari gegangen sind (Villamil: 10.04.2013). Selbst wenn der neue Präsident am zweiten Tag seiner Amtszeit einen „Pakt für Mexiko“ (Pacto por México) als eine Allianz zwischen allen drei Großparteien (PRI, PAN, PRD) angekündigt hat, deren Inhalt weitreichende Verbesserungen vorschlägt, von der Armutsbekämpfung bis zur Ausweitung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten (Pactopormexico: 09.04.2013), wird die eigentliche politische Stoßrichtung klare neoliberale Spuren verfolgen.

Im Laufe des ersten Jahres seiner Amtszeit, zeigte sich, dass die Intentionen dieses Pakts, die Schaffung einer Allianz zwischen den Großparteien war, um grundlegende Verfassungsänderungen durchführen zu können. Eine davon bezog sich auf die Bildungsreform, die zum einen dringend notwendig war, zum anderen aber auf sehr einseitige Weise durchgeführt wurde. So wurden die entsprechenden Reformen ohne

Mitspracherecht der Öffentlichkeit und des LehrerInnensektors in den ersten Monaten der neuen Regierung durchgeboxt. Die Änderungen, die diese Reform vorsieht, bezieht sich jedoch nur auf das Arbeitsrecht der LehrerInnen, die sich nun jährlich landesweiten standardisierten Prüfungen zu unterziehen haben und durch eine dafür neu geschaffene Institution, dem Staat wieder mehr Mitspracherecht eingeräumt wird. Kritisiert wird die Reform v.a. von der Dissidenz der nationalen LehrerInnengewerkschaft, weil auf diese Weise die Strukturen des maroden Bildungssystems, nicht geändert werden und weil die landesweite Evaluierung eine „objektive“ Grundlage zur Kündigung vieler Lehrenden wird, während gleichzeitig den Schulen mehr Verwaltungsautonomie übertragen wird, die eine gesteigerte Privatisierung der Bildung ermöglichen soll (Hernández Navarro: 17.11.2013).

Ein mindesten genauso großer, wenn nicht sogar noch wichtigerer Schritt ist die Energiereform, die sich auf jene Verfassungsartikel bezieht, welche die Monopolstellung des staatlichen Erdölunternehmens PEMEX festschreibt. Nach langen Diskussionen wurde diese Verfassungsänderung am 20. Dezember 2013 verkündet. Im Wesentlichen ermöglicht sie nun die privaten und ausländischen Investition in den Energiesektor, sieht aber auch weitreichende administrative Reformen in der Verwaltung von PEMEX und CEF (Comisión Federal de Electricidad) vor (Diario Oficial de la Federación: 09.09.2014). Der Staat behält sich lediglich die Konzessionsvergabe vor. Am 11. August 2014 wurden schließlich auch die weiterführenden Gesetze für diese Energiepolitik reformiert (Arenda; Muñoz: 09.09.2014). Mit dieser Reform wurde ein Meilenstein gesetzt, der das politische Erbe des Cardenismus definitiv zu beseitigen versucht. Das verstaatlichte Erdöl galt lange als unantastbar, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern weil der Nationalisierungsprozess dieses Rohstoffes mit dem nationalen Selbstbewusstsein der MexikanerInnen aufs engste verkettet war. Die PAN hatte bereits ein ähnliches Projekt gestartet, war aber genau an diesem Punkt gescheitert und auch daran, dass die PRI selbst die Initiative blockiert hatte. Erst als die PRI wieder an die Macht gelangte und auch alle ihre Kanäle, die sie jahrzehntelang über das korporatistische System ausgeweitet hatte, mobilisierte, konnte die Reform durchgesetzt werden. Nicht unwesentlich dabei war auch die Unterstützung der Gewerkschaften, selbstredend jener, die immer dem System zugearbeitet hatten.

Dies sind jedoch nicht die einzigen Reformen der neugewählten PRI-Regierung, sondern es handelt sich um ein weitreichendes Paket von 11 Reformen, die in einer Rekordzeit von 20 Monaten beschlossen wurden. Neben den schon erwähnten Änderungen, geht es u.a. auch um die Modifizierung der Gesetzgebung zu Fragen der Telekommunikation, der Steuern, des Wahlrechts (El Economista: 09.09.2014).

Diese Ereignisse legen die Vermutung nahe, dass die PRI auch in den nächsten Jahren diese radikalen neoliberalen Politiken fortführen wird, aber eben in der für die PRI und besonders seit Salinas de Gortari üblichen Weise, d.h. über Paktieren und Blockieren mit politischen Konkurrenten, notfalls über die Kooperation mit korporatistischen Organisationen, um jedoch den breiten gesellschaftlichen Protest zu ignorieren oder notfalls mit Repression zu beantworten.

Nach außen hin präsentiert sich Peña Nieto dafür recht versöhnlich mit den Gewerkschaftsinteressen, so geschehen im August 2013, beim Treffen mit VertreterInnen der International Trade Union Confederation und von IndustriALL (Sección 65: 17.11.2013).

Auch der Umgang mit der extremen Gewalt, die nach wie vor in Mexiko vorherrscht, ist ein anderer unter dieser Regierung. Peña Nieto selbst berichtete über einen Rückgang der Gewalt, jedoch mit Ziffern, die nur einen Bruchteil der tatsächlichen Delikte oder Morde ausmachen (Martínez: 09.09.2014). Anders als während seiner Vorgängerregierung werden weniger Daten an die Medien weitergegeben, die in Folge auch weniger berichten. Allerdings kommt dies keinem Rückgang der tatsächlichen Gewalt gleich.

3.7.3. Die Internationale Unternehmens- und Rohstoffpolitik

Die jüngsten Reformen im Arbeits- und Energiesektor in Mexiko schreiben sich jedoch in den Kontext einer globalen Wirtschaftspolitik ein, die eine absolute Liberalisierung des Marktes anstrebt und wieder vermehrt auf Rohstoffe setzt. In ihrer Ausprägung unterscheidet sie sich jedoch kaum von dem System, das die Mexikanische Revolution auszuhebeln versuchte.

Heute sprechen wir von einem neoliberalen System, wenn ein reduzierter Staat der UnternehmerInnenschaft einen großen Freiraum eröffnet, jedoch jenen der ArbeiterInnen

zusehends einschränkt. Die Formen, die diese Politik derzeit in Mexiko annimmt, weist jedoch Elemente auf, wie sie schon unter dem Porfiriat vorzufinden waren.

SICARTSA beispielsweise war ein Projekt, mit dem der Präsident Lázaro Cárdenas die wirtschaftliche Entwicklung seiner Ursprungsregion in Schwung bringen wollte und die Unabhängigkeit des Landes zu bestärken versuchte. Mit dem Verkauf dieses Werks an einen indischen Multimilliardär unterwarf Mexiko erneut einen industriellen Schlüsselsektor zur Stärkung der nationalen Souveränität dem Willen eines ausländischen Konsortiums.

Auch sind die meisten Bergbauunternehmen in Mexiko heutzutage ausländischen v.a. kanadischen Kapitals. Diese Firmen, die die Konzessionen zur Ausbeutung der Rohstoffe, die sich teilweise an kulturell geschützten und für indigene Völker heiligen Orten befinden, von der mexikanischen Regierung erhalten, beweisen in ihrer herablassenden Handhabung von Arbeits- und Gemeindeangelegenheiten ihre erdrückende Macht gegenüber den lokalen Dorfgemeinschaften, die jedes Mal mehr den Bergbauklaven des 19. Jahrhunderts gleichen.

Schließlich geht die Gemeindepolitik der Unternehmen Hand in Hand mit dem Verschwinden der Elemente des Wohlfahrtsstaates, der zuvor für die Bereitstellung der lokalen Infrastruktur und sozialer Dienstleistungen verantwortlich gewesen war. Heutzutage, auch wenn der Staat in den Bergbaugemeinden noch bestimmte Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, Wohnungen) zur Verfügung stellt, streichen die Unternehmen selbst ihre gemeinnützige Arbeit hervor, die meist über die firmeneigenen Stiftungen finanziert werden, und deren Bereitstellung hinsichtlich Steuererleichterungen genauso einen eigennützig Beigeschmack hat. Das Schlagwort, mit dem die Unternehmen ihre gemeinnützige Arbeit zieren, ist jenes der „Corporate Social Responsibility“, mit der angeblich zu einem nachhaltigen Wirtschaften in der Gemeinde beigetragen wird. Dennoch unterscheiden sich die Formen, in der diese Dienstleistungen bereitgestellt werden, nicht von jenen des klassischen Paternalismus, und wirft man ein genaueres Auge auf diese Thematik, so zeigt sich auch, dass die Abhängigkeit der Belegschaft gegenüber ihren ArbeitgeberInnen zusehends wächst, während gleichzeitig die ArbeitnehmerInnenrechte sukzessive beschnitten werden. Die Bereitstellung von Dienstleistungen wie Wohnungen, Schulen oder Krankenhäuser durch die Firmen kann sich in Konfliktsituationen äußerst negativ auf die ArbeiterInnen und deren Familien auswirken, weil die ArbeitgeberInnen für gewöhnlich

diese Leistungen einfach einstellen, was die ArbeiterInnen über lang oder kurz dazu zwingt, den Protest zu beenden oder zu migrieren. An dieser Stelle sei an die Macht des Besitzers der CCCCo., William Cornell Greene, über die Stadt Cananea erinnern, der neben dem Bergwerk, auch die Ländereien der ganzen Umgebung, die lokalen Geschäfte und die Eisenbahn besaß. Vergleicht man diese Machtkonstellation beispielsweise mit der Einflussphäre des größten mexikanischen Bergbaukonzerns Grupo México, der während eines Streiks in Cananea das lokale Krankenhaus schloss (Gutierrez Ruelas: 05.04.2013), oder die ArbeiterInnen von Nacozari de García während eines Protests aus deren Häusern vertrieb (Muñoz Ríos: 05.04.2013), so sind die Parallelen, wie Unternehmen ihre Macht gegenüber der eigenen Belegschaft ausspielen, sehr deutlich. Gleichzeitig bringt Grupo México, so wie die meisten großen Bergbaukonzerne, jedes Jahr einen Nachhaltigkeitsbericht heraus, in dem besonders stolz die Leistungen, die in den ArbeiterInnengemeinden bereitgestellt werden, herausgestrichen werden. So kündigte das Unternehmen im Nachhaltigkeitsbericht von 2009 an, 1,1 Millionen Dollar für gemeinnützige Projekte in Cananea ausgegeben zu haben (Grupo México 2009: 7), weigerte sich aber die Forderungen der lokalen Sektion 65 (nunmehr seit 7 Jahren im Streik befindlich) nach Verbesserung der Arbeitssicherheit zu erfüllen. Im Laufe der letzten Jahre hat sich dieser Konflikt zu einem Ringen um Prinzipien entwickelt, denn das Unternehmen versucht, das Bergwerk (mit dem reichsten Kupfervorkommen Mexikos) zu schließen, um somit den Kollektivvertrag, einer der am besten ausgearbeitesten Mexikos, abzuschaffen (Zúñiga: 05.04.2013). Dies beweist sehr klar, dass besagter Paternalismus mit den Ideen der ArbeiterInnenrechte kontrastiert.

Die Idee der „nachhaltigen Entwicklung“ hat ihren Ursprung im politischen Konzept der Agenda 21 der UNO, in der u.a. auch die Verpflichtung transnationaler Unternehmen zur Verbesserung der sozialen Situation, in den Gebieten, in denen diese operieren, festgeschrieben ist (UNO 1992: 296ff). Dieses Konzept hat die Weltbank aufgenommen, die besonders den Bergbau zu begünstigen versucht, als die Rohstoffförderung selbst unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr aus der Kritik kam. Eine der in diesem Zusammenhang sehr oft zitierten Studien ist jene von Richard Auty über den Ressourcenfluch (resource curse), die bewies, dass der Bergbau als zentraler

Wirtschaftsmotor, in Wirklichkeit die ökonomische Situation eines Landes destabilisiert und zur Unterentwicklung beiträgt (Auty 1993). Dies steht zum einen in Verbindung mit makroökonomischen Problemen (Holländische Krankheit), zum anderen mit lokalen Folgen, wenn die Rohstoffförderung die Ausübung anderer wirtschaftlicher Aktivitäten verunmöglicht, wie beispielsweise der Landwirtschaft, der aufgrund der Land- und Wasserverschmutzung nicht mehr nachgegangen werden kann.

Trotz dieser Kritiken hat die Weltbank ihr Interesse an der Rohstoffförderung nicht geändert, weil es für die Banken ein äußerst rentables Geschäft beinhaltet. Sie gab daher eine Studie in Auftrag und bekräftigte in dem 2004 publizierten Dokument „Striking the Balance“ auch in Zukunft in die Rohstoffförderung, zwar in etwas selektiverer Weise, aber dennoch investieren zu wollen:

Our future investments in extractive industries will be selective, with greater focus on the needs of poor people, and a stronger emphasis on good governance and on promoting environmentally and socially sustainable development. When requested, we will also continue to advise and help governments create appropriate policy and regulatory frameworks for the sustainable development of their countries' resources. In addition, we will take major steps to increase our own support, as well as to encourage and advocate for more global support, for economically viable renewable energy and other clean fuels. Our goal is clear: to help developing countries provide their people with access to clean, affordable, and sustainable sources of energy and to ensure that extractive industries contribute to economic growth, sustainable development and poverty reduction. (WBG 2004: iiif)

Um trotz herber Kritik, die Investitionen in diesen Wirtschaftszweig weiter rechtfertigen zu können, ist es notwendig gerade bei der Bevölkerung, die bei Umweltfolgen massiv in Mitleidenschaft gezogen wird, Zustimmung zu finden. Aus diesem Grund werden große Bergbauprojekte meist damit rechtgefertigt, dass sie zur regionalen Entwicklung beitragen, v.a. weil neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieser Aspekt wurde oft beanstandet, weil die großen modernen Unternehmen mit der neuesten Technologie ausgestattet sind und daher nur einer geringen Anzahl an Arbeitskräften bedürfen (Slack 2009: 76) und weil die ausgeführten Beschäftigungen schlecht bezahlt sind. Mit demselben Argument werden auch Steuererleichterungen für die Unternehmen begründet, wobei aber gerade die staatliche Umverteilung mittels Steuern soziale Verbesserungen herbeiführen könnte. Gleichzeitig

werden aber die Gewinne ins Ausland gebracht und werden nicht in den nationalen Wirtschaftskreislauf eingespeist.

Die Aussage Paul Mitchells, vormaliger Präsident des International Council on Mining and Metals (einer an die Weltbank gekoppelten Organisation), zu dieser Fragestellung, macht sehr klar, dass es sich mehr um einen Diskurs handelt, als um eine verbindliche Zusicherung:

[O]ne of the two parts of industry's case for access to land and countries' non-renewable resources, namely that these resources are essential for society and their exploitation provides economic development in the host country. It follows that if either of these arguments is weak or untrue, then our case for access to land is weakened significantly. (Mitchell in Slack 2009: 83)

Den Regierungen dieser ressourcenreichen Länder kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn ihre Aufgabe ist es, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen:

Governments play a key role in shaping investment climate through many of these factors, such as taxation, security of property rights, government regulation, political stability, and control of corruption. Governments also have high levels of control over labour and financial markets. (Waye; Young 2009: 164)

Gerade in diesem Kontext sind letztendlich auch die Arbeits- und Energiereform der mexikanischen Regierung zu sehen, die eben klar darauf abzielen, gewerkschaftliche Strukturen abzubauen und Investoren anzuziehen.

Im folgenden Kapitel werde ich nun im Detail erklären, wie sich die Umstrukturierung des Bergbausektors ab 2006, die mit der Absetzung des nationalen Gewerkschaftssekretärs, Napoleón Gómez Urrutia, ihren Ausgang nahm, gestaltete. Diese Ereignisse sind im Zusammenhang mit der derzeitigen globalen und nationalen Arbeits- und Wirtschaftspolitik zu sehen.

3.7.4. Die Zersetzung der Bergbaugewerkschaft ab 2006

3.7.4.1. Die Absetzung des Generalsekretärs Napoleón Gómez Urrutias

Wie schon zuvor erwähnt, ist Napoleón Gómez Urrutia der Sohn des vormaligen Generalsekretärs der Bergbaugewerkschaft Napoleón Gómez Sada. Dieser hatte seinen Posten sehr offensichtlich ererbt, was viel Kritik mit sich brachte, aber zunächst von der Regierung Vicente Foxs auch gewollt war, denn seine interne Wahl (die Mehrheit der Basis stimmte für ihn) wurde vom Arbeitsministerium in Form der „toma de nota“ anerkannt. Dies ist insofern interessant, weil damit auch die Gewerkschaftsstatuten, die für diesen Posten eine Bergmannslaufbahn voraussetzen, verletzt wurden. Nachdem Napoleón Gómez Urrutia von Beginn an der Arbeitsreform nicht zugestimmt hatte und somit wider die Erwartungen der Regierungen handelte, versuchte diese den Gewerkschaftssekretär mit allen Mitteln von seinem Posten zu stürzen. Als dieser am 14. Februar 2006 auch noch zum Vizepräsidenten des Congreso del Trabajo gewählt wurde, wurde die Wahl zwei Tage später kurzerhand annulliert und der vormalige Amtsinhaber Víctor Flores kündigte an, seinen Posten doch nicht abzugeben. Gleichzeitig ließ die Regierung die Konten der Bergbaugewerkschaft einfrieren, um politische Aktivitäten in Folge des politischen Schlagabtausches, der einen Tag später folgte, als Elías Morales gemeinsam mit 300 bewaffneten Männern das Gewerkschaftsgebäude stürmte, zu unterbinden. Elías Morales war zu diesem Zeitpunkt keine neue Figur in der Bergbaugewerkschaft, sondern er war bereits einige Jahre zuvor aus dieser, wegen dem Versuch der Gründung einer gelben Gewerkschaft, ausgeschlossen worden (Fernández-Vega: 11.04.2013). Das Ministerium erkannte Elías Morales kurzerhand als neuen Generalsekretär an und warf Napoleón Gómez Urrutia die Veruntreuung von 55 Millionen Dollar vor. Für diese Anklage fehlten jedoch Beweise, es wurden elf Haftbefehle gegen Napoleón Gómez Urrutia ausgestellt, woraufhin dieser nach Kanada floh (Sección 65: 10.04.2013). Diese Anklagen konnten erst Ende August 2014 aufgehoben werden und seine Rückkehr nach Mexiko wurde mit September 2014, also acht Jahre später, angesetzt (Radio Formula: 10.09.2014).

Nach einer Reihe von Protesten und nach Bekanntwerden, dass die Unterschriften des Gewerkschaftsgremiums, welches die Absetzung Napoleón Gómez Urrutias legal untermauern sollte, gefälscht waren, wurde diesem aufs Neue sein Posten zugewiesen. Die

Basis bestärkte ihn bei den Wahlen 2008 in seinem Amt, jedoch wurde er als Generalsekretär vom Ministerium erst im Mai 2012 anerkannt, nachdem der Fall vor den Obersten Gerichtshof gegangen war (Muñoz Ríos a: 10.04.2013). Während dieser Zeit war jedoch ein legales Vakuum entstanden, das besonders im Fall der Kollektivverhandlungen zu Tage trat. So wurden diese manchmal mit Vertretern des nationalen Gremiums, so wie es die Statuten vorsehen, manchmal jedoch nur mit den Repräsentanten der lokalen Gewerkschaft und den RechtsanwältInnen der Unternehmen geführt. Außerdem war es anderen Gewerkschaften somit möglich, ihre Macht in den lokalen Sektionen auszudehnen. Die Problematik der Legitimität des nationalen Vertreters in seinem Amt ergriff jedoch auch die lokal gewählten Repräsentanten, denn diese hätten entsprechend der Statuten vom nationalen Generalsekretär anerkannt werden müssen, was aufgrund der Situation nicht möglich war.

Napoleon Gómez Urrutia war in den letzten Jahren auch auf dem internationalen Parkett präsent. Zunächst als Mitglied des Exekutivausschusses für Lateinamerika des Internationalen Metallergewerkschaftsbundes und seit Juni 2012 als Mitglied des Exekutivausschusses für Lateinamerika von IndustriALL.

3.7.4.2. Das Grubenunglück von Pasta de Conchos

Am 19. Februar 2006, beinahe zeitgleich mit der Absetzung Gómez Urrutias, ereignete sich das schwerste Grubenunglück der letzten Jahre im Kohlebergwerk Pasta de Conchos in San Juan Sabinas im Bundesstaat Coahuila, bei dem 65 Arbeiter ihr Leben verloren. Der Unfall offenbarte die Fahrlässigkeit der verantwortlichen Arbeitsaufsichtsbehörde und der Firma Industrial Minera México, Tochterunternehmen von Grupo México. Diese fehlende Verantwortlichkeit in Sicherheitsfragen ist emblematisch für die nördliche Kohleregion, wo es eine Vielzahl kleiner illegal betriebener Gruben gibt. Die Tatsache, dass in Mexiko seit diesem Unglück mehr als 105 weitere Bergleute allein in der Kohleregion unter Tage verstarben, unterstreicht diese Fahrlässigkeit (Rosagel: 10.09.2014). Im Fall Pasta de Conchos liegen klare Beweise vor, dass das Arbeitsministerium über den Zustand des Bergwerks und die fehlenden Sicherheitsvorkehrungen informiert war. Wie später bekannt wurde, hatten Arbeitsinspektoren desselben Ministeriums besagte Mine im Juli 2004

inspiziert. Dieses brauchte ein ganzes Jahr, um das Unternehmen Industrial Minera México über 34 schwerwiegende Sicherheitsmängel zu informieren, welches in einem Antwortschreiben vom 2. Februar 2006 mitteilte, die Sicherheitsmängel aufgehoben zu haben. Das Ministerium bestätigte dies offiziell am 7. Februar 2006. 12 Tage später sollte sich jedoch herausstellen, dass das Bergwerk keineswegs die Sicherheitsstandards erfüllt hatte. In einem Bericht des Centro de Reflexión y Acción Laboral über dieses Grubenunglück gab es im Bergwerk laut Aussage eines Arbeiters „weder Hydranten, Feuerlöscher, Tragen, Erste-Hilfe-Koffer, Sicherheitskabinen, Evakuierungsrouten, noch Notausgänge mit Sicherheitsseilen“ (García Jamín: 10.04.2013). Im selben Dokument wird erwähnt, dass die Arbeiter zuvor den erhöhten Methangasgehalt bemerkt hatten und sich daher weigerten, ins Bergwerk zu steigen, bis dieser nicht gesunken war. Das Unternehmen zwang die Arbeiter unter Androhung der Kündigung dennoch hinabzusteigen. Das Gas verursachte schließlich die Explosion, die den 65 Personen das Leben kostete (ebd.).

Der Fall ist besonders tragisch, weil die Behörden sich nie um die Angehörigen kümmerten, die nur aus Radio und Fernsehen über das Unglück informiert worden waren, und weil sie die Rettungsmaßnahmen nach fünf Tagen einstellten, obwohl einige Arbeiter noch überleben hätten können. Die Angehörigen haben sich als „Familien Pasta de Conchos“ zusammengeschlossen und kämpfen seither für ein gerechtes Urteil und die Bergung der Überreste. Der Fall ging vor die Nationale Menschenrechtskommission, die Internationale Arbeiterorganisation und den Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte. Die ersten beiden haben bereits ihre Empfehlungen an den Arbeitgeber und die mexikanische Regierung verabschiedet, jedoch weigert sich das Unternehmen bis heute, den internationalen Gesuchen Folge zu leisten. Die Regierung Peña Nietos hat in dieser Angelegenheit einen Positionswandel vorgenommen und unterstützt das Ansuchen der Angehörigen, jedoch mit relativ geringem Nachdruck, so dass Grupo México erneut Beschwerde einlegen konnte und bis heute die Bergungsarbeiten nicht vorangetrieben wurden (Muñoz Ríos: 17.11.2013).

3.7.4.3. Der Protest in der Sektion 271 im Stahlwerk SICARTSA

Die Sektion 271 gilt bis heute als eine der demokratischsten mit einer langen kämpferischen Tradition. Bereits vor den Ereignissen im Jahr 2006 hatte es Probleme mit dem damaligen

Arbeitgeber Grupo Villacero gegeben, der versuchte hatte, diese durch eine gelbe Gewerkschaft zu ersetzen. Aus demselben Grund war die Sektion vom politischen Ansinnen, das hinter der Absetzung Gómez Urrutias stand, bereits vorgewarnt (Zúñiga: 11.04.2013). Die Sektion trat am 2. April 2006 wegen der Politik des Arbeitsministeriums und zur Unterstützung des nationalen Generalsekretärs und in Streik. Zwei Wochen später erklärte das Arbeitsschiedsgericht diesen für illegal und schuf somit die Rechtfertigung für die Polizeiintervention. Weniger als 24 Stunden nach der Urteilsverkündung lösten „900 Kräfte der Bundespolizei und einige des Bundesstaates Michoacán gemeinsam mit Verstärkung des Heeres“ den Streik gewaltsam auf und eröffneten das Feuer. Bei diesem Zusammenstoß wurden zwei Arbeiter getötet und 200 verletzt (Sección 65: 10.04.2013).

3.7.4.4. Der Streik der Sektion 298 in Nacozari de García

Der Streik der Sektion 298, der ebenfalls zum selben Zeitpunkt stattfand, zeigt Parallelen zu jenem der Sektion 14 (Nueva Rosita) 1950 auf, jedoch kam es nicht zum Extrem eines Hungermarsches Richtung Hauptstadt.

Das ursprüngliche Problem war eine legal unklare Situation, die sich einerseits aus der Absetzung Gómez Urrutias und andererseits aus den anstehenden Kollektivverhandlungen ergab. Für die Kollektivverhandlungen war bereits ein Termin akkordiert worden, jedoch weigerte sich das Unternehmen Mexicana de Cobre (Tochterunternehmen von Grupo México) die lokale Delegation, die dafür in die Hauptstadt angereist war, zu empfangen. Die Verhandlungen wurden für einige Wochen verschoben, um vom Arbeitgeber erneut ignoriert zu werden. Die Sektion rief daraufhin am 24. März 2006 den Streik aus. Elías Morales, der „neue“ nationale Gewerkschaftssekretär, beantragte gegen den Willen der ArbeiterInnen und „auf eigene Faust die Verschiebung auf den 19. April. Nachträglich beantragte er weitere Vertagung auf den 3. Mai, den 29. Mai und den 7. Juli 2006“ (CEREAL 2007: 54). Mit dieser Unterstützung seitens der für eigene Zwecke manipulierten Gewerkschaftsspitze konnte der Arbeitgeber sein Vorgehen rechtfertigen, denn das ursprüngliche Verhandlungsdatum hatte somit seine Gültigkeit verloren.

Die Sektion hatte daher von Beginn an zu wenig Unterstützung, weil sie nicht auf die nationalen Vertreter zählen konnte und gleichzeitig in ein nationales Problem verwickelt wurde. Sie mussten Gómez Urrutia verteidigen, um sich selbst verteidigen zu können, aber

da es sich nun um eine politische Angelegenheit höchster Priorität handelte, geriet ihr eigentliches Anliegen, die Überarbeitung des Kollektivvertrages ins Hintertreffen. Gleichzeitig waren die finanziellen Ressourcen der Sektion sehr begrenzt, denn der Streikfond war zuvor vom Arbeitsministerium eingefroren worden. Sie mussten daher von den Solidarbeiträgen anderer Sektionen oder Gewerkschaften leben, die nicht ausreichten und die ArbeiterInnen und deren Familien vor existenzielle Probleme stellten. Dazu kam noch, dass das Unternehmen kurzerhand aufhörte die Sozialversicherung der ArbeiterInnen zu bezahlen und deren medizinische Versorgung eingestellt wurde, ebenso wie die firmeneigenen Schulen einfach geschlossen wurden (ebd. 55).

Es gab ebenfalls eine hohe Polizeipräsenz im Dorf und vier lokale Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet. Die Anklagepunkte dazu lauteten: Vergehen wegen krimineller Vereinigung, organisierte Kriminalität, Raub. Das Arbeitsgericht stützte sich dabei auf die Klage des Unternehmens, die diese bereits Tage vor Streikausbruch eingereicht hatte (ebd. 54).

Der Konflikt wurde mit einem für das Unternehmen positiven Urteil seitens des Arbeitsgerichtes und der Schließung des Bergwerks beendet. Es wurde vereinbart, die Gewerkschaftsfunktionäre im Austausch gegen die Übergabe der besetzten Installationen zu befreien (ebd. 55f).

Die ArbeiterInnen standen letztendlich ohne Gewerkschaft und ohne Arbeit da. Das Unternehmen hingegen stellte nur 300 der insgesamt 1200 Bergleute wieder an (Bergarbeiter: Interview vom 18.11.2006), den übrigen verweigerte man zusätzlich die Anstellung in allen angegliederten Firmen, die über Unterverträge an Mexicana de Cobre gekoppelt sind. Da Nacozari de García gleichzeitig eine Bergbauenkclave ist, standen den gekündigten ArbeiterInnen kaum andere Beschäftigungsmöglichkeiten offen und stellte sie somit vor ein existenzielles Problem. Diejenigen, die jedoch erneut eine Arbeit bekamen, mussten sich mit Verträgen von 29 Tagen und Arbeitsschichten von bis zu 12 Stunden zufrieden geben (Ehefrau eines Bergarbeiters: Interview vom 15.11.2006).

Den meisten blieb nur die Möglichkeit der Migration und in der Folge verließen rund 900 Familien Nacozari (Muñoz Ríos: 05.04.2013).

Einige blieben dennoch in der Gemeinde und forderten weiterhin einen Arbeitsplatz. So kam es schließlich im August 2007 als eine Gruppe von 90 vormaligen Bergleuten, die eine Straße blockierte, um ihre Wiedereinstellung zu fordern, zu einem Zusammenstoß mit einer bewaffneten Gruppe des Unternehmens. Bei diesem Zusammenstoß wurde ein Arbeiter getötet (Sección 65: 10.04.2013).

3.7.4.5. Der Streik in Cananea, Sombrerete und Taxco

Im Juli 2007 traten drei Sektionen (17, 65 und 201) des Unternehmens Grupo México aufgrund der „konstanten Verletzungen des Kollektivvertrags und fehlender Sicherheits- und Hygienebedingungen in den Bergwerken und Anlage“ in Streik (Velasco: 11.04.2013). Sie nahmen dabei sehr klar Bezug auf das Grubenunglück von Pasta de Conchos, einem Bergwerk, das ebenfalls Grupo México gehörte. Das zentrale Anliegen dieser Streiks war von Beginn an die zahlreichen Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen dieses Unternehmens zur Anklage zu bringen. Bis heute, sieben Jahre später, befinden sich diese Sektionen noch immer in Streik, obwohl sich mittlerweile ein großer Teil der Beteiligten wegen wirtschaftlicher Probleme zurückgezogen hat. Nicht umsonst gilt dieser Streik als der längste in der Geschichte der mexikanischen ArbeiterInnenbewegung (La Jornada: 10.09.2014). Es sticht dabei besonders die Sektion 65 aus Cananea hervor, weil sie zahlenmäßig die größte ist, die längste kämpferische Gewerkschaftstradition hat und das lokale Bergwerk über das größte Kupfervorkommen in ganz Mexiko verfügt. Aus letzterem Tatbestand, erklärt sich das Interesse des Unternehmens, die Rohstoffförderung baldmöglichst wiederaufzunehmen beinahe von selbst. Mehr als einmal wurde versucht, den Streik gewaltsam zu brechen, so geschehen 2008 (Gutiérrez Ruelas: 11.04.2013) und 2010 (Cano: 11.04.2013 a), dennoch gelang es der Belegschaft immer wieder die Installationen erneut zu besetzen.

Das Unternehmen hat auf verschiedenste Weise versucht, den Protest aufzulösen, so kündigte es 2009 an, das Bergwerk zu schließen, um wie im Fall Nacozaris, den Kollektivvertrag außer Kraft zu setzen (Zúñiga: 05.04.2013), was ihm nicht gelang. Danach versuchte Grupo México die Belegschaft einer gelben Gewerkschaft anzuschließen, der Nationalen Föderation Unabhängiger Gewerkschaften (FNSI), der auch andere Sektionen des Konzerns angehören (Cano: 11.04.2013 b).

Nachdem dies nicht gelang, schaffte es das Unternehmen schließlich das Bergwerk unter einem anderen Namen wieder zu öffnen als „Buenavista de Cobre“. Da sich die lokale ArbeiterInnenschaft noch in Streik befand, stellte es kurzerhand auswertige Arbeiter an, die es der CTM angliederte. Dennoch verfügt der Großteil der neuen Belegschaft über keinen Kollektivvertrag und ist über Subunternehmen angestellt (Múñoz Ríos: 11.04.2013). Gleichzeitig befindet sich die Sektion 65 aber noch immer im Streik und wartet auf das Urteil der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte, die den Fall nun bearbeitet (Gutiérrez Ruelas: 11.04.2013).

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass der Streik in Cananea nicht einfach nur ein lokaler Protest ist, sondern eine politische Bewegung gegen die Arbeitspolitik der Regierung und die Handhabe der ArbeiterInnenrechte seitens des Unternehmens Grupo México. Ihre Haltung gegenüber der derzeitigen Politik, die sie als „neo-porfiristisch“ bezeichnen ist sehr klar und für sie bedeutet der Streik, nicht nur würdige Arbeitsbedingungen im eigenen Umfeld einzufordern, sondern die Werte der Nation, für die die Bergleute einst in der Mexikanischen Revolution gekämpft hatten, einzufordern. Die Tatsache, dass diese Revolution, auf die sich der moderne mexikanische Staat noch immer stützt, u.a. mit dem Streik von 1906 in Cananea seinen Ausgang genommen hat, ist dabei essentiell für das lokale Selbstbewusstsein:

Es ist wichtig, dass wir Bergarbeiter von Cananea uns sicher sind, dass wir heute, 105 Jahre nach dem Streik von 1906, mehr als je zuvor ein Beispiel für Würde und Kampfbereitschaft für alle Arbeiter ablegen und nicht für Unterwürfigkeit und Schmeicheleien, so wie viele andere Anführer und dass wir weiterhin unser Recht verteidigen, weil Cananea den Einwohnern Cananeas gehört und nicht einem raffgierigen Unternehmer und Mörder.

EINWOHNER VON CANANEA WIR LADEN DICH EIN FÜR DEINE FAMILIE ZU KÄMPFEN

DIR, ANFÜHRER, DER DU DER GLORREICHEN SEKTION 65 ENTSTAMMST

GEMEINSAM GEWINNEN WIR CANANEA FÜR SONORA UND MEXIKO ZURÜCK (Sección 65: 12.04.2013)

Es darf also nicht verwundern, dass Grupo México aufgrund des Grubenunglücks von Pasta de Conchos, dem Streik in Nacozari, Cananea, Sombrerete und Taxco auch international als eines der unethischsten Konsortien in Verruf geraten ist. So wurde Grupo México von der

Schweizer Ratingagentur Covalence, die jährlich ein Ranking der schlimmsten Ethiksünder unter den transnationalen Firmen herausgibt, auf Platz 9 von 581 untersuchten Unternehmen aufgelistet und gleichzeitig ist es das unethischste Unternehmen aus ganz Lateinamerika (Huffington Post: 12.04.2013).

Im August 2014 kam das Bergwerk von Grupo México in Cananea erneut in die Medien, da Giftstoffe im Ausmaß von 40.000 Kubikliter aus der Mine in die lokalen Gewässer ausgetreten war. Das Unternehmen bestritt zunächst seine Verantwortung, bis das Umweltministerium nachwies, dass ein Leck in der Leitung für die „schlimmste Umweltkatastrophe in der Bergbauindustrie“ in Mexiko verantwortlich war (Milenio: 10.09.2014). Dieser Vorfall zieht nicht nur die lokale Wasserversorgung, sondern die Gesundheit der lokalen Bevölkerung und die gesamte Landwirtschaft der Region in Mitleidenschaft.

3.7.4.6. Alianza Minera Nacional

Am 11. Juni 2009 entstand innerhalb der Bergbaugewerkschaft ein neuer Zusammenschluss mit dem Namen „Alianza Minera Nacional“ (AMN). Diese Allianz nahm ihren Ausgang in der Sektion 147. Nach eigenen Angaben vertritt sie rund 14.000 ArbeiterInnen aus den Gewerkschaftssektionen des Kohlereviers (Bundesstaat Coahuila), die größtenteils für AHMSA arbeiten. Das erklärte Ziel der AMN ist die Absetzung Napoleón Gómez Urrutias als Generalsekretär der Bergbaugewerkschaft und die „grundlegende Umstrukturierung der SNTMMSRM“ (Mexiscopio: 12.04.2013). Sie bildet keine eigene Gewerkschaft, sondern definiert sich als Dissidenz. Zunächst gab es eine Annäherung mit der ebenfalls neu entstandenen Bewegung „Frente de Renovación Nacional del Sindicato Minero“ um Carlos Pavón, ehemaliger Beauftragter für politische Angelegenheiten des Gremiums Napoleón Gómez Urrutias, mit der sie aber kurze Zeit später brachen. Bis heute ist die Vereinigung ihrem Ziel, den nationalen Gewerkschaftssekretär zu stürzen, nicht näher gekommen und sinnt derzeit auf das Gründen einer eigenen Partei (Zócalo: 12.04.2013). Da außer der Absicht, Gómez Urrutias seines Postens zu entheben kein weiteres Programm vorliegt und sich die AMN sehr eindeutig um die Sektionen AHMSAs gruppiert, gilt sie unter den lokalen ArbeiterInnen auch als eine scheinengewerkschaftliche Organisation, die im Interesse des Unternehmens agiert. Sie wird daher von der Basis spöttisch als „Aliahmsa“ bezeichnet.

3.7.4.7. Sindicato Nacional Minero Metalúrgico Napoleón Gómez Sada

Die zuvor schon erwähnte „Frente de Renovación Nacional del Sindicato Minero“ um Carlos Pavón, wurde Ende 2010 offiziell als Sindicato Nacional Minero Metalúrgico Napoleón Gómez Sada (SNMMNGS) registriert. Sie vertritt 13 Sektionen, die vormals ebenfalls der SNTMMSRM angehörten und für das Unternehmen Peñoles arbeiten. Bei der alle zwei Jahre stattfindenden „Nachzählung“ (recuento), bei der die Basis neu entscheiden kann, welcher Gewerkschaft sie sich anschließen will, kam es im Fall dieser Sektionen zu Einschüchterungsversuchen seitens des Arbeitgebers gegenüber der Belegschaft. Es wurden Kündigungsdrohungen ausgesprochen, sollte sich die ArbeiterInnen nicht für die neue Gewerkschaft entscheiden (Muñoz Ríos: 12.04.2013).

Da die Gründung dieser Gewerkschaft und die folgende Angliederung der lokalen Sektionen, ebenso wie die Gründung der AMN einen schwerwiegenden Aderlass und gleichzeitigen Machtverlust für die nationale Bergbaugewerkschaft SNTMMSRM bedeutete, kam es zu Konflikten unter den ArbeiterInnen der verschiedenen Sektionen. So schickte die SNTMMSRM ein Kontingent der ihr nahestehenden Politik in die Sektion 62 (Fresnillo), um dort das Gewerkschaftsgebäude zu besetzen. Dabei kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen und ein Arbeiter dieses Kontingents verstarb (Valadez Rodríguez: 12.04.2013).

Die Gewerkschaft Sindicato Nacional Minero Metalúrgico Napoleón Gómez Sada hat sich ebenso wie die AMN auf die Diffamierung der Person Napoleón Gómez Urrutias versteift und weißt dabei keine programmatischen Alternativen auf. Im Unterschied zur AMN ist sie zwar eine offizielle Gewerkschaft, aber ebenso von einem Bergbaukonzern überwacht, in diesem Fall von Peñoles.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die politischen Vorgehen sowohl seitens der Gewerkschaft, der Unternehmen und der Regierung selten eine rechtliche Basis hatten und meist einfachen Machtinteressen folgten. Die daraus resultierend Willkür wirkte sich besonders negativ auf die einfachen ArbeiterInnen aus, die v.a. ihre historischen

Errungenschaften garantiert wissen wollen und die sich in der derzeitigen Machtkonstellation dazu gezwungen sehen, sich gegenüber den nationalen Gewerkschaften und neuen Abspaltungen ihres Sektors zu positionieren. Dennoch beinhaltet jede Positionierung, auch in einen nationalen Interessenskonflikt einzutreten. Es zeigt sich immer mehr, dass das korporatistische Modell für den Fall der Bergbaugewerkschaft nicht mehr greift. Die ArbeiterInnen müssen sich entscheiden zwischen der traditionellen Bergbaugewerkschaft SNTMMSRM, die intern nach wie vor autoritäre Praktiken aufweist, aber anfängt die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung ernsthaft zu verteidigen, oder zwischen einer der Abspaltungen, hinter denen bestimmte Unternehmen stehen und den Verlust der Arbeitsrechte zu Gunsten einer paternalistischen Unternehmenspolitik neoliberalen Stils mit sich bringen.

Gleichzeitig hat die tiefe Spaltung innerhalb der Gewerkschaft zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen den verschiedenen Sektionen geführt, die im Fall Fresnillos bereits ein Opfer gekostet hat. Dies bedeutet aber nicht nur eine Schwächung der Gewerkschaft, sondern auch der ArbeiterInnenfrage an sich, denn Solidarität und Einheit sind eine der wichtigsten Prinzipien, um Rechte einfordern zu können. Es braucht wohl nicht extra betont zu werden, dass die Unternehmen und die Regierung aus diesen Konflikten im Sinne des „divide-et-impera“ besonders gestärkt hervorgehen.

Es kann allgemein beobachtet werden, dass sich der Abbau der ArbeiterInnenrechte in einem verstärkt gewaltsamen Vorgehen äußert, sowohl seitens der Gewerkschaften, wie der Unternehmen und der Regierung. Da der ArbeiterInnenschaft mit dem Rückgang der korporatistischen Einflussmöglichkeiten, außer dem Paternalismus, der Hand in Hand mit der Suspendierung ihrer Rechte geht, wenige politische Alternativen offen stehen, darf es nicht verwundern, dass die Gewalt eine vermehrt gebrauchte Ausdrucksform ist und der Protest erneut anarchosyndikalistische Züge annimmt.

In den Workshops zum Arbeitsrecht werden diese Politiken genauer untersucht, um deren Konsequenzen zu analysieren, aber auch, um an die Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung zu erinnern. Die Geschichte der Bergbaugewerkschaft ist lang und sehr komplex, aber genauso voll und reichhaltig an Lektionen. Ziel ist die Rückgewinnung der

gesetzlichen Errungenschaften, die viele Opfer gekostet haben, und die Schaffung eines Bewusstseins darüber. Dieser Rückbezug geschieht nicht im Sinne eines sterilen Aufzählens historischer Ereignisse, sondern beabsichtigt, das Gedächtnis über das im eigenen Arbeits- und Gewerkschaftsumfeld Erfahrene wieder aufleben zu lassen.

Bevor ich die Bildungsinitiative vorstelle, möchte ich noch den Ort der Feldforschung und der Umsetzung der entsprechenden Workshops, Monclova, mit seinen Charakteristiken und seiner speziellen Geschichte vorstellen. Wie ich bereits im Theoriekapitel erwähnt habe, ist es für das Konzept Paulo Freires von großer Wichtigkeit, die lokalen Probleme und Denkweisen zu kennen, um eine Bildung bereitzustellen, die auf diese Bedürfnisse eingehen kann. Nur von der Lebenswelt der ArbeiterInnen ausgehend, ist es möglich, die Veränderungen, die durch die Workshops angeregt werden, zu verstehen.

4. Die Stadt Monclova und ihre Geschichte

In diesem Kapitel werde ich den Ort meiner Feldforschung vorstellen, gemeinsam mit seiner Geschichte und seinen speziellen Merkmalen, die sich letztendlich in der Organisationsform der lokalen ArbeiterInnenschaft und deren politischen und arbeitsrechtlichen Wahrnehmung niedergeschlagen haben. In diese Analyse ist sowohl die Lage der Stadt im äußersten Norden Mexikos in einer sehr ariden Gegend, wie ihre allgemeine Geschichte und schließlich der Werdegang des Unternehmens, Altos Hornos de México (AHMSA), und der lokalen Gewerkschaftssektion 147 eingeschlossen.

4.1. Die Merkmale Monclovas

4.1.1. Geografische Lage und allgemeine Daten zu Monclova

Monclova befindet sich im Zentrum des Bundesstaates Coahuila, in einem Tal zwischen der Sierra de La Gloria und den Bergen El Mercado und La Rata, welche die nördlichen Ausläufer der Sierra Madre Oriental sind. Die Region ist von einem trockenen, semiariden Klima und einer spärlichen Vegetation gekennzeichnet.

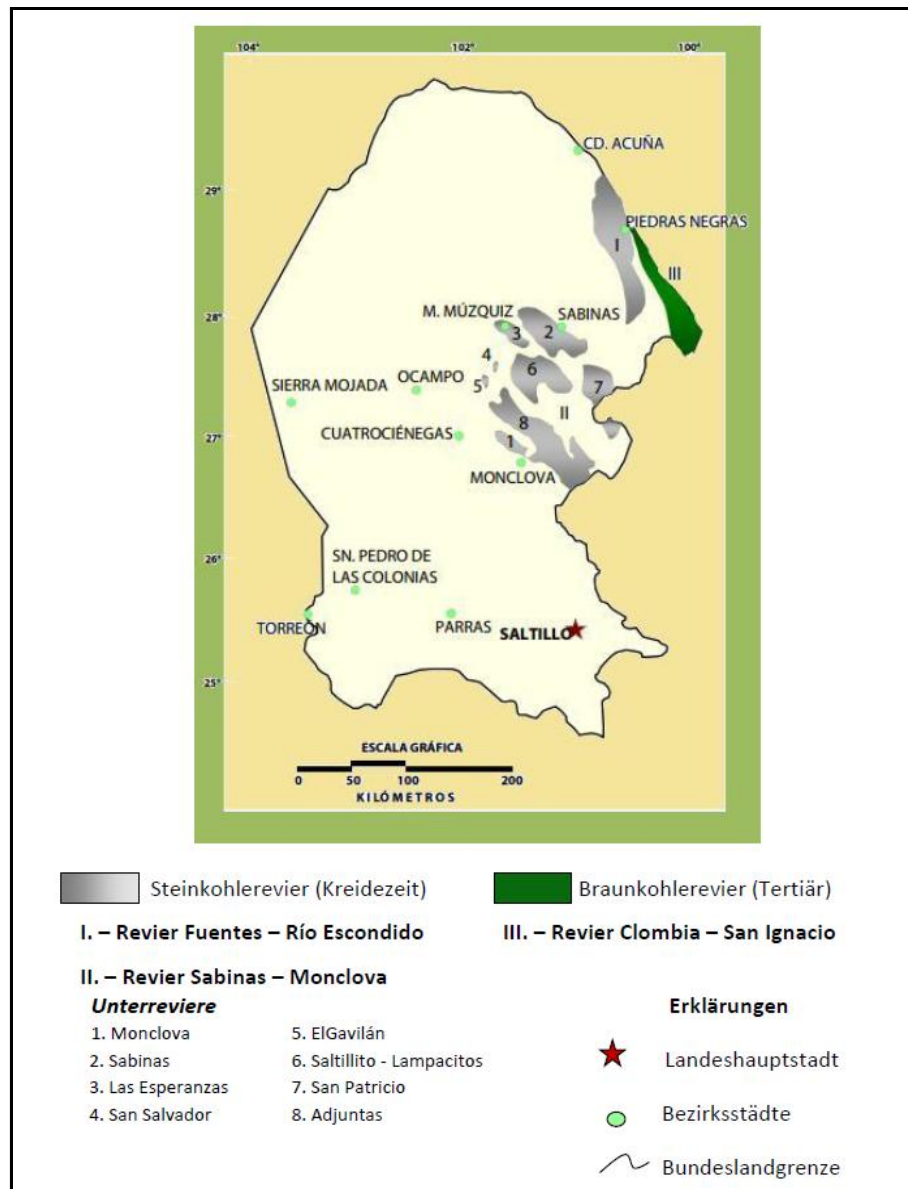
Monclova liegt 195 Kilometer nördlich der Hauptstadt Saltillo auf der Bundesstraße 57 und 230 Kilometer südlich von Nueva Rosita (E-local Coahuila: 19.04.2013). Nördlich von Monclova erstreckt sich die Kohleregion, in der sich 95 Prozent des nationalen Kohlevorkommens befindet (Arando Enviado: 19.04.2013).

Die Kohleförderung in diesem Gebiet geht auf den Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Die Briten hatten 1820 in den Bergwerken „Minas de Catorce (San Luis Potosí) und Real del Monte (Hidalgo) die ersten Dampfmaschinen“, für deren Inbetriebnahme Kohle notwendig war, in Verwendung genommen. Diesen Rohstoff fand man schließlich nach mehreren Erkundungen im Norden von Coahuila (Sariego 1988b: 58).

Während sich das Kohleabbaugebiet in ein wichtiges industrielles Zentrum Mexikos verwandelte, war Monclova bis Mitte des 20. Jahrhunderts, als die Stahlanlage Altos Hornos de México (AHMSA) errichtet wurde, in wirtschaftlicher Hinsicht kaum von Bedeutung.

Heute ist es mit insgesamt 216.206 EinwohnerInnen nach Saltillo und Torreón die drittgrößte Stadt Coahuilas. Bezieht man die Außenbezirke Monclovas, die in die anliegenden Gemeinden Castaños und Fronteras hineinreichen, in die Zählung mit ein, so steigt die EinwohnerInnenzahl auf 317,314 (INEGI: Zensus 2010).

Kohlereviere in Coahuila



Quelle: Servicio Geológico Mexicano (2010). Panorama minero del Estado de Coahuila

4.1.2. Monclova und die Beziehung zu Altos Hornos de México

Obwohl Monclova mittlerweile eine relativ große Stadt ist, weißt sie immer noch einige Eigenheiten einer klassischen Bergbauenklave auf. Rund 80 Prozent der EinwohnerInnen hängen direkt oder indirekt von AHMSA ab (González Chávez 2008: 337). Klassischerweise gilt eine Enklave in Mexiko als ein Bergbaudorf, das sich um ein großes ausländisches Unternehmen gruppiert und wie eine politisch autonome Einheit agiert. Dies trifft auf Monclova aber nicht zu. Mit der Gründung AHMSAs war hier die staatliche Präsenz immer zu spüren, ebenso ist der ArbeiterInnensektor weit mehr diversifiziert als in einer Bergbauenklave, in der es vorwiegend Mineros gibt.

Auch wenn die Mehrheit der örtliche Erwerbsbevölkerung nicht direkt für das Unternehmen tätig ist, besteht meist ein Kontakt zum Stahlwerk, ob über ausgegliederte Firmen (Transport, Bauwesen, Instandhaltung usw.), die innerhalb des Stahlwerks agieren, oder über Dienstleistungen, die für dessen ArbeiterInnen und Familien bereitgestellt werden (Schulen, Krankenhäuser, Nahversorger usw.). Diese Abhängigkeit zeigt besonders in Krisenzeiten ihr wahres Ausmaß, so geschehen 1991 und 1998 als AHMSA kurz vor dem Konkurs stand und einige tausend ArbeiterInnen kündigen musste. So reduzierte sich die Belegschaft der beiden lokalen Sektionen 147 und 288 der Anlagen 1 und 2 von AHMSA im Zuge der Privatisierung zwischen 1988 und 1992 von 17.000 auf 7.000 ArbeiterInnen (González Chávez 1994: 163). An diese Kündigungswelle gekoppelt, verloren weitere 17.000 ArbeiterInnen anderer Bau- und Handelsfirmen, die direkt mit AHMSA in Verbindung standen ihren Job - Angestellte der örtlichen Dienstleistungseinrichtungen nicht einbezogen (González Chávez 2008: 313). Um es auf den Punkt zu bringen: Der Einfluss, den das Stahlunternehmen auf die lokale Bevölkerung hat, ist aufgrund des monopolähnlichen Charakters der Firma über die wirtschaftlichen Aktivitäten der Gemeinschaft, beträchtlich, denn sie wächst und reduziert sich mit der Produktion. Im vorherigen Kapitel habe ich bereits die Auswüchse einer solchen Abhängigkeit der ArbeiterInnenschaft vom Unternehmen in einer Enklave geschildert, Monclova ist ein nicht ganz so drastischer Fall, da die Gemeinde bereits vor der Errichtung des Stahlwerks bestand und schon eine lange Geschichte aufwies. Die sozialen Einrichtungen werden größtenteils über staatliche Institutionen bereitgestellt und nicht über den Arbeitgeber, dennoch hat die Präsenz des Stahlwerkes großen Einfluss auf die Stadt, ihre Infrastruktur und das soziale Leben.

Außerdem bedeutete der rasche Bevölkerungszuwachs, der sich aus der Ansiedelung des Unternehmens in einer bis dahin noch relativ kleinen Gemeinde erklären lässt, eine Herausforderung im Sinne der Bereitstellung lokaler Dienstleistungen für die innerhalb kürzester Zeit zugewanderten ArbeiterInnenfamilien. Dieser Migrationsstrom verwandelte Monclova in den „Ort mit der größten durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Bevölkerung des Bundesstaats Coahuila“, denn die Gemeinde zählte in den 30er Jahren nur rund 6.000 EinwohnerInnen und zwanzig Jahre später 21.527 (Toledo; Zapata 1999 II: 53). Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Bevölkerungsentwicklung in Monclova.

**Tabelle 4.1. Bevölkerungsentwicklung in Monclova 1950-2010
(EinwohnerInnen)**

1950	1960	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2010
21,530	45,257	81,878	119,609	178,606	189,738	193,744	200,160	216, 206

Quelle: INEGI Censo de Población y Vivienda 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010

Ein anderes Kennzeichen, das Monclova mit einer Bergbauenklave teilt, ist die geographische Abgeschiedenheit, die in Zusammenhang mit dem ariden und wenig bevölkerten Norden Mexikos steht, wo der Großteil der legalen wirtschaftlichen Aktivitäten auf den Bergbau und die angegliederten Industriesektoren ausgerichtet ist (Sariego 1988b: 19). Diese geographische Isoliertheit ist im Fall Monclovas nicht so extrem, da sich wenige Fahrstunden davon entfernt auch größere Industriestädte wie Torreón, Saltillo und Monterrey befinden. Dennoch spielt sie im Fall von größeren Kündigungswellen eine Rolle, denn die arbeitslosen Personen sehen sich, auf der Suche nach einer neuen Beschäftigung, oft zur Migration genötigt, weil es in der unmittelbaren Umgebung kaum alternative Jobmöglichkeiten oder nur schlechter bezahlte Tätigkeiten im Kohleabbau gibt.

Ein zusätzlicher Aspekt, der auch in Verbindung mit der geographischen Abgeschiedenheit steht, ist die relative Autonomie der Gemeinde, in der für gewöhnlich die Beziehung Unternehmen-Gewerkschaft im alltäglichen Leben dominiert (ebd.20). Diese ist v.a. in den klassischen Bergbauenklaven sehr ausgeprägt, jedoch lassen sich auch in Monclova noch einige Elemente finden, etwa der Einfluss der Gewerkschaft auf das gesamte Gemeinwesen während der Wahlen des lokalen Gremiums. Da es innerhalb der Sektionen 147 und 288

verschiedene politische Strömungen gibt, die ihre VertreterInnen in die Wahl schicken wollen, jedoch der Opposition oft die Teilnahme verweigert wird und es daher in der Öffentlichkeit zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt, wird auch die gesamte Gemeinde in den Konflikt hineingezogen. So ist es üblich, dass die Geschäfte im Zentrum schließen, um größere Problemen zu vermeiden (Rojas 2008: 1A). Es verwundert daher nicht, dass in der Literatur über dieses Thema darauf verwiesen wird, dass „sich in Monclova die gewerkschaftliche und die politische Aktivität vermischen“ (Toledo; Zapata 1999 II: 55):

Dies ist vor allem damit zu erklären, weil ein Großteil der Probleme, die die Bevölkerung bedrückt, gleichzeitig mit AHMSA und mit der Gemeinde identifiziert werden. Der unorganisierte städtische Wachstum, die Probleme in der Wasser-, Gas-, Telefonversorgung, die Spannungen, die sich aus der Inexistenz eines effizienten öffentlichen Transportes ergeben, summieren sich zu einem Bild, das sich seit der Errichtung des Stahlwerks von den 40er Jahren bis zur Gegenwart verschlechtert hat. Zu besagten Problemen kommen noch jene hinzu, die sich direkt aus den Tätigkeiten der Stahlanlage ableiten lassen, wie der Rauch der verschiedenen Einrichtungen (Hochofen, Stahlwerk usw.) und die Verschmutzung, die von den Nebenerzeugnissen, die bei einem der Produktionsprozesse entstehen, hervorgerufen wird. (ebd.)

Die Präsenz des gewerkschaftlichen Lebens in der Gemeinde ist mit den Kündigungswellen, die v.a. ArbeiterInnen der Sektion 147 und 288 betraf, beträchtliche zurückgegangen, jedoch stieg der Sektor der ZeitarbeiterInnen und Subunternehmen an. Somit ist das Interesse der Lokalpolitik noch immer stark auf die Aktivitäten AHMSAs und dessen Rückwirkungen auf die Gemeinde ausgerichtet.

Eine andere Besonderheit Monclovas und der dortigen Gewerkschaft ist die Macht, die letztere über die Sektionen der Bergbaugewerkschaft der Umgebung hat, allen voran jener, die zu AHMSA gehören. Da AHMSA ein integriertes Stahlunternehmen ist, besitzt es auch verschiedene Erz- und Kohlebergwerke in der Region rund um Monclova. Dieser Einfluss ist in den Sektionen AHMSAs im nördlichen Kohleabbaugebiet besonders dann zu bemerken⁴⁶, wenn die Aktivitäten der nationalen Gewerkschaft in politisch intensive Phasen gehen. Dann

⁴⁶ Sek. 27 Palaú, Sek. 205 Múzquiz, Sek. 239 San Juan de Sabinas, Sek. 259 Palaú, Sek. 293 Nava, Sek. 303 Melchor Múzquiz.

statten die FunktionärInnen der Sektion 147 und 288 den benachbarten Gremien häufig Besuche ab, um bestimmte interne Politiken zu präsentieren. Da die Sektionen 147 und 288 mitgliedermäßig die stärksten Gruppierungen innerhalb der nationalen Gewerkschaft sind und AHMSA der dominanteste Arbeitgeber in der Region ist, hat sich Monclova für die entlegenen Sektionen im Kohleabbaugebiet zu einem wichtigen industriellen Zentrum entwickelt. Auch gelten die ArbeiterInnen des Stahlwerks als bevorteilt, denn sie haben tendenziell einen besseren Lebensstandard. Dies steht mit der Geschichte dieser Sektionen, die ich später noch genauer erklären werde, in Verbindung.

Bisher habe ich nur die Besonderheiten Monclovas, die sich aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Gemeinde von AHMSA und der Gewerkschaft ergeben, erwähnt, jedoch darf die Geschichte der Stadt nicht einfach als gegeben hingenommen werden, sondern es muss auch berücksichtigt werden, wer diese erzählt, wer die Erinnerungen über sie aufbewahrt und systematisiert, wer Information generiert und verbreitet. Obwohl es Dokumente gibt, welche die Historie der lokalen Gewerkschaft aus Sicht der ArbeiterInnen erzählen, was in anderen Bergbaudörfern oft fehlt, ist es dennoch die örtliche Elite, die die Geschichtsschreibung der Gemeinde in der Hand hat. Dazu gehören v.a. Verwandte der Direktoren von AHMSA oder der angegliederten Unternehmen, die letztendlich die lokale Chronik schreiben. So ist das Gemeindearchiv von Monclova beispielsweise von den Angehörigen des derzeitigen Geschäftsführers von AHMSA, Alonso Ancira Elizondo und einem der Gründer des Stahlwerkes, Harold Pape, gesponsert. Der Name des letzteren taucht auch immer wieder in Zusammenhang mit den Werken des Kultur- und Gemeindelebens Monclovas auf, handle es sich um Museen, Monumente oder Grünanlagen, die alle von ihm ins Leben gerufen wurden und die seine Persönlichkeit als philanthropischer Unternehmer hervorstreichen. Dennoch ist und bleibt seine Perspektive über die Stadt und deren Geschichte eine unternehmerische.

Ein anderer lokaler Geschäftsmann, Salvador Kamar Apud, unter anderem Besitzer der Firma Mineral Siderúrgica Coahuila, ist auch Eigentümer der lokalen Radiostation XEGIK-AM, die vor allem unter dem Namen „la Acerera“ bekannt ist, und der Zeitung „La Voz de Monclova“. Es versteht sich beinahe von selbst, dass in diesen Medien keine Kommentare oder kritische Artikel über AHMSA auftauchen.

4.2. Die Stadtgeschichte Monclovas

4.2.1. Die Ursprünge Monclovas

Das was die Stadt Monclova auszeichnet, sind ihre zahlreichen Stadtgründungen. Dies brachte ihr auch den Beinamen „Phönix“ ein, denn bis heute ist das Auf-und-Ableben des Gemeindewesens, das wie im Fall der Bergbauklaven an die Produktionszyklen gekoppelt ist, eines ihrer hervorstechendsten Charakterzüge.

Die Gegend, in der sich Monclova befindet, war vor der Kolonialisierung von den Coahuilteken einem Chichimekenvolk bewohnt worden (Ramírez Lara 1989: 35f). Sie gewann jedoch erst 1577 an Wichtigkeit als dort die Minen „de la Trinidad“ entdeckt wurden. Kurze Zeit später wurden die Bergwerke wieder stillgelegt, und 1583 wurde an derselben Stelle Nueva Almadén gegründet, um sieben Jahre darauf erneut verlassen zu werden. Dasselbe Schicksal wiederholte sich 1643 und 1647.

Da es den Eroberern unmöglich gewesen war, die Indigenen dieses Gebiets militärisch zu unterwerfen, baten sie die Franziskaner um Hilfe, die mit der Unterstützung der Tlaxcalteken⁴⁷, die örtlichen Jäger in den Ackerbau einführen sollten. Somit wurde 1674 die Provinz Nueva Extremadura gegründet, die später in Coahuila umbenannt werden sollte. An dem Ort, an welchem sich heute Monclova befindet, wurden zwei Dörfer gegründet, San Miguel de Luna und San Fransiscano de la Nueva Tlaxcala. In ersterem wohnten die lokalen indigenen Völker, in zweiterem die Franziskaner und Tlaxcalteken. Das Schicksal wiederholte sich erneut, und beide Dörfer wurden verlassen. 1689 gründete General Alonso de León an derselben Stelle Santiago de la Monclova, woraus sich der Ursprung des heutigen Stadtnamens erklärt. Die Stadt wurde schließlich zur Bezirkshauptstadt, von der aus die Kolonialisierung und Missionierung der gesamten Region gesteuert wurde (Williamson Bosque 1995: 46f).

⁴⁷ Die Tlaxcalteken waren während der Eroberung, Verbündete der Spanier. Die Eroberung der aztekischen Hauptstadt Tenochtitlán geht ebenfalls auf ihr Mitwirken zurück.

4.2.2. Monclova als Hauptstadt von Coahuila-Texas

Ab 1714 widmeten sich einige Priester der Region mehr dem Zukauf von Landgütern und der Ausweitung des Großgrundbesitzes als der Missionierung und schufen dabei mit rund 7,5 Millionen Hektar den größten Landbesitz jener Zeit in Lateinamerika. Dieses Territorium sollte zu Ende der Kolonialzeit die Provinz Coahuila-Texas bilden, mit Monclova als Hauptstadt, welche sich noch bis nach der Erklärung der Unabhängigkeit Mexikos hielt. Als ein Kerngebiet der kontrarevolutionären Bewegung war Monclova 1811 auch Zeugin der Verhaftung des Unabhängigkeitsführers Miguel Hidalgo und dessen Anhänger Allende, Aldama, Jiménez und Abasolo (Luna Lastra 1995: 137).

1838 verlor sie schließlich ihren Titel als Hauptstadt an Saltillo, wobei sich die Provinz Coahuila-Texas ein Jahr später auflösen sollte (de Hoyos 1995: 83f). Mit der Einverleibung Texas in die USA 1847 war diese Trennung definitiv.

4.2.3. Monclova unter der Mexikanischen Revolution und die Anfänge der Industrialisierung

Obwohl Monclova als Ort während der Mexikanischen Revolution, bis auf die Ernennung Venustiano Carranzas zum Oberbefehlshaber über das konstitutionalistische Heer und einer militärischen Niederlage, keine große Rolle spielte (Torres de Ramírez 1995: 215), waren es v.a. die ArbeiterInnen und BäuerInnen der näheren Umgebung, die den Großteil der revolutionären Truppen stellten. Im vorherigen Kapitel habe ich deren soziale Basis bereits genauer beschrieben (siehe 3.2.1. Die AkteurInnen der Mexikanischen Revolution).

Auch wenn Monclova während dieser Zeit kaum Schauplatz wichtiger historischer Ereignisse war, so muss doch das Augenmerk auf die ArbeiterInnenklasse, die für das konstitutionalistische Heer kämpfte, gerichtet werden, denn einige ihrer Nachkommen sollten sich später in die Belegschaft AHMSAs integrieren.

Die BewohnerInnen Monclovas lebten vor der Gründung AHMSAs vorwiegend vom Ackerbau (Nopal-Kakteen, Nüsse), der Rinderzucht, dem Bergbau und dem Handel (Páez Falcón 1995: 194). Auch war 1833 eine Textilfabrik errichtet worden, die jedoch nur wenige Jahre überdauerte (de Hoyos 1995: 86). Die Gründung AHMSAs verwandelte Monclova definitiv in eine Industriestadt von großer Reichweite.

4.3. Die Geschichte Altos Hornos de México (AHMSA)

4.3.1. Die Gründung AHMSAs

Vor der Gründung AHMSAs gab es nur zwei Stahlwerke in Mexiko, die Fundidora Monterrey und die Consolidada, deren Produktion deckte jedoch weit nicht die stetig ansteigende Stahlnachfrage in Mexiko ab. Aus demselben Grund war das Land besonders abhängig von Importen, eine Situation, die sich gerade kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs für die nationale Wirtschaft kritisch bemerkbar machte. Dazu kam noch, dass die USA, der Hauptimporteur von Stahl, Mexiko 1938 nach der Verstaatlichung des Erdöls mit einem Wirtschaftsembargo belegte, wobei dies ein Verkaufsverbot von Stahl einschloss. Die Vorbereitung der USA zum Kriegseintritt beinhaltete zudem einen gesteigerten Stahlverbrauch und die US-amerikanischen Exporte reduzierten sich, während der Stahlpreis stieg. Dieser Umstand machte die Notwendigkeit der Förderung der mexikanischen Stahlproduktion mittels der Gründung eines neuen Werkes deutlich. Die ersten Pläne dazu entstanden während des Cardenismus.

Die mexikanische Regierung beauftragte die Ingenieure José de la Fuente und William Kane mit einer Durchführbarkeitsstudien für besagtes Projekt (Toledo; Zapata 1999 I: 176). Da die Fundidora Monterrey auf die Herstellung von Stangen und Rundstahl spezialisiert war, bestand die ursprüngliche Idee darin, sich auf die Produktion von Blech und Flachstahl zu fokussieren. Anfangs dachte man nur daran, eine „Weißblechfabrik [zu gründen] und die Rohstoffe zu importieren, zu walzen und zu verzinnen, und anschließend als Blech an Haushaltsgeräte- und Verpackungshersteller zu verkaufen“ (ebd.). Jedoch hatte der Weltkrieg auch die Vorräte der warmgewalzten Coils (Rollen) im Ausland erheblich reduziert. Dies brachte letztendlich eine Gruppe, bestehend aus „Bank- und Geschäftsleuten sowie der mexikanischen Regierung (...) mit der technischen Unterstützung der Armco International Corporation (ARMCO) [dazu], eine Stahlanlage zu gründen, die auf der Schmelze von Eisenerz mit Hilfe des Koks aus nationaler Kohle basierte, um so eine größtmögliche Autonomie zu erreichen“ (Chávez Quezada 1994: 60f).

Im Dezember 1941 wurde AHMSA offiziell mit einem Kapital von 52.310.000 Pesos (10,7 Millionen Dollar) gegründet, wobei der Staat 64 Prozent der Anteile hielt und 36 Prozent der private Sektor (Toledo; Zapata 1999 I: 181). AHMSA war somit das erste Stahlprojekt bei dem der Staat eine zentrale Rolle spielte:

Somit nahm der Staat aktiv an der Förderung und Regulierung der Industrie teil, indem er die notwendigen Einkäufe für die Ausrüstung garantierte und sich als Hauptaktionär am Unternehmen beteiligte. Außerdem versuchte er den Start der Firma mittels der Einführung von Importkontrollen von Stahlprodukten zu schützen, aufgrund des Charakters des Sektors als „junge Industrie“. Dennoch wurde AHMSA von Beginn an und trotz mehrheitlich staatlicher Beteiligung unter den Gesichtspunkten und Modalitäten eines privaten Unternehmens geführt, was ihm dazu verhalf innerhalb der nächsten 25 Jahre eine durchschnittlich jährliche Dividende von 31% an seine Gesellschafter auszuzahlen. (ebd. 177)

Außerdem wurde das „Projekt AHMSA“ von der Federal Maritime Commission der USA unterstützt, denn das neue Stahlwerk sollte sie mit den notwendigen Erzeugnissen für die Flottenproduktion versorgen (Chávez Quezada 1995: 292).

ARMCO, ein Eisenwerk aus Ohio, steuerte die technische Assistenz bei, und sie bestimmte auch den Mann, der die Gesamtaufsicht über das Projekt in Mexiko hatte. „Dieser Mann war der Ingenieur Harold R. Pape, dessen Geschichte ab diesem Zeitpunkt im Großen gesehen diejenige AHMSAs sein sollte“ (Toledo; Zapata 1999 I: 178). In seinen biographischen Aufzeichnungen schrieb Harold Pape über seine Beziehung zu AHMSA Folgendes:

Beinahe ohne das Warum zu wissen, hatte ich mich mein ganzes Leben lang auf die Entwicklung eines Projekts vorbereitet, wie das, das mir jetzt angeboten wurde und es war vollkommen natürlich, dass ich diesem Weg folgte. (Ruiz Díaz 1995: 300)

Hinsichtlich der Entscheidung über die geeignete Lage für die Errichtung der neuen Anlage wurden mehrere Städte im Norden Mexikos in die engere Wahl genommen, etwa Monterrey, Saltillo, Ramos Arizpe, Torreón, San Pedro de la Colonias, Sabinas und Monclova. Man entschied sich gegen Monterrey, wegen deren Nähe zur Fundidora und gegen Sabinas wegen der starken gewerkschaftlichen Agitation im nahe gelegenen Nueva Rosita (Toledo; Zapata 1999 I: 182). Die Wahl fiel schließlich auf Monclova wegen der kurzen Entfernung zu

den, für die Stahlproduktion notwendigen Rohstoffvorkommen (Eisenerz und Kohle), der zwei Eisenbahnlinien, die den Transport der Mineralien vom Bergwerk bis zur Fabrikanlage ermöglichten und dem Fluss Monclova (Ruiz Díaz 1995: 300), der zum Abkühlen des heißen Metalls dienen sollte.

Da jedoch nicht genügend finanzielle Ressourcen vorhanden waren und sich die Welt im Kriegszustand befand, war es unmöglich eine neue Anlage aufzustellen, weshalb das Projekt mit gebrauchten und größtenteils veralteten Installationen, die aus verschiedenen Teilen der USA⁴⁸ importiert wurden, durchgeführt werden musste (González Chávez 2008: 214).

Die Anstrengungen, die zur Planung und Durchführung dieses Projekts unternommen worden waren, für die oft viel Improvisations- und Vorstellungskunst notwendig waren, trugen zu einer starken Identifikation der IngenieurInnen und ArbeiterInnen mit dem Unternehmen bei. Die IngenieurInnen, die den Abbau und die Montage der einzelnen Fabrikteile durchführten, waren sowohl ausländischer Herkunft – v.a. aus den USA, Frankreich und Deutschland - wie auch AbsolventInnen des Nationalen Polytechnischen Instituts und der Hochschule für Metallurgie, die noch kaum oder überhaupt keine Erfahrung im Stahlwesen hatten. Die Arbeit wurde paarweise aufgeteilt, wobei immer einE ausländischeR IngenieurIn und einE nationaleR AbsolventIn zusammenarbeiteten, so dass letztereR von dem/der ErfahrenerN lernen konnte (Toledo; Zapata 1999 I: 194). Da die einzelnen Teile von verschiedenen Fabriken kamen, musste viel improvisiert werden und nur dank der guten Zusammenarbeit gelang es, die Anlage schließlich in Betrieb zu nehmen. Die Erfahrungen dieses Lernprozesses, der häufiges Experimentieren notwendig machte, blieben vielen Beteiligten im Gedächtnis:

Ein „ständiges Lernen“, „ein Lernen in Form des Abbaus der gebrauchten Anlagen in den USA und des Aufbaus in Mexiko“; „Beobachten, wie die Maschinen in anderen Anlagen funktionierten“, „Ideen von hier und dort nehmen“ „Wir sprangen ins kalte Wasser, um Schwimmen zu lernen!“; „Zusammenfassend, viel Aktion, obwohl nicht viel Planung“. (Toledo; Zapata 1999 I: 195)

⁴⁸ Der Hochofen, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg ausrangiert worden war, wurde von einer Anlage in der Nähe der Stadt San Luis Missouri gekauft und die Universalwalze zum Plätten und Ziehen in Indiana Harbor von der Youngstown Sheet and Tube, die Tribünen von einem Pferderennplatz in Cincinnati, eine Eisenbahnbrücke, die über den Fluss Ohio ging, eine Fertigungsanlage aus Kentucky, ein Krahn aus einer Verstählungsanlage der Lukens Steel Co. in Coatsville (Ruiz Díaz 1995: 301f).

Der Bau der Stahlanlage begann am 25. Oktober 1942 und am 2. Juni 1944 wurde zum ersten Mal Roheisen erzeugt. Die Produktion wurde 1944 mit 5.886 Tonnen flüssigem Stahl gestartet und bis 1950 auf 123.443 Tonnen gesteigert. Innerhalb dieser kurzen Zeit schaffte es das Unternehmen, 32 Prozent der nationalen Produktion abzudecken (Chávez Quezada 1994: 64). 1948 übernahmen die nationalen IngenieurInnen die Anlage und AHMSA war somit zu 100 Prozent in mexikanischer Hand (ebd. 65).

4.3.2. Integration, Konsolidierung und Krise

Ursprünglich verfügte AHMSA über keine eigenen Rohstoffvorkommen und hing von dem Eisenerz aus Cerro del Mercado, Bergwerk der Fundidora Monterrey, und dem Koks der ASARCO in Nueva Rosita ab. Diese Abhängigkeit zeigte sich v.a. bei unregelmäßigen Lieferungen und führte zu Produktionsverzögerungen. In der Folge kaufte das Unternehmen Kohlebergwerke in Sabinas und baute eine eigene Kokerei auf (Mexicana de Coque y Derivados S.A.). 1957 erwarb es die ersten Erzbergwerke (La Perla und La Negra) im Bundesstaat Chihuahua. Als die vormals zweitwichtigste Stahlanlage Mexikos, La Consolidada, in finanzielle Schwierigkeiten geriet, kaufte AHMSA diese Mitte der 60er Jahre auf und trat somit in den Markt der nicht flachen Erzeugnisse ein (Chávez Quezada 1994: 66f). Außerdem erwarb es noch eine Vielzahl anderer Firmen, u.a. die Refractarios Básicos Monclova S.A. (Kalksteinförderung – ein Produkt das ebenfalls in der Stahlerzeugung gebraucht wird), Fundición Monclova S.A. (Herstellung von Walzrollen), Sierrita S.A. (Werkstatt von Stahlkonstrukten) und Construcciones Mecánicas Monclova S.A. (Werkstatt von Werkzeugmaschinen) (ebd. 68).

Somit trat AHMSA in die Kategorie eines voll integrierten Unternehmens ein und schaffte es, sich von äußeren Faktoren unabhängiger zu machen.

Jedoch machte sich der wirtschaftliche Aufstieg AHMSAs nicht allein an der Integration des Prozesses der Stahlproduktion fest, sondern auch an der Erweiterung und der Verbesserung der schon vorhandenen Ausrüstung der Anlage. So wurde beispielsweise das Design des Gebläses des ersten Hochofens, der ursprünglich nur 100 Tonnen produzieren konnte, derart verändert, dass die Herstellung von 450 Tonnen täglich ermöglicht wurde (Toledo; Zapata

1999 I: 298). Das Werk wurde noch um drei zusätzliche Hochöfen erweitert und schließlich wurde 1976 die Anlage 2, die sich ebenfalls in Monclova befindet, jedoch auf einem anderen Gelände, errichtet (Chávez Quezada 1994: 98f). Dank dieser Integration und Verbesserung der Herstellung, schaffte es AHMSA innerhalb von nur 10 Jahre nach seiner Gründung, die Produktion der Fundidora Monterrey, der bis dahin größten Stahlanlage Mexikos, zu überholen (González Chávez 2008: 219), außerdem erwirtschaftete es eine bessere Kostenbilanz und höhere Gewinne als der Privatsektor, und schaffte es, an die erste Stelle der Stahlproduzenten in ganz Lateinamerika (ebd. 217).

Mit der Übersiedlung der Administration von Monclova nach Mexiko Stadt (1971-1976), begann sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens zu verschlechtern, denn zum einen verunmöglichte die enorme geographische Distanz die Überwachung des Produktionsprozesses (Chávez Quezada 1994: 72), und zum anderen war das Stahlwesen auf internationaler Ebene in die Krise geraten.

Der Wechsel trat ein, nachdem der Präsident Luis Echevarría José Antonio Padilla Segura zum Direktor des Unternehmens ernannt hatte. Im Vergleich zu Harold Pape, der eine enge Beziehung zur Fabrik aufgebaut hatte und für den die Fähigkeit, aus wenig Mitteln möglichst viel zu machen und gut geschulte ArbeiterInnen zu haben, besonders wichtig gewesen waren, gab sich der neue Direktor mit dem Zukauf neuer Ausrüstungen zufrieden und überließ dabei die Verantwortung den Beratungsfirmen. Die bisher enge Beziehung zwischen Verwaltung und dem Produktionsprozess wurde durch die Logik eines Sechs-Jahres-Plans, der in der Hauptstadt ausgearbeitet wurde, ersetzt (Toledo; Zapata 1999 II: 175):

Im Stahlwesen braucht die Lernkurve, also die Planung und Umsetzung, viel Reifungszeit, die als solches mit der Sechs-Jahres-Mentalität mit der die Mehrheit der Direktoren, die unter politischen Gesichtspunkten ernannt wurden, unvereinbar ist. (Servando Chávez in Toledo; Zapata 1999 II: 176)

Die Übersiedelung der Verwaltung AHMSAs nach Mexiko Stadt war von dem Gedanken begleitet, alle halbstaatlichen Stahlunternehmen in der Dachorganisation SIDERMEX (Siderúrgica Mexicanas) zusammenzuschließen und somit ein zentrales Kontrollorgan zu schaffen. SIDERMEX wurde 1979 gegründet und gliederte die drei großen integrierten

Stahlunternehmen mit staatlicher Beteiligung (AHMSA, SICARTSA und Fundidora Monterrey, die kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch vom Staat gerettet wurde) und 77 weitere mit der Stahlproduktion verbundene Firmen ein. Die Gründung von SIDERMEX wurde scharf kritisiert, weil sie vielen Willkürlichkeiten unterlag. So gab es keinen gesetzlichen Rahmen, der dieses Vorgehen gedeckt hätte und im Zuge dessen zog die neue Organisation einen Großteil der Verwaltung AHMSAs für die eigene Administration ab. Auch war die Aufgabenstellung, die Stahlwerke über eine solch große geographische Distanz auszuüberwachen, beinahe ein unmögliches Unterfangen. Wobei zudem bedacht werden musste, dass jede Firma einige Filialen hatte, im Fall der Fundidora Monterrey waren dies 30 Tochterunternehmen, die alle an verschiedenen Orten angesiedelt waren:

Es gab auch keinen juristischen Rahmen, der die Existenz SIDERMEX legal abgesegnet hätte; Ihre Gründung basierte mehr auf Tatsachen, als auf rechtlichen Gegebenheiten, aus diesem Grund musste besagte Körperschaft über die personelle Verwaltungsstruktur AHMSAs, einschließlich der Benützung der Büros in Mexiko Stadt, konstituiert werden. Mit anderen Worten wurde die administrative Integration SIDERMEX auf der Basis der Konzipierung und des Verwaltungsapparats von AHMSA ausgeführt. Dasselbe passierte auf dem Gebiet der Finanzen, der Vermarktung, juridischer und technischer Aspekte usw. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass SIDERMEX nie einen eigenen Angestellten hatte, denn alles wurde über die Bilanz AHMSAs verrechnet. (Toledo; Zapata 1999 II: 292)

Es braucht dabei wohl kaum zusätzlicher Erklärungen, um zu verstehen, dass sich diese Konstellation negativ auf AHMSA auswirkte. Gleichzeitig führte die Abwesenheit der Verwaltung AHMSAs in Monclova selbst zur Vernachlässigung dessen Anlage, der Produktion allgemein und der Arbeitsbeziehungen. Jedoch ermöglichte letzter Punkt auch die Entstehung einer mächtigen Gewerkschaftsbewegung, der Línea Proletaria (proletarische Linie), die aus Sicht der Direktoren des Unternehmens Hauptschuld an dessen Niedergang hatte. Für die ArbeiterInnen brachte diese Zeit aber wichtige Verbesserungen mit sich. Es stimmte freilich, dass die installierte Leistung, u.a. wegen der häufigen Arbeitsniederlegungen, nicht ausgeschöpft wurde und dass die Finanzen, wegen der formellen Ausweitung der ArbeiterInnenschaft, die größtenteils fixe Verträge erhielten, mehr belastet wurden, dennoch wäre diese Schuldzuweisung zu einseitig. Es muss auch bedacht werden, dass sich Mitte der siebziger Jahre in verschiedenen gewerkschaftlichen

Sektoren Widerstand regte, u.a. wegen der Wirtschaftskrise, die sich in einem drastischen Abfall des Reallohns widerspiegelte. Außerdem richteten sich viele Demonstrationen gegen die politische Zwangsjacke des Ein-Parteien-Systems, die das ganze Gewerkschaftsleben bestimmte. Die Anhebung der Ausgaben für die Sozialleistungen und die Vergrößerung der Belegschaft der Sektion 147 folgten auch einem politischen Kalkül, das auf eine rasche Befriedung dieser abzielte, um so möglichst wenig politische Zugeständnisse machen zu müssen (siehe 3.5.4. Der gewerkschaftliche Widerstand in der Stahlindustrie).

Um es auf den Punkt zu bringen, verschlechterte sich die finanzielle Situation AHMSAs, sowohl wegen der bereits erwähnten Gründe, als auch wegen der Wirtschaftskrise allgemein und dem damit zusammenhängenden zurückgehenden Stahlverbrauch.

In der Folge beantragte das Unternehmen 1987 einen Kredit in Höhe von 170 Millionen Dollar bei der Weltbank, mit dem Ziel die Produktion umzustrukturieren (Toledo; Zapata 1999 II: 301). Somit begann eine Modernisierungsetappe, welche die gesamte Anlage betraf und auf die Automatisierung der Produktion ausgerichtet war, und auch ein Auswechseln der Siemens-Martin-Öfen durch Sauerstoffblaskonverter und die Installierung einer Stranggussanlage vorsah (González Chávez 2008: 189f). Im Zuge dessen sollte die Firma für die Privatisierung attraktiver gestaltet werden.

4.3.3. Die Privatisierung AHMSAs

Die Stahlkrise der 80er Jahre zeigte sich unmittelbar in dem geringeren nationalen Verbrauch, weshalb man versuchte, AbnehmerInnen auf dem internationalen Markt zu finden. Auch waren die hohen staatlichen Ausgaben im Stahlsektor nicht mehr zu halten, weshalb man zu Sanierungsprogrammen übergang, um besagte Industrie auf die Privatisierung vorzubereiten (González Chávez 2008: 245). Dieser Wechsel vollzog sich im Rahmen eines größeren politischen Wandels hin zu einer neoliberalen Politik, die gerade in Mexiko in äußerst prägender Weise von dem Präsidenten Carlos Salinas de Gortari geformt wurde.

Bevor der Verkauf AHMSAs angekündigt wurde, war ein weitreichendes Umstrukturierungsprogramm unter dem Namen „umfassendes Qualitätsmanagement“ initiiert worden (Chávez Quezada 1994: 78), das das neue Produktionsmodell des Toyotismus einführt und die Epoche des Postfordismus einläutete. Im Wesentlichen brachte dieser Wandel die Einführung neuer Technologien, die Verbesserung der Administration, einen Stellenabbau und die Modifizierung der Arbeitsbeziehungen - u.a. mittels der Überarbeitung des Kollektivvertrags - mit sich (González Chávez 2008: 279). Im Detail bedeutete dies, neben dem Ankauf moderner Maschinen, dass die Produktion einer strikteren Kontrolle unterlag:

Diese neue Arbeitsform hatte einen Wandel in der Arbeitsphilosophie, wie beispielsweise der umfassenden Qualität, zur Folge, also einer rigorosen Kontrolle aller Produktionsetappen und -phasen, ohne irgendeine Bewegung des Transformationsprozesses des Produkts außer Augen zu lassen, die Just-in-time-Praktiken, die Qualitätszirkeln, die statistische Überwachung der Prozesse usw. (González Chávez 2008: 282)

Ein anderes Element der Umstrukturierung war die Auslagerung von, an die Produktion gekoppelten Arbeiten, um so die Verwaltungskosten zu reduzieren, aber auch um Ausgaben in Form von Löhnen und Sozialleistungen einzusparen. Ein Aspekt der an letzteren Punkt gekoppelt ist, war der massive Stellenabbau, der in zwei Etappen vollzogen wurde. Zunächst wurde die Belegschaft über ein freiwilliges Pensionierungsprogramm reduziert, das es den ArbeiterInnen unter 60 Jahren, aber jenen mit 20 Dienstjahren erlaubte, in Rente zu gehen.

Auf diesem Wege wurde die Belegschaft 1988 um 680 ArbeiterInnen gekürzt (ebd. 283). Dennoch versuchte das Unternehmen noch mehr Stellen abzubauen, und kündigte 1991 4.458 gewerkschaftlich organisierte und 960 gewerkschaftslose ArbeiterInnen (ebd. 285). Eine weitere Folge des Stellenabbaus war die Reduzierung der Arbeitsabteilungen und der Lohnstufen. Von den 300 Arbeitskategorien, blieben 36 Spezialisierungen, 42 Arbeitsabteilungen und 12 Lohnstufen (ebd. 286).

Neben der massiven Stellenkürzung, brachten v.a. die im Kollektivvertrag vorgenommen Änderungen gravierende Einschnitte für die ArbeiterInnen mit sich. Dafür nützte man die Kollektivverhandlungen von 1989 aus, um Schlüsselartikel zu modifizieren. Dazu zählte die Erleichterung der Produktionssteigerung und Kostenreduktion mittels des Outsourcings (Art. 16), der Anstieg der Posten für ZeitarbeiterInnen (Art. 20), aber auch die Suspendierung von Artikeln, die gut bezahlte Sozialleistungen vorsahen, wie die Kreditvergabe und der Bau von ArbeiterInnenhäusern (Art. 195). Insgesamt wurden 35 Artikel des Kollektivvertrags der Sektion 147 reformiert (ebd. 284).

Neben den Kosteneinsparungen, die mit der Modifikation dieser Artikel bewirkt wurden, versuchte man v.a. auch die „Mentalität“ der ArbeiterInnen zu verändern (Chávez Quezada 1994: 77), weil eine anderer Arbeits- und Organisationsform in der Fabrik angestrebt wurde. Teil davon war es, die Abwesenheitszeiten der MitarbeiterInnen zu reduzieren und Qualitätszirkel zu implementieren, die aus multidisziplinären Gruppen bestehen, „die von einer Person angeleitet [werden] und so den Schichtführer [ersetzen]. Der Einheit [wird] ein Platz an der Montagestraße zugewiesen, eine Gesamtheit von Montageschritten und die Möglichkeit diese optimal zu intensivieren“ (González Chávez 2008: 282).

Die Reduktion des Personals und der Kategorien forderte von den ArbeiterInnen, die in der Fabrik blieben, eine Erweiterung ihrer Qualifikationen. Es wurde auf indirekte Weise eine verpflichtende Weiterbildung eingeführt, denn die Aufstiegsmöglichkeiten wurden von den Dienstjahren entkoppelt und an die Weiterbildung gebunden (Art. 193). Mit dieser Modifizierung wurde das damalige Arbeitsgesetz verletzt⁴⁹.

⁴⁹ Mit der Reform des Arbeitsgesetztes im Herbst 2012 wurde dieser Umstand aufgehoben. Zuvor wurden beide Faktoren (Weiterbildung, Dienstjahre) als Indikator für Aufstiegsmöglichkeiten angegeben, und im Zweifelsfall den Dienstjahren Vorzug gegeben.

Am 11. Oktober 1991 kündigte die Bank Mercantil del Norte S.N.C. den Verkauf der bis dato staatlichen Aktien AHMSAs, die zehn weitere Tochterunternehmen einschlossen, an.

Allerdings gab es nur zwei Unternehmensgruppen, die am Kauf der Firma interessiert waren, die Gruppe Industrial Alfa (vormals Grupo Monterrey und damalige Besitzerin von HYLSA) und die Gruppe Acerero del Norte (GAN), die von Xavier Autrey Maza und Alonso Ancira Elizondo angeführt wurde (González Chávez 2008: 293). Die KäuferInnen mussten Schulden in Höhe von 350 Millionen Dollar akzeptieren und sich zur Investition von 535 Millionen Dollar verpflichten, ebenso musste die Summe sofort in bar ausbezahlt werden (Chávez Quezada 1994: 80).

Schließlich erwarb die Gruppe Acerero del Norte (GAN) mit der Unterstützung der holländischen Beratungsfirma Hoogovens, die bereits den Umstrukturierungsprozess begleitet hatte, und der US-amerikanischen Firma Mission Energy Co., AHMSA um „145 Millionen Dollar in bar und einer versprochenen Investition von 498 Millionen Dollar (García Jamín 2006: 3)“.

Der Verkauf zog viel Kritik mit sich, denn in diesem Zusammenhang tauchten viele fragwürdige Aspekte auf. So wurde GAN erst wenige Tage vor Bekanntwerden des Verkaufs AHMSAs gegründet und ihre Direktoren, allen voran die Familie Ancira, hatte bisher keine Erfahrung im Stahlgeschäft, wie beispielsweise die Gruppe Alfa (González Chávez 2008: 295). Zudem war der Verkaufspreis denkbar gering:

Der Preis, den GAN für AHMSA bezahlte, stellte 10,77% des Eigenkapitals des Unternehmens dar und 7% seines Gesamtvermögens, also des Vermögens der Investoren, in diesem Fall der Regierung. Somit war der bezahlte Preis fast ein Geschenk [Simón 1994 a: 93-94]. Servando Chávez verweist darauf, dass die Firma zwischen 1990 und 1991 eine Summe von 191,7 Millionen Dollar in das Expansionsprogramm investierte [Chávez 1994: 93-94], d.h. 46,7 Millionen Dollar mehr als sie über die Privatisierung zurückbekam. Sie wurde zu einem Preis verkauft, der nicht einmal die Ausgaben, die für die Umstrukturierung und Modernisierung gemacht wurden, abdeckte. (González Chávez 2008: 293f)

Die Bevorzugung GANs stand auch in Zusammenhang mit den familiären Banden, die zwischen Alonso Ancira und dem damaligen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari bestanden⁵⁰. Jedoch bezog sich der größte Kritikpunkt auf den Verkauf des Kohlekraftwerks Río Escondido, das ebenfalls zum von GAN erworbenen Industriekomplex gehörte und Strom für die nationalen Elektrizitätswerke produzierte. Der Verkauf der Anlagen AHMSAs verletzte somit das nationale Energiegesetz (García Jamín 2006: 3):

Die Regierung verkauft das Kohlekraftwerk Río Escondido komplett mit den dazugehörigen Kohlevorkommen ohne öffentliche Ausschreibung, über direkte Zuweisung, an die Organisation Autreys. Auf diese Weise wurde der Weg zur Privatisierung der Comisión Federal de Electricidad, dessen Funktionen – Energiegewinnung und -versorgung – dem Staat vorbehalten sind, geebnet. (Ortega Pizarro 1992: 20)

Im Zuge des Ankaufs besagten Kohlekraftwerkes, setzte sich Alonso Ancira mit der US-amerikanischen Firma Mission Energy in Verbindung, um diese zur Teilhabe am Geschäft einzuladen. Über diesen Partner kam GAN zu einem Kredit von 150 Millionen Dollar, mit welchem Ancira, der selbst über keinen einzigen Dollar verfügte, den Kaufpreis für AHMSA auslegen konnte (García Jamín 2006: 3).

4.3.4. AHMSA in privaten Händen

Der Wechsel von einer protektionistischen zu einer neoliberalen Politik kam für die Stahlindustrie besonders plötzlich. Vorher hatte sich der Staat um den Verkauf der Produkte gekümmert, indem er den Wettbewerb nationaler Erzeugnisse mit internationalen Waren mittels erhöhter Einfuhrzölle zu unterbinden versuchte. Die doch recht schnelle Abschaffung des Protektionismus bedeutete somit eine große Herausforderung für die mexikanischen Stahlunternehmen. Die meisten von ihnen waren weniger wettbewerbsfähig als ihre internationalen KonkurrentInnen und sahen sich gleichzeitig dem Druck ausgesetzt, sich möglichst schnell umzustrukturieren, um den Verkauf ihrer Waren garantieren zu können. Die schnelle Marktöffnung, die vom Staat über den Beitritt zum GATT 1986 und zur NAFTA

⁵⁰ Die Frau Alonso Anciras war die Cousine der ersten Frau des Präsidenten, Cecilia Occelli (Fernández-Vega: 07.05.2013).

1994 vorangetrieben wurde, schadete der Stahlindustrie, die keine Zeit gehabt hatte, um sich dem neuen Wirtschaftsklima anzupassen:

Die Tatsache, dass die Regierung die Zölle reduzierte, ohne der Industrie Zeit zur Modernisierung gegeben zu haben, hat die Stahlbranche hart getroffen. (Sarahí Cornejo 1994: 241)

Aus Sicht der Unternehmen sind bezüglich der Marktöffnung besonders zwei Aspekte von Interesse. Erstens die Suche nach anderen Märkten im Ausland in Form des Exports und zweitens, die Konkurrenz mit ausländischen Produkten am nationalen Markt. Obwohl AHMSA versuchte, auf dem internationalen Markt Fuß zu fassen, fiel es dem Unternehmen nicht leicht, denn 1993 wurde es vom US-Handelsministerium mit Antidumpingzöllen von 49,33% belegt. Diese Politik wurde erst 2007 wieder aufgehoben. Auch Kanada belegte die Exportware AHMSAs zwischen 1997 und 2003 mit Antidumpingzöllen von 35,5% (AHMSA 2009: 50f). Umgekehrt versuchten auch die mexikanischen Stahlfirmen Druck auf die nationale Regierung auszuüben und eine Antidumpingpolitik gegen internationale Mitstreiter zu fordern. Dies wurde zwischen 1992 und 1999 auch umgesetzt (ebd.45). In diesem Zusammenhang muss bedacht werden, dass Antidumpingmethoden durchaus legale und anerkannte Mittel von Freihandelsabkommen sind, nur beweisen sie auch die enorme Kluft zwischen dem Ideal des freien Marktes und einer Realität, die mit dem Ideal niemals Schritt halten kann.

Allgemein ist zu bemerken, dass sich die Unternehmen mit dem Inkrafttreten der Freihandelsabkommen gezwungen sahen, ihre Produktions- und Verkaufsstrategie zu ändern, um wettbewerbsfähig zu sein. AHMSA traf dies besonders, denn seine Anlagen waren in den 70er und 80er Jahren vernachlässigt worden, was sich somit zu einem realen Nachteil entpuppte. Carmen López Cisneros zitiert in ihrem Artikel „AHMSA: Strategien zur umfassenden Modernisierung 1992-1998“ einen Funktionär der Firma, der über die veränderte Beziehung von Produktion und Markt spricht:

Vorher wurde verkauft, was produziert wurde, jetzt produziert man, was man verkaufen kann. (López Cisneros 2001: 131)

Nicht ganz unerwartet sind daher wohl auch die Ziele, die sich AHMSA in seinem Geschäftsplan 1992-2002 setzte:

Kostenreduktion und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, Erhöhung der Produktqualität, Konkurrieren mit niedrigeren Preisen, Verbesserung des Kundenservices, Beibehaltung der Vormachtstellung bei flachen Erzeugnissen am internen Markt, Bereitstellung eines positiven Arbeitsklimas zur Verwirklichung der Arbeiter. (ebd. 128f)

Um die Effizienz zu steigern, wurden zwischen 1992 und 1998 rund 971 Millionen Dollar investiert, v.a. um die Anlagen des Werks auf den neuesten Stand zu bringen.

Dies bezog sich sowohl auf die Stahlanlage (neuer Sauerstoffblaskonverter), die Stranggussanlage, Warmwalze (Automatisierung), Kaltwalze, wie auf die Eindämmung der Umweltverschmutzung mittels einer Kläranlage und auf andere Wartungsarbeiten (Álvarez Medina 2001: 156f). Des Weiteren bemühte man sich um die Zertifizierung der Produktion, die auf internationaler Ebene Qualitätsstandards garantieren sollte. So erhielt AHMSA die Zertifizierung ISO-9000, ISO-9002 (Qualitätsnormen), 14001 (Umweltnorm) und Q5 9000 (Automobilqualität USA) (González Chávez 2008: 304). Um die Kundenorientierung zu verbessern, kooperierte AHMSA mit Chaparral Steel, das sich um den Verkauf in den USA kümmerte (López Cisneros 2001: 140).

Die Kostenreduktion und das Preisdumping wirkten sich jedoch besonders negativ auf die ArbeiterInnenschaft aus. Neben dem massiven Stellenabbau und der Modifizierung des Kollektivvertrags, bedeutete dies eine Intensivierung des Arbeitsrhythmus, die u.a. zu längeren Arbeitszeiten und zur obligatorischen multifunktionalen Weiterbildung führten. Somit konnte Personal eingespart werden, indem ein einziger ArbeiterIn, die Tätigkeiten verschiedener übernahm. Auch die Vertragsform als solche wurde „flexibilisiert“, indem die Posten für ZeitarbeiterInnen angehoben wurden, die je nach Auftragslage schwanken können und indem Abteilungen ausgegliedert wurden. Letztgenannter Aspekt lässt sich auch an der Lohntabelle ablesen, in der offiziell noch 88 Abteilungen angeführt werden, jedoch

nur bei 32 eine Lohnerhöhung stattgefunden hat, während die übrigen teilweise sogar noch in der Währung des alten Pesos⁵¹ aufscheinen (Contrato Colectivo 147 2005-2007: 192-221). Prinzipiell ist die Situation der ArbeiterInnen der Subunternehmen weit prekärer, denn ihre Posten werden im Fall einer Krise als erstes eingespart oder sie werden mit großer Verzögerung bezahlt (González Chávez 2001: 136). Sie zählen ohne jegliche Sicherheiten, schlechter Entlohnung und tagtäglicher Ausbeutung zu den größten VerliererInnen:

Die Arbeitskraft der Subunternehmen wird unter den Bedingungen geringeren Widerstands und größerer Fügsamkeit an die Beweglichkeit für beliebig angeforderte Funktionen verwaltet, es kommt zu einer Ausweitung der Arbeitszeit, die in vielen Fällen 10 Stunden übersteigt, neben den geringen Löhnen, vereint, um unter jämmerlichen Sicherheitsvorkehrungen und ohne sozialen Schutz zu arbeiten. Zu Vorherigem fügt sich noch, dass sie Objekte von Diskriminierung, Marginalisierung und Kriminalisierung sind, wenn sie ohne Vertragsbeziehungen handeln. (González Chávez 2001: 188)

Wie im vorherigen Kapitel bereits erwähnt, war dieser radikale Wandel in der ArbeiterInnenschaft nur deshalb möglich, weil viele Angst hatten, ihren Arbeitsplatz gänzlich zu verlieren und weil neue Ideale geschaffen wurden, die sich an der Produktion und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichteten:

(...) aber es war auch notwendig eine Philosophie zu etablieren, welche die Arbeiter von der Idee überzeugen sollte, dass sie Teil der Firma sind und dass ihr eigenes Fortkommen vom Funktionieren des Werkes abhängt. (ebd. 183f)

María de Lourdes Álvarez Medina beweist, dass trotz der enormen Investitionen, die zur Modernisierung der Anlagen, zur Anhebung des Qualitätsstandards und zur Kommerzialisierung der Produkte getätigt wurden, der komparative Kostenvorteil der mexikanischen Unternehmen die billige Arbeitskraft und an zweiter Stelle die geringen Rohstoffpreise blieben. Zur Verdeutlichung führt sie eine Tabelle des Kostenvergleichs zwischen den USA, Kanada und Mexiko von 1997 an:

⁵¹ Dieser wurde nur bis 1992 geführt

Tabelle 4.2. Kostenvergleich
(Dollar pro Tonne, März 1997)

	USA	Kanada	Mexiko
Mannstunden pro Tonne Stahl	4,20	4,50	8,70
Arbeitskosten pro Stunde	37,00	30,50	10,00
Lohnkosten	155,00	136,00	87,00
Rohstoffe	141,00	144,00	117,00
Andere Materialien	177,00	176,00	173,00
Betriebskosten	472,00	456,00	377,00
Weitere finanzielle Ausgaben	38,00	37,00	57,00
Kosten vor Steuern	510,00	493,00	434,00

Quelle: Álvarez Medina, María Lourdes (2001): *Procesos productivos y cambio técnico en Altos Hornos*.

In: Rueda, Isabel (Hg.): *De la privatización a la crisis. El caso de Altos Hornos de México*. S.165

Weiters fügt sie hinzu:

Wir können aufzeigen, dass die technologische Modernisierung in dem untersuchten Zeitraum half, Kosten zu reduzieren, aber im Vergleich der Indizes mit anderen Ländern stellen wir fest, dass die Vorzüge noch immer von den geringen Löhnen und den billigen Rohstoffen bestimmt werden und nicht von der Produktivität, weshalb noch ein großer Verbesserungsspielraum besteht. (ebd. 166)

Selbst AHMSA betont die geringen Lohnkosten in seinem Jahresbericht von 2009 als seinen komparativen Kostenvorteil und äußert sich noch recht offen über die Beziehung zwischen Stellenabbau und Produktivitätssteigerung⁵²:

AHMSA gelang es mit der Reduktion des Mitarbeiterstock um rund 4.053 Arbeiter in der Zeit von 1996 bis 2009 die Produktivität zu steigern. Außerdem beliefen sich der durchschnittliche Lohn bei AHMSA und der Kostenvorteil des Stahl- und Bergbaubetriebs im Jahr 2009 auf rund 7,02 US Dollar pro Stunde, welchen AHMSA als viel niedriger als jenen der meisten nationalen und ausländischen Konkurrenten betrachtet. (AHMSA 2009: 31)

Trotz dieses angeblichen Vorteils, konnte die Produktion nicht in dem erwünschten Maße gesteigert werden, während es 1991 2,66 Mio. Tonnen Flüssigstahl produzierte, wurde dieses Volumen erst 1995 mit 3,1 Mio. Tonnen übertroffen und selbst ab diesem Zeitpunkt war die Produktionssteigerung nicht besonders erwähnenswert.

⁵² In den darauffolgenden Jahresberichten wird nicht mehr so offen auf die massiven Kündigungen eingegangen.

**Tabelle 4.3. AHMSA: Produktion von Flüssigstahl 1989-1999
(1000 Tonnen)**

Jahr	Produktion Flüssigstahl, in 1000 Tonnen
1989	2862
1990	3096
1991	2659
1992	2550
1993	2584
1994	2490
1995	3103
1996	3393
1997	3505
1998	3677
1999	3382

Quelle: AHMSA: *Reporte Anual 1997, 2002* y Chávez Quezada (1994):
Notas sobre la historia de AHMSA 1941-1992. In: Rueda, Isabel (Hg.):
Tras las huellas de la privatización. S.92

Diese Tatsache spiegelt auch die schwierige finanzielle Situation des Unternehmens wieder. Obwohl es in der ersten Phase nach der Privatisierung von 1992 bis 1994 geschafft hatte, sich zu modernisieren, sah sich AHMSA einem gesteigerten Schuldenberg gegenüber, der u.a. mit der 1994 angeordneten Abwertung des mexikanischen Pesos gegenüber dem US Dollar zu begründen ist (Simón Domínguez 2001: 195).

In der zweiten Phase von 1995 bis 1997 versuchte es sein Angebot zu erweitern und neue Märkte zu erkunden, wofür es in „das Segment höherwertiger Produkte, wie verzinkte Stahlbleche, verchromte Bleche und Drähte“ (López Cisneros 2001: 137) investierte. Dennoch hatte es wenig Erfolg, weil es den Markt nicht kannte und sich erst neue KlientInnen suchen musste, die eigentlich schon von anderen nationalen ProduzentInnen beliefert wurden, d.h. AHMSA versuchte in einen gesättigten Markt einzutreten (ebd. 139).

Da die neuen Inhaber der Firma kein eigenes Kapital hatten, mussten sie ihr Geschäft ausschließlich mit Krediten - meist von ausländischen Banken - finanzieren (ebd. 132). Die gesamte Modernisierung und Umstrukturierung wurde somit über Kredite abgedeckt. Dies beinhaltete selbstredend ein hohes Risiko für die Rückzahlung im Fall eines geringen Umsatzes und schlechter Investitionen. Die zuvor erwähnten Ausgaben in andere Stahlsegmente stellten sich als unrentabel heraus, außerdem wurde der Gewinn wegen der Abwertung des Pesos beeinträchtigt, aber der wohl größte Schlag bedeutete die Asienkrise

1997, von deren Folgen GAN sich nicht erholte. Auf internationaler Ebene summierten sich mehrere Faktoren, die schließlich zu einem Überangebot an Stahl führten, sowie zu einem Preiseinbruch (ebd. 151). Auch die anderen mexikanischen Stahlunternehmen waren von dieser Krise betroffen, aber sie brachte nur AHMSA, trotz Gewinne in Höhe von 15%, an den Rand des Ruins, denn ihm war es nicht möglich, die hohen Zinsen, bedingt durch die Auslandsverschuldung, zurückzuzahlen (Simón Domínguez 2001: 200f). Diese Schulden beliefen sich auf 2.374,5 Mio. Dollar (López Cisneros 1999: 206). Um einen Teil der Darlehen abzudecken, kündigte AHMSA 1.000 freie DienstnehmerInnen und verkaufte die erst kürzlich erworbenen Tochterunternehmen, die sich als unrentabel herauskristallisiert hatten (Simón Domínguez 2001: 202). Dennoch gelang es ihm nicht, den angehäuften Schuldenberg abzutragen und so „erhielt GAN am 24. Mai 1999 (...) den Bescheid über die Zahlungseinstellung“ (ebd.). In der Folge wurden die Aktien AHMSAs vom Markt genommen und Alonso Ancira trat als Geschäftsführer der Firma zurück.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die schwere Krise AHMSAs bis zu einem gewissen Punkt vermieden hätte werden können. Das Problem war, dass GAN keine Erfahrung im Stahlwesen hatte, das als recht zyklisches Geschäft gilt, das mit Investitionen in andere Wirtschaftssektoren auszugleichen ist (López Cisneros 1999: 207).

Außerdem bestand von Anfang an, wegen dem nicht vorhandenen Eigenkapital, eine hohe Verschuldung. Somit wurde AHMSA zu einem Beispiel für eine fehlgeschlagene Privatisierung, die schwerwiegende Folgen für die ArbeiterInnen hatte:

[Dies] offenbart den gescheiterten Privatisierungsprozess AHMSAs, indem das größte Stahlwerk des Landes an eine Industriegruppe verkauft wurde, die nicht nur ihre Unfähigkeit und Ineffizienz um dieses zu verwalten unter Beweis stellte, sondern auch das fehlende Interesse, um mit den Gewinnen überleben und auch die Schulden abzahlen zu können. (Simón Domínguez 2001: 204)

Die Geschichte AHMSAs und ihrer Odyssee durch die verworrenen Tümpel unangemessener Verwaltungsstrategien hört an dieser Stelle nicht auf, sondern steigerte sich noch zu einem höchst fragwürdigen Finale. Neben den Schulden an sich, war die Zuweisung des Geldes mehr als zweifelhaft, so waren 1.431,7 der insgesamt 2.374,5 Millionen Dollar zur Ausweitung und Modernisierung des Unternehmens bestimmt worden, 208 Millionen Dollar

um die Schulden der Zulieferer zu decken und 39 Millionen Dollar für die Bezahlung der Steuern. Die restlichen 695,8 Millionen Dollar wurden in Firmen und Güter investiert, die für den Betrieb nicht notwendig gewesen wären (López Cisneros 1999: 206). Aus diesem Grund und wegen der Unterschlagung von Steuern, verklagte das mexikanische Finanzministerium Javier Autrey, Alonso Ancira und Carlos Carredaño 2003 wegen Steuerhinterziehung. Diese flohen aus dem Land und wurden von der Interpol gesucht. 2004 wurden Autrey und Carredaño in Spanien verhaftet, während Ancira nach Israel floh, wo er sich eine Kupfermine (Aravá Mines) kaufte, obwohl die Zahlungseinstellung noch aufrecht war (Rodríguez García 2006: 39).

Die Klage wegen Steuerhinterziehung wurde jedoch fallen gelassen und Ancira kehrte nicht nur nach Mexiko zurück, sondern nahm auch wieder seinen vorherigen Posten als Geschäftsführer AHMSAs ein. Die Zahlungseinstellung, die als die längste in der Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas einging, wurde schließlich 2008 aufgehoben (AHMSA 2009: 24). Derzeit versucht AHMSA dem Konkurs abzuwenden, indem es das „Projekt Phönix“ vorantreibt und so durch Investitionen in die Modernisierung der Anlagen, ein Wachstum anregen will.

Auch auf dem internationalen Parkett weitete AHMSA zurzeit seine Wirtschaftsbeziehungen aus. So wurde im April 2013 eine Geschäftsvereinbarung mit der chinesischen Industriegruppe Xingxing Cathay International Group über die Lieferung von jährlich 10 Millionen Tonnen Eisenkonzentrat für die nächsten 20 Jahre abgeschlossen. Wie wichtig dieser Vertrag für die nationale Wirtschaft ist, beweist auch die Tatsache, dass der derzeitige mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto als Zeuge bei der Unterzeichnung auftrat (Zócalo: 10.05.2013).

4.3.5. AHMSA in der Aktualität

Wie bereits erklärt, gehört AHMSA zu Grupo Acerero del Norte (GAN), die 78,91% der Anteile am Stahlwerk hält. AHMSA selbst wiederum hat sieben Tochterfirmen, vier davon in Mexiko und drei im Ausland. Unter dem größten Tochterunternehmen – Minera del Norte (MINOSA) – sind alle sieben Bergbaufirmen zusammengeschlossen. Zu diesen zählen Minera Carbonífera Escondido (MICARE mit vier Kohlebergwerken), Minerales Monclova (MIMOSA

mit fünf Kohlebergwerken), Cerro de Mercado (CEMESA mit drei Eisenerzwerken), Unidad Hércules (zu der auch die Unidad la Perla und Unidad Manzanillo zählen mit neun Eisenerzwerken), Real del Monte und Pachuca (RDM, Gold- und Silbervorkommen), Minera el Baztán (BAZTAN mit einem Kupferbergwerk) und Mineral Magistral de Oro (MAGISTRAL, Gold- und Silbervorkommen).

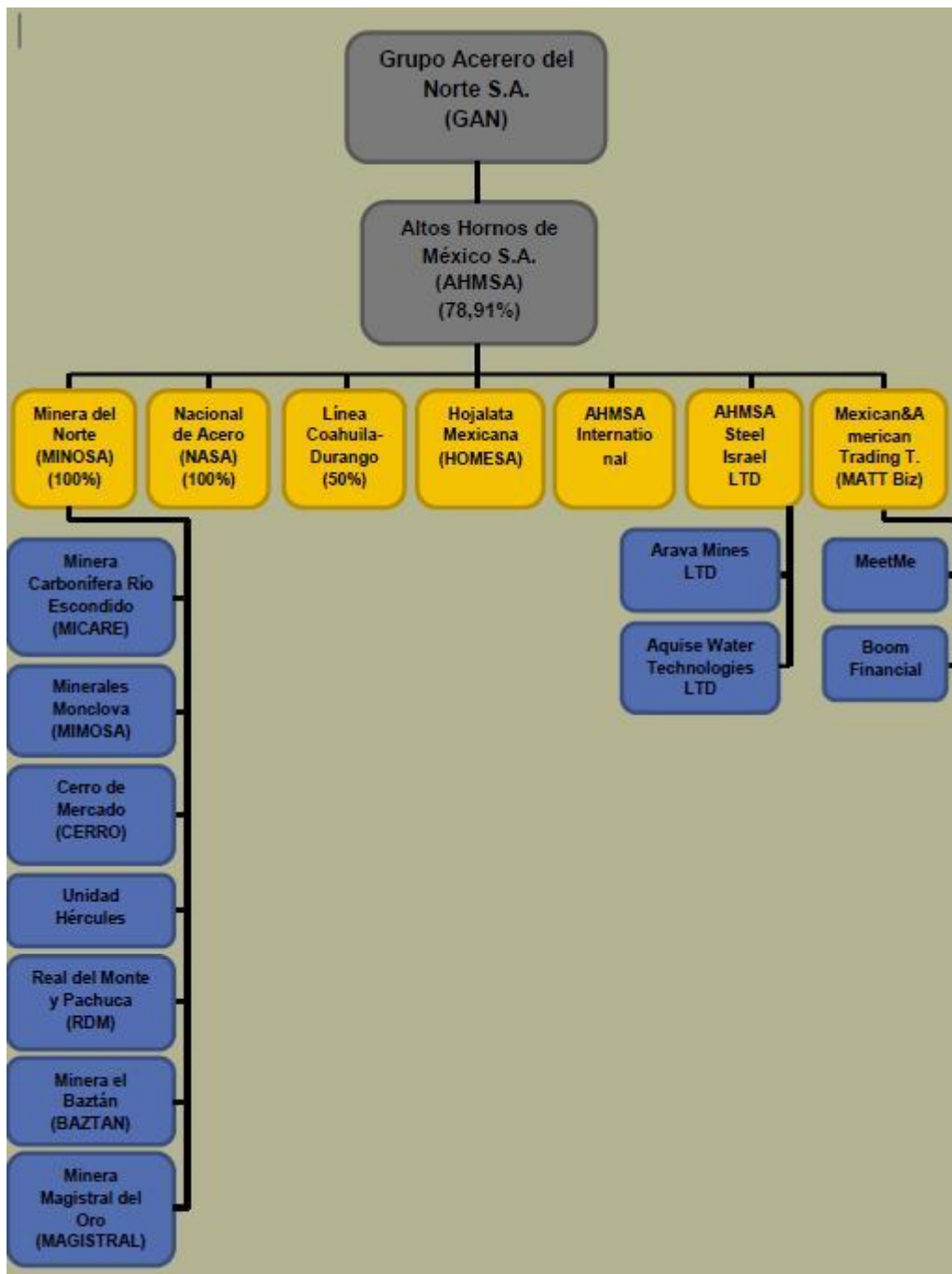
AHMSA diversifizierte in den letzten Jahren seine Produktion, um das finanzielle Risiko besser ausgleichen zu können. So wird in einigen Bergwerken MICAREs und MIMOSAs thermische Kohle gefördert, die an die staatlichen Elektrizitätswerke zur Energieerzeugung verkauft wird.

Des Weiteren vertreibt das Unternehmen seine Ware über drei Tochterunternehmen, über Nacional de Acero (NASA), Hojalata Mexicana (HOMESA) und über AHMSA International. Letztere ist auf den internationalen Vertrieb fokussiert und befindet sich in Texas.

AHMSA hält über ein Joint-Venture mit einem anderen großen mexikanischen Bergbauunternehmen, Peñoles, 50 Prozent der Aktien an der Eisenbahnstrecke Coahuila-Durango.

Schließlich besitzt AHMSA noch zwei weitere Subunternehmen im Ausland. Eine davon ist AHMSA Steel Israel, zu der eine Kupfermine in Israel (Arava Mines) und eine Anlage zur Abwasserbehandlung zählen (Aquise Water Technologies). Die zweite ist die Mexican & American Trading Together (MATT Biz), die den Mediensektor (MeetMe) und seit kurzem den Geldtransfersektor (Boom Financial) erkundet (AHMSA 2012).

Grafik 4.1. Organigramm Grupo Acerero del Norte (GAN)



Quelle: Eigene Ausarbeitung mit den Daten des Jahresberichts von 2013 (AHMSA)

Die Mehrheit der Kunden AHMSAs sind nationale Abnehmer und die Produkte werden in der weiterverarbeitenden, der Erdöl- und der Haushaltswarenindustrie, so wie im Bau- und Automobilwesen zum Einsatz gebracht. Auf dem allgemeinen nationalen Stahlmarkt war AHMSA 2013 mit 19% und auf dem nationalen Markt flacher Erzeugnisse mit 29% vertreten.

Der Prozentanteil der ins Ausland verkauften Ware ist relativ gering und schwankte in den letzten Jahren zwischen 7 und 17%, wobei das größte Abnehmerland die USA ist.

Tabelle 4.3. AHMSA. Exporte 2005-2013

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamte Ausfuhrverkäufe (1000 Tonnen)	426	276	498	285	463	422	463	390	534
Prozentualer Anteil des Exports am Gesamtumsatz	15%	10%	16%	10%	17%	13%	14%	12%	14%

Quelle: AHMSA. Jahresberichte 2008, 2009, 2012, 2013

Der Umsatz und die Gewinne sind zwar in den letzten Jahren gestiegen, jedoch sah sich auch AHMSA von der Finanzkrise von 2008, deren Auswirkungen erst 2009 zu spüren waren, betroffen. Erst 2011 hatte sich das Unternehmen wieder erholt und konnte gute Gewinne verbuchen, allerdings sind diese wieder zurückgegangen. Der eher verhaltene Nettogewinn der letzten Jahre ist dabei auf die Schuldentrückzahlung, die mit der Aufhebung der Zahlungseinstellung von 2008 begonnen hatte, und auf die neuerliche Investitionswelle zurückzuführen.

Tabelle 4.4. AHMSA. Umsatz und Gewinne 2005-2013
(Millionen Pesos)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Umsatz	23.638	25.166	27.378	35.709	26.308	33.346	40.826	39.223	36.866
Bruttogewinn	5.153	5.235	5.474	11.032	3.435	5.040	7.555	4.050	1.563
Nettogewinn	2.565	1.711	2.015	4.977	948	635	1.973	-888	389

Quelle: AHMSA. Jahresberichte 2008, 2009, 2012, 2013

Die Krise lässt sich auch an den Indikatoren der Produktionseffizienz ablesen, wie beispielsweise an der Auslastung der installierten Produktionsleistung, die bis 2008 fast vollkommen ausgeschöpft wurde, aber 2009 einen großen Einbruch erfuhr und 2011 wieder auf 100 Prozent kam. Dasselbe zeichnete sich an den Mannstunden pro Tonne ab, die 2009 6,04 betrugen und bis heute nicht das Verhältnis von 2008 erreicht haben.

Die Zahl der bei AHMSA Beschäftigten ist in den letzten Jahren angestiegen, was sich über die Expansion des Unternehmens v.a. im Bergbausektor begründen lässt, betrachtet man jedoch die Zahl der Beschäftigten (mit und ohne Gewerkschaft), die direkt in den beiden Stahlwerken in Monclova arbeiten, zeichnet sich klar der Rückgang des MitarbeiterInnenstocks ab, obwohl dieser seit 2004 wieder leicht im Steigen begriffen ist.

Der Rückgang der Mannstunden pro Tonne und der Belegschaft der beiden Stahlwerke, mit dem gleichzeitigen Produktionsanstieg (mit Ausnahme des Krisenjahrs 2008/9) beweisen sehr klar, dass das Unternehmen v.a. wegen der verstärkten Ausbeutung der Arbeitskraft (die großen technischen Erneuerungen waren Jahre zuvor ausgeführt worden) seine Position am Markt verbessern konnte.

Tabelle 4.5. AHMSA. Produktion, Mannstunden und Anzahl der Beschäftigten

	Produktion von Flüssigstahl (1000 Tonnen)	Installierte Produktionsleistung (1000 Tonnen)	Mannstunden pro Tonne	Beschäftigte AHMSA-gesamt	Beschäftigte der beiden Stahlwerke (m/o Gewerkschaft)
1999	3.382	3.800	6,12	17.199	9.052
2000	3.352	3.800	6,00	16.541	8.957
2001	3.033	3.400	6,20	15.540	7.599
2002	2.868	3.316	6,00	14.747	7.453
2003	2.868	3.316	5,54	14.151	7.358
2004	3.014	3.316	5,44	16.711	7.741
2005	3.243	3.316	5,28	17.367	7.640
2006	3.367	3.450	5,15	17.721	7.682
2007	3.523	3.523	5,00	18.584	7.721
2008	3.667	3.730	4,52	18.961	7.858
2009	2.991	3.730	6,04	19.769	7.940
2010	3.689	3.730	5,00	20.906	8.075
2011	3.805	3.805	4,55	21.314	8.256
2012	3.880	3.880	4,56	21.099	8.343
2013	4.156	4.156	4,50	21.907	8.927

Quelle: AHMSA. Jahresbericht 2004-2013

Mit der Energiereform und der Privatisierung des Energiesektors, die im Dezember 2013 bzw. August 2014 durchgeführt wurde, setzt AHMSA nun auf zusätzliche Einnahmequellen über die Vermarktung von Erdgas, das mittels des umstrittenen Hydraulic Fracturing (Fracking) gewonnen wird (AHMSA 2013).

4.4. Die Geschichte der Sektion 147

Um die Entstehung der Sektion 147 und ihre politische Entwicklung, die zu einem gewissen Zeitpunkt nationale Brisanz erreichte, zu verstehen, ist es wichtig, auch den Mobilisierungskontext zu kennen, ebenso wie die Phasen des „Gewerkschaftsfriedens“. Es ist entscheidend die Gewerkschaft an der Seite des Unternehmens, dem es sich gelegentlich entgegenstellte, zu denken, denn jeder ArbeiternehmerInnen- und ArbeitgeberInnendiskurs spielt immer auf die lokalen Erfahrungen und spezifischen Probleme der Gemeinde an. Ebenso muss die Region, in der die Sektion entstand, und deren Geschichte in Erwägung gezogen werden. Dies ist gerade im Fall Monclovas nicht unerheblich, denn die Kohleregion war von einem langen Arbeits- und Revolutionskampf geprägt, der Einfluss auf das politische Bewusstsein der ersten ArbeiterInnen AHMSAs hatte.

Ein anderer Aspekt, der die grundlegende Untersuchung der lokalen Sektion nahelegt, ist die Tatsache, dass die Bergbaugewerkschaft keinen nationalen Kollektivvertrag besitzt, sondern jede Sektion ihren eigenen ausarbeitet, der jedoch mit den lokalen und nationalen ArbeitnehmervertreterInnen und den AnwältInnen des Unternehmens ausgehandelt wird. In diesem Sinne spiegelt sich in jedem Kollektivvertrag die Geschichte der lokalen Sektion mit ihren Errungenschaften und Rückschlägen wieder.

4.4.1. Die ersten Jahre der Sektion 147

Die ersten ArbeiterInnen, die sich in Monclova ansiedelten und Teil der Belegschaft AHMSAs wurden, waren einerseits ZiegenhirtInnen der Region, die von dem relativ hohen Lohn angezogen wurden, und andererseits IndustriearbeiterInnen aus den umliegenden Städten Coahuilas (Nueva Rosita) und den angrenzenden Bundesstaaten (Chihuahua, San Luis Potosí, Zacatecas und Durango). Letztere waren bereits im Industriebetrieb geschult und übernahmen die Rolle der MeisterInnen, die den Übrigen die Handhabung der Maschinen, aber auch ihrer Rechte erklärten (Toledo 1999 I: 196f). Unter ihnen befanden sich auch GewerkschaftsführerInnen, die zuvor bei der ASARCO in Nueva Rosita gearbeitet hatten. Harold Pape wies ihnen wichtige Posten als VorarbeiterInnen und AufseherInnen zu, um so

ihre Organisationskompetenzen auszunutzen und gleichzeitig ihr politisches Potential einzubremsen, das aus seiner Sicht, dem Unternehmen zum Nachteil gereicht hätte (ebd.).

Trotz allem war die Tradition des ArbeiterInnenkampfes der umliegenden Industriezentren ein wesentlicher Faktor für die relativ frühe Eingliederung der Belegschaft AHMSAs in die nationale Bergbaugewerkschaft:

Die Organisations- und Kampftradition, die im Norden Mexikos existierte, war auch ein wichtiger Faktor, der berücksichtigt werden muss, wenn man die Gründung der Gewerkschaftsbewegung in Altos Hornos de México anspricht. Tatsächlich formten die Kämpfe der Bergarbeiter und Eisenbahner ein wichtiges Erbe, das in Monclova mit dem Beginn der Stahlproduktion zu Tage trat. Die ersten Stahlarbeiter versuchten dieser Tradition nachzueifern und sie erhielten schon sehr früh Einladungen, um sich der SITMMRM anzuschließen. (ebd. 267)

Allerdigns gab es bereits zu Beginn Probleme, denn das Unternehmen hatte schon einen Kollektivvertrag mit einer, der CTM angegliederten Gewerkschaft, abgeschlossen, die jedoch von der Mehrheit der Belegschaft als „gelbe Gewerkschaft“ abgetan wurde. Folglich brach der erste Streik aus, um die Angliederung an die SITMMRM zu fordern. Der Streik dauerte ein ganzes Jahr bis schließlich der damalige Präsidenten Ávila Camachos direkt eingriff und den Forderungen der Streikenden nachgab. Auf diesem Wege erhielt die lokale ArbeiterInnenschaft 1943 ihr Register als Sektion 147 in der SITMMRM beim Arbeitsministerium und 1944 wurde der erste Kollektivvertrag mit dem Unternehmen unterzeichnet (Rodríguez del Valle 1994: 106f).

Die Zahl der ArbeiterInnen stieg zwischen 1943 und 1949 um mehr als das Doppelte, von 1.364 auf 3.000 Personen, was natürlich Auswirkungen auf das lokale Gewerkschaftsleben hatte (Toledo 1999 I: 268f). Der erste Konflikt, der von der Sektion 147 ausging, ereignete sich 1948 als die Belegschaft täglich für eine Stunde ihre Arbeit niederlegte, um einen eigenen Speisesaal zu fordern. Das Unternehmen gab dem Ansuchen nicht statt und kündigte die Anführer (ebd.). Im gleichen Jahr ereignete sich ein anderer Konflikt, der nicht unmittelbar mit dem Arbeitgeber zu tun hatte, sondern mit einem privaten Konflikt zwischen GewerkschafterInnen und einem lokalen Kaufmann. Die Tatsache, dass die ArbeiterInnen

aus diesem Grund einen Streik ausriefen, beweist zum einen, dass dem Unternehmen auch politische Einflussnahme über den Ort zugesprochen wurde, da der Konflikt eigentlich nicht die Arbeitsbeziehungen betraf. Zum anderen ist der Verlauf des Konfliktes sehr interessant, denn entgegen der üblichen Besetzung des Werks im Streikfall, schloss diesmal der Arbeitgeber die Tore und führte die Produktion mit den eigenen FunktionärInnen und den externen ArbeiterInnen weiter. Diese hielten in den folgenden 46 Tagen in Arbeitsschichten zwischen 14 und 15 Stunden die Produktion alleine aufrecht. Der Konflikt endete mit der Kündigung der Anführer und deren späterer Wiedereinstellung und Zuweisung zu Führungspositionen (ebd. 303f).

Die ArbeiterInnen Monclovas ließen ihre Solidarität auch auf nationaler Ebene wirksam werden, als sie die Streikbewegung von Nueva Rosita, die in der bekannten Karawane des Hungers endete (siehe Kapitel 3.4.3. Die Karawane des Hungers), unterstützten (Garza 1987: 207).

In den 50er Jahren, der Dekade des „Arbeitsfriedens“, begann das Unternehmen sich zusehends in die Gewerkschaftsangelegenheiten einzumischen, um so einen für sich negativen Konflikt vorzubeugen. Im Fall AHMSAs wurde daher versucht, das lokale Exekutivkomitee der Gewerkschaft mehr und mehr von der Basis zu distanzieren und teilweise zu korrumpieren. So wurden zwischen 1954 und 1959 drei lokale Gewerkschaftssekretäre wegen der Veruntreuung von Geldern eingesperrt (Rodríguez del Valle 1994: 108), aber als die „effizienteste“ Methode erwies sich „die Teilung der Arbeiter, besonders wenn die Revision des Kollektivvertrags näher rückte, um so zu vermeiden, dass die Arbeiterinteressen weiter vorherrschten, wenn der Kollektivvertrag unterzeichnet werden sollte“ (ebd.). Ein sehr aussagekräftiges Beispiel hierfür war der Konflikt von 1958, als das nationale Exekutivkomitee (CEN) der Gewerkschaft eine Lohnerhöhung von 8 Pesos forderte, wozu es die ArbeiterInnen zu einem Streik anstachelte. Die Mehrheit der ArbeiterInnen wollte den Anweisungen nicht Folge leisten, da sie dahinter ein politisches Manöver des nationalen Gremiums vermuteten, dennoch gaben sie nach und die Sektion 147 brach in Streik aus. Wenige Tage später verkündete das nationale Exekutivkomitee eine

Erhöhung von 3,6 Pesos ausgehandelt zu haben, und im Gegenzug dafür die Überarbeitung des Kollektivvertrags für die nächsten zwei Jahre auszusetzen.

In der Sektion 147 gab es selten ein einheitliches Vorgehen, was damit zu tun hat, dass sie bereits in den 40er Jahren in zwei verschiedene Gruppen geteilt war, die „Roten“ oder „Rechten“ und die „Blauen“ oder „Linken“⁵³. Wobei in diesem Zusammenhang „rechts“ und „links“ nicht ideologisch zu verstehen ist, denn beide vertraten die offizielle Haltung der nationalen Gewerkschaft, sondern lediglich auf ihren Sitz im Versammlungsraum anspielt. Obwohl zu den Blauen, ArbeiterInnen mit mehr politischer Erfahrung gehörten, und die Roten, der Unternehmensführung besonders nahestanden, spiegelten sich diese Verschiedenheiten im Gewerkschaftsleben kaum wieder (Orive 2010: 414). Im Zuge des oben genannten Konfliktes um die Lohnerhöhung nahm jede Gruppierung eine andere Haltung ein. Die Diskrepanzen führten dazu, dass jede für sich Treffen abhielt, Flugzettel verteilte und es schließlich auch zu einer gewaltsamen Austragung der Meinungsverschiedenheiten kam, bei der ein Arbeiter sein Leben verlor. Der Konflikt wurde damit beendet, dass der lokale Generalsekretär und einige seiner AnhängerInnen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und neue Wahlen angesetzt wurden, bei denen die Gruppe der Roten, die sich bis dahin in der Opposition befunden hatte, gewann (Rodríguez del Valle 1994: 108f).

Dieser Konflikt war für die ArbeiterInnen sehr hart gewesen, während er dem Arbeitgeber und dem nationalen Exekutivkomitee in die Hände spielte, denn somit konnten beide sichergehen, dass die stetig anwachsende Sektion 147 sich nicht ihren Interessen entgegenstellte. Die Spaltung der ArbeiterInnenschaft ist eine wichtige Strategie zur Schwächung deren Interessen, die bis heute Bestand hat, sowohl auf nationaler, wie auch auf lokaler Ebene. Heute heißen diese Gruppen in Monclova nicht mehr „Rote“ und „Blaue“, sondern „Grüne“ und „Orange“, aber die Taktik bleibt dieselbe.

Nach dem erwähnten Konflikt blieb es eine Zeit lang ruhig um die Sektion 147, einerseits wegen des enttäuschenden Ausgangs des letzten Konflikts für die ArbeiterInnen,

⁵³ Die Blauen waren seit den 40er Jahren an der Macht.

andererseits, weil der Arbeitgeber eine paternalistische Unternehmenspolitik forcierte. Letztere äußerte sich in Form der Förderung von sportlichen, sozialen und kulturellen Ereignissen und der finanzielle Unterstützung zum Aufbau von ArbeiterInnenhäusern, Schulen, Altersheimen und Spitälern (ebd. 110). In den 60er Jahren war es recht still um die Gewerkschaft geworden, u.a. deshalb weil Napoleón Gómez Sada seinen Aufstieg als nationaler Generalsekretär feierte; einen Posten, den er für die nächsten 40 Jahre innehaben sollte und erst mit dem Tod abgeben musste.

Viele dieser Niederlagen dienten der Sektion 147 als wichtige Lektionen für die politisch intensive Dekade der 70er Jahre, als sich in der lokalen Gewerkschaft ein fundamentaler Wechsel abzuzeichnen begann. Dabei bleibt aber zu betonen, dass nicht nur die Gewerkschaft alleine von den ArbeiterInnenkämpfen lernte, sondern ebenso das Unternehmen. In einem Flugzettel der Sektion 147 aus dem Jahr 1981 wird herausgestrichen welche Vorteile es der Firma bringt, die Taktiken der ArbeiterInnen zu kennen:

(...) oftmals bevorzugen sie⁵⁴ während eines Streiks viel Geld zu verlieren, um nicht unseren Forderungen nachzugehen, unsere Kampfformen zu erschöpfen, uns zu entmutigen und zu besiegen. Schließlich haben sie viel Kapital, auf das sie zurückgreifen können und wenn wir nicht arbeiten, essen wir nichts, noch viel weniger, wenn der Streikfond erschöpft ist (Sektion 147 März 1981 In: Orive 2010: 476).

Der Konflikt von 1948, bei dem das Unternehmen die streikende ArbeiterInnenschaft aussperrte und mit den externen ArbeiterInnen die Produktion fortführte, schuf eine enge Verbindung zwischen diesen und der Unternehmensspitze. Es handelte sich um ein Ereignis, das nach Meinungen Einiger „den Zusammenhalt und den Teamgeist zwischen allen bei AHMSA Beschäftigten förderte“ (Quezada Chávez 1995: 287). Obwohl dieser Autor das zitierte Statement sehr allgemein verlauten lässt, bezieht es sich wohl weniger auf die streikende ArbeiterInnenschaft, die eben durch diesen Schachzug vorgeführt worden war. Die Arbeitsniederlegung, die eigentlich das größte Druckmittel der Gewerkschaft ist, konnte in diesem Fall nicht greifen und das Unternehmen hatte den Konflikt sehr klar für sich

⁵⁴

Unternehmen

gewonnen und setzte gleichzeitig die Bedingungen für dessen Beilegung fest, genauer gesagt, die Kündigung der Gewerkschaftsanführer, die es später doch wieder kooptierte.

Dieser Konflikt, ebenso wie jener von 1958 zeigen die politische Anfälligkeit der Gewerkschaft in Zeiten rund um die Kollektivverhandlungen. Wenn der Arbeitgeber nicht zu Verhandlungen bereit ist, kann die Gewerkschaft natürlich in Streik ausbrechen, aber wenn die abwehrende Haltung des Unternehmens zu überraschend kommt, oder wenn die Gewerkschaft intern gespalten ist, hat es die Belegschaft viel schwerer ihre Bedingungen für die Kollektivverhandlungen zu diktieren. Anders formuliert, befindet sie sich in einer viel schwächeren Position, die mit der angeblichen Bilateralität der Verhandlungen wenig zu tun hat. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Kollektivvertrag das wichtigste legale Instrument ist, welches die Beziehung zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen festlegt. Daher sind die Voraussetzungen, unter denen die Verhandlungen dazu stattfinden, fundamental für deren Ausgang und somit für die Beziehung zwischen Unternehmen und Gewerkschaft in der Zukunft.

4.4.2. Das Auftauchen der Línea Proletaria

Der „Gewerkschaftsfrieden“ (1958-1976) kam in den 70er Jahren mit der Gründung der Línea Proletaria (proletarische Linie) definitiv zum Erliegen. Eine Studierendengruppe der 68er Bewegung, die Brigadas Emiliano Zapata, orientierte ihr Vorgehen nach dem Massaker von Tlatelolco hin zu einer Politik der Massenbewegung maoistischen Stils, und trug dieses Gedankengut in die Indigenengemeinden in Guerrero, Oaxaca und Chiapas und in die ArbeiterInnenzentren in Durango, Monterrey, Torreón und Monclova. Adolfo Orive Bellinger⁵⁵, Initiator dieser politischen Richtung, beschreibt die Intentionen der Línea Proletaria und ihren Ursprung folgendermaßen:

⁵⁵ Die Proletarische Linie ist unmittelbar mit dem Namen Adolfo Orive Bellinger verbunden. Er studierte und unterrichtete an der wirtschaftlichen Fakultät an der UNAM und war beeinflusst vom Marxismus Charles Bettelheims, dessen Schüler er in seiner Zeit als Student in Paris gewesen war. In Mexiko gehörte er der Gruppe Torreón an, die eine Politik des Volkes (política popular) ausrief, von der sich angeblich auch Samuel Ruiz inspirieren ließ. Dennoch hatte er auch zu Raúl und Carlos Salinas de Gortari enge Verbindungen. Auch wird er in seiner Funktion als technischer Sekretär des Kabinetts zur Sozialen Entwicklung (Secretario Técnico del Gabinete de Desarrollo Social) unter dem Präsidenten Ernesto Zedillo indirekt mit dem Massaker von Acteal (Zapatistengemeinde in Chiapas) in Verbindung gebracht, das zwar nicht von ihm in Auftrag gegeben wurde, er

Damals, als die Studentenbewegung der 68er entstand, nach dem Massaker von Tlatelolco, teilten wir uns, die wir an der Studentenbewegung beteiligt gewesen waren – ich hatte damals eine Vollzeitprofessur an der UNAM – wir gingen drei verschiedene Wege. Einige integrierten sich in die Regierung, andere gingen den Weg des bewaffneten Widerstandes, mit einem starken Einfluss seitens des Kerns der kubanischen Guerilleros (...) und die dritte Richtung – also jener, der ich nicht nur angehörte, sondern die ich ins Leben gerufen hatte, war eine Strömung, die vom Maoismus inspiriert war und die darin bestand, uns ins Volk zu integrieren, denn wenn wir uns nicht unter die Leute mischten, könnten wir der Bevölkerung auch nicht helfen, dass sie ihre Entscheidungen fällen würden, und so wäre es nicht möglich gewesen, den Sozialismus aufzubauen. Der Sozialismus musste von unten nach oben konstruiert werden und nicht von oben nach unten. (Adolfo Orive: Interview vom 20.01.2012)

Aus Sicht der Führungsriege AHMSAs verschlechterten sich die Arbeitsbeziehungen ab 1971, das Jahr in dem die Verwaltung des Unternehmens wechselte und José Antonio Padilla Segura den Posten des Generaldirektors übernahm. Wie schon im vorherigen Unterkapitel erwähnt, war der Umzug der Verwaltung von Monclova nach Mexiko Stadt von fundamentaler Wichtigkeit gewesen. Nach Meinung der Unternehmensfunktionäre war somit ein Machtvakuum entstanden, das die neue ArbeiterInnenbewegung für sich nutzte (Chávez Quezada 1995: 118).

1972 gab es die ersten Annäherungen zwischen den ArbeiterInnen und der Politik der Massen, die später die Grundlage der Línea Proletaria bilden sollte. Obwohl von Seiten der Brigadisten die Sektion 147 sehr bewusst wegen der strategischen Wichtigkeit AHMSAs für die wirtschaftliche Entwicklung Mexikos ausgewählt worden war, waren die ersten Kontakte dieser als Auswärtige zu den lokalen ArbeiterInnen schwierig. Sie schwenkten den Fokus ihrer Politisierung von der ArbeiterInnenschaft auf die StadtbewohnerInnen um, die sich größtenteils überschneiden:

jedoch auf Grund seiner jahrelangen politischen Arbeit in der dortigen Region über die Bräuche und lokalen Strukturen Bescheid wusste, die es dem Militär erleichterte, einzugreifen. 2012 war er als Parlamentarier der Arbeitspartei (PT) Mitglied der Kommission, die über die Arbeitsreform abstimmte. Entgegen allen Erwartungen stimmte er nicht für die Position der Linken, sondern für jene der PAN und PRI.

Der Aufbau von Beziehungen war immer schwierig, weil wir natürlich Fremde waren. Also fing man mit Bekannten an, über die Familien lernt man immer zwei oder drei, vier, fünf Arbeiter kennen. In einer Fabrik, wie im Fall Monclovas waren es vier, die sich der ersten Brigade der Volkspolitik, Línea Proletaria, der Linie der Massen anschlossen. Für uns war es sehr schwierig Zugang zur Fabrik zu erhalten, es gab die Gewerkschaft, die wir „charro“ nannten, die Gewerkschaft war sehr, sehr stark vom Unternehmen kontrolliert. Also entschieden wir einen Terrainwechsel vorzunehmen, und statt in der Fabrik, fingen wir an in den Stadtbezirken, wo die Arbeiter wohnten, zu kämpfen. Und das erlaubte uns viel mehr Sympathien seitens der Arbeiter zu gewinnen. (Adolfo Orive: Interview vom 20.01.2012)

Ein anderer Aspekt, der den Brigadisten half sich besser mit der lokalen ArbeiterInnenschaft zu verbünden, war über die direkte Anstellung in der Fabrik, in der sie gleichfalls arbeiteten.

Die tatsächliche Politisierung fand jedoch über Lesekreise zu den Gewerkschaftskämpfen statt, wo sie lernten ihre eigene Situation mit historischen Ereignissen zu verknüpfen:

Er (Virgilio Maltos Long⁵⁶) sagt, sich zu erinnern, dass, als er sich an der Gewerkschaftspolitik beteiligte, Studienkreise abgehalten wurden zu den Arbeiterkämpfen in Cananea, Río Blanco, der Geschichte der Märtyrer von Chicago und „wir stellten uns die Aufgabe zu prüfen, was denn die Gewerkschaftsbewegung ist, seine Geschichte und Vorstellungen. Das erlaubte uns die Arbeitsbedingungen, die wir bei AHMSA hatten, zu beobachten“. (Rojas Carrizales 2005: 72)

Die Durchschlagskraft, die diese politische Richtung gewinnen konnte, hing entschieden mit der Absicht, eine Politisierung der Massen im Sinne Maos voranzutreiben, zusammen, die entgegen der Ideen Lenins, den AnführerInnen wenig Bedeutung zukommen lässt und die Macht in den Massen selbst verankert sieht. Diese Haltung traf in der Sektion 147 auf einen idealen Nährboden, jedoch war diese Politisierung erst ab 1976 sichtbar.

Noch zu Beginn der 70er Jahre bekämpften sich die Gruppe der Blauen und jene der Roten in der lokalen Gewerkschaft. Da die Blauen als etwas politisierter galten, näherte sich die Liga Flores Magón, als die erste Brigade der Stadtviertelbewegung, an diese Vereinigung an, um sich über die Ereignisse in der lokalen Gewerkschaftspolitik zu informieren. Zu diesem

⁵⁶ Einer der Anführer der Línea Proletaria

Zeitpunkt begannen auch die Flugblätter „El Talache“ der Frente Única (ebenfalls Liga Flores Magón) zu zirkulieren (Orive 2010: 419). Im Wahlkampf von 1974 zeigten die Blauen (in Opposition) die Korruption ihrer GegnerInnen auf und gewannen daraufhin die Wahlen. Trotz des Gruppenwechsels in der lokalen Gewerkschaftspolitik, kam es zu keinen Verbesserungen für die ArbeiterInnen, vielmehr das Gegenteil war der Fall. Bei den Kollektivverhandlungen von 1975 wurde der Suspendierung des Artikels 195 zugestimmt, eine der größten lokalen Errungenschaften, der den jährlichen Bau von 150 ArbeiterInnenhäusern durch das Unternehmen, und die Möglichkeit der ArbeiterInnen diese mit einem jährlichen Aufschlag von 6% Zinsen, käuflich zu erwerben, vorsieht (Garza 1987: 217f).

In der Folge gewann die Línea Proletaria besonders in den Randbezirken mehr Zulauf und es wurde die Gruppe „1. Mai“ gegründet mit Weiß als Identifikationsfarbe. In der Sektion 147 griff diese Gruppe 1. Mai die Blauen direkt an, woraufhin sie von der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden (Orive 2010: 421). Die Gruppe der Weißen (Línea Proletaria) traf sich regelmäßig, um über ihre Probleme zu diskutieren, mit denen sie sich tagtäglich in der Arbeit konfrontiert sahen. Die ArbeiterInnen selbst suchten dabei nach möglichen Lösungen und überließen diese Aufgabe nicht ihren Anführern. Da die ursprüngliche Politisierung in den Stadtvierteln über die Wohnsituation stattgefunden hatte, stieß die Suspendierung des Artikels 195 auf große negative Resonanz, jedoch war die verweigerte Gewinnbeteiligung seitens des Unternehmens, der Stein des Anstoßes, der die Gruppe zum direkten Eingreifen anspornte. Sie besetzen das Gewerkschaftsgebäude der Sektion 147, nachdem die Blauen ihr Vorgehen nicht rechtfertigen wollten, und forderte Neuwahlen (Garza 1987: 217). Bei diesen Wahlen gewann die Gruppe 1. Mai (Weiße) mit einer überragenden Mehrheit von 73,4% (Rodríguez del Valle 1994: 120).

Die Weißen brachen mit dem nationalen Exekutivkomitee der Bergbaugewerkschaft nachdem sie die Korruption ihrer VorgängerInnen anzeigten, die jedoch von den nationalen Anführern verteidigt wurden. Wenige Tage später kam die interne Überwachungsbehörde (Consejo General de Vigilancia y Justicia) der nationalen Gewerkschaft in Begleitung von einem 150 Mann starken Schlägertrupp, um eine außerordentliche Versammlung

einzuberufen, aus der die Repräsentanten der Línea Proletaria ausgeschlossen werden sollten. Diese Gruppierung genoss jedoch schon einen derart großen Rückhalt in der lokalen ArbeiterInnenschaft, dass sie den Repräsentanten der nationalen Gewerkschaft den Zutritt zum Gewerkschaftsgebäude verweigerten (Garza 1987: 219f).

Der darauffolgende Akt ereignete sich zu Beginn des Jahres 1977 als die Gruppe 1. Mai die Korruption, die in der lokalen Lebensmittelkooperative, welche von der vormaligen Gewerkschaftselite betrieben worden war, zur Anzeige brachte. Diese hatte, um Beweise zu vernichten, kurzerhand ein Feuer im Archiv gelegt. In einer Generalversammlung wurde eine Kommission bestimmt, die mit den vormaligen Anführern reden sollte, jedoch wurde sie auf ihrem Weg zur Kooperative von einem Kugelhagel empfangen. Zwei der Kommissionäre verstarben und die übrigen ergriffen einen ihrer Gegner, den sie zu Tode prügeln (ebd. 220). Aus diesem Grund wurde die Lebensmittelkooperative für ein Jahr geschlossen.

Im März 1977 standen erneut Kollektivverhandlungen an und in diesem Zusammenhang konnte die Línea Proletaria einen ihrer größten Erfolge feiern. Das Unternehmen bot eine Lohnerhöhung von 10% an und dauerhafte Arbeitsstellen für 1.500 ZeitarbeiterInnen, sowie den Bau von 150 Häusern, forderte jedoch im Gegenzug, dass der Kollektivvertrag nicht überarbeitet werde. Diese Verbesserungen waren durchaus positiv, jedoch verlangte die Gewerkschaft, dass sie und andere Modifizierungen im Kollektivvertrag festgehalten werden sollten. Da es sich um sehr wichtige Errungenschaften handelte, ist es durchaus Wert die genauen Forderungen anzuführen:

Die Hauptforderungen der Arbeiter bestanden aus den folgenden Punkten:

- 1, dass den Zeitarbeitern, die seit einem Jahr oder länger in der Anlage gearbeitet hatten, eine fixe Anstellung zugesichert werde. Diesbezüglich verwies die Gewerkschaft darauf, dass es Zeitarbeiter in der Firma gab, die über 20 Jahre dort gearbeitet hatten;
- 2, man forderte, dass keine Arbeiten außerhalb des Werkes ausgeführt werden, die auch intern erledigt werden könnten. Die Gewerkschaft argumentierte, dass das Unternehmen dies in exzessiver Weise praktizierte, und dann die erstellten Produkte zu überhöhten Preisen zurückkaufte. Die Arbeiter argumentierten, dass viele dieser Arbeiten in Werkstätten ausgeführt wurden, deren Eigentümer, mittlere und höhere Funktionäre bei AHMSA waren;

- 3, man forderte, dass im Kollektivvertrag die jährliche Errichtung von 150 Arbeiterhäusern über das Unternehmen oder INFONAVIT vereinbart werde, ebenso wie die Anhebung des Treuhandkontos für die Errichtung der Häuser um fünf Millionen Pesos;
- 4, es wurden weitere Leistungen, von geringerer Wichtigkeit gefordert, wie die Anhebung des Weihnachtsgeldes usw. (García Márquez 1989: 113)

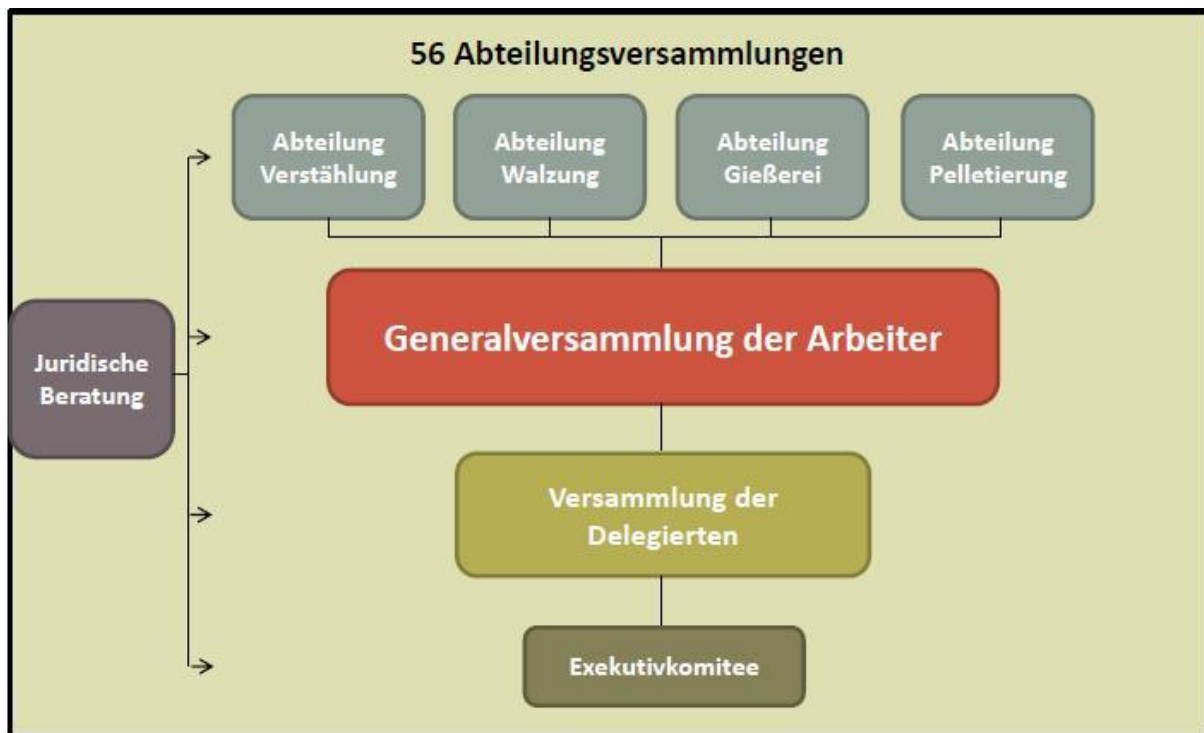
Da das Unternehmen diese Forderungen nicht akzeptierte, brach die Sektion 147 für sieben Tage in Streik aus, bis AHMSA nachgab. Die Modifizierungen des Kollektivvertrags bezogen sich nicht zufälligerweise auf dieselben Artikel, die mit der Privatisierung geändert bzw. suspendiert wurden, denn mit ihnen war es möglich geworden, die Macht der Gewerkschaft zu steigern, v.a. über den Mitgliedererwerb der vormaligen ZeitarbeiterInnen. Außerdem wurde so das Outsourcing, mit der sich einige Führungskräfte nochmals einen Extrapbonus verschafft hatten, jedoch die ArbeiterInnen ohne legalen Schutz ließen und schlechter bezahlten, zurückgedrängt. Auf diese Weise schaffte es die lokale ArbeiterInnenschaft, zur landesweit größten Sektion zu werden mit insgesamt 14.000 Mitgliedern.

Dieser Streik hatte nicht nur erhebliche Verbesserungen für die ArbeiterInnen mit sich gebracht, sondern trug auch zur Entstehung einer neuen internen Organisationsform bei, die nach Abteilungen aufgegliedert wurde. Dort wurde in Kleingruppen gearbeitet, was auch eine erhöhte Partizipation und verstärkte Politisierung mit sich brachte:

Während dieser Bewegung begann man ein neues Schema der internen Arbeiterorganisation in der Fabrik zu erschaffen, um eine Arbeitermacht zu konstituieren, die der neuen Gewerkschaftspolitik Rückhalt geben sollte. Jetzt beteiligten sich die Arbeiter an den Entscheidungen viel bewusster, von ihren Abteilungen aus, über ihre Delegierten und in den Generalversammlungen. Dass der Streik von unten aus, von den „kleinen“ Versammlungen, in diesem Fall der Arbeitsabteilungen aus, organisiert wurde, garantierte ihnen, dass sie, die Arbeiter der Basis, es waren, welche die Streikbewegung vorantrieben und eben nicht ihre Anführer. (Orive 2010: 431)

Die Abteilungsorganisation rief ein neues Entscheidungsfindungsschema ins Leben, das Adolfo Orive im folgenden Organigramm zusammenfasst:

Grafik 4.2. Struktur der Sektion 147 in Monclova



Quelle: Orive (2010). Poder Popular. México D.F., Siglo XXI, 473.

Gleichzeitig handelte es sich um eine Politik, welche die reale Macht der ArbeiterInnenschaft in Monclova stetig ansteigen ließ. Orive beschreibt die Errungenschaften der Kollektivverhandlungen von 1977 als eine Zielsetzung, die eigentlich ein Vorwand für den Kampf um viel größere Ziele war (ebd. 430).

Auch die zweite Sektion AHMSAS (288), die mit der Inbetriebnahme des Werkes 2 im Jahr 1976 ins Leben gerufen wurde, begann 1978 mit der Línea Proletaria zu sympathisieren und die Sektion 147 zu unterstützen. Selbst die ArbeiterInnen mit freiem Dienstvertrag folgten dem Beispiel der Sektion 147 und forderten ebenfalls eine gewerkschaftliche Vertretung und einen Kollektivvertrag. Der daraus resultierende Konflikt gestaltete sich kompliziert, sie schafften es zwar nicht, sich der SNTMMSRM anzuschließen, jedoch der CTM (Rodríguez del Valle 1994: 123f). Obwohl politische immer viel auf dem Spiel stand, denn mehr als einmal wurden über 1000 ArbeiterInnen gekündigt, war die aufsteigende Macht der lokalen Gewerkschaft zusehends spürbar. Die Línea Proletaria genoß einen großen Rückhalt in der lokalen Bevölkerung, nicht zuletzt deshalb, weil sich ihre Lebenssituation um vieles

verbesserte. Jedoch gab es auch Personen, die mit dem Vorgehen der Gewerkschaft nicht einverstanden waren, allen voran die Führungsriege des Unternehmens.

So wurden die VertreterInnen des Unternehmens und ihre korrupten Machenschaften im darauffolgenden Jahr Zielscheibe der Angriffe der Sektion 147. Sie verteilten die Konzessionen für die Baufirmen unter sich, welche Arbeiten in der Fabrik verrichteten und für deren Dienste sie wiederum exorbitante Summen kassierten (García Márquez 1989: 150). Der Produktionsrückgang in den 70er und 80er Jahren, der angeblich durch die häufigen Streikbewegungen verursacht worden war, diente später als Argument gegen die ArbeiterInnenschaft. Dieser wurde zur Last gelegt, das Unternehmen in die Krise manövriert zu haben. Angesichts der Tatsache, dass auch die VertreterInnen des Unternehmens das Ihrige beigetragen hatten, um die Firma in den Ruin zu treiben, ist das Argument nicht mehr vollständig haltbar. Dennoch galt die überzogene Korruption, die innerhalb AHMSAs sehr wohl ein Problem darstellte, als Hauptgrund für die Favorisierung der Privatisierung des Stahlwerks, was teilweise sogar von der ArbeiterInnenschaft gewollt war.

Im selben Jahr wurde Felipe Valdez als Generalsekretär wiedergewählt, was eine Verletzung der Statuten bedeutete. Auch wenn seine Wiederwahl von der Basis gewollt war, bedeutete sie dennoch eine Gesetzeswidrigkeit (ebd. 152), die dem nationalen Exekutivkomitee als Argument diente, um die Repräsentanten der Sektion 147 aus der Zwanzigsten Konvention, dem höchsten Organ der nationalen Bergbaugewerkschaft, auszuschließen. Angesichts der Tatsache, dass der nationale Gewerkschaftssekretär im Ganzen 40 Jahre lang im Amt war, war diese Begründung äußerst fadenscheinig, sie diente aber als Vorwand, um die Línea Proletaria zu schwächen und ihr ihre Grenzen aufzuzeigen, denn innerhalb der Gewerkschaft war sie zur stärksten oppositionellen Bewegung herangewachsen, welche die Macht der nationalen Führungsriege tatsächlich in Frage stellte. So folgten auch die meisten größeren Sektionen ihrem Beispiel, wie die Sektion 271 (SICARTSA) und die Sektionen 67 und 68 (Fundidora Monterrey). Kommissionäre der Sektion 147 unterstützten Letztere in ihren politischen Vorhaben, und halfen ihnen beispielsweise bei der Überarbeitung von Kollektivverträgen (Orive 2010: 449).

Das Bild, das die nationalen Gewerkschaftsführer und der ihr unterstehenden Sektionen, von der Línea Proletaria in der Öffentlichkeit zeichnete, war besonders negativ, sie wurden als Separatisten abgetan, die keine Skrupel zeigte die Statuten zu verletzen. Sie stellten sich sogar als Opfer des gewaltsamen Vorgehens der Anführer der Sektion 147 dar:

Das nationale Exekutivkomitee und jetzt die Zwanzigste Ordentliche Konvention halten dem Ansturm der radikalen Sektierer stand, die im Rahmen einer demagogischen Position, Unzufriedenheit und Anarchie im Bergbausystem stiften wollen. Allen ist die unheilvolle Aktivität, die von den Anführern der Sektion 147 angestrengt und vorhergesagt wird, bekannt, die sich basierend auf viel Druck an die Spitze selbiger stellen konnten, und es genügt daran zu erinnern, dass wegen der Statutenverletzungen die Mitglieder unseres Rates (Überwachungsbehörde), bevor sie überhaupt zur Versammlung kamen, angegriffen und brutal zusammengeschlagen wurden⁵⁷. (Comité Ejecutivo Nacional in Rojas Carrizales 2005: 31)

Aus Sicht der offiziellen Gewerkschaftsbewegung war die Línea Proletaria bereits zu einer systemschädigenden Bedrohung herangewachsen, die zwar ihre Stärke auf lokaler Ebene zeigte, also innerhalb der einzelnen Sektionen, wo über konkrete Probleme diskutiert wurde, die jedoch im ganzen Land Bekanntheit erlangte und zur Nachahmung einlud. Im Vergleich zu anderen linken Strömungen, versuchte die Línea Proletaria niemals die Reihen der nationalen Bergbaugewerkschaft zu verlassen, wohlwissend, dass ihre Stärke auf lokaler Ebene lag. Dies beinhaltete aber auch die interne Struktur, der doch recht autoritären ArbeitnehmerInnenvertretung zu akzeptieren, aber wegen der Ideologie der Politik der Massen, wurde den nationalen Anführern wenig Bedeutung zugemessen. Auch darf die Solidarität zwischen den Sektionen nicht unterschätzt werden, die einen durchaus wichtigen politischen Druck aufbauen konnten:

Der konkrete, pragmatische und unideologische Charakter ihrer taktischen Planung steht nicht nur im Widerspruch zu den Positionen der PSUM⁵⁸-MSR⁵⁹ für die Arbeiterbewegung, sondern

⁵⁷ In diesem Zitat wird dabei auf den Vorfall, als die Weißen das Gewerkschaftsgebäude besetzten und dieses gegen die Angehörigen der Überwachungsbehörde verteidigten, angespielt.

⁵⁸ Sozialistische Partei Mexikos: Partido Socialista Unificado de México.

⁵⁹ Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung: Movimiento Sindical Revolucionario.

macht aus der Línea Proletaria vielleicht die tiefgehendste Oppositionsbewegung, die in den nationalen Industriegewerkschaften existiert. (Bizberg 1983: 352)

Es kam natürlich auch zu Meinungsverschiedenheiten mit anderen linken Standpunkten, aber ein Teil der Strategie der Línea Proletaria bestand darin, diese Konflikte im Inneren der Bewegung auszutragen, um den Antagonismus nicht zu groß werden zu lassen, der ihre Position hätte schwächen können (Orive 2010: 446).

Das Problem mit dem Nationalen Exekutivausschuss wurde schließlich über lokale Neuwahlen gelöst, in denen wiederum die Vertreter der Línea Proletaria gewannen.

Der nächstfolgende politische Akt in der Sektion 147 war die Angleichung der Entgelttabelle. Zwischen 1977 und 1979 wurde eine Vergleichsstudie über die Löhne und die entsprechenden Arbeitsposten gemäß der Entgelttabelle und der tatsächlich verrichteten Arbeiten gemacht. In diesem Zusammenhang wurden viele Unregelmäßigkeiten ans Licht gebracht, beispielsweise verrichteten HilfsarbeiterInnen beinahe dieselbe Arbeit wie ihre Vorgesetzten, verdienten aber viel weniger. Auch wurde klar, dass viele Beschäftigte Arbeiten durchführten, die nicht in ihren Aufgabenbereich gemäß Lohnkategorie fielen, und in vielen Fällen handelte es sich dabei um neuartige Betätigungen, die mit der Modernisierung der Anlage angefallen waren und noch immer nicht Eingang in die Entgelttabelle gefunden hatten (ebd. 434f). Im Wesentlichen wurde versucht, die extremen internen Ungleichheiten anzupassen, denn sie bewirkten eine starke Hierarchie und gefährdeten die Einheit zwischen den ArbeiterInnen. Mit Hilfe dieser Maßnahmen sollte eine Demokratisierung vorangetrieben werden. Außerdem ging es darum, die Belegschaft anwachsen zu lassen. Das Unternehmen stimmte den ausgearbeiteten Vorschlägen nicht zu, was die Gewerkschaft mit einem Bummelstreik beantwortete und so schließlich die Lohnangleichung erwirkte (ebd. 440).

Zur tatsächlichen politischen Konfrontation kam es 1980, als eine Lohnsteigerung von 25 Prozent gefordert wurde. Dabei handelte es sich um ein unmögliches Unterfangen, denn 1977 war eine Lohnobergrenze von maximal 20 Prozent festgesetzt worden. Es ging nun

darum, die von der Regierung diktierte Arbeitspolitik aufzubrechen. Die lokale Mobilisierung fand vor dem Kontext eines sehr aufgewühlten, politischen Klimas statt, denn die jährliche Inflation war erheblich und landesweit forderte eine Reihe von Gewerkschaften eine angemessene Lohnerhöhung, so auch die ArbeiterInnen in Monclova und in der umliegenden Kohleregion (ebd. 457f). Die Sektion 147 rief den Streik aus und steigerte den Druck, in dem die ArbeiterInnen (StadtbewohnerInnen) aufhörten die Gemeindeabgaben für Strom, Telefon, Mieten usw. zu zahlen, mit der Absicht das vorhandene Geld alleinig für den Streikfond und den Kauf von Lebensmitteln zu verwenden. Obwohl sich die Mehrheit der ArbeiterInnen und auch der Stadtbevölkerung am Streik beteiligte, darf die finanzielle Schwäche einer Gewerkschaft zu Streikzeiten nicht unterschätzt werden. Wenn der Arbeitgeber nicht verhandlungsbereit ist, so wie in diesem Fall, befindet sich die Gewerkschaft in einem Wettlauf mit der Zeit, weil der Streikfond nur für einige Wochen ausreicht. AHMSA ließ sich auf keine Verhandlungen mehr ein und die lokale Sektion hatte auch keine Unterstützung vom nationalen Exekutivkomitee. Als der Streikfond nach 32 Tagen dem Ende zugeing, musste die Gewerkschaft den Vorschlag des Unternehmens annehmen, der einen Lohnanstieg von 20 Prozent und einen Anstieg der Zusatzleistungen um fünf Prozent vorsah. Als der lokale Generalsekretär diesen Vorschlag vor einer Versammlung von 10.000 ArbeiterInnen verkündete, wurde dieser ausgepiffen und viele von ihnen wollten den „Kampf bis zum Tod“ weiterführen, um sich nicht der Lächerlichkeit preiszugeben (García Márquez 1989: 207f).

Bei diesem Konflikt handelte es sich nicht nur um eine Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber, sondern auch mit der Regierung, was selbstredend ein politisches Eskalationspotential in sich trug, denn es wurde das System als solches herausgefordert. Zwar stellten die Forderungen für den Staat keine große Bedrohung dar, aber ein autoritär korporatistisches System ist weniger tolerant gegenüber Ansprüchen seitens seiner Interessensgruppen, weil es auf sie angewiesen ist, sich jedoch weigert, Macht abzugeben. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Unternehmen den Forderungen der ArbeiterInnen nicht nachging, aber die Erinnerungen an diese Bewegung sind noch sehr lebendig. So erzählte ein interviewter Arbeiter die Ereignisse mit seinen Worten:

Mit dem Streik den wir zu Ende gebracht hatten fühlten wir uns überlegen (...) und wir traten erneut in Streik wegen der Überarbeitung scheint's der Lohntabelle oder des Kollektivvertrags. (...) Wir sagten: „Wir werden die Gehaltsobergrenze brechen!“ weil gerade das Mindestgehalt erhöht worden war. Also sagten wir: „Wir werden die Gehaltsobergrenze brechen!“ Und ich erinnere mich, als ob es heute wäre, dass der Generalsekretär, Felipe Valdez sagte: „Ob mit oder ohne Streik, die Gehaltsobergrenze werden wir nicht brechen können“. Er hatte es uns vorausgesagt, aber verrückt wie wir waren, wir hatten ja gerade den vorherigen Streik gewonnen: „Wir treten in Streik!“ (...) Die nächste Woche verging und wir hatten noch immer keine Informationen. Die dritte Woche und es gab keine weiteren Informationen und die Gewerkschaft sagte uns: „Vom Streikfond bleibt uns nur noch genügend für die nächste Woche übrig. Streiken wir weiter oder gehen wir arbeiten?“ Wir hielten die vier Wochen durch und nach den vier Wochen sagten wir: „Wir gehen arbeiten.“ (...) Also, wie ich dir gesagt habe, es war eine Spinnerei der Arbeiter. Ich hatte das verstanden, obwohl ich nicht viel darüber wusste. Ich verstand es, nachdem der Generalsekretär es gesagt hatte, es handelte sich um die G-E-H-A-L-T-S-O-B-E-R-G-R-E-N-Z-E, da ist der Präsident dahinter! Die Regierung, also die Mindestlohn-Kommission sagt hier: „das ist die Obergrenze und niemand kann sie brechen!“ Wir waren gegen die Regierung, 14.000 Arbeiter, das konnten wir nicht. Ich verstand es so. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

In den Kollektivverhandlungen von 1981 entschieden die ArbeiterInnen in Etappen vorzugehen, indem Forderungspakete mit unterschiedlicher Gewichtung geschnürt wurden, die im Laufe mehrerer Monate verhandelt wurden. Wie in den vorherigen Fällen, hatte AHMSA wenig Interesse daran, diese zu erfüllen und die Sektion entschied Druck über einen Bummelstreik aufzubauen, dem das Unternehmen schließlich nachgab (Orive 2010: 468). Während dieser Verhandlungen entschied man auch eine Studie über die Gesundheitssituation der ArbeiterInnen durchzuführen.

Das Resultat war, dass die Arbeitsbedingungen die Gesundheit der Beschäftigten erheblich beeinträchtigte und daher vorgeschlagen wurde, die Dienstzeiten auf 40 Stunden⁶⁰ wöchentlich zu verkürzen. Bis heute ist die Gesundheits- und Sicherheitsfrage in der Stahlindustrie und im Bergbau eine der problematischsten, aber der Arbeitgeber zog an dieser Stelle einen Schlusstrich, denn der Vorschlag hätte die Neuanstellung von 5.500 weiteren ArbeiterInnen bedeutet (ebd. 481), was die Macht der lokalen Sektion zusätzlich

⁶⁰ Die gesetzliche Arbeitswoche umfasst in Mexiko 48 Stunden.

erhöht hätte. Die Regierung war ebenfalls nicht mehr bereit dem Vorgehen der Línea Proletaria zuzusehen, und das Exekutivkomitee der nationalen Gewerkschaft schloss einige lokale Anführer aus ihrer Organisation aus.

Die Bewegung verlor schließlich an Durchschlagskraft, als nach der Wirtschaftskrise eine Sparpolitik beschlossen wurde.

Der größte Erfolg, den diese Bewegung auszeichnete, war ihre Verwurzelung in der ArbeiterInnenmasse, worin sie sich von anderen linken Richtungen unterschied, die den Anführern größere Wichtigkeit einräumten. Gemäß ihren Vorstellungen wäre eine zu schnelle Übernahme des Staates mittels einer Revolution wenig sinnvoll gewesen, wenn das Volk nicht darauf vorbereitet war, weil so niemals die unterdrückerische Struktur verändert hätten werden können. Aus diesem Grund konnten die Gewerkschaftsführer bestenfalls eine „Orientierung“ geben (Bizberg 1989: 100), im Idealfall ohne in einer Entscheidungsposition zu sitzen, denn die tatsächliche Macht sollte bei den ArbeiterInnen liegen. Letztere mussten vorbereitet sein und die politische Bewusstseinsbildung fand über die Analyse der eigenen Arbeitssituation innerhalb und außerhalb der Fabrik statt:

Für die Línea Proletaria begünstigte die Übernahme des Staates keineswegs die Arbeitermassen, wenn es nicht die entsprechende Struktur gäbe, die es ihnen ermöglichen sollte, Entscheidungen zu treffen. Es ist offensichtlich, wie wichtig für diese Strömung die gewerkschaftliche Bildung der Arbeiterbasis war und die Konsolidierung einer Organisation, in der sie größtmöglichen Kontakt zu den Entscheidungen hatten. (Bizberg 1989: 96f)

Ilán Bizberg zitiert in diesem Zusammenhang eine Aussage der Sektion 147, in der die Zielsetzungen des „verlängerten Kampfes“ (lucha prolongada), der für diese Strömung bezeichnend ist, dargelegt werden:

Unsere Kampfform ist der verlängerte populäre Kampf, das heißt, den Feind Schritt für Schritt bezwingen, ihm Finger für Finger abschneiden, im Fall der Gewerkschaft, dem Charrismus Sektion für Sektion wegzunehmen ... Wir unterscheiden uns von den selbsternannten Linken, die vorschlagen voreilige Aktionen und direkte Zusammenstöße mit dem Feind durchzuführen, und dabei den Niedergang der Bewegungen bewirken, und von den Reformisten, die erwarten, dass die Veränderung von selbst kommt. (Sektion 147 In: Bizberg 1989: 97)

Die Bewegung erfüllte freilich nicht immer, was sie versprach. So wurde die Zusammenarbeit mit politischen Parteien ausgeschlossen, jedoch kandidierte einer ihrer Anführer, Felipe Valdez, als Parlamentsabgeordneter für die PRI (Orive 2010: 477). Auch war seine Wiederwahl als lokaler Generalsekretär keineswegs vereinbar mit dem Ideal der „Orientierung“ durch eine Führungspersönlichkeit.

Dennoch beschreibt die Línea Proletaria eine starke Gewerkschaftsbewegung, die es geschafft hatte, den ArbeiterInnen Raum zur Interpretation und Reflexion über ihre Bedürfnisse zu geben, und eine wichtige Grundlage war, um sich als politische Subjekte zu konstituieren und ihre Meinungen kund zu tun:

So wurde die Bildung autonomer und bewusster Bürger geschaffen, die sich – indem Meinungen geäußert, diskutiert und entschieden wurden - an der Lösung ihrer Probleme, größtenteils aus dem Arbeitsumfeld, beteiligten. Es war die informelle Übung einer partizipativen Demokratie, die gleichzeitig die Arbeitermacht steigerte: Die Basis fällte Entscheidungen und arbeitete folglich an der Lösung ihrer Probleme, und sie war nicht nur Unterstützer und Objekt der Entscheidungen und Handlungen der Gewerkschaftsführer. (Orive 2010: 501)

4.4.3. Der Fall der Línea Proletaria und der Weg zur Privatisierung

Die Macht der Línea Proletaria wurde mit dem radikalen Wechsel in der Arbeitspolitik, die unter der Präsidentschaft Miguel de la Madrids durchgeführt wurde und mit der Schuldenkrise von 1982 ihren Ausgang nahm, gebrochen. Der Direktor von SIDERMEX, Miguel Alessio Robles, sprach sich für die Notwendigkeit eines Wandels in der Arbeitspolitik aus und forderte eine „moralische Erneuerung“, die letztendlich zur Modifizierung des Kollektivvertrags führte, womit eine effizientere Produktion gesichert, und über kurz oder lang ein erneuter wirtschaftlicher Aufstieg des Landes erwirkt werden sollte. Das Exekutivkomitee der nationalen Bergbaugewerkschaft befürwortete das Vorhaben Miguel Alessios, während sich die Sektion 147 dagegen stellte. Napoleón Gómez Sada unterstützte aktiv die damalige Opposition besagter Sektion, die den Modifizierungen zustimmte, während die Línea Proletaria noch einen Dialog mit den Unternehmensdirektoren anstrebte, der einen Tag später abgebrochen wurde (Rodríguez del Valle 1994: 126f). Sie war zwar

bereit über eine Produktionssteigerung zu diskutieren, für die sogar Vorschläge, basierend auf den alltäglichen Erfahrungen der ArbeiterInnenschaft, eingebracht wurden, aber das Unternehmen beabsichtigte nicht die Produktionssteigerung alleine, sondern eine Reduktion der Kosten und des gewerkschaftlichen Einflusses, die mit einem beträchtlichen Stellenabbau einhergehen sollten (Orive 2010: 488f). Die Ausrichtung der Línea Proletaria war schlichtweg nicht vereinbar mit dieser Politik und ihr Verschwinden war folglich ein zentrales Ziel der Regierung, der nationalen Gewerkschaft und des Unternehmens. Sie sollte mittels der Heraufbeschwörung einer internen Spaltung, über massive Kündigungswellen und Korruption geschwächt werden. Virgilio Maltos Long, der damalige Generalsekretär der Sektion 147, kommentierte die Ereignisse, die der ArbeiterInnenbewegung den Garaus machen sollte, folgendermaßen:

(...) basierend auf den Befürchtungen der Regierung, gab es eine Zusammenkunft wichtiger Entscheidungsträger, und koste es was es wolle, ging es darum uns verschwinden zu lassen. Da wir der Brennpunkt, sogar auf nationaler Ebene waren, ging es darum, mit dem Kopf, der eben wir waren, anzufangen. (...). Dann begannen so richtig stark die Repressionen. Nicht? (...) Sie fingen mit mir an, dass sie mich als Anführer hinauswarfen. Mir fehlten 60 Tage, um meine Amtsperiode zu beenden. Also nahmen sie mir meinen Posten weg, wegen einem angeblichen Übergriff auf einen Kollegen, den ich geschlagen hätte. Von Seiten der Nationalen bestraften sie mich mit den Statuten, fünf Jahre ohne gewerkschaftliche Rechte und mein Posten. (...) Dann, als sie es nicht über Bestechung, also Korruption schafften, boten sie mir das Bürgermeisteramt an mit dem ganzen Geld, das ich für die Kampagne gebraucht hätte, einen nationalen Parlamentssitz, einen lokalen Parlamentssitz oder was auch immer ich gewollte hätte. (...) Als sie es so nicht schafften, kam eine wichtige Etappe, im Inneren, die starken Sachen zwischen all den Kollegen, die sie statuarisch bestraft hatten und die, die sie gekündigt hatten. (Virgilio Maltos Long: Interview vom 17.05.2011)

Einige der Gewerkschaftsvertreter der Línea Proletaria akzeptierten die Posten, die ihnen in der Politik über die PRI angeboten worden waren, was zu einer internen Spaltung führte, die von ihren GegnerInnen sehnlichst erwartet worden war. Die Belegschaft hingegen duldet dieses Vorgehen der Regierung und des Unternehmens nicht und rief einen Abteilungsstreik aus. Diesen nahm der Arbeitgeber zum Anlass, um 1.200 Beschäftigte zu kündigen. Obwohl die Wiedereinstellung der Mehrheit dieser ArbeiterInnen nach langwierigen Verhandlungen

erreicht wurde, blieben 57 von ihnen ohne Beschäftigung, meist Funktionäre und gewerkschaftliche Kommissäre (Rodríguez del Valle 1994: 128). Auf diese Weise wurde, einmal mehr eine Gewerkschaftsbewegung „geköpft“. Auch wenn die Línea Proletaria betonte, dass die eigentliche Macht bei der Masse lag und die Anführer nur von sekundärer Wichtigkeit waren, bezeugt dieses Vorgehen, dass die Realität anders aussah:

Es war alles ein Plan der Regierung, des Innenministeriums, Napoleón Gómez Sadas, der Firma und der Unternehmer und der lokalen Regierung. Die ganzen Machtträger! (...) und ich erinnere mich, dass Farell (Arsenio Farell Cubillas), der damals Arbeitsminister war, sich fein herausmachte und sich besonders gut gab, indem er tausend und noch ein paar wiedereinstellten, aber 57 ohne Arbeit ließ. (...) Aber wir machten ihm auch zu schaffen. Und dann sagte dieser wortwörtlich: „Scheißkerl, du wirst uns Verrecken nicht wieder reinkommen, Scheißkerl!“ Also habe ich sie, starrköpfig wie sie alle waren, auch auf sehr höfliche Weise zum Teufel geschickt. (...) Und so war es, wie sie auch anfangen uns zu köpfen, wir wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und sie begannen die Leute, die protestieren wollten, einzuschüchtern und der Generalsekretär, der mich ersetzte war dort für 60 Tage, denn danach hörte meine Amtsperiode auf. Dann haben wir einen anderen Kollegen eingesetzt und der war es, der uns verriet. (Virgilio Maltos Long: Interview vom 17.05.2011)

Die Línea Proletaria wurde außerdem über eine paternalistisch ausgerichtete Firmenpolitik zurück gedrängt, indem das Unternehmen sehr schnell Lösungen für die vorhandenen Probleme anbot, um der Gewerkschaft zuvorzukommen und um ausartende Diskussionen zu verhindern. Das Ende der Bewegung zeichnete sich mit der Bestechung des neu gewählten Generalsekretärs der Sektion 147 ab, der schließlich auch die Gewerkschafter, die keine Anstellung mehr erhielten, ihrem Schicksal überließ.

Dabei ist zu erwähnen, dass damals politische Kündigungen keine Seltenheit waren, aber für gewöhnlich unterstützte die lokale Sektion diese KollegInnen weiterhin, die wiederum der Gewerkschaft beratend zur Seite standen. In diesem Fall war die Grundlage für eine interne Spaltung geschaffen worden, welche die Bewegung entscheidend schwächte. Als dieser Generalsekretär seine Amtszeit 1986 beendete, übergab er seinen Posten der Gruppe der Blauen, womit das Ende der Línea Proletaria definitiv besiegelt war. 1990 übernahm derselbe Gewerkschafter erneut einen Posten im lokalen Exekutivkomitee, jedoch unter Führung der Gruppe der Braunen, die er selbst gegründet hatte, und von der sich die Gruppe

der Orangen, die heute die Opposition bilden, abspaltete. Ebenso wurde unter seiner Amtszeit die massive Kündigungswelle abgesegnet (Orive 2010: 492f).

Der oben zitierte lokale Generalsekretär Virgilio Maltos Long fühlte sich noch der politischen Ausrichtung der Línea Proletaria verpflichtet, jedoch nicht sein Nachfolger. Seine fehlende Loyalität gegenüber den ArbeiterInneninteressen beweist, dass die Línea Proletaria es nicht geschafft hatte, alle auf gleiche Weise vorzubereiten, um die Auswirkungen der neuen Arbeitspolitik kollektiv abzufedern. Seine Rechtfertigung für den Stellenabbau und die Modifizierung des Kollektivvertrags bringen eine Überzeugung zu Tage, die aufgrund der wirtschaftlichen Krise einen ideologischen Wandel für notwendig befand:

Es musste geändert werden. Bis 1984 hatten die Arbeiter die Krise nicht kommen sehen, die die wegen der Modernisierung, des Überangebots und der starken Konkurrenz schon unter Druck stehende Stahlindustrie gefangen halten sollte; diese Unvorsichtigkeit führte schließlich zwei Jahre später zur definitiven und totalen Schließung der Fundidora Monterrey (...). Es bestand also die Notwendigkeit sich zu ändern und eine andere Gewerkschaftsphilosophie einzufädeln, aber das verstand die Mehrheit der Arbeiter nicht. (Hernández Puente in Rojas Carrizales 2005: 108)

Allgemein führte die Krise zu einer großen Unsicherheit, aber die Línea Proletaria hatte darauf reagiert und Vorschläge zur Produktionssteigerung eingebracht, die sich eben auf die Erfahrungen der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz stützten. Die Absicht, mit der Krise einen gleichzeitigen ideologischen Wandel in den Arbeitsbeziehungen einzuführen, kam dabei sehr deutlich zum Vorschein. Deshalb sticht die konträre Haltung der beiden lokalen Generalsekretäre besonders hervor, die beide ihre politische Bildung über die Línea Proletaria erfuhren. Dass die Korruption ein wichtiges Mittel darstellte, um diesen Wandel zu vollziehen, ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen.

Die konkreten Diskussionen und Prozesse, die hinter diesem „Verrat“ standen, waren für den Großteil der ArbeiterInnen nicht durchschaubar, auch wenn sie natürlich von den Kündigungen und der allgemeinen Haltung des Unternehmens unterrichtet waren. Sie bekamen den Niedergang der Línea Proletaria, v.a. über die Auswirkungen, die direkt am Arbeitsplatz sichtbar waren, mit:

(...) ein Bruder eines Kollegen, mit dem ich immer in derselben Schicht war, über Jahre gemeinsam, nur er und ich während der Nachtschicht. Nicht nur mit ihm alleine, sondern auch in der Línea, waren er und ich gemeinsam. (...) Er erzählte mir Dinge und ich sah es auch, deshalb wurde viel erzählt, dass die Línea Proletaria nur persönliche Interessen verfolgte. Dieser Kollege, ein Arbeiter, der auch Funktionär war, brachte eine eigene Firma mit Stomper LKWs heraus, die er innerhalb Altos Hornos arbeiten ließ. Ungefähr 6 LKWs, ich weiß nicht mehr wie viele es waren. Als Gewerkschaftsfunktionär, woher den bitte? Er hatte doch den gleichen Lohn wie wir und auf einmal kann er sich 6 LKWs leisten (...). Er verkaufte das Recht der Arbeiter AHMSAs. (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011)

Es ist wichtig, den veränderten nationalen Kontext hin zu einer neoliberalen Politik, die keinen starken ArbeiterInnensektor tolerierte, mitzudenken, um die Auflösung einer politischen Bewegung im Ausmaß der Línea Proletaria zu verstehen. Außerdem war die Distanz zwischen den Funktionären und der Basis nie ganz aufgehoben worden, auch wenn diese nicht das Ausmaß des Charrismus aufwies, so gab es dennoch eine Spaltung, die mit der Korruption einiger Anführer die Auflösung der gesamten politischen Bewegung vom Zaun brechen konnte. Das beweist, dass die wirklich starken Verhandlungen im kleinen Kreis ohne die ArbeiterInnenbasis abliefen.

Das politische Klima änderte sich schlagartig mit dem neoliberalen Schub, der in Mexiko die Handschrift Carlos Salinas de Gortaris trug. Ein essentieller Bestandteil davon war die Privatisierung der halbstaatlichen Unternehmen, wobei die Gewerkschaften zum größten Hindernis deklariert wurden. Wie schon im vorherigen Unterkapitel erwähnt, brachte diese Veränderung auch einen technologischen Wandel, eine effizientere Verwaltung, einen Stellenabbau und die Reformierung des Kollektivvertrags mit sich. Zu letzteren zählten die Maßnahmen, die das Fernbleiben von der Arbeit reduzieren sollten, die Öffnung wirtschaftlicher Räume innerhalb der Fabrik für Dritte, und die Implementierung einer rechtlichen Basis für die Aufstockung der ZeitarbeiterInnenposten und die verpflichtende Weiterbildung⁶¹. Die Privatisierung betreffend sind aus Sicht der ArbeiterInnen besonders zwei Aspekte zu betonen, einerseits die Veränderungen am Arbeitsplatz selbst, und

⁶¹ Wie zuvor ausgeführt, wurde zwischen der Sektion 147 und AHMSA ein Abkommen geschlossen, das den internen Aufstieg an die Weiterbildung koppelte, und nicht mehr an die Dienstjahre. Anders ausgedrückt, will einE ArbeiterIn mehr verdienen, muss er/sie sich weiterbilden.

andererseits der Verlust des Arbeitsplatzes für jene, die von der Kündigungswelle erfasst wurden. Zu ersteren zählen sowohl die Umgestaltung der Arbeitsumgebung in Form der Modernisierung, der Gründung von Qualitätszirkeln, einer effizienteren Administration usw., als auch ein ideologischer Wandel in der ArbeiterInnenschaft. Dabei wurden Elemente der traditionellen Identifikation mit AHMSA aufgenommen und in den internationalen Kontext eingebettet, der als höchst konkurrenzorientiert und feindlich dargestellt wurde.

Der Arbeitsverlust hingegen zog ebenfalls weite Kreise, so wirkte er sich verheerend auf die ArbeiterInnenfamilien, deren Sozialleben und das Gemeinschaftsleben als solches aus. Ein interviewter Arbeiter fasste seine Eindrücke über die Privatisierung wie folgt zusammen:

Vorher gab es keine Kurse, sie fingen an uns auszubilden, uns Kurse zu den Modernisierungen zu geben, alte Maschinen wurden ausgemustert, sogar jungen Leuten wurde die Möglichkeit geboten, zu arbeiten. Und es kamen einige Veränderungen, Veränderungen, wenn nicht streng, so doch plötzlich, weil auch die Arbeitspolitik modifiziert wurde, weil es vorher für die Arbeiter viele Möglichkeiten gegeben hatte, um weg zu bleiben, für Erlaubnisse, für die Abwesenheit. (...) Also veränderten sich die Politik und auch die Gewohnheiten der Arbeiter. Der Arbeitsbeginn und das –ende wurden besser kontrolliert. Also fing alles an, sich zu verändern. Und als eine Folge davon auch, die Personaleinsparungen. (Arbeiter 3: Interview vom 19.11.2010)

Auch wenn die Privatisierung „plötzliche Veränderungen“ mit sich brachte, ist die Wahrnehmung der ArbeiterInnen vom Unternehmen in privatem Eigentum durchwegs positiv. Dies erklärt sich u.a. mit den schnellen Veränderungen im alltäglichen Arbeitsleben, also im Arbeitsrhythmus und in einer anderen Arbeitsorganisation, die von den Beschäftigten auf ihre Weise interpretiert werden, aber eben auch über die Weiterbildungskurse, die neben der Aneignung von Zusatzqualifikationen auch auf Fragen von Sicherheit und Qualitätsmanagement zugemünzt sind (González 2008: 279) und eine andere Denkweise seitens der ArbeiterInnenschaft bezwecken.

Zu den Veränderungen, die direkt am Arbeitsplatz sichtbar waren, zählten die Modernisierung bestimmter Einrichtungen, wie beispielsweise der Eintritt über Zugangscodes und nicht mehr über Stechuhren (was auch eine genauere Überwachung der MitarbeiterInnen bedeutete) (Arbeiter 4: Interview vom 15.05.2011) oder die Erneuerung

der Büros und Werkstätten, ebenso wie die Automatisierung der Produktion (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011).

Andere Veränderungen bezogen sich auf die Kategorien, die die Gehaltsstufen festlegten und nun zu allgemeineren (Lohn)niveaus zusammengefasst wurden. Dabei wurden die Anstrengungen der Línea Proletaria, die Arbeiten genau zu definieren und gerechtere Bezahlungen für die geleisteten Schritte festzusetzen, rückgängig gemacht und dem Unternehmen erneut größere Freiheiten eingeräumt. Mit der Privatisierung wurden die genauen Definitionen der Tätigkeiten, die die Kategorien beschrieben, aufgehoben und auf sechs verschiedene Niveaus aufgeteilt. Diese Verallgemeinerung führte, wie in früheren Zeiten, zu Problemen mit den Gehaltsstufen, die bis heute nicht respektiert werden.

Mit der Privatisierung und dem veränderten wirtschaftlichen Kontext ging es auch darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auf internationaler Ebene zu steigern, neben den bereits erwähnten Aspekten, zählte dazu auch die Steigerung der Produktqualität. Diese wurde mit der Verleihung von Qualitätsnormen vorangetrieben, die eine Standardisierung der Produkte vorsah, aber auch auf die Wahrnehmung der Beschäftigten bezüglich ihres eigenen Arbeitsbeitrags gerichtet war. Der Herstellungsprozess, der nun schneller und mit weniger Schwierigkeiten von statten ging, wurde als eine positive Veränderung wahrgenommen, die nicht nur zum quantitativen, sondern auch zum qualitativen Anstieg der Produktion beitrug:

(...) auch die Qualität der Arbeiter (...) Wieso? Weil wir mehr arbeiten. Wieso? Weil von uns eine höhere Produktivität gefordert wird. (...) Zum Beispiel, sagen wir, die Bestückung einer Walze geht sehr schnell, der Wechsel der Walzen geht im Flug, weil viel Personal da ist. Der Wechsel der Walzen dauert normalerweise eine Zeit, weil der Meister und sein Gehilfe diese losmachen und aufhängen müssen. So nicht, einige sind hier und machen sie los und andere dort, das ist sehr schnell. Das ist ein Teil, der uns zu Gute kam. (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011)

Diese Politiken stehen im Gegensatz zu den Erfahrungen AHMSAs als halbstaatliches Unternehmen. Damals wurden die Anlagen nicht erneuert und die Funktionäre des Unternehmens und der Gewerkschaft bedienten sich nach Belieben an den Gewinnen der

Firma. Dies taten sie in einer recht freizügigen Weise, so als ob es sich um eine Vermögensquelle handelte, die vom Staat erhalten wurde, um sich individuell daran zu bereichern. Aus Sicht der ArbeiterInnen der Sektion 147 war AHMSA vor der Privatisierung höchst korrupt, und der Verkauf an Privatpersonen zügelte diese Situation, weil die Fabrik einer anderen Produktionslogik unterworfen wurde. Der Gedanke der staatlichen Beteiligung an der Herstellung strategischer Güter war damit ins Gegenteil verkehrt worden, d.h. die Importsubstitutionspolitik, die eigentlich zum Wachstum der Nation beitragen sollte, wurde zum Nährboden für die Korruption. Das Konzept der staatlichen Beteiligung war Rechtfertigungsgrundlage für die persönliche Bereicherung jener Personen, die wichtige politische Positionen inne hatten, denn sie repräsentierten ja den Willen der Nation, obwohl ihnen diese Posten meist aus einem politischen Kalkül heraus zugeschachert worden waren, nicht über Wahlen. Gleichzeitig wurden oppositionelle Strömungen als Gegner der Nation abgestempelt, die man zu kooptieren versuchte, was wiederum die politische Klasse anwachsen ließ. Anders formuliert, wurde der politische Wille über die nationalen Reichtümer erkaufte:

Zu jener Zeit als der Regierung die Führungskräfte nicht ausgingen, die sie damals als administratives Personal [bei AHMSA] hatten. Sie gingen ihnen nicht aus, weil sie es nicht wollten. Das heißt, es gab viel Plünderung, viel Diebstahl an der Nation, aber da es sich um dieselben Personen handelte, konnte man auch keine Anklage erheben (...) Es wurde viel geplündert, weit über den Gehaltsauszahlungen, aus demselben Grund, weil sie nur Leute wollten, die der damaligen Regierung und der Gewerkschaft nahe standen, damit die Leute, wie man so schön sagt, nicht die Waffen erheben. (Arbeiter 5: Interview vom 16.05.2011)

Gut, als sie privatisiert wurde, waren die Unternehmen für die Regierung eine Last, aber auf eine andere Weise gesehen, für uns, als Arbeiter, was wir dort beobachteten, war die Korruption, die den Wandel ausmachte, wegen der Einmischung der Regierung. Die Regierung bemerkte das, sie erwarb Nominees, um sie zu kaufen, eigentlich wissen viele, dass AHMSA einem Ex-Präsidenten⁶² gehört. (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

⁶² Es wird dabei auf die Beziehung Alonso Anciras zum Ex-Präsidenten Carlos Salinas de Gortari angespielt.

Obwohl unter der Belegschaft die Meinung vorherrscht, dass die Korruption innerhalb AHMSAs als privates Unternehmen zurückgegangen ist, ist dem nicht notwendigerweise so, viel mehr findet sie auf einem für die ArbeiterInnen weniger sichtbarem Niveau statt. Beispielsweise war der ganze Verkauf AHMSAs samt allen finanziellen Ungereimtheiten (siehe Kapitel 4.3.3. Die Privatisierung AHMSAs) eine für die ArbeiterInnenschaft wenig zugängliche Information. Auch ist die Ausgliederung von Arbeitsschritten eine nach wie vor übliche Praxis, mit der lokale UnternehmerInnen gutes Geld verdienen, allerdings wurde diese über externe Abkommen mit der Gewerkschaft legalisiert.

Einerseits gibt es einen Widerspruch zwischen der Korruption zu Zeiten AHMSAs als halbstaatliches und privates Unternehmen, wobei letzteres aus Sicht der Beschäftigten ihre Arbeit mehr schätzt, weil sie zum Aufstieg der Firma beitragen, an dem letztendlich alle über die Gewinnbeteiligung teilhaben. Andererseits ist der Gedanke, am Wachstum AHMSAs beteiligt zu sein und diese auf internationalem Niveau zu einer höchst wettbewerbsfähigen Firma zu machen, nicht so sehr verschieden vom Zugang der 50er und 60er Jahre, als die Belegschaft das Stahlwerk, das nur mit gebrauchten Maschinen arbeitete, zu einer der größten Fabriken ganz Lateinamerikas machte. Anders ausgedrückt, bedient sich das Unternehmen an einem vergangenen Stolz, der dem aktuellen Kontext angepasst wird:

Allgemein sprechend, ist AHMSA für mich eine sehr wichtige Beschäftigungsquelle für die, die wir dort arbeiten, weil wir nicht nur dem Land, sondern der Welt einen Dienst leisten. Warum? Weil das, was wir produzieren überall hinreist. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Wie zuvor schon erwähnt, gibt es noch einen zusätzlichen Aspekt, der das positive Image des Unternehmens in privater Hand fördern soll, die Weiterbildungen. Die Kurse zu Sicherheitsmaßnahmen, die alle sechs Monate stattfinden und obligatorisch sind, weisen nicht nur sicherheitsspezifische Inhalte auf. Der Raum, den die Weiterbildung schafft, wird auch ausgenutzt, um bestimmte Werte und Haltungen zu übermitteln, die die Verpflichtung der ArbeiterInnen gegenüber dem Unternehmen anheben soll, es also zu einer gewissen Ideologisierung kommt. Der Belegschaft wird also nur der positive Aspekt, dass sie durch ihre couragierte Mitarbeit dem Arbeitgeber zu einer international wettbewerbsfähigen Firma machen können, präsentiert. Somit wird ein Gefühl des Stolzes geschaffen, d.h. sich an

diesem wichtigen Prozess beteiligen zu können, wobei die Opfer, die dafür gebracht werden müssen, ignoriert oder minimiert werden und die ArbeiterInnen auf sehr unmoralische Weise herausgefordert werden, und an ihren Kampfgeist appelliert wird:

Na ja, die Trainings des Unternehmens sind vorwiegend zu Gunsten des Unternehmens, gemeinsam mit dem Arbeiter. Weil der Arbeiter Verantwortung übernehmen soll, basierend auf den Kursen, also, das Unternehmen wäscht sich die Hände und sagt: „Wir haben dich ausgebildet!“ – Ich sehe das so – „Ich habe dich ausgebildet, damit du deine Arbeit besser erfüllst, damit die Arbeiten besser sind, mit einer höheren Qualität.“ Von dieser Seite versucht das Unternehmen Nutzen und einen Vorteil aus dem Arbeiter für sich zu gewinnen, entsprechend der Trainings, die sie ihm geben. Wofür nützt es ihm? Zum Beispiel im Fall der Sicherheit. Bei der letzten Fortbildung, die sie uns in der Abteilung gaben, kam eine Anwältin, die uns einige Videos von einem Jugendlichen zeigte, der an den Extremitäten verstümmelt war, er hatte nur den Rumpf, keine Arme und keine Beine, und dieser ist sogar Student, arbeitet, schwimmt im Schwimmbad, er alleine macht sich das Essen. Er bewegt sich innerhalb des Hauses mit einem Wägelchen mit dem er in den ersten Stock fährt (...). Also sie setzten uns das Beispiel einer Person vor, die keine Extremitäten hat, aber noch viel mehr, sie fordern uns heraus mit einem Beispiel, also eines Menschen mit Behinderung, also sie fordern uns heraus, die wir noch komplett sind. Was sagt das Unternehmen? „Gut, ich gebe euch das Beispiel dieser Personen, die viele Sachen machen, wieso könnt ihr das nicht, die ihr noch komplett seid?“ Ich sage, von dieser Seite her ist das schon gut, es ist schon gut, was sie uns sagen, aber das ist alles zum Nutzen des Unternehmens. (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011)

Üblicherweise machen die ArbeiterInnen bei den Sicherheitstrainings auch Simulationen ihres Arbeitsvorgangs, außerdem müssen sie Rechenübungen vorführen (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011). Auch wenn somit die Qualifikation der ArbeiterInnen sichergestellt bzw. gehoben wird, versucht der Arbeitgeber sehr wohl auch die Fortschritte jedes/r einzelnen/r Beschäftigten zu überwachen. In heiklen Situationen kann dies Auswirkungen zeigen, beispielsweise wenn es um die Beförderung geht, und die Qualifikation über den Dienstjahren steht. Dabei werden nicht selten ZeitarbeiterInnen bevorzugt (Arbeiter 4: Interview vom 15.05.2011). Dies bedeutet aber eine Verletzung des Kollektivvertrag, der mit einem externen Abkommen mit der Sektion 147 umgangen wurde. Gleichzeitig gelten diese Kurse nach außen hin als ein Beweis für das Engagement des Unternehmens, um die Sicherheitssituation der ArbeiterInnen zu verbessern. Allerdings sieht

die Realität am Arbeitsplatz, wo diese Maßnahmen implementiert werden sollen, anders aus. Der Arbeitsdruck und die Logik des Produktionsverfahrens unterscheiden sich erheblich von der Trainingssituation:

Sie zeigen dir Grundkenntnisse. Sie reden fünf Minuten über die Sicherheit, aber sie implementieren das nicht. (Arbeiter 6: Interview vom 16.05.2011)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Privatisierung AHMSAs für sich genommen von den ArbeiterInnen positiv gesehen wird, weil die Vernetzung zwischen Politik, Unternehmen und Gewerkschaft in Zeiten der Importsubstitution die Korruption exponentiell in die Höhe trieb, und die ArbeiterInnen mit einem zu undurchdringlichen Machtblock konfrontiert waren, der jede Handlung gegen das Unternehmen oder die Gewerkschaftsspitze schnell zu einem höchst politischen Akt gerinnen ließ, der meist mit Repression beantwortet wurde. Diese Problematik steigerte sich mit der Verlagerung der Administration in die Hauptstadt und der Gründung von SIDERMEX. Trotz des Verkaufs der Stahlanlage an ein Privatunternehmen, bedeutet dies nicht, dass gewisse hierarchische Traditionen und Beziehungen zur Politik verschwunden wären, sie sind nur weniger sichtbar geworden.

Das positive Bild, das die ArbeiterInnen von AHMSA als Privatunternehmen haben, integriert auch Elemente des lokalen Stolzes, die auf die Zeiten Harold Papes⁶³ zurückgehen und verknüpft sie mit dem aktuellen Konzept der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, über die die Belegschaft in den Fortbildungskursen lernen. Obwohl vom Unternehmen das Gefühl des Stolzes, für eine international wettbewerbsfähige Firma arbeiten zu dürfen, bewusst geschürt wird, stützen die Daten diese Haltung nicht. Der Prozentsatz der ins Ausland verkauften Produktion schwankte in den letzten fünf Jahren zwischen 10 und 17% (AHMSA 2012), und beim Ranking der wichtigsten Stahlproduzenten weltweit, erreichte AHMSA

⁶³ Von den ArbeiterInnen wird oft fälschlicherweise angenommen, dass AHMSA unter der Administration Harold Papes in privater Hand war.

2010⁶⁴ den 44. Platz, wobei die Fabrik 1987, als sie sich noch in öffentlicher Hand befand, auf Platz 38⁶⁵ war (worldsteel: 22.05.2013).

Die Wahrnehmung AHMSAs als höchst korruptes Unternehmen seitens der ArbeiterInnenschaft wurde auch zu einem wichtigen Argument, um auf die erzielten Errungenschaften im Arbeitsrecht freiwillig zu verzichten.

Die Repressionen gegen die Línea Proletaria, die interne Spaltung und die Bestechung einiger Gewerkschaftsführer schwächte die Bewegung entscheidend, aber die Tatsache, die die Unterwerfung der ArbeiterInnen unter die neoliberale Doktrin besiegelte, war die drohende Schließung des Werks, das sich bereits in der Krise befand. Dies war ein durchaus reales Szenario, denn wenige Jahre zuvor (1986) war die Fundidora Monterrey, eines der wichtigsten und traditionsreichsten Stahlwerke Mexikos, geschlossen worden. Mit der Schließung dieses Unternehmens wurden 12.500 ArbeiterInnen der Sektionen 67 und 68 arbeitslos, die beide Teil der Línea Proletaria gewesen waren. Aus demselben Grund wurde auch vermutet, dass der Konkurs einem politischen Kalkül folgte, um der politisierten Belegschaft den Handlungsrahmen wegzunehmen (González 2008: 251).

Diese Schließung zeigte als Drohbeispiel große Wirkung in der Sektion 147, denn im Fall des Bankrotts AHMSAs, wäre Monclova beinahe entvölkert worden, denn 80 Prozent der lokalen Wirtschaft hängt direkt oder indirekt vom Stahlwerk ab, und bei einer Schließung sieht sich die Bevölkerungsmehrheit zur Migration gezwungen.

Wie schon im Kapitel 3 angeschnitten, ist die Schließung eines Werks und die spätere Wiedereröffnung eine bekannte Arbeitgeberstrategie, die man in der Literatur als „lockout“ bezeichnet (Sariego 1988b: 160). Der Arbeitsplatzverlust wirkt sich unmittelbar auf den Lebensstandard aus, besonders dann, wenn keine alternativen Einkommensquellen

⁶⁴ Seit 2011 werden in der Statistik von Worldsteel nur noch die ersten 40 Unternehmen angeführt, unter denen AHMSA nicht rangiert.

⁶⁵ Der internationale Stahlmarkt hat sich in den letzten Jahren extrem verändert. Gerade die 90er Jahre bedeuteten ein wichtiger Scheideweg, zum einen drang die Produktion der vormals sowjetischen Länder auf den internationalen Markt, ebenso wie die Produktion in Asien exponentiell anstieg, allen voran in China und Indien. Deshalb hat AHMSA heute nicht mehr die Wichtigkeit, die es noch in den 80er Jahren hatte, besonders die Stahlkrise machte ihm schwer zu schaffen. Die Konkurrenz ist dahingegen stärker geworden.

vorhanden sind, was bei der Enklave oft der Fall ist, zudem, dass es keine Arbeitslosenversicherung⁶⁶ gibt. Aus diesem Grund ist es verständlich, dass viele ArbeiterInnen schwerwiegende Einschnitte ihrer Rechte akzeptieren, denn diese sind noch immer besser als keine Arbeit zu haben. Die Schließung eines Werks oder einer Mine bedeutet dabei aber mehr, denn es geht auch die ArbeiterInnentradition und das Organisationswissen verloren, weil sich die ArbeiterInnen genötigt sehen, zu migrieren, um sich ihr Überleben zu sichern, und somit verlieren sich auch die Kampferfahrungen. Das Unternehmen hingegen kann einige Jahre später das Werk wieder öffnen.

Im Fall Monclovas hätte die Schließung AHMSAs nicht nur die Stadtgemeinde in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch die ganze Region, denn das Unternehmen ist auch der größte Abnehmer und teilweise Besitzer der umliegenden Kohlebergwerke.

Um die Modifizierungen des Kollektivvertrags dennoch tolerierbarer zu gestalten, wurden andere positive Anreize gesetzt, wie eine Lohnerhöhung von 15 Prozent und die Anhebung der Sozialleistungen um zwei Prozent (González Chávez 2008: 288). Außerdem sollten Infrastrukturprogramme angeleiert werden, die zum einen die lokale Infrastruktur verbessern sollten, und zum anderen Monclova auf internationaler Ebene als interessanten Wirtschaftsstandort promoten sollten, um so andere Unternehmen anzuziehen (Rodríguez del Valle 1994: 131). Auf diese Weise sollten die Auswirkungen der Massenkündigung besser abgefedert werden. Wie bereits erwähnt, gab es zwei Kündigungswellen, die erste 1988 und die zweite 1991, mit dem Ergebnis, dass im April 1989 noch 11.660 Gewerkschafts- und 933 ZeitarbeiterInnen im Werk 1 beschäftigt waren, und im September 1992 nur noch 5.395 Gewerkschafts- und 256 ZeitarbeiterInnen. Innerhalb von vier Jahren wurde die Belegschaft um 55 Prozent gekürzt. Auch wenn das Werk nicht geschlossen wurde, bedeutete dieser Stellenabbau eine massive Belastung für die lokale Wirtschaft. Obwohl die Mehrheit Angst vor dem Arbeitsverlust hatte, gab es auch Personen, die sich freiwillig zurückzogen und ihren

⁶⁶ Erst 2013 wurde über die Einführung einer landesweiten Arbeitslosenversicherung entschieden, die jedoch erst 2016 in Kraft treten soll (Mayoral Jiménez: 21.11.2013). Außerdem gilt diese nur für beim mexikanischen Sozialversicherungsinstitut (IMSS) Versicherte, die nur rund ein Drittel der Bevölkerung abdeckt (INEGI.Censo 2010: 19.04.2013).

Posten mit jenen tauschten, die gekündigt wurden. Vor allem junge Leute mussten dabei um ihren Arbeitsplatz fürchten:

Wir hatten die Option zum Wechsel in eine andere Abteilung. Wir sollten bloß nicht ein bestimmtes Niveau, eine bestimmte Kategorie überschritten haben. Das Ganze galt für drei oder zwei Posten. Die Mehrheit ging, wir waren nur wenige, die wir wechselten. Mir haben sie gesagt, dass es vor allem uns junge Leute betraf. (...) Ja, man hatte Angst, vor allem weil man jung war. Was soll ich bloß machen, wenn sie mich rausschmeißen? (Arbeiter 4: Interview vom 15.05.2011)

Im Gegensatz zur Sektion 147 trat die Sektion 288 des Werkes 2 von AHMSA sehr wohl in Streik, und protestierte gegen den Stellenabbau und die Modifizierungen des Kollektivvertrags, jedoch blieb auch ihnen letztendlich keine Alternative, und sie mussten die Veränderungen hinnehmen.

Die Reformen, die am Kollektivvertrag vorgenommen wurden, beinhalteten u.a. auch die Suspendierung von 35 Artikeln (siehe Kapitel 4.3.3. Die Privatisierung AHMSAs). Es bleibt zu betonen, dass obwohl einige Artikel zwar verändert wurden, beispielweise der Artikel 193 über die Weiterbildung und andere über die Diversifizierung der Beschäftigungsformen, es dennoch eine Reihe weiterer Artikel gab, die gleich blieben, deren Funktion jedoch ausgesetzt wurde. Legal wurde dieser Schritt mit einem externen Abkommen gerechtfertigt, das den Kollektivvertrag intakt ließ und somit eine rechtliche Grauzone geschaffen wurde, denn bei den aktuellen Verhandlungen konnte deren Revitalisierung sehr wohl gefordert werden. Auf diese Weise wurde 2009 die teilweise Erfüllung des Artikels 195, der den Bau von 150 ArbeiterInnenhäusern und eine Kreditvergabe an die ArbeiterInnen vorsah, wieder aufgenommen (Rojas: 23.05.2013). Dieser Artikel war suspendiert, jedoch nicht modifiziert worden.

Dennoch bedeuteten die kollektivvertraglichen Änderungen große Einschnitte in das Arbeitsleben, weil somit eine legale Grundlage für eine Intensivierung des Ausbeutungsverhältnisses geschaffen worden war.

Die ArbeiterInnen mussten außerdem einen Verlust der Kaufkraft hinnehmen, denn der Reallohn fiel zwischen 1989 und 1991 konstant ab, und stieg erst 1992 wieder, um 1994

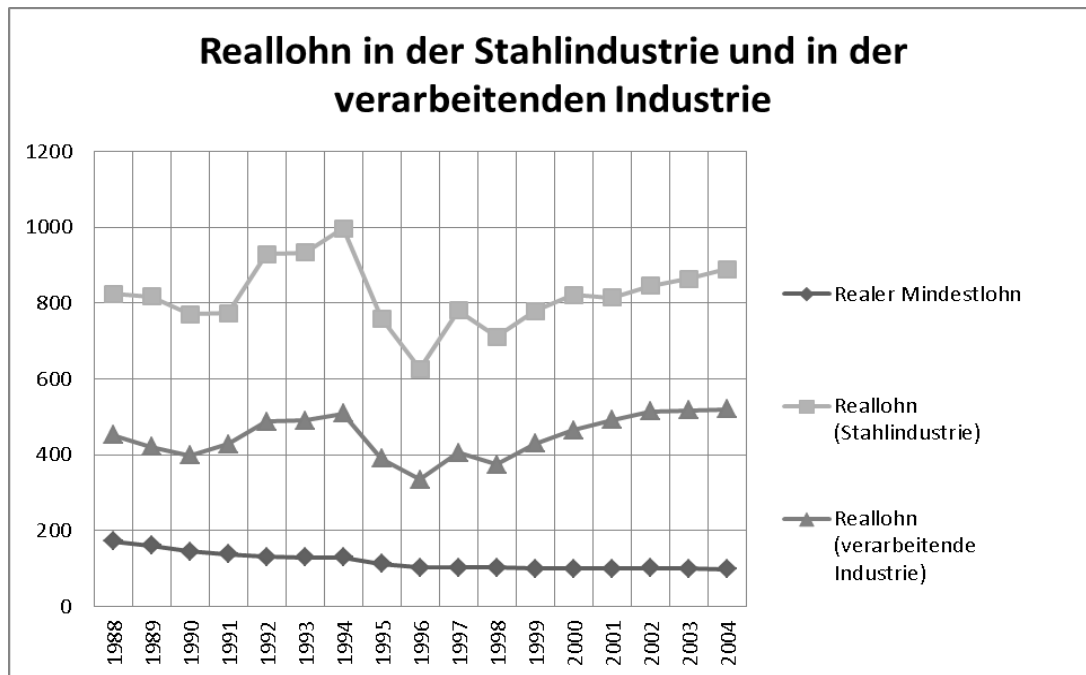
erneut zu fallen. Trotzdem ist der Reallohn der StahlarbeiterInnen in Mexiko immer über dem Mindestlohn und jenem der verarbeitenden Industrie gewesen (Siehe Tabelle 4.6.)

Tabelle 4.6. Realer Mindestlohn und Reallohn in der Stahlindustrie und der verarbeitenden Industrie (Basisjahr 2000)

	Realer Mindestlohn	Reallohn (Stahlindustrie)	Reallohn (verarbeitende Industrie)
1988	172,7	824,2	452,8
1989	160,8	817,1	421,4
1990	144,5	770,0	398,8
1991	138,4	772,9	427,7
1992	131,4	928,3	487,2
1993	129,2	933,7	490,1
1994	129,5	997,2	508,3
1995	112,9	759,2	390,5
1996	102,7	625,9	334,6
1997	102,1	780,6	405,4
1998	102,9	710,9	374,4
1999	99,3	779,1	429,0
2000	100	821,7	464,9
2001	100,4	814,8	491,4
2002	101,2	846,1	514,3
2003	100,4	864,4	517,9
2004⁶⁷	99,1	889,4	519,4

Eigene Ausarbeitung mit Daten des INEGI. La industria siderúrgica 1996, 2000, 2003, 2006 und aus González Chávez, Gerardo (1994). Los salarios y la contratación colectiva. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI, 141-178.

⁶⁷ Die Daten des INEGI nach 2004 beziehen sich auf eine andere Auszählung und sind daher nicht mehr vergleichbar.



Neben den vielen negativen Aspekten, die die Privatisierung mit sich brachte, wie der Verlust des Lebensstandards, die durch den gesteigerten Arbeitsrhythmus intensivierte körperliche Belastung, die Rücknahme legaler Errungenschaften, mit denen der Ausbeutung durch das Unternehmen entgegengesteuert hätte werden können, verschlechterte sich v.a. die Situation für die über Drittunternehmen angeheuerten ArbeiterInnen. Viele Abteilungen, die vormals zu AHMSA gehörten, wurden ausgegliedert und von Subunternehmen übernommen. Da den ArbeiterInnen dieser Firmen weniger gezahlt wurden und auch weniger Einschulung zukam, stieg das Sicherheitsrisiko:

Wie einige interviewte Arbeiter aufzeigten, zahlen die Auftragsnehmerfirmen geringere Löhne und weniger Sozialleistungen für die Tätigkeiten, die vorher vom Unternehmen selbst ausgeführt wurden. Als Folge der geringeren Entlohnung, stellen sie Personen ohne die entsprechende Vorbereitung an und dies führt dazu, dass die Arbeiten nicht immer korrekt ausgeführt werden und das Arbeitsrisiko steigt. (González Chávez 1994: 153)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass trotz hoher Investitionen in die Modernisierung der Anlagen und der Veränderung der administrativen Struktur der Firma, das größte Gewicht zur Sanierung des Stahlwesens auf den Schultern der ArbeiterInnen lastete. Diese hingegen sehen die dargebrachten Opfer nicht notwendigerweise als solche,

vielmehr haben sie ihre eigenen Vorstellungen von den Veränderungen, die die Privatisierung mit sich brachte, und die bis zu einem gewissen Punkt mit Stolz getragen werden, denn sie führten zu einer starken Identifikation mit der eigenen Produktion im Stellungskampf mit der internationalen Konkurrenz. Es gibt jedoch auch immer eine kritischere Haltung gegenüber der Unternehmenspolitik, die besonders in der Opposition und in den Workshops zum Arbeitsrecht zur Sprache kommt, diese werde ich jedoch erst in den folgenden Kapiteln vorstellen.

4.4.4. Die Situation der ArbeiterInnen nach der Privatisierung

Seit AHMSA in privater Hand ist, ist die Sektion 147 nicht mehr in Streik getreten, es gibt zwar immer wieder Konflikte innerhalb der lokalen Gewerkschaft, jedoch nicht mit dem Arbeitgeber⁶⁸. So kam es 1992 zu einem Zusammenstoß zwischen der Gruppe der Braunen, der Weißen und Solidaridad Sindical (allesamt Nachfolger der Línea Proletaria) mit der Gruppe der Roten und Goldenen auf Grund von Uneinigkeiten bezüglich der Aufteilung der Gewinnbeteiligung und der Kündigung von ZeitarbeiterInnen. Dieser Konflikt war relativ heftig, denn 20 Personen wurden verletzt, fünf davon mit Schusswunden. Mit Ausnahme der Roten sind alle übrigen Gruppen verschwunden (Rodríguez del Valle 1994: 135). Diese Art von Konflikten zwischen den einzelnen gewerkschaftlichen Gruppen der Sektion 147 gibt es bis heute und sind kennzeichnend für sie, wobei immer wieder Personen oder Gegenstände zu Schaden kommen.

Im Folgenden möchte ich den Fall der rund 8.400 gekündigten ArbeiterInnen genauer darlegen. Wie schon erwähnt, bedeutete dieser Stellenabbau eigentlich einen viel gravierenderen wirtschaftlichen Einschnitt, weil natürlich auch die Auftragnehmerfirmen betroffen waren, die ebenfalls Personal ausstellen mussten, und zudem wurde das wirtschaftliche Leben der Stadtgemeinde stark in Mitleidenschaft gezogen, weil die beschäftigungslosen ArbeiterInnen weniger konsumierten. Die Folgen waren nicht unmittelbar zu spüren, sondern erst einige Monate später, als die gekündigten

⁶⁸ So schreibt AHMSA in seinem Jahresbericht von 2013: „Während der letzten 24 Jahre haben wir keinen Streik gehabt, der unsere Installationen oder Betrieb beeinträchtigt hätte, und derzeit existiert eine sehr gute Beziehung mit den gewerkschaftlichen Arbeitern.“ (AHMSA 2013)

ArbeiterInnen ihre Abfindungszahlungen aufgebraucht hatten, und sie weder über Geld noch Arbeit verfügten:

Die Auswirkung der neuen Akkumulationsform manifestierte sich in einem einschneidenden Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in der Region, der alle Sektoren beeinflusste: der Produktion, des Handels, der Finanzen und der Dienstleistungen usw. mit dem daraus resultierenden Anstieg der Arbeitslosigkeit und dem Verfall der Lebensbedingungen der Angestellten. (González 2008: 312)

Die versprochenen Infrastrukturprogramme zur Stimulierung der lokalen Wirtschaft und der Förderung von Kleinunternehmen entpuppten sich als Farce, einzig eine Textilmanufaktur (maquiladora) siedelte sich an, die jedoch vorwiegend Frauen anstellte. Viele ArbeiterInnen versuchten daher mit ihrer Abfindung ein eigenes Ein-Mann/Frau-Unternehmen (mircoempresa) zu gründen, meist im informellen Sektor. Der Markt dafür war jedoch sehr schnell erschöpft. Vielen blieb daher keine andere Wahl als die Abwanderung in die nächstgrößeren Städte, Monterrey, Torreón oder Saltillo, oder direkt in die USA (ebd. 316f). Einige, die besser vorbereitet gewesen waren, schafften es, eine Auftragnehmerfirma von AHMSA zu gründen (ebd. 335), für die Mehrheit jedoch brachte die langfristige Arbeitslosigkeit weitere soziale Probleme mit sich, wie ein Anstieg der Kriminalität, des Alkoholismus, der Drogensucht und familiärer Probleme (Rueda Peiro 1994b: 182).

Unter den ArbeiterInnen, die zwischen 1991 und 1992 einen Job suchten, fanden nur 9,4% eine Tätigkeit, mit der sie zufrieden waren, die Mehrheit hatte keine Arbeit (38,4%) oder fand nur Jobs, die sie nicht annehmen wollten (23,6%) und 17,7% arbeiteten unter schlechteren Bedingungen (González 2008: 321). In diesem Kontext ist es wert zu erwähnen, dass die nachfolgende Generation bis auf einige wenige ArbeiterInnenkinder, die im Werk einen Job bekommen, nur in den seltensten Fällen in die Gewerkschaft aufgenommen werden. Die Mehrheit der Jungen arbeitet für Subunternehmen. In einer Umfrage, die ich im November 2010 in Monclova unter 40 Beschäftigten der Sektion 147 durchführte, war das Durchschnittsalter 48,8 Jahre, wobei der nationale Durchschnitt der erwerbstätigen Bevölkerung im selben Jahr 37,7 Jahre betrug (ENOE: 24.05.2013). Der nicht vorhandene Generationenwechsels in der Gewerkschaft ist einer der am meisten diskutierten Punkte,

der ein hohes politisches Potential für die lokale Sektion birgt, das ich später noch genauer ausführen werde.

Da die wirtschaftliche Lage der gekündigten ArbeiterInnen sehr prekär war, nahmen sie die Summe der Abfindungszahlungen genauer unter die Lupe und stellten fest, dass deren Berechnung nicht der gesetzlichen Vorlage entsprach. Das Unternehmen nahm als Berechnungsgrundlage den einfachen Lohn und nicht wie im Kollektivvertrag vereinbart (Artikel 21) das volle Gehalt, also inklusive Extrazahlungen. Außerdem gab es bereits gerichtliche Präzedenzfälle über unangemessene Abfindungszahlungen aus den 80er Jahren gegen dasselbe Unternehmen, die positiv beschieden worden waren (Rodríguez del Valle 1994: 136). Die beschäftigungslosen ArbeiterInnen stützten sich auf dieses Argument, um die ausstehenden Zahlungen einzufordern. Sie sammelten 1.600 Klagen und brachten diese vor dem nationalen Arbeitsgericht ein, jedoch entschied dieses gegen sie. In der Folge richteten sich die ArbeiterInnen direkt an den damaligen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari, als dieser zu Besuch in Monclova war. Der Präsident übergab den Fall dem Arbeitsminister und dieser dem Verwaltungsrat von AHMSA. Da das Unternehmen kurz vor der Privatisierung stand, wurde der Fall unbearbeitet beiseite gelassen.

Somit entschieden die Gekündigten in die Hauptstadt zu marschieren, um sich dort erneut mit dem Präsidenten zu treffen. Diese Protestaktion nannten sie „Marsch der Würde“ und lehnten sich dabei an das Ereignis der „Karawane des Hungers“, der in Nueva Rosita losgetretenen Streikbewegung der 50er Jahre, an. Nach 50 Tagen erreichten die 80 vormaligen ArbeiterInnen in Vertretung der 1.600 Klagenden den Hauptplatz von Mexiko Stadt. Sie mussten 83 Tage auf eine Antwort seitens der Regierung warten, jedoch schlug diese nur einen Kredit von 2.496 Millionen Pesos für 312 ArbeiterInnen über das Nationale Solidaritätsprogramm Pronasol vor. Die Demonstrierenden waren empört, und die Protestbewegung wuchs auf 5.000 Klagende an. Gemeinsam organisierten sie neue Aktionen, wie die Besetzung des Hauptplatzes von Saltillo, oder die Sperrung der Schnellstraße 57. Mit dem Eingreifen des Gouverneurs von Coahuila wurden die Verhandlungen mit der Regierung erneut aufgenommen, mit dem Resultat, dass ein Kredit von 5.150 Millionen Pesos für 2.650 ArbeiterInnen und 10 Millionen Pesos für einen

Solidaritäts- und Stipendienfond bereitgestellt wurden (ebd. 138f). Mit diesem Zugeständnis wurde die Bewegung beendet.

1999 kam es aufgrund der finanziellen Probleme AHMSAs und der daraus resultierenden Zahlungseinstellung zu einer erneuten Kündigungswelle, bei der 1.200 weitere ArbeiterInnen ihren Job verloren.

4.4.5. Die Situation der ArbeiterInnen der Sektion 147 heute

4.4.5.1. Die Wahrnehmung der Línea Proletaria und des massiven Stellenabbaus aus heutiger Sicht

Bevor ich die aktuellen Probleme analysiere, möchte ich erneut auf einige vergangene und bereits geschilderte Ereignisse eingehen, jedoch aus der heutigen Sicht der ArbeiterInnenschaft der Sektion 147. Aus dieser Perspektive beschreiben sie nicht einfach nur historische Gegebenheiten, sondern tragen wesentlich zu bestimmten Vorstellungen über die Arbeit, das Unternehmen, die Gewerkschaft, den politischen Kampf usw. bei. Diese Vorstellungen wiederum spielen eine wichtige Rolle im aktuellen politischen Vorgehen der ArbeiterInnen und in ihrem Versuch, bestehende Probleme zu lösen. Zwei Aspekte, die nach wie vor von Bedeutung sind, sind die Línea Proletaria, sowie der massive Stellenabbau in den 80er und 90er Jahren. Obwohl die Ereignisse als solches im Alltag nicht mehr präsent sind, bleiben die Rückschlüsse und Erfahrungen, die daraus gezogen wurden, sowohl seitens der ArbeiterInnen, wie des Unternehmens, tagtäglich spürbar.

Befragt man die Belegschaft heute zur Línea Proletaria, so ist sie für einige, v.a. für die Älteren, die selbst an der Bewegung beteiligt waren, eine Epoche, die den Beschäftigten viele Vorteile brachte und die in der Geschichte der Sektion 147 besonders hervorstach, denn zu diesem Zeitpunkt ruhte die reale Macht unter den ArbeiterInnen:

Vorher gab es Gruppen; sie hieß Línea Proletaria. Vorher gab es von Seiten der Generalsekretäre viel mehr Verteidigung als heute. Heute gibt es viel Beschwichtigungspolitik, viel Korruption, vorher nicht. Die Línea Proletaria, ja, damals legte man die Arbeit nieder, da gab es Streiks.
(Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

Die Línea Proletaria brachte den Arbeitern viele Vorteile, zum Beispiel für uns in der Abteilung, war die Línea Proletaria etwas ganz Entscheidendes um einen festen Posten zu erhalten, weil unsere Abteilung war eine Abteilung, die auf Probe lief.(...). Also nachdem wir vier Jahre lang als Zeitarbeiter geschuftet hatten, nach diesen vier Jahren gaben sie uns über den damaligen Generalsekretär Felipe Valdez fixe Posten. Also ja, die Línea Proletaria brachte Vorteile, v.a. Organisation und Glaubwürdigkeit für die Arbeiter, weil man viele Kommentare machte, viele Kommentare über die Línea Proletaria, negative Kritik. Nicht? Dass die Línea Proletaria nur auf partikularen Interessen beruhte. Gut, viele Kommentare wurden hinter dem Rücken gemacht, aber in dem Moment, in dem sie uns Vorteile brachte, z.B. für die Arbeiter, die 14 Jahre nur einen Zeitvertrag hatten und ihnen einen fixen Posten gab, da waren wir viele. Das war ein großer Vorteil. (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011)

Viele dieser ArbeiterInnen, die diese Haltung vertreten und auf irgendeine Weise in der Línea Proletaria aktiv gewesen waren, sind bis heute politisch interessiert und beteiligen sich in der gewerkschaftlichen Opposition. Dennoch sind es nur noch wenige, die heute noch arbeiten, denn die meisten, die sich dieser Bewegung angeschlossen hatten, sind bereits in Rente oder wurden gekündigt. Aus demselben Grund passiert die Reflexion über die Línea Proletaria aus einer sehr entfernten Wahrnehmung. Man weiß, dass es sich um eine gewerkschaftliche Bewegung handelt, die in der lokalen Geschichte einen besonderen Platz einnahm und die bewiesen hat, dass es für den ArbeiterInnensektor möglich ist, reale Macht zu erlangen, jedoch wird die eigene politische Aktivität in der Gewerkschaft von ihr entkoppelt.

Diese Haltung wurde auch stark vom nationalen Exekutivkomitee der Gewerkschaft, dem Unternehmen und den Medien beeinflusst, die ein negatives Bild von der Línea Proletaria zeichneten, als eine Bewegung, die außer Kontrolle geraten war und auf sehr willkürliche Weise ihre Macht über die Stadtgemeinde ausübte:

Früher machten sie sogenannte verrückte Streiks („paros locos“), sie machten Bummelstreiks, eine Abfolge von Handlungen, die gemacht wurden und auf eine gewisse Weise auch Dritte oder die Produktion in Mitleidenschaft zogen. Es wurde eine Reihe von Situationen und Konflikten geschaffen, die letztendlich die Arbeiter selbst in Mitleidenschaft zogen. (...) Jede gewerkschaftliche Bewegung, die früher entstand, entstand mit 2 oder 3.000 Arbeitern und dann kam eine andere Bewegung oder Gruppe, (...) und das waren 1.000 oder 1.500 Arbeiter. Also war

das eine Situation, die manchmal außer Kontrolle geriet, weil es hier sogar Tote gab, in der Kooperative (...). Das war etwas sehr Starkes und es gab niemanden, der sich dazwischen gestellt hätte, weder die Polizei, noch die Regierung weil um 2.000 oder 3.000 Arbeiter zu kontrollieren, woher denn? Sie überragten bei weitem den Polizeikorpus und dieser ließ sie praktisch gewähren. Und das veränderte sich mit der Reduzierung der Arbeiter. Jetzt gibt es Gruppen – sie existieren noch immer – aber wir sprechen davon, dass sich 100 oder 200 Arbeiter treffen oder dort 300 und hier 400 und so. (Arbeiter 3: Interview vom 19.11.2010)

Die Dimension, die die Línea Proletaria annahm, wurde tatsächlich zu einer Bedrohung für das nationale Exekutivkomitee der Gewerkschaft, das Unternehmen und für bestimmte PolitikerInnen. Sie bestimmte über Monclova, denn sie bemühte sich auch um infrastrukturelle Verbesserungen, die ihr wiederum Legitimität in der lokalen Bevölkerung verschaffte, zusätzlich zu den Vorteilen, die sie für die ArbeiterInnen erwirkte. Die mit ihr in Zusammenhang stehenden Erfahrungen überschritten den Raum der Fabrik und den lokalen Kontext, denn es wurden auch Kontakte zu anderen Sektionen geknüpft und ihr Einfluss hatte sich soweit ausgebreitet, dass die Regierung ihr Vorgehen mit großem Unbehagen verfolgte. Dabei sei noch einmal daran erinnert, dass kurz zuvor, 1968, die Regierung ein Massaker unter Studierenden in Tlatelolco (Mexiko Stadt) veranstaltet hatte, bei dem mehrere hundert Menschen zu Tode kamen und es in dieser Epoche üblich war, politische GegnerInnen verschwinden zu lassen. Virgilio Maltos Long, ein Generalsekretär der Línea Proletaria gab zu, dass die Intentionen der Línea Proletaria über eine einfache ArbeiterInnenbewegung hinausgingen und sie politische Ziele verfolgte, die auf lange Sicht gegen die Regierung gerichtet waren:

Wir verbanden uns so sehr, dass wir auch die Probleme der Stadtbewohner lösten, mit den Behörden, mit den Leuten der Stadtregierung. (...) Die Arbeiter mit dem Volk, mit den Bezirksbewohnern und mit den Forderungen und dem Missbrauch, die damals üblich waren, z.B. wenn die Sicherheitspolizei Kollegen festnahm, sie schlugen und bestachen. Dann nutzten wir diese Probleme und wir brachten selbst die eigene Polizei hinter Gitter und wir schlossen das Büro der Sicherheitspolizei, wir machten es zu, wir schweißten es zu, wegen den Missbräuchen, die sie begangen hatte. Und eine Vielzahl von Dingen. Für mich war es die schönste Etappe, die ich erlebt habe. (...) Uns umzubringen, uns verschwinden zu lassen, das war die Parole. Und naja, das machten sie ziemlich dreist. Oder wir hörten mit dem Zoff auf, den wir mit uns brachten, nicht? Oder sie ließen uns verschwinden, was damals bei den staatlichen Sicherheitsbehörden

sehr üblich war, nicht? Im 68er Jahr, Anführer verschwinden zu lassen. Und ja, der Aufruhr der Massen gab uns Mut. Diese Bewegung, die wir geschaffen hatten und wie ich dir sage, nicht nur auf lokaler, sondern nationaler Ebene und in Monclova statuierten wir ein Exempel, weil die Verbindung der Arbeiter mit den Bewohnern über eine Arbeiterbewegung hinausging. Wir setzten uns mit den Problemen der Leute, der Bewohner, auseinander, wir entführten sogar den Bürgermeister drei, vier Mal und schlossen ihm die Türe zu, denn es war der Kampf der Massen. Also, das war alles ein sehr interessantes Erwachen. (Virgilio Maltos Long: Interview vom 17.05.2011)

Aus dieser Perspektive war die Línea Proletaria eine sehr starke Bewegung, die auch in Räumen agierte, die traditionellerweise nicht von der ArbeiterInnenmacht durchtränkt gewesen waren, wie beispielsweise die Stadtgemeinde, wo sie auch keine legale Grundlage mehr für ihr Vorgehen hatte. Dennoch muss dabei immer der Kontext der Enklave mitgedacht werden, in der die lokale Politik niemals unabhängig sein kann, entweder unterstützt sie das Unternehmen, oder die ArbeiterInnen.

Das Vorgehen in der Fabrik hingegen fand unter Einhaltung des Kollektivvertrags statt und es wurden oft Nachforschungen zu konkreten Problemen in den Abteilungen, oder zu Arbeitsrechtsverletzungen gemacht (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010). Es ging also nicht allein um die Macht der Macht halber wegen, sondern es lagen klare und starke Argumente vor, mit denen die Bewegung ihre Forderungen stellte. Deshalb konnte sie auch diese Größendimension erreichen, aber das bedeutete auch, dass sie zu einer tatsächlichen Gefahr für das Unternehmen, die Regierung und Napoleón Gómez Sada herangewachsen war. Somit waren die nachfolgenden Schritte, mit der die Línea Proletaria zersetzt wurde, auch entsprechend hart. Mit der Korruption schafften sie es, einen internen Bruch zu erzeugen, zusätzlich kündigten sie die gewerkschaftlichen Anführer und brachten die Bewegung wegen ihres angeblichen Schadens gegenüber der Firma in Verruf. Die Eindrücke über die Bewegung verschlechterten sich und wurden zusehends negativer. Der massive Stellenabbau zerstörte schließlich größtenteils den Willen zur Rebellion. Er steht zwar nicht mehr direkt in Zusammenhang mit der Línea Proletaria, weil er erst drei Jahre nach deren Ende vollzogen wurde, jedoch standen sehr wohl politische Absichten dahinter, wie die Schließung der Fundidora Monterrey beweist.

Die heutige Haltung des Großteils der ArbeiterInnenschaft der Sektion 147 muss mit dem Auftreten des Unternehmens gegenüber der Línea Proletaria und ihrem vorherigen Einfluss in Bezug gesetzt werden. Heute gehören die meisten von ihnen einer anderen Generation an und obwohl sie fast immer ArbeiterInnenkinder sind, gibt es keine generationelle Weitervermittlung von Wissen und Idealen aus dieser Zeit. Den Kurs, den die Bewegung in den letzten Jahren ihrer Existenz eingeschlagen hatte, hinterließ keinen guten Eindruck, hinzu kam die Diffamierung durch das Unternehmen, die Angst vor der Repression und die massive Kündigung. Aus diesen Gründen sind die Erfahrungen der Línea Proletaria nicht mehr Diskussionsgegenstand und haben auch kaum mehr einen Wert für die heutigen ArbeiterInnen.

Natürlich weiß die heutige ArbeiterInnengeneration über sie Bescheid und auch, dass es Momente in der lokalen Gewerkschaftsgeschichte gab, in der die ArbeiterInnenmacht ein beträchtliches Ausmaß annahm. Es besteht jedoch keine emotionale Bindung mehr zu ihr, abgesehen von den ArbeiterInnen, die an der Bewegung teilgenommen haben.

Die zunehmend negative Wahrnehmung der Línea Proletaria und die Kündigung vieler politisch aktiver ArbeiterInnen führten dazu, dass sich ein Hauch des Vergessens über die politischen Kampfaktiken legte. Das Wissen über die Strategien, wie die ArbeiterInnen ihre Rechte einfordern können, ging verloren. Dies ist insofern wichtig, da die aktuellen Diskussionen innerhalb der gewerkschaftlichen Opposition um innergewerkschaftliche Probleme kreisen und eine Spaltung fördern, womit sich bis zu einem gewissen Punkt vergangene Fehler wiederholen. Das Vergessen geht Hand in Hand mit den positiven Vorstellungen, die die ArbeiterInnen vom Unternehmen haben. Die Korruption in der Fabrik, sowohl seitens der Unternehmens-, wie Gewerkschaftsfunktionäre haben einen bitteren Nachgeschmack von der Zeit AHMSAs in öffentlicher Hand hinterlassen. Obwohl diese Probleme vorwiegend in den letzten Jahren vor der Privatisierung in den Exzess getrieben worden waren, war es doch auch diese Zeit, die noch am gegenwärtigsten im Gedächtnis geblieben ist. Aus demselben Grund wird ein privater Arbeitgeber bevorzugt.

Wie die Línea Proletaria, so hat auch der massive Stellenabbau seine Spuren im Gedächtnis der lokalen ArbeiterInnenschaft hinterlassen. Das Unternehmen und die Regierung, die die Privatisierung vorbereiteten, rechtfertigten den Stellenabbau mit der seit der Línea

Proletaria aufgeblähten Belegschaft, weil sie die Gewinne AHMSA wesentlich geschmälert hätte. Außerdem wurde die gewerkschaftliche Aktivität (Streiks, Bummelstreiks) für die niedrige Produktivität des Unternehmens verantwortlich gemacht:

Der Stellenabbau von 1989/1990, der für die Privatisierung gemacht wurde, kam daher, dass es eine übertriebene Anzahl an Arbeitern gab. Ich wiederhole 14.000. Was man machte, war das Personal in einer beträchtlichen Weise zu kürzen, damit das Unternehmen von Privaten gekauft werde, in diesem Fall von der Gruppe GAN. (...) In Wahrheit mit einer übertriebenen Anzahl von Arbeitern, es waren mehr Arbeiter als das was sie produzierten; Ich wiederhole, damals war das Unternehmen halbstaatlich. Es war die Regierung, die aufs Geratewohl hin Stellen vergab. (Arbeiter 3: Interview vom 19.11.2010)

Der Stellenabbau und die daraus resultierenden Erfahrungen für die Gemeinschaft, ebenso wie die aktuelle Haltung des Unternehmens haben in den Köpfen der ArbeiterInnen eine Vorstellung geschaffen, dass eine zu starke und fordernde Gewerkschaftsbewegung sie selbst schädigt und sie sich ins eigene Fleisch schneiden. Die Argumente spiegeln mehr die Position des Arbeitgebers wieder, als die einer Gewerkschaft, die die Rechte der Belegschaft vertritt. So wird behauptet, dass die Gewerkschaft nur existieren kann, wenn es dem Unternehmen gut geht und dem ist nur so, wenn dem Dogma der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und einer hohen Produktivität gefolgt wird:

Wenn es kein Unternehmen gibt, gibt es keine Gewerkschaft. So klar ist das. Also hat es und gibt es immer noch eine sehr gute Beziehung zwischen dem Unternehmen und der Gewerkschaft. (Arbeiter 3: Interview vom 19.11.2010)

Heute würde sich die Gewerkschaft nicht mehr trauen, das Unternehmen wie zu Zeiten der Línea Proletaria herauszufordern, besonders nach den Erfahrungen mit den Kündigungswellen. Um diesen radikalen Sinneswandel zu verstehen, müssen die Folgen eines solchen massiven Stellenabbaus für die Gemeinschaft mitgedacht werden, die wie erwähnt, in einer Enklave weitaus extremer sind. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, müssen auch die sozialen Dimensionen in die Analyse einbezogen werden. So kommt es zu einer zusehenden Marginalisierung, wenn Familien migrieren und soziale Beziehungen auseinanderbrechen, wenn aus der Not heraus, kriminelle Akte

begangen werden, wenn die Zeit ohne Arbeit zu lange wird, und man in Depression verfällt und diese in Alkoholismus oder familiäre Probleme umschlägt, wenn das Geld nicht ausreicht, um an den einfachen Aktivitäten des Gemeindelebens teilzuhaben usw. Die klassische Studie über „Die Arbeitslosen von Marienthal“ von Lazarsfeld, Jahoda und Zeisel (1975) zeigt die vielen Facetten auf, die eine massive Arbeitslosigkeit mit sich bringen kann und die sich in eine Art kollektive Depression und soziale Ausgrenzung verwandeln. Dies alles sind Elemente, die sich im Gedächtnis der ArbeiterInnen eingebrannt haben, auch jener, die noch in der Fabrik tätig sind, jedoch mitbekommen haben, wie es ihren ehemaligen KollegInnen ergangen ist. Die Angst vor der Kündigung ist ein ständig gegenwärtiges Gespenst, das manche direkt, manche indirekt zur Sprache bringen⁶⁹.

Auch in der Opposition der lokalen Gewerkschaft, die eigentlich kritischer ist, ist diese Angst zu spüren, denn auch sie würde keine radikaleren Aktionen veranstalten, um den Arbeitgeber zur Erfüllung von Forderungen zu zwingen, wie dies beispielsweise der Streik wäre. Sie stellt ihre Forderungen basierend auf den regulären Abläufen der Kollektivverhandlungen, der Prozesse, die die Statuten oder die internen Bestimmungen vorsehen, oder sie liefert sich Auseinandersetzungen mit der hegemonialen Gruppe der Gewerkschaft, die derzeit in der Sektion 147 das Sagen hat, und schließlich versucht sie, Verbesserungen in den eigenen Abteilungen über die Kommunikation mit den KollegInnen und AufseherInnen zu erwirken.

Betrachtet man all diese Umstände, so wird klar, dass der Stellenabbau nicht nur eine Maßnahme zur „Sanierung“ der finanziellen Situation des Stahlwerks war, das sich damals in

⁶⁹ So war es recht auffällig, dass bei einer Umfrage, die ich in einem ArbeiterInnenbezirk über die Einhaltung des Kollektivvertrags durchgeführt habe, alle Interviewten alle Fragen zu Gunsten des Unternehmens beantworteten, was jedoch wenig glaubwürdig war, da es selbst bei einer verantwortungsbewussten Firma immer wieder zu Problemen kommen kann. Diese Reaktion hatte höchstwahrscheinlich mit den Zeitungsberichten zu tun, die zu diesem Zeitpunkt kursierten und in denen behauptet wurde, dass die Fabrik vom mexikanischen Sekretariat für Umweltschutz (PROFEPA) wegen Nicht-Einhaltung der Umweltstandards geschlossen werden sollte. Obwohl AHMSA diese Standards nicht einhält, handelte es sich wohl mehr um einen politischen Schlagabtausch, denn hinter der PROFEPA stand die damalige PAN-Regierung und AHMSA und sein Geschäftsführer Alonso Ancira haben starke Verbindungen zur PRI (Medina: 18.11.2010). Die angestrenzte Haltung, das Unternehmen verteidigen zu müssen, selbst bei der offenen Frage für Vorschläge zur Überarbeitung des Kollektivvertrags, wurde mit dem einzigen Wunsch beantwortet, dass AHMSA nicht geschlossen werden solle. Dies zeigt auf indirekte Weise, wie stark die Angst vor der Schließung des Werks ist. (Umfrage 2010)

einer Krise befand, sondern auch ein repressiver Akt gegen die ArbeiterInnenbewegung. Auf diese Weise wurde das Gedächtnis über die Kampfstrategien ausgelöscht, indem größtenteils politisierte ArbeiterInnen gekündigt wurden und unter den Verbleibenden Angst gesät wurde. Norberto Emmerich beschreibt in seinem Artikel „Das historische Gedächtnis: Niederlage, Widerstand und Rekonstruktion der Vergangenheit“ die Implikationen, die das Verschwinden des historischen Gedächtnisses in Form des physischen Verschwindenlassens der „Botschafter“ hat. Im Fall der Sektion 147 wurde diese Strategie nicht bis zur Ermordung der „Botschafter“ geführt, jedoch bis zum physischen Verschwindenlassen der politisierten Personen aus der Fabrik und teilweise aus der Stadtgemeinschaft:

Die Repression etabliert den Bruch sozialer Beziehungen, die Träger des Gedächtnisses sind. Wenn das historische Gedächtnis nicht nur Konzepte oder „Erinnerungen“, sondern Erfahrungen transportiert, zerstört das physische Verschwinden der „Botschafter“ die Möglichkeit zu einer politischen Reproduktion der Bevölkerung. Neue Erfahrungen breiten sich aus und es wird ein neues historisches Gedächtnis konstruiert, das auf der Angst, der Demobilisierung und der Apathie basiert. Mit den Begrifflichkeiten des historischen Gedächtnisses, taucht das „Vergessen“ auf. (Emmerich 2011: 3)

4.5.5.2. AHMSA und der relative Wohlstand seiner ArbeiterInnen

Die Achillesferse, mit der sich die Mehrheit der ArbeiterInnen sehr wohl mobilisieren lässt und die indirekt an die Erfahrungen der Personalkürzungen und die Arbeitspolitik der Línea Proletaria anknüpft, ist ihre finanzielle Situation bzw. ihr Wohlstand, der sie von den übrigen ArbeiterInnen der Region unterscheidet, die weit weniger verdienen. Dieser Wohlstand steht in Verbindung mit der Reproduktion und der Ermöglichung einer gesicherten Zukunft für die eigene Familie, bis hin zu einer Verbesserung der Lebenssituation der eigenen Kinder. Dieser relative Wohlstand ist kennzeichnend für die StahlarbeiterInnen in Monclova, die von Beginn an einen sehr guten Lohn hatten, im Vergleich zu ArbeiterInnen anderer Wirtschaftssektoren. Das Aufstreben des Unternehmens ist verbunden mit dem Wohlstand der ersten ArbeiterInnen, die größtenteils ihren Beruf an die eigenen Kinder weitergegeben haben. Der Arbeitsplatz im Stahlwerk ist somit eine Art Erbe. Schließlich erblühte auch Monclova als Stadtgemeinde an der Seite AHMSAs und seiner ArbeiterInnen. Die Stahltradition der Stadt und der damit verbundene Wohlstand haben eine starke

Identifikation der ArbeiterInnen und ihrer Familien mit dem Unternehmen, als Quelle des Reichtums, geschaffen. Die Opfer, die dafür gebracht werden müssen (konstanter Schichtwechsel, fehlende Sicherheitsstandards, Überstunden usw.), werden ohne Klagen hingenommen, weil bekannt ist, dass es in der umliegenden Kohleregion viel schwieriger ist, eine gut bezahlte Beschäftigung zu finden. Die Aussagen der interviewten ArbeiterInnen und deren Angehörigen sind in dieser Hinsicht sehr eindeutig:

Er (Ehemann) verdiente gut. Ja, er fing an, gut zu verdienen. Am Anfang verdiente er wenig, als er gerade angekommen war und in der Baubranche arbeitete, er verdiente wenig, aber danach fand er einen Platz im Werk und verdiente gut. Als die Kinder heranwuchsen und schon in die Volksschule gingen, hatten wir die Möglichkeit, ihnen alles Notwendige zu kaufen. Wir waren nicht, um es so zu sagen, knapp bei Kasse oder so. Wegen seiner Arbeiter, war das möglich. Und er wollte, dass sie etwas studieren, Karriere machen oder so etwas. (Arbeiterfrau: Interview vom 18.11.2010)

Ich versuchte dort zu arbeiten, weil ich dabei war mich zu vermählen. Ich brauchte eine Arbeit, die mir einen sicheren Lohn gewährleistete, um es so zu sagen, um mein Projekt voranzutreiben (...), um gemeinsam mit meiner Familie weiterzukommen. (Arbeiter 4: Interview vom 15.05.2011)

Es war ein solides Unternehmen (AHMSA), das einen guten Ruf hatte, v.a. im Vergleich mit den Fabriken in der Umgebung, die einem gerade mal 100 Pesos zahlten. V.a. das, die Solidität des Unternehmens. (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

Eine Arbeit bei AHMSA zu haben, erreicht im Dorf sogar jenen Ruf, dass die dort angestellten Männer bei den lokalen Frauen als „gute Partie“ gelten (Arbeiterfrau: Interview vom 18.11.2010).

Allgemein wirft diese Tatsache einen Aspekt auf, der wohl vom Arbeitgeber, wie von der Opposition zu politischen Zwecken ausgenutzt werden kann, und zwar handelt es sich um den Verlust des Lebensstandards. Die ArbeiterInnen bemerken unmittelbar, wenn ihr Lohn sinkt und wenn der Wohlstand ihrer Familie in Gefahr ist:

Wie ich dir sage, mit den Leuten ist es gefährlich über die Frage des Geldes zu sprechen und das Unternehmen weiß das. (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

Die derzeit viel diskutierte Sachlage, dass das Unternehmen den ArbeiterInnenkindern keine Posten mehr geben will, hat ein hohes Explosionspotential in gewerkschaftspolitischer Hinsicht, weil die Vision den Wohlstand an die nachfolgende Generation weiterzugeben, in Frage gestellt wird. Auf diese Weise bricht das Unternehmen einen sozialen Code, im Sinne eines impliziten Sozialvertrags von Barrington Moore⁷⁰, der zwischen ihm und der ArbeiterInnenschaft besteht. So sind viele ArbeiterInnen der Meinung, dass wenn sie ihre Aufgaben erfüllen und das Ausbeutungsverhältnis als solches akzeptieren, diese Bemühungen auch vom Arbeitgeber in Form von angemessenen Lohnzahlungen und Arbeitsplätzen für die nachfolgende Generation honoriert werden sollten. Der Lohn und Arbeitsplätze für die eigenen Kinder werden somit als Anerkennung der eigenen Tätigkeit verstanden. Wenn das Unternehmen nun mit diesen Annahmen bricht, die ArbeiterInnen aber ihren Teil des für sie geltenden indirekten Abkommens erfüllt haben, kann sich ein Raum für Widerstand öffnen, der selbst weniger politisierte ArbeiterInnen anzieht. Dabei ist

⁷⁰ Barrington Moore geht von der Idee aus, dass Autorität oder ein Beherrschungssystem nicht nur über Zwang hergestellt werden kann, sondern auch eine soziale Akzeptanz wiederfahren, mittels der Etablierung von kulturell gefestigten Codes. Der implizite Sozialvertrag bezieht sich auf die Erhaltung einer bestimmten Autorität über die Zeit hinweg, der gleichzeitig den Gehorsam der sozialen Basis garantiert:

Autorität reflektiert die bereits erwähnte Tatsache, dass die menschliche Gesellschaft zum Teil ein Gefüge von Arrangements darstellt, durch die es einigen Menschen gelingt, aus anderen Menschen einen ökonomischen Überschuss zu ziehen und diesen in Kultur umzuwandeln. Ebenso reflektiert Autorität die Tatsache, dass die Extraktion eines Überschusses nicht alles ist, was menschliche Gesellschaften ausmacht, und dass sie nicht die einzige Quelle von Kultur sind. Autorität impliziert Gehorsam auf der Basis von mehr als Furcht und Zwang, und es ist notwendig, zu erkennen, worauf dieses „mehr“ in der Praxis hinausläuft. (...)

Festzustellen, dass es eher einen impliziten als einen expliziten Gesellschaftsvertrag gibt, einen nicht-verbalisierten Rahmen gegenseitigen Verstehens, beschreibt die Situation nicht ganz zutreffend. Denn dies klingt so, als gäbe es irgendwo eine Art von platonischer Charta, auf die außer den sozial Stumpfsinnigen und den politisch Tauben alle Mitglieder der Gesellschaft sich einigen könnten. (...) Was jedoch stattfindet, ist ein ständiges Sondieren der Herrscher wie der Untertanen, um herauszufinden, was sie sich leisten können, also die Grenzen von Gehorsam und Ungehorsam zu testen und zu entdecken. Niemand weiß solange genau, wo die Grenzen liegen, bis er sie durch eigene Erfahrung herausfindet, auch wenn beide Parteien zuvor hinreichend genaue Erwartungen haben mögen. (Moore 1982: 38f)

Die allgemeinen Bedeutungen dieser Codes beschreiben die Logiken der symbolischen Sinnwelten (Alfred Schütz) innerhalb derer sich die Akteure bewegen. Der Bruch eines solchen Codes kann sich in eine Infragestellung der symbolischen Sinnwelt als solches umschlagen.

die Sachlage noch weit komplexer, denn diese generationelle Nachfolge scheint als solche nicht im Kollektivvertrag auf, sondern es wird lediglich darauf verwiesen, dass die lokale Gewerkschaft die Personen für einen neuen Posten vorschlägt (Art. 8). Der Ball liegt also wieder bei der ArbeitnehmerInnenorganisation, die derzeit jedoch im Sinne des Arbeitgebers agiert. Das Unternehmen weiß sehr wohl, dass es sich bei der generationellen Nachfolge um einen recht heiklen Punkt handelt, weshalb es die festen Arbeitsplätze für die neue Generation nicht einstellt, sondern lediglich einschränkt, so dass ein Teil dennoch in diesen Genuss kommt. Dabei wird jedoch ein lang anerkanntes, jedoch mündliches Recht in ein Privileg verwandelt. Das Erlangen eines solchen „Privilegs“ wird aber an einen politischen Gefallen geknüpft. Somit wird eine feste Arbeitsstelle zu einem Mittel, um von den ArbeiterInnen die Verteidigung der Unternehmensinteressen zu fordern. Dieser Gefallen kann verschiedenste Formen annehmen, beispielsweise sich in der Gruppe der Grünen zu engagieren, die derzeit alle Posten des lokalen Exekutivkomitees besetzt und eine sehr unternehmerfreundliche Haltung an den Tag legt, ArbeitskollegInnen bei ihren Vorgesetzten zu denunzieren, wenn sie sich zu kritisch über den Arbeitgeber äußern oder sich zumindest politisch passiv zu verhalten.

Diese Konditionierung ist für viele ArbeiterInnen erniedrigend. Gerade politisch interessierte und erfahrene Personen weigern sich oft, sich dieser Unternehmenspolitik zu unterwerfen. Sie berufen sich in ihrem Diskurs auf das „Recht einen Angehörigen reinzubringen“. Im Rahmen dieses Konflikts wird deutlich, was als Unrecht empfunden wird und dass eine sehr klare Vorstellung davon existiert, was ihr Recht ist und wie sie dieses definieren. An diesem Punkt tritt auch das politische Bewusstsein der ArbeiterInnen stärker ans Licht, denn Arbeitsplätze unter den Bedingungen, die das Unternehmen stellt, zu akzeptieren, bedeutet die KollegInnen und die historischen Errungenschaft, die im Kollektivvertrag verankert sind, zu verraten:

Und immer so bei den Sitzungen, man wusste sogar was wir hier in der Gewerkschaft besprachen. Nimm an, mir sagten sie: „Eh, dir gefällt...“ „Nein, nur das, was ich sehe und mir gefällt nicht, dass es Verrat gibt. Ich sage nur das, was ich sehe.“ Nein, ich will ja auch nicht schweigen. Wie ich Ihnen sage, in den Gesprächen – diese Vereinbarung, aber das Unternehmen hat mich nicht gekündigt. „Wart, ich lasse mich nicht auf so etwas ein...“ „Nein, hab dich nicht so, komm her und wir geben dir eine Chance“. Sicher nicht! Sie wollen, dass einer seine Würde

verkauft. Wir haben das Recht auf diese Vereinbarung, einen Angehörigen reinzubringen, einen Sohn oder wen auch immer. (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

Einerseits beweist die Tatsache, dass die meisten ArbeiterInnen der gewerkschaftlichen Opposition in der Sektion 147 aktiv sind, weil sie versucht haben ihren Posten an Angehörige weiterzugeben, ihrem Ansuchen jedoch nicht stattgegeben wurde, dass dieser Aspekt gewerkschaftspolitisch von hoher Brisanz ist. Andererseits fördert der Umgang des Unternehmens mit dieser Angelegenheit eine interne Spaltung, denn die ArbeiterInnen der Opposition beschuldigen ihre KollegInnen des Verrats, was zu einem sehr feindlichen Klima innerhalb der Gewerkschaft beiträgt. Somit schaffte es der Arbeitgeber, den Hass gegen ihn auf einen Teil der Gewerkschaft umzulenken, wodurch die Einheit zwischen den ArbeiterInnen entscheidend geschwächt wurde. In der Opposition findet dieser Verrat sogar Ausdruck in ihrer Sprache, indem KollegInnen, die sich an den Arbeitgeber verkauft haben, als „Unternehmen sein“ (ser empresa) bezeichnet werden (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010).

In dieser erwähnten Machtkonstellation wird sehr schnell klar, dass das Unternehmen nicht einfach nur irgendein Arbeitgeber ist, der als Privatfirma versucht seine Profite zu steigern, sondern er ist ebenfalls eine politisierte Institution mit einem Gedächtnis, die aus der Vergangenheit gelernt hat und dieses Wissen in der Gegenwart anwendet, indem sie sich aktiv in die Gewerkschaft einmischt bzw. diese für sich spielen lässt. Um es anders auszudrücken, die Línea Proletaria hat auch ein für die ArbeiterInnen wenig angenehmes Erbe hinterlassen, konkret, die Erfahrungen, die die AnwältInnen des Unternehmens, die größtenteils heute noch aktiv sind, in diesen Jahren gemacht haben. Aus ihrer Sicht war die Línea Proletaria eine der größten FeindInnen, die sie jemals gehabt haben und um sie zu entkräften, studierten sie deren Kampfstrategie ausgiebig. Somit verwundert es nicht, dass das Unternehmen über die Schwächen ihrer Gewerkschaft genau Bescheid weiß. Die Zerstörung und das Zusammenbrechen der Línea Proletaria trägt die Handschrift dieser Personen. Anders ausgedrückt, hat das Unternehmen im Gegensatz zu den ArbeiterInnen noch ein Gedächtnis über diese Zeit, und gleichzeitig dient es ihm in der Gegenwart dazu,

jeden Aktivismus in der Belegschaft einzudämmen, indem es sich einmischt und Teile der ArbeiterInnen zu seinen Gunsten manipuliert.

Die Spannweite der Unternehmenstaktiken, um ein erneutes Aufkeimen einer starken ArbeiterInnenbewegung zu unterbinden, ist sehr breit. Das aktuelle Exekutivkomitee der Sektion 147 wird von vielen ArbeiterInnen nicht anerkannt, weil die Wahlen 2008 und 2010⁷¹ manipuliert waren, denn es wurde innerhalb des Gewerkschaftsgebäudes gewählt, wobei nur den politisch wohlgesonnenen Personen Zutritt gewährt wurde (Jaramillo: 12.04.2008). Bei den Wahlen 2012 verzichtete die Opposition vollkommen auf die Beteiligung und hielt nur interne Wahlen ab (Zócalo Saltillo: 28.05.2013). 2014 wurde der Opposition ebenfalls die Wahlbeteiligung abgesprochen, nachdem sie geheime Wahlen außerhalb des Gewerkschaftsgebäudes angeordnet hatte (Zócalo: 13.09.2014). Auch wenn das Unternehmen bei den Wahlen nicht direkt anwesend war, so billigte es das Ergebnis auf indirekte Weise, indem es das Exekutivkomitee als Partner bei den Kollektivverhandlungen akzeptierte. Die Opposition hingegen hat ebenfalls ein eigenes Komitee, jedoch ist keines der beiden offiziell vom nationalen Exekutivkomitee anerkannt worden. Die offizielle Spitze der Sektion 147 trat aus der nationalen Bergbaugewerkschaft wegen der Problematik rund um Napoleón Gómez Urrutia aus, verwendet aber offiziell immer noch die Statuten dieser. Die beschriebene Konstellation ist aus der Sicht der ArbeiterInnen höchst schwierig, denn der fehlende rechtliche Rahmen kann in gewissen Situationen von Autoritäten als Argument verwendet werden, um jegliche gewerkschaftlichen Handlungen als illegal zu erklären. Gleichzeitig reflektiert dieses rechtliche Chaos auf lokaler Ebene auch jenes auf nationaler Ebene (siehe Kapitel 3.7.4. Die Ereignisse in der Bergbaugewerkschaft seit 2006). Diese Problematik könnte sich aber mit Rückkehr Napoleón Gómez Urrutia wieder wandeln.

Ein anderer Aspekt, der die Einmischung AHMSAs in die Angelegenheiten der Sektion 147 sehr deutlich macht, ist die Gründung der Alianza Minera Nacional (AMN). Im Grunde genommen handelt es sich dabei um eine gewerkschaftliche Ausrichtung innerhalb der Bergbaugewerkschaft, die versucht, das nationale Exekutivkomitee zu „reformieren“ und vor

⁷¹ Die Amtszeit der lokalen Gewerkschaftsfunktionäre beträgt vier Jahre, jedoch finden alle zwei Jahre Wahlen statt, um eine Hälfte des Gremiums auszutauschen.

allem Napoleón Gómez Urrutia zu „entthronen“, wobei die Struktur der Organisation ausgenutzt werden soll. Auf diese Weise soll suggeriert werden, dass es sich um eine demokratische Dissidenz von unten handelt, die eine Demokratisierung der nationalen Organisation fordert, obwohl gerade AHMSA viel zu deren Gründung beigetragen hat. Die Entstehung der AMN innerhalb der Sektion 147 nahm denselben Weg, d.h. es wirkte zunächst so, als ob es sich um eine Demokratisierungsbewegung von unten handelte, die aus der Opposition kam, die vor drei Jahren noch gegen Napoleón Gómez Urrutia gewesen war⁷². Das Unternehmen suchte dabei recht ungezügelt unter den politischen Anführern der oppositionellen Gruppen nach Personen, die sich seinem überregionalen Projekt anschließen wollten. Somit versuchte es, sich den Ruf dieser Individuen unter den ArbeiterInnen, sowie deren rhetorischer Fähigkeiten zu Nutze zu machen. Diejenigen Anführer, die nicht einwilligten, wurden gekündigt. Das Zeugnis einer von ihnen lässt die eigentlichen Intentionen AHMSAs hinter der AMN erkennen:

Das Unternehmen ruft mich, um mit mir zu sprechen. „Was ist los?“ Es sagt: „Du bist nicht einverstanden mit dem, was gerade gemacht wird?“ Ich sage: „Ich weiß nicht, ich weiß nicht was Sie meinen? Aber um was ich mich bemühe ist das Kollektive der Leute.“ „Deshalb bist du gegen die von der Alianza?“ Ich sagte: „Ja, weil uns die Alianza nichts bringt. Die Alianza bringt uns eine gelbe Gewerkschaft, eine schwache Gewerkschaft.“ „Wieso eine gelbe Gewerkschaft?“ „Ja, weil sie unseren Vertrag nicht einhalten wird.“ „Nein, dieser wird gleich bleiben“ sagte er. „Und Sie, woraus folgern Sie das, wenn sie doch zum Unternehmen gehören? Die, die solche Schlüsse ziehen, sind die Arbeiter.“ Und dort, (...) ihm gefiel das nicht und ich sage: „Ich hätte niemals gedacht, dass dieses Gespräch mit dir, meine Kündigung sei, ich dachte immer, dass es ein Gespräch zum Verhandeln wäre, und ich werde niemals hinter den Rücken der Arbeiter verhandeln.“ Er sagte: „Na gut, dann wirst du jetzt gehen wollen. Geh ‘n wir!“ „Ich werde nicht gehen, weil ich habe einen Vertrag!“ Er sagte: „Aber du hast einen Vertrag mit dem Unternehmen.“ Ich antwortete: „Nein, ich habe einen Vertrag mit der Gewerkschaft, weil die Gewerkschaft ist Eigentümerin unseres Kollektivvertrags und Sie als Unternehmen müssen mit der nationalen Gewerkschaft verhandeln und nicht mit mir.“ Er sagte: „Dein Vertrag ist aus!“ Ich sagte: „Mein Vertrag ist aus, wenn ich ein Zeitarbeiter bin, jetzt habe ich einen festen Posten, somit haben Sie kein Recht, zu sagen, dass der Vertrag aus ist.“ Er sagte: „Na, gut.“ (...). Ich weiß nicht wie ich es mache, aber du wirst gehen!“ Und ich: „Gut, wenn Sie mich kündigen wollen, aber es ist nicht gerechtfertigt, was sie mit mir machen. Sie als Unternehmen können mir nur

⁷²

Heute unterstützt sie ihn. Die genauen Hintergründe dazu werden später noch genauer dargelegt.

meinen Zugangsschlüssel wegnehmen und ich kann nicht mehr rein. Aber das, was sie mir jetzt antun, wird Konsequenzen haben.“ Er sagte: „Gut, verklag mich, hol dir einen Anwalt, du gewinnst in ein oder zwei Jahren, aber jetzt wirst du den Anwalt bezahlen müssen.“ (Arbeiter 6: Interview vom 16.05.2011)

Nach diesem Rauswurf aus der Fabrik näherten sich die Anführer der Opposition, die sich nicht bestechen lassen wollten, wieder an das nationale Exekutivkomitee an, von dem sie sich eigentlich vor einigen Jahren distanziert hatten. Die Notlage, in die sie wegen der ungerechtfertigten Kündigung gelangt waren, brachte sie dazu, ihre ursprüngliche Haltung gegenüber dem nationalen Generalsekretär Napoleón Gómez Urrutia aufzugeben, den sie eigentlich wegen seiner undemokratischen Amtsübernahme und seiner autoritären Politik nicht unterstützen wollten. Gleichzeitig ist Napoleón Gómez Urrutia für die Alianza Minera Nacional (AMN), zu der auch das lokale Exekutivkomitee der Sektion 147 gehört, das Feindbild schlechthin:

Wir werden mit unserem Kampf weitermachen, um unsere Gewerkschaft zurückzugewinnen, um uns definitiv von Napoleón und all diesen Leuten zu entledigen, die in Wahrheit nichts anderes machen, als uns auszurauben, zu plündern und zu erniedrigen. (Arbeiter 3: Interview vom 19.11.2010)

Es gibt kaum ArbeiterInnen, die in diesem Konflikt neutral geblieben sind und die sowohl die Hierarchie in der nationalen Gewerkschaft und die AMN als solches ablehnen.

Eine andere politische Taktik des Arbeitgebers ist die Bestechung der ArbeiterInnen, um sich Informationen zu beschaffen. Die Kooptierung einiger Anführer der Opposition war nur deshalb möglich, weil das Unternehmen über den internen Tratsch⁷³ informiert war und wusste, wer die Wortführer sind, die eigentlich keinen offiziellen Posten in der Gewerkschaft haben und an ihrem Arbeitsplatz eigentlich nicht auffallen, es sei denn, sie sind Abteilungssprecher.

Um sich diese Information zu beschaffen, werden wie zuvor schon angedeutet, bestimmte Errungenschaften instrumentalisiert, wie beispielsweise die generationelle Nachfolge, oder

⁷³ Dieser Tratsch hat in der Gewerkschaft einen eigenen Namen und wird als „grilla“, (Grille) bezeichnet.

die Besoldungsliste. Die ArbeiterInnen, die in den Genuss dieser „Privilegien“ kommen, verwandeln sich in Hassobjekte für die KollegInnen, denen diese verwehrt wurden. Einerseits bedingt sich diese Situation aus der Annahme, dass sich die „erwählten“ KollegInnen an das Unternehmen verkauft und dabei die politische Aktivität der gesamten Gruppe verraten haben, andererseits weil sie selbst nicht in den Genuss dieser Rechte kommen. Somit wird die interne Spaltung vertieft und die Position des Unternehmens gestärkt.

Wenn die positiven Anreize zur Bestechung nicht ausreichen, werden repressive Mittel angedroht. Dies passiert meist, wenn die gewerkschaftlichen Anführer zu den AnwältInnen der Personalabteilung zitiert werden, denen sie in rechtlichen Belangen meist unterlegen sind. Für gewöhnlich werden Personen mit einer klaren und kraftvollen Sprache zu Anführern einer Bewegung, was aber nicht automatisch bedeutet, dass sie genügend Wissen über die gesetzlichen Grundlagen haben und diese in Notsituationen auch verteidigen können, obwohl es natürlich Ausnahmen gibt. In diesen Momenten, in denen sie sich einer Gruppe von AnwältInnen ausgeliefert sehen und nicht auf den Rückhalt der Basis setzen können, sind sie schwach und leicht zu überzeugen, Dokumente zu unterschreiben, in denen sie sich dem Willen des Unternehmens unterwerfen:

A⁷⁴. war ein richtiger Anführer, sehr stark, er konnte mit seinen Worten überzeugen. Verstehst du? Aber es brauchten nur die Papiere daherkommen und er hat sich selbst den Kopf angestoßen, und unterschrieb. Das war, als das Unternehmen ihn kündigte, er alleine hat den Kopf angestoßen. Wieso hat er unterschrieben? (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011)

Eine andere Strategie, die es dem Unternehmen erlaubte, die Sympathien der ArbeiterInnen für sich zu gewinnen und deren ökonomische Ansprüche zu befriedigen, ohne größere Kosten aufwenden zu müssen, war die Auszahlung des Streikfonds an die Belegschaft und die Vergabe von Krediten in Höhe von 10.000 – 40.000 Pesos pro ArbeiterIn, denen dieser letztendlich vom Lohn abgezogen wird. Der Streikfond war ursprünglich wegen des Konflikts um Napoleón Gómez Urrutia seit 2006 eingefroren gewesen, jedoch mit der Distanzierung

⁷⁴ Dritte Personen wurden ebenfalls anonymisiert.

der Sektion 147 von der nationalen Bergbaugewerkschaft, wurde dieses Geld nunmehr an die ArbeiterInnen über das lokale Exekutivkomitee ausbezahlt. Aus Sicht der ArbeiterInnen handelt es sich dabei um Geld, das sie gezahlt hatten, aber zu dem sie seit Jahren keinen Zugang hatten, auch nicht für den Streikfall, für den dieser Fond eigentlich gedacht ist, somit erschien es ihnen gerechtfertigt, dieses Geld zumindest jetzt zu erhalten. Dennoch gerät dabei oft ins Hintertreffen, dass sie im Zuge der Auszahlung einwilligen, politisch inaktiv zu sein und keine Forderungen an das Unternehmen zu stellen. Außerdem wurde die Verteilung dieses Geldes an einem Datum organisiert, an dem gleichzeitig über die Ergebnisse der Kollektivverhandlungen abgestimmt wurde. Somit gab es kaum Beschwerden über diese Ergebnisse, die nicht besonders gut ausgefallen waren, weil die Mehrheit der ArbeiterInnen auf das Geldes wartete (Arbeiter 4: Interview vom 15.05.2011).

Im Fall der Kredite verliert das Unternehmen ebenso wenig, weil der Lohn oder die Gewinnbeteiligung der ArbeiterInnen als Rücklage dafür dienen. In der Opposition regte sich hinsichtlich dieser Unternehmenspolitik jedoch Widerstand, so schrieb diese auf einen Flugzettel vom 11. Mai 2011 folgenden Kommentar:

Auch rufen wir diejenigen auf, die sich Anführer nennen, zu analysieren, was sie in den letzten Jahren gemacht haben, als sie der vormaligen kämpferischen Organisation, wie dies unsere glorreiche Sektion 147 war, vorstanden; und dass sie den ganzen Schaden, den sie nicht nur der Sektion, sondern auch allen Arbeitern und deren Familien angerichtet haben, sehen; ihr Machtstreben ist so groß, dass sie nicht sehen, dass wir Tag für Tag Garantien, die in unserem Kollektivvertrag festgelegt sind, verlieren. Wir möchten sie fragen, ob sie die aktuelle und die vorherige Steuerübersicht bei der Hand haben, wo uns auf Kosten der Gewinne Kredite verliehen wurden, wir wollen keine weiteren Kredite, sondern die, die uns zustehen. (Flugblatt der Opposition der Sektion 147 vom 11.05.2011)

Die Liste der Unternehmenstaktiken, um sich eine unterwürfige Gewerkschaft zu schaffen, ist lang, jedoch verwundert es dennoch, dass der Geschäftsführer AHMSAs, Alonso Anciras, ein sehr positives Image unter der Belegschaft genießt. Aus Sicht der ArbeiterInnen sind die „Bösen“ die AnwältInnen der Personalabteilung, die eben auch die politischen Aktivitäten der ArbeiterInnen überwachen und sich auf indirekte Weise einmischen. Sie glauben, dass die AnwältInnen ihrerseits um einen internen Karrieresprung bemüht sind, und sich deshalb

bei der Unternehmensführung mittels der Zügelung der gewerkschaftlichen Aktivität besonders anbieten. Auch wenn dies zum Teil stimmen mag, so bleibt diese Interpretation dennoch zu einseitig, da die ArbeiterInnen ausschließlich mit diesen Personen zu tun haben, die für sie das Unternehmen verkörpern, während die Unternehmensführung kaum Kontakt mit der Belegschaft hat. Das einzige, was sie über sie wissen, erfahren sie aus den Medien, wobei diese um ein positives Image der Direktoren bemüht sind, so werden diese beispielsweise erwähnt, wenn sie der Stadt eine Schenkung machen. Diese Art von Paternalismus hat Tradition bei AHMSA und beeinflusst natürlich die Wahrnehmung der ArbeiterInnen. Dieser Aspekt taucht ebenfalls in den Flugzetteln der Opposition auf, wenn sie von Alonso Anciras fordern, die Personalabteilung und ihre Machenschaften besser zu überwachen und sich der Anliegen der ArbeiterInnen anzunehmen:

Wir ermahnen den Direktor von Altos Hornos de México, Alonso Ancira Elizondo, dass er sich stellt, wie er es zu tun gepflegte, und den Missbrauch, der von der Personalabteilung betrieben wird, stoppt. (...) Diese Handlungen, die von der Personalabteilung gefördert werden, gefährden den Frieden und die soziale Stabilität, wenn die Folgen ihrer Aktionen nicht gemessen werden... Wir klagen sie u.a. des Vandalismus, der Beleidigung, der kriminellen Vereinigung an, zusätzlich zu allem, wofür sie aufgrund ihre Gangsterhandlungen verantwortlich gemacht werden können und für die Einschränkung des Rechts der Arbeiter, um sich zu vereinigen, ihre Meinung zu äußern, ebenso wie zu wählen und die beste Entscheidung zu treffen. (Flugzettel der Opposition: 28. 05.2010)

Die Tatsache, dass die AnwältInnen der Personalabteilung auch mit der Privatisierung AHMSAs nicht ausgewechselt wurden, lässt vermuten, dass dies von der Unternehmensführung aufgrund deren Erfahrung so gewollt war, denn sie sind bis zu einem gewissen Punkt auch die UrheberInnen des Endes der Línea Proletaria und des massiven Stellenabbaus. Vom Standpunkt der ArbeiterInnen aus gesehen, sind sie es, die Schuld daran tragen, wenn das Unternehmen in den letzten Jahren nicht genügend vorangekommen ist, weil sie die ArbeiterInnen nicht in Frieden ihre Tätigkeit verrichten ließen. Wie schon erwähnt, herrscht die Meinung vor, dass ein privates Unternehmen im Vergleich zu einem staatlichen besser ist und dass die ArbeiterInnen bereit sind, das Ihre beizutragen, um die Firma international wettbewerbsfähig zu machen, aber es sind die AnwältInnen der

Personalabteilung, die diese Entwicklung abbremsen, weil sie nach wie vor in der Zeit der Parastaatlichkeit verweilen und daher die Produktion beeinträchtigen:

Weil jetzt, diejenigen, die diese Bewegung vorantreiben, die das Unternehmen beeinträchtigt, das sind nicht die Arbeiter, sondern dieselben aus der Personalabteilung, dieselben Anwälte die dort waren, als es noch der Regierung gehörte. Das heißt, das sind Leute, die schon 30, 40 Jahre dort im Unternehmen sind und glauben ... naja, weiter für die Privaten weiterarbeiten, das heißt, sie tragen nicht das Ihre bei, so wie es sein sollte, um das Unternehmen weiterzubringen. Was ist das? Vorwiegend Disziplin zu haben (...) und die internen Gesetze zu respektieren und somit, das Unternehmen weiterbringen und wir bringen uns und unsere Familien, die Gesellschaft weiter.
(Arbeiter 5: Interview vom 16.05.2011)

Auch die Angst vor einer Kündigung trägt dazu bei, dass das Unternehmen nicht tiefergehend angegriffen wird. Es besteht natürlich ein Bewusstsein darüber, dass der Großteil der Probleme der Belegschaft mit der von oben diktierten Unternehmenspolitik zu tun hat, obwohl letztendlich die KollegInnen, die einen Verrat begangen haben, oder die AnwältInnen der Personalabteilung angeklagt werden. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass der Verlust des Arbeitsplatzes mit dem Verlust der ArbeiterInnenidentität einhergeht, die sehr stark an AHMSA und Monclova geknüpft ist, zusätzlich zu den sozialen Problemen, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Aus diesem Grund ist die Wahrnehmung der ArbeiterInnen über ihren Arbeitgeber etwas ambivalent, weil sie sehr wohl die Strategien kennen, mit denen versucht wird, ihre Organisation zu zerstören, sie jedoch aus wirtschaftlichen Gründen auf den Arbeitsplatz angewiesen sind. Ebenso besteht weiterhin der Stolz, zur Sektion 147, einer der größten und historisch einflussreichsten Mexikos, zu gehören.

4.4.5.3. Die aktuellen Probleme am Arbeitsplatz

In diesem Abschnitt möchte ich die aktuellen Probleme der Sektion 147 behandeln, denn ihre Handhabe in der Opposition und die individuellen Antworten darauf, bestimmen auch den Inhalt der Workshops zum Arbeitsrecht.

Auch wenn das lokale Exekutivkomitee der Sektion 147 dem Unternehmen zuarbeitet, bedeutet dies keinesfalls, dass die Probleme am Arbeitsplatz verschwinden würden, sondern

der Umgang mit ihnen wird größtenteils zu einem Politikum, was auch mit der Geschichte der Sektion und jener AHMSAs zu tun hat. Zunächst ist anzumerken, dass sich das lokale Exekutivkomitee zusehends von den Problemen der ArbeiterInnen und deren Bedürfnissen distanziert hat. Die Probleme, welchen die StahlarbeiterInnen tagtäglich ausgesetzt sind, finden v.a. in ihrer unmittelbaren Arbeitsumgebung, in ihren Abteilungen, statt. Auch wenn die Gewerkschaft offiziell dafür zuständig wäre, diese Probleme zu lösen, haben ihre Betriebsräte wenig Ahnung von dem, was innerhalb der einzelnen Abteilungen passiert, da sie von ihrer beruflichen Tätigkeit freigestellt sind und sich die meiste Zeit nicht in der Fabrik, sondern im Gewerkschaftsgebäude aufhalten. Obwohl dies in allen Sektionen der Fall ist und ein regelmäßiger Besuch der Fabrik zum Pflichtprogramm gehört, trägt die fehlende Legitimität des Exekutivkomitees wesentlich zu einer Distanzierung von der Basis bei. Diese betrachten ihre Repräsentanten aufgrund der manipulierten Wahlen, die auf eine enge Kooperation mit dem Unternehmen rückschließen lässt, mit Misstrauen. Wenn also Probleme auftauchen, wenden sich die ArbeiterInnen nicht automatisch an den Betriebsrat, für gewöhnlich tun sie das nur, wenn sie ein ganz konkretes Anliegen haben, das klar in dessen Zuständigkeitsbereich fällt. Diejenigen, die einen besseren Einblick in die tagtäglichen Probleme haben, sind die gewerkschaftlichen AbteilungsrepräsentantInnen und die KommissionärInnen, letztere werden für Verhandlungen zu bestimmten Sachlagen gewählt (z.B. Sicherheit, Beförderung, Fortbildung, usw.). Diese Personen befinden sich in einem permanenten Austausch mit der Basis, jedoch haben diese Posten in rechtlicher Hinsicht viel weniger Einflussmöglichkeiten. Die Distanz zwischen Exekutivkomitee und Basis eröffnet einen Raum, der teilweise sehr politisiert wird und eine gewisse Dringlichkeit besitzt, weil es dabei um konkrete und meist akute Probleme geht, die gelöst werden müssen. Genau diesen Raum macht sich die Opposition für ihre politische Aktivität zu Nutze.

Die Abteilung an sich ist ein politisierter Raum, jedoch ist das zur Sprache bringen der konkreten Probleme zwischen den KollegInnen in dieser Umgebung eher unüblich, man scherzt oder kommandiert mehr. Politisch ist dieser Raum insofern, da die Macht des Arbeitgebers allgegenwärtig und am eigenen Körper spürbar ist. Es ist ein extrem überwachter Raum, in dem die Produktionslinien die Körperbewegungen der ArbeiterInnen vorgeben, sollte etwas nicht funktionieren, gibt es AufseherInnen, die sich dieser Probleme

annehmen und die Interessen des Arbeitgebers vertreten. Zu dieser allgemeinen Machtverteilung am Arbeitsplatz kommen schließlich die alltäglichen Probleme hinzu, wie beispielsweise Auseinandersetzungen mit dem Vorgesetzten, die meist einen bitteren Beigeschmack haben, wenn diese von ihrer Autorität Gebrauch machen; oder die extreme Ausbeutung der Arbeitskraft, die nicht entsprechend abgegolten wird, wie bei der Streichung der Mittagspause oder im Fall von Überstunden. Die Aussage eines interviewten Arbeiters zeigt wie stark diese Überwachung sein kann und dass selbst Toilettengänge streng überwacht werden:

Jetzt ist es viel mehr Druck wenn man dort ist, die acht Stunden. Weil jetzt kommt nicht mehr dein Chef und sagt: „He, Nein!“ „Jetzt wenn ihr kommt, esst vorher und geht vorher auf die Toilette.“ (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

Ein anderer Aspekt, der hier schon angesprochen wurde, ist die Verletzung der Beförderungsliste, die meist Hand in Hand mit der Nichtbeachtung der Dienstjahre geht. Meist geht es darum, dass freiwerdende und verantwortungsvolle Posten an jüngere Personen mit weniger Dienstjahren vergeben werden, selbst ZeitarbeiterInnen werden teilweise mit diesen Stellen bedacht. Dies bedeutet aber nicht nur einen Aufstieg innerhalb der Firma, sondern bringt auch eine bessere Bezahlung für diese Personen mit sich, während langgediente ArbeiterInnen auf ihren Posten bleiben müssen. Die Verletzung der Beförderungsliste kann aber auch bedeuten, dass die beförderten Personen nun Tätigkeiten ausführen, die nicht ihrem Lohnniveau entsprechen und dafür nicht bezahlt werden (Arbeiter 6: Interview vom 16.05.2011).

Das größte Problem in der Fabrik betrifft jedoch die Sicherheit, denn ihre Nichteinhaltung spielt unweigerlich mit dem Leben der ArbeiterInnen. Die Tatsache, dass es jedes Jahr einige Tote im Werk gibt, beweist, dass es in dieser Frage einen großen Nachholbedarf gibt. Die Kurse zu Sicherheit am Arbeitsplatz sind auf die Produktionssituation nicht anwendbar, denn sie gehorcht einer anderen Logik. Diese Fortbildungen dienen mehr zum Prestigegewinn der Firma, die sich nach außen hin damit rühmt, sich um das Wohl ihrer ArbeiterInnen zu kümmern, aber sie sind nicht auf den konkreten Arbeitskontext zugeschnitten. Am

Arbeitsplatz herrscht die Logik der konstanten Produktionssteigerung vor, selbst über das Wohl der ArbeiterInnen hinweg. Der Druck ist extrem groß:

Also zum Beispiel dort wo ich arbeite, am Hochofen 4, (...), was dort das Ärgste ist? Die giftigen Gase. Die giftigen Gase, die dort entstehen. (...) wenn man eine gewisse Zeit dort ist, haben wir einen Apparat für (...) 200 Thermoelemente pro Stunde, nach 200 Thermoelementen erklingt der Alarm, wenn man nicht mehr länger dort bleiben kann. Also bleiben wir rund 5 Minuten dort. Danach: „Geht sofort raus, egal, zuerst kommt euer Leben!“ Aber in der Situation, in der Situation: „He, geh’n wir, he, geh’n wir!“ „He, es ist zu viel Gas!“ „Wir gehen eh gleich raus“, sagt der Chef. „Warte noch, wir gehen gleich raus. Nein, wenn du jetzt gehst, werde ich sagen, dass du den Arbeitsplatz verlassen hast.“ (...) Es gibt Kollegen, die sind dort ohnmächtig geworden wegen dem Gas. (Arbeiter 6: Interview vom 16.05.2011)

Die Sicherheit am Arbeitsplatz ist gerade bei der Stahlproduktion ein sehr zentrales Thema, denn diese zählt zu einer der gefährlichsten Branchen⁷⁵. Die Arbeitsbedingungen in manchen Abteilungen sind trotz Schutzbekleidung körperlich kaum auszuhalten, v.a. wegen der Hitze, den Gasen, dem Staub und dem extrem schweren Material, das es zu transportieren gilt. Selbst die Wartung der Maschinen, die mit Hochstrom betrieben werden und oft nicht richtig geschützt sind, ist keine zu unterschätzende Tätigkeit:

Ich fing dort zu arbeiten an und dann, die Abteilung war viel zu heiß, also sie zog mich sehr in Mitleidenschaft. Also die Zonen, wo ich hinging, z.B. ging es darum den Frachtkahn einzuhängen, sich direkt in die Gruben zu begeben – die Gruben, auf beiden Seiten glühte es, also waren die Flammen, um das Eisen aufzuheizen – naja, und mich schädigte das sehr. Ich ging mit den Kollegen rein und wenn wir fünf Minuten drinnen waren, sie hielten es zehn Minuten aus, ich hielt es nur fünf Minuten aus, ging raus und übergab mich. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

⁷⁵ Laut den Daten des Mexikanischen Gesundheitsinstituts (IMSS) aus dem Jahr 2013 war nur die Aktivität in der Branche „Förderung von mineralischen Rohstoffen“ noch gefährlicher als die „Metallerzeugung“, zu der auch die Stahlproduktion zählt. Bei den Berufskrankheiten weist die „Förderung von mineralischen Rohstoffen“ einen Index von 60,6 (Fälle pro 10.000 Arbeiter) und die „Metallerzeugung“ 54,7 auf. Bei der dauerhaften Berufsunfähigkeit sind die entsprechenden Indizes 14,7 (Fälle pro 1.000 Arbeiter), und 6,5 (IMSS: 14.09.2014)

Es handelt sich also um eine Vielzahl von Problemen, die sich am Arbeitsplatz ergeben, und das Nicht-darüber-sprechen-können in demselben Raum, indem sie entstehen, wie dies zu Zeiten der Línea Proletaria üblich war, verkompliziert die Angelegenheit. Aufgrund der Dringlichkeit mancher Fälle suchten sich die meisten ArbeiterInnen eine andere Möglichkeit, um über ihre Probleme am Arbeitsplatz zu reflektieren, meistens sind dies Gespräche mit KollegInnen, FreundInnen und Angehörigen oder direkt in der Opposition, manchmal in der Gewerkschaft, wieder andere „halten die Ungerechtigkeiten aus“. Auch ist die individuelle Verhandlung mit den Vorgesetzten eine übliche Praxis. Bei der Umfrage, die ich im November 2010 in besagter Sektion durchführte, antworteten die Interviewten auf die Frage „Was machen Sie, wenn Sie sich in einer Arbeitsangelegenheit ungerecht behandelt fühlen?“ mit mehrfacher Antwortmöglichkeit folgendermaßen: 20,9% wendet sich an die Gewerkschaft, 20,9% an die Opposition, 19,8% verhandelt direkt mit dem Vorgesetzten, 13,9% schaut im Kollektivvertrag nach, 10,5% bespricht dies mit der Familie, 7% macht nichts und 7% gaben andere Optionen an.

4.4.5.4. Die Opposition der Sektion 147

Wenn die Verhandlungen mit der Gewerkschaft oder den Vorgesetzten scheitern, so ist die Opposition die nächste Adresse, an die sich die ArbeiterInnen wenden, wenn sie Probleme am Arbeitsplatz haben, besonders dann, wenn die Kritiken etwas stärker ausfallen. Dabei muss die Strukturierung der Opposition in verschiedenen Gruppen mit ihren jeweiligen Farben mitbedacht werden, wobei aber nicht jede Gruppe automatisch eigene Ziele verfolgt. Dies erscheint zunächst etwas undurchsichtig, erklärt sich aber damit, dass die Gruppen ihren Ursprung in den verschiedenen Arbeitsabteilungen haben. Danach kam es zu verschiedenen politischen Ausrichtungen, wobei sich Gruppen mit ähnlichen Ansichten zusammenschlossen. So besteht derzeit die Opposition der Sektion 147 aus folgenden Gruppen: die Orangen, die Neuen Orangen, die Roten und bis 2009 Guinda:

Naja, das sind Farben, aber keine Ideale. Es sind Farben, weil logischerweise sind es sehr große Abteilungen. Um dir ein Beispiel zu geben, meine Abteilung, da sind 700 Leute, also eine Farbe bestimmst du in deiner Abteilung und dann kommen mehr und mehr Leute dazu und in einer anderen Abteilung suchen sie ihr Ideal nach der Farbe aus. Was macht die Farbe eigentlich? Sie

repräsentiert nur. (...) Die Roten konkurrieren mit den Guinda, aber wenn sie dieselben Ideale haben, vereinen wir uns. Zu was? Zu einer Allianz. (...) Sagen wird die Farben Guinda, Blau, Gelb und Weiß. Diese vier Farben vereinen sich, weil sie dieselben Ideale der Opposition teilen. Und dort haben sich die Braunen und die Grünen vereint, und sie werden mit diesen vier Farben konkurrieren. Also geht es mehr ums Konkurrieren. Jede Farbe hat seinen Anführer, jede Farbe hat seinen Repräsentanten und seine Aktivisten. (Arbeiter 6: Interview vom 16.05.2011)

Die Vielfältigkeit der Gruppen, die für sich genommen relativ klein sind, macht Allianzen notwendig, um politische Veränderungen herbeizuführen. Für gewöhnlich sind das nur vorübergehende Kooperationen, die sich meist auflösen, wenn der Anführer einer Gruppe einen anderen Weg einschlägt. Das Element, das die Gruppendynamiken am stärksten beeinflusst, ist das Machtstreben der Führungspersönlichkeiten. Damit sich diese jedoch Glaubwürdigkeit und Legitimität bei der Basis verschaffen, müssen sie für diese auch Verbesserungen erwirken, was sie am ehesten über die Kooperation mit anderen Gruppen erreichen können.

Die Spaltungstendenz ist am stärksten, wenn es zu größeren internen Diskussionen kommt, besonders zwischen den Anführern. Für gewöhnlich gründen die Anführer mit ihren AnhängerInnen eine neue Gruppe. Die Auseinandersetzungen können verschiedenster Art sein, ein Grundmotiv ist immer der Verrat an der Gruppe. Aus diesem Grund haben die Gruppen an sich auch nicht die Bedeutung, die sie zunächst zu haben scheinen:

Als ich zur Gewerkschaft kam, kam ich als die Weißen an der Macht waren und ich gesellte mich zu ihnen, um zu diskutieren. Wir stiegen aus, gründeten die Gruppe „Vereinigung“, die blaue Gruppe, (...) um, wie man so sagt (...), um die Macht mit denen, die dort waren, zu kämpfen. Wir gewannen mit B. Als wir mit B. hinkamen, sahen wir, dass wieder dieselben Fragen auftauchten. Wir waren verärgert, wir stiegen aus. Wir gründeten die gelbe Gruppe und traten erneut in den Kampf und wieder, wir gewannen mit der Gruppe der Gelben... (Arbeiter 5: Interview vom 16.05.2011)

Der gerade zitierte Abschnitt gibt Einblicke in die Beziehung zwischen dem lokalen Exekutivkomitee, das, sobald es gewählt ist, dem Unternehmen zuarbeiten und der Basis. Auch innerhalb der Opposition, wiederholt sich dasselbe Schema, jedoch mit der Ausnahme,

dass sich die Gruppen nicht so weit voneinander entfernen, weil sie das lokale Exekutivkomitee als gemeinsamen „Feind“ haben.

Trotz dieser Probleme beschreibt die Opposition im Moment einen Raum, in dem mehr Kritik möglich ist, aber diese Inkonformität zwingt sie dazu, sich bis zu einem gewissen Punkt versteckt zu politisieren. Weil sie des Öfteren Opfer gewaltsamer Übergriffe von Schlägertrupps des lokalen Exekutivkomitees geworden sind, finden die Treffen nicht in einem Lokal oder bei jemandem zu Hause statt, sondern in Parks oder Ställen. Dieser Raum wird sehr gepflegt, denn das Unternehmen versucht konstant ArbeiterInnen zu infiltrieren, entsprechend hoch ist das Misstrauen gegenüber externen Personen. Obwohl die Probleme am Arbeitsplatz sehr wohl diskutiert werden, sind die größten Gesprächsthemen „gewerkschaftlicher Tratsch“ (grilla sindical), also gewerkschaftsinterne Problematiken zwischen den Gruppen, die letztendlich die Sektion als Ganzes schwächen. Sobald sich die einzelnen Gruppen untereinander wegen Kleinigkeiten zerstreiten, verringert sich auch die Mitgliedschaft in diesen Gruppen, weil keine realen Lösungsvorschläge für anstehende Probleme gemacht werden, geschweige denn an deren Umsetzung gearbeitet wird (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011).

Dieser Raum ist männlich dominiert, obwohl es vereinzelt Frauen gibt, die in der Fabrik arbeiten und sich teilweise in der Opposition beteiligen, jedoch wird von ihrer Seite kein feministischer Blickwinkel eingebracht. Allgemein gesehen, ist die Stahlproduktion und die Gewerkschaftspolitik zum Großteil männlich.

Die Treffen der oppositionellen Gruppen finden wöchentlich statt und enden meist bei einem „gemütlichen Beisammensein“ bei dem entsprechend Alkohol konsumiert wird. Dieser Punkt ist intern umstritten, weil dadurch oft die Aufmerksamkeit von wichtigeren Angelegenheiten abgezogen wird. Der Alkoholgenuss kann in gewisser Weise aber auch einen positiven Effekt mit sich bringen, wenn eher zurückhaltende ArbeiterInnen die Scheu verlieren und ihr Unbehagen zur Sprache bringen oder die Gemeinschaft auf diese Weise gestärkt wird:

Es wird viel von hier nach da bewegt. Die Politik spornt einen an. Ich sage manchmal zu meinen Kollegen: „Wir verlieren doch zu viel Zeit.“ „Nein, nein, wir verlieren keine Zeit, wir investieren sie.“ Das ist was anderes! Verlieren heißt, man hat ein Treffen und das löst sich dann auf, aber

mit dem Komitee trinken, dann kommen die Leute. (...) Wie auch immer, so reden die Leute mehr. Natürlich, die Feiern sind gut, weil so viel mit wenig geregelt wird. Wenn du dich so in der Politik bewegst, saugt sie dich auf, weil du so montags, dienstags, mittwochs unterwegs bist und wir die ganze Woche gefangen sind. (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

Die ArbeiterInnen, die politisch aktiver sind, treffen sich auch ein oder mehrmals wöchentlich separat mit ihrer Gruppe, um über Probleme zu diskutieren. Der Aktivismus ist also ein fixer Bestandteil der ArbeiterInnenroutine und beschreibt bis zu einem gewissen Punkt auch einen Lebensstil. Das Engagement, das die Politisierung mit sich bringt ist sehr hoch und trägt auch zu einer Stärkung der Identität der StahlarbeiterInnen von Monclova bei, denn es handelt sich dabei um ein Charakteristikum, das sowohl alle Gruppen, als auch beide Sektionen AHMSAs teilen:

Also gingen wir aus dem Unternehmen, wir arbeiteten von sieben bis drei Uhr und wir gingen raus und wir nahmen uns Zeit für unsere Treffen, für die Familien und dann wieder dasselbe, in die Arbeit. Also, wir bewegen uns immer auf diese Weise. (Arbeiter 3: Interview vom 18.11.2010)

Diese Politisierung und die Aufspaltung nach Gruppen, die ursprünglich in den Abteilungen gegründet wurden, haben ihre Wurzeln in der Línea Proletaria, obwohl es vor ihr schon ähnliche Bewegungen gab. Die Gruppen haben jedoch viel von ihrer politischen Durchschlagskraft eingebüßt, v.a. wegen der Personalkürzungen, aber auch wegen den gewerkschaftsinternen Auseinandersetzungen.

Auf den nächsten Seiten möchte ich die interne Situation in der Opposition genauer darlegen, sowohl in Bezug auf ihre Handlungen, wie auf ihre interne Organisation, denn dies beschreibt auch den Rahmen, in dem die WorkshopteilnehmerInnen handeln.

Das größte Problem der Opposition, das sich auch zu einem Identifikationsmerkmal herauskristallisiert hat, ist ihre fehlende legale Macht und die Marginalisierung, von Seiten des lokalen Exekutivkomitees und dessen Beziehungen zum Arbeitgeber. Die Wahlmanipulationen und das Taktieren der Anführer dieser Gruppe, in Form der Instrumentalisierung von Arbeitsrechten zu eigenen Zwecken, sind zu den größten Diskussionspunkten in der Opposition geworden. Gemeinsam mit der Alianza Minera Nacional werden die Gruppe der Grünen und das Exekutivkomitee, als VerräterInnen der

Anliegen der ArbeiterInnenschaft betrachtet. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass das Bild der „VerräterInnen“ oftmals noch negativer ist als jenes des Arbeitgebers selbst, weil die ehemaligen KollegInnen das Vertrauen der eigenen Leute ausgenutzt haben. Aus diesem Grund ist der Haupttenor der auf den Flugzetteln der Opposition zu finden ist, meist eine Negativkampagne gegen die Gruppe, die an der Macht ist. In bestimmten Momenten explodiert dieser aufgestaute Zorn und es kommt zu gewaltvollen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise bei den Wahlen der Sektion 147 im Jahr 2008, als der Opposition der Zutritt zu den Wahlurnen verweigert wurde (Jaramillo: 12.04.2008), oder als 2010 einige Vertreter des nationalen Exekutivkomitees ein Treffen bei einem Arbeiter zu Hause abhielten, in das die Anhänger der Gruppe der Grünen einbrachen (Parro: 04.06.2013). In beiden Fällen wurden einige Personen verletzt und es kam zu Sachschäden.

Die Rhetorik mit der die Zusammenstöße in beiden Gruppen gerechtfertigt wird, ist sich jedoch oft sehr ähnlich: Die andere Gruppe wird immer als Schlägertrupp bezeichnet, die aus gewerkschaftsfernen Personen besteht und nicht bekannt sind. Obwohl der Einsatz von Schlägertrupps eine übliche Praktik ist, sowohl in der Gewerkschaft als auch allgemein bei Sozialen Bewegungen, so ist die Definition davon, wer zu dieser Gruppe gehört, sehr dehnbar. Oft handelt es sich auch nur um ArbeitskollegInnen, denen von der lokalen Gewerkschaft ein Arbeitsplatz für die eigenen Kinder versprochen wurde, es können aber auch ArbeiterInnen aus anderen Sektionen sein oder ZeitarbeiterInnen, die um eine Fixstelle bemüht sind oder einfach nur ArbeiterInnen, die mit den Idealen der anderen Gruppe nicht übereinstimmen. Gegenüber den lokalen Medien, die über diese Konflikte berichten, wird meistens behauptet, die GegnerInnen nicht zu kennen, obwohl sie meist sehr wohl wissen, um wen es sich handelt. Das öffentliche Eingeständnis, die Personen der angreifenden Gruppe zu kennen, würde aufdecken, dass es sich dabei um einen längeren Konflikt handelt, der die eigene Viktimisierung schmälern würde, mit der ebenfalls taktiert wird.

Im Fall der Opposition ist die Rechtfertigungsgrundlage für einen Zusammenstoß der „Nichtbesitz von Macht“, der nur indirekt zur Sprache kommt, indem die Wahlmanipulation, der Verkauf von Arbeitsrechten und die Diskriminierung durch die Vorgesetzten und durch das lokale Exekutivkomitee angeprangert werden. Da diese Konflikte, die meist verbaler Art sind, in der Opposition vorherrschen, sind sie ebenfalls zu einem Identifikationsmoment für

diese geworden. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch eines der größten Hindernisse, um tatsächliche Veränderungen in der Sektion voranzutreiben.

Auch gibt es ein Kapitel in der jüngeren Geschichte der Sektion 147, das keine der Gruppen so recht erwähnen will, denn während eines halben Jahres (August 2008 bis Februar 2009) gab es eine Kooperation zwischen der Gruppe der Grünen und der Opposition. Dies war möglich, weil gemeinsam beschlossen wurde, sich vom nationalen Exekutivkomitee aufgrund der Probleme, die sich rund um die Absetzung Napoleón Gómez Urrutias gebildet hatten, loszukoppeln und unabhängig mit dem Arbeitgeber zu verhandeln. Dabei war ursprünglich die Opposition gegen das nationale Exekutivkomitee gewesen, eine Haltung der sich die gesamte lokale Sektion anschloss. Die Übereinkunft, die mit dem Unternehmen getroffen wurde, schloss die Verpflichtung zu streikfreien Kollektivverhandlungen seitens der Gewerkschaft ein, während der Arbeitgeber bereit war, größere Zugeständnisse zu machen und weitreichendere Forderungen zu erfüllen. Dabei sei daran erinnert, dass das Jahr 2006 für den Bergbau- und Stahlsektor sehr stürmisch gewesen war, weil viele Sektionen der nationalen Gewerkschaft zur Unterstützung ihres Generalsekretärs in Streik getreten waren, der den Unternehmen erhebliche Einbußen brachte. In der Sektion 147 hatte es aus demselben Grund gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen gegeben. AHMSA versuchte daher, diesem Chaos Einhalt zu gebieten und streikbedingte Verluste zu verhindern, was eben mit diesem Übereinkommen mit der Sektion 147 erreicht werden konnte (Zócalo Saltillo: 05.06.2013). In diesem Zusammenhang hatte die Sektion einen größeren Forderungsspielraum und es konnten durchaus Verbesserungen bei den Kollektivverhandlungen erwirkt werden, die das Unternehmen erfüllen musste. Im folgenden Kapitel werde ich diesen Aspekt noch genauer ausführen.

Eine andere Handlung, die von der Opposition durchgeführt wurde, war der Hungerstreik einiger Anführer, die kurz vor den lokalen Gewerkschaftswahlen 2010 ungerechtfertigterweise entlassen wurden, weil sie sich nicht für die Alianza Minera Nacional rekrutieren haben lassen. Einige Angehörige und KollegInnen traten ebenfalls in Hungerstreik, während die Opposition einen Solidaritätsmarsch organisierte. Auf diese Weise wurde das Vorgehen des Unternehmens öffentlich angeprangert und die Wiedereinstellung der gekündigten Arbeiter gefordert. Nach 18 Tagen wurde der Streik

beendet, nachdem das Unternehmen und VertreterInnen der Landesregierung von Coahuila Verhandlungen im Tausch gegen die Räumung des Hauptplatzes anboten, den die Streikenden besetzt hatten. Als sich die Arbeiter nach Saltillo begaben, wo die Verhandlungen stattfinden sollten, wollte sie jedoch niemand in Empfang nehmen und der Streik blieb ohne Ergebnisse (Arbeiter 6: Interview vom 16.05.2011).

Eine andere Praktik, die von beiden Gruppierungen der Sektion 147 (Opposition und Exekutivkomitee) betrieben wird, ist die politische Überzeugungsarbeit unter den ArbeiterInnen der Region. Monclova ist die größte Stadt am Rande des Kohlereviers und die beiden Stahlsektionen (147 und 288) haben großen Einfluss auf die Gemeinden der Kohleregion. Beide Gruppierungen versuchen sich so, einen größeren gewerkschaftspolitischen Rückhalt in der Region zu verschaffen. Im Fall der Opposition, die sich nach der Kündigung ihrer Anführer wieder dem nationalen Exekutivkomitee angenähert hat, gibt die nationale Gewerkschaft wichtige Impulse für diese Überzeugungsarbeit. Auf der anderen Seite steht das lokale Exekutivkomitee mit der AMN, die ebenfalls die umliegenden Sektionen für sich gewinnen will.

Eine der letzten größeren Aktionen, die von der Opposition organisiert wurde, war der Marsch am 1. Mai 2011. Prinzipiell sind ArbeiterInnenmärsche am Tag der Arbeit nicht außergewöhnlich, jedoch hatten in den letzten Jahren das lokale Exekutivkomitee und das Unternehmen diese Demonstrationen unterbunden, und auch 2012, 2013 und 2014 wurden diese von den beiden Stahlsektionen erneut abgeblockt. Es handelte sich dabei gleichzeitig um einen Protestmarsch gegen die geplante Arbeitsreform, die Ende 2012 dennoch umgesetzt wurde. An der Aktion beteiligten sich auch weitere lokale Gewerkschaften, wie beispielsweise der LehrerInnen, der ElektrikerInnen oder die pensionierten ArbeiterInnen AHMSAs. In einem Aufruf der Opposition werden auch die Grünen und die AMN eingeladen, sich an der Demonstration zu beteiligen:

Heute Kollegen, müssen wir Arbeiter den Groll der Gruppen der Farben vergessen und gemeinsam hinausgehen, um an diesem 1. Mai zu demonstrieren und bei dieser Gelegenheit und über dieses Medium laden wir den Generalsekretär und den Ex-Generalsekretär und alle Arbeiter und die Öffentlichkeit im Allgemeinen ein, uns gegen den abartigen Vorschlag zu mobilisieren,

damit Tereso Medina⁷⁶ sowie alle Abgeordneten wissen, dass sie sich mit dem mexikanischen Volk und seinen Arbeitern nicht spielen und wir lehnen uns dagegen auf⁷⁷. (...) Nein zum Verrat an den Arbeitern durch die Parlamentsfraktionen der PRI, PAN, die vom Kongress ausgehend den tödlichen Stoß gegen den historischen Kampf und die Arbeitererrungenschaften mit ihrem reaktionären Projekt der Arbeitsreform vorbereiten. (Flugzettel der Opposition: April 2011)

Auch wenn die Gruppe der Grünen und die AMN dem Aufruf nicht folgten, so konnte die Demonstration doch ein starkes Medienecho erreichen und die Opposition schaffte es, einige hunderte ArbeiterInnen auf die Straße zu bringen. Da es sich bei dem Protest gegen die Arbeitsreform um ein sektorenübergreifendes Projekt handelte, wurde auch die Einheit zwischen den ArbeiterInnen bestärkt. Obwohl sich aus dieser Demonstration keine neuen Aktionen ergaben, war sie doch ein starker symbolischer Ausdruck des ArbeiterInnenwillens, der bis dahin in den letzten Jahren zusehends an den Rand gedrängt worden war. Außerdem war dieser Marsch auch eine Kampfansage an die Politik der PRI, die in ganz Coahuila dominiert und die sich in Bezug auf dieses Ereignis ganz konkret darin äußerte, dass der Bürgermeister die Demonstration zu verbieten versuchte. Da sie trotzdem stattfand, ordnete er an, den Rednern den Strom für die Lautsprechanlage abzuschalten (García Rivera: 06.06.2013).

In den vorherigen Abschnitten habe ich bereits die inkohärente Haltung der Opposition gegenüber dem nationalen Exekutivkomitee erwähnt, die ihren Ursprung im Konflikt von 2006 mit Napoleón Gómez Urrutia hat. Die Opposition unterstützte zunächst seinen Gegner Elias Morales, deshalb erscheint die politische 180 Grad-Wendung, in Form der erneuten Annäherung an Napoleón Gómez Urrutias, äußerst verwirrend. Um diese Haltung zu verstehen, muss man etwas weiter ins Detail gehen. Die beiden Sektionen 147 und 288 haben sich immer durch eine hohe Autonomie gegenüber dem nationalen Exekutivkomitee ausgezeichnet, die zur Zeit der Línea Proletaria an die Spitze getrieben worden war. 2009 distanzierte sich die gesamte Sektion 147 erneut vom nationalen Exekutivkomitee, ohne jedoch die Reihen der Gewerkschaft als solches zu verlassen.

⁷⁶ Abgeordneter der PRI und einer der Hauptinitiatoren der Arbeitsreform

⁷⁷ Gegen die Arbeitsreform

Die erneute Annäherung der Opposition an das nationale Exekutivkomitee ist v.a. strategisch begründet und hält dennoch eine gewisse Distanz aufrecht. Das nationale Exekutivkomitee ist von diesen Sektionen abhängig, weil sie großen Einfluss auf die gesamte Region und deren Sektionen haben, während umgekehrt die entlassenen Anführer der Opposition den Schutz der nationalen Gewerkschaft suchten, um sich gegenüber dem Arbeitgeber verteidigen zu können. Gleichzeitig halten die lokalen Anführer einen gewissen Abstand zum nationalen Gremium, um eine möglichen Einmischung in die interne Oppositionspolitik zu vermeiden, denn dies beschreibt ihr Terrain. Auch das Aufkommen der AMN machte eine Annäherung an das nationale Exekutivkomitee notwendig, denn, wissend wer tatsächlich hinter dieser neuen Organisation steht, fürchteten sie den Totalverlust ihrer Gewerkschaft:

Ja, nein, weißt du was? Der Herr Ingenieur (Napoleón Gómez Urrutia) sei er, was er sein mag, aber er hat immer den Arbeiter verteidigt. Dass er kein Arbeiter war, na gut, das war er nicht, aber letztendlich verteidigt er ihn. (...) Das ist wie D. (ein Anführer der Opposition) bei einer Konferenz mit Napoleón gesagt hat: „Ingenieur, wir wollen Sie auf aztekischer Erde. Wir brauchen sie jetzt auf aztekischer Erde.“ Aber was trägt einer dazu bei, dass er kommt? Gut, ich will auch, dass er hier ist. Wir müssen schon unsere Arbeit machen, die Leute überzeugen, Demonstrationen organisieren, ins Radio gehen und das alles verbreiten. (Arbeiter 5: Interview vom 16.05.2011)

Bei den Interviews wurde meine Frage, ob sie glauben, dass die Bergbaugewerkschaft demokratisch ist, entweder nicht beantwortet oder verneint. Anders ausgedrückt, hält niemand die Gewerkschaft für demokratisch, nur hat die Opposition beschlossen, sich im Moment nicht mit dem nationalen Exekutivkomitee anzulegen, da sie zurzeit deren Schutz benötigt.

Die interne Organisation in der Opposition unterscheidet sich von der Struktur der Sektion im Gesamten kaum, weil es auch dort eine Hierarchie zwischen Anführer und Basis gibt, obwohl diese formell nicht zum Ausdruck kommt. Die Eigenschaften, die Führungspersönlichkeiten in diesem Umfeld haben müssen, sind „unter den Arbeitern sprechen können“ und „sich dem Arbeitgeber entgegenstellen können“. Jedoch herrscht unter der Belegschaft auch die Meinung vor, dass sich somit alle Probleme relativ leicht

lösen lassen. Das Wissen um Gesetze und Rechte tritt dabei oft in den Hintergrund, während die Basis meist ihre Verantwortung auf die Anführer schiebt, ohne dabei deren Vorgehen zu hinterfragen:

A. wuchs und glaubte, dass er als Generalsekretär (der Opposition) auf die Unterstützung der Arbeiter zählen könnte. Nein, die Arbeiter schieben dich vor, weil wenn es hart auf hart kommt, lehnen sie sich zurück. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Die ArbeiterInnenbasis der Opposition besteht meist aus Personen, die mit dem Vorgehen des Unternehmens und des lokalen Exekutivkomitees nicht einverstanden sind oder die aus Solidarität mit ungerecht behandelten KollegInnen beitreten. Manchmal suchen die ArbeiterInnen aber einfach nur die Unterstützung der Opposition bei konkreten Problemen am Arbeitsplatz, wie beispielsweise bei der Verletzung der Beförderungsliste:

Weil die Mehrheit, die ich dort (Treffen der Opposition) eingeladen hatte, sagt uns: „Ja, wir sind bei euch, aber wir bringen uns in Verruf, wenn wir mit euch zu den Treffen gehen.“ Sie versuchen einen Sohn reinzubringen oder etwas in der Art, dann nehmen sie teil. (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

Die Leute bewundern, wenn wir eine Unsicherheit richten. (...) Das ist das Traurige daran, die Mehrheit, ich kann dir sagen fast 90 Prozent, kennt die Gesetze nicht. Deshalb sind wir dort. (Arbeiter 5: Interview vom 16.05.2011)

Im Vergleich zur Mehrheit, die sich nicht für die Gesetze interessiert, stechen besonders jene ArbeiterInnen heraus, die sich mehr Wissen angeeignet haben. Ein Aspekt, der unter den in der Opposition aktiven ArbeiterInnen auffällt, ist deren politischer Werdegang. Neben der älteren Generation, die die Zeit der Línea Proletaria noch miterlebt und sich so politisiert hatte, gibt es auch andere Charakteristiken, die diese Personen auf sich vereinen, wie die Tatsache, dass sie sich seit ihrem Eintritt in das Unternehmen konstant mit Problemen mit dem Arbeitgeber und der lokalen Gewerkschaft auseinandersetzen mussten. In vielen Fällen hing dies damit zusammen, dass sie ihren Posten nicht über Familienangehörige bekommen hatten. Einige von ihnen mussten mehrere Jahre als ZeitarbeiterInnen tätig sein, obwohl ihnen von Gesetzes wegen nach ein oder zwei Jahren ein fester Posten zugestanden wäre.

Dies bedeutete, einer konstant prekären Situation ausgesetzt zu sein, zusätzlich zur extremen Ausbeutung und der Unmöglichkeit, sich anstrengenden und gesundheitsschädlichen Tätigkeiten zu verweigern. Andere wiederum waren verpflichtet, als Sicherheitsleute (porros) des Gewerkschaftsgremiums zu arbeiten und erlebten die Korruption und die Machtmechanismen aus nächster Nähe mit. Diese Personen mussten von Anfang an lernen, sich zu verteidigen und sich über die gesetzlichen Grundlagen zu informieren und sich Solidaritätsgruppen zu bilden. Außerdem waren sie recht früh vom positiven Image AHMSAs enttäuscht worden, denn der Paternalismus, den das Unternehmen von sich zeichnete, galt für diese „Außenseiter“ nicht. Schließlich half einigen von diesen Personen auch die Arbeitserfahrung, die sie zuvor außerhalb der Fabrik gesammelt hatten, denn sie sind viel weniger auf die Stahlproduktion fokussiert und wissen, dass sie auch im Fall einer Kündigung einen Job finden können. Auf diesen Erfahrungen aufbauend, fällt es den besagten Personen leichter, sich den Vorgesetzten entgegenzustellen, weil für sie die mögliche Repression oder der Arbeitsplatzverlust nicht so verheerend wäre, wie für viele andere.

Anders formuliert, hat der indirekte Sozialvertrag, der um den Wohlstand, die Familien- und ArbeiterInnentradition in Monclova kreist, auf diese Personen nicht dieselbe Wirkungsmacht, wie auf die Mehrheit der Belegschaft. Somit lassen sie sich weniger einschüchtern und sind weniger manipulierbar.

Diesen politisch aktiveren ArbeiterInnen steht auf der anderen Seite eine eher passive Mehrheit gegenüber, die, wie im obigen Zitat angeklungen, v.a. Angst um den Arbeitsplatz hat, jedoch die Ziele der Opposition theoretisch sehr wohl unterstützt. Diese Furcht wirkt als politischer Hemmschuh und wird vom Unternehmen und seinen UnterstützerInnen auch bewusst geschürt. Gleichzeitig bedeutet dies aber nicht, so wie sich der Arbeitgeber gerne in der Öffentlichkeit präsentiert, dass diese Mehrheit mit dem Vorgehen des Unternehmens einverstanden ist. Freilich sind manche aus Frustration in die Passivität abgetaucht, andere aber lassen sich zu einem bestimmten Zeitpunkt, sollte sich der Druck und die Überwachung des Arbeitgeber etwas legen oder besonders dringliche Ziele anstehen, sehr wohl wieder mobilisieren. Weil die Unternehmensführung dies auch weiß, geht sie eben weit über ihre

Kompetenzen hinaus und mischt sich konstant in die Belange der Gewerkschaft ein. Die Furcht ist somit auch eine Begleiterin der Unternehmenspolitik.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Opposition allgemein ein Raum ist, in dem mehr Kritik möglich ist, als im lokalen Exekutivkomitee, dennoch waren ihre Errungenschaften in den letzten Jahren eher bescheiden, da kaum große Veränderungen herbeigeführt werden konnten. Das Problem dabei ist die starke Fokussierung auf die Machenschaften der Gruppe der Grünen und der AMN, die zum Teil bei direkten Konfrontationen gewaltsam zum Ausdruck kommt. Die Diskussion über Inhalte gerät dabei ins Hintertreffen. Die interne Hierarchie und ihre momentane Schwächung, die sich aus der Infiltrierung des Unternehmens, der Angst der ArbeiterInnen vor den Folgen der Politisierung und der Instrumentalisierung der Rechte des Kollektivvertrags durch den Arbeitgeber erklärt, tragen ebenfalls das Ihre zu den geringen Auswirkungen bei.

Gleichzeitig ist dies, neben den Arbeitsabteilungen selbst, auch der Raum, in dem die WorkshopsteilnehmerInnen agieren und Veränderungen vorschlagen.

In den Abteilungen kann der Austausch zwischen KollegInnen nicht lange dauern und darf meist auch nicht besonders kritisch sein, aber er ermöglicht die Kommunikation mit mehr Personen, denn nicht alle beteiligen sich an den Treffen der Opposition. Außerdem ist die Abteilung auch jener Ort, wo die Dinge geschehen, die die ArbeiterInnen am meisten bekümmern. Natürlich gibt es weit mehr Räume, in denen das in den Workshops Erlernte, umgesetzt werden kann, wie beispielsweise in anderen Sektionen, in der Familie, anderen Organisationen und in der Kirchengemeinde.

4.4.5.5. Der individuelle Widerstand

Bevor ich nun zur Analyse der Workshops übergehe, möchte ich hier noch kurz auf ArbeiterInnentaktiken eingehen, die den Widerstand und die Inkonformität der Beschäftigten aufzeigen, jedoch einen individuellen Charakter haben. Es ist wichtig daran zu erinnern, dass die Nicht-Sichtbarkeit einer ArbeiterInnenbewegung, nicht automatisch bedeutet, dass die Belegschaft mit dem Unternehmen zufrieden ist. Wegen der zuvor ausgeführten Gründe, ist es in der Sektion 147 schwierig, direkt Widerstand zu leisten,

weshalb er oft andere Formen annimmt. Zwei sehr übliche Praktiken, die damit in Zusammenhang stehen, sind das Fernbleiben von der Arbeit oder der Diebstahl von Materialien. Im ersten Fall hat die Firma versucht, dies mit einer erhöhten Kontrollpolitik einzudämmen, wie beispielsweise mit der Nulltoleranz gegenüber Verspätungen, ebenso werden Prämien für konstante Anwesenheit verteilt. Die Entwendung von Maschinenteilen ist ebenfalls eine übliche Praktik. Diese Objekte werden entweder für den Eigengebrauch verwendet oder weiterverkauft. Die ArbeiterInnen betrachten diesen Diebstahl nicht unbedingt als illegal, weil sie sich aus ihrer Perspektive letztendlich etwas nehmen, worauf sie Anspruch haben, was ihnen die Firma jedoch nicht zahlen will, wie z. B. die Gewinnbeteiligung.

Eine andere Widerstandspraktik ist die Sabotage der Produktion. Dabei wird die Produktion als solches nicht unterbrochen, wie bei einem Streik, außerdem bewegen sich die ArbeiterInnen nicht auf illegalem Terrain, sie verlängern oder verschnellern lediglich den üblichen Produktionsprozess. Außerdem kann schlecht nachgewiesen werden, ob die aufgetretenen Fehler, die sich aus der zeitlichen Verschiebung des Produktionsprozesses ergeben, bewusst oder unbewusst stattgefunden haben, denn Unregelmäßigkeiten können immer auftreten. Meist ist das entsprechende Vorgehen kein individuelles Werk, denn die beschädigten Produkte gehen durch mehrere Hände, die den Fehler bemerken könnten, diesen jedoch absichtlich ignorieren, so dass das Endprodukt sogar in den Verkauf geht. Wenn die AbnehmerInnen letztendlich wichtige KundInnen sind, kann der Schaden durchaus größere Dimensionen annehmen. Ein Arbeiter erzählte beispielsweise, dass schadhafte Produkte an einen japanischen Kunden geliefert wurden, wobei niemandem der Fehler aufgefallen war. Vor dem Hintergrund des Mottos der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, bedeutete die darauffolgende Rücksendung des gelieferten Produkts vom unzufriedenen Kunden, eine große Einbuße für das Unternehmen, nicht nur in finanzieller Sicht, sondern auch das Firmenimage betreffend:

Weil das, was wir produzieren überall hinreist. Sagen wir, es reist nach Japan und ich sage das nicht, weil ich mir das ausgedacht habe, nein, mit Beweisen. Bei einer Gelegenheit hatten wir ein Problem mit 400 oder 500 Tonnen, die nach Japan gingen und die uns die Japaner wieder zurückschickten. Das war ein riesiger Fehler. Warum? Weil die Balken nicht mittig waren, sie

waren außerhalb des Toleranzbereichs und deshalb schickten sie sie uns zurück. (Arbeiter 1:
Interview vom 16.11.2010)

Diese Art der Sabotage beinhaltet gewissermaßen die Umkehrung der kapitalistischen Produktionslogik, denn die Dynamik der Produktionsrationalisierung im Sinne des „besser und schneller“ wird zum „schlechter und schneller“ uminterpretiert.

Schließlich gibt es noch eine individuelle Taktik, die mehrere Interpretationen zulässt, nämlich, dass „ich weiß, meine Arbeit zu machen“, denn sie kann einerseits als die Erfüllung der angeordneten Aufgabe gesehen werden, als auch eine spezielle Form des Widerstands. Die adäquate Erfüllung der aufgetragenen Tätigkeiten erlaubt mehr Unabhängigkeit gegenüber den Vorgesetzten und verhindert Demütigungen durch diese. Außerdem bedeutet, einE pflichtbewussteR und fleißigeR ArbeiterIn zu sein, sich unentbehrlich zu machen. Wenn sich Beschäftigte viel Wissen angeeignet haben, ist es für den Arbeitgeber schwieriger, diese zu ersetzen und in einer solchen Position ist es für die ArbeiterInnen einfacher, Forderungen zu stellen. Wenn es sich um eine Fließbandproduktion handelt fällt dieser Aspekt kaum ins Gewicht. Jedoch gibt es eine sehr klare Regel bei allen Berufen, damit die Forderungen der Belegschaft überhaupt ernst genommen werden, muss diese zunächst gewissenhafte die aufgetragenen Tätigkeiten erfüllen.

Aus diesem Grund ist es auch üblich, dass sich die FabrikbesitzerInnen auf das fehlerhafte Verhalten der ArbeiterInnenschaft hinausreden, wenn Fälle von extremer Ausbeutung oder schweren Unfällen an die Öffentlichkeit dringen. Selbst wenn dieser Aspekt im ersten Moment wenig Bedeutung zu besitzen scheint, ist dies in der Arbeitssituation nicht so, denn meistens sind es die ArbeiterInnen, die jede Schraube, jedes Kabel und jede Bewegung der Maschine kennen und somit auch die davon ausgehenden Gefahren. Die IngenieurInnen des Unternehmens hingegen kennen die Maschinen v.a. aus der theoretischen Perspektive.

Außerdem kann die Arbeit für sich auch einen Wert repräsentieren, denn wie diese ausgeführt wird, spricht letztendlich auch für bzw. gegen die ArbeiterInnen, und es kann zu einer Identifikation mit dem erzeugten Produkt kommen.

Diese Beispiele haben gezeigt, dass Inkonformität bei der Belegschaft AHMSAs besteht, diese jedoch meist nicht direkt zum Ausdruck kommt. Die Bildungsinitiative versucht nun die schon bestehenden gewerkschaftlichen Organisations- und Widerstandsformen mit Inhalten und Argumenten zu füllen, um die Position der ArbeiterInnen zu festigen.

In diesem Kapitel habe ich versucht, die Eigenheiten und die Geschichte der Stadt Monclova, des Stahlunternehmens AHMSA und der Sektion 147 darzulegen, auf denen aufbauend letztendlich auch die Workshops gestaltet werden, denn die Bildungsarbeit kann umso mehr bewirken, je besser sie die konkreten Bedürfnisse, die lokalen Logiken und die Handlungsräume kennt.

5. Bildung im Arbeitsrecht und ihre Möglichkeit zur Demokratisierung der ArbeiterInnensubjekte und der Sektion 147

Bevor ich die Datenauswertung hinsichtlich der letzten Forschungsfrage präsentiere, möchte ich noch kurz die Akteurin, die die Arbeitsrechtsworkshops implementiert, die mexikanische Nichtregierungsorganisation das Zentrum für Arbeitsreflexion und –aktion (Centro de Reflexión y Acción Laboral - CEREAL) und deren Positionierung vorstellen. Es ist wichtig, ihren theoretischen Zugang über das eigene Handeln und ihre Auffassung von Arbeitsrecht zu verstehen, um die Intention der Bildungsarbeit als solches zu begreifen.

Obwohl ich einige theoretische Zugänge in der Dissertation verwende, auf die sich auch das CEREAL beruft, versuche ich zu vermeiden, diese beiden Positionen zu vermischen, um nicht dem Irrtum anheimzufallen, meine Arbeit zu einer Evaluierung dieser Bildungsinitiative zu machen. Angelehnt an drei Konzepte, die ich von der Theorie Paulo Freires abgeleitet habe, versuche ich verschiedene Demokratisierungsaspekte in der lokalen Sektion zu analysieren und das allmähliche Aufbrechen von unterdrückerischen Strukturen, die bei den Subjekten selbst beginnt, nachzuzeichnen. Die erwähnten Aspekt sind die Bewusstseinsbildung, die Demokratisierung innerhalb der sozialen Räume, in denen versucht wird das Gelernte in die Praxis umzusetzen und die Emanzipation gegenüber externen AkteurInnen (Unternehmen, politische Institutionen) oder KontrahentInnen, wie momentan das lokale Exekutivkomitee der Sektion 147 mit einer unternehmerfreundlichen Haltung.

Außerdem möchte ich erneut betonen, dass mein Demokratisierungskonzept nicht dem gleichkommt, was gemeinhin als gewerkschaftliche Demokratie verstanden wird, weil es über rein institutionelle Prozesse hinausgeht. Obwohl natürlich freie, gleiche und geheime Wahlen, ebenso wie ein periodischer Wechsel an der Spitze erstrebenswerte Ziele sind, sind sie letztendlich in einer Realität, die von einer großen Ungleichheit geprägt ist und in der kein Umdenken in den politischen Subjekten stattfindet, nicht umsetzbar. Die autoritäre Tradition, die Unterwerfung der Basis und die konstante Einmischungspolitik der Regierung können niemals überwunden werden, wenn nicht die Gewerkschaftsgeschichte und das

eigene Handeln in ihr hinterfragt werden. Egal welche Reformen an den Statuten, dem Kollektivvertrag und der institutionellen Konstellation zu Gunsten der ArbeiterInnen auch forciert werden, nichts davon hat einen realen Wert ohne die Subjekte, die diesen Modifikationen letztendlich einen Rückhalt geben und als solche leben. Anders ausgedrückt, kann es nur eine Demokratie mit demokratisierenden Subjekten geben, die die autoritären Traditionen und das dahinterstehende Weltbild, das sie auf eine der untersten gesellschaftlichen Ränge verweist, in Frage stellen. Obwohl ich mich in dieser Dissertation nur auf die Gewerkschaft, genauer gesagt, auf die Bergbaugewerkschaft und die ArbeiterInnen der Sektion 147 im Konkreten konzentriere, bezieht sich das hier Erforschte nicht ausschließlich auf Arbeitsfragen, denn ein bewusstes und kritisches Subjekt reflektiert viel weiter und legt auch die gelebte Realität des eigenen Landes und die dahinterstehenden Probleme auf die Waagschale. In diesem Sinne möchte ich mich wieder auf die Befreiungsphilosophie rückbeziehen, die eben die problemformulierende Bildung Freires als einen zentralen Angelpunkt sieht, um die individuell erlebten Ungerechtigkeiten kollektiv zu überdenken und so auch althergebrachte Argumente, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung herangezogen werden, aufbricht. Ihr ist der Anspruch inhärent eine neue, gerechtere Wirklichkeit zu schaffen, wobei eben die Reflexion über die eigene Situation immer weitere Kreise zieht und Schritt für Schritt auch den dahinterliegenden Kontext und das ihn legitimierende Denken in Frage stellt.

5.1. Das Centro de Reflexión y Acción Laboral (CEREAL)

Das CEREAL ist eine NGO, die mit der katholischen Ordensgemeinschaft „Gesellschaft Jesu“ (Jesuiten) in Verbindung steht. Sie stützt sich auf ein Projekt, das von sieben StudentInnen der Sozialwissenschaften und Philosophie, und später der Theologie der Stadt Guadalajara initiiert wurde. Die Idee, im ArbeiterInnenmilieu sozial aktiv zu werden, entstand rund um die einschneidenden Ereignisse und Konsequenzen, die der neoliberale Wandel für die ArbeiterInnenschaft mit sich brachte. Das Team des CEREAL selbst teilt die Entwicklung ihres Projektes in drei Etappen auf: Die erste Etappe beschrieb die Eingliederung in das Arbeitsumfeld mittels der eigenen Proletarisierung (Beschäftigung in Fabriken) (1985-1988),

die zweite, den Beginn des Bildungsinitiativen, die sich zunächst auf eine epistemologische Reflexion über die Erfahrungen der Vorjahre stützte und in der erste Workshops konzipiert wurden (1989-1992), und die dritte, die Institutionalisierung und Konsolidierung der Organisation (1992-) (CEREAL 2000).

5.1.1. Das philosophische Selbstverständnis des CEREALS

5.1.1.1. Die Gesellschaft Jesu

Da es sich bei der NGO um eine Organisation handelt, die der „Gesellschaft Jesu“ nahesteht, versteht es sich von selbst, dass die Religion für die Definition und das Verständnis ihrer sozialen Arbeit von fundamentaler Wichtigkeit ist. Es würde den Rahmen der Dissertation sprengen, um diesen Aspekt in seiner vollen Reichweite abzuhandeln, somit beschränke ich mich nur auf drei wesentliche Punkte, die meiner Meinung nach, für das Thema dieser Arbeit zentral sind.

Der erste Punkt bezieht sich auf die Umdeutung der jesuitischen Mission Mitte der 70er Jahre, die unter den Schlagworten „Glaube und Gerechtigkeit“ bekannt wurde. Interne Probleme in der Gesellschaft Jesu führten zu einer Reformierung des Ordens, bei der die soziale Mission der Religion hervorgehoben wurde. In der Folge versuchte man die traditionelle Rolle der Kirche, die sich größtenteils nur auf den religiösen Bereich fokussiert hatte, meist sogar den Mächtigen zuarbeitete und dabei das alltägliche Leben der Gläubigen aussparte, auf eine Interpretation des Glaubens auszuweiten, welche die Sorgen und Bedürfnisse der Personen miteinbezog. Dies beschreibt auch den Ursprung der Befreiungstheologie, so wie ich sie in Kapitel 2.3.2. vorgestellt habe (Die Philosophie und die Theologie der Befreiung). Sie hat ihre Wurzeln in einer antihegemonialen Glaubensinterpretation, die bereits zu Kolonialzeiten auftauchte. Aus dieser Perspektive bedeutet die religiöse Mission in einer höchst ungerechten und repressiven Umgebung, zu einem würdigen Leben der Menschen beizutragen, was sich realiter in der Unterstützung von sozialen Bewegungen, die nach Gerechtigkeit rufen, äußert. Kennzeichnend für diese Bewegungen sind, das Aufkeimen in meist ärmlichen Schichten und eine hohe Politisierung. Sie kritisieren den Status Quo als ein System, das von Partikularinteressen geschaffen wurde

und die sozialen Ansprüche eines Großteils der Bevölkerung ausgegrenzt (NGO Mitarbeiter: Interview vom 24.03.2011).

Der zweite Aspekt, den ich erwähnen möchte, ist die Deutung dieser sozialen Mission im Arbeitsumfeld und die Parallelen, die zwischen dem Leben der ArbeiterInnen und dem Leiden Jesus gezogen werden. So wird die moderne Ausbeutung der ArbeiterInnen, so wie sie das neoliberale System geschaffen hat, als das Kreuz Jesus interpretiert. Die in unzähligen Fabriken praktizierte moderne Sklaverei entspricht dem Leiden Jesus. In diesem Zusammenhang wird der Abbau der historischen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung und die Auslöschung oder Schwächung der Gewerkschaften zu Gunsten der Unternehmen als „historische Kreuzigung“ verstanden. So wie Jesus auferstanden ist, wird auch die „Auferstehung“ der ArbeiterInnenbewegung erhofft. Somit sind die Utopie als ein Glaube an politische Transformation, die essentielle Verbesserungen für den ArbeiterInnensektor erwirken soll, und der Kampf, der diese begleitet, wesentliche Bestandteile dieses Denkens:

Die Niederlage der Arbeiterbewegungen und der Gewerkschaften und die Unwürdigkeit, die die Organisations- und Arbeitsbedingungen in der kapitalistischen Ausbeutung erreichen, ist ein Subsystem der historischen Kreuzigung. Dieses Subsystem historisiert, verschärft und radikalisiert den langsamen Tod von Identitäten und bestimmter Arbeitskulturen. Wir werfen die Ähnlichkeit und die historische Kontinuität, wenn es sie geben sollte, zwischen diesem Tod und jenem Jesus, auf und wollen sie konstatieren. Um die Historizität dieses zu erklären, beziehe ich mich auf zwei von der Befreiungstheologie wiederbelebte Kategorien, die Dimensionen von Konflikt und Niederlage. Der historische Charakter beider Dilemata (...) befähigt uns die Situation der mexikanischen Arbeiterschaft mit den Augen des Glaubens und der Wiederauferstehung zu sehen, weder als ein natürliches Phänomen, noch als ein fatalistisches Schicksal, sondern als ein Weg, wie jener Jesus, mächtig und befreienderweise errettend. (Rodríguez Rivera 2001: 64f)

Als letzter Punkt, muss die soziale Eingliederung in das Arbeitsumfeld als eine wichtige Komponente dieser Mission gesehen werden. Im konkreten Fall bedeutete dies, dass sich die Personen der NGO proletarisieren und in Fabriken arbeiteten. Einerseits ermöglichte ihnen dies, sich in die Personen, mit denen sie kooperieren wollten, hineinzusetzen und am eigenen Leib die extremen Arbeitsbedingungen zu erfahren, andererseits war es ihnen

möglich, basierend auf dieser Erfahrung, eine Bildungsinitiative zu starten, die auf die alltäglichen Probleme dieser Menschen Bezug nimmt. Auch Paulo Freire betont diesen Aspekt, wenn er über die Vorbereitungen für die Alphabetisierungskampagnen spricht, denn damit diese Wirkung zeigt, ist es notwendig, die lokale Kultur und die Bedürfnisse der dortigen Menschen zu kennen, um eine persönliche Verbindung zu den Lernenden aufzubauen und Interesse am Bildungsprojekt zu wecken. Dabei sei daran erinnert, dass die Bildung an sich ein wichtiges Element des jesuitischen Ordens ist:

Gut, es gibt eine Erfahrung – ich glaube sie ist doppelt – die Erfahrung, einerseits am eigenen Leibe zu erfahren, was die Arbeitsschicht, die Ausdehnung der Arbeitsschicht, die lächerlichen Löhne, das Gewicht der Überstunden, die nicht ganz bezahlt werden, das Fehlen von Garantien zum persönlichen Schutz vor aggressiven Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Erfahrungen bedeuten. Wir machten die Erfahrungen an Orten zu sein, wo es keine Gewerkschaft gab oder wo es eine antidemokratische Gewerkschaft gab oder wo es demokratische Gewerkschaften gab. Also, dies leitete uns auf sehr entscheidende Weise an. Und das zweite Ergebnis ist, dass wir einen großen Teil der Diskurse, auf die wir bei unseren Kollegen und Kolleginnen stießen, aufnahmen, und diesem Diskurs gaben wir einen theoretischen, epistemologischen Hintergrund, so dass wir die erzieherisch-dialogischen Richtlinien mit der ganzen Untersuchung Paulo Freires und der Bildung von unten aufspürten, um schließlich eine pädagogische Methode der Bewusstseinsbildung in der Arbeitswelt zu haben. (NGO Mitarbeiter: Interview vom 24.03.2011)

5.1.1.2. Das soziologische Verständnis des CEREALS von Bildungsarbeit

An dieser Stelle möchte ich nur kurz die Rolle der soziologischen Reflexion für die Arbeit des CEREALS erwähnen, denn an einer anderen Stelle (siehe 5.2. Die Workshops zum Arbeitsrecht) werde ich diesen Teil noch genauer ausführen.

Die Mitglieder des CEREALS studierten Sozialwissenschaften, weshalb sich auch einige theoretische Teile dieser Dissertation über das Leben der ArbeiterInnen mit den Zugängen der NGO überschneiden, um jedoch Verwirrungen zu vermeiden, werde ich mich ausschließlich auf die soziologische Reflexion der Organisation, die auf die Bildungsarbeit ausgerichtet ist, konzentrieren. Die schon angesprochene soziale Integration ins Feld ist der Ausgangspunkt für die Konzeption ihrer Workshops. Indem den Felderfahrungen ein epistemologischer Kontext gegeben wurde, war es ihnen möglich, das Denken, den Diskurs und das Handeln der ArbeiterInnen zu analysieren. Darauf aufbauend, entwarfen sie

mögliche Themen und Zugänge für Workshops im Arbeitsrecht. Mit anderen Worten, beschreibt der soziologische Zugang über das Leben der ArbeiterInnen das Fundament für die Bildung im Arbeitsumfeld.

5.1.2. Das Arbeitsrechtsverständnis des CEREAL

5.1.2.1. Die Fundamente des Arbeitsrechts

Bevor ich im Detail den Inhalt der Workshops vorstelle, möchte ich noch auf das Arbeitsrechtsverständnis des CEREALS eingehen. Traditionellerweise wird der Ursprung der Menschenrechte in den bürgerlichen und politischen Rechten des 18. Jahrhunderts mit dem Aufkeimen der nationalistischen Bewegungen und der modernen Demokratien gesehen. Ihr Auftreten ging mit der Zurückdrängung der Rolle der Religion einher, wobei ihre Auffassungen meist im Widerspruch zu den Positionen der Aufklärung gesehen wurden. Das Menschenrechtsverständnis heutiger katholischer NGOs in Lateinamerika ist aber sehr wohl in Relation mit dem Glauben zu verstehen. Die Menschenwürde als Fundament aller Rechte ist nicht einfach irgendein abstrakter Wert, sondern ein Wert und ein Ziel, die ihre Legitimität in ihrer Beziehung zur Göttlichkeit erfahren. Der Mensch als Geschöpf Gottes macht ihn zu einem göttlichen Wesen, zu einem Sein mit Würde (Pastoral Laboral 2003: 4). Wie im Theoriekapitel angeführt (2.2.1.3. Die Eroberung Amerikas und die Rolle der Kirche), hat die katholische Kirche ihr Menschenbild nicht immer nach diesem Prinzip ausgelegt, v.a. dann, wenn sie auf Seiten der Mächtigen stand und „Mensch“ zu einem von Kirchenvätern interpretiertes Attribut wurde. Gleichzeitig gab es aber auch immer jene Glaubensausrichtungen, die die Menschen in ihrer Andersartigkeit akzeptierten und gerade in dieser Beziehung, also im Glauben und in der Liebe zum Nächsten egal welcher Hautfarbe und Klasse, ihre göttliche Mission fanden. Obwohl alle anderen Kreaturen ebenfalls ihren Ursprung im Willen Gottes finden, wird der Mensch als Krönung der Schöpfung gesehen, weil er nach dem „Ebenbild Gottes“ geschaffen wurde. Eine Person zu entmenslichen heißt, sie schlechter als ein Tier zu behandeln, indem ihr ein großer Teil dieser göttlichen Referenz entzogen wird. Geschieht dies, so werden auch Gott und die Religion als solches abgelehnt. Umgekehrt formuliert, geht diese Interpretation mit dem Verständnis einher,

dass, wer an Gott glaubt, auch an die Würde des Menschen glauben und dazu beitragen muss, dass sie respektiert wird.

Das CEREAL fasst die Essenz der Menschenrechte entsprechend diesem Sinn auf. Selbst wenn diese religiöse Erklärung der Menschenrechte befremdlich wirken mag, so muss sie auch in einem politischen Kontext gedacht werden, indem es keine Rechtsstaatlichkeit gibt, die Religion somit die Autorität des Staates zur Deckung der Rechte ersetzt. Gleichzeitig bedeutet dies aber nicht, dass der laizistische Staat abgelehnt wird und die Errichtung eines Kirchenstaates angestrebt wird, sondern, dass der Rechtsstaat an sich, nicht die letzte Autorität sein kann, wenn nur ein minimaler Bevölkerungsteil in seinen Genuss kommt.

Um zu den Arbeitsrechten als solches zurückzukehren, ist zu erwähnen, dass die katholische Kirche sie als einen essentiellen Ausdruck des Menschen schlechthin sieht:

Die Arbeit ist ein fundamentales Recht und ein Gut für den Menschen: Ein nützliches Gut, ihm würdig, weil es angemessen ist, um die menschliche Würde auszudrücken und zu vergrößern. (2.
Vatikanisches Konzil zitiert nach Rodríguez Rivera 2010: 33)

Die kritische Auseinandersetzungen mit der klassischen Charakterisierung der bürgerlichen und politischen Rechte geht jedoch weiter, denn sie beziehen sich nur auf den Schutz des Einzelnen vor der staatlichen Willkür, wobei in der Realität auch andere AkteurInnen diese Rechte verletzen können. Zudem sind die klassischen bürgerlichen Rechte Ausdruck eines positivistischen Rechtsverständnisses, denn sie bedürfen zunächst der Anerkennung durch den Staat. Aus diesem Grund bezieht sich die NGO auf eine Definition, die auch die persönliche Perspektive einschließt, welche als subjektive Rechte bezeichnet werden. In ihnen manifestiert sich der historische Kampf um die Anerkennung der Rechte als solches. Vereinfacht ausgedrückt, interpretieren Menschen gewisse Aspekte als ihr Recht, das aber vom Staat als solches nicht anerkannt wird, was aber nicht bedeutet, dass es nicht existieren würden. Die Forderung zur Durchsetzung eines Rechts ist kein rein juridischer Prozess, sondern auch ein politischer und historischer. Die klassische Idee der bürgerlichen und politischen Rechte materialisiert die Menschenwürde durch ihren positivistisch-rechtlichen Charakter und reduziert sie gleichzeitig darauf. Als solches sind sie aber auch aufhebbar und mit ihr die Menschenwürde. In diesem Sinne sind sie der Ausdruck einer bestimmten

Epoche, die nach einer Modifizierung und tiefgehender Ausweitung verlangen, weil sich die Werte der AkteurInnen verändert haben, ebenso wie die Bedürfnisse andere sind. Somit scheitern die klassischen Rechtskonzepte an der Anpassung an eine andere Realität und an die geänderten Bedürfnisse der BürgerInnen (Olvera Briseño 2002: 19f). Dennoch meint diese Art von Kritik nicht, dass die erwähnten Rechte keine Wichtigkeit mehr hätten, was eine durchaus gefährliche Haltung ist, weil sie zu einem Freifahrtschein für deren Eliminierung umgedeutet werden könnten. Vielmehr soll es bedeuten, sie auszuweiten und den aktuellen Bedürfnissen anzupassen.

Die Definition von Arbeitsrecht, auf die sich das CEREAL bezieht und seine Position wiedergibt, ist vom Instituto de Estudios Políticos para América Latina y África (IEPALA):

Die Menschenrechte sind jene Forderungen der sozialen Macht, deren Bewusstwerdung durch Individuen und soziale Gruppen in jedem historischen Moment, insofern sie die Manifestierung fundamentaler sozialer Werte sind, das Ansinnen voraussetzt, sie über den institutionellen Weg oder über außerordentliche Medien zu garantieren. (IEPALA In: Olvera Briseño 2002: 20)

Bevor ich genauer auf die Arbeitsrechte eingehe, möchte ich noch kurz auf deren historischen Verankerung verweisen. Allgemein spricht man von drei Generationen der Menschenrechte, wobei die erste die bürgerlichen und politischen Rechte des 18. Jahrhunderts definieren, die zweite die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die das Ergebnis der sozialen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts sind, an denen die ArbeiterInnenbewegung maßgeblich beteiligt war. Sie appellieren an den Staat, aber aus einer aktiven Position heraus, indem sie dessen Intervention zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit fordern, während die Individuen und Gruppen Anspruch auf die Vorteile eines Soziallebens erheben. Ihre Fundamente sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte festgelegt. Die Arbeitsrechte werden dieser Kategorie zugeordnet. Die dritte Generation beschreibt die kollektiven Rechte der Völker, die als kollektive Solidaritätsrechte zwischen den Völkern verstanden wird und Bezug auf aktuelle Probleme nehmen, wie die Zerstörung der Umwelt, das Recht auf Selbstbestimmung der Völker, auf einen gerechten Anteil an den Schätzen von Natur und Kultur usw. (Olvera Briseño 2002:21).

5.1.2.2. Die Definition der Arbeitsrechte und ihre Eigenschaften

Basierend auf den erwähnten internationalen Erklärungen und den Kernarbeitsnormen der ILO, formuliert das CEREAL zehn zentrale Arbeitsrechte:

- Recht auf stabile Arbeitsplätze
- Ausreichender Lohn
- Zufriedenstellende Arbeitsbedingungen
- Gewerkschaftsfreiheit
- Kollektivverhandlungen
- Streikrecht
- Recht auf Gleichstellung
- Schutz von Minderjährigen
- Unwiderrufbarkeit der erworbenen Rechte
- Arbeitsgerichtsbarkeit

Diese Arbeitsrechte definieren sich wie alle Menschenrechte durch folgende Eigenschaften:

- berufen sich auf die Menschenwürde
- sind jedem Menschen eigen
- sind unabhängig von Geschlecht
- sind unverzichtbar
- sind ganzheitlich
- sind unvollendet
- sind immer einforderbar
- individuelle und kollektive Rechte sind komplementär
- sind die unentbehrlichsten (Olvera Briseño 2002: 30f)

5.1.2.3. Strategien zur Verteidigung der Arbeitsrechte

Die NGO setzt auf verschiedene Methoden zur Verteidigung der Arbeitsrechte (rechtliche und politische Maßnahmen), wobei es notwendig ist, dass die fordernden Subjekte Wissen über eine Bandbreite von Aktionsformen haben, um so eine politische Mobilisierung ohne die entsprechenden Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen zu vermeiden. Letzteres ist

insofern wichtig, als dass rechtliche Fragen meist ExpertInnen überlassen werden, jedoch durch diese Delegation eine gefährliche Abhängigkeit von Institutionen und AnwältInnen geschaffen wird. Auf diese Weise gibt das eigene Unwissen den ExpertInnen freie Hand nach ihren Maßstäben zu handeln, die in einem kaum vorhandenen Rechtsstaat sehr ambivalent sein können. Kritische BürgerInnen können AnwältInnen freilich nicht ersetzen, aber sie können deren Arbeit überprüfen und sie an ihre eigentlichen Aufgaben erinnern. Dieser Aspekt mag selbstverständlich klingen, jedoch tendieren in Mexiko, wie im historischen Kapitel ausgeführt, politische und rechtliche Institutionen dazu, nicht im Sinne der Allgemeinheit zu handeln, sondern unter dem Einfluss von Partikularinteresse zu stehen.

Das CEREAL betont weiters, dass bevor die Verteidigung der Arbeitsrechte auf einer rechtlichen und politischen Ebene behandelt wird, zunächst Menschenrechtsverletzungen als solche überhaupt identifizieren werden müssen. Dies ist insofern entscheidend, weil in Mexiko Verletzungen dieser Art an der Tagesordnung stehen und daher oft auch als normal empfunden werden. Um Menschenrechtsverletzungen überhaupt anzeigen zu können, muss zunächst ein Wissen über die eigenen Rechte bestehen, um so deren Verletzungen identifizieren und dokumentieren zu können. Somit ist das Bewusstsein der Personen über ihre Rechte der erste Schritt für weitere Aktionen. Diese Identifizierung beinhaltet die Aufzeichnung der Verletzung selbst, der ProtagonistInnen (Opfer, TäterInnen), die Art der Verletzung (unternehmerisch, rechtlich, gesetzgebend, gewerkschaftlich usw.) und schließlich, die Aktionen, die von Dritten (Staat, Institutionen) unternommen wurden (Ancheita Pagaza 2002: 111f).

Die Verteidigung der Arbeitsrechte als solches basiert auf zwei Komponenten, der Durchsetzbarkeit (*exigibilidad*) und der Justiziabilität (*justiciabilidad*). Die Durchsetzbarkeit bezieht sich auf extra-legale Methoden, um die Erfüllung eines Rechts zu fordern oder um Druck auszuüben, damit dieses reformiert oder implementiert wird. Diese Strategie hängt einerseits mit dem unvollendeten Charakter von Recht (subjektives Recht) zusammen und andererseits mit der fehlenden Rechtsstaatlichkeit in Mexiko. Der rechtliche Weg ist unvollständig und deckt nicht alle Bedürfnisse zur Durchsetzung eines Rechtes ab. „Extra-legale“ Methoden meinen aber nicht illegale Taktiken, sondern sie beschreiben

Handlungsmöglichkeiten, die rechtlich nicht reglementiert sind, ihre Ausübung hat somit auch keine gesetzlichen oder strafrechtlichen Konsequenzen. Die Methoden der Durchsetzbarkeit werden unterteilt in Handlungen, als Antwort auf eine konkrete Arbeitsrechtsverletzung, und in permanente Aktionen.

Zu ersteren zählen Eilaktionen (Urgent Actions), Öffentlichkeitsarbeit, Überwachung und Anzeige bei Nichterfüllung von Verhaltenskodizes und Unternehmensverantwortung, Demonstrationen, Treffen usw.

Eine Taktik der zweiten Kategorie, die einen permanenten Charakter hat und auf lange Sicht die Transformation des Status Quo beabsichtigt, ist die Bildung im Arbeitsrecht im Sinne Paulo Freires, die die Ausbildung von ArbeitsrechtsaktivistInnen, sowie die Schaffung einer Verteidigungskultur besagter Rechte beabsichtigt. Andere Strategien dieser Kategorie sind: Die Gründung von gewerkschaftlichen Kommissionen und ArbeiterInnenkomitees zur Verteidigung der Arbeitsrechte; unabhängige BeobachterInnenkomitees bei Konflikten zu Kollektivverhandlungen, Stimmennachzählungen, Wahlen von GewerkschaftsvertreterInnen, Gewerkschaftskongressen und Überarbeitung der Statuten; die Beteiligung an gesetzgebenden Prozessen; die Kommunikation mit der organisierten Zivilgesellschaft; die Sensibilisierung sozial zugänglicher Gruppen; konstante Information und der Dialog mit BeamtenInnen und MeinungsbildnerInnen (HerausgeberInnen, SchriftstellerInnen, KünstlerInnen); Beschwerden und Antrag zur Intervention der Menschenrechtskommissionen der Regierung (Reyes Linares 2002a).

Die Möglichkeiten der Justiziabilität definieren rechtliche Maßnahmen, die sich auf Prozesse am Arbeitsplatz oder in der Gewerkschaft beziehen, administrative Ressourcen und rechtssprechende Mechanismen. Erstere stützen sich auf betriebs- oder gewerkschaftsinterne Vereinbarungen, wie die Verhaltenskodizes, die Betriebsvereinbarungen, Gewerkschaftsstatuten und Kollektivverträge. Die administrativen Ressourcen zielen auf die Intervention von FunktionärInnen oder von Institutionen der lokalen Verwaltung oder der nationalen Regierung ab. Die rechtssprechenden Mechanismen beinhalten schließlich die juristischen Abläufe beim Arbeitsgericht, die sich auf den Verfassungsartikel 123 stützen (Reyes Linares 2002b).

Viele dieser Kategorien sind freilich nicht wirklich voneinander trennbar, beispielsweise zieht die Bildung im Arbeitsrecht auch andere Aktionen nach sich, wie die Gründung von Gewerkschaftskommissionen, aber auch das Anprangern des Nicht-Einhaltens von Verhaltenskodizes und der Unternehmensverantwortung. Die hier angeführte Kategorisierung soll daher mehr zur Systematisierung der Strategien dienen, als eine gewisse Abfolge beschreiben.

5.2. Die Workshops zum Arbeitsrecht

5.2.1. Zielsetzung, Aufbau und Kontext der Workshops

In diesem Teilkapitel wende ich mich der Bildung im Arbeitsrecht, als einer permanenten Taktik der bereits erwähnten Durchsetzbarkeit, zu, die gleichzeitig auch das zentrale Thema dieser Dissertation ist. Bevor ich die Inhalte der Workshops präsentiere, möchte ich noch kurz auf die hinter den Workshops stehende Idee eingehen, die sich aus den Reflexionen und dem soziologischen Zugang der Mitglieder des CEREALS ableiten.

Das erklärte Ziel der Workshops ist, „bilden um zu organisieren“ (NGO Mitarbeiter: Interview vom 24.03.2011). Die Bildung ist somit nicht einfach nur eine Wissensvermittlung, sondern hat einen realen Wandel vor Augen, sowohl in den sich bildenden Subjekten, wie innerhalb der Strukturen, in denen sich diese Personen bewegen. Es handelt sich um eine Bildung, die kollektive Subjekte schafft, die über die Eigeninteressen hinausblicken und auf kritische Weise sowohl die persönliche Situation zu analysieren lernen, wie den Kontext, der zum Aufkeimen von Ungerechtigkeiten beigetragen hat. Aufbauend auf diese Überlegungen werden Aktionen gesetzt, welche die unterdrückerische Gegenwart zu überwinden suchen. In Form von sozialen und politischen Aktionen und der Reflexion über konkrete und abstrakte Probleme, entsteht auch eine Kultur der Veränderung (Reyes Linares 2002c).

Die Bildungsinitiative geht einerseits vom alltäglichen Leben der ArbeiterInnen in ihrem unmittelbaren historischen Kontext aus, also von „den physischen (Haus, Fabrik, Bezirk, Freizeitzentren usw.) und sozialen Orten (Familie, gewerkschaftliche Organisation,

Nachbarschaftsbeziehungen, Sportclubs, Glaubensgemeinschaften usw.), wo ihr Leben passiert“ (Gallardo; González; Kitazawa et al. 1991: 161). Andererseits spielt auch die Subjektivität der ArbeiterInnen, die die „Einstellungen, Gedanken, Handlungen und das allgemeine Verhalten, mit dem sich die Arbeiter für gewöhnlich in diesen Lebensräumen vergegenwärtigen“ (ebd.) eine wichtige Rolle. Aus der Sicht des CEREALS besteht eine Beziehung zwischen den Objekten und den Subjekten, denn die Subjekte nehmen Eindrücke von den Gegenständen auf, die sie wiederum mit Bedeutungen ausstatten, somit „produzieren sie ein Universum von Vorstellungen über die Realität“ (ebd.). Die ArbeiterInnen finden sich in einer Wirklichkeit wieder, in der sie entsprechend der Bedeutungen, die aus dem Alltagsleben generiert werden, handeln. Die vermeintlich kohärente Lebenswelt wird herausgefordert, indem die scheinbar offenkundigen Bedeutungen und den daraus resultierenden Handlungen hinterfragt werden.

Um mit einer Realität zu brechen, die bis zu einem gewissen Punkt die bestehende Ausbeutung der ArbeiterInnenschaft rechtfertigt, die in den meisten Fällen als normal oder notwendig verstanden wird, wird auf Widersprüche verwiesen, die zunächst ignoriert oder nicht als solche wahrgenommen werden. Da diese Widersprüche nicht immer augenscheinlich sind, betont die NGO die Wichtigkeit, über die lokalen Probleme und Gegebenheiten Bescheid zu wissen, mit Hilfe derer letztendlich auch eine kritische Reflexion losgetreten werden kann. Die dabei verwendete Methode ist jene Paulo Freires der Kodierungen und Dekodierungen, d.h. jeder soziale Raum folgt internen Logiken, die in einer vorherigen Untersuchung von der NGO zu Codes zusammengefasst worden sind. Diese Kodierungen werden einer Gruppe von ArbeiterInnen vorgelegt, die in Dialogform darüber reflektiert, wobei die darin verankerten logischen Einheiten schrittweise aufgebrochen (dekodiert) werden. Diese Art von Reflexion bringt die Widersprüche, die in jeder rationellen Entität vorhanden sind, zu Tage. Die Diskussion über diese Ungereimtheiten schafft ein Bewusstsein über die eigene Vorstellung von der Welt, dem eigenen Handeln darin, den AkteurInnen und Politiken, die diese umgeben (NGO Mitarbeiter: Interview vom 24.03.2011).

Jedoch ist auch zu bemerken, dass der Teilnahme am Workshop meist eine gewisse Inkonformität seitens der ArbeiterInnen mit der eigenen Beschäftigungssituation vorausgeht. Auf diese Art und Weise wird den schon vorhandenen Zweifeln ein erklärender und reflexiver Kontext gegeben, der im Laufe der Diskussionen zu einer definitiven Infragestellung der zuvor übernommenen Bedeutungen führt. Die Workshops als solches können somit nicht Veränderungen in den Subjekten und in den sozialen Strukturen bewirken, wenn es zuvor nicht schon größere Bedenken gegeben hätten. Der besondere Erfolg der Workshops besteht darin, die Gefühle und Eindrücke auf eine pädagogische Weise zu kanalisieren, so dass die TeilnehmerInnen lernen, sie mit neuen Bedeutungen zu belegen, auf deren Basis neue Handlungen gesetzt werden.

Schließlich sind es die Erfahrungen des Workshops selbst, der Dialog und die horizontale Interaktion, ebenso wie das Hinterfragen des Alltagsverständnisses, die das Fundament einer neuen kollektiven Identität definieren. Die Reflexion ist dabei nicht nur ein destruktiver, sondern auch konstruktiver Prozess, weil andere bereits zuvor existierende Aspekte redefiniert, modifiziert und mit neuen Elementen bedacht werden. Auf diese Weise wächst das Subjekt über seine Ohnmacht hinaus und versucht auch seine Position in der Realität zu verändern. Das angestrebte Ziel ist die Transformation der unterdrückten Wirklichkeit, die das neue historische Subjekt antreibt.

Das Beispiel der Nationalen Demokratischen Allianz der ErdölarbeiterInnen (Alianza Nacional Democrática de Trabajadores Petroleros - ANDTP) zeigt, wie mit Hilfe der in sozialen Bedeutungen und Strukturen inhärenten Widersprüche gearbeitet werden kann:

Es gibt eine Erfahrung von zehn Jahren (...), eine sehr interessante und erfolgreiche Erfahrung, z.B. indem versucht wurde die Alianza Nacional Democrática de Trabajadores Petroleros, der Arbeiter von PEMEX von ihrem Beginn an zu stärken. (...) Wir bemerkten, dass genauso wie es eine charrierte, antidemokratische, autoritäre, vertikale Tradition in ihrer Handlungsweise gab, es in ihnen auch eine nationalistische Wahrnehmung gab, aufgrund der Geschichte von PEMEX (nationales Erdölunternehmen), das Erdöl für die Mexikaner förderte, fordernd von der Figur Lázaro Cárdenas ausgehend, mit dem Bewusstsein, dass der mexikanische Arbeiter, der mexikanische Erdölarbeiter der Träger einer Industrie sein konnte, eine Garantie sein konnte. Also es koexistieren beide Traditionen. Sie reihen sich nebeneinander, manchmal widersprechen

sie sich, aber das Ergebnis ist sehr interessant. Es ist eine hybride Identität, in dem Sinn, dass sie Teil einer autoritären Gewerkschaft ist, überdies an die PRI gekoppelt, aber außerdem ist sie – um es so zu sagen – Abkömmling der historischen Entwicklung der Nationalisierung und mit einer klaren Haltung gegenüber dem Land, dem Privatkapital, dem transnationalen Erdölkapital. Also diese Kombination bestärkte manchmal den korporatistischen und klientelaren Charakter der PRI und der Gewerkschaft, und manchmal schuf sie die Möglichkeit zu einer gewerkschaftlichen Demokratie. Dies ist eine Erfahrung, die sie (ANDTP) entzündet und dazu bewegt, sich uns anzunähern und auf die aufbauend wir arbeiten, dies sind die Rechte, die mit der gewerkschaftlichen Demokratie und Freiheit zusammenhängen, weil in einer Gewerkschaft von einer Größenordnung wie PEMEX mit mehr oder rund 100.000 Mitgliedern (...) ist es unglaublich, dass es keine freien und geheimen Wahlen gibt, sie haben keine Garantien, um im Inneren ihre eigene Gruppierung zu formieren ohne gekündigt zu werden, sie haben keine aktualisierten Statuten, so dass man sagen könnte, dass es sich um eine fortschrittliche Gewerkschaft handle, trotz ihrer strategischen Wichtigkeit. Also stießen wir darauf und auf die Handlungsweise Paulo Freires, vom Alltagsleben der Arbeiter auszugehen, von ihren eigenen Widersprüchen und von dem real existierenden Bewusstsein. Also auf dies aufbauend, konnten wir unsere Arbeit entwickeln. Es handelt sich dabei um kein allgemein gültiges Charakteristikum, auch kann sie nicht auf andere, selbst nationale Gewerkschaften ausgedehnt werden. (NGO Mitarbeiter: Interview vom 24.03.2011)

5.2.2. Die Workshops zum Arbeitsrecht in der Sektion 147

In diesem Teil werde ich die Workshops zum Arbeitsrecht, die das CEREAL in der Sektion 147 abgehalten hat und an denen ich direkt teilnehmen konnte, oder über die mir Informationen gegeben wurde, vorstellen. Konkret waren diese zu folgenden Themen: Arbeitsunfälle und Sozialversicherung, die lokalen Wahlen der Sektion 147, die Gehaltsrevision und die Überarbeitung des Kollektivvertrags. Natürlich wurden im Laufe der letzten Jahre mehr Aspekte behandelt, aber während der Zeit meiner Feldforschung war es mir nur möglich, über die schon erwähnten Sitzungen Daten zu erheben. Abhängig von der Thematik der jeweiligen Sitzungen werden eher politische Strategien oder rechtliche Prozesse erklärt.

5.2.2.1. Offener Workshop zum Thema Arbeitsunfälle und Sozialversicherung

Im Fall des ersten Beispiels, die Arbeitsunfälle und die Sozialversicherung, wurden v.a. die rechtlichen Aspekte behandelt. Ein wesentlicher Teil des Workshops bestand darin, die jeweiligen Gesetze (Verfassung, Arbeitsgesetz usw.) mit den entsprechenden Artikeln,

ebenso wie die verantwortlichen Behörden und die Dienstwege vorzustellen. Somit wurden den ArbeiterInnen ihre gesetzlichen Grundlagen erklärt, um darauf aufbauend ihr Recht einfordern zu können. Dieser Teil des Workshops wurde, aufgrund des großen Informationsgehalts, vorgetragen. Gleichzeitig sprach der eingeladene Redner, der selbst als Arzt gesundheitliche Gutachten erstellte, nicht nur über die Rechte als solches, sondern auch darüber, wie mit diesen bei der Sozialversicherung realiter verfahren wird. Dies weicht meist von den gesetzlich verankerten Vorgehen ab und zieht die Interessen der ArbeiterInnen in Mitleidenschaft. Daraufhin wurden einige Fälle, die Unregelmäßigkeiten aufwiesen, mittels der Kopien von gesundheitlichen Gutachten des Instituto Mexicano de Seguro Social (IMSS) untersucht. Auf diese Weise wurden die TeilnehmerInnen darauf sensibilisiert, die offiziellen Gutachten und Bescheide mit großer Vorsicht zu lesen, aber auch ein Auge auf vermeintlich unwesentliche Aspekte zu haben, die äußerst negative Konsequenzen haben können. Daraufhin stellten einige ArbeiterInnen ihre persönlichen Fälle vor, in denen sie unrechtmäßig behandelt worden waren, wie beispielsweise ein Arbeiter, der eineinhalb Jahre zuvor in Pension gegangen war und seine Rente noch immer nicht erhalten hatte, oder, ein sehr übliches Problem, Arbeitsunfälle mit einem medizinischen Gutachten, das temporäre Invalidität feststellte, obwohl es sich um bleibende gesundheitliche Schäden handelte und als Berufsunfähigkeit hätte eingestuft werden müssen.

Die Veranstaltung zu diesem Thema wurde von den TeilnehmerInnen mit großem Interesse aufgenommen, weil die Sicherheit am Arbeitsplatz ein wichtiges Thema in der Stahlindustrie ist, die als besonders gefährlicher Produktionszweig gilt, aber auch wegen der zur Gewohnheit gewordenen Nichteinhaltung von Sicherheitsstandards (siehe Kapitel 4.4.5.3. Die aktuellen Probleme am Arbeitsplatz). Zu Ende der Sitzung verwiesen die Vortragenden nochmals darauf, selbst Verantwortung zu übernehmen und die Dienstwege korrekt auszuführen und auf mögliche Unregelmäßigkeiten hin zu überprüfen, da die verantwortlichen Behörden oft nicht gesetzeskonform handeln. Auch betonten sie die Notwendigkeit, bei Problemen zunächst die legalen Mittel auszuschöpfen und sich gegebenenfalls beraten zu lassen, statt gewaltsame Maßnahmen und Schlägertrupps zu organisieren, was eben in der lokalen Sektion sehr häufig passiert. Schließlich wurden die ArbeiterInnen daran erinnert, dass es leichter ist ihre Anliegen durchzubringen, wenn sie sich

organisieren und sich Personen mit ähnlichen Problemen zusammenschließen, um die bürokratischen Vorgänge zu beschleunigen.

Einige Aspekte dieser Präsentation, wie die Kontrolle der behördlichen Gutachten, mögen befremdlich wirken, haben aber gerade in Mexiko, wo die staatlichen Institutionen meist von bestimmten Interessen vereinnahmt sind und die ArbeiterInnen oftmals eine sehr geringe Schulbildung haben, ihre Legitimität. Wegen dieser Probleme und dem Fehlen eines unmittelbaren Lösungsweges entscheiden sich die ArbeiterInnen oft für gewaltsame Aktionen, die meist schwer gerechtfertigt werden können.

Die erwähnte Sitzung war für alle Interessierte offen, während die restlichen Workshops, die ich auf den folgenden Seiten beschreiben werde, innerhalb einer kleinen Gruppe mit drei bis vier Personen abgehalten wurden.

5.2.2.2. Ziele der jeweiligen Workshops

Im Vergleich zu ersterem Workshop, hatten die folgenden einen permanenten Charakter, d.h. dieselben TeilnehmerInnen trafen sich in einem regelmäßigen zeitlichen Abstand. Das Ziel dieser Workshops ist die Ausbildung von ArbeitsrechtsverteidigerInnen in der lokalen Sektion.

Die Workshops zur Gehaltsrevision und zur Überarbeitung des Kollektivvertrags⁷⁸ wurden damit begonnen, dass die allgemeinen Ziele der entsprechenden Verhandlungen abgeklärt wurden, welche sich im Fall der Kollektivverhandlungen auf die Festlegung der Bilateralität, der Kollektivrechte und der Sozialleistungen beziehen und im Fall der Gehaltsrevision, auf eine angemessene Gehaltserhöhung. Bei der Sitzung über die Kollektivverhandlungen wurden auch deren historische Verankerung angeschnitten, in dem auf die vergangenen ArbeiterInnenkämpfe verwiesen wurde, die die Gründung von Gewerkschaften und das Durchsetzen des Streikrecht erwirkt hatten, aber auch all jene Rechte, die Eingang in den Kollektivvertrag gefunden haben. Somit wurde gezeigt, dass es sich dabei um ein schützenswertes Gut handelt. Außerdem wurde auf die rechtliche Grundlage der

⁷⁸ Bei den Sitzungen zur Überarbeitung des Kollektivvertrags und über die lokalen Wahlen war ich nicht anwesend. Die erklärte Abfolge bezieht sich auf das Material, das ich von einem NGO-Mitarbeiter bekommen habe.

Ausarbeitung des Kollektivvertrags, das nationale Arbeitsgesetz, hingewiesen, sowie die allgemeine Struktur und die wichtigsten Komponenten des Vertrags abgeklärt.

5.2.2.3. Akteursanalyse für die jeweiligen gewerkschaftlichen Aktivitäten

Nach dem allgemeinen Teil wurden in beiden Sitzungen über die involvierten AkteurInnen diskutiert. Sowohl bei der Gehaltsrevision, wie bei den Kollektivverhandlungen ist dies ein entscheidender Faktor, denn die ArbeiterInnen müssen wissen, an wen sie sich mit ihren Vorschlägen wenden können. Idealerweise werden diese direkt den KommissionärInnen, die für diese Verhandlungen bestellt werden, unterbreitet bzw. nehmen sie direkt an den Workshops teil, denn so kann sichergestellt werden, dass die Vorschläge angenommen werden und in die Verhandlungen einfließen. Im Fall der Sektion 147 waren diese Möglichkeiten jedoch aufgrund der internen Streitigkeiten oft sehr eingeschränkt. Obwohl sich die TeilnehmerInnen zunächst immer um die direkte Unterredung mit den KommissionärInnen bemühten, hatten sie oftmals keinen Erfolg wegen der unternehmerfreundlichen Haltung des lokalen Exekutivkomitees der Gewerkschaft, das letztendlich auch die Kommission bestellte. Somit wurde die Kommunikation mit der Opposition der Sektion 147 zu einer alternativen Strategie, um sich so einen größeren Rückhalt unter den Arbeitenden zu schaffen. Ein Teil dieser Taktik war, die in den Workshop erarbeiteten Inhalte auch auf die Flugzettel der Opposition zu schreiben, die unter der Belegschaft verteilt wurden. Zudem haben sich die TeilnehmerInnen in letzter Zeit vermehrt in der gewerkschaftlichen Opposition der Sektion 147 beteiligt. Obwohl die Annäherung an die hegemoniale Gruppe in der lokalen Sektion zur Diskussion stand, um so die Inhalte besser zu platzieren und Reformen von innen heraus zu bewirken, wurde diese Option nicht weitergeführt. Sollten diese Wege in Zukunft nicht funktionieren, besteht weiters die Möglichkeit, Veränderungen in den Abteilungen zu implementieren, wobei zwar Verbesserungen herbeigeführt werden können, diese jedoch nicht Eingang in den Kollektivvertrag finden bzw. auf einige Abteilungen beschränkt bleiben.

Die Analyse der AkteurInnen war gerade im Fall des Workshops zu den lokalen Wahlen sehr wichtig, weil ihre Beziehung zueinander, Aufschluss darüber gab, wer tatsächlich Einfluss auf die Wahlen hat. Im Fall der Sektion 147 gibt es zwei AkteurInnen, die aus dem für die lokalen

Gewerkschaftswahlen üblichen Rahmen fallen, dies sind die oppositionellen Gruppen und die Alianza Minera Nacional (AMN).

Obwohl es verschiedene Gruppierungen in der Sektion 147 gibt, treten nicht alle zur Wahl an, sondern die gesamte Opposition stellte eine Liste und die hegemoniale Gruppe eine andere. Da die Formierung einer Liste mit einem größeren rechtlichen und administrativen Aufwand verbunden ist, gehen die Gruppen für die Wahlen Allianzen ein. Wie schon im vorherigen Kapitel erwähnt, haben die Gruppierungen ihren Ursprung in den Arbeitsabteilungen und repräsentieren nicht automatisch verschiedene Ideale. Obwohl es natürlich innerhalb der Opposition als solches verschiedene Positionen gibt, waren diese zum Zeitpunkt der lokalen Wahlen sekundär, da es galt, im gesamten inkonforme ArbeiterInnenstimmen auf sich vereinigen zu können.

Die zweite Akteurin, die aus der üblichen Wahlkonstellation herausfiel, war die AMN, die aus dem Schoß dieser Sektion und der Opposition kam, jedoch Veränderungen auf nationalem Niveau anstrebte. Hinter der AMN und der Gruppe der Grünen, die nach wie vor die Posten des lokalen Exekutivkomitees besetzt hält, steht das Unternehmen. Als einige Oppositionsführer kurz vor den Wahlen gekündigt worden waren, wiesen die Machtkonstellationen, die im Workshop analysiert wurden, ein großes Ungleichgewicht zu Gunsten des Arbeitgebers, der sich eigentlich überhaupt nicht einmischen dürfte, auf.

5.2.2.4. Entwicklung von Wahlszenarien

Aufbauend auf diese Analyse wurden drei Szenarien entwickelt, vom schlimmsten, besten zum realistischsten. Die Elemente, die dabei diskutiert wurden, waren der Wahlort, das Verhalten der Gruppen und jenes der ArbeiterInnenbasis. Im Fall des Wahlorts ist zu bemerken, dass von der Opposition der Eingang des Gewerkschaftsgebäudes oder ähnlich „öffentliche“ Räume bevorzugt werden, weil er allen GewerkschafterInnen den Zugang zur Wahl ermöglicht, während bei Wahlen im Gewerkschaftsgebäude der Opposition oft der Zutritt verweigert wird.

Aufbauend auf die Ergebnisse und die Definition der sektionsinternen Probleme, wurden verschiedene Handlungsstrategien entwickelt, um zu einer Stimmung beizutragen, die eine gewerkschaftliche Demokratie fördern sollte. Diese waren: (1) Die Möglichkeiten eines/r jeden/r KandidatIn, sein/ihr Programm vorzustellen, (2) die Entwicklung eines Arbeitsplans eines/r jeden/r KandidatIn, (3) Aufruf an die Basis, Ruhe zu bewahren, da es bei vorherigen

Wahlen immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen gekommen war, und (4) die Organisation einer Gruppe von WahlbeobachterInnen.

Die TeilnehmerInnen des Workshops sollten sich anschließend darum bemühen, diese Strategien, so weit als möglich umzusetzen, um ein demokratiefreundliches Klima zu schaffen.

5.2.2.5. Inhaltliche Analyse zur Gehalts- und Kollektivvertragsrevision

Im Fall der Sitzungen zur Gehaltsrevision und zur Überarbeitung des Kollektivvertrags folgte nach der Akteurs- und Kontextanalyse, die inhaltliche Arbeit. Bei der Gehaltsrevision ging es vorwiegend darum, sich einen Überblick über die finanzielle Situation des Unternehmens zu schaffen und zu vergleichen, ob sich diese im Lebensstandard der ArbeiterInnen widerspiegelte (Lohn, Sozialleistungen). Die zur Analyse notwendigen Daten wurden teilweise von den ArbeiterInnen selbst zusammengestellt, z.B. die Produktionswerte, die der Arbeitgeber der Belegschaft kommunizierte, um so seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu untermauern und um diese zu animieren, oder es wurden die persönlichen Ausgaben aufgeschrieben, um so den eigenen Warenkorb zu definieren und den Preisanstieg festzuhalten. Im Rahmen meines Volontariats bereitete ich selbst einige Daten zur finanziellen Lage des Unternehmens, die im Internet zu finden waren, auf. Weitere Daten wurden vom CEREAL selbst zur Verfügung gestellt, wie beispielsweise eine Übersicht über die aktuellen Gehaltserhöhungen anderer nationaler Gewerkschaften oder Sektionen.

Im Fall der Überarbeitung des Kollektivvertrags diente die Umfrage, die ich gemeinsam mit einem Kollegen des CEREALS unter 40 ArbeiterInnen zu Fragen der Einhaltung bestimmter Klauseln durchgeführt hatte, als Stütze, um die größeren Probleme der Sektion herauszufiltern. Aufbauend auf diese Ergebnisse wurden Vorschläge zur Überarbeitung bestimmter Klauseln gemacht und die Verletzung von zwei anderen angeprangert. Die erhobenen Daten dienten, obwohl sie nicht repräsentativ waren (die Sektion zählt aktuell ungefähr 3.500 ArbeiterInnen), als Argumentationsstütze.

Am Ende der Workshops verpflichteten sich die TeilnehmerInnen dazu, die erarbeiteten Vorschläge so gut als möglich umzusetzen, was sowohl bedeutete, KollegInnen in der Arbeit oder in der Opposition zu mobilisieren, wie die Basis mittels Flugzettel zu informieren und

mit den KommissionärInnen und den RepräsentantInnen des lokalen Exekutivkomitees in Kommunikation zu treten.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass es kein spezifisches Modell gibt nach dem vorgegangen wird, jedoch scheint der soziologische und pädagogische Ansatz sehr wohl durch und wie zuvor erwähnt, gibt es bestimmte Elemente, die sich in den meisten Sitzungen wiederholen: Allgemeine Erklärungen zum Kontext und zum Ziel des Workshopinhalts, die Akteursanalyse, die inhaltliche Arbeit mit den entsprechenden Aufgaben, die Definition von Strategien und der Versuch zur Umsetzung dieser im Inneren der Gewerkschaft oder der Abteilung. Gerade der letzte Punkt lässt die Intention, die ArbeiterInnen zu organisieren, durchblicken, dabei werden die Handlungsstrategien nicht diktiert, sondern die Ideen entstehen in der Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen, die letztendlich auch über die Aktionen bestimmen. Auf diese Weise trägt die Bildungsinitiative dazu bei, den Wissenshorizont der TeilnehmerInnen hinsichtlich ihrer Rechte zu erweitern und diese verteidigen zu lernen, sowie sich in rechtlichen und politischen Fragen zu orientieren und sich zu organisieren.

Ein Aspekt der Workshops, der weniger attraktiv erscheinen mag, ist die Verbindlichkeit zur Teilnahme selbst, zur Diskussionsbereitschaft, zum Umsetzen der Aufgaben und zur Organisation der KollegInnen, weil viel Zeit und Geduld dafür nötig sind. In einer Sektion wie dieser, in der die Arbeitswoche 48 oder mehr Stunden beträgt, die Arbeit besonders anstrengend ist, weil sie eine große körperliche Belastung darstellt und der Schichtbetrieb üblich ist, ist die Bereitschaft einen Großteil der Freizeit in Bildung zu investieren, eher gering. Obwohl die Sektion sehr politisiert ist, glauben nur wenige, dass eine Initiative, die so viel Zeit auf sich verwendet, nötig sei.

5.3. Demokratisierung der ArbeiterInnensubjekte und der Sektion 147

In diesem Kapitel möchte ich schließlich die Aspekte, die eine mögliche Demokratisierung der ArbeiterInnen und der lokalen Sektion bedeuten können, sowie ich sie im Theoriekapitel

erwähnt habe (Kapitel 2.4. Analytische Konzepte zur Demokratisierung der ArbeiterInnensubjekte und deren Gewerkschaft), präsentieren, wobei ich zunächst noch einige allgemeine Punkte zu den hier beschriebenen Ergebnissen klären möchte.

Allgemein muss bedacht werden, dass jede Person, die an der Bildungsinitiative teilnimmt schon eine Vielzahl an Erfahrungen gemacht hat, die ein kritisches Denken gefördert haben. Aus diesem Grund ist es schwierig, diese Erfahrungen von den direkt in den Workshops erlebten und beobachteten Lernsituationen zu unterscheiden. Neben den zuvor schon konstruierten, gelernten, hinterfragten, bestärkten Bedeutungen, kommt es auch zu einer konstanten Erweiterung des Wissens- und Erfahrungsschatzes in der Gegenwart, die ihren Ursprung nicht unbedingt in der Bildungsinitiative hat, aber Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Gewerkschaftspolitik haben kann. Daher ist es sehr kompliziert, eine direkte Ergebnisstudie der Workshops zu machen, ohne der Versuchung anheim zu fallen, zu viel oder zu wenig hineinzuiinterpretieren. Somit können die im Folgenden gemachten Erklärungen nur eine Annäherung sein. Andere Erfahrungen der TeilnehmerInnen, die in die Analyse einfließen können, sind vorwiegend soziale Aktivitäten, wie beispielsweise in der Alianza Cívica⁷⁹, in der Pastoral Laboral (Arbeitspastorale), die mit dem CEREAL eng verbunden ist, die Beteiligung an der Gewerkschaftspolitik an sich, wie unter der Línea Proletaria, an der Opposition oder Erlebnisse am Arbeitsort selbst. Im Fall der Pastoral Laboral ist weiters zu sagen, dass das CEREAL an ihr beteiligt ist und die WorkshopteilnehmerInnen daher pauschal den Terminus „Pastoral Laboral“ verwenden, um sich auf die Bildungsarbeit zu beziehen, auch wenn sie offiziell über das CEREAL läuft. Dies erklärt sich u.a. damit, dass die Strategie auf die das CEREAL in dieser Sektion setzt, die Verbindung der vergangenen politischen Aktivität (Línea Proletaria) mit der christliche Arbeit (Pastoral Laboral) und der Bildung im Arbeitsrecht ist (NGO-Mitarbeiter: Interview vom 24.03.2011).

Abgesehen von diesen Einflüssen, kann doch festgestellt werden, dass die Bildungsinitiative zu einem Umdenken, einer vermehrten Interaktion mit politisch aktiven KollegInnen und zu einer fordernderen Haltung gegenüber anderen AkteurInnen (außerhalb der Opposition),

⁷⁹ Zivilgesellschaftliche Initiative, die sich für die Demokratisierung der Politik in Mexiko einsetzt

wie dem lokalen Exekutivkomitee und dem Arbeitgeber, beiträgt. Die beinahe selbstverständliche Eingliederung dieser Veränderungen in die soziale Umgebung der TeilnehmerInnen, die analytische schwer nachzuvollziehen sind, ist vom CEREAL als solches beabsichtigt.

Im folgenden Teil mache ich außerdem eine Unterscheidung zwischen den reflexiven und aktiven Komponenten der drei Demokratisierungskonzepte. Mit ihr beabsichtige ich die Elemente herauszufiltern, die laut Paulo Freire eine neue Praxis (also Realität) schaffen, was eben die Reflexion und die Aktion sind (siehe Kapitel 2.3.3. Die Pädagogik der Unterdrückten von Paulo Freire). Dieser reflexive und aktive Prozess beginnt zunächst beim Subjekt selbst, das auf dieselbe Weise zu Veränderungen in den sozialen Räumen, in denen es mit anderen interagiert, beiträgt (interne Demokratisierung im Workshop, in der Opposition) und zur Ermächtigung gegenüber anderen AkteurInnen (lokale Gewerkschaft, Arbeitgeber).

Der Übergang von der Reflexion zur Aktion ist dabei oft fließend ist, weil die Reflexion meist im Kollektiv stattfindet und dabei sprachlich geäußert wird, aber in vielen Fällen ist das Handeln ebenfalls sprachlicher Natur. Während die Reflexion die Infragestellung bekannter Denkmuster beschreibt, bezieht sich das Handeln auf die Ausarbeitung von Forderungen. Ich mache diese Unterscheidung zum Zweck der Systematisierung der Information, wohlwissend, dass sie sich als solche in der Realität nicht eins-zu-eins wiederfinden lässt.

Da jeder Bildungs- und Organisationsprozess eine soziale Interaktion beschreibt, entschied ich mich dafür, eine weitere Kategorie einzuführen, die der Reaktionen und Antworten Dritter oder teilweise involvierter AkteurInnen. Das Hinzuziehen dieser Komponente möchte ich mit den Grundideen der soziologischen Phänomenologie rechtfertigen, die eben die Realität als die Gesamtheit aller sozialen Interaktionen versteht, also auch jener, die außerhalb der behandelten Gruppe entstehen. Trotz dieses Systematisierungsversuches darf nie aus den Augen verloren werden, dass hinter besagten Teilaspekten immer der Versuch zur Schaffung einer neuen Praxis steht, d.h. einer Wirklichkeit, die die ArbeitnehmerInneninteressen respektiert, die als solches zeitlichen Bestand und somit Historizität erlangen soll.

Methodisch näherte ich mich dieser Aufgabe so an, dass der Großteil des auf den folgenden Seiten Beschriebenen, von den Interviewten selbst als ein Ergebnis der Bildungsinitiative interpretiert wurde. Nur im Fall der drei Interviewten, die immer an den Workshops teilnehmen⁸⁰, habe ich mir die Freiheit genommen, einige Aussagen mit der Arbeit des CEREALS in der lokalen Sektion zu verbinden. Außerdem möchte ich darauf verweisen, dass zwei der TeilnehmerInnen ein Ehepaar sind, wobei nur der Mann in der Fabrik arbeitet, jedoch die Anwesenheit seiner Frau, die Frage der Demokratisierung auch auf den Genderaspekt ausweitet. Anders ausgedrückt, kommt die Workshopteilnahme der Ehefrau, die eigentlich eine Hausfrau ist, einer Emanzipierung an der Seite ihres Gatten gleich. Obwohl dies zunächst etwas fragwürdig erscheinen mag, verflüchtigen sich die Zweifel, wenn beobachtet wird, dass durch die Teilnahme beider, der Ehefrau das gleiche Wissen um die Arbeitsrechte und –probleme zu Teil wird. Obwohl sie die Arbeitssituation ihres Gatten, der in diese tagtäglich eingebettet ist, nicht aus nächster Nähe kennt, teilt sie mit ihm seine Sorgen und kommuniziert ihm ihre Meinung über die Arbeit, die Gewerkschaft oder die Politik von einer externen und meist ruhiger durchdachten Position aus. Aus Sicht des Gatten bedeutet das Teilen der Arbeitsprobleme mit seiner Frau, basierend auf dem gemeinsam Erlernten, eine Verbündete zu haben. Aus Sicht der Gattin meint diese politische Aktivität, als gleichwertig anerkannt zu werden und sich in dieser Position gestärkt zu fühlen. Es ist allgemein üblich, dass die Männer, die in Mexiko noch meist die traditionelle Rolle des Brotverdieners innehaben, ihre Probleme am Arbeitsplatz mit ihren Partnerinnen teilen, weil sich diese schlicht und einfach auf die Familie auswirken, jedoch ist die Kommunikation basierend auf einem ähnlichen gesetzlichen und politischen Wissen eher ungewohnt.

Ich habe ebenfalls die Aussagen zweier Arbeiter in die Analyse miteinbezogen, die nicht regelmäßig an den Workshops teilnehmen und in ihrem Fall war es mir nicht möglich, in Bezug auf das erste Konzept (Bewusstseinsbildung) zwischen dem in den Sitzungen Erlernten und den externen Erfahrungen zu unterscheiden. Deshalb habe ich deren politische Vorstellungen in der Analyse der ArbeiterInnensubjekte im Kapitel über die derzeitige

⁸⁰ Diese Zusammenkünfte finden meist einmal pro Monat statt, aber wenn es sich um spezifische Ereignisse (Überarbeitung des Kollektivvertrags, Wahlen usw.) handelt, auf die sie sich gezielt vorbereiten, können diese auch häufiger sein und danach etwas weniger werden.

Situation in der Sektion 147 (Kapitel 4.4.5.3..) aufgenommen, gemeinsam mit der Information, die mir von anderen ArbeiterInnen mitgeteilt wurde, die nicht an der Bildungsinitiative teilnehmen. Ich möchte nochmals darauf verweisen, dass die im Folgenden vorgenommene Kategorisierung schlichtweg ein Instrument zur Systematisierung der Information ist, jedoch in der Realität nicht direkt so vorzufinden ist. Es handelt sich um eine wissenschaftliche Konstruktion, die zur Beantwortung der Forschungsfragen notwendig ist.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Motivation der ArbeiterInnen zur Teilnahme an den Workshops eingehen. Allgemein kam die Zusammenarbeit oft zufällig zustande, weil sie über Bekannte von den Workshops informiert worden waren, aber zuvor erfahrene Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz führten dazu, dass sie den Inhalt dieser Initiative als interessant empfanden. Die meisten Beschwerden hingen dabei mit der schlechten Behandlung oder dem Autoritätsmissbrauch durch die Vorgesetzten zusammen, welche sich in Form einer vulgären Sprache, in der Missachtung der Sicherheitsstandards, einer überheblichen Position gegenüber der ArbeiterInnenschaft usw. äußerte. Wie im vorherigen Kapitel erwähnt, ist die Fabrik ein Ort, an dem die ArbeiterInnen verschiedene Formen von Demütigung erfahren, welche nur schwer zu ertragen sind, v.a. dann, wenn sie ihre Tätigkeit pflichtgemäß erfüllen, denn es handelt sich um einen konstanten Angriff auf die eigene Würde und den Selbstwert. Jedoch unternehmen die meisten nichts gegen die Demütigungen, weil sie auf das Einkommen angewiesen sind, um ihre Familie zu ernähren.

Ein anderer Motivationsgrund kann aber auch die Familie sein, denn beispielsweise entschloss sich ein Arbeiter zur Teilnahme aus Solidarität mit einem Kollegen, dessen Frau schwer krank war und dessen Sohn diese zwischenzeitlich pflegte und anschließend vom Arbeitgeber wegen des Fernbleibens gekündigt wurde.

In beiden Fällen, die persönliche Würde und der Respekt vor der Familie, handelt es sich um zwei sehr wichtige Werte und deren Nicht-Respektierung durch den Arbeitgeber kann zu einem Auslöser für die politische Aktivität werden, und in diesem Fall für die Teilnahme an den Workshops zum Arbeitsrecht. Somit beschreiben die Workshops v.a. den Kondensationspunkt, an dem die erfahrenen Ungerechtigkeiten zur Sprache gebracht, kontextualisiert und in Handlungen umgewandelt werden

5.3.1. Die Bewusstseinsbildung

Die Ergebnisse der Analyse, die ich in diesem Teilkapitel zusammengefasst habe, beziehen sich auf die tiefgehende Infragestellung der eigenen Person, der eigenen Lebenswelt und der Bedeutungen, die von den in ihr agierenden AkteurInnen konstruiert werden (symbolische Sinnwelt). Aufbauend auf diese Zweifel und Brüche werden teilweise neue Werte geschaffen, teilweise alte bestärkt. Die Umsetzung und das Leben dieser Werte und Bedeutungen beschreiben den aktiven Moment dieser Bewusstseinsbildung.

5.3.1.1. Reflexion über sich selbst

❖ *Rechte haben und verteidigen*

Einer der ersten Schritte, um sich in der eigenen Lebenswelt und der häufig erfahrenen Ohnmacht neu zu denken, ist das In-Erfahrung-bringen von Rechten, d.h. ein Wissen darüber zu erlangen, dass viele der Dinge, die einem tagtäglich widerfahren, nicht gesetzeskonform und gerecht sind, also nicht passieren dürften. Es bedeutet zu begreifen, dass die Verunmöglichung in entwürdigenden Situationen zu handeln, nicht notwendigerweise hingenommen werden muss. Obwohl viele Personen bereits wissen, dass sie Rechte haben, zwingt sie die erdrückende politische und ökonomische Situation dazu, eine fatalistische Haltung einzunehmen, die die Verletzungen und die Straflosigkeit als ein unvermeidbares Schicksal begreift. In den Workshops lernen die TeilnehmerInnen aber nicht nur, dass sie Rechte haben, sondern auch, wie sie diese verteidigen und einfordern können, sowie die Strategien, die von anderen AkteurInnen verwendet werden, um deren Umsetzung zu vermeiden. Aus dieser Perspektive ist die Verbindlichkeit zum Handeln ersichtlich, weil die Vorstellung, dass es keine Alternativen gäbe eliminiert wird und bewiesen wird, dass die erfahrenen Rechtsverletzungen weder einen normalen, noch einen gerechtfertigten Zustand beschreiben.

Da die meisten TeilnehmerInnen sich bereits gegen die am Arbeitsplatz erfahrenen Demütigungen auflehnten, jedoch eine recht vage Vorstellung von ihren Rechten hatten, bedeutet die Aufklärung über Rechtsaspekte ein sehr starkes Instrument zur eigenen Ermächtigung:

Ich hatte das Interesse mehr über die Rechte der Arbeiter zu erfahren. Wie kann man mit den Arbeitern teilnehmen? Wie kann ich den Arbeitern erklären, dass wir unsere Rechte verteidigen? Ich kam zum Pastoral Laboral und ich sagte: Hier ist das, was ich seit langem gesucht habe!
(Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Die Veränderungen der persönlichen Einstellungen, die die Bildungsinitiative im Arbeitsrecht mit sich bringen, sind besonders dann augenscheinlich, wenn die ArbeiterInnen bereits mehrere Jahre teilnehmen und ihre Sichtweise über das Verhalten ihrer KollegInnen, die kein Interesse daran haben, wiedergeben:

Naja gut, das ist so weil sie nichts machen, weil sie nichts wissen. Sie kennen die Rechte nicht, deshalb können sie nichts machen. Sie wissen nicht wie man damit arbeitet, weil hier mit dem Pastoral Laboral sind wir Formulare durchgegangen und wir suchen alles Stück für Stück zusammen. (Arbeiter 1: Interview vom 15.05.2011)

❖ *Sich wertschätzen*

Das Bewusstsein darüber, Rechte zu haben, bedarf einer Redefinition von sich selbst. Die Würde des Menschen, auf die dieses Rechtsverständnis verweist, bestärkt die Personen in ihrem Zweifel, eine Benachteiligung erfahren zu haben und kommt einer Wiedergewinnung des Respekts vor sich selbst gleich.

In der Workshopsituation kommt dieser Aspekt häufig durch Kleinigkeiten zum Ausdruck, wie dass einem zugehört wird und die eigene Meinung zählt, obwohl man keine sehr ausgefeilte Sprache verwendet:

Alles was wir sagen, also, ich bin sehr beeindruckt weil, was mir an ihm (NGO-Mitarbeiter) gefällt, was einer zum Ausdruck bringt, wir sagen ein Wort und er sagt nicht nein. Alles ist ja und er nutzt alles zum Guten, obwohl ich glaube, dass ich mich manchmal schlecht ausdrücke oder es schlecht sage, er antwortet uns immer gut, nicht wie andere, die dir vielleicht antworten, aber negativ.
(Arbeiterfrau: Interview vom 18.11.2010)

Die Workshopsituation kontrastiert mit den Erfahrungen in der Fabrik, wo eine Sprache des Befehlens und Ermahnens vorherrscht. Auf diese Weise trägt die Bildungsinitiative dazu bei, sich selbst und seine eigene Meinung wieder wertzuschätzen. Basierend auf dieser eigenen

Wertschätzung entsteht auch der Glaube daran, selbst zu etwas beitragen zu können und einE BürgerIn mit Rechten zu sein.

Um diese Rechte auch einzufordern, bedarf es Mut, um sich unangenehmen Situationen, Diffamierungen und Unverständnis stellen zu können. Es versteht sich von selbst, dass diese Angelegenheiten oft unangenehm und ermüdend sind, aber dieselbe Wertschätzung sich selbst gegenüber ist eine entscheidende Rückendeckung, die zwar nicht alles abfedern kann, jedoch ein bestärkter Wert ist, der sich auch der erarbeiteten Inhalte bedient, die sich in schlagkräftige Argumente verwandeln. Diese Haltung und das angeeignete Wissen beeindrucken andere, die den Personen dafür Respekt zollen:

Gut, ich habe große Möglichkeiten erhalten und sie haben mich akzeptiert, sie haben mich berücksichtigt, was für mich einen sehr großen Wert hat. Nicht? Die Mehrheit der Arbeiter spricht mich mit „Herr E.“ (Don⁸¹) an, und ich fühle mich geschmeichelt, ich fühle mich wertgeschätzt(...). Dank Pastoral Laboral habe ich hier viele Sachen gemacht. Was soll ich dir sage? Ich verdanke das alles Pastoral Laboral. (...) Alle berücksichtigen mich. Ich sehen keinen, dem sie so sehr Respekt zollen wie mir. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

❖ *Sich positionieren*

Das Kennen seiner Rechte, ein breiteres Wissen und die eigene Wertschätzung bedürfen auch eines Überdenkens der eigenen Position unter der ArbeiterInnenschaft, in der Gewerkschaft und in der Fabrik. Vorschläge für die Überarbeitung des Kollektivvertrags oder der Gehaltsrevision einzubringen und die Problemen der lokalen Sektion zu analysieren, tragen zu einer bestärkten Selbstwahrnehmung der Arbeitenden bei, die sich befähigt sehen, ebenfalls die Politik zu verstehen, sowie Meinungen und Vorschläge äußern zu können. Es handelt sich also um Aspekte, die nicht mehr alleine den GewerkschaftsführerInnen vorbehalten bleiben. Natürlich haben GewerkschaftsfunktionärInnen mehr Zeit, um sich diesen Fragen zu widmen, weil sie während ihrer Amtszeit freigestellt sind, aber die Vorstellung, dass nur diese Personen, sich um die Politik kümmern, wird abgelehnt. Für die ArbeiterInnen der Bildungsinitiative geht es darum, sich in der Gewerkschaft politisch zu beteiligen, diese Aufgabe den FunktionärInnen zu überlassen ist bequem, für sie heißt es, „gewinnen“ zu wollen, ohne selbst etwas beizutragen. Andererseits kommen aber auch die

⁸¹ „Don“ ist in Mexiko eine sehr ehrwürdige Bezeichnung für einen älteren Herren.

AnführerInnen, die sich durch die Basis hochhieven lassen, der Kritik nicht aus, weil der Hochmut, einen solchen Posten erhalten zu haben, nur sein Gegenstück in der Angst der Basis findet:

Lass mich dir das erklären, wenn ich in der Opposition bin. In der Opposition öffne ich die Augen zu einer ganz anderen Realität, statt als Arbeiter müßig zu sein und nur gewinnen zu wollen, nur zu gewinnen, ohne dass ich selbst meinen Teil bei der Basis beitrage. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2011)

A. wuchs und er glaubte, als Generalsekretär auf die Unterstützung der Arbeiter zählen zu können. Nein, aber die schieben dich vor, weil wenn es darauf ankommt, ducken sie sich. Ich sage meine Meinung, ich schlage vor, aber auf eine dynamische Art und Weise. (ebd.)

Im letzten Satz des angeführten Zitates schimmert auch ein anderer Aspekt durch, jener des nicht Diktierens, sondern des Vorschlagens mittels eines Dialoges. Dies funktioniert nur in der Anerkennung des anderen als GleichwertigeN. Die Bildungsinitiative trägt dazu bei, die interne Hierarchie der Gewerkschaften aufzubrechen, dies beschreibt aber nicht nur einen Bruch mit dem Charrismus, sondern auch mit der Mystifizierung der Führungsfigur, als ein kulturell geprägter Ausdruck von Macht.

Die andere Seite der politischen Aktivität bedeutet, als politischeR MeinungsführerIn nicht zu sehr zu wachsen, selbst wenn dies nicht beabsichtigt ist, so werden argumentativ oft sattelfestere ArbeiterInnen in Führungsposition geschoben und in vielen Fällen führt dies dazu, dass sich das bekannte Machtmuster wiederholt. Das obige Zitat weist genau auf diesen Aspekt hin, aber durch die Kritik alleine kann die Einstellung nicht verändert werden, sondern es bedarf einer Reflexion über sich selbst in Beziehung mit den KollegInnen und eine Veränderung im eigenen Handeln. Dies ist umso schwieriger, wenn die eigenen KollegInnen nach wie vor in den alten Mustern denken. Sich als AnführerIn zu positionieren, bedarf auch der Respektierung der anderen als Gleichwertige, was aufgrund der fehlenden Vorbereitung einiger KollegInnen, nicht so einfach umsetzbar ist.

Der Kern des Erlernten findet oft in den eigenen vier Wänden statt, in der Familie und in der Partnerschaft, weil es die unmittelbarsten sozialen Beziehungen sind. Obwohl natürlich die Logiken der Gewerkschaft nicht mit denen der Familie zu vergleichen sind, bleibt der

familiäre Kontext der ureigenste Ausdruck für die Art und Weise, wie sich ein Individuum sozial mit anderen verbindet. Somit ist der Respekt gegenüber dem/r PartnerIn und den eigenen Kindern ein entscheidendes Element, um auch ein demokratisierendes Subjekt in einer anderen Umgebung sein zu können. Es ist keine Bedingung, die sich automatisch auf die politische Aktivität auswirkt, aber verdeutlicht, wie eine Person interagiert und wie sie sich in einem sozialen Umfeld, mit dem sie sich besonders identifiziert, als Raum der „Seinigen/Ihrigen“, positioniert. Dieser Respekt, der sich in Form des miteinander Handelns und Kommunizierens äußert, ist in der Theorie durchaus einleuchtend, aber viel schwieriger zu praktizieren, da erst althergebrachte und erlernte Muster überwunden werden müssen, und es sich um einen konstanten Lernprozess handelt:

(...) und er sagt auch manchmal „ja, nein, ja, es stimmt, ich sage manchmal Dinge, bei denen es nur um mich geht. Du hast deinen eigenen Willen.“ Er gibt es zu und sagt: „Du hast deinen eigenen Willen.“ (Arbeiterfrau: Interview vom 18.11.2010)

Die Reflexion über die eigene Position in der Gewerkschaft und über die Position dieser in der nationalen Geschichte verlangt auch nach einer Ausdehnung der Solidarität auf Sektoren, die nur bedingt der Gewerkschaft angehören, u.a. der ZeitarbeiterInnen. Die gewerkschaftlichen Rechte zu kennen, meint auch zu verstehen, dass es sich um kollektive Rechte handelt, die nicht einem Individuum „gehören“, sondern von einer Gruppe geteilt werden. Die Solidarität ist ein verpflichtender Wert, um diese kollektiven Rechte umzusetzen. Einer der Teilnehmer beschwerte sich über die Unternehmenspolitik, den ArbeiterInnen mehr zu zahlen und ihnen gleichzeitig ihre erkämpften Errungenschaften wegzunehmen, was auf lange Sicht die zukünftigen Generationen, die meist als ZeitarbeiterInnen einsteigen, in Mitleidenschaft zieht:

Jetzt reden sie davon, dass sie uns andere Sachen wegnehmen wollen, die Lebensmittelmarken, das dies und jenes, und sie bieten uns dafür 60.000 Pesos. Die älteren von uns, glaubst du, dass wir dieser Finte folgen? Gut, wo sind denn diese 60.000 Pesos? Gut, schau! Wir werden die, die gerade zu arbeiten anfangen in Mitleidenschaft ziehen, die Zeitarbeiter, deshalb werden die Kollektivrechte weniger. Jetzt werden wir ihnen Sozialleistungen kürzen, weil wir jetzt gehen. Nein, darum geht es nicht! Wir müssen ihnen bessere Sozialleistungen überlassen! (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Dieselbe Aussage gibt auch eine Idee von der Sensibilisierung gegenüber der eigenen Gewerkschaftsgeschichte, die in diesem Moment in ihren Händen liegt, und somit ein weiteres Verständnis darüber schafft, was vorherige Generationen den heutigen ArbeiterInnen überlassen haben. Für wenig vorbereitete ArbeiterInnen ist die Geschichte ein Thema, das unabhängig von der eigenen Arbeitssituation gesehen wird, für jene aber, die bei der Bildungsinitiative beteiligt sind, werden Vergangenheit und Gegenwart sehr wohl in Relation gesetzt:

Um eine Gewerkschaft zu gründen, mussten Arbeiter sterben. Wieso? Weil es nicht einfach ist, eine Gewerkschaft zu institutionalisieren. Diejenigen, die eine Gewerkschaft gründen, begehen einen glorreichen Akt mit ihrem Kampf. Jetzt für mich, hat die Gewerkschaft einen unberechenbaren Wert (...) aber jetzt, da ich in der Opposition bin, schaue ich darauf, wenn wir drei Rechte beanspruchen, die fundamental für die Arbeiter sind, das Recht auf einen Kollektivvertrag, das Recht auf eine Gewerkschaft und das Streikrecht. Diese sind entscheidend, um vereint zu bleiben. Also dürfen wir sie nicht übergeben, wenn es uns das Leben kostet, kostet es uns eben. (ebd.)

In den letzten Jahren war die politische Situation in der Sektion 147 nicht so drastisch, dass der zitierte Fall eingetreten wäre, aber der aktuelle Kampf um die Gewerkschaft hat sehr wohl auch Opfer gefordert, v.a. unrechtmäßige Entlassungen, die Suspendierung gewerkschaftlicher Rechte und andere Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Die Sensibilisierung auf die eigene Geschichte schafft eine erhöhte Identifikation mit der Gewerkschaft als politische Bewegung, die sich in einer gesteigerten Bereitschaft die erkämpften Errungenschaften zu verteidigen, äußert.

Die Reflexion über die eigene Position in der Gewerkschaft führt unmittelbar zur Frage, wie man sich selbst vor dem Arbeitgeber positioniert. Es verwundert nicht, dass diese Position sehr klar und kritisch ist, obwohl natürlich alle vorsichtig sind, um nicht die Arbeit zu verlieren. Der Widerstand wird austariert zwischen einem Protest, der unumgänglich ist, aber auch zwischen der Notwendigkeit gewisse Positionen hinzunehmen, um weiter arbeiten zu können und in der Gewerkschaft politisch aktiv zu bleiben, denn die Kündigung bedeutet nicht nur einen Einkommensverlust, sondern auch das Ende der eigenen

gewerkschaftlichen Aktivität. Trotzdem bedeutet diese Abhängigkeit nicht eine Unterordnung der Gewerkschaft unter den Arbeitgeber, denn da es sich um Kollektivrechte handelt, die offiziell auch als solche anerkannt sind, gibt es gesetzliche Grundlagen, die die ArbeiterInnen schützen.

Ich hatte ein sehr emotionale Meinung oder Vorstellung vom Arbeitgeber. Ich habe die Unternehmer am Briefkopf mit einer Referenz angeführt: „Gerichtet an die sehr geehrten Herren Unternehmer, die sehr geehrten Herren Gewerkschaftsfunktionäre“ Nein, hier handelt es sich nicht um das, hier kommen wir zu den Tatsachen, es geht nicht darum, sie zu loben. Ich hatte sie gelobt. Nein! Hier geht es darum Rechte mit einer Haltung, mit Charakter einzufordern und nicht darum, dort hinzugehen und um Almosen zu betteln, nicht? ...wenn du ein Arbeiter mit einem Vertrag und Statute bist. Verstehst du? Aber das habe ich von Pastoral Laboral gelernt. (ebd.)

Die internen Probleme in der Gewerkschaft verdecken eine radikalere Haltung gegenüber dem Arbeitgeber und die Angst wiegt vor. Für die WorkshopteilnehmerInnen ist jedoch klar, auf wen sie ihre Apelle tatsächlich zu richten haben:

Die Probleme sprechen sie (Opposition) nicht an, die wir auf die Flugzettel schreiben könnten. Verstehst du? Die Probleme, die existieren, damit wir nicht alle nur die Gewerkschaft angreifen. Jetzt, jetzt geht es um die Gewerkschaft. Es geht darum den Goliath anzugreifen, das Unternehmen anzugreifen, nicht? (Arbeiter 1: Interview vom 15.5.2011)

Diese biblische Interpretation des Arbeitgebers als Goliath verweist auf zwei Aspekte, einerseits, dass es sich um einen Gegner handelt, der viel größer und stärker ist als einer selbst, und die Tatsache, dass dieser nur mit Schläue zu bezwingen ist, so wie dies David tat.

❖ *Eine Zukunft erdenken*

Die zuvor erwähnten Reflexionspunkte haben einen zeitlichen und ideologischen Horizont, der auf eine Zukunft, die sich die Beteiligten selbst aneignen, abzielt. Ihre Rechte, Haltungen und Konzepte, die daraus abgeleitet werden, gehen nicht verloren, sondern haben eine klare Intention, die die Wiederherstellung der Macht und des Respekts vor der eigenen Organisation in der kommenden Zeit beabsichtigt. Es gibt keine definierten Schemen, nach denen diese Emanzipierung ablaufen soll, so wie es teilweise die Literatur der klassischen

Linken tut, sondern es handelt sich um den Glauben, wieder Kräfte zu erlangen, um ein sozial anerkannteR und bedeutsameR AkteurIn zu sein, um letztendlich den Verlauf der eigenen Zukunft und jenen der nachfolgenden Generationen beeinflussen zu können. Obwohl der Weg zu einer besseren Zukunft immer von vielen Fehlschlägen geprägt ist, dauert die Hoffnung, mit dem eigenen Handeln einen Beitrag leisten zu können, an. Um es anders auszudrücken, die Sich-Bildenden verstehen sich selbst als historische Subjekte, deren Denken und Handeln die Dimensionen der alltäglichen Interaktion überschreiten, obwohl diese der Ausgangspunkt dafür ist:

Schau! Was ich als Arbeiter vorschlagen kann, hat eine sehr große Bedeutung. Die Idee eines Arbeiters ist sehr viel wert, weil sie den Kurs der Arbeiter verändern kann. Sie nehmen den Weg in eine gute Zukunft wieder auf. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Ein Element, das den Glauben an diese Utopie begleitet, ist die Tiefgründigkeit und Wichtigkeit, die das Konzept der Arbeit mit sich trägt, denn es handelt sich dabei nicht nur um ein ökonomisches Faktum, das zum Überleben notwendig ist, sondern hat eine viel größere Reichweite, die anverwandte Themen miteinbezieht. Arbeit ist ein kulturell geprägtes Konzept und die um sie konstruierten Definitionen von sozialem Erfolg oder Misserfolg, Macht- oder Ohnmachtspositionen beeinflussen das familiäre und freundschaftliche Zusammenleben. Die Kehrseite davon, also die fehlende Wertschätzung von ausgeführten Arbeiten, führen zu Extremen wie Gewalt oder Migration. Anders formuliert, eine gut bezahlte Tätigkeit und die Respektierung der Arbeitsrechte, würden der Suche des schnellen Geldes über gewaltsame Akte oder über die Migration, die meist Familienbande zerreißt, vorbeugen. Es handelt sich dabei natürlich nicht um Aspekte, die sich gegenseitig bedingen, sondern sie sollen nur zeigen, dass eine sozial und ökonomisch wertgeschätzte Arbeit Unsicherheitsfaktoren reduziert.

Auch wenn zwischen den WorkshopsteilnehmerInnen nicht all die erwähnten Elemente hinterfragt werden, gibt es doch ein sehr klares Verständnis von der Arbeit als ein viel weitreichenderes Konzept, das ebenso in andere soziale Dimensionen hineinspielt:

Deshalb sage ich dir, für mich gibt Pastoral Laboral der ganzen Kirche ein Beispiel. Ich sage nicht, dass es das einzig möglich ist, aber es wird das Grundlegende der Menschheit, die Arbeit, im biblischen Sinne, behandelt. (ebd.)

Aus diesem Zitat ist ersichtlich, dass die Religion der Ausgangspunkt dieser Reflexion ist, jedoch beschränkt sie sich nicht darauf. Die Arbeit wird als ein bereits in der Bibel festgehaltener Wert interpretiert, aber er geht über die religiösen Ideen hinaus, hin zu einer tiefgründigen Infragestellung der Gesellschaft an sich.

5.3.1.2. Individuelle Aktionen der WorkshopteilnehmerInnen

Keine der festgehaltenen reflexiven Elemente, die in den politischen Subjekten anzutreffen sind, hätten einen realen Wert, ohne die Handlungen, die diese zu einer neuen Praxis führen. Es kann nur zu einer Veränderung kommen, wenn die Redefinition des Selbst und seiner Umgebung sein Pendant in einer modifizierten Handlungsweise findet. Obwohl die Palette viel weitreichender ist, sind die im Folgenden angeführten Aspekte, jene, die in den Interviews besonders hervorstachen.

❖ *Sprechen*

Das Sprechen für sich genommen ist noch keine Aktion, die als besonders emanzipatorisch bezeichnet werden könnte, aber als Antonym zum Schweigen und zur Diktion, eben schon. Das Wissen über die eigenen Rechte und die eigene Wertschätzung, führen zu einem Brechen des Schweigens in Situationen, die eine Demütigung der eigenen oder anderer Personen beinhalten. Es meint die eigene Stimme wiederzugewinnen, um zu fordern. In dem Moment, in dem verbal eine Ungerechtigkeit angezeigt wird, beginnt sich die Person als politisches Wesen zu experimentieren, das sich öffentlich positioniert:

Jetzt zumindest antworte ich, von dem was ich glaube, dass ich dort gelernt habe. Ich antworte etwas, von dem ich glaube, dass es gut ist (...). Ich sage es den Leuten, aber zumindest sage ich etwas, vorher habe ich nichts gesagt und ich hatte keinen Mut. Dort lernte ich (...) Mut aufzubringen, um die Sachen zu sagen, um mich zu verteidigen, sogar vor meinem eigenen Ehemann. (Arbeiterfrau: Interview vom 18.11.2010)

Hierbei wird auch auf die Emanzipation der Ehefrau verwiesen, auf die ich früher schon eingegangen bin und die zeigt, dass das Einfordern und die Respektierung der Rechte nicht auf einen bestimmten Ort beschränkt bleibt, sondern alle Lebensbereiche durchdringt.

Bildung im Arbeitsrecht und das Umfeld, indem diese abgehalten wird, können sogar bewirken, dass das Sprechen zu einer neuen Charaktereigenschaft einer Person wird:

Ja, ja sie (Workshops) halfen mir, vor allem um das alles zu erklären, weil vorher habe ich kaum geredet. (Arbeiter 4: Interview vom 15.05.2011)

Das Sprechen als Aktion kann nicht nur im fordernden Sinne interpretiert werden, sondern auch als ein Akt der die Gemeinschaft fördert. Mit Gleichgesinnten zu kommunizieren, die einem im Gegenzug Respekt zollen, beschreibt ebenso eine aktive Facette der Bewusstseinsbildung. Sprechen heißt also, fordern, informieren, Argumente entwickeln und erklären, ebenso wie sozial interagieren:

Seit ich bei Pastoral Laboral dabei bin, allen voran mit der Bildung, die ich von Pastoral Laboral erhalten habe, habe ich gelernt, die Angst, vor den Arbeitern zu sprechen, abzulegen. Ich bin sehr ungeschickt beim Schreiben, beim Lesen, aber Sprechen, mit sehr viel Angst mache ich es, aber ich spreche gerne. Ich spreche gerne und ich habe sehr gute Ideen, die mir in den Sinn kommen, und die ich erklären möchte. Ich kann sie nicht ruhigstellen, sie kommen einfach raus. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Wie das Zitat zeigt, fördern die Workshops eine kritische Analyse der eigenen Situation und eine kreative Handhabung der diskutierten Punkte, die zu einem neuen Selbstbewusstsein des sich bildenden Subjekts beitragen, bis hin zu einer Unruhe, das Gelernte und Beobachtete zu kommunizieren und Verbesserungen vorzuschlagen.

❖ *Sich informieren*

Um eine Aussage mit einem stichhaltigen Argument machen zu können, ist es notwendig, sich zu informieren und eine Vorstellung von den weiteren Auswirkungen zu haben. Einige ArbeiterInnen beschrieben sich, bevor sie an den Workshops teilnahmen, als an politischen und rechtlichen Fragen wenig interessiert. Das Erwachen eines kritischen Bewusstseins hingegen entsteht wegen im Alltag erfahrenen Widersprüchen, die sich mit jeder

zusätzlichen Information vergrößern. Daher können Informationen sehr machtvoll sein, denn sie können schwer widerlegbare Daten enthalten und die Tiefe der Ungerechtigkeit beweisen.

Jedoch verlangt das Aneignen von Information zunächst nach einer Befreiung von entfremdenden Mitteln, wie dies Fernsehprogramme oder Meldungen der Regenbogenpresse sein können, ebenso wie das Überwinden von Vorurteilen, wenn es beispielsweise darum geht, sich über rechtliche Fragen zu informieren, die gewöhnlich Gewerkschaftsfunktionären oder Anwälten überlassen werden. Wenn jedoch im zweiten Fall die RepräsentantInnen versagen, nehmen die ArbeiterInnen entweder eine fatalistische Haltung ein, wobei die Ungerechtigkeiten als solches akzeptiert werden, oder sie fangen an, sich zu informieren und lernen, wie sie ihre Rechte verteidigen können. Letztere Option ist weit anstrengender, weil sie Zeit und Interesse bedarf, jedoch werden die Sich-Bildenden in ihren Zweifeln mit der Erweiterung ihres Wissens bestärkt. Gleichzeitig wird so auch die passive Haltung aufgebrochen, die davon ausgeht, dass es ohnehin keine anderen Möglichkeiten gibt:

Einer als Arbeiter arbeitet eben, (...) in der halben Stunde Mittagszeit isst man und ruht sich aus, nicht? Aber statt aufmerksam zu sein oder den Vertrag heranzuziehen, wenn man ein Problem hat und nachzuschauen, was man machen kann, was der Artikel besagt, zum Beispiel in Bezug auf die Toten hier in der Arbeit. (...) – oder man schaut die Zeitung an, die Kriminalnachrichten oder den Sportteil oder Internationales, man überfliegt die Zeitung, aber wenn man ein Problem X hat, weiß man nicht mehr, welchen Schritt man setzten soll oder was man machen soll (...) oder welcher Artikel es ist, der uns da helfen kann. (Arbeiter 4: Interview vom 15.5.2011)

Meist passiert die Befreiung von eben diesen Ablenkungen schrittweise, weil sich das Subjekt mit jeder neuen Information mehr und mehr in seinem Handeln bestärkt fühlt, gerade wenn damit Zweifel aus dem Weg geräumt werden können. Im Fall einer Teilnehmerin haben die Erfahrungen, die sie zuvor in der Alianza Cívica gemachten hat, sie darauf vorbereitet, sich auch bei den Workshops zum Arbeitsrecht genauer auf die Inhalte zu fokussieren. Auch wenn diese Erfahrungen nicht unmittelbar mit der hier behandelten Bildungsinitiative zu tun haben, möchte ich ihre Aussage anführen, da sie klar die Veränderungen in ihrer Einstellung zeigen:

Zuerst wollte ich nicht, ich rebellierte gegen meinen Mann, weil „Was werde ich dort machen? Ich weiß doch nichts! (...) Wieso willst du, dass ich zu den Treffen der Alianza gehe, wenn ich das nicht verstehe?“ „Komm, gehen wir, irgendetwas wirst du schon verstehen! Irgendwas, was du auch verstehst, ist gut!“ Und ich rebellierte, ich wollte nicht hingehen. Aber, nein, zum Schluss ging ich doch. (...) Nein, ich sag dir, einmal hatten wir ein Treffen, ein Forum oder so etwas wo ich zu einem Anwalt sagte, dass ich nichts wüsste, dass ich eine Hausfrau bin, die nichts wüsste, dass er der Anwalt sei und ich, naja, was sollte ich ihm erzählen? Er sagte: „Frau, Sie wissen mehr als ich, weil ich bin ein Anwalt, ich habe mein Wissen, was die Artikel betrifft, die zu verteidigen sind, aber Sie wissen mehr als ich, weil Sie die Leute befragen, dort in den Stadtbezirken. Sie bemerken, wie schlecht es dort zugeht und ich gehe nicht in die Siedlungen, ich kenne nur die Gesetze und so weiter, aber Sie stellen sich der Gemeinschaft.“ „Ah, gut – sagte ich zu ihm – und ich dachte, dass ich nichts wüsste.“ Ich sagte: „Aber das was Sie gesagt haben, das mache ich schon. Wir machen Umfragen, mein Mann und ich und meine Kinder. Wir nehmen an den Wahlen teil, auch als Beobachter.“ Jetzt, nein, ich sag dir, gefällt es mir! (Arbeiterfrau: Interview vom 18.11.2010)

Auch wenn die Gewerkschaftsfrage natürlich eine andere ist, als die im Zitat angesprochene Aktivität bei der zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtung, ist die dort erlernte Bereitschaft, Probleme zu analysieren und sich zu informieren, an sich ein sehr wichtiger Schritt. Es besteht also doch eine sehr starke politische Sensibilisierung, die in den Workshops zum Arbeitsrecht auf eine andere Thematik angewandt wird.

❖ *Ausweitung des Aktionsradius*

Der Schritt vom individuellen Handeln hin zu einem kollektiven Akt ist die Suche nach einem sozialen Raum, in dem das Subjekt das Erlernte umsetzen und weitergeben kann, um es so in eine gemeinsame Erfahrung zu transformieren. Bis zu einem gewissen Punkt meint dies auch, die internen Erfahrungen des Workshops nach außen zu tragen. Eine Person kann ein Subjekt des Wandels sein, wenn sie mit anderen Individuen interagiert und unter einigen von ihnen einen sozialen und moralischen Zuspruch erhält. Diese Suche ist nicht immer zufriedenstellend und kann durchaus kräftezehrend sein.

Im Fall Monclovas scheiterte der Versuch, die lokale katholische Gemeinschaft, die sehr gut organisiert und sozial aktiv ist, für das Arbeitsrechtsprojekt zu gewinnen, aufgrund der

Haltung einiger lokaler Priester. Dies zeigt einerseits, dass die Bildungsinitiative, trotz ihrer religiösen Verankerung, nicht von der ganzen Kirche akzeptiert wird, andererseits ist diese Zurückweisung für die TeilnehmerInnen, die auch Gläubige sind, sehr stark und die Infragestellung des Arbeitskontextes weitet sich auch auf eine Infragestellung eines Teils der Kirche aus.

Obwohl die Annäherung an die lokale katholische Gemeinde nicht erfolgreich war, hat die Kontaktaufnahme mit der Opposition und mit ArbeitskollegInnen in der eigenen Abteilung mehr gefruchtet, v.a. weil sich die im Workshop behandelten Thematiken an die Bedürfnisse dieser organisierten Räume anlehnte:

Mit dem Bisschen, was ich zunächst bei Pastoral Laboral gelernt habe, fing ich an, es mit einigen der Arbeiter dort (Fabrik) zu kommentieren: „Schau, das ist so, das dort...“ Sie berücksichtigten mich kaum. Danach fing ich an, mich an die Gruppen anzunähern, (...) die sich noch nicht als Opposition formiert hatte, sondern wir waren alle dort. (...) Es wurden die allgemeinen Probleme der verschiedenen Abteilungen, wie die Situation der Arbeiter war, bekannt gemacht. Und ich hörte dem Ganzen unter die Leute gemischt zu, (...) und ich fühlte die Unruhe sprechen zu wollen, ich fühlte den Wunsch, meine Meinungen, meine Ideen auszudrücken. (...) Und ich, aus irgendeinem Grund erklärte ich von Beginn: „Ich bin ein unparteiischer Arbeiter. Ich nehmen an zwei Organisationen teil, ich weiß nicht, ob ihr mir erlaubt meine Meinung zu sagen, etwas vorzuschlagen?“ „Na sicher, wieso nicht! Komm!“ Also gut! Ich fing an, meine Meinung zu sagen, etwas vorzuschlagen und ich verstand das mit den Gruppen nicht, denn die Guinda gingen dort hin, die Blauen hier, die Orangen dort. Und ich, da ich die Arbeiter nicht mit Namen kannte, ich kannte sie nur vom Sehen, ich blieb bei einer Gruppe, dort begann ich. Also näherte ich mich einigen Bekannten an, „also hier mit diesen, die kenne ich.“ Ich blieb dort und schlug weiter Sachen vor und sie sagten: „Gut, ernennen wir den Vorstand der Gruppe Neue Orange!“ Und ich bemerkte, dass ich in der Gruppe der Neuen Orangen war (...). Also, dann fingen sie an die Leute zu ernennen und da sie mich schon mehr kannten, (...) schlugen [sie] mich vor. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Ein ähnlicher Prozess lief auch in den Abteilungen ab, obwohl dort die politische Aktivität weniger organisiert ist und die Ausdrucksmöglichkeiten beschränkt sind, aber in der alltäglichen Interaktion mit den KollegInnen ist es den Sich-Bildenden gelungen, mehr

Informationen zu verbreiten oder heikle Themen, wie die Sicherheit am Arbeitsplatz, anzuschneiden.

5.3.1.3. Reaktionen auf das individuelle Handeln der WorkshopteilnehmerInnen

Obwohl es in diesem Kapitel um die Veränderungen in den Subjekten geht, ist jede Aktion und jedes Wort, mit dem es seine Haltung zur Geltung bringt, schon ein interaktiver und somit sozialer Akt. Somit ist es genauso wichtig, die Reaktionen anderer AkteurInnen auf diesen Wandel in den Personen, die an den Workshops teilnehmen, zu kennen.

Im konkreten Fall waren die Reaktionen seitens der ArbeiterInnen, bis auf die Ablehnung der lokalen Priester und einige andere Zurückweisungen durch KollegInnen, durchwegs positiv. Obwohl nicht alles Gesagte berücksichtigt wird und seine Entsprechung in der Praxis findet, wurden die ArbeiterInnen, die an der Bildungsinitiative mitmachen, akzeptiert, v.a. weil ihre Argumentation sehr stichhaltig ist. Diese Akzeptanz äußert sich im Respekt der diesen Personen entgegengebracht wird:

Obwohl es Konflikte gibt und sie (Opposition) offiziell in der Gewerkschaft nicht anerkannt sind, treffen sie sich trotzdem und dort trägt er (Ehemann) alles, was er gelernt hat, hin.(...). Er ist sehr glücklich, er kommt sehr zufrieden nach Hause, weil was er sagt, wird von der Mehrheit akzeptiert, von dem was er erzählt. Er sagt: „Es gibt den ein oder anderen, der mir widerspricht, aber die Mehrheit respektiert, was ich sage“, also, sie sehen ihn nicht als eine Person, die einfach nur redet des Redens wegen. Nein, nein! Er sagt die Dinge, weil er sie weiß, er ist sich sicher, in dem was er sagt. (Arbeiterfrau: Interview vom 18.11.2010)

5.3.2. Die interne Demokratisierung

Die Aspekte, die ich an dieser Stelle präsentieren werde, sind vielleicht jene, die am schwierigsten zu erkennen sind, weil sie nicht unbedingt als ein direktes Ergebnis der Bildung im Arbeitsrecht identifiziert werden können. Die Verbreitung und die Diskussionen über die in den Workshops angeschnittenen Themen sind nicht immer direkt beobachtbar, denn es gibt viel mehr Einflussfaktoren. Somit dürfen die Punkte, die ich im Folgenden anführen werde, nicht als eine direkte Ableitung einer implementierten Logik verstanden werden. Außerdem möchte ich nochmals darauf verweisen, dass ich von der Idee der soziologischen

Phänomenologie ausgehe, die die Welt als interaktiv geschaffene Konstruktionen von Bedeutungen versteht. In jedem Augenblick können neue interne Dynamiken oder die Wiederholung alter, bestehender Muster, sowie deren teilweise Modifizierung auftauchen. Der Workshop ist also kein isolierter sozialer Raum.

Die Ergebnisse, die ich in diesem Unterkapitel aufzeigen werde, beschränken sich auf zwei soziale Räume, die Workshopgruppe, die sich auch ohne den NGO-Mitarbeiter trifft, und die Opposition. Natürlich gibt es mehr Räume, in denen die erlernten Elemente umgesetzt werden können, wie beispielsweise der Arbeitsplatz, jedoch war für mich als Externe dieser Ort nicht zugänglich. Auch würden sich die hier beschriebenen Aspekte in einer anderen Sektion möglicherweise direkt auf die gesamte lokale Gewerkschaft beziehen und auch institutionelle Kräfte einschließen, jedoch sind in Monclova die gewerkschaftlichen Logiken anders, somit bezieht sich der Aspekt der Demokratisierung v.a. auf informelle Abläufe innerhalb der Gruppen. Die Daten, mit denen ich das Konzept der internen Demokratisierung stütze, sind zum Teil Aspekte, die mir in den Interviews erzählt wurden und zum Teil beobachtete Elemente.

Wie im Fall der Bewusstseinsbildung unterteilt sich dieses Subkapitel in drei Abschnitte: die Reflexion, die Aktion und die Reaktionen. Obwohl in diesem Kapitel die Bezeichnung „Reflexion“ etwas ungenau erscheinen mag, weil die darin behandelten internen Dynamiken des beschriebenen Raumes sowohl reflexive, wie repräsentative Momente enthalten, entschied ich mich für diesen Begriff. Einerseits, um die Einheitlichkeit der Kapitelstruktur zu wahren, andererseits um zu zeigen, dass die kollektive Reflexion andere Formen als die individuelle annehmen kann, die letztendlich das Überdenken und die Neupositionierung der Gruppe an sich beabsichtigt.

Bevor ich nun zur Analyse übergehe, möchte ich noch einmal daran erinnern, dass ich die interne Demokratisierung im gewerkschaftlichen Kontext als Bruch mit den internen Hierarchien, die gerade für diese Organisation sehr typisch sind, verstehe. Aus diesem Grund fokussiere ich mich darauf, wie sich die ArbeiterInnen untereinander zu organisieren pflegen und auf ihre diskursiven Dynamiken, um zu sehen, ob sich diese an das Konzept des Dialogs

von Paulo Freire annähern. Anders formuliert, ob die Kommunikation auf eine egalitäre Weise abläuft. Außerdem möchte ich untersuchen, ob Entwicklungen dieser Art zu einer kollektiven Identität beitragen können, die eine größere Einheit zwischen den Mitgliedern schafft und diese nach außen in Form von gemeinsamen Zielen und den daraus resultierenden Handlungen projiziert wird.

5.3.2.1. Reflexion in der Workshopgruppe

❖ *Die interne Kommunikation*

An den Workshops nehmen regelmäßig zwischen drei und vier Leute teil. Diese treffen sich auch ohne den Mitarbeiter des CEREALS, v.a. dann, wenn ein Forderungskatalog oder Flugzettel kurz vor einem wichtigen gewerkschaftlichen Ereignis vorbereitet werden, wie beispielsweise bei Kollektivverhandlungen oder bei Wahlen des lokalen Exekutivkomitees. Da die Gruppe sehr klein ist, ist die interne Kommunikation besonders horizontal. Es handelt sich um ArbeitskollegInnen und FreundInnen, die sich mit einer spezifischen Absicht treffen und obwohl unterschiedlich viel gesprochen wird, ist das diskursive Klima von einem gegenseitigen Respekt geprägt:

Hier bei Pastoral Laboral haben wir Formulare herangezogen und wir suchen Schritt für Schritt zusammen. Und zwischen den Kommentaren die wir machen F. und G. Also wir treffen uns dort. Ich schreibe ihnen: „Erinnerst du dich an diese Option?“ Und dann ziehe ich Schlüsse daraus. „Ah, nein das ist im Kollektivvertrag, nein das ist so und so.“ Und um nicht einfach etwas zu erfinden, berücksichtige ich zum Beispiel den entsprechenden Artikel. (Arbeiter 1: Interview vom 15.5.2011)

❖ *Ziele als Identifikationsmoment*

In obigem Zitat taucht auch ein anderer Aspekt auf, nämlich die Existenz eines Zieles für die gemeinsamen Treffen. Die klare Definition der Absicht des Treffens – im zitierten Fall die Kollektivverhandlungen – hilft den TeilnehmerInnen, sich auf eine konkrete Aufgabe zu konzentrieren, zu der alle etwas beitragen müssen. Das „Am-selben-Strang-ziehen“ schafft eine hohe Identifikation mit dem Zweck des Treffens, die gleichzeitig die diskursive Dynamik beeinflusst, die von allen einen Beitrag fordert. Auch verhindert das gemeinsame Ziel, dass

die Aufmerksamkeit der TeilnehmerInnen nicht auf rein alltägliche und weniger bedeutsame Gespräche abdriftet. Mittels der Identifikation mit einem spezifischen Ziel steigt auch der Zusammenhalt in der Gruppe und wenn auch nicht immer alle derselben Meinung sind, gibt es doch diese Einigkeit, die ihren Forderungen Solidität verleiht:

Die Gespräche haben uns sehr geholfen. Man fokussiert sich mehr auf ein Ziel, das gesucht wird, man geht nicht einfach nur hin, weil eben. Nein! Du gehst hin, weil du etwas beabsichtigst! (...) Man geht viel direkter zu den Vorschlägen. (...) Wie sie uns zuletzt dort bei Pastoral Laboral gesagt haben: „Wenn es einem gerade schlecht geht, gehst du nicht? Nein! Auch dann gehst du hin, und forderst dort etwas!“ (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010)

❖ *Die Verbindlichkeit aller*

Schließlich verpflichten sich alle TeilnehmerInnen dazu, das in den Gesprächen Aufbereitete auch in die Praxis umzusetzen und den entsprechenden Beitrag dafür zu leisten. Dies schließt sowohl die Anwesenheit bei den Gesprächen, die meist einmal pro Monat abgehalten werden, ein, wie die Suche nach Informationen, die bei den Treffen diskutiert werden, und auch das Stellungnehmen zu den behandelten Themen. Die Tatsache, dass die Gruppe sehr klein ist und die Treffen nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn alle anwesend sind und entsprechend mitarbeiten, führt automatisch zu einem Verschwinden hierarchischer Strukturen. Somit vermeidet die geteilte Verantwortung das Auftauchen von Führungspersönlichkeiten und die Anwesenheit von sogenannten TrittbrettfahrerInnen, die sich durch ihre alleinige Präsenz einen Vorteil erhoffen.

5.3.2.2. Aktionen der Workshopgruppe

Die in diesem Unterkapitel präsentierte aktive Seite der Demokratisierung habe ich teilweise schon vorher angeführt, denn in der Gruppe ist jeder Ausdruck schon eine intersubjektive Handlung. Somit werde ich nur sehr kurz die aktiven Facetten dieser intersubjektiven Beziehungen präsentieren.

❖ *Treffen*

Einer jener bereits erwähnten Aspekte sind die regelmäßigen Treffen der WorkshopteilnehmerInnen. Trotz der kleinen Gruppe darf deren Aktivität nicht unterschätzt werden, v.a. geht es darum Beständigkeit zu etablieren, was im Fall dieser Gruppe durchaus

gelingen ist. Die ArbeiterInnen treffen sich regelmäßig und diskutieren bestimmte Problematiken, für die in weiterer Folge Lösungsansätze gesucht werden. Diese Treffen finden meist bei einem Arbeiter zu Hause statt.

❖ *Informationen suchen*

Wie im Fall der Bewusstseinsbildung ist es auch im Kollektiv wichtig, sich Informationen zu beschaffen, nur dass die hier beschriebene Aktion sich nicht auf die persönliche Einstellung, mehr Interesse zu zeigen, bezieht, sondern darauf, notwendige Inhalte zusammenzutragen. Die Information, die gesucht wird, steht unmittelbar mit den Zielen, die zuvor in der Gruppe festgesetzt wurden, in Zusammenhang. So schrieb die Gruppe z.B. einige Monate vor der Gehaltsrevision ihre täglichen Ausgaben auf, um so über personalisierte Daten zu verfügen, die ihnen eine Vorstellung davon verschaffen sollten, wie sich der Reallohn entwickelt hatte. Eine andere Möglichkeit ist das Aufzeichnen der Daten, die das Unternehmen der Belegschaft zukommen lässt, um sich so zu feiern, z.B. zur Produktionssteigerung. Allerdings ist nicht die ganze Information, die zur Umsetzung der Ziele notwendig ist, in Reichweite der ArbeiterInnen, somit unterstützt sie die NGO mit weiteren Daten. Die Umfrage in Monclova über die Einhaltung der Artikel des Kollektivvertrags diente auch diesem Zweck. Die erhobenen und zusammengestellten Informationen wurden in weiterer Folge analysiert.

❖ *Information analysieren*

Der Schritt, der der Informationssuche nachfolgt, ist die Datenanalyse, auf die aufbauend schließlich die Forderungen und Argumente entwickelt werden. Nicht jede Information ist gleich verständlich und es bedarf entsprechend Zeit, um ihre Wichtigkeit zu verstehen und sie mit den erlebten Situationen in der Arbeit oder deren Auswirkungen auf die Familie verbinden zu können. Im Fall der Umfrage lernten die TeilnehmerInnen die Ergebnisse zu interpretieren, sie mit den Erfahrungen am Arbeitsplatz zu vergleichen und anschließend die entsprechenden Artikel im Kollektivvertrag nachzulesen, um danach Verbesserungen zu formulieren oder deren Nichterfüllung festzustellen:

Die Umfrage berücksichtigten wir entsprechend der Prozente, die sich daraus ergaben (...). Und dann nahm man basierend auf den einzelnen Ergebnissen den Prozentsatz, um uns dann auf den

Artikel des Kollektivvertrags zu beziehen (...). Also das war ein Teil davon, wie mit der Umfrage gearbeitet wurde. (Arbeiter 1: Interview vom 15.5.2011)

5.3.2.3. Reaktionen auf das Handeln der WorkshopteilnehmerInnen

Aufgrund des Zusammenspiels der Arbeit der WorkshopteilnehmerInnen und ihrer Aktivität in der Opposition, kommen wir erneut zu einer Wiederholung von Kategorien, die in weiterer Folge ebenfalls auftauchen werden. Deshalb werde ich hier nur sehr kurz die wichtigsten Ergebnisse präsentieren. Dabei handelt es sich einerseits um die allgemeine Akzeptanz der Workshops zum Arbeitsrecht durch die Opposition, wobei eine tatsächliche Integrierung der Aktivitäten der Workshopgruppe in diese Organisation fehlt:

Am Mittwoch präsentierte ich diesen (im Workshop erarbeiteter Forderungskatalog) in der Opposition, wo jeder einzelne Artikel vorgelesen wurde, vor allen, die dort anwesend waren. Dazu gab es kaum Meinungen, sie befanden es für gut, aber sie machten auch keine Anstrengungen, kein Dank, nichts, nichts davon. (Arbeiter 1: Interview vom 15.5.2011)

Andererseits sieht sich die Gruppe oft mit einer sehr unnachgiebigen Haltung durch das lokale Exekutivkomitee konfrontiert, dem es nur bei wenigen Gelegenheiten Vorschläge unterbreiten konnte.

5.3.2.4. Reflexion in der Opposition

❖ *Interne Organisation*

Die interne Kommunikation und die Organisationsweise sind in der Opposition im Vergleich zur Workshopgruppe nicht mehr einheitlich. Grob gesehen gibt es zwei Versammlungsmomente, die Treffen in den jeweiligen Gruppen, und die Treffen aller oppositionellen Gruppen zusammen. In ersterem Fall nehmen nur wenige Personen teil und die diskursive Dynamik ist somit ebenfalls relativ horizontal. Sie kennen sich untereinander und teilen die Verantwortung auf. Auch gibt es ein sehr starkes Band zwischen ihnen, das aus der Verborgenheit ihrer Treffen und der strikten Überwachen dieses gemeinsamen politischen Raums resultiert. Aus diesem Grund können die geäußerten Kritiken viel stärker

sein, als wenn mehr Personen anwesend sind. Der Diskussionsgegenstand ist meist eine Anklage der Machenschaften des lokalen Exekutivkomitees oder des nicht tolerierten Vorgehens einiger gewerkschaftlicher Führungspersönlichkeiten. Diesbezüglich kann festgestellt werden, dass eine horizontale Kommunikation nicht ausreicht, um Veränderungen herbeizuführen, wenn nicht klare Inhalte behandelt werden. Zwar gibt es diese, aber meist herrschen sie in den Diskussionen nicht vor.

Im Fall des wöchentlichen Treffens der gesamten Opposition gibt es hingegen schon gewisse Tendenzen zu einer Hierarchisierung, obwohl sich die ArbeiterInnen gegenseitig respektieren, ist die Rollenaufteilung zwischen Anführern, die das Wort haben, und der Basis, die zuhört, sehr klar ersichtlich. Diesen Zusammenkünften wohnen mehr Leute bei und dort finden nach dem politischen Teil auch Feiern statt. Einige der Personen gehen nur hin, weil sie die gewerkschaftliche Unterstützung bei einem konkreten Problem brauchen oder weil sie den in der Arbeit angehäuften Frust loswerden wollen, was jedoch gleichzeitig bedeutet, dass die Bereitschaft, sich für weitere Aktivitäten verpflichten zu lassen, sehr niedrig ist.

❖ *Kollektive Identität*

Das Thema der Kollektiven Identität ist wichtig, weil sie die Gruppe gegenüber anderen AkteurInnen, wie dem lokalen und dem nationalen Exekutivkomitee oder dem Unternehmen, positioniert. Allgemein kann festgestellt werden, dass es diese Art von Identität in der Opposition gibt. Elemente, die das beispielsweise bestätigen, sind die klare Grenzziehung zwischen „FeindInnen“ und „FreundInnen“ bzw. „Verbündeten“. Zur ersten Gruppe zählen die Gruppe der Grünen und die Alianza Minera Nacional, ebenso wie der Arbeitgeber, letzterer in sehr abgeschwächter Form. Zu den Verbündeten zählen die oppositionellen Gruppen der ebenfalls zu AHMSA gehörenden und in Monclova ansässigen Sektion 288, sowie seit drei Jahren das nationale Exekutivkomitee.

Ein anderer Aspekt, der die Gruppenzugehörigkeit herausstreicht, ist die Mystifizierung der eigenen Geschichte als Opposition. Einerseits gibt es eine sehr lange Geschichte politischer Gewerkschaftsgruppen und wechselseitiger Allianzen in der Sektion 147, die gleichsam mit ihrer Entstehung auftauchte, andererseits wird klar auf den Beginn der Gruppe „Neue

Orange“ (die derzeit größte oppositionelle Gruppe), die sich als eine Abspaltung der Gruppe der Braunen 1998 formierte, Bezug genommen. Da die Tradition der lokalen Gewerkschaftsgruppen sehr komplex ist, möchte ich an dieser Stelle nochmals ins Gedächtnis rufen, dass die Gruppe der Braunen 1990 der Línea Proletaria nachfolgte und von jenem Generalsekretär (Fidel Hernández Puente) gegründet wurde, der der Rücknahme der Kollektivrechte in den Verhandlungen von 1989 zustimmte. Der Bruch mit der Gruppe der Braunen ereignete sich 1998 als der damalige Generalsekretär gegen den Willen der Basis seinen Nachfolger bestellte (Rojas: 09.07.2013). Die Gruppe der Orangen entstand somit als Protest auf die autoritäre Politik des Generalsekretärs, der innerhalb der Gruppe freie Wahlen verhindert hatte. Bei den anstehenden lokalen Wahlen 1998 gewannen jedoch nicht mehr die Braunen, sondern die Grünen, die bis heute die Personen des Exekutivkomitees stellen. Die Gruppe der Braunen hingegen verschwand.

Eine andere Facette der Geschichte der Gruppe der Orangen, neben der starken Identifizierung mit dem Verrat von 1998, ist die Tatsache, dass sie immer in der Opposition gewesen ist. Manchmal ergab sich diese Position, weil ihnen Stimmen fehlten, meist jedoch, weil die lokalen Wahlen manipuliert worden waren. Seit ihrer Entstehung vor 15 Jahren war ihre Kontrahentin an der lokalen Gewerkschaftsspitze immer die Gruppe der Grünen, somit erklärt sich auch die Verzahntheit dieses Konflikts zwischen den beiden Banden.

Eine Angelegenheit, die zu einer starken Demoralisierung in der Gruppe, sowie zu einer gewissen Mystifizierung ihrer Anführer beigetragen hat, ist die Diskriminierung, der sie seit einigen Jahren ausgesetzt sind, die sich in der Wahlmanipulation, den ungerechtfertigten Kündigung ihrer Anführer, sowie dem Verrat durch KollegInnen der Opposition, die später die AMN gründen sollten, äußerte. All diese Ereignisse haben auf der einen Seite die Hoffnungslosigkeit ansteigen lassen, die zu einer Mitgliederreduktion führte, auf der anderen Seite, haben die beinahe heimlichen Treffen und die Marginalisierung sich zu einem Identifikationsmerkmal entwickelt. Die unrechtmäßig gekündigten Anführer wurden so während der Zeit ihres Hungerstreiks zu Helden hochstilisiert.

Eine Kollektive Identität ist besonders dann wichtig, wenn die Gruppe als solches politische Veränderungen durchbringen will, weil so die Einheit nach innen gestärkt wird. Im konkreten

Fall handelt es sich zwar um eine Kollektive Identität, jedoch weist sie kaum gewerkschaftliche Züge auf, denn die Hauptgegnerin ist eine andere Gewerkschaftsgruppe und nicht das Unternehmen. Dies bedeutet gleichzeitig ihre größte Schwäche, weil es sich in emanzipatorischer Hinsicht um eine unvollständige Identität handelt. Obwohl es natürlich Kritiken gibt, die sich gegen den Arbeitgeber wenden und die Grünen als Verbündete des Unternehmens gesehen werden, fehlt ein Positionswechsel, um die gewerkschaftsinternen Konflikte zu überwinden.

Die Fokussierung auf innergewerkschaftliche Angelegenheiten schwächt auch den Zusammenhalt innerhalb der Opposition, weil außer dem Wahlsieg keine größeren Ziele angestrebt werden. Somit verhindert die Gruppenpolitik eine tatsächlich fordernde politische Aktivität. In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, dass es diese Konflikte nicht nur zwischen Opposition und lokalem Exekutivkomitee gibt, sondern auch innerhalb der verschiedenen Gruppen. Die Diskussionspunkte kreisen meist um persönliche Machtansprüche einzelner Führungsfiguren und lassen dabei die inhaltliche Arbeit außen vor.

Die Arbeit des CEREALs hat in den sozialen Raum der Opposition wenig Eingang gefunden, obwohl die WorkshopteilnehmerInnen dort auch politisch aktiv sind und ihre hohe Bereitschaft, die dortigen Diskussionen mit den erarbeiteten Inhalten zu bereichern, gezeigt haben. An den allgemeinen Informationsveranstaltungen, die die NGO organisiert, z.B. über die Sozialversicherung oder die Pensionskasse, nehmen relativ viele Personen teil, jedoch wird es als einmaliges Ereignis gesehen, v.a. wegen des informativen Charakters, und aus diesem Grund wird die Aktivität des CEREALs als ein Beratungsservice interpretiert. Es wird zwar die übermittelte Information wertgeschätzt, ebenso wie die Argumente der ArbeiterInnen, die an den Workshops teilnehmen, jedoch fehlt eine Identifizierung mit dieser inhaltlichen Arbeit, wie dies zu Zeiten der Línea Proletaria der Fall war. Laut der Aussage eines Workshopteilnehmers ist eines der Hauptprobleme das Fehlen von einer verbindlichen Politik in der Opposition, woraus sich auch das Abdriften der Aufmerksamkeit auf weniger wichtige Fragen erklären lässt:

Naja, möglicherweise weil wir ihnen nicht zeigen, dass sie Verpflichtungen auf sich nehmen müssen. (...) Weil man bei ihnen ständig insistieren muss, weil ja, es ist immer dasselbe. Zum Beispiel geht es jetzt um B. Er ist ein Prahler, er spuckt große Worte. (...) Also heute habe ich B. kennengelernt, er ist ein Kritiker, er kritisiert sehr stark, aber (...) er präsentiert keine Optionen. (...) Ich sagte: „Gut, die Kritiken sind gut, man muss das machen, aber mittels der Kritiken soll auch eine Option präsentiert werden von dem, der kritisiert.“ Weil so, herumzukritteln, dabei werden wir alt (...) Worüber informieren wir? Dass der Generalsekretär schlecht ist? Dass die, die in der Gewerkschaft sitzen, eigenen Dingen nachgehen? Schau, das interessiert die Arbeiter nicht. Man muss danach suchen, was sie interessiert, eine Aufgabe erledigen. (Arbeiter 1: Interview vom 15.5.2011)

❖ *Etappenziele zur Schaffung von Einheit*

Das Hauptziel der Opposition ist es, die lokalen Wahlen in der Sektion 147 zu gewinnen. Die unzähligen Rückschläge zur Umsetzung dieses Wunsches, die meist mit Wahlmanipulationen in Zusammenhang stehen, haben sich zu einem Trauma in der Opposition entwickelt. Jedoch hat sich die Opposition aufgrund des Mitgliederschwunds dazu verpflichtet gesehen, zumindest kleine Erfolge vorzuweisen, um sich so ihre Legitimität unter der Basis zu sichern. Zwei Handlungen, die in diesem Zusammenhang angeführt werden können, ist die Unterstützung der Familien von Pasta de Conchos und der Marsch am 1. Mai, aber auch andere Aktionen stehen zur Diskussion, wie das Verfassen von Flugblättern, die Unterstützung des nationalen Exekutivkomitees, Verbesserungen in den Abteilungen usw. Nicht alle sind gleich erfolgreich, aber die Notwendigkeit sich Legitimität mittels der Erfüllung kleinerer Ziele zu verschaffen, verpflichtet zu einer inhaltlichen Arbeit, für deren Fortführung es Hingabe und Verbindlichkeit bedarf. Obwohl einige Versuche wieder in ergebnislose Kritiken münden, schafft der Druck sich als einE glaubwürdigeR AkteurIn zu präsentieren doch einen gewissen Zusammenhalt, den es auszuweiten gilt.

Natürlich darf nicht automatisch schlussgefolgert werden, dass mit der Erfüllung einiger Etappenziele, sollte das nächste Wahlergebnis positiv ausfallen, diese Praktiken automatisch weitergeführt werden. Die Frage ist viel mehr, ob sich diese inhaltliche Arbeit als ein fixer Bestandteil der Kollektiven Identität etablieren kann, also dass die Identifizierung mit den Zielen (so wie im Fall der Workshopgruppe) über den persönlichen Machtbestrebungen steht. Dieser Erfolg hängt größtenteils von der Bereitschaft der Mitglieder ab, eine inhaltliche Politik betreiben zu wollen und persönliche Interessen hinten anzureihen.

5.3.2.5. Aktionen der Opposition

❖ *Treffen*

Ebenso wie für die Workshopgruppe ist es auch für die Opposition sehr wichtig, Bereitschaft zur Teilnahme an den regelmäßigen Treffen zu zeigen, um aktuelle Probleme zu diskutieren und Entscheidungen zu fällen. Diese Bereitschaft ist tendenziell sehr hoch, weil sich die meisten einmal wöchentlich in ihrer Gruppe und zusätzlich gesammelt in der Opposition treffen. Wie bereits zuvor erwähnt, hat sich diese politische Aktivität der ArbeiterInnen der Sektion 147 für einige von ihnen zu einer Art Lebensstil entwickelt. Jedoch gibt es dabei natürlich Abstufungen wie sehr sich jemand engagieren will. Die Teilnahme an den wöchentlichen Treffen beschreibt einen Eckpfeiler der gewerkschaftlichen Aktivität schlechthin, natürlich bleibt sie nicht alleine darauf beschränkt und garantiert auch nicht automatisch eine größere politische Reichweite, jedoch wären ohne sie die Planung kollektiver gewerkschaftlicher Aktionen undenkbar.

❖ *Flugblätter*

Eine andere politische Aktivität der Opposition ist das Verfassen und Verteilen von wöchentlichen Flugzetteln. Die Inhalte beziehen sich auf brisante Themen, die sowohl gewerkschaftliche Probleme auf nationaler und regionaler Ebene anschnitten, als auch auf lokaler, die meist innergewerkschaftliche Konflikte in den Sektionen 147 und 288 behandeln. Ebenso sind die Unternehmenspolitik AHMSAs und die nationale und regionale Arbeitspolitik Gegenstand der Flugblätter. Der vorherrschende Tenor bleibt jedoch, wie jener in den Versammlungen, eine Negativkampagne gegen die Gruppe der Grünen und die AMN.

Die Flugzettel sind ein wichtiges Organ, welches die Sorgen der oppositionellen ArbeiterInnen zusammenfasst und mit Hilfe dessen die eigenen Positionen nach außen getragen werden. Da sie die Gruppenmeinung wiedergeben, handelt es sich dabei um einen aktiven Teil der Kollektiven Identität. Ein Teil des Inhalts wird in der Gruppe diskutiert und akkordiert, ein anderer Teil von den Anführern als publikationswert erachtet. In letzterem Fall ist die Haltung, die KollegInnen zu informieren, zwar wichtig, kann aber bis zu einem

gewissen Punkt zu einer thematischen Diktion führen. Die unterzeichnenden Gruppen der Flugblätter sind die Orangen, die Roten, die Neuen Orangen, die Demokratische Arbeitereinheit (Unidad Democrática Obrera – UDO) als der Überbegriff für die gesamte Opposition, und bis 2010 zusätzlich die Gruppe der Guinda.

❖ *Demonstrationen*

Die wichtigsten Aktionen, die von der Opposition organisiert wurden, habe ich größtenteils schon im vorherigen Kapitel (4.4.5.4. Die Opposition der Sektion 147) angeführt. Dabei stach besonders die Demonstration des 1. Mais hervor, weil es sich um eine vereinende Aktion handelte, die über die Grenzen des Gruppendenkens hinausging und auch andere Gewerkschaften gegen die Arbeitsreform organisierte.

Eine andere, von der Opposition veranstaltete Aktion, waren die Solidaritätsmärsche für ihre, sich im Hungerstreik befindlichen Anführer. Andere Handlungen, die jedoch kaum repräsentativen Charakter hatten, waren Protestmärsche gegen die Gruppe der Grünen oder die AMN.

Die Liste der aktiven Komponenten, der Opposition ist mit diesen drei Punkten sicherlich nicht erschöpft, aber es sind jene, die in Bezug auf eine Formierung einer emanzipatorischen Bewegung am sichtbarsten sind. Jede Information, die behandelt wird, ist politisiert und richtet sich meiste gegen die Grünen oder die AMN. Die Informationsbeschaffung wird individuell gehandhabt und meist den Anführern überlassen, womit es sich um eine geteilte Verantwortung handelt. Obwohl dieses Wissen den Anführern zwar Legitimität verschafft, fördert es auch die Abhängigkeit der Basis von ihnen und somit die interne Hierarchie. Den WorkshopteilnehmerInnen kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn sie bereichern mit ihren Inhalten die internen Diskussionen. Obwohl in den Workshops und in den Abteilungen eine politisch fordernde Arbeit vorangetrieben wird, bleibt die Opposition, die eigentlich einen Teil der ArbeiterInnenschaft repräsentiert, in dieser Hinsicht weit zurück, nur in seltenen Fällen tritt sie als emanzipierte Akteurin vor dem Unternehmen auf. Ihre größte Schwäche ist die Fokussierung auf die innergewerkschaftlichen GegnerInnen, die dem Arbeitgeber gleichsam entgegenkommt, um sie politisch einzudämmen, weil sie gleichzeitig eine Ablenkungsfunktion hat. Dennoch hat diese Haltung zum Herausbilden einer klaren

Kollektiven Identität geführt, die für den Zusammenhalt unbedingt notwendig ist. Aus diesem Grund ist das größte Hindernis der Opposition die politisch eingeschränkte Sichtweise, die es zu öffnen gilt, wenn es darum gehen soll, sie zu einer Schlüsselakteurin für Verbesserungen in der lokalen Sektion zu machen.

5.3.2.6. Reaktionen auf das Handeln der Opposition

Die Reaktionen auf die Aktivitäten der Opposition waren in vielen Fällen negativ, einerseits weil es einige AkteurInnen gibt, die sie geschwächt sehen wollen, andererseits waren ihre Erfolge in der letzten Zeit eher bescheiden, weshalb ihr auch zusehends die Basis verloren geht.

Ihre Stärke ist ihre solide Kollektive Identität, die zwar in gewerkschaftlicher Hinsicht unvollständig ist, dennoch politisches Gewicht hat, weshalb sie auch Zielscheibe des Unternehmens geworden ist. Die Demokratische Arbeitereinheit (UDO), also die Allianz zwischen den oppositionellen Gruppen, war zum Zeitpunkt der Entstehung der AMN, die aus denselben Reihen kam, ein von den ArbeiterInnen durchaus respektiertes Organ. Die Formierung der AMN demoralisierte den Rest der Opposition, weil es sich um einen Verrat durch befreundete KollegInnen handelte. Außerdem hatten die ArbeiterInnen zu Beginn keine wirkliche Vorstellung von der Bedeutung der AMN, weil sie dieselbe Rhetorik gegen das nationale Exekutivkomitee, die zu diesem Zeitpunkt in der Opposition üblich war, benutzte. Als die oppositionellen Anführer, die sich von diesem Projekt distanziert hatten, gekündigt worden waren, traten auch die tatsächlichen Absichten der AMN ans Licht.

Deren Kündigung und die Wahlmanipulationen führten zu einer Schwächung der Opposition. Die Entlassung der Anführer zeigen einerseits, dass die besagten Personen für das Unternehmen in politischer Hinsicht zu viel Gewicht bekommen hatten, und andererseits ist es eine übliche Strategie, um emanzipierte ArbeiterInnenbewegungen einzudämmen, indem eben ein „Gleichgewicht“ zwischen den Gruppen geschaffen wird. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Opposition aus Sicht des Unternehmens sehr wohl zu groß geworden ist, sie also durchaus eine Akteurin mit politischer Durchschlagskraft war.

In der Aktualität haben die nachfolgenden Handlungen zu einer Demoralisierung geführt und der Glaube an politische Veränderung ist geschrumpft, was sich auch am Mitgliederschwund ablesen lässt. Die Angst und die wenigen Erfolge, die in den letzten Monaten für die

Opposition kennzeichnend waren, haben die Bereitschaft zur Teilnahme bei der Basis entscheidend reduziert.

Im Gegensatz zu diesen negativen Reaktionen, wurde die Demonstration des 1. Mai 2011 durchwegs positiv aufgenommen, sowohl von den ArbeiterInnen der Sektion 147, als auch von anderen lokalen Gewerkschaften.

5.3.3. Gewerkschaftliche Emanzipation

In diesem Teil beziehe ich mich auf die Eigenschaften, um als politisch marginalisierter AkteurIn, der/die sich gegenüber anderen zu emanzipieren versucht, in der Öffentlichkeit zu agieren. Im Wesentlichen geht es um den Kampf gegen die im Betrieb erfahrene Ausbeutung und um die Einhaltung der Arbeitsrechte.

Im Fall von Gewerkschaften, die tatsächlich die ArbeiterInneninteressen vertreten, handelt es sich um Aufgaben, die dem Exekutivkomitee gemeinsam mit der Basis zufallen, d.h. die Forderungen gehen üblicherweise den institutionellen Weg. Als solches beschreiben sie die ureigensten Aufgaben einer Gewerkschaft. Im Fall der Sektion 147 ist dies jedoch nicht möglich, weil das aktuelle Exekutivkomitee dem Unternehmen zuarbeitet und gleichzeitig die Forderungen der ArbeiterInnen blockiert. Aus diesem Grund sind die Formen, die die gewerkschaftliche Emanzipation in dieser Sektion annimmt andere und beschreiben meist kein institutionalisiertes Vorgehen.

Im konkreten Fall geht es um die Emanzipierung gegenüber dem lokalen Exekutivkomitee, dem Unternehmen, der AMN und der Regierung mit ihrer speziellen Arbeitspolitik.

Die Daten, mit denen ich die folgenden Aspekte belege, basieren auf Interviews, Beobachtungen und einer Zeitungsanalyse. Auch konnten nicht alle im Workshop erarbeiteten Aspekte, die ich im Punkt 5.2.2. vorgestellt habe, behandelt werden, weil es oftmals an Zeit mangelte, um die Inhalte und Umsetzungsstrategien ausführlich zu planen oder es gab keine Möglichkeit, die Inhalte zu präsentieren, weil andere Angelegenheiten vorgereicht wurden.

5.3.3.1. Reflexion über gewerkschaftliche Strategien

Reflexion beschreibt im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Emanzipation die Definition von Strategien, um Forderungen zu platzieren, die sich gleichzeitig auf die Positionierung sowohl der ArbeiterInnen als Individuen, als auch kollektive AkteurIn stützen.

❖ *Politische Risiken kennen*

Bevor Verbesserungsvorschläge eingebracht werden, ist es für die ArbeiterInnen von fundamentaler Wichtigkeit, mögliche Szenarien durchzudenken, um zu überlegen, wie diese positiv beeinflusst werden können. Dazu gehört auch das Wissen über Gefahren, die auftreten können, weil viele AkteurInnen ein klares Interesse daran haben, dass diese Veränderungen nicht durchgebracht werden. Die Spannweite dieser Risiken ist dabei ziemlich groß.

Eine Gefahr, die sich auf die unmittelbare Arbeitssituation bezieht, ist die unnachgiebige Haltung der Vorgesetzten, die oft über die Gesundheit der Belegschaft hinweg, die Produktion radikal steigern wollen. Für die ArbeiterInnen sind solche Situationen entwürdigend, gerade dann, wenn sie wissen, dass dieses Vorgehen nicht legitim ist und sie trotzdem weiterarbeiten müssen. Solche Demütigungen sind oft schwer hinzunehmen und provozieren zum Einspruch, jedoch ist es in gewissen Situationen empfehlenswerter nichts zu sagen, um keinen Vermerk zu bekommen. Dies meint jedoch nicht, Ungerechtigkeiten einfach hinzunehmen, sondern die Gefahren, denen man sich aussetzt zu kennen und die möglichen Konsequenzen abzuwägen. Einen Vermerk zu haben, heißt in Mexiko als politisierteR ArbeiterIn registriert zu werden, was sich in der Zukunft in einer möglichen Kündigung äußern kann. Daher ist es oft besser, sich nicht sofort zu widersetzen, sondern sich eine Strategie zu überlegen, wie diesem Angriff mit legalen oder institutionellen Mitteln beizukommen ist, oder wie größerer Druck aufgebaut und ein kollektiver Rückhalt geschaffen werden kann. Die Erfahrung eines Arbeiters, der die Umsetzung eines Artikels des Kollektivvertrags forderte und dem der lokale Generalsekretär die gewerkschaftlichen Rechte entziehen wollte, stellt sehr klar unter Beweis, wie Macht, meist sogar als „legale“ Macht gegen das Interesse der ArbeiterInnen missbraucht wird und wie wichtig es daher ist, sich Strategien zu überlegen, um trotzdem sein Recht einfordern zu können:

Gegen das Unternehmen, wenn ich mit den Vorgesetzten in der Abteilung bin, habe ich nie getreten. Manchmal zehren die Ingenieure meine Geduld auf, aber - Ist schon gut! – ich versuche mich zu lockern und obwohl sie vollkommen daneben liegen, es schlecht machen, muss man es akzeptieren, nicht? (...) wie ich dir sage, sie wollten gegen uns Artikel 87 und 88 (gewerkschaftliche Disziplinarstrafen) anwenden, ich habe nachgelassen. Also ich habe dem Generalsekretär auf die Schultern geklopft und gesagt: „Was ist los H.? Wenn ich doch nicht einmal die Statuten kenne, besorg sie mir doch, damit ich sie kennenlernen kann und auch die Betriebsvereinbarungen.“ Ah, dann verstand er, nicht? (...) Aber ich gieße beim Unternehmen auch nie Öl ins Feuer, mit dessen Anwälten, noch viel weniger. Also, man muss schon zu verhandeln wissen, wie man mit ihnen umgehen soll, es besteht nicht die Notwendigkeit, sich zu streiten, nicht? (...) man spricht auf eine freundliche Art, nicht? Aber wenn es darauf ankommt, mit Charakterstärke: „Nein, es handelt sich darum! Das muss gemacht werden!“ Gut, und wenn nicht, ist der Ball bei den Arbeitern und nicht bei mir, nicht? Weil mich alleine zerfetzen sie. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Im Zitat wird nicht nur auf die Gefahren und die Möglichkeiten, um diesen auszuweichen, verwiesen, sondern auch auf die eigenen Schwächen als ArbeiterIn. Im konkreten Fall beziehen sich diese auf das Unterdrücken spontanen Widerspruchs und darauf, sich nicht als ProtagonistIn hervorzutun, um schließlich alleine zu enden.

Ein anderes Element, das man sich in Erinnerung rufen muss, ist die Tatsache, dass die Stärke der ArbeiterInnen in ihrem Zusammenhalt und im kollektiven Handeln liegt. Das Unternehmen weiß das sehr wohl und wird deshalb immer versuchen, diese Einheit zu zerstören, indem es Zwietracht säht und Spaltungen forciert, um so die ArbeiterInnenbewegung erheblich zu schwächen. Die Aufspaltung in Gruppen, die in der Sektion 147 Tradition hat, ist ein klares Beispiel dafür. Es ist zwar normal, dass es in einer derart großen Sektion verschiedene politische Strömungen gibt, jedoch nicht, dass diese regelmäßig in gewaltsame Konflikte münden. Die stetig steigende Anzahl von Gruppen, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat und an die sich keiner so recht erinnern kann, sowie deren labile Allianzen sind eine sich ständig wiederholende Geschichte in dieser Sektion. Es verwundert, warum immer wieder dieselben taktischen Fehler begangen werden, aber wie schon im vorherigen Kapitel erwähnt (4.4.5.1. Die aktuelle Wahrnehmung

der Línea Proletaria und des massiven Stellenabbaus), hat die weiter zurückliegende Geschichte für die lokalen ArbeiterInnen keinen Wert, weil es keine emotionale Bindung mehr dazu gibt, somit ist sie auch kein Lerngegenstand mehr. Die Implikationen der Gruppenspaltungen treten erst dann voll ins Bewusstsein, wenn die ArbeiterInnen sie selbst erfahren haben:

(...) unser Ziel ist es eine Gewerkschaft zu haben und eine Vertretung und uns zu vereinen. (...) Es geht nicht darum, dass „he, dieser arbeitet besser“ (...). Das ist, was passiert, nur jetzt – wie ich Ihnen sage – mit den Jahren, weil ich dieselben Fehler begangen habe, aber jetzt versuche ich sie schrittweise zu beseitigen. Aber sie (jüngere ArbeiterInnen) fangen erst an. Das ist das Problem dabei. (Arbeiter 5: Interview vom 16.5.2011)

Ein Aspekt, der mit dem Divisionismus verbunden ist, ist die Kooptierung der AnführerInnen durch den Arbeitgeber, weil es einem Verrat der Gewerkschaft gleichkommt, der den Zorn der Basis auf sich zieht. Meist wurden für bessere Posten oder mehr Geld Information über die innergewerkschaftliche Tätigkeit an das Unternehmen verkauft. Der Arbeitgeber, der die AnführerInnen zunächst beargwöhnt, weiß sehr wohl, dass ihm die Fähigkeiten dieser Personen dienlich sein können, weshalb er sie oft auch instrumentalisiert. Dabei wird manchmal sogar die ArbeiterInnenrhetorik übernommen, wie im Fall der AMN. An diesem Punkt kommen schließlich auch die Überzeugungen der AnführerInnen und ihre Fähigkeiten, sich der Kooptation zu erwehren, an die Oberfläche:

Es stellt sich zum Beispiel heraus, dass du mit dem Unternehmen redest und ich rede mit dir. Dir stecken sie eine Kassette in den Kopf, damit du sie mir, als Meinungsbildner, reinsteckst, um mich auf ihre Seite zu ziehen. (Arbeiter 6: Interview vom 16.5.2011)

Eine andere Gefahr, die mit der Kündigung oder der Kooptierung politisch aktiver ArbeiterInnen in Zusammenhang steht, ist das Nicht-Wissen wie man in der Situation, wenn man zur Personalabteilung zitiert wird, handeln soll und welche Einschüchterungsmöglichkeit es gibt. Auch wenn nur im Scherz auf die kämpferische Haltung der ArbeiterInnen angespielt wird, gilt es, nicht auf die Provokationen einzugehen:

Persönlich bin ich nicht ganz am Boden angelangt, aber sie haben es mir schon gesagt.(...) ich ging zu den Versammlungen, wenn sie dort sprachen, bedrohten sie mich: „He du, du wirst jetzt gekündigt, du bist schon auf der schwarzen Liste“ – die Drohung war die schwarze Liste (...) und dort in der Abteilung die Vorgesetzten im Ingenieurbüro: „He, warum werden sie dich kündigen?“ „Nein, ich weiß nicht“ sage ich ihm. „Sollen sie mich kündigen, wenn sie Argumente habe“ (...) Nur ich bin eben nie auf die Provokationen eingegangen. (Arbeiter 2: Interview vom 18.11.2010).

Derselbe Arbeiter betonte die Wichtigkeit, mit den Personen, die zuvor gekündigt worden waren, in Kontakt zu bleiben, um sich eine Vorstellung davon zu verschaffen, wie der Arbeitgeber vorgeht, wenn er versucht, sich weiterer unliebsam gewordener Beschäftigter zu entledigen. Seine Taktik ist es, die ArbeiterInnen zu erschöpfen und den Protest zum Erliegen zu bringen, so dass sie ihre Abfindung kassieren, womit sie aber gleichzeitig ihre eigene Kündigung akzeptieren, die damit gesetzlich auch nicht mehr anfechtbar ist:

Nein, aus demselben Grund, weil wir immer alle vereint blieben. (...)– indem man mit denen, die sie gekündigt hatten, sprach. „He, weißt du, kassier bloß das Geld nicht“ sagten sie „weil sie kündigen dich und zahlen, und dann kommen noch andere nach.“ Und sie kündigten dann rund 40 Arbeiter. (ebd.)

Ein anderer Aspekt, der in den Interviews immer wieder genannt wurde und mögliche Risiken birgt, ist der Umgang mit den Massenmedien. In Monclova gibt es einige lokale Zeitungen und die Informationen über die jüngsten Vorgänge in AHMSA und deren beiden Sektionen sind essentieller Bestandteil der täglichen Berichterstattung. Obwohl es sich um große Sektionen handelt, passiert dennoch nicht so viel, als dass jeden Tag darüber berichtet werden könnte, aber es geht vielmehr um den Platz, den diese im sozialen Leben der Stadt einnehmen und somit konstant in den Medien sind. Einerseits handelt es sich um eine kleinere Stadt, in der sich nicht so viele Dinge ereignen, über die man schreiben könnte, andererseits spüren die Journalisten jedes gewerkschaftliche Gerede auf, und wandeln es in eine Nachricht um. Jedoch werden bei dieser Berichterstattung häufig falsche Informationen publiziert und in nicht seltenen Fällen schwärzen sie eine gewerkschaftliche Gruppe an. Auch gilt, dass wenn man einmal in der Zeitung abgebildet wurde, man gewissermaßen in den Augen der Stadtgemeinde zu einem/r öffentlichen gewerkschaftlichen AkteurIn geworden

ist, und somit auch sichtbar für den Arbeitgeber ist, der diese, sollte es häufiger geschehen, als Schlüsselpersonen identifiziert. Aus diesen Gründen ist es durchwegs verständlich, dass gerade die Opposition sehr bedacht darauf ist, ihre Treffen und Inhalte bis zu einem gewissen Grad geheim zu halten und zu schützen.

Nichtsdestotrotz können die Medien den Gewerkschaftsanliegen auch dienlich sein, wenn es darum geht, bestimmte Ereignisse bekannt zu machen, wie im Fall der Demonstrationen und dem Hungerstreik, so dass sie deren Botschaften einem breiteren Publikum zugänglich machen und einen größeren Wirkungsgrad erzielen können. Auch kontaktieren ArbeiterInnen gerne die Medien, wenn es große Sicherheitsmängel in der Fabrik gibt und der Arbeitgeber nichts dagegen unternimmt. In diesen Fällen helfen die Medien, Druck auf das Unternehmen auszuüben, damit es sich der Probleme annimmt:

Die Massenmedien sind immer ein zweischneidiges Schwert, sie geben dir Glanz, wenn es ihnen passt. Halt dich fest! Weil dann packen sie dich und zerfetzen dich. (...) Ja, weil sie kommen immer sehr besserwisserisch und wollen dich aufblättern. Es geht weniger darum, dass sie dir helfen wollen, als dass sie dich schlecht machen. Das ist, wonach die Medien trachten. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

❖ *Strategie planen*

Entsprechend der Ziele, die verfolgt werden, müssen auch die Details zu deren Umsetzung in Betracht gezogen werden. Im Detail bedeutet es, darüber nachzudenken an wen sich die Vorschläge oder die Proteste richten, auf welche Art und Weise und wer Unterstützung leisten kann. Auch müssen die Ziele genauer ausformuliert werden, so genügt es beispielsweise nicht, allgemeine Verbesserungen bei Kollektivverhandlungen einzufordern, ohne die entsprechenden Artikel und Modifizierungen zu nennen.

Im Folgenden werde ich die Strategien zu drei umgesetzten Aktionen vorstellen. Diese drei Ereignisse waren die Kollektivverhandlungen, die Forderung zur Erfüllung der Gefahrenzulage und die Demonstration am 1. Mai 2011. Natürlich könnten weitere Aktivitäten und deren respektive Strategien aufgezählt werden, jedoch stehen die erwähnten Ereignisse in Zusammenhang mit der Arbeit der Workshopgruppe und der Opposition besonders hervor. Außerdem ist die wohl wichtigste Protestform der

ArbeiterInnenschaft, der Streik, seit mehr als zwei Jahrzehnten in der lokalen Sektion nicht mehr Teil der Gewerkschaftspolitik. Aus diesem Grund beschreibt das hier angeführte, nur einen Bruchteil im Leben der Sektion 147, jedoch handelt es sich um einen, der mit der Arbeit der NGO in Verbindung gebracht werden kann.

Im Fall der Planung der Vorschläge für die Kollektivverhandlungen richtete sich das Schreiben an die dafür zuständige gewerkschaftliche Kommission und an das Streikkomitee, letztere hatte in den letzten Jahren nur noch eine pro-forma-Funktion. Die erwähnte Kommission ist das offizielle Organ der Gewerkschaft, das nur für die Kollektivverhandlungen zusammengestellt wird und es ist unumgänglich mit dieser Institution zu sprechen, wenn Vorschläge eingebracht werden wollen. Im Idealfall wäre direkt einer der WorkshopteilnehmerInnen zum/zur KommissionärIn bestellt worden, aber wegen der Konflikte zwischen der Opposition und der hegemonialen Gruppe, wurden diese Plätze alle an Mitglieder der Grünen vergeben. 2009 kam es zum Zeitpunkt zu Kollektivverhandlungen zu einer Kooperation zwischen Opposition und Exekutivkomitee, so dass auch Personen der Opposition in der Kommission saßen, was sich als besonders wichtig herausstellte, damit die eingebrachten Vorschläge auch in die Verhandlungen miteinbezogen wurden.

Bei beiden Kollektivverhandlungen (2009 und 2011) wurden jedem einzelnen Kommissionär eine Mappe mit den Vorschlägen übergeben. Wie ich in einem vorherigen Abschnitt über die Arbeit im Workshop bereits erwähnt habe, besteht ein Teil der erarbeiteten Aufgaben darin, Informationen über die Arbeitssituation und die aktuellen Probleme zu sammeln. Zu diesen allgemeinen Angaben, die gemeinsam analysiert wurden, wurden die entsprechenden Artikel des Kollektivvertrags herausgesucht, auf die die Probleme Bezug nahmen. Mit diesen Daten wurden bei beiden Gelegenheiten einige Artikel ausgewählt, die nicht erfüllt worden waren oder die einer Modifizierung bedurften. Der Artikel 195, der von der Workshopgruppe eingebracht worden war, stach bei beiden Verhandlungen hervor. Darin sind der Bau von 125 Häusern, die später von den ArbeiterInnen käuflich erworben werden können, und die Vergabe von Krediten zwischen 10.000 bis 30.000 Pesos festgeschrieben.

Die Workshopgruppe, die 2009 die Unterstützung der Opposition hatte, brachte diesen Artikel zur Revision ein.

Im Fall der Gefahrenzulage für Arbeiten in größeren Höhen⁸² für die KranführerInnen, gestaltete sich der Versuch zur Umsetzung des entsprechenden Artikels besonders kompliziert. Nur ein einziger Arbeiter, der zwar die Unterstützung der meisten KollegInnen seiner Abteilung hatte, brachte den Vorschlag vor dem Generalsekretär ein, jedoch drohte ihm dieser daraufhin mit dem Entzug seiner kollektivvertraglichen Rechte.

Daher hatte die Forderung keinen Erfolg, und konnte erst durchgebracht werden, als es zu einem personellen Wechsel im lokalen Exekutivkomitee kam. Dieses Gesuch wurde formell, mit einem offiziellen Schreiben und den entsprechenden Argumenten eingereicht.

Die Demonstration am 1. Mai war sehr gut vorbereitet, weil sie ein klares Ziel hatte, das nicht nur traditionsgemäß an die Märtyrer von Chicago 1889 erinnerte, sondern der Internationale Tag der Arbeit wurde zum Anlass genommen, um gegen die Arbeitsreform zu protestieren. In diesem Zusammenhang war das Unterziel der Demonstration größtmögliche öffentliche Aufmerksamkeit für das diskutierte Thema zu erhalten und der Stadtgemeinde klar zu zeigen, dass es eine beachtliche Gruppe gab, die gegen dieses politische Projekt war. Der Aufmarsch hatte eine große Reichweite, weil sich zur Opposition, die eine der HauptorganisatorInnen war, auch andere Gewerkschaften gesellten, wie jene der ElektrikerInnen und der LehrerInnen, aber auch die Vereinigung der pensionierten ArbeiterInnen der Sektion 147. Die Redner bei der anschließenden Kundgebung waren Repräsentanten des nationalen Exekutivkomitees, zwei pensionierte Arbeiter und der Generalsekretär einer anderen lokalen Gewerkschaft (García Rivera: 15.07.2013). Die Art und Weise, wie sie ihre Haltung gegen die Arbeitsreform präsentierten, war sehr klassisch für eine Demonstration mit Bannern, Flugblättern, Schlachtrufen und Rednern.

❖ *Argumente vorbereiten*

Die geplanten Strategien haben weiters nur dann Erfolg, wenn sie von guten Argumenten gestützt werden. Die zuvor erwähnten Veränderungen im Denken der ArbeiterInnen (Rechte

⁸² Der Artikel 21 des Kollektivvertrags der Sektion 147 sieht für Arbeiten in Höhen, die als gefährlich eingestuft werden („Gebäude, Türme, Baugerüste oder Schornstein“), je nach abgearbeitete Stunden eine Zulage von 13% - 22% des Lohns vor.

haben, sich informieren, sprechen) konzentrieren sich u.a. auch darauf, wie die eigene Haltung nach außen vertreten werden kann. Die zwei wesentlichen Punkte, um stichhaltigen Argumenten zur Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte formulieren zu können, basieren auf dem Wissen über die eigenen Rechte (in den Statuten, dem Kollektivvertrag, dem Arbeitsgesetz und der Verfassung) und auf der Informationen über die tatsächliche Arbeitssituation in der Fabrik. Die Gesetze und Regeln beschreiben ein Ideal, die im Widerspruch zu den tagtäglich erlebten Arbeitsverletzungen stehen. Wie bei gesetzlichen Verfahren üblich ist, zählt auch in diesem Kontext die Beweisführung, daher hört man von den erfahreneren ArbeiterInnen nicht selten Aussagen wie „Hier konzentrieren wir uns auf die Tatsachen“ (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010) oder „Für alles müssen wir eine Stütze haben“ (Arbeiter 6: Interview vom 16.05.2011). Diese Haltungen gehen weit über ein Unrechtsempfinden hinaus, über das die meisten ArbeiterInnen verfügen, denn es beinhaltet ein gesetzliches Wissen, was für sich genommen nichts anderes ist, als eine intellektuelle Emanzipation gegenüber dem Unternehmen und dem Exekutivkomitee, die meist die Forderungen der ArbeiterInnen blockieren. Auf der anderen Seite hat auch nicht jedes Unrechtsempfinden eine legale Grundlage und der gesetzliche Weg bleibt somit verschlossen, wie dies beispielsweise die externen Abkommen zwischen lokaler Gewerkschaft und Unternehmen sind. Natürlich gibt es wiederum Möglichkeiten diese Abkommen an sich anzufechten, jedoch übersteigt das den direkten Handlungsspielraum der ArbeitervertreterInnen, die bevorzugen, sich um Fragen zu kümmern, in denen sie genügend rechtliche Einblicke haben:

Manchmal mussten wir uns um Dinge von Kollegen kümmern, die mir sagten: „He, schau mal darauf!“ „Ja gut, warte mal, ich muss das nachschlagen.“ weil dafür musst du um Rat fragen, manchmal musst du dann sagen: „Nein, weißt du, hier gibt es ein Abkommen.“ (Arbeiter 6: Interview vom 16.5.2011)

Außerdem ist es wichtig, einen Überblick über die finanzielle Situation des Arbeitgebers zu haben, über dessen KundInnen und seine kürzlichen Investitionen, weil das Unternehmen nicht selten seiner Belegschaft die eigentliche Gewinnausschüttung verheimlichen will, an der sie von Gesetzes wegen teilhat. Die Wirtschaftskrise diente in vielen Fällen als allgemeiner Rechtfertigungsgrund, um den ArbeiterInnen ihre Sozialleistungen zu kürzen,

Personal zu streichen, durch Pensionierung freigewordene Stellen unbesetzt zu lassen, Sicherheitsmaßnahmen einzusparen usw. Verfügt man jedoch über die entsprechenden Daten, ist es für die Firma weit schwieriger, ihre Handlungen, mit denen sie die ArbeiterInneninteressen unterminiert, recht zu fertigen.

Die Argumentation, mit dem die von der Workshopgruppe erarbeiten Vorschläge für die Kollektivverhandlungen eingebracht wurden, stützen sie auf den Artikel 95 der Gewerkschaftsstatuten. Womit die Vorschläge als zusätzliche Daten interpretiert werden, die in die Verhandlungen miteinbezogen werden müssen, um die Gewerkschaftsinteressen besser verteidigen zu können:

Die Kommissionäre werden zweckmäßig alle Daten, die zur Ausführung ihrer Aufgabe notwendig sind, einholen, wie Produktionswert, Abbaukosten, Frachten, Steuern, Lebenserhaltungskosten, Preise der Güter des täglichen Bedarfs, usw. mit dem Ziel, dass sie sich immer befähigt sehen ihren Standpunkt zu diskutieren und ihre Aussagen zu beweisen. (Statuten SNTMMSRM)

Obwohl keiner der WorkshopteilnehmerInnen, die den Forderungskatalog einbrachten, in der entsprechenden Kommission saß, wurden mit Verweis auf diesen Artikel die Übergabe der Umfrageergebnisse⁸³ begründet. Diese sind im Sinne des Artikels als zusätzliche Information zu deuten, die den KommissionärInnen von Seiten der ArbeiterInnen für die Kollektivverhandlungen zukamen und anhand derer sie die Rechtsverletzungen, die von den Befragten angeführt wurden, nicht verleugnen konnten. Für die WorkshopteilnehmerInnen war die Umfrage ein demokratisches Instrument, weil es die Meinung verschiedener ArbeiterInnen in Betracht zog, ungeachtet ihrer Gruppenzugehörigkeit:

Dafür gelangten wir zu sehr wichtigen Schlüssen, die uns als Fundament dienten, um weder etwas zu erfinden, noch uns in Details zu verlieren, sondern wir verwendeten die Meinungen, die Antworten der Arbeiter auf die in der Umfrage gestellten Fragen. (Arbeiter 1: Interview vom 15.5.2011)

⁸³ Wie zuvor erwähnt, war die Umfrage nicht repräsentativ, weil nur ein Prozent der Belegschaft der Sektion 147 befragt wurde und zusätzlich die Nachricht über die mögliche Schließung des Werks Einfluss auf die Ergebnisse genommen hat. Daher zeigen die Ergebnisse grosso modo die größten Problemstellen auf, jedoch war der Grad ihrer Ausprägungen schwer zu eruieren.

Zusammenfassend kann über die Umfrage gesagt werden, dass sie die ArbeiterInnen in ihrer Haltung bestärkte, weil sie als ein Argument diente, das die Meinungen der ArbeiterInnen und die Probleme in den Abteilungen, sowie die Vertragsverletzungen aufzeigte.

Die zwei zentralen Argumente, die von den WorkshopteilnehmerInnen im Rahmen der Verhandlungen über die Gehalterhöhung vorgebracht wurden, bezogen sich einerseits auf die finanzielle Situation des Unternehmens, das in den letzten Jahren Produktionsrekorde verzeichnet hatte, und andererseits auf die ausgehandelten Gehaltserhöhungen anderer Bergbausektionen der Region.

Im Fall der Gefahrenzulage für Arbeiten in größeren Höhen für die KranführerInnen stützte sich der Arbeiter, der dieses Anliegen vorbrachte, auf die gesetzliche Grundlage im Kollektivvertrag (Art. 21), die die Charakteristiken für die entsprechende Zahlung festschreibt. Mit Verweis auf diese Gesetzeslage war ein sehr klar positioniertes Argument vorgeführt worden, um die Zahlung für die KranführerInnen einzufordern, eine Tatsache, die selbst von den Ingenieuren der Abteilung anerkannt wurde:

Weil es war sehr gefährlich, sich von einem Kran zum nächsten zu bewegen. Warum? Weil manchmal geht man über die Balken über den Gebäuden und es gibt überhaupt keinen Schutz dort, und nach unten hin ist das auch klar. Der Kollektivvertrag streicht das sehr klar heraus: Die Zulage für Arbeiten in größeren Höhen gilt für die Arbeiter, die Arbeiten über den Gebäuden, den Schornsteinen, Leitern und höher gelegene Stellen ausführen. Der Kollektivvertrag berücksichtigt uns. (...) Was ich auch vor dem Aufseher vorbrachte, ich sagte ihm: „Herr Ingenieur, Sie wissen davon. Ist es denn dasselbe eine Arbeit am Boden auszuführen als in der Höhe?“ „Nein, natürlich nicht, es ist schwieriger in der Höhe.“ (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

In diesem Fall scheiterte das Vorhaben aber zunächst nicht an der Argumentation, sondern an der unnachgiebigen Haltung des lokalen Exekutivkomitees. Der Arbeiter, der diesen Vorschlag eingebracht hatte, beschwerte sich darüber, dass ihm immer widersprochen wurde und obwohl er gute Argumente hatte, diese für ungültig erklärt wurden:

Allem, was wir ihnen vorlegten, widersprachen sie: „Sie können euch das nicht zahlen, wenn ihr in den Führerkabinen seid. Wieso sollten sie die Zulage wegen Arbeiten in größeren Höhen zahlen?“ „Ja, aber wie kommen wir nach oben wenn wir von einem Krahnen zu einem anderen wechseln, wenn wir aussteigen, um den Krahnen zu warten, wenn es darum geht...“ - also, wir brachten alle diese Argumente vor. (ebd.)

Als dem damaligen Generalsekretär die Argumente ausgingen, benutze er einfach seine Machtposition, um den Arbeiter einzuschüchtern und droht ihm eine Strafe an, sollte er weitere Forderungen stellen. Diese Situation beweist auf indirekte Weise, dass der Arbeiter dem Gewerkschaftsfunktionär intellektuell überlegen war, denn dieser konnte daraufhin nur noch mit repressiven Mitteln antworten.

Dass diese Praktiken nicht unüblich sind, beweist die in Kapitel 4 angeführte Aussage eines unrechtmäßig gekündigten Oppositionsführers.

Somit lässt sich folgern, dass auf gesetzliche Mittel Bezug zu nehmen, zwar wichtig ist, jedoch schränkt der Machtmissbrauch der FunktionärInnen die Möglichkeiten dieser Methode auch ein, aus diesem Grund sind komplementär auch „extra-legale“ Mittel zu verwenden, so wie sie das CEREAL vorschlägt (5.1.2.3. Strategien zur Verteidigung der Arbeitsrechte). Dies meint, politischen Druck aufbauen, um so gegen die Missbräuche vorzugehen.

5.3.3.2. Aktion zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen

Die vorherigen Reflexionen darüber, wie Gefahren ausgewichen werden kann, wie und wem die Forderungen vorgelegt werden und mit welchen Argumenten, müssen schließlich in Aktionen münden, die auf die Erfüllung der Forderungen abzielen. Die Handlungen, die ich im Folgenden anführen werde, wurden entweder von der Workshopgruppe oder von der Opposition bzw. beiden ausgeführt.

❖ *Forderungskatalog*

Die Strategien und die Argumente, die ich zuvor präsentiert habe, finden schließlich im Forderungskatalog als verschriftlichte Form des ArbeiterInnenwillens Ausdruck. Auf diese Weise wird dem Ansuchen Nachdruck verliehen, denn es wird die offizielle Gangart eingehalten und die Ernsthaftigkeit hinter den Forderungen betont. Dieses Vorgehen

kontrastiert mit jenem des lokalen Exekutivkomitees, das lediglich einen Briefkasten für die Ansuchen der ArbeiterInnen in ihrem Lokal aufgehängt hat. Auch haben sich die Forderungskataloge in der Sektion 147 für die Opposition und die Workshopgruppe zu einem Instrument herauskristallisiert, mit dem sie ihre Vorschläge der lokalen Gewerkschaft unterbreiten und sich Gehör verschaffen.

Die persönliche Übergabe des Forderungskatalogs an die Kommission zur Überarbeitung des Kollektivvertrags und an das Streikkomitee ist umso wichtiger, weil sie die ArbeiterInnen, die Vorschläge einbringen wollen, für gewöhnlich nicht einmal in Empfang nehmen. Die Arbeiter, die im konkreten Fall den Forderungskatalog für die Kollektivverhandlungen aushändigten, ließen sich durch die Unterschrift eines jeden Kommissionärs bestätigen, dass sie diesen erhalten haben.

Der Forderungskatalog zur Überarbeitung des Kollektivvertrags 2011 enthielt folgende Punkte:

- Eine Gehaltserhöhung von 12%
- Einhaltung des Artikel 195, der den Bau von 125 Häusern vorsieht
- Veröffentlichung der Abgabe der ArbeiterInnen an die nationale Hypothekenbank INFONAVIT
- Ausweitung der Stipendien für ArbeiterInnenkinder sowohl in der Höhe des Stipendiums, wie in der Anzahl der BezieherInnen
- Erhöhung der Lebensmittelmarken
- Anhebung der Abgaben an den Sparfonds von 13% auf 15%
- Gewährung einer Gefahrenzulage für die ArbeiterInnen der Kokerei, Verstählung und am Hochofen
- Respektierung der Dienstrangliste
- Öffnung der Stellen der pensionierten Arbeiter für ZeitarbeiterInnen

Diesen Vorschlägen legten sie die verschriftlichten Argumente zur Lohnerhöhung und die Ergebnisse der Umfrage bei, um die Inkonformität der ArbeiterInnen mit der Nichterfüllung der entsprechenden Artikel zu unterstreichen.

❖ *Verhandlungen*

Die Momente, in denen die tatsächliche Standfestigkeit und die wahren Interessen der ArbeitervertreterInnen zu Tage kommen, sind wenn sie sich mit dem Unternehmen an den Verhandlungstisch setzen. Die geplanten Strategien, die Argumente und die Vorsicht, nicht den Bestechungsversuchungen anheimzufallen, gemeinsam mit einer emanzipatorischen Überzeugung definieren die tatsächlichen Chancen, die gestellten Forderungen durchzubringen, ebenso wie die Möglichkeit dem Unternehmen im Fall der Nicht-Erfüllung mit Sanktionen drohen zu können.

Die Aufspaltung in Gruppen in der Sektion 147 hat die Einheit der ArbeiterInnen wesentlich geschwächt und somit auch die Glaubwürdigkeit, den Arbeitgeber mit Sanktionen zu drohen, wie dies beispielsweise der Streik ist. Ohne dieses Druckmittel ist die Verhandlungsposition der GewerkschaftsvertreterInnen von Beginn an sehr schwach. Ein zweiter Aspekt, der in der Sektion 147 berücksichtigt werden muss, ist die Tatsache, dass seit 2008 alle Verhandlungen ausschließlich zwischen UnternehmensvertreterInnen und Vertretern der lokalen Gewerkschaftssektion stattfinden, also unter Ausschluss von Repräsentanten des nationalen Exekutivkomitees, dem normalerweise ein wichtiger Part zufällt. Obwohl innerhalb dieser Konstellation die lokale Vertretung mehr Freiheiten genießt und theoretisch die für die nationale Gewerkschaft typische Hierarchie zum Teil aufbricht, lassen sich die Vorteile dieser Akteurskonstellation nicht in den Verhandlungsergebnissen wiederfinden, weil der Betriebsrat dem Unternehmen zuarbeitet und außerdem keine Legitimität unter der Basis genießt, die ihn notfalls stützen könnte. Will die Basis dennoch Verbesserungsvorschläge einbringen, sieht sie sich gezwungen, mit dem lokalen Exekutivkomitee zu verhandeln, weil eben nur dieses vom Arbeitgeber als Verhandlungspartner anerkannt wird und bei Unterstützung der Opposition mit Repression zu rechnen ist. Anders ausgedrückt, stoßen die emanzipatorischen Absichten der Basis bereits bei den Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee auf das erste Hindernis. Das Dilemma für die ArbeiterInnen dabei ist offensichtlich:

Das Unternehmen hat jetzt andere Gepflogenheiten. Das Unternehmen hat jetzt das Sagen. Es bestimmt, die Kommission ist nur Beobachterin, nichts weiter, nicht zum Fordern, nicht zum Kämpfen. So ist das mehr oder weniger. Nein, was mich das gekostet hat, mit dem ein oder

anderen Kommissionär zu sprechen. Aber ich sehe es von diesem Standpunkt aus, die Sozialleistungen sind gleich geblieben. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Die Aussage eines früheren Kommissionärs zeigt, was es heißt tatsächlich zu verhandeln, weil es bedeutet, sich auf eine Augenhöhe mit den AnwältInnen des Unternehmens zu begeben und schlafkräftige Argumente vorzubringen, ebenso wie sich nicht einschüchtern zu lassen:

Es geht darum, die Angelegenheiten gut zu verhandeln zu wissen. Nicht einfach nur, weil du dich mit den Anwälten hinsetzt. Die Anwälte, ihr Arbeit ist eben die der Personalverwaltung. Einer der Anwälte hat immer gesagt: „Schaut, wenn ihr euch das zu Herzen nehmt, das ist nur meine Arbeit.“ Und ja, wenn man sich nicht verteidigt, hat es ja keinen Sinn überhaupt hinzugehen. Da ist ja kein Witz dabei, nur „ja, nein, ja, nein“ zu sagen und keiner debattiert mit mir. Es ist sogar langweilig dort zu sein. Also ich hatte die Gelegenheit, zu sagen „Herr Anwalt!“, aber viele wissen nichts. Vielen wissen nichts und deshalb sagen sie: „Herr Anwalt, könnte man“. Wie, könnte man? Also, dort kann man weil das und das, du musst schon die Argumente haben. (Arbeiter 5: Interview vom 16.5.2011)

Traditionelle Aktionen, die diese Verhandlungen begleiten, wie Demonstrationen, um der Kommission die Unterstützung der ArbeiterInnenbasis zu zeigen oder Informationen seitens der Kommission über das Fortschreiten der Verhandlungen existieren nicht mehr bzw. haben ihre eigentliche Intention verloren. Der Kontext in dem die Verhandlungen geführt werden, beschreibt einen hermetisch abgeriegelten Raum, denn es gibt kaum Kommunikation zwischen den RepräsentantInnen und der Basis.

Im Folgenden werde ich auf die Verhandlungen, die zur Erfüllung der Gefahrenzulage für Arbeiten in größeren Höhen und die Überarbeitung des Kollektivvertrags 2009 und 2011 geführt wurden, eingehen.

Im Fall der Gefahrenzulage gestalteten sich die Verhandlungen zwischen dem Arbeiter, der die Unterstützung seiner Abteilung genoss und den Vorschlag einbrachte, und dem lokalen Generalsekretär besonders kompliziert. Das Exekutivkomitee verweigerte den Antrag und den ArbeiterInnen fehlten Sanktionsmöglichkeiten. Aus diesem Grund ging die Forderung erst durch, als es 2008 zu einer Zusammenarbeit zwischen Opposition und Grünen kam:

Um die Zulagen wegen der Arbeit in den Höhen zu fordern, das war ein Aufruhr. Wir waren 300, es gab Treffen. In diesen waren die Gewerkschaftsfunktionäre gegen uns. Alle! Die Gefahrenzulage war sehr verwickelt. Wir waren (...) mehr als 60 Arbeiter im Anhörungssaal und die Funktionäre, alle waren sie gegen uns. (...) Die Gefahrenzulage wurde wegen dem Komitee nicht durchgebracht. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Derselbe Arbeiter erklärt weiter, wie schwer es für ihn war, diese Forderung durchzubringen, nachdem es zu heftigen Diskussionen mit dem Exekutivkomitee und dem Generalsekretär gekommen war. Seine Aussage beweist, wie wichtig es ist, mit ruhigen Nerven in Verhandlungen zu gehen, in denen die GegnerInnen nicht davor zurückschrecken, repressive Mittel anzuwenden, um einen mundtot zu machen:

Also deshalb sage ich dir, die Diskussionen wegen der Zulage wegen der Arbeit in den Höhen war ein Wahnsinn. Mir ging es sehr schlecht, ich hatte Gastritis, ich hatte keine Lust mehr (...) das war wegen dem Konflikt mit dem Generalsekretär. Ich hatte mit ihm direkt viele Auseinandersetzungen. Mich persönlich wollte er mit den Artikel 87 und 88 der Statuten bestrafen. Also, dort war die Auseinandersetzung sehr stark (...) Gottseidank zahlten sie uns die Zulage und sie zahlen sie noch weiterhin und sie wird auch weiter respektiert. Was wir forderten war, dass sie auch im Kollektivvertrag mit denselben Argumenten der Arbeiter, der Kranführer, wie in der Sektion 288 Eingang fände. So wurde das nicht berücksichtigt, man zahlte uns, aber es fand keinen Niederschlag im Kollektivvertrag, also das vermieden sie. (ebd.)

In Bezug auf die Kollektivverhandlungen von 2009 muss daran erinnert werden, dass sie unter anderen Voraussetzungen geführt wurden, weil es eben nach der Abgrenzung vom nationalen Exekutivkomitee zu einer Kooperation zwischen Opposition und lokalem Exekutivkomitee kam. AHMSA sowie alle anderen Bergbau- und Stahlunternehmen in Mexiko fürchtete, dass es wegen des Konflikts um Napoleón Gómez Urrutia zu Streiks kommen könnte, daher wurden bedingt Vorschläge der ArbeiterInnen akzeptiert. Für die Kollektivverhandlungen hatte die Workshopgruppe einen Forderungskatalog entwickelt, in dem die Erfüllung des Artikels 195 über den Bau der ArbeiterInnenhäuser und die Kreditvergabe vorgeschlagen wurde. Der Arbeitgeber bemühte sich in einem ersten Versuch den Artikel zu eliminieren, indem er allen 3.400 ArbeiterInnen der Sektion eine einmalige Zahlung von 140 Millionen Pesos aushändigen wollte (Rojas: 18.07.2013), aber dank der

Kooperation zwischen den Gruppen war es gelungen, dessen Einhaltung zu fordern. Allerdings wurde bis heute nur ein Teil des Artikels erfüllt, nämlich die Kreditvergabe, jedoch nicht jener über den Bau der ArbeiterInnenhäuser.

In den Kollektivverhandlungen von 2011 war die Ausgangssituation zur Einbringung des von der Workshopgruppe erarbeiteten Forderungskatalogs weniger günstig. Die Zusammenarbeit zwischen dem Exekutivkomitee und der Opposition war aufgegeben worden und es gab kein greifbares Druckmittel, wie den Streik, der zwei Jahre zuvor, noch ein durchaus reales Szenario gewesen war. Außerdem wurde bei der Verkündung der Verhandlungsergebnisse 2011 gleichzeitig der Streikfonds unter den ArbeiterInnen aufgeteilt, d. h. das Exekutivkomitee sicherte sich die Zustimmung der Basis mittels der simultanen Geldvergabe und entledigte sich so des Widerspruchs. Auch hatte die Kommission zur Überarbeitung des Kollektivvertrags lediglich den Forderungskatalog entgegengenommen, ohne jedoch die Vorschläge in die Verhandlungen einzubringen. Die ursprüngliche Reaktion bei der Übergabe des Forderungskatalogs war ihrerseits jedoch von einem großen Misstrauen geprägt gewesen:

Sie waren sehr ernst, nicht? Sehr ernst. Und sie fragten uns sogar: „Von welcher Gruppe seid ihr oder wer schickt euch oder wer führt euch an?“ (Arbeiter 4: Interview vom 15.5.2011)

In diesem Zitat zeigt sich neben dem Misstrauen der Kommission gegenüber den ArbeiterInnen auch, dass sie der Basis nicht einmal zutraute, politisch stichhaltige Arbeit zu leisten. Als die ArbeiterInnen sich nach dem Fortschritt der Verhandlungen im Gewerkschaftsgebäude bei der Kommission erkundigen wollten, war diese dort nicht einmal anzutreffen, denn sie versammelten sich in einem Privathaus. Dies bedeutete letztendlich nichts anderes, als dass es zwischen Kommission und Basis keinerlei Kommunikation gab, die Verhandlungen wurden also beinahe wie eine Privatangelegenheit behandelt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Bedingungen unter denen die Kollektivverhandlungen stattfinden letztendlich auch das Ergebnis bestimmen. Je mehr Einigkeit es gibt und Versuche, die Interessen der ArbeiterInnen zu verteidigen, ebenso wie die entsprechende inhaltliche und politische Vorbereitung, umso wahrscheinlicher ist es,

dass die Forderungen berücksichtigt werden. Die beschriebenen Fälle beweisen, dass die Einbeziehung der Interessen der Basis v.a. von der Machtkonstellation in der lokalen Sektion abhängt, die manchmal Verhandlungen zulassen, manchmal jedoch kein Durchkommen ermöglichen.

❖ *Demonstrationen*

Die Demonstrationen sind im gewerkschaftlichen Milieu in Mexiko zur Einforderung von bestehenden Rechten oder zur Manifestierung ihres Protests eine sehr häufig anzutreffende Strategie. In Monclova hat es mehrere Demonstrationen und Aufmärsche gegeben, aber die meisten davon gehen nicht über die gewerkschaftsinternen Probleme hinaus, wie zum Beispiel im Fall des Solidaritätsmarschs mit den Hungerstreikenden. Die einzige Demonstration, die in diesem Sinne einen größeren emanzipatorischen Akt darstellte, war jene des 1. Mai 2011. Es wurde dabei nicht nur eine gewisse ArbeiterInneneinheit geschaffen, sondern sie hatte eine höchst politische Botschaft, die sich gegen die geplante Arbeitsreform richtete, die von der PRI, die in Coahuila regiert, formuliert worden war. Die bereits beschriebene Reaktion der Stadtverwaltung, die ebenfalls von der PRI gestellt ist, beweist, dass diese Demonstration als Provokation angesehen wurde, ebenso wie für das Unternehmen, das in den letzten Jahre immer wieder Druck auf das Exekutivkomitee ausgeübt hatte, um diese zu unterbinden. Auch wenn es sich bei dieser Aktion nur um einen Einzelfall handelte, war die nach außen gezeigte Haltung keine Außenseitermeinung, sondern große nationale Gewerkschaften, wie des Bergbaus, der LehrerInnen und der ElektrikerInnen unterstützten diese.

5.3.3.3. Reaktionen auf die gewerkschaftlichen Emanzipationsbestrebungen

Die Reaktionen auf die oben angeführten Handlungen waren sehr unterschiedlich und bewegten sich zwischen repressiven Haltungen bis zur breiten Akzeptanz durch die Basis.

Der wohl komplizierteste Fall war die Forderung nach der Gefahrenzulage für Arbeiten in größeren Höhen, da der Arbeiter, der diesen Vorschlag einbrachte, beinahe vom Generalsekretär bestraft worden wäre und er um seinen Arbeitsplatz fürchten musste. Nur indem die Forderung auf einen späteren Zeitpunkt verlegt wurde, war es möglich dieses Szenario abzuwenden, ohne jedoch das Projekt aufzugeben.

Die erfolgreichsten Aktionen waren die Demonstration des 1. Mais und die Verhandlungen über den Artikel 195 gewesen, obwohl es im ersteren Fall nur um eine symbolische Bekundung der ArbeiterInneninteressen nach außen ging.

Im Fall des Artikels 195 hatte es die geänderten Konstellation in der lokalen Sektion möglich gemacht, dass die von der Workshopgruppe erarbeiteten Vorschläge auch berücksichtigt wurden, was sich für die Mehrheit der Arbeitenden positiv äußerte:

Also, als sie uns das zusicherten, vom Artikel 195, kamen anderen Sozialleistungen, die nur minimal waren, nicht? Dasselbe, das Übliche, aber was hervorstach war der Artikel 195 und dass sie dessen Umsetzung weiter verfolgten (...). Das war eine der großen Errungenschaften, bei der wir die Möglichkeit hatten, teilzunehmen. (Arbeiter 1: Interview vom 16.11.2010)

Jedoch erfüllte das Unternehmen sein Versprechen wiederum nicht und baute keine Häuser, sondern händigte nur Kredite in Höhe von 40.000 Pesos aus, die zwar den ArbeiterInnen bei der Finanzierung privater Vorhaben unterstützte, dieses Geld jedoch von deren Lohn abgezogen oder ihnen damit die Gewinnbeteiligung vorenthalten wurde. Daher handelte es sich nur um einen bedingten Erfolg.

Bei den Kollektivverhandlungen 2011, wurde erneut die Erfüllung des Artikels 195 gefordert, von den übrigen eingebrachten Vorschlägen wurden die Erhöhung der Stipendien (Art. 138; 146-148), jedoch nicht in der Weise wie vorgeschlagen, und die der Lebensmittelmarken (Art. 259) berücksichtigt. Die weiteren Ergebnisse waren eine Lohnerhöhung von 6,5%, die nicht den Erwartungen der ArbeiterInnen entsprach, die jedoch noch immer über dem landesweiten Durchschnitt von 5% im Jahr 2011 lag (Milenio online: 19.07.2013), der Brillenzuschlag, Erhöhung der Bestattungskosten und des Weihnachtsgeldes, allerdings in geringem Ausmaß. Zusammenfassend ist zu sagen, dass es zwar zu keinen außergewöhnlichen Ergebnissen kam, einige Anregungen aber doch mitaufgenommen worden waren.

Die Antworten auf die Aktionen, die ich im vorherigen Abschnitt angeführt habe und die emanzipatorischen Bestrebungen herausstreichen, also das Ansinnen sich als glaubhafter politischer AkteurIn im gewerkschaftlichen Milieu zu etablieren, stachen öffentlich weit

mehr hervor, als jene Versuche, gewerkschaftsinterne Veränderungen herbeizuführen. Dies hängt damit zusammen, dass es sich bei dem nach außen fordernden Akt um die sichtbarste Komponente der gewerkschaftlichen Demokratisierung handelt, jedoch hätten diese Auswirkungen niemals ohne die vorherigen Veränderungen in den ArbeiterInnensubjekten und in deren Art und Weise sich zu organisieren, stattgefunden.

Auch sei darauf verwiesen, dass das Gewichthaben als politischeR AkteurIn und der Versuch, Veränderungen herbeizuführen, nicht automatisch an die Mitarbeit etablierter gewerkschaftlicher Institutionen gebunden sind. Der untersuchte Fall bewies, dass dies mit dem Exekutivkomitee nicht umsetzbar war und Veränderungen nur über eine Beteiligung an oppositionellen Gruppen und über eine hohe Bereitschaft, sich als Subjekt des Wandels zu profilieren, stattfinden konnte. Dazu zählen Herausforderungen, wie über die eigenen Rechte aber auch Probleme in der Arbeit, unter KollegInnen, in der Familie, in der Gewerkschaft usw. zu reflektieren, um darauf aufbauend auch einen Wandel im Handeln zu vollziehen. Nur auf diese Weise, also über die Reflexion und über die Aktion, ist es möglich, alte Fehler zu überwinden und angebliche Wahrheiten zu hinterfragen, um letztendlich eine neue und gerechtere Praxis zu schaffen.

Die entsprechenden Errungenschaften, die ich versucht habe in diesem Kapitel zu präsentieren, sind manchmal sichtbarer, wie im Fall der Überarbeitung des Kollektivvertrags, manchmal verdeckter, wie bei der Bewusstseinsbildung der ArbeiterInnen hinsichtlich ihrer Rechte. Ich habe versucht auf eine realistische Weise zu zeigen, was erreicht werden kann und was nicht. Es versteht sich von selbst, dass langhergebrachte Gewerkschaftstraditionen nicht innerhalb weniger Jahre und über den Willen anderer AkteurInnen hinweg verändert werden können, auch dürfen die größeren wirtschaftlichen und politischen Ereignisse auf nationaler und internationaler Ebene nicht aus dem Blick verloren werden. Innerhalb dieses Panoramas ist und bleibt es eine Goliathaufgabe, ein Demokratisierungsprojekt in einer traditionellen Gewerkschaft voranzutreiben, wenn sich der ArbeiterInnensektor mit einem viel stärkerem UnternehmerInnensektor konfrontiert sieht, wenn die Regierung v.a. eine unternehmerInnenfreundliche Politik betreibt, wenn die nationale Wirtschaft von

international besonders mächtigen Interessen geleitet wird, ohne dabei der Versuchung anheimzufallen, gewerkschaftliche Demokratisierung als Synonym für die Unterwerfung unter Firmeninteressen fehl zu deuten. Dies würde aber bedeuten geringere Löhne, schlechtere Verträge, das Streichen von Sozialleistungen und geringere Sicherheitsstandards unter dem Emblem der Wettbewerbsfähigkeit hinzunehmen. Wenn Demokratisierung also nur für jene, die Ressourcen haben, gilt, muss es sich zwangsläufig um einen Widerspruch handeln, wenn das Konzept in seiner Essenz den Willen des Volkes repräsentiert. Nun beschreibt dies eine politisch oft missbrauchte Idee und erfährt somit eine recht flexible Anwendung, dennoch ist es gefährlich, zu akzeptieren, wenn im Namen der Demokratisierung große Bevölkerungsteile in die Armut abgedrängt werden.

6. Conclusio

Wie schon zu Beginn der Arbeit erwähnt, ist die Thematik des Bergbaus und der Stahlindustrie in den letzten Jahren erneut in den internationalen Fokus gerückt. Nachdem die Industrie wegen eines geringen Wirtschaftswachstums in Europa und den USA in die Krise geraten war und im Zuge dessen viele traditionsreiche Unternehmen zu Grunde gingen, verlieh der ökonomische Aufschwung in Asien ab 2000 der gebeutelten Stahl- und Bergbauindustrie einen neuen Aufwind. Die geförderten Rohstoffe waren jedoch nicht nur für die reale Industrie von Interesse, sondern auch die Finanzinvestoren erkannten nach der Internet- und Finanzkrise im Markt der Rohstoff-Derivate ein großes Potential für ihre Anliegen (Staritz et al. 2013: 1f). In diesem Zusammenhang bemühten sich internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank bisherige Regulationen für nichtig zu erklären, um den Markt für uneingeschränkte Investitionen frei zu geben, und Druck auf die Regierungen der Rohstoffländern auszuüben, um die entsprechenden Gesetze zu liberalisieren, sollten sie an dem daraus resultierenden Wohlstand teilhaben wollen. Als Folge davon stiegen die Rohstoffpreise exponentiell an, jedoch ohne den Wohlstand der Abbauländer zu heben, die in Folge mit einschneidenden Veränderungen zu kämpfen hatten.

Die Rohstoffförderung hat in den Ländern Lateinamerikas eine lange Tradition, und weil sie seit dem Kolonialreich wirtschaftlich gesehen immer in einer internationalen Abhängigkeit gestanden waren, begann man mit der Einführung des Importsubstitutionsmodells ab Mitte des 20. Jahrhunderts bewusst diese Industrien zu schützen und staatlich zu fördern. In ökonomischer Hinsicht brachte dieser Umschwung den besagten Ländern eine viel größere Eigenständigkeit, weil auch andere Industrien aufgebaut werden konnten. Richtet man im Zuge dessen auch den Blick auf die ArbeiterInnenschaft dieses Sektors, so lässt sich feststellen, dass auch sie sich in einem langen politischen Prozess institutionalisierte und zu Gewerkschaften zusammenschloss.

Die mexikanische Bergbaugewerkschaft wurde kurz nach ihrer Gründung in das korporatistische System eingegliedert. Über diese Struktur wurde die vormals kämpferische Bewegung staatlich gezügelt, wobei ihre ArbeiterInnen im Gegenzug einen gewissen Wohlstand erhielten. Es koexistierten aber auch kämpferische Bewegungen in der

Bergbaugewerkschaft, wobei besonders die Línea Proletaria, die in Monclova ihren Ausgang nahm, hervorstach.

Angesichts dieses Panoramas unternahm ich eine Forschung, um die Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik auf die mexikanischen BergarbeiterInnen, konkret auf jene der Sektion 147 aus Monclova, zu analysieren. Die sozialen Folgen dieser Politik äußerten sich für die ArbeiterInnenschaft der nunmehr privatisierten Bergbau- und Stahlindustrie in einer gesteigerten Ausbeutung, in Form von Überstunden, Lohnkürzungen, Reduktion der Sicherheitsmaßnahmen, bis hin zur Rücknahme erkämpfter kollektiver Rechte und schließlich in der versuchten Zersetzung ihrer politischen Vertretung. Diese Veränderungen spüren die ArbeiterInnen unmittelbar an ihrem Körper und ihrer Psyche, wenn die Arbeit derart erschöpfend ist, Unfälle und Todesfälle zur Tagesordnung zählen, für die Familie keine Zukunft mehr gesichert werden kann, politische Aktivität aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes unterbunden wird usw.

Gleichzeitig bildet eben dieser Existenzkampf, der die ArbeiterInnen an einem menschlichen Fortkommen hindert, den Ausgangspunkt meiner theoretischen Reflexionen. Der Befreiungsphilosoph Enrique Dussel bezeichnet dies als „anthropologische Materialität“, wenn also dem Menschen verhindert wird, Mensch zu sein. Dieser Missstand wird aber von den ArbeiterInnensubjekten, ausgehend von ihren Erfahrungswerten und ihrer Lebenswelt, auf eine eigene Weise interpretiert und nicht einfach hingenommen. Die Befreiungsphilosophie setzt es sich zur Aufgabe, den Kontext und die Denkweise, die ein solches Ausbeutungsverhältnis rechtfertigen, konkret die westliche Weltanschauung, zu hinterfragen, wobei sie eine Reflexion von Seiten der „Ausgeschlossenen“ losbricht. Anders ausgedrückt, birgt diese Exteriorität gleichzeitig die Möglichkeit hegemoniale Theorien und Politiken zu überdenken, um eine einschließendere Gesellschaftsordnung zu fordern. Sie setzt ihnen einen Gegendiskurs vor, der eben von dieser Exteriorität ausgeht und die Relativität ersterer zum Vorschein bringt. Diese Überlegungen sind jedoch noch sehr philosophisch und wenig konkret, woraus sich die erste Forschungsfrage ergab: Wie kann die Befreiungsphilosophie empirisch weitergeführt werden?

Ihr näherte ich mich zunächst darüber an, dass ich ein klares Untersuchungsbeispiel vor Augen hatte, die Bergbaugewerkschaft in Mexiko und konkret deren Sektion 147. Dieses Beispiel zeigt, wie dominante WirtschaftsakteurInnen mit den dahinterstehenden Legitimationsmechanismen, die ihren Ursprung im westlichen Entwicklungsdiskurs, also im Wertaufbau der westlichen Moderne haben, ihre Interessen über die Bedürfnisse der ArbeiterInnen hinwegsetzen und diese in die Armut abdrängen. Kurz gesagt, steht diese Politik für das hegemoniale Weltbild, das von der Befreiungsphilosophie kritisiert wird, weil es nur in den eigenen Wertigkeiten denken kann und alternative Interpretationen, wie jene der mexikanischen ArbeiterInnen, ausschließt.

Mittels der soziologischen Phänomenologie, die das Zustandekommen sozialer Ordnungen mit dem entsprechenden Weltbild (symbolische Sinnwelt) erklärt, wobei eben die alltägliche Ebene der Lebenswelt miteinbezogen wird, versuchte ich den Handlungsraum der AkteurInnen, die eben auch eine größere Reichweite haben kann, aufzuzeigen. Die Zugänge der soziologischen Phänomenologie erlaubten es mir, die Intentionen der Befreiungsphilosophie empirisch greifbar zu machen, weil sie eben auch Raum für den „Anderen“ lässt, also für andere kulturelle Sichtweisen. Laut ihrem Verständnis werden die Bedeutungen und sozialen Strukturen in der menschlichen Interaktion geschaffen, jedoch sind sie historisch und kulturell geprägt, weshalb sie sich meist zu Institutionen mit der entsprechenden Legitimationsbasis auswachsen, die eben bis in die philosophischen Ebene hineinreichen. Diese Theorie ermöglicht also sowohl hegemoniale Strukturen und Ideen zu erklären, als auch die Chance zur Veränderung, weil gesellschaftlichen Sinnzusammenhänge eben sozial geschaffen wurden und somit veränderbar sind. Das Aufbrechen von Strukturen passiert dann, wenn es zu einer Krise kommt, also althergebrachte Denkmuster nicht mehr auf die gelebte Realität anwendbar sind und das bisherige Weltbild in Frage gestellt wird. Wenn es bis zu dieser Zäsur kommt, werden neue Bedeutungen und Handlungsstrategien geschaffen, die je nach Reichweite der Krise tiefergehender sind oder nicht.

Aufbauend auf diese Idee ging ich detaillierter auf die Höhen und Tiefen der mexikanischen Gewerkschaftsgeschichte ein, die die Herausbildung eines Gegendiskurses im Sinne Dussels nachzeichnet, sowie der sozialen Strukturen, die das Weltbild der BergarbeiterInnen bis

heute prägen. In Kapitel 4 beschrieb ich schließlich die Lebenswelt der ArbeiterInnen der Sektion 147. In dieser Analyse zeigte sich, dass es immer wieder zu starken Gegenbewegungen gegen die nationale Politik kam, was im Sinne der soziologischen Phänomenologie beweist, dass die soziale Ordnung nicht wirklich etabliert ist und viele soziale Sektoren ihr Mitspracherecht einfordern, denn im umgekehrten Fall würde eine größere Akzeptanz der gegebenen Situation vorherrschen. Die gesteigerte Ausbeutung, die mit der Produktionsrationalisierung einherging, und die damit verbundene Repression gegenüber der Bergbaugewerkschaft waren in jüngster Zeit für einige ArbeiterInnen der Ausgangspunkt einer zusätzlichen politischen Mobilisierung, die es traditionellerweise in der Sektion 147 immer schon gegeben hat. Beispiele für einen solchen Bruch in der Wahrnehmung der ArbeiterInnen der Sektion 147 waren die tagtäglich erfahrenen Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz, der Verlust des Arbeitsplatzes über ungerechtfertigte Kündigungen oder durch vom Management verursachte Krisen, Arbeitsunfälle, das Verhindern eines Generationswechsels in der Belegschaft usw.

Im Sinne der Befreiungsphilosophie, wurden diese Personen also zusehends aus dem System gedrängt. Wie die ArbeiterInnen nun ausgehend von diesen Krisen neue Bedeutungen schufen, hing zum einen mit den Workshops im Arbeitsrecht zusammen, die das Unrechtsempfinden gewissermaßen politisch kanalisiert, zum anderen aber auch mit dem schon vorhanden Wissen über vorherige Mobilisierungen. In den Worten Dussels, beschreibt dies die Exteriorität, von der aus die Ausgeschlossenen im Kollektiv das hegemoniale System an sich hinterfragen. Diese Reflexion mit der anschließend veränderten Handlungspraxis geht von der konkreten Lebenswelt aus, in die zunächst eingegriffen wird (in Form von Diskussionen, Kollektivverhandlungen, Demonstrationen usw.), später jedoch weitere Kreise zieht, so dass die unterdrückerische Realität und die sie rechtfertigende soziale Ordnung an sich an den Pranger gestellt werden, also auch die Politik des Landes und die dominante Wirtschaftsstruktur.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Bruch mit den unterdrückerischen Strukturen bei den ArbeiterInnensubjekten mit der unmittelbar am Körper erfahrenen

Ausbeutung beginnt, wobei eben die alternative Gewerkschaftsgeschichte und die Workshops im Arbeitsrecht Ausgangsbasis für andere Bedeutungen sind, auf die aufbauend eine neue Realität geschaffen wird, die schließlich die lokalen Grenzen überschreiten soll. Die Intentionen meiner Dissertation gehen jedoch weiter, denn wie schon in der Einleitung erwähnt, gilt es auch als WissenschaftlerIn das eigene Denken zu hinterfragen. Im Aufzeigen des dialektischen Verhältnisses von den Theorieansätzen der Moderne und jener der Befreiungstheorie, über die Beschreibung der multiplen Facetten der mexikanischen Gewerkschaftsgeschichte und jener der Sektion 147, bis hin zu den Dynamiken des Workshops und den Veränderungsmomenten, habe ich versucht die westlichen Vorstellungen über ArbeiterInnen in Ländern des Südens und ihrer politischen Vertretung aufzubrechen, die gerne als Opfer oder Fortschrittshindernisse dargestellt werden. Der Veränderungsprozess geht also bei den ArbeiterInnen von der konkret erfahrenen Unterdrückung aus, bei den WissenschaftlerInnen von der Widersprüchlichkeit der Theorien. Wie sich die ArbeiterInnen nun von den konkreten Erfahrungen und den sich daraus ergebenden Reflexionsprozessen zunächst zu Veränderungen in der unmittelbaren Umgebung vorantreiben und schließlich größere nationale Transformationen anstreben, wurde der/die LeserIn eingeladen, eben den für sie/ihn üblicheren Weg von der Theorie ausgehend, über die Geschichte hin zu den konkreten Erfahrungen der ArbeiterInnen, die sich längst in einem Emanzipationsprozess als historische Subjekte konstituiert haben, zu gehen, aber gleichzeitig althergebrachte Vorurteile der westlichen Wissenschaft abzulegen.

Obwohl ich zum Teil schon Elemente für die Beantwortung der zweiten Forschungsfrage angeführt habe, möchte ich diese noch einmal etwas differenzierter betrachten. Sie lautete: Können die politischen Anstrengungen der ArbeiterInnenbewegung der mexikanischen Bergbau- und Stahlgewerkschaft im Sinne der Befreiungsphilosophie, als ein Ausbrechen von diversen unterdrückerischen Strukturen, gedeutet werden?

Wie oben schon erwähnt, ist die Exteriorität der Unterdrückten ein wichtiger Bestandteil der Befreiungsphilosophie, von der aus eben Transformationsprozesse losgetreten werden. Exteriorität meint, nicht einmal von der gegebenen sozialen Ordnung erfasst zu werden oder als unterlegen abgetan zu werden, weil die Wertigkeiten dieser AkteurInnen mit dem

hegemonialen Denken nicht konform gehen. In den vorherigen Überlegungen über die empirische Weiterführung der Befreiungsphilosophie bin ich bereits von diesem Tatbestand ausgegangen, der aber angesichts der vielen Hochs und Tiefs der mexikanischen Gewerkschaftsgeschichte nicht so pauschal beantwortet werden kann, weshalb ich nochmals etwas genauer auf diese Frage eingehen werde.

So gehört die ArbeiterInnenklasse im klassischen marxistischen Denken, an die sich die Befreiungsphilosophie zum Teil anlehnt, sehr wohl zu den Ausgeschlossenen des kapitalistischen Systems, weil die wirtschaftliche und politische Herrschaft auf ihre Kosten ausgetragen wird, sie aber gleichzeitig kein Mitspracherecht besitzt und in der Misere lebt. Nun ist aber viel Zeit vergangen, seit Marx diese Überlegungen anstellte, in der sich durchaus Verbesserungen für die ArbeiterInnen ergaben, zudem geht die Befreiungsphilosophie auch von der „Lokation“ also der kulturellen Situiertheit der AkteurInnen aus, wobei eben der Kapitalismus v.a. eine westliche Kreation ist, die ArbeiterInnen also ein bekanntes Element der westlichen sozialen Ordnung sind.

Gehen wir nun direkt zu der mexikanischen Bergbaugewerkschaft weiter, ließ sich auch feststellen, dass sie sehr wohl eine anerkannte Akteurin des politischen Systems war, zudem fiel ihr im Zuge des wirtschaftlichen Aufstiegs, den sie mit Stolz mittrug, eine große Rolle zu. Außerdem hatte dieser Aufschwung ihren ArbeiterInnen auch einen gewissen Wohlstand beschert, der sie von den Beschäftigten anderer Industrien unterschied.

Wie wir aber in Kapitel 3 gesehen haben, vollzogen sich die Entwicklungen der politischen Organisation der BergarbeiterInnen keineswegs linear. Im Sinne Hugo Zemelmans versuchte ich aufzuzeigen, dass es verschiedene Bewegungen gab, die allesamt eine eigene Utopie verfolgten und die untereinander um politisches Mitspracherecht kämpften. So lassen sich die ersten politisch organisierten Bewegungen der mexikanischen ArbeiterInnen, die auch auf nationaler Ebene Einfluss hatten, auf den Beginn der Mexikanischen Revolution datieren. Mit der sukzessiven Etablierung des postrevolutionären Regimes wurden die Anliegen der ArbeiterInnen immer weiter beschnitten und kritische Stimmen ausgeschaltet, wobei sie aber als gesellschaftlich breiter Sektor, der großes Mobilisierungspotential hatte,

immer wieder für strategische Manöver von der politischen Klasse ausgenutzt wurden. Mit der Ausnahme des Cardenismus bedeutete die Eingliederung ins politische System in Form des Korporatismus und der Einparteienherrschaft, der Verlust einer eigenständigen Entscheidungsmacht. Gleichzeitig gab es immer wieder Gegenströmungen und Versuche aus dem korporatistischen System auszubrechen. Die Línea Proletaria gilt in diesem Zusammenhang als die bekannteste Oppositionsbewegung der Bergbaugewerkschaft, die sehr klar gegen den Charrismus, also die gewerkschaftsinterne Führungsfigur, gerichtet war und eine Politisierung von der Basis aus lostrat. In diesem Fall schuf also das autoritäre System Exteriorität, indem es Oppositionsbewegungen nicht tolerierte und mit Repression beantwortete.

Hinsichtlich der Frage, ob die kulturelle Situiertheit von der aus auch Überlegungen zur Transformation angestellt werden, auf die mexikanischen BergarbeiterInnen zutrifft, die eigentlich Teil des kapitalistischen Systems sind, ist festzustellen, dass gerade die Charakteristiken der Enklave besondere Formen von Widerstandskulturen geschaffen haben. Die Abgeschlossenheit förderte eigene soziale Logiken in diesen Bergbaudörfern, die in einer großen Abhängigkeit zum Unternehmen stehen, das traditionellerweise alle Lebensaspekte der GemeindebewohnerInnen dominiert. Während bestimmter Widerstandsbewegungen, wie im Fall der Línea Proletaria in Monclova, kam es zu einer Machtverschiebung hin zur lokalen Gewerkschaft. Trotz dieser Ausnahmen behält aber meist der Arbeitgeber die Oberhand über diese Gemeinden.

Schließlich bewirkten auch die Privatisierung der Industrie und die Marktöffnung eine gesteigerte Ausbeutung und eben nicht, wie erwartet, einen vermehrten Wohlstand und eine Demokratisierung des Sektors. Neben der erhöhten körperlichen Belastung und der Rücknahme sozialer Sicherheiten, sahen sich die ArbeiterInnen ab 2006 tatsächlich auch mit einer Repressionspolitik konfrontiert, die die Zersetzung ihrer Gewerkschaft an sich zum Ziel hatte. Unter dem Motto der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wurden diese Maßnahmen auf sehr autoritäre Weise durchgeführt, um sich auf dem internationalen Parkett, trotz der Modernisierung der Industrie, letztendlich über die billige Arbeitskraft einen komparativen Kostenvorteil verschaffen zu können. Ein weiterer Teilaspekt dieser

Veränderungen war die Ausgliederung der ArbeiterInnenschaft in Form von Subunternehmen, die letztendlich keinen gewerkschaftlichen Schutz mehr genießt. Diese Art der Ausbeutung, die in den letzten Jahren aufgrund der globalen Wirtschaftsdynamiken zunahm, beraubt die ArbeiterInnen ihrer erkämpften Rechte und drängt sie erneut aus dem System, wobei sie die Veränderungen unmittelbar am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Somit lässt sich schließen, dass sich die mexikanischen BergarbeiterInnen, obwohl diese Argumentation nicht zu jedem Zeitpunkt anwendbar gewesen wäre, durchaus in einer marginalisierten Situation befinden, von der aus ein Umdenken im Sinne der Befreiungsphilosophie möglich ist.

Die Pädagogik Paulo Freires, ist schließlich jenes dynamische Element, das den Bruch in der Wahrnehmung der ArbeiterInnen, der meist wegen der erfahrenen Ungerechtigkeiten schon stattgefunden hat, im Kollektiv reflektiert und ein Umdenken von der erlebten Unterdrückung aus löst, das in eine alternative Handlungspraxis mündet. Sein Zugang ist Teil der Befreiungsphilosophie, den Dussel konkret auch in seinen Werken erwähnt. Das Ziel der Bildungsarbeit, die hier untersucht wurde, ist die Demokratisierung des Gewerkschaftssektors, konkret der Bergbaugewerkschaft und der Sektion 147, wobei sich die ArbeiterInnen als historische und kollektiv agierende Subjekte konstituieren, die eine andere Gesellschaftsvision verfolgen, in der sie Mitspracherecht haben, aber auch Respekt gegenüber anderen Meinungen zeigen. Die gewerkschaftliche Demokratisierung ist deshalb ein zentrales Anliegen, weil die Geschichte dieser Organisation zeigt, dass der gerade für sie typische Autoritarismus, der sowohl von der Regierung, internen Führungspersonlichkeiten („charros“), als auch von UnternehmensvertreterInnen praktiziert wird, sie immer wieder daran gehindert hat, Verbesserungen im eigenen Sinne herbeizuführen. Die konkretere Zielsetzung der freireianischen Bildungsarbeit, die also den noch etwas abstrakten Befreiungsbegriff verständlicher machen soll, hängt jedoch immer vom unmittelbaren Kontext ab, der sich in diesem Fall an der mexikanischen Gewerkschaftsgeschichte anlehnt, jedoch zu einer anderen Thematik durchaus anders gestaltet sein kann. Die Veränderungen und das Umdenken, die mit den Workshops losgetreten werden, finden immer in der Lebenswelt, in der sich die TeilnehmerInnen befinden und agieren, statt. Konkret meint dies für die hier behandelte Thematik, die lokale Gewerkschaftssektion, der Arbeitsplatz, aber

auch das unmittelbare Sozialleben (Familie, Freunde, Kirche usw.). Die Intentionen der Bildungsarbeit gehen aber über den lokalen Kontext hinaus, indem auch die tieferen Gründe für die erlebten Ungerechtigkeiten untersucht werden, die mit Politiken, Traditionen, sozial geschaffenen Strukturen und Weltbildern zusammenhängen, und in einem weiteren Schritt auch hinterfragt werden, wobei teilweise deren Transformation angestrebt wird. Das übergeordnete Ziel der Bildungsarbeit Freires ist dabei immer die Rückführung der Unterdrückten und der UnterdrückterInnen zur Humanisierung, die im konkreten Fall über die Demokratisierung läuft.

Basierend auf dieser Zielsetzung lautete die letzte Forschungsfrage folgendermaßen: Auf welche Weise können die Workshops zum Arbeitsrecht, welche von katholischen NGOs im Sinne der politischen Bildung von unten abgehalten werden, zur Demokratisierung der ArbeiterInnen und ihres gewerkschaftlichen Lebens beitragen?

Für die Beantwortung dieser Frage habe ich im 5. Kapitel eine Analyse anhand von drei Konzepten, die drei zentrale Ideen Freires⁸⁴ aufgreifen, durchgeführt. Diese Konzepte beziehen sich erstens auf die Veränderungen, die sich unmittelbar in den Sich-Bildenden vollziehen und einen Umdenkprozess anregen, der als Bewusstseinsbildung bezeichnet wird. Zweitens beschreiben sie einen gleichberechtigten Umgang mit Personen des unmittelbaren sozialen Umfeldes, die für die politische Arbeit von Wichtigkeit sind, der sich in Form des Dialogs äußert und den ich hier als interne Demokratisierung definiert habe. Drittens wurde auch die Idee der Befreiung als emanzipatorischer Prozess gegenüber den UnterdrückterInnen (Regierung, Gewerkschaft, Unternehmen) aufgegriffen, die die nach außen sichtbarste Komponente des Transformationsprozesses ist, der u.a. mit den Workshops losgetreten wird. Diese drei Konzepte habe ich außerdem nochmals auf ihre reflexiven und aktiven Momente untersucht, in deren Kombination im Sinne Freires erst eine neue Praxis geschaffen werden kann.

⁸⁴ Im Theoriekapitel beschreiben diese die Überschriften der Unterkapitel: Der Bruch mit der existentiellen Müdigkeit, Reflexion und Dialog über die Exklusion, Auf dem Weg zu einer neuen Praxis

Im Fall der Bewusstseinsbildung ging es v.a. darum, dass die TeilnehmerInnen lernten sich neu zu denken, also teilweise eine Werteverschiebung stattgefunden hat, auf die aufbauend neue Handlungen gesetzt wurden. Meist war in den ArbeiterInnen schon ein Unrechtsempfinden vor der Bildungsarbeit vorhanden, jedoch konnte daraus selten ein konkretes Handlungspotential geschöpft werden. Die Prozesse der Bildungsarbeit bewirkten was Freire einen „Bruch mit der existentiellen Müdigkeit“ nennt, also das Beseitigen der Idee, dass die erfahrende Unterdrückung hingenommen werden müsse und es keine Alternativen gäbe. Im untersuchten Fall wurde dies über die Einbettung in die katholische Bildungsarbeit bewirkt, die als Basisorganisation ein anderes Rechtsverständnis hat, das das Konzept der Menschenwürde an die Idee der Nächstenliebe anlehnt. Obwohl dies zunächst befremdlich wirken mag, wurde aus dem Kontext klar, dass eines der zentralen Probleme für die ArbeiterInnen, die Inexistenz eines Rechtsstaates ist und Recht sich v.a. aus seiner willkürlichen Handhabe seitens der Autoritäten ergibt. In dieser Konstellation hatten die ArbeiterInnen selten die Möglichkeit, ihre Anliegen durchzubringen und überhaupt Gehör zu finden, sie nahmen sich daher selbst als rechtslose Wesen wahr. Mit der Redefinition von Recht, das seine Legitimität nicht von staatlichen Behörden, die sich zwar demokratisch nennen, es jedoch nicht sind, zugesprochen bekommt, sondern von einem größeren „göttlichen“ Wert getragen wird, nahmen sich auch die ArbeiterInnen anders wahr. Dieser Umdenkprozess muss aber nicht zwangsläufig religiös angeregt sein, die mexikanische Gewerkschaftsgeschichte zeigte, dass auch der Nationalismus oder die Ideale der Mexikanischen Revolution zu gewissen Zeitpunkten neue Wertekonstellationen anregten. Aus der Erkenntnis Rechte zu haben und diese einfordern zu können, bekamen die TeilnehmerInnen ein neues Selbstwertgefühl, aber bemerkten gleichzeitig wie tief die erfahrene Unterdrückung gehen konnte. Dies war wiederum eine Motivation, sich gesellschaftlich neu zu positionieren und sich neue Zielsetzungen (andere Zukunftsvisionen) zu überlegen. Die ArbeiterInnen erkannten also ihre Unterdrückung und kehrten ihr in demselben Moment, in dem sie (mit den Worten Dussels) zu ihrem Sein zurückfanden, den Rücken zu. Konkret äußerte sich dies darin, dass sie anfangen, sich über die Hintergründe von Problemlagen zu informieren, bei beobachteten oder selbst erfahrenen Ungerechtigkeiten ihre Stimme erhoben, sich Gehör verschafften und sich an politischen Organisationen beteiligten.

Obwohl natürlich die Erfahrungen der Línea Proletaria und die Teilnahme an anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, auf die hier beobachteten Veränderungen Einfluss nahmen, kann festgestellt werden, dass die Workshops tatsächlich eine Bewusstseinsbildung in den ArbeiterInnen ausgelöst haben. Ich hatte die Möglichkeit während meiner Feldforschung sehr spannende und intelligente Diskussionen mit den TeilnehmerInnen führen zu können, die ihren Bewusstwerdungsprozess auch selbst als solchen bezeichneten, wobei eben diese Reflexionen nicht auf einer theoretischen Ebene verblieben, sondern zu einem politischen und sozialen Engagement wurden. Ihr Einsatz traf jedoch nicht immer auf Zustimmung in der Bevölkerung und die TeilnehmerInnen waren mit vielen Widersprüchen konfrontieren, um ihre politische Arbeit weiterführen zu können.

Die Untersuchung hinsichtlich der internen Demokratisierung führte ich in zwei Settings durch, einerseits die Arbeit in der Workshopgruppe, andererseits die politische Arbeit in der Opposition. Wie schon im ersten Fall, habe ich auch hier sowohl die reflexiven, wie die aktiven Momente festgehalten, wobei deren Übergang fließend ist.

Im Fall der Workshopgruppe ließ sich feststellen, dass die interne Demokratisierung sehr wohl gegeben ist, was u.a. damit zusammenhängt, dass es relativ wenig Beteiligte sind, die sich aber sehr gut kennen und die Kommunikation daher horizontal verläuft. Außerdem setzt sich die Gruppe klare Ziele, zu deren Umsetzung sich alle verpflichten, dazu zählt z.B. die regelmäßige Teilnahme an den Treffen, die Suche nach Informationen für die geplanten Aktionen und die daran gekoppelte Analyse. Da die Ehefrau eines Arbeiters ebenfalls beteiligt ist, fließt auch auf indirekte Weise der Genderaspekte mit ein, denn die politische Arbeit bleibt somit nicht mehr nur alleine den Männern überlassen, die in dieser Gewerkschaft definitiv ein Übergewicht haben, sondern die Frauen sind angehalten, sich in gleicher Weise zu beteiligen. Dies heißt aber auch, traditionelle Rollenbilder aufzubrechen, die noch sehr stark verankert sind, womit ein noch viel weitreichenderer Bewusstwerdungsprozess losgetreten wird. Die interne Demokratisierung in der Workshopgruppe funktioniert auch deshalb recht gut, weil die Inhalte an das Gewerkschaftsleben und die lokalen Bedürfnisse angepasst werden. Meist richten sich die behandelten Themen nach den unmittelbar bevorstehenden gewerkschaftlichen Ereignissen

(Wahlen, Kollektivverhandlungen, Lohnrunden usw.), können aber auch anstehende Probleme, wie die Gesundheitsversorgung, durchführen. Die ArbeiterInnen bestimmen gemeinsam über diese Themen. Außerdem hat die Regelmäßigkeit mit der diese Treffen abgehalten werden, ebenfalls zu einem positiven Ergebnis geführt, da sie kein punktuellere Ereignis mehr sind, sondern zum Alltag der ArbeiterInnen dazugehören.

Im Vergleich zur Workshopgruppe gestaltete sich die interne Demokratisierung innerhalb der Opposition der Sektion 147 weitaus schwieriger. Der Grund dafür ist u.a. in der schon etablierten Ordnung der Opposition zu finden, die sich in kleinere Gruppen aufspaltet und als marginalisierte Organisation innerhalb der Gewerkschaft in einem konstanten Clinch mit der hegemonialen Gruppe, die alle Posten des lokalen Exekutivkomitees hält, liegt. Die Marginalisierung lenkt die Opposition von ihrer inhaltlichen Arbeit ab, weil sie zu sehr auf die hegemoniale Gruppe konzentriert ist und eben nicht auf das Unternehmen, das diese interne Spaltung forciert hat. Außerdem gibt es auch hierarchische Strukturen in der Opposition, die zwar im Ganzen gesehen nicht so tiefgehend sind, aber dennoch die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung aller zügelt. Es gibt zwar eine Art kollektive Identität, die wichtig ist, um später mit Forderungen nach außen zu gehen, aber dieselbe Fokussierung auf das lokale Exekutivkomitee nimmt ihr letztendlich die Durchschlagskraft. Kleinere Verbesserungen konnten zwar partiell von der Opposition erwirkt werden, aber es fehlt eine längerdauernde Strategie und eine übergeordnete Zielsetzung. Somit konnten zwar in der Workshopgruppe behandelte Inhalte auch in der Opposition diskutiert und teilweise umgesetzt werden, jedoch ist dies nicht der Regelfall. Die von der Workshopgruppe dauerhaft angestrebte Verbindung zwischen ihrer Arbeit und jener der Opposition konnte daher nicht aufgebaut werden, obwohl fast alle TeilnehmerInnen der Bildungsinitiative auch zur Opposition gehören. Positiv hervorzuheben ist die hohe Politisierung und Handlungsbereitschaft der ArbeiterInnen der Opposition, die zeigen, dass ihnen die gewerkschaftlichen Themen ein Anliegen sind, für die sie auch bereit sind einzutreten.

Ungeachtet der internen Probleme der lokalen Gewerkschaft, konnte die Opposition zu bestimmten Themen als eine respektable Akteurin auftreten, jedoch wurde dies sehr konkret mit repressiven Handlungen seitens des Arbeitgebers geahndet. Somit zeichnet sich

eines der größten Probleme von Bildungsarbeit unter unterdrückerischen Strukturen ab, die ständig drohende Gewalt, die den Aktivismus schnell zum Erliegen bringt.

Hinsichtlich des letzten Punktes, der Emanzipation, ließ sich in Summe feststellen, dass sie die sichtbarste Komponente der politischen Gewerkschaftsarbeit ist, weil mit ihr die ArbeiterInnen an die Öffentlichkeit treten. Obwohl auf diese Weise kleine Errungenschaften erwirkt werden konnten, blieben größere positive Veränderungen aus. Die schon beschriebene interne Spaltung schwächte die Gewerkschaft und zeigt gleichzeitig wie stark das Unternehmen eigentlich ist, das diese Zerwürfnisse forcierte. Die gleichzeitige Marginalisierung der ArbeiterInnenangelegenheiten über die Abdrängung der Auseinandersetzung mit ihr in die oppositionelle Tätigkeit, zeigte das Fehlen eines dafür notwendigen institutionellen Rahmens auf, denn das lokale Exekutivkomitee vertrat nicht die Interessen der Beschäftigten. Zusätzlich zur internen Spaltung bedeutete dies, dass bei Verhandlungssituationen mit dem Unternehmen (bei denen die Opposition nicht einmal direkt teilnehmen konnte) keine Sanktionsmöglichkeiten seitens der ArbeiterInnen vorhanden waren, mit denen sie ihre Forderungen besser verteidigen hätten können. Ihre Handlungsmöglichkeiten fanden also meistens im extra-legalen Bereich statt, was sie nicht weniger legitim macht, aber anfälliger für repressive Übergriffe.

Positiv an der politischen Arbeit der Opposition lässt sich jedoch hervorheben, dass viele der Beteiligten gut vorbereitet sind und sich viel informatives und strategisches Wissen angeeignet haben (Ausarbeitung von Argumenten, Forderungskatalogen, Wissen über politische Gefahren usw.), was besonders bei Verhandlungen mit VertreterInnen der Grünen oder der Personalabteilung des Unternehmens hervorsticht, die argumentativ nicht selten unterlegen sind. Die über sie und die Workshopgruppe erwirkten Verbesserungen bezogen sich auf die Revision des Art. 195 des Kollektivvertrags, der den Bau von ArbeiterInnenhäusern und die Kreditvergabe regelt, die Auszahlung der Gefahrenzulage für KranfahrerInnen und die Demonstration des 1. Mai 2011, die die Arbeitspolitik der Regierung an sich anprangerte und viel Zuspruch in der Bevölkerung erhielt. Trotzdem sind diese Gruppierungen gewerkschaftspolitisch zu wenig einflussreich um größere dauerhafte Verbesserungen für die lokale ArbeiterInnenschaft herbeizuführen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die NGO, das Centro de Reflexión y Acción Laboral, über ihre Bildungsinitiative eine wichtige Arbeit leistet, die bei den TeilnehmerInnen tatsächlich eine Bewusstseinsbildung schärft. Allerdings hält ihr religiöser Kontext auch andere ArbeiterInnen von der Teilnahme zurück, die Spiritualität als rein private Angelegenheit sehen. Auch zeigte die Einmischung AHMSAs in die Opposition, die u.a. von der Arbeit der Workshopgruppe beeinflusst ist, dass sie diese als zu stark empfand und sie mit der Gründung der Alianza Minera Nacional zu schwächen versuchte.

Woran die tatsächliche Mobilisierung scheitert, ist aber in der nicht überwundenen Hierarchie und der internen Spaltung zu sehen. Hinsichtlich der Hierarchie war im Fall der Opposition zwar festzustellen, dass vermehrt Diskussionen geführt wurden und ein Austausch stattfand, jedoch die Aufspaltung in aktive (führende) ArbeiterInnen und passive Basis nicht überwunden wurde. Das lag zum einen daran, dass es an Vorbereitung und Solidarität mangelte, zum anderen aber die Angst vor der Repression seitens des Arbeitgebers einen großen Teil der Belegschaft politisch unbeweglich machte, was zu einem anderen Zeitpunkt aber durchaus reversibel sein kann. Bezüglich der internen Spaltung in Gruppen ist zu sagen, dass diese zu Zeiten der Línea Proletaria zwar kleinere demokratischere Einheiten bildeten, gleichzeitig als solches aber auch leichter manipulierbar sind, was das Unternehmen auch weiß und daher ausnutzt. Dieser Tatbestand verhindert aber gleichzeitig eine tiefergehendere inhaltliche Arbeit.

Das Legat der Línea Proletaria ist somit zweiseitig, weil sie gezeigt hat, dass ArbeiterInnen tatsächlich Macht erlangen und ihre Interessen durchsetzen können, zum anderen hat das Unternehmen von ihr gelernt und achtet sehr genau darauf, die Einflussmöglichkeiten der lokalen Gewerkschaft niedrig zu halten. Ihr Durchbruch war aber auch an ein politisches Momentum gekoppelt, als die Administration AHMSAs in die Hauptstadt verlegt wurde, die ArbeiterInnen somit mehr Freiraum bekommen hatten. Sollte sich Ähnliches erneut ereignen, könnten auch die Möglichkeiten der lokalen ArbeiterInnenschaft anders ausfallen.

Nichts desto trotz hätten vielleicht kleinere inhaltliche Schwerpunktverschiebungen in der Bildungsarbeit möglicherweise größere Ergebnisse gebracht, wie z.B. die Behandlung des Themas des lokalen, an AHMSA gekoppelten, Wohlstands und die Weitergabe des eigenen Arbeitsplatzes an Familienangehörige, da es sich dabei um einen recht kritischen Punkt handelt, der unter der Belegschaft viel diskutiert wird.

Zum Schluss möchte ich noch einmal an den größeren Kontext erinnern, in dem die hier behandelte Thematik steht, genauer gesagt an die globalen wirtschaftlichen Veränderungen, die zu einem Rationalisierungsschub und zu einer Fokussierung auf den Bergbau und die Stahlindustrie geführt haben. Diese Veränderungen wurden nicht einfach so vollzogen, sondern sie repräsentierten immer auch einen tiefergehenden Eingriff in die schon vorhandenen lokalen und nationalen Politiken und Logiken. Die betroffenen Personen und Organisationen interpretierten diese Ereignisse auf ihre Art und Weise. Oftmals regten sich in diesem Zusammenhang auch große Proteste, die die hegemoniale und von oben diktierte Sichtweise in Frage stellten. Die Bergbaugewerkschaft Mexikos ist ein Beispiel dafür, und die Bildungsarbeit des CEREALS mit den ArbeiterInnen der Sektion 147 ist ein Versuch, diesen Protest auch durchdachter und längerfristiger zu gestalten, um letztendlich eine alternative Zukunftsvision, basierend auf der gewerkschaftlichen Demokratisierung, aufzubauen. Die Radikalität mit der diese Wirtschaftspolitik über die lokalen Bedürfnisse hinweg durchgesetzt wird, zeigt aber auch, dass solche gravierenden von oben beschlossenen Veränderungen nur mit repressiven Mitteln zu erzielen sind.

Gleichzeitig beweist dieses Beispiel, dass das politische und wirtschaftliche System in dem wir leben und das dahinterstehende Weltbild extrem ausschließend agiert, es aber aus demselben Grund immer auch Gegenbewegungen gibt, die die Grenzen dieser hegemonialen Position aufzeigen. Erst mit ihrer Überwindung, d.h. mit der Öffnung des Diskurses für alternative Sichtweisen und den sich daraus ergebenden Transformationen, kann eine einschließendere Gesellschaftsordnung geschaffen werden. Dafür ist aber auch die westliche Wissenschaft gefordert, ihren eigenen Kontext mit zu reflektieren, denn in den Worten Paulo Freires sprechend, ist Bildung niemals neutral.

Epilog

Nach einem erneuten Besuch in Mexiko im September 2014 erfuhr ich, dass die Arbeitsrechts-NGO Centro de Reflexión y Acción Laboral (CEREAL), deren Bildungsprojekt ich in dieser Dissertation untersucht und deren Arbeit ich während zwei Jahren begleitet habe, einem tiefgehenden Umstrukturierungsprozess unterworfen wurde. Eine der einschneidendsten Ereignisse war die ungerechtfertigte Kündigung von fünf langjährigen MitarbeiterInnen. Es wurden keine Gründe dafür vorgelegt. Nicht unwesentlich dabei, so die Meinung der Betroffenen, dürfte die Finanzierungsstruktur der NGO sein, die neben internationalen Entwicklungshilfegeldern auch Unterstützung von mexikanischen Privatstiftungen, die an große Konzerne gekoppelt sind, erhält. Die Interessen dieser Konzerne steht dem politischen Ansinnen der NGO diametral entgegen.

Die Bildungsprojekte des CEREALs in Mexiko Stadt waren zum Zeitpunkt meines Besuchs noch auf Eis gelegt. Die betroffenen Personen gaben sich, nicht zuletzt wegen der selbst erfahrenen Verletzung ihrer Arbeitsrecht, sehr zuversichtlich und motiviert ein neues Projekt zu starten und die die Bildungsinitiativen weiterzuführen.

Glossar

AHMSA	Altos Hornos de México S.A. (Mexikanische Hochöfen)
AMN	Alianza Minera Nacional (Nationale Bergbauallianz)
ARMCO	American Rolling Mill Company
ASARCO	American Smelting and Refining Company
Banobras	Banco Nacional de Obras y Servicios (Nationale Bank für Bau und Dienstleistungen)
BAZTAN	Minera el Baztán, Tochterunternehmen von AHMSA
CCCCo.	Cananean Consolidated Copper Co.
CEL	Comité Ejecutivo Local (lokales Exekutivkomitee)
CEN	Comité Ejecutivo Nacional (nationales Exekutivkomitee)
CEREAL	Centro de Reflexión y Acción Laboral (Zentrum für Arbeitsreflexion und – action)
CEMESA	Cerro de Mercado, Tochterunternehmen von AHMSA
CGOCM	Confederación General de Obreros y Campesinos (Allgemeine Konföderation der Arbeiter und Bauern Mexikos)
CONCAMIN	Cámaras Industriales de los Estados Unidos Mexicanos (Industriellenkammer)
CONCANACO	Confederación Nacional de Cámaras de Comercio (Handelskammer)
COPARMEX	Confederación Patronal de la República Mexicana (Arbeitgeberkonföderation der Mexikanischen Republik)
CROM	Confederación Regional Obrera Mexicana (Regionale Mexikanische Arbeitsföderation)
CROC	Confederación Revolucionaria de Obreros y Campesinos (Revolutionäre Konföderation der Arbeiter und Bauern)
CTM	Confederación de Trabajadores de México (Arbeiterkonföderation Mexikos)
EZLN	Ejército Zapatista de Liberación Nacional (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung)
FAMOSA	Fábrica Monterrey (Fabrik Monterrey)
FESEBS	Federación de Sindicatos de Empresas de Bienes y Servicios (Föderation der Gewerkschaften der Güter- und Dienstleistungsunternehmen)

FNSI	Federación Nacional de Sindicatos Independientes (Nationalen Föderation Unabhängiger Gewerkschaften)
FUMOSA	Fundidora Monterrey (Gießerei Monterrey)
GAN	Grupo Acerera del Norte (Stahlgruppe des Nordens)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
HOMESA	Hojalata Mexicana S.A., Tochterunternehmen von AHMSA
HYL	Prozess zur Herstellung von Eisenschwamm, Erfindung von HYLSA
HYLSA	Hojalata y Lámina S.A., Stahlanlage in Monterrey
IEPALA	Instituto de Estudios Políticos para América Latina y África (Institut politischer Studien für Lateinamerika und Afrika)
IMSA	Industrias Monterrey (Industrien Monterrey)
IMSS	Instituto Mexicano del Seguro Social (Mexikanisches Institut der Sozialversicherung)
INFONAVIT	Instituto del Fondo Nacional de la Vivienda para los Trabajadores, nationale Hypothekenbank
LFT	Ley Federal de Trabajo (Nationales Arbeitsgesetz)
MAGISTRAL	Mineral Magistral de Oro, Tochterunternehmen von AHMSA
MATT Biz	Mexican & American Trading Together, Tochterunternehmen von AHMSA
MICARE	Minera Carbonífera Río Escondido S.A., Tochterunternehmen von AHMSA
MIMOSA	Minerales Monclova S.A., Tochterunternehmen von AHMSA
MINOSA	Minera del Norte S.A., Tochterunternehmen von AHMSA
MSR	Movimiento Sindical Revolucionario (Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung)
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NASA	Nacional de Acero S.A., Tochterunternehmen von AHMSA
NGO	Non-governmental organization / Nichtregierungsorganisation
PAN	Partido de Acción Nacional (Partei der Nationalen Aktion)
PEMEX	Petróleos Mexicanos, mexikanischen Erdölunternehmen
PLM	Partido Liberal Mexicano (Liberale Mexikanische Partei)
PNR	Partido Nacional de la Revolución (Nationale Partei der Revolution), Vorgängerpartei der PRI
PRI	Partido Revolucionario Institucional (Partei der Institutionellen Revolution)

PRM	Partido de la Revolución Mexicana (Partei der Mexikanischen Revolution), Vorgängerpartei der PRI
PSUM	Partido Socialista Unificado de México (Sozialistische Partei Mexikos)
RDM	Real del Monte y Pachuca, Tochterunternehmen von AHMSA
SICARTSA	Siderúrgica Lázaro Cárdenas S.A., Stahlwerk in Lázaro Cárdenas
SIDEMEX	Siderúrgica Mexicana (Mexikanisches Stahlwesen)
SITMMRM	Sindicato Industrial de Trabajadores Mineros y Metalúrgicos de la República Mexicana (Industriegewerkschaft der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus, der Metallurgie und Ähnliches der Republik Mexiko), Vorgängergewerkschaft der SNTMMSRM
SITHYLSA	Sindicato Industrial de Trabajadores de HYLSA, Gewerkschaft von HYLSA
SME	Sindicato Mexicano de Electricistas (Mexikanische Elektrikergewerkschaft)
SNTMMSRM	Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros y Metalúrgicos de la República Mexicana (Nationale Gewerkschaft der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus, der Metallurgie und Ähnliches der Republik Mexiko)
SNUP	Sindicato Nacional Unidad y Progreso, Gewerkschaft von TAMSA
SUTERM	Sindicato Único de Trabajadores Electricistas de la República Mexicana (Gewerkschaft der Elektriker)
TAMSA	Tubos de Acero de México S.A., Werk der Stahlrohrproduktion
UDO	Unión Democrática Obrera (Demokratische Arbeitereinheit)
UGOCM	Unión General de Obreros y Campesinos de México (Allgemeine Union der Arbeiter und Bauern Mexikos)
UMM	Unión Minera Mexicana (Mexikanische Bergbauunion)
UTCyF	Unión de Trabajadores Cuauhtémoc y FAMOSA (Union der Arbeiter von Cuauhtémoc und Famosa)

Bibliografie

AcelorMittal. Who we are:

<http://www.arcelormittal.com/corp/who-we-are>

(02.04.2013)

Altos Hornos de México. Reporte Anual 2009 - 2013:

http://www.ahmsa.com/Acero/Empresa/Financieros/AHMSA_Informe_Anual_2009.pdf

<http://www.ahmsa.com/empresa/finanzas/informes-anuales>

Álvarez Medina, María de Lourdes (2001). Procesos productivos y cambio técnico en Altos Hornos de México (1992-1999). In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). De la privatización a la crisis. El caso de Altos Hornos de México. México, Porrúa, 155-169.

Ancheita Pagaza, Alejandra (2002). Identificar y prevenir para defender los Derechos Humanos Laborales. In: Centro de Reflexión y Acción Laboral (Hg.). Derechos Humanos Laborales. Experiencia Teórico-práctica para una estrategia integral de promoción y defensa. México D.F., Fundación Friedrich Ebert. 107-128.

Aranda Enviado, Jesús. Coahuila: ley de la selva en zonas carboníferas:

<http://www.jornada.unam.mx/2005/02/23/index.php?section=sociedad&article=048n1soc>

(19.04.2013)

Arenda, Jesús; Muñoz, Patricia: "Superamos la inmovilidad" Promulga Peña Nieto reglamentación en materia energética:

<http://www.jornada.unam.mx/2014/08/12/politica/002n1pol>

(09.09.2014)

Arendt, Hanna (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. München, Piper.

Auty, Richard (1993). Sustaining Development in Mineral Economies. The resource curse thesis. Londres y Nueva York, Routledge.

Aziz Nassif, Alberto (1989). El Estado Mexicano y la CTM. Centro de Investigación y Estudios Superiores en Antropología Social, México D.F.

Basile, Teresa (2002). La Universidad Popular de Madres de Plaza de Mayo: emergencia de nuevas prácticas en cultura y poder en la Argentina de la Posdictadura. In: Mato, Daniel (Hg.). Estudios y otras prácticas intelectuales latinoamericanas en cultura y poder. Caracas, CLACSO: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/cultura/basile.doc>
(18.10.2011)

Berger, Peter; Luckmann, Thomas (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Stuttgart, Fischer.

Bernfeld, Siegfried (1925): Sisyphos oder die Grenzen der Erziehung. Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag.

Besserer, Frederico; Novelo, Victoria; Sariago, Juan Luis (1983). El sindicato minero en México 1900-1952. México D.F., Era.

Bielschowsky, Ricardo. Evolución de las ideas de la CEPAL:
<http://www.cepal.org/publicaciones/xml/3/19373/bielchow.htm>
(16.10.2011)

Bizberg, Ilán (1983). Las perspectivas de la oposición sindical en México. In: Foro internacional. México, D.F., El Colegio de México, Centro de Estudios Internacionales. no. 4 (abr.-jun. 1983), 331-358.

Bizberg, Ilán (1989). El sindicalismo siderúrgico. 1976-1982. In: Novelo, Victoria (Hg.). Democracia y sindicatos. México D.F., CIESAS. 83-108.

Boff, Leonardo (1992). Quinientos años de la evangelización: De la conquista espiritual a la liberación integral. Bilbao, Sal Terrae.

Burgos, Elisabeth (1984). Rigoberta Menchú. Leben in Guatemala. Bornheim-Merten, Lamuv Verlag.

Butler, Judith (2013). Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

CAM. Centro de Análisis Multidisciplinario (2012). Reporte 100. Poder adquisitivo del salario y la precarización del nivel de vida de los trabajadores en México. Ciudad Universitaria UNAM, México D.F. :

<http://www.frecuencialaboral.com/multimedia/ReporteEMPLEOYSALARIOUNAM.pdf>

(04.04.2013)

CANACERO: Acero en Cifras. Año 2, Número 6, Febrero 2013

http://www.canacero.org.mx/assets/06_boletin6_aceroencifras-febrero2013.pdf

(15.11.2013)

CANACERO: Indicadores de la Industria Siderúrgica Mexicana 2002-2011:

http://www.canacero.org.mx/En/assets/indicadores_resumen_2002-2011.pdf

(07.09.2014)

CANACERO: Indicadores de la Industria Siderúrgica Mexicana 2003-2013:

http://www.canacero.org.mx/Es/assets/indicadores_resumen_2004-2013.pdf

(28.07.2014)

Cano, Arturo. Asalto a Cananea. “Nada de desalojo pacífico; el ataque, con armas y gases”:

<http://www.jornada.unam.mx/2010/06/08/index.php?section=politica&article=002n1pol>

(11.04.2013 a)

Cano, Arturo. Inventan Lozano y Grupo México nuevo líder minero en Cananea:

<http://www.jornada.unam.mx/2010/06/11/index.php?section=politica&article=005n1pol>

(11.04.2013 b)

CENCOS. Regresividad de los derechos humanos laborales:

<http://www.cencos.org/node/26629>

(04.04.2013)

Centro de Reflexión y Acción Laboral (2000). Esquema de Trabajo para la búsqueda – reconfiguración de las identidades colectivas de los trabajadores. México D.F.

Centro de Reflexión y Acción Laboral (2007). A cien años de Cananea: El Protagonismo minero bajo el acoso del Estado Mexicano. Informe sobre las violaciones a los derechos humanos laborales de los trabajadores mineros durante el 2006. México, D.F.

Chávez Quezada, Servando (1994). Notas sobre la historia de AHMSA 1941-1992. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI: 60-102.

Chávez Quezada, Servando (1995). Breves notas sobre el inicio de la industrialización de Monclova. In: Sociedad Monclovense de Historia (Hg.): Apuntes para la Historia de Monclova. Monclova: 281-292.

CNN Expansión. Ternium asume el control de IMSA:

<http://www.cnnexpansion.com/negocios/2007/7/26/ternium-asume-el-control-de-imsa>

(02.04.2013)

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2009). La inversión extranjera directa en América Latina y el Caribe. Santiago de Chile.

CONASAMI. Comisión Nacional de los Salarios Mínimos:

http://www.conasami.gob.mx/nvos_sal_2014.html

(08.09.2014)

Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos (2003). México D.F., McGraw-Hill.

Contrato Colectivo de Trabajo de la Sección 147, Sindicato Nacional de Trabajadores.

Mineros, Metalúrgicos y Similares de la República Mexicana, Sección 147 y Altos Hornos de México S.A. (2005-2007)

Córdova, Arnaldo (1992). La clase obrera en la historia de México en una época de crisis (1928-1934). México D.F., Siglo XXI.

Daniel, Claus (1983). Hegel verstehen. Eine Einführung in sein Denken. Frankfurt/New York, Campus Verlag.

De Hoyos, Martha (1995). Capital de Coahuila y Texas Apuntes para la Historia de Monclova. In: Sociedad Monclovense de Historia (Hg.). Apuntes para la Historia de Monclova. Monclova: 77-91.

De la Garza Toledo, Enrique (2006). Introducción. Del concepto ampliado de trabajo al de sujeto laboral ampliado. In: De la Garza Toledo, Enrique (Hg.). Teorías Sociales y Estudios del Trabajo: nuevos enfoques. Barcelona, Anthropos Editorial: 7-22.

Diario Oficial de la Federación 20/12/2013. Decreto por el que se reforman y adicionan diversas disposiciones de la Constitución Política de los Estados Unidos Mexicanos, en Materia de Energía:

http://www.dof.gob.mx/nota_detalle.php?codigo=5327463&fecha=20/12/2013

(09.09.2014)

Dittrich, Christoph (2013). Die Entbergung des Anderen. Enrique Dussels Kritik der Moderne. In: Dussel, Enrique. Der Gegendiskurs der Moderne. Kölner Vorlesungen. Wien – Berlin, Verlag Turia + Kant. 9-18.

Dos Santos, Theotonio (1998): La Teoría de la Dependencia: Un Balance histórico y teórico. In: López Segrera, Francisco (Hg.). Los retos de la globalización. Ensayo en homenaje a Theotonio Dos Santos. Caracas, CLACSO:

<http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/unesco/santos.rtf>

(16.10.2011)

Dussel Peters, Enrique (2000). Polarizing Mexico. The Impact of Liberalization Strategy. London, Lynne Rienner Publisher.

Dussel, Enrique (1974). Introducción a una filosofía de la liberación latinoamericana. México D.F., Extemporáneos.

Dussel, Enrique (1983). Historia general de la iglesia en América Latina. Tomo I: Introducción general a la historia de la iglesia en América Latina. Salamanca, Ediciones Sígueme.

Dussel, Enrique (1998). Ética da libertação. Na idade da globalização e da exclusão. Petrópolis, Editora Vozes.

Dussel, Enrique (2013). Der Gegendiskurs der Moderne. Kölner Vorlesungen. Wien – Berlin, Verlag Turia + Kant.

Echeverría, Bolívar (2011). La modernidad de lo barroco. México D.F., Ediciones Era.

Echeverría, Bolívar. Un concepto de modernidad:

<http://www.bolivare.unam.mx/ensayos/Un%20concepto%20de%20modernidad.pdf>

(24.10.2013)

El Achkar, Soraya (2002). Una mirada a la educación en derechos humanos desde el pensamiento de Paulo Freire. Prácticas de intervención política cultural. In: Mato, Daniel (Hg.). Estudios y otras prácticas intelectuales latinoamericanas en cultura y poder. Caracas, CLACSO:

<http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/cultura/achkar.doc>

(18.10.2011)

El Economista: Peña Nieto presume 11 reformas y 81 cambios en leyes secundarias

<http://eleconomista.com.mx/sociedad/2014/09/02/segundo-informe-gobierno-enrique-pena-nieto>

(09.09.2014)

E-local Coahuila:

http://www.e-local.gob.mx/wb2/ELOCAL/EMM_coahuila

(19.04.2013)

Emmerich, Norberto (2011). La memoria histórica: derrota, resistencia y reconstrucción del pasado:

<http://www.izt.uam.mx/mydes/documentos/memoria%20historica.pdf>

(26.05.2011)

Encuesta Nacional de Ocupación y Empleo (ENOE).2010:

http://www.inegi.org.mx/prod_serv/contenidos/espanol/bvinegi/productos/encuestas/hogares/enoe/enoe2010/ENOE_2010.pdf

(24.05.2013)

Equator Principles. About the Equator Principles:

<http://www.equator-principles.com/index.php/about-ep/about-ep>

(05.04.2014)

Esterbauer, Christine (2012). La educación en derechos laborales como oportunidad para la democratización de secciones mineras en México. Investigación sobre el caso de la sección 147 en Monclova. Tesis de Maestría. UNAM

Fernández-Vega, Carlos. México S.A. Sicartsa, extranjerizada:

<http://www.lajornadasanluis.com/2007/04/24/index.php?section=economia&article=028o1eco>

(02.04.2013)

Fernández-Vega, Carlos. Rumor y sentido jurídico:

<http://www.jornada.unam.mx/2012/09/30/opinion/012a1pol>

(11.04.2013)

Fernández-Vega. México SA. Empresarios mineros, ahora beneficiados por legisladores:

<http://www.jornada.unam.mx/2006/03/13/index.php?section=opinion&article=032o1eco>

(07.05.2013)

Flick, Uwe (2002). Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbeck bei Hamburg, Rowohlt.

Flores Magón (1910). A los Proletarios. In: La Revolución Mexicana. México D.F., Editores Mexicanos Unidos.

Flugzettel der Vereinigung der oppositionellen Gruppen der Sektion 147. 11.Mai 2011.

Flugzettel der Vereinigung der oppositionellen Gruppen der Sektion 147. Einladung zum Marsch des 1. Mai. April 2011.

Flugzettel der Vereinigung der oppositionellen Gruppen der Sektion. 28. Mai 2010.

Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main. Suhrkamp.

Frecuencia Laboral. Pronunciamiento del Frente de Comunicadores contra la Reforma Laboral Neo Esclavista y Neo Colonialista:

<http://www.frecuencialaboral.com/reformalaboralfrentedecomunicadores2012.html>

(04.04.2013)

Freire, Paulo (1973): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt.

Freire, Paulo (2001). Política y educación. México D.F., Siglo XXI.

Freire, Paulo (2006). Pedagogía de la autonomía: Saberes necesarios para la práctica educativa. México D.F., Siglo XXI.

Freire, Paulo (2009a). La educación como práctica de la libertad. México D.F., Siglo XXI.

Freire, Paulo (2009b). Pedagogía de la esperanza. México D.F., Siglo XXI.

Freire, Paulo (2009c). Cartas a quien pretende enseñar. México D.F., Siglo XXI.

Galeano, Eduardo (1991): Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents. Wuppertal, Peter Hammer Verlag.

Gallardo Gómez, Rigoberto; González Torres, Rodrigo; Kitazawa Armendáriz, Juan Franciso; Magaña Aviña, José Francisco; Rodríguez Rivera, Carlos Gerardo (1991). Propuesta alternativa de una comprensión transformadora de la realidad obrera. Tesis para obtener el título de licenciatura en Filosofía y Ciencias Sociales. Guadalajara, México.

García Jamín, Conrado (2006). AHMSA: el grito de los reajustados. Razones SER. Torreón. 12: 1-3.

García Jamín, Conrado. Minera México y Sindicato: Homicidas por negligencia:
<http://www.razonesdeser.com/vernota.asp?d=27&m=3&a=2006¬aid=20788>
(10.04.2013)

García Márquez, Enrique (1989). Análisis del Sindicato Nacional Trabajadores Mineros, Metalúrgicos y Similares de la República Mexicana. México D.F., UAM Iztapalapa.

García Rivera, Francisco. Multitudinario desfile del 1 de Mayo:
http://www.periodicoeltiempo.mx/index.php?option=com_content&view=article&id=25721:multitudinario-desfile-del-1-de-mayo&catid=120:empresariales&Itemid=728
(15.07.2013)

Garza, Dionisio (1987). La democracia en la sección 147 (Monclova). In: Aguila, Javier (Hg.) sindicato minero-metalúrgico. Los sindicatos nacionales. Minero - metalúrgico. México D.F., GV editores: 203-226.

González Chávez, Gerardo (1994). Los salarios y la contratación colectiva. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso Altos Hornos México. México D.F., Siglo XXI: 141-178.

González Chávez, Gerardo (2001). Cambios en las relaciones laborales en la industria siderúrgica. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). De la privatización a la crisis. El caso de AHMSA. México D.F., Porrúa: 171-192.

González Chávez, Gerardo (2008). El Estado y la globalización en la industria Siderúrgica mexicana. México D.F., UNAM.

González Cortés, Daniel (1987). Ta'oscuro el panorama. Relatos sobre los mineros de carbón. In: Novelo, Victoria (Hg.). Monografías obreras. Band I. México D.F. Casa Chata. 85-166.

Grupo México (2009). Sustainable Development. An ongoing challenge:

<http://www.gmexico.com/pdf/SDReport2009summary.pdf>

(05.04.2013)

Gutiérrez Merino, Gustavo (1975). Teología de liberación. Salamanca, Ediciones Sígueme.

Gutiérrez Ruelas, Ulises. Disuelven huelga en Cananea con apoyo policiaco y militar:

<http://www.jornada.unam.mx/2008/01/12/index.php?section=politica&article=003n1pol>

(11.04.2013)

Gutiérrez Ruelas, Ulises. Grupo México deja sin hospital a más de 10 mil mineros de Cananea:

<http://www.jornada.unam.mx/2008/05/13/index.php?section=estados&article=032n1est>

(05.04.2013)

Gutiérrez Ruelas, Ulises. Mineros de Cananea esperan fallo de la CIDH para volver a trabajar:

<http://www.jornada.unam.mx/2013/04/03/index.php?section=estados&article=037n1est&partner=rss>

(11.04.2013)

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1979). Grundlinien der Philosophie des Rechts. Werke. Band 7, Frankfurt a. M., Suhrkamp.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986). Phänomenologie des Geistes. Werke. Band 3, Frankfurt a. M., Suhrkamp.

Hernández Navarro, Luis. Las mentiras sobre la reforma educativa:

<http://www.jornada.unam.mx/2013/01/15/opinion/017a1pol>

(17.11.2013)

Horkheimer, Max; Adorno, Theodor (2011): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag.

Huffington Post. The 12 Least Ethical Companies In The World: Covalence's Ranking:
http://www.huffingtonpost.com/2010/01/28/the-least-ethical-compani_n_440073.html?slidenumber=F%2BB5JLeDjBI%3D&slideshow#slide_image

(12.04.2013)

Human Rights Watch (2011). Neither Rights Nor Security. Killings, Torture and Disappearances in Mexico's "War on Drugs". United States of America.

Instituto Mexicano de Seguro Social (IMSS). Memoria Estadística 2013. Capítulo VI Salud en el Trabajo. Cuadro VI. 25:

<http://www.imss.gob.mx/conoce-al-imss/memoria-estadistica-2013>

(14.09.2014)

Instituto Nacional Estadística y Geografía. Censo de Población y Vivienda 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010:

<http://www.inegi.org.mx/est/contenidos/Proyectos/ccpv/default.aspx>

(19.04.2013)

Instituto Nacional Estadística y Geografía. La industria siderúrgica en México 1983, 1986, 1991, 1996, 2000, 2003, 2006.

Instituto Nacional Estadística y Geografía. Producción, consumo e inversión. Inversión total de las unidades económicas del sector privado y paraestatal por sector de actividad económica 2009:

<http://www.inegi.org.mx/est/contenidos/espanol/proyectos/censos/ce2009/saic/default.asp?s=est&c=17166>

(30.07.2013)

Jaramillo, Gloria (12.04.2008). Sangrienta asamblea. Se enfrentan obreros a piedras y palos 147 y 288. La Prensa de Monclova. 878. 1A

Kant, Immanuel (1784): Was ist die Aufklärung? Berlinische Monatsschrift. Dezember-Heft. 481-494.

Katz, Friedrich (2010). La guerra secreta en México. México D.F., Ediciones Era.

Kutscher, Hans (1985). Die Bewältigung der Stahlkrise aus europäischer Sicht. Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes.

La Jornada. Reforma Laboral lesiva:

<http://www.jornada.unam.mx/2012/09/30/edito>

(04.04.2013)

La Jornada. Apremia el sindicato minero al gobierno federal a resolver tres "huelgas heroicas":

<http://www.jornada.unam.mx/2014/07/30/politica/019n1pol>

(10.09.2014)

La Nación. Millonaria compra de Techint en México:

<http://www.lanacion.com.ar/705425-millonaria-compra-de-techint-en-mexico>

(02.04.2013)

Lander, Edgardo (2000). Ciencias sociales: saberes coloniales y eurocéntrico. In: Lander, Edgardo (Hg.): La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas Latinoamericanas. Buenos Aires, CLACSO:

<http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/lander/lander1.rtf>

(18.10.2011)

Lazarsfeld, Paul; Jahoda, Marie; Zeisel, Hans (1975). Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziografischer Versuch über die Wirkung langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

León, Samuel; Marván, Ignacio (1985). La clase obrera en la historia de México en el cardenismo (1934-1940). México D.F. Siglo XXI.

Lévinas, Emmanuel (2002). Totalität und Unendlichkeit. Versuch über die Exteriorität. Freiburg/München, Verlag Karl Alber.

Locke, John (1906). Zwei Abhandlungen über die Regierung. Halle a. S., Verlag von Max Niemeyer.

López Cisneros, Carmen (1999). Estrategias empresariales en la industria siderúrgica: el caso de Altos Hornos de México. Administración México D.F., UNAM. Maestría.

López Cisneros, Carmen (2001). AHMSA: Estrategia modernización integral 1992-1998. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). De la privatización a la crisis. Es caso de Altos Hornos de México. México D.F., Porrúa: 119-153.

Luna Lastra, José (1995). La estancia de Hidalgo en Santiago de la Monclova. In: Sociedad Monclovense de Historia (Hg.). Apuntes para la Historia de Monclova. Monclova, 137-150.

Mariátegui, José Carlos (2007). 7 ensayos de la interpretación de la realidad peruana. Carácas, Fundación Biblioteca Ayacucho.

Martí, José (1891). Nuestra Amércia. In: El Partido Liberal. Mexiko. 133-139

Martínez, Sanjuana: La violencia según Peña Nieto
<http://www.sinembargo.mx/opinion/25-08-2014/26667>

(09.09.2014)

Marx, Karl (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1.

<http://www.arbeiterpolitik.de/index.htm>

(08.11.2012)

Mayoral Jiménez, Isabel. Seguro de desempleo en México, para 2016:

<http://www.cnnexpansion.com/economia/2013/11/07/seguro-de-desempleo-en-2-anos-mas>

(21.11.2013)

Medina, Jesus. Recomienda el PAN medida con AHMSA. La Prensa de Monclova. 18.11.2010.

1ª.

Mexiscopio. Propone la Alianza Minera Nacional la unidad de todas las corrientes del sindicato:

<http://www.estudiod3.com/alianza/index.php/home/1425-propone-la-alianza-minera-nacional-la-unidad-de-todas-las-corrientes-del-sindicato>

(12.04.2013)

Meyer, Lorenzo (2008). La institucionalización del nuevo régimen. In: Cosío Villegas, Daniel (Hg.). Historia General de México. Colegio de México. 823-880.

Milenio Online. Salarios subirán 5% en 2011 y 2012:

<http://impreso.milenio.com/node/9023321>

(19.07.2013)

Milenio. Derrame en río de Sonora es culpa de minera: Semarnat:

http://www.milenio.com/estados/rio_Sonora-contaminacion_en_el_rio_Sonora-Rio_Sonora_afectado_0_361164065.html

(10.09.2014)

Molina, Daniel (1987). Las luchas mineras en el periodo 1970-1982. In: Aguilar, Javier (Hg.). Los sindicatos nacionales – minero metalúrgico. México D.F., GV editores. 255-308.

Moreno, Alejandro (2000). Superar la exclusión, conquistar la equidad: reformas, políticas y capacidades en el ámbito social. In: Lander, Edgar (Hg.): La colonialidad del saber: eurocentrismo y ciencias sociales. Perspectivas Latinoamericanas. Buenos Aires, CLACSO: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/lander/moreno.rtf>
(18.10.2011)

Muñoz Ríos, Patricia. “Absurda”, la huelga en Cananea; fue por “cuestiones personales”, dice Lozano:
<http://www.jornada.unam.mx/2011/12/07/politica/023n2pol>
(11.04.2013)

Muñoz Ríos, Patricia. Inminente, el retorno de Gómez Urrutia; libra último proceso legal, indica gremio:
<http://www.jornada.unam.mx/2013/02/07/politica/016n1pol>
(10.04.2013 b)

Muñoz Ríos, Patricia. Laberinto sin salida, el conflicto laboral en Nacozari: Cereal:
<http://www.jornada.unam.mx/2007/09/13/index.php?section=sociedad&article=049n2soc>
(05.04.2013)

Muñoz Ríos, Patricia. Obligan a mineros de Grupo Peñoles a unirse al "sindicato" de Carlos Pavón:
<http://www.jornada.unam.mx/2010/12/06/politica/024n1pol>
(12.04.2013)

Muñoz Ríos, Patricia. Se ampara minera contra rescate de cuerpos en Pasta de Conchos:
<http://www.jornada.unam.mx/2013/10/28/politica/016n1pol>

(17.11.2013)

Muñoz Ríos, Patricia. STPS otorga toma de nota al líder minero Gómez Urrutia:

<http://www.jornada.unam.mx/2012/06/05/politica/018n1pol>

(10.04.2013 a)

Olvera Briseño, Rodrigo (2002). Derechos Humanos Laborales. In: CEREAL (Hg.). Derechos Humanos Laborales. Experiencia Teórico-práctica para una estrategia integral de promoción y defensa. México, D.F. Fundación Friedrich Ebert.17-50.

Orive, Adolfo (2010). Poder Popular. Construcción de ciudadanía y comunidad. México D.F., Siglo XXI.

Ortega Pizarro, Fernando (1992). Con todo y minas vendió el gobierno a lo Autrey la carboeléctrica de Río Escondido. Proceso 814: 20-22.

Pacto por México. Acuerdos:

<http://pactopormexico.org/acuerdos/>

(09.04.2013)

Páez Falcón, Dora (1995). Monclova a principios de siglo. In: Sociedad Monclovense de Historia (Hg.). Apuntes para la Historia de Monclova. Monclova: 191-209.

Parro, Mayté. Enfrentamientos violentos entre grupo de mineros en Monclova Vanguardia:

<http://www.vanguardia.com.mx/enfrentamientosviolentosentregupodeminerosenmonclova-523569.html>

(04.06.2013)

Pastoral en el mundo del trabajo (2003). Nadie defiende lo que no conoce. Herramientas y anexos.

Pérez Pérez, Gabriel (2002). El sindicalismo mexicano frente a la reforma del estado. Cuicuilco, mayo-agosto, año/vol. 9, número 025, Escuela Nacional de Antropología e Historia, México D.F.

PRO-GE. Mexico: Angriffe auf GewerkschafterInnen:

http://www.proge.at/servlet/ContentServer?pagename=P01/Page/Index&n=P01_5.a&cid=1360852524519

(04.04.2013)

Puga, Cristina (1993). México: Empresarios y poder. México D.F., Miguel Ángel Porrúa. Radio Fórmula. Acusaciones contra Gómez Urrutia, armadas por Grupo México: abogado. Con Óscar M Beteta:

<http://www.radioformula.com.mx/notas.asp?Idn=437725&idFC=2014>

(10.09.2014)

Ramírez Lara, Marco Aantonio (1989). Primeros Pobladores de la zona centro del estado. In: Sociedad Monclovense de Historia (Hg.). Apuntes para la Historia de Monclova. Monclova: 21-44.

Reyes Linares, Pedro Antonio (2002a). Acciones de exigibilidad en la defensa de Derechos Humanos Laborales. In: CEREAL (Hg.). Derechos Humanos Laborales. Experiencia Teórico-práctica para una estrategia integral de promoción y defensa. México, D.F. Fundación Friedrich Ebert.129-148.

Reyes Linares, Pedro Antonio (2002b). Acciones de justiciabilidad en la defensa de derechos humanos laborales. In: CEREAL (Hg.). Derechos Humanos Laborales. Experiencia Teórico-práctica para una estrategia integral de promoción y defensa. México, D.F. Fundación Friedrich Ebert.149-195.

Reyes Linares, Pedro Antonio sobre un texto de Rodrigo González Torres (2002c). Fundamentos para una propuesta educativa para defender derechos humanos laborales. In:

CEREAL (Hg.). Derechos Humanos Laborales. Experiencia Teórico-práctica para una estrategia integral de promoción y defensa. México, D.F. Fundación Friedrich Ebert. 203-213.

Reygadas, Luis (1988). Proceso de trabajo y acción obrera. Historia sindical de los mineros de Nueva Rosita 1929-1979. Instituto Nacional de Antropología e Historia, México D.F.

Reygadas, Luis (1989). Corporativismo y reconversión industrial, trabajo, cultura política y dominación en la minería mexicana. Tesis de Maestría en Ciencias Políticas. UNAM.

Riva Palacio, Raymundo: Estrictamente personal. Complot minero:

<http://www.eluniversal.com.mx/columnas/64661.html>

(03.04.2013)

Rodó, José Enrique (1920). Ariel. Valencia. Editorial Cervantes.

Rodríguez del Valle, Rosario; Rueda Peiro, Isabel (1994). Las relaciones laborales en Altos Hornos. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI: 103-140.

Rodríguez García, Arturo (2006). La guerra por el subsuelo. Proceso 1545: 37-39.

Rodríguez Rivera, Carlos (2001). A menudo he pensado en otra historia...México D.F., Colegio de Estudios Teológicos.

Rodríguez Rivera, Carlos (2010). Nadie defiende lo que no conoce. La experiencia del CEREAL. In: Christus. Revista de teología, ciencias humanas y pastoral. Pastoral Social. No. 781. 32-35.

Rojas Carrizales, Alberto (2005). Hombres y Acero. Ediciones 11 de Julio.

Rojas, Alberto (2008). Se asoma violencia. Zócalo. Monclova. 3571: 1A.

Rojas, Alberto. Cancela 147 modificar contrato:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/cancela-147-modificar-contrato/>

(18.07.2013)

Rojas, Alberto. Confirma la sección 147 a préstamo todos los obreros:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/confirma-la-seccion-147-a-prestamo-todos-los-obreros/>

(23.05.2013)

Rojas, Alberto. Reaparece Ruperto “Peto” Montano Alfaro en asamblea:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/reaparece-peto-montano-en-asamblea/>

(09.07.2013)

Román, José Antonio. Como despedida, Calderón promulga la reforma laboral:

<http://www.jornada.unam.mx/2012/11/30/politica/012n1pol>

(04.04.2013)

Rosagel, Shaila. Después de los 65 de Pasta de Conchos han muerto otros 105 mineros en Coahuila, dice asesora de familias enlutadas:

<http://www.sinembargo.mx/03-08-2014/1076400>

(10.09.2014)

Rueda Peiro, Isabel (1994a). El contexto. In: Rueda Peiro, Isable (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI. 21-59.

Rueda Peiro, Isabel (1994b). Percepción de la comunidad a punto de la privatización de AHMSA. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos México. México D.F., Siglo XXI: 179-191.

Rueda Peiro, Isabel (2006). Situación Laboral, Pobreza y Desigualdad en México. Ponencia de la X Jornadas de Economía Crítica. UCM. 23-25 de marzo 2006.

Ruiz Díaz, Isidrio (1995). El establecimiento de Altos Hornos de México, S.A. In: Monclova, Sociedad Monclovense de Historia (Hg.). Apuntes para la Historia de Monclova: 293-305.

Said, Edward (1979). Orientalism. New York, Vintage Books.

San Juan Victoria, Carlos (1987). El sindicato minero: estabilidad y ruptura. In: Aguilar, Javier (Hg.). Los sindicatos nacionales – minero metalúrgico. México D.F., GV editores. 227-254.

Sánchez-Albavera, Fernando; Lardé, Jeannette (2006). Minería y competitividad internacional en América Latina. Comisión Económica para América Latina y el Caribe. Santiago de Chile.

Sarahí Cornejo, Oliva (1994). La industria siderúrgica mexicana y AHMSA ante el TLC. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). Tras las huellas de la privatización. El caso de Altos Hornos de México. México D.F., Siglo XXI: 233-266.

Sariego, Juan Luis; Reygadas, Luis; Gómez, Miguel Ángel; Farrera, Javier (1988a). El estado y la minería mexicana. Política, trabajo y sociedad durante el siglo XX. México D.F., Fondo de Cultura Económica.

Sariego, Juan Luis (1988b). Enclaves y Minerales en el Norte de México. Historia social de los mineros de Cananea y Nueva Rosita 1900-1970. México D.F., Casa Chata.

Schmitter, Philippe (1992). Teoría del neocorporatismo. Universidad de Guadalajara. México

Schütz, Alfred (2009). Philosophisch-phänomenologische Schriften 1. Zur Kritik der Phänomenologie Edmund Husserls. Konstanz, UVK.

Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (2003). *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz, UVK.

Schuler, Friedrich (1998). *Mexico between Hitler and Roosevelt. Mexican foreign relations in the age of Lázaro Cárdenas, 1934-1940*. Albuquerque, University of New Mexico Press.

Sebald, Gerd (2009). Einleitung des Herausgebers. In: Schütz, Alfred. *Philosophisch-phänomenologische Schriften 1. Zur Kritik der Phänomenologie Edmund Husserls*. Konstanz, UVK.

Sección 65. A la opinion pública. 2011-06-08:

<http://www.sindicatomineroseccion65.com.mx/index.php?opcion=1&id=479>

(12.04.2013)

Sección 65. Cronología del conflicto del gobierno y el Grupo México con el Sindicato Minero:

<http://www.sindicatomineroseccion65.com.mx/index.php?opcion=1&id=311>

(10.04.2013)

Sección 65. La CSI (Confederación Sindical Internacional) e IndustriALL se reúnen con el Presidente de México:

<http://www.sindicatomineroseccion65.com.mx/index.php?opcion=1&id=574>

(17.11.2013)

Servicio Geológico Mexicano (2010). *Panorama minero del Estado de Coahuila*:

<http://www.sgm.gob.mx/pdfs/COAHUILA.pdf>

(19.04.2013)

Sieyès, Emmanuel Joseph (2010). *Was ist der Dritte Stand?* Berlin, Akademie Verlag.

Simón Domínguez, Nadima; Ramírez Lugo, Dulce Janeth (2001). *Evolución financiera de Altos Hornos de México y su crisis actual*. In: Rueda Peiro, Isabel (Hg.). *De la privatización a la crisis. El caso de Altos Hornos de México*. México D.F., Porrúa: 193-221.

Slacker, Keith (2009). The Role of Mining in the Economies of Developing Countries: Time for a New Approach. In: Richards, Jeremy (Hg.). Mining, Society, and a Sustainable World. Berlin, Heidelberg, Springer-Verlag. 75-90.

Staritz, Cornelia et al. (2013). Commodity Prices, Financial Markets, and Development – Effects of the Financialisation of Commodity Markets and Necessary Policy Reforms. Policy Note/ 9. Research project: Financial Markets and the Commodity Price Boom: Macroeconomic and Development Implications for Low-Income Countries:
http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/PN9_comodity_prices.pdf
(06.12.2013)

Statuten des Sindicato Nacional de Trabajadores Mineros, Metalúrgicos, Siderúrgicos y Similares de la República Mexicana (2010).

Thompson, Edward (1977). La formación histórica de la clase obrera. Tomo I. Barcelona, Editorial Laia.

Toledo Beltrán, Daniel; Zapata, Francisco (1999). Acero y Estado. Una historia de la industria siderúrgica-integrada de México. México D.F., UAM Iztapalapa. Band I

Toledo Beltrán, Daniel; Zapata, Francisco (1999). Acero y Estado. Una historia de la industria siderúrgica-integrada de México. México D.F., UAM Iztapalapa. Band II

UNO (1992). Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung: Rio de Janeiro, Juni 1992:
http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf
(05.04.2013)

Valadez Rodríguez, Alfredo. Con vigilancia policiaca reanudan labores en minera Fresnillo; luto en la sección 62:
<http://www.jornada.unam.mx/2009/06/12/sociedad/047n1soc>

(12.04.2013)

Vasconcelos, José (1925). *La Raza cósmica. Misión de la raza iberoamericana*. Barcelona.

Velasco, Elizabeth. Inicia el sindicato minero tres huelgas en yacimientos propiedad de Grupo México:

<http://www.jornada.unam.mx/2007/07/31/index.php?section=politica&article=005n1pol>

(11.04.2013)

Vellinga, Menno (1989). *Industrialización, burguesía y clase obrera en México*. México D.F., Siglo XXI.

Villamil, Jenaro. El nuevo gabinete: entre el grupo Atlacomulco y Salinas:

<http://www.proceso.com.mx/?p=326799>

(10.04.2013)

Waye, Arianna; Young, Denise; Richards, Jeremy; Doucet, Joseph. Sustainable Development and Mining—An Exploratory Examination of the Roles of Government and Industry. In: Richards, Jeremy (Hg.). *Mining, Society, and a Sustainable World*. Berlin, Heidelberg, Springer-Verlag. 151-182.

Williamson Bosque, Ramón (1995). Las Fundaciones de Monclova. In: Sociedad Monclovense de Historia (Hg.). *Apuntes para la Historia de Monclova*. Monclova: 45-55.

Winckler, Carlos Roberti; Sitia Fornari, Liege Maria; Herz Genro, Maria Elly, Carraro, Rosangela (2007). Paulo Freire relectured. Entwicklungslinien im Werk des brasilianischen Volksbildners. In: Faschingeder, Gerald; Novy, Andreas (Hg.): *Paulo Freire Heute. Die Aktualität von Volksbildung und Befreiungspädagogik*. Journal für Entwicklungspolitik. Vol. XXIII 3-2007. Mandelbaum.

World Bank Group (2004). Striking a better balance – the World Bank Group and extractive industries: the final report of extractive industries review:

<http://siteresources.worldbank.org/INTOGMC/Resources/finaeirmanagementresponseexecsum.pdf>

(05.04.2013)

Worldsteel. Top Steel Producers 2013:

<http://www.worldsteel.org/statistics/top-producers.html>

(08.09.2014)

Worldsteel. Top Steel Producers:

<http://worldsteel.org/dms/internetDocumentList/downloads/statistics/Topsteelproducers/document/Topsteelproducers.pdf>

(22.05.2013)

Zea Aguilar, Leopoldo (1972). America como conciencia. México, UNAM. Paginadura Ediciones.

Zemelman, Hugo (2001). De la historia a la política. La experiencia de América Latina. México, Siglo XXI.

Zócalo. Estancada Alianza Minera Nacional:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/estancada-alianza-minera-nacional-1363244556>

(12.04.2013)

Zócalo. Saltillo. Abre AHMSA puerta a acuerdos con Xingxing:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/abre-ahmsa-puerta-a-acuerdos-con-xingxing-1365753921>

(10.05.2013)

Zócalo. Saltillo. No participarán opositores de 147 y 288 en elecciones:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/no-participaran-opositores-de-147-y-288-en-elecciones>

(20.05.2013)

Zócalo. Saltillo. Recaban propuestas para revisión de contrato colectivo:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/recaban-propuestas-para-revision-de-contrato-colectivo>

(05.06.2013)

Zócalo. Saltillo. Desconoce la 147 a napista como líder:

<http://www.zocalo.com.mx/seccion/articulo/desconoce-la-147-a-napista-como-lider-1397891777>

(13.09.2014)

Zúñiga, Juan Antonio. "No habiendo contrato colectivo, tampoco hay huelga" en Cananea:

Grupo México:

<http://www.jornada.unam.mx/2009/04/16/politica/014n1pol>

(05.04.2013)

Zúñiga, Juan Antonio. Explican motivos los huelguistas de Sicartsa:

<http://www.jornada.unam.mx/2001/12/29/025n1est.html>

(11.04.2013)

Interviews

Adolfo Orive Bellinger: Persönliches Interview, Mexiko Stadt 20.01.2012

Arbeiter 1: Persönliches Interview, Monclova, 16.11.2010, 15.05.2011

Arbeiter 2: Persönliches Interview, Monclova, 18.11.2010

Arbeiter 3: Persönliches Interview, Monclova, 19.11.2010

Arbeiter 4: Persönliches Interview, Monclova, 15.05.2011

Arbeiter 5: Persönliches Interview, Monclova, 16.05.2011

Arbeiter 6: Persönliches Interview, Monclova, 16.05.2011

Arbeiterfrau: Persönliches Interview, Monclova, 18.11.2010

Arbeiterfrau: persönliches Interview, Nacozari 15.11.2006.

Bergarbeiter: persönliches Interview, Nacozari 18.11.2006.

NGO Mitarbeiter: Persönliches Interview, Mexiko Stadt, 24.03.2011.

Umfrage zur Einhaltung des Kollektivvertrags der Sektion 147 in Monclova, Monclova, 13.-17.11.2010

Virgilio Maltos Long: Persönliches Interview, Saltillo, 17.05.2011

Abstract (Deutsch)

In dieser Dissertation geht die Autorin der Frage nach, wie es zu einer Demokratisierung der mexikanischen BergarbeiterInnen und ihrer Gewerkschaft mit einem besonderen Fokus auf Bildung im Arbeitsrecht kommen kann. Ihre Organisation hat einerseits aufgrund ihrer Geschichte intern autoritäre Machtmechanismen entwickelt, andererseits sieht sie sich seit der Öffnung des Marktes, und im Speziellen seit der Fokussierung der Regierung auf die Rohstoffförderung als zentralen Wachstumsmotor, von politischer Seite mit Repressalien konfrontiert. Aufbauend auf die Ideen der Befreiungsphilosophie werden nicht nur lokale und nationale Widerstandsbewegungen beleuchtet, sondern auch die Denktraditionen hinterfragt, die die ursprünglichen Unterdrückungsstrukturen hervorgebracht haben. In einem weiteren Schritt wird nach dem Nachzeichnen der facettenreichen Geschichte dieser Gewerkschaft, mit Hilfe der soziologischen Phänomenologie und der Pädagogik Paulo Freires gezeigt, wie die ArbeiterInnen selbst ihre Lebenswelt und die in ihre vonstatten gehenden Entwicklungen, begreifen und auch bewusst verändern. Dabei stützt sich die Untersuchung auf eine Feldforschung in der Sektion 147 in Monclova im Bundesstaat Coahuila in Mexiko. Dort wurde von einer mexikanischen NGO eine Bildungsinitiative über Arbeitsrechte im Sinne der Befreiungspädagogik initiiert. In einem letzten Schritt werden die Veränderungen zu Gunsten der ArbeiterInnen, die über diese Workshops herbeigeführt werden konnten, untersucht. Diese Transformationen manifestieren sich in den Subjekten selbst, in einer geförderten Demokratisierung ihres Umfeldes und in Akten politischer Ermächtigung.

Abstract (English)

In this dissertation the author examines the question how democratization of the Mexican miners and their union with a specific focus on labour rights education can take place. On the one hand this organization has, based on its history, developed internal authoritarian power mechanisms. On the other hand, since the market-opening and especially since the government's focus on resource extraction as growth engine, it has to confront repression from the political side. Based on the ideas of the Philosophy of Liberation not only the local and national resistance movements are light up, but also the tradition of thought which have produced these original structures of oppression. After the description of the multifaceted union's history, with the help of the social phenomenological approach and the pedagogy of Paulo Freire will be shown, how the workers themselves perceive the developments in their lifeworld and how these are consciously changed by them. The investigation is based on a field research in the union section 147 in Monclova in the State of Coahuila in Mexico. In this place a Mexican NGO has started an education initiative on labour rights in the sense of the pedagogy of liberation. In a last step, changes in the employees' interests, that could be mediated by these workshops, are analysed. These transformations became evident in the workers' attitudes, in an internal democratization of their environment and in empowerment actions.

Lebenslauf

CHRISTINE ESTERBAUER

Ausbildung:

2008-2014	Doktoratsstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
2009-2012	Maestría en Estudios Políticos y Sociales an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM)
2002-2008	Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien
2002-2008	Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
1993-2002	Kurfürst Maximilian Gymnasium Burghausen (BRD)

Berufserfahrung:

seit 2012	Mitarbeiterin der Südwind-Agentur, Assistenz der Geschäftsführung, Koordination der Urgent Actions der Clean Clothes Kampagne, Leitung der Öffentlichkeitsarbeit des Fußballprojekts Nosso Jogo
2009-2011	Freiwillige Tätigkeit für das Centro de Reflexión y Acción Laboral (Mexiko) im Bereich Bildung und Arbeitsrecht
2008-2009	Mondial Congress & Events Wien, Kongressbetreuung
2003-2008	Praktika u.a. im Stadtmuseum Burghausen (BRD), der Betreuungseinrichtung „Colibri“ für Indigenakinder (Mexiko), am Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez (Mexiko)

Forschungsaufenthalte:

2010/11	Feldforschung in Monclova, Coahuila (Mexiko) zu Zwecken der Dissertation
2006	Feldforschung in Nacozari de García und Cananea, Sonora (Mexiko) zu Zwecken der Diplomarbeit